Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 in zwei Bänden Band 4/1

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
vom 1.01.1946 bis zum 31.10.1948
Band 4/1

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Inhaltsverzeichnis Band 4/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	3
Anstatt eines Vorwortes	4
Herausragende Ereignisse von 1946 bis 1956	5-29
Gliederung (im Überblick)	30-31
Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Januar 1946 bis zum 31. Oktober 1948	31-404
Inhaltsverzeichnis Band 4/2	**Seite**
Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. November 1948 bis zum 31. Dezember 1956	2-371
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	372-379

Danksagung und Widmung

> Ich habe keine Angst vor der Feder, dem Schafott oder dem Schwert. Ich werde die Wahrheit verkünden, wann immer es mir paßt.
> *Mary Harris Jones (1837-1930, nordamerikanische Gewerkschaftlerin)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Konrad Adenauer, Alfred Andersch, Hugo Andreae, Ruth Andreas-Friedrich, Raymond Aron, Jork Artelt, James Bacque, André Barmettler, Franz J. Bauer, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Wolfgang Birkenfeld, Georg Bluhm, Günter Böddeker, Karl Dietrich Bracher, Bertolt Brecht, Paul Carell, Werner Conze, Walter von Cube, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Ernst Deuerlein, Adolf Diestelkamp, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Hans Ebeling, Stephanie Eckhardt, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Karl Dietrich Erdmann, Frank Fabian, Werner Finck, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Josef Folttmann, Josef Foschepoth, Hans Frevert, Karl Wilhelm Fricke, Joseph Frings, Ludwig Adolphus Fritsch, Clemens August Graf von Galen, John Gimbel, Hermann Glaser, Victor Gollancz, Des Griffin, Alfred Grosser, Peter Grubbe, Frank Grube, Sebastian Haffner, Johannes Hartmann, Hans Heumann, Birgit Hoffmann, Joachim Hoffmann, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Karl Jaspers, Karl Jering, Barbara Johr, Linus Kather, Ralph Franklin Keeling, Alfred Keil, Heinar Kipphardt, Michael Klonovsky, Erich Kosthorst, Ekkehard Kuhn, Walter Laqueur, Rolf Lasius, Rudolf Laun, Wolfgang Leonhard, Jochen Löser, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Golo Mann, Wolfgang W. Mickel, Werner Middelmann, Horst Möller, Hanns Möller-Witten, Walter Müller-Bringmann, Heinz Nawratil, Reinhard Nelke, Richard Noethlichs, Manfred Oertel, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Karl Ploetz, Heinz-Jürgen Priamus, Kurt Pritzkoleit, Winfried Ranke, Peter Rassow, Hans-Werner Rautenberg, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Hans-Werner Richter, Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Helke Sander, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Theodor Schieder, Carlo Schmid, Heinz Dieter Schmid, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Kurt Schumacher, Michael Schwartz, Hans-Peter Schwarz, Michael Sommer, Werner Stein, Alexandra Stiglmayer, Alfred Streim, Michael Stürmer, Arno Surminski, Otto Tauber, Telford Taylor, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Studs Terkel, Nikolai Tolstoy, Arnold J. Toynbee, Wolfgang Trees, Heinrich Troeger, Johannes Tuchel, Bernd-Jürgen Wendt, Rosemarie Wildermuth, Robert Wistrich, Alfred Maurice de Zayas, Christian Zentner und Jean Ziegler.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Es gibt Situationen, in denen man ein Geheimnis halb preisgeben muß, um den Rest zu bewahren.
> *Philip Dormer Stanhope 4. Earl of Chesterfield (1694-1773, englischer Politiker und Schriftsteller)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsläufig die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die deutsche Geschichtsschreibung wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.
Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet diese Chronik auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

> Wer Freiheiten aufgibt, um Sicherheiten zu gewinnen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit.
> *Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)*

Die fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der entsprechenden Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche Geschichte und die Geschichte der jeweils beteiligten Staaten.
Um die Lebensverhältnisse der Menschen und den Zeitgeist der jeweiligen Phasen realistisch darzustellen, werden die Ereignisse durch eine Vielzahl von Zeitzeugenberichten, Berichten von Historikern sowie sonstigen Publikationen erläutert.
Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daten, Publikationen und Zeitzeugenberichte sind systematisch nach Regionen bzw. Ländern und gegebenenfalls nach historischen Ereignissen unterteilt.

Herausragende Ereignisse von 1946 bis 1956

Das Jahre 1946 bis 1956 wurden hauptsächlich durch folgende Ereignisse geprägt:

01.01.1946: Nach dem Zweiten Weltkrieg liegt das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Überall herrschen chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich ist. In Mittel- und Westdeutschland sind fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wird durch Zonengrenzen unterbrochen. Millionen von vertriebenen Ost- und Volksdeutschen kommen damals zwangsweise in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhalten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.

Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<

02.01.1946: Sämtliche Bergwerke des Saarlandes werden am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt.

06.01.1946: Das Jahr 1946 bringt keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern müssen. In der nordamerikanischen und britischen Zone betragen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübt, täglich rund 3.000 Kalorien benötigt.

Im Ruhrgebiet sind Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % leiden an Hungerschäden und 40 % sind tuberkulosegefährdet.

14.01.1946: In Paris einigen sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichnen am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen.

Bis 1947 werden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

15.01.1946: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

25.01.1946: Am 25. Januar 1946 trifft der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar werden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken werden meistens schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen werden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport ist festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden (x004/120).

31.01.1946: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebens-

mittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmühlen" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<

01.02.1946: In der britischen Zone wird am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.
Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone werden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).
Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

04.02.1946: Die "New York Times" berichtet am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.
Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.
Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<

10.02.1946: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) weist am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

20.02.1946: Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" werden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet.
Bis Mitte 1947 transportiert man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).
Papst Pius XII. warnt am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

27.02.1946: Die "Berliner Zeitung" veröffentlicht am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei. ...
"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.
Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

05.03.1946: Die Besatzungsbehörden verstärken am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In der nordamerikanischen Zone werden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthält 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und muß von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre sind, ausgefüllt werden.
Churchill weist am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.
Churchill bedauert damals außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>... Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.
Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...
Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...
Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte. ...<<
09.03.1946: General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).
13.03.1946: Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<
Stalin vergleicht Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnet ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).
20.04.1946: Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollziehen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Schicksal der "SPD" in der SBZ (x009/409): >>... Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4.1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt.
Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandsämtern einer kommunistischen Diktatur und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet.
In Berlin wehrte sich die SPD unter Führung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt.
Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiß, SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen.<<
April 1946: Im April 1946 sind von den 17.999 deutschen Häftlingen des jugoslawischen Internierungslagers Rudolfsgnad etwa 46 % Jungen und Mädchen im Alter bis 14 Jahre (x006/505).
15.05.1946: Außenminister Bidault fordert am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...
Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden.

Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.
Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<
US-Senator Shipstead kritisiert am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnet er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).
18.05.1946: In der britischen Zone werden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten.
Die US-Militärregierung verbietet später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im Westen (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...
Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.
Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<
23.05.1946: Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schließen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte.
Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen soll aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt werden (x111/172).
25.05.1946: Die nordamerikanische Militärregierung stoppt am 25. Mai 1946 vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausbleiben (x101/13).
26.05.1946: Der Londoner "Observer" warnt am 26. Mai 1946 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der britischen Zone (x111/173): >>... Deutschland ist heute ein Land, wo alle fünf großen Übel – Mangel, Furcht, Schmutz, Untätigkeit, Unwissenheit – überhand nehmen.
Aber das Letztgenannte bringt die schwersten unmittelbaren Gefahren unter politischem Gesichtspunkt, und man empfindet, daß eine Umstellung der britischen Nachrichtenpolitik für Deutschland sogar dem so dringend erforderlichen Wechsel in der Wirtschaftspolitik noch vorangehen müsse.<<
Mai 1946: In der US-Zone hungern die Deutschen weiterhin. Die Rationen sinken im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.
Im Mai 1946 macht vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<
05.06.1946: Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gehen die SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über.
Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG werden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/396): >>1946 in der SBZ gegründete sowjeti-

sche Staatskonzerne, denen die nach dem SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. ...<<

06.06.1946 Der US-Militärgouverneur unterzeichnet am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen können (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickt man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete werden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen können die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket bringt den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

10.06.1946: Die "New York Times" schlägt am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland soll in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/178).

28.06.1946: Die "Neue Zeitung" berichtet am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war. ...<<

Juni 1946: Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtet im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagsmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.

Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

12.07.1946: Die Zeitung "Vaterland" berichtet am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.

Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<

15.07.1946: In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

28.07.1946: Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>... Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.
Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.
Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.
Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.
Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<
Juli 1946: Da man aus den abgetretenen ostpolnischen Gebieten jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriieren und in den deutschen Ostgebieten ansiedeln kann, richtet sich ab Juli 1946 die Ansiedlungswerbung verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens.
Polnische Werbungskommissionen versuchen sogar, die im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeiter polnischer Abstammung für eine Ansiedlung in Ostdeutschland zu gewinnen (x001/119E).
Ein kirchliches Hilfswerk im Ruhrgebiet berichtet im Juli 1946 (x117/58): >>Der neunjährige Ostflüchtling Hans M. wurde von der Bahnhofmission aufgegriffen. Er hatte nur eine zerlumpte Hose an und besaß sonst kein Kleidungsstück. Nach seinen Angaben ist der Vater vermißt und die Mutter verstorben. Er hat keine Angehörigen und besitzt nichts. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den nicht selten bitteren Anfang der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/183): >>Auch wenn es unter den Einheimischen im Westen Männer und Frauen gab, die mit Tatkraft halfen, das Los der Ankommenden zu lindern, so muß doch festgehalten werden, daß das Zusammentreffen der Flüchtlinge mit den Einheimischen in der Regel enttäuschend war.
Von einer Welle der Sympathie zu den Betroffenen konnte wahrlich nicht die Rede sein. Es war schon bestürzend, wie gleichgültig und ablehnend sich Deutsche ihren Landsleuten gegenüber verhielten. ...<<
23.08.1946: Die britische Militärregierung löst am 23. August 1946 in der britischen Zone die Provinzen des ehemaligen Landes Preußen auf und gründet aus den Provinzen Rheinland und Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen.
30.08.1946: Die französische Militärregierung bildet am 30. August 1946 aus der bayerischen Pfalz, den preußischen Regierungsbezirken Koblenz und Trier, 4 Kreisen der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie aus dem linksrheinischen Teil Hessens (Rheinhessen) das Land Rheinland Pfalz.
14.09.1946: Max Fechner (1892-1973, zweiter SED-Vorsitzender) lehnt in der Zeitung "Freies Deutschland" vom 14. September 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab (x024/-260): >>... Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt wer-

den.<<
20.09.1946: Der polnische Politiker Boleslaw Bierut (1892-1956) rechtfertigt am 20. September 1946 die polnische Eroberungs- und Vertreibungspolitik (x309/76): >>... (Es gebe) keine und kann auch keine andere vernünftigere und gerechtere Grundlage für Gebietsveränderungen geben als die hier angewandte.
Wir sind auf den Boden zurückgekehrt, auf dem sich vor Jahrhunderten unser historisches, kulturelles und staatliches Erbe bildete, einen Boden, befruchtet mit Blut, Schweiß und Tränen unserer Väter und Mütter, auf einem Boden, von dem jeder Zollbreit gedüngt ist, mit der uns heiligen Asche unserer Vorfahren. Wer kann unser Recht auf diesen Boden bestreiten? ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über diese polnischen Rechtfertigung (x309/76): >>Bierut hielt es also für legitim, das Rad der Geschichte um 700 Jahre zurückzudrehen und unter anderem dem Stamm der Schlesier das Existenzrecht auf "urslawischen Boden" abzusprechen.
Er hatte wohl nicht bedacht, daß jemand mit den gleichen Argumenten das Rad um weitere 700 Jahre zurückdrehen und dem Volk der Polen das Existenzrecht auf "urgermanischen Boden" absprechen könnte.<<
23.09.1946: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 23. September 1946 in Köln die Abtretung der deutschen Ostgebiete an Polen und die Abtretung des Saargebietes an Frankreich entschieden ab (x111/218).
01.10.1946: Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß werden am 1. Oktober 1946 nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet.
Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher werden zum Tod durch den Strang verurteilt.
Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stuft man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<
16.10.1946: Wilhelm Pieck (SED-Vorsitzender) lehnt am 16. Oktober 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie strikt ab (x009/313): >>... Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird.<<
Im Nürnberger Gefängnis werden am 16. Oktober 1946 zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begeht. Die Asche der Leichen wird anschließend "in alle Winde" zerstreut.
23.10.1946: Die "New York Times" berichtet am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.
Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<
29.10.1946: Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 halten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf.
Die höchsten Zuwanderungsquoten melden: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2

%, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).
01.11.1946: Die britische Militärregierung gründet am 1. November 1946 das Land Niedersachsen. Das neue Land Niedersachsen besteht aus den alten Ländern und Provinzen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover.
12.11.1946: Winston Churchill äußert sich am 12. November 1946 während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen und fordert mehr Selbstverantwortung sowie zusätzliche Aufbauhilfen für die westdeutschen Besatzungszonen (x268/25): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ... Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe auf die deutschen Städte niedergingen ...<<
13.11.1946: Die "New York Times" berichtet am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei.
Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde". ...<<
17.11.1946: Da alle Versuche, die rund 200.000 Flüchtlinge in ihre ostdeutsche Heimat zurückzuführen, an der strikten Weigerung der Sowjetunion scheitern, fordert das dänische Außenministerium die Westmächte am 17. November 1946 auf, sämtliche internierten Flüchtlinge zu übernehmen (x153/55).
22.11.1946: In Bremen protestieren am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<
26.11.1946: Die französische Besatzungsmacht fordert am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegessäule von 1871 (x116/150).
Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichen, sollen ebenfalls zerstört werden (x116/151).
03.12.1946: Das US-Kriegsministerium gibt am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl will man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).
20.12.1946: Die australische Regierung betont am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien holen will (x111/259).
21.12.1946: Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" können die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren.
Später kommen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wird nie offiziell geregelt.
Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schreibt einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzlichste aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.
Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<
22.12.1946: Das Saarland wird am 22. Dezember 1946 in den französischen Zoll- und Wirtschaftsraum eingegliedert.

31.12.1946: Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläutert am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<
Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen (x111/263).
1946: Im Jahre 1946 transportiert man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kommen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen sind die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung sterben.
Für Millionen von Heimatvertriebenen wird das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Wesdeutschland sieht man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen haben es besonders schwer, denn sie sind nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.
Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen können in den Besatzungszonen nirgends ausreichend verpflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmern. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmen damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft scheint es nicht zu geben und an die Vergangenheit will niemand erinnert werden.
Der britische Feldmarschall Montgomery erklärt während einer Rede im Jahre 1946 (x268/-32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<
01.01.1947: Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").
Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).
12.01.1947: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).
22.01.1947: Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigen sich über die Gründung des Landes Bremen. Bremen, Wesermünde und Bremerhaven werden am 22. Januar 1945 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.
25.01.1947: Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25.

Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).
Januar 1947: Im Januar 1947 werden in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon sind 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).
Es gibt damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhalten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigt, wird notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge werden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagieren mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nimmt man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).
Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt werden, bricht im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiten. Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt sind, werden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellen damals eine "natürliche" Leitwährung dar.
Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden ziehen in jener Zeit durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschen in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schließen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.
13.02.1947: In Berlin sind seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000 Menschen erleiden schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden (x111/283).
25.02.1947: Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. ...<<
Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).
12.03.1947: US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").
20.03.1947: Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichen die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<
22.03.1947: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).
28.03.1947: In der sowjetischen Zone beginnen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den Uranbergbau.
Im Ruhrgebiet finden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.
01.04.1947: Die Zeitschrift "Der Ruf" wird am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.
8.04.1947: Der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) fordert am 8. April 1947 die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt

haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.
Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.
Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<
03.06.1947: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.
"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.
Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ...
Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. ...<<
05.06.1947: US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellt am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor.
Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden. Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 1,5 Milliarden Dollar (x073/225).
11.06.1947: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erhält am 11. Juni 1947 in der französischen Zone Redeverbot.
03.07.1947: Die französische Besatzungsmacht erklärt sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhalten, zu übernehmen (x111/342).
14.07.1947: In Nürnberg streiken am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestieren gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".
15.07.1947: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) telegraphiert am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<
17.07.1947: Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlicht am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<
Juli 1947: Durch das fortgesetzte Eintreffen von russischen Zivilisten verlieren die Deutschen im östlichen Ostpreußen ab Juli 1947 allmählich ihre Arbeitsplätze und Wohnungen. Da die Arbeitskraft der ca. 100.000 Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich ist, beginnt die "Aussiedlung" der restlichen deutschen Bevölkerung (x001/152E).
01.10.1947: US-Militärgouverneur Clay erklärt am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).
16.10.1947: Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläutern am 16. Oktober 1947 die am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste.
Die Demontageliste der britischen Zone umfaßt 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollen (x111/379).
Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergeben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken ist und beträchtlich

unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht liegt. Die Tuberkuloseerkrankungen haben gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).
05.11.1947: Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947 besetzen polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin.
Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wird im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).
06.11.1947: Die französische Demontageliste wird am 6. November 1947 veröffentlicht. Diese Liste umfaßt 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke (davon sind 37 Werke der Rüstungsindustrie) in der französischen Zone (x111/386).
30.11.1947: Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtet am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.
Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...
Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...
100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<
30.12.1947: Die Militärgerichte in Dachau beenden am 30. Dezember 1947 mit der Urteilsverkündung im Nordhausen-Prozeß ihre Tätigkeit (x111/407): >>Von 1.650 Personen werden 1.380 verurteilt und 243 freigesprochen.
417 Urteile lauten auf Tod durch den Strang, 196 auf lebenslängliche Freiheitsstrafe.
Im letzten Strafverfahren gegen die Hauptschuldigen des Konzentrationslagers Nordhausen werden ein Angeklagter zum Tode durch den Strang und sieben Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, während vier der insgesamt 19 Angeklagten freigesprochen werden. ...<<
Dezember 1947: Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtet, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hat. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).
Von diesen Entschädigungen entfallen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfallen rd. 41 Milliarden RM.
1947: Trotz der Beschlagnahmung von Quartieren erhalten viele Flüchtlinge und Vertriebene nur Notunterkünfte in den zahllosen Lagern. Dort müssen sie wegen fehlender Wohnungen notgedrungen jahrelang hausen. In manchen Kreisen und Gemeinden scheint die Wohnungsnot unüberwindlich zu sein. Ende 1947 leben ungezählte Heimatlose in notdürftig reparierten Behelfswohnungen, in ehemaligen Barackenlagern von Fremdarbeitern, in feuchten Kellern, schmutzigen Viehställen, Scheunen, Schuppen, Gartenlauben, in selbst errichteten Baracken

aus Holz und Blech oder sie hausen in Höhlen und Erdbunkern. Die Notunterkünfte werden meistens am Rand der Ortschaften errichtet.
Alle Behelfswohnungen sind damals vom Keller bis zum Dachgeschoß mit verzweifelten Heimatlosen vollgestopft. In den Massenunterkünften leben Großeltern, Eltern und Kinder dichtgedrängt in einem Raum zusammen. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen haben fast alles verloren, was Menschen verlieren können. Trotz alledem hört man damals nur selten wehleidiges Klagen oder Jammern nach Mitgefühl. Ungeachtet der großen Hoffnungslosigkeit kämpfen die Menschen erbittert um ihr Überleben.
Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein berichtet im Jahre 1947 (mit Erlaubnis der britischen Militärregierung) über die Wohnungsnot der Flüchtlinge und Vertriebenen (x153/25): >>... Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst.
Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein.<<
Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schreibt im Jahre 1947 in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" über die "geregelten und humanen Umsiedlungen" der Deutschen (x028/123): >>... Sofern das Gewissen der Menschlichkeit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ...
Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.<<
Die Senatoren Knowland und Morse kritisieren im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>(Senator Knowland:) ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...
(Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson:) ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention (Gefangene) als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist (der dann hingerichtet wurde). ...<<
11.02.1948: Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand. Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...
Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.
Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

25.02.1948: Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).
18.03.1948: Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (1894-1964, ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).
20.03.1948: Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.
Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung.
März 1948: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.
03.04.1948: Das europäische Wiederaufbauprogramm (Marshall-Plan) wird am 3. April 1948 verabschiedet.
Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).
Der Marshall-Plan erfolgt vor allem aus politischen Gesichtspunkten (kontrollierte Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem). Mit dem Marshall-Plan beginnt im Jahre 1948 die europäische Integration. Der Marshall-Plan ist damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wird vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<
11.05.1948: Die Herausgeber des "Ulenspiegels" müssen am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.
14.05.1948: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.
Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.
02.06.1948: Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wird am 2. Juni 1948 in Landsberg/Lech gehängt.
Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm"). In den NS-Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).
Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinig-

ten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.
Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...<<
17.06.1948: Die deutsche Fischereiflotte (68 Schiffe) darf am 17. Juni 1948 erstmals seit dem Kriegsende wieder zum Fischfang starten.
20.06.1948: In den Westzonen wird am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt.
Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wird. Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet.
Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).
Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".
23.06.1948: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wird am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).
24.06.1948: Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.
26.06.1948: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").
Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" fliegen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).
01.07.1948: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.
Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/279): >>... Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.
Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befah-

len, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

10.07.1948: Während der Zonenkonferenz in Minden kritisiert Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

24.08.1948: Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreicht am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.

Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...

(Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits:) Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ...<<

31.08.1948: In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den anglo-amerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/53).

06.10.1948: Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.

Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

20.10.1948: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

22.10.1948: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik".

09.12.1948: Die UN-Konvention "über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" wird am 9. Dezember 1948 offiziell verabschiedet und verkündet (x075/52-53): >>... Art. I. Die vertragsschließenden Parteien bestätigen, das Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß dem internationalen Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

Art. II. In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

a) Tötung von Mitgliedern einer Gruppe;

b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe. ...<<
In dieser Erklärung der UNO-Generalversammlung heißt es ferner, daß niemand willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden darf (Art. 9) und daß jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, auch sein eigenes Land, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren (Art. 13). ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen.
Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten – die größte Vertreibung der Weltgeschichte – müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.<<
28.12.1948: Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).
Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.
1948: Die Besatzungsmächte kümmern sich im Jahre 1948 weiterhin in erster Linie um die Abwicklung des "Bevölkerungstransfers" der Ost- und Volksdeutschen, während man die schwierige wirtschaftliche, politische und soziale Eingliederung der Vertriebenen größtenteils den deutschen Behörden überläßt. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Ost-Mitteleuropa müssen in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen untergebracht werden. Diese "Umsiedler" verändern maßgeblich die soziale Struktur Deutschlands.
Der einzige Willkommensgruß für die Heimatlosen ist gewöhnlich nur eine karge Mahlzeit. Wer keine Verwandten im Westen hat, muß sehen, wo und wie er unterkommt. Die einheimischen Hauseigentümer und Mieter von großen Wohnungen müssen vielerorts Räume an die unerwünschten Landsleute abtreten. Während dieser Zwangseinweisungen kommt es ständig zu Reibereien mit den Einheimischen, denn fast niemand will die Fremden freiwillig aufnehmen. In vielen Landkreisen und Gemeinden muß man Wohnräume mit Waffengewalt beschlagnahmen, um die heimatlosen Neuankömmlinge unterzubringen.
Ein Zeitzeuge schreibt im Jahre 1948 über diese radikalen Zwangseinweisungen (x153/25): >>Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist.<<
24.01.1949: Das Politbüro übernimmt am 24. Januar 1949 die Leitung des Zentralkomitees der SED.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die SED (x156/67): >>Es war Februar 1949 geworden. Die SED hatte sich immer mehr dem "sowjetischen Vorbild" angeglichen. ... Das Zentralsekretariat der SED wurde aufgelöst. An seine Stelle trat ein Politbüro, bestehend aus 9 Mitgliedern, darunter 6 ehemaligen KP-Spitzenfunktionären und 3 ehemaligen Sozialdemokraten. Für die laufende Arbeit wurde ein "kleines Sekretariat" unter dem Vorsitz Ulbrichts geschaffen. Eine zentrale Parteikontrollkommission unter Vorsitz von Hermann Matern folgte.
All das lief unter der Losung der Entwicklung zu einer "Partei neuen Typs" – es war aber

nichts anderes als die weitere Angleichung der SED an die stalinistische Partei der Sowjetunion. ...<<

15.03.1949: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 15. März 1949 bekannt, daß die "negative Phase der US-Besatzungspolitik in Deutschland" beendet und eine "konstruktive Politik" begonnen werden soll (x112/673).

04.04.1949: In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

08.04.1949: Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

09.04.1949: Die Aufhebung des Koalitionsverbotes für die deutschen Vertriebenen-Organisationen führt am 9. April 1949 zur Gründung des "Zentralverbandes vertriebener Deutscher".

Nach langen Verhandlungen schließen sich die Landesverbände der Vertriebenen in Frankfurt zum "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zusammen. 1. Vorsitzende wird Dr. Hans Lukaschek, der später von Dr. Linus Kather abgelöst wird.

22.04.1949: Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**

... In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

... Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann? ...

Die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1949) berichtet am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>**Tedeum des Sieges**

Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste beteiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

Treu und Glauben. "Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft." ...

Auch die letzten Bayern. "In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik." ...

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen. ...

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. ...<<

25.04.1949: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

05.05.1949: Der Europarat (Sitz: Straßburg) wird am 5. Mai 1949 in London gegründet.

08.05.1949: Im Treptower Park in Berlin wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehrendenkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

10.05.1949: Der Parlamentarische Rat entscheidet sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.

12.05.1949: Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199).

23.05.1949: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden müssen, soll im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wird deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet.

Die Präambel (feierliche Einleitung) des Grundgesetzes lautet (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-

Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel heißt, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
20.06.1949: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtet am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<
14.08.1949: In den 3 Westzonen findet am 14. August 1949 die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<
12.09.1949: Der FDP-Politiker Theodor Heuss (1884-1963) wird am 12. September 1949 zum Bundespräsidenten gewählt.
Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland ist ein ungewöhnlich beliebter Politiker. Heuss wird von der Bevölkerung in den folgenden Jahren sehr verehrt und geachtet.
15.09.1949: Konrad Adenauer wird am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt.
Bundeskanzler Adenauer bildet daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA ...<<
21.09.1949: Das "neue Besatzungsstatut" der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft.
Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 (Deutschlandvertrag) erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.
07.10.1949: Die "Provisorische Volkskammer" gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.
Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).
Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.
22.11.1949: Im Petersberger Abkommen vereinbaren die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).
Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 heißt es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen

können. ...
Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.
2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...<<
26.11.1949: Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtet am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.
Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.
Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...<<
1949: In den Jahren 1945-49 müssen die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM).
Im gleichen Zeitraum sind in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).
20.01.1950: Die DDR-Zeitschrift "Für Dich" berichtet am 20. Januar 1950 über die angeblich guten Haftverhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ein Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen. Außer dem Freiheitsentzug gab es für die Häftlinge keine besonderen Härten. ...
(Die Lagerinsassen hätten sich unter Tränen von ihrem sowjetischen Wachpersonal) "in vielen Fällen Freunde" (verabschiedet).<<
10.03.1950: Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportiert man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.
Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).
Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.
01.05.1950: Am 1. Mai 1950 wird die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.
08.05.1950: Die SED begeht den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").
12.09.1950: Am 12. September 1950, dem 2. Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, werden auch die Flaggen der ehemaligen deutschen Ostprovinzen vor dem Bundestag gehißt.
04.11.1950: In der Nacht zum 4. November 1950 werden die in Waldheim zum Tod verurteilten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. 24 Verurteilte sterben durch den Strang oder die Guil-

lotine (x126/219).
1950: Im Jahre 1950 fliehen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.
Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehren im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründen mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägt später vor allem die linksradikale 68er Bewegung.
08.01.1951: Der Staatspräsident erläßt am 8. Januar 1951 ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft, um angeblich die bisherige gesetzliche Diskriminierung der noch im Lande befindlichen deutschen Bevölkerung in den Oder-Neiße-Gebieten aufzuheben (x003/VII).
Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtet später über die völkerrechtswidrige Aufzwingung der polnischen Staatsangehörigkeit (x077/47): >>Über 1 Million Deutscher sind zu polnischen Staatsangehörigen wider Willen von der Verwaltungsmacht erklärt worden. Dies widerspricht den völkerrechtlichen Regeln über die Verleihung der Staatsangehörigkeit an fremde Staatsangehörige. ...<<
18.04.1951: In Paris unterzeichnen Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73): >>...
Artikel 97
Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an. ...<<
Die Montanunion bzw. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ist eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügt bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG.
Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (der EGKS-Vertrag tritt am 23. Juli 1952 in Kraft) wird angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.
Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl gewährleistet eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich geht es nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.
Die Hohe Behörde der Montanunion wird 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellt die Montanunion schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gehen danach auf die EG über.
08.06.1951: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Gehängt werden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermair und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).
Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung werden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtet. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndet man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zieht niemand zur Rechenschaft.
In den folgenden Jahren ermittelt die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilt über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).
29.06.1951: Die Bundesregierung verkündet am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausga-

ben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

09.07.1951: Die britische Regierung beendet am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

13.07.1951: Die französische Regierung Frankreich beendet am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

18.09.1951: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Pleven-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen. ...<<

19.10.1951: Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

10.09.1952: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichnen am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 heißt es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>**Wiedergutmachung**

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

27.02.1953: Im Londoner Abkommen einigen sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg werden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/-104).

05.03.1953: Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) stirbt am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerten, fordert die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermitteln in späteren Studien, daß dem Terror

des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).
17.06.1953: Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.
Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.
23.08.1953: Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<
23.10.1954: Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wird der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.
Die westlichen Siegermächte beschließen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandeln den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden 1954 Mitglieder der WEU.
Die Pariser Verträge regeln ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).
25.01.1955: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.
07.05.1955: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.
09.05.1955: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).
14.05.1955: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.
15.05.1955: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich. Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).
22.09.1955: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der "Hallstein-Doktrin".
Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).
23.10.1955: Bei der Volksabstimmung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 lehnen 67,7 % der Saarländer (Wahlbeteiligung = 97,5 %) das Europäische Statut ab, denn sie wollen

Deutsche bleiben (x155/52).
02.01.1956: Die Bundeswehr beginnt am 2. Januar 1956 ihren Dienst.
18.01.1956: Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").
17.08.1956: Die KPD wird am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich eingestuft und in der Bundesrepublik Deutschland verboten.
23.10.1956: Die Studentenunruhen in Budapest (bei denen man z.B. demokratische Grundrechte und die Kündigung des Warschauer Paktes fordert) entwickeln sich am 23. Oktober 1956 zu einem spontanen, führerlosen Aufstand der Bevölkerung.
Der ungarische Volksaufstand wird daraufhin innerhalb von zwei Wochen durch sowjetische Truppen rücksichtslos niedergeschlagen. Im gesamten Land finden anschließend massenhafte Deportationen und Hinrichtungen statt. Etwa 200.000 Ungarn fliehen nach dem gescheiterten Volksaufstand bis Ende November 1956 ins Ausland.
1956: Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Gliederung (im Überblick):

01.	**Deutsches Reich** - SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945) - Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945) - SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland gemäß "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik) - DDR (Deutsche Demokratische Republik, seit dem 7. Oktober 1949). - Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats gemäß "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945) - WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland gemäß "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)) - BRD (Bundesrepublik Deutschland, seit dem 23. Mai 1949)
02.	**Nordeuropa** - Dänemark - Norwegen - Schweden - Finnland
03.	**Ostmitteleuropa** - Estland - Lettland - Litauen - Polen - CSR - Österreich
04.	**Osteuropa** - UdSSR
05.	**Südosteuropa** - Ungarn - Jugoslawien - Rumänien - Bulgarien - Albanien - Griechenland - Türkei
06.	**Südeuropa** - Italien - Spanien - Portugal

07.	**Westeuropa** - Schweiz - Liechtenstein - Frankreich - Luxemburg - Belgien - Niederlande - Großbritannien - Irischer Freistaat (ohne Nordirland, ab 1949 Republik Irland) - Irland (Republik Irland, seit dem 19. April 1949)
08.	**Amerika** - Kanada - USA - Mittelamerika - Südamerika
09.	**Asien**
10.	**Afrika**
11.	**Australien**

Glanz und Elend der deutschen Geschichte vom 1. Januar 1946 bis zum 31. Oktober 1948

1946

Friede ist eine Tugend, eine Geisteshaltung, eine Neigung zu Güte, Vertrauen, Gerechtigkeit.
Baruch de Spinoza (1632-1677, niederländischer Philosoph)

01.01.1946

SBZ, Berlin und WBZ: Nach dem Zweiten Weltkrieg liegt das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Überall herrschen chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich ist. In Mittel- und Westdeutschland sind fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört.
Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wird durch Zonengrenzen unterbrochen. Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen kommen damals zwangsweise in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhalten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchen.
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.
Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<

02.01.1946

WBZ: Sämtliche Bergwerke des Saarlandes werden am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt.

04.01.1946

Ungarn: Die Nationalregierung beschließt am 4. Januar 1946 eine Durchführungsverordnung über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland gemäß Beschluß des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945 (x008/94E-104E): >>**Die Durchführung der Aussiedlung.**

Verordnung Nr. 70010/1946 B.M. des Innenministers, betreffend die Durchführung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes XI: 1945 § 15 erlassenen Verordnung Nr. 12330/1945 ... der Nationalregierung über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland und des über den gleichen Gegenstand verfaßten Beschlusses des Alliierten Kontrollrats vom 20. November 1945.

I.

Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen

§ l

1) Die Verordnung Nr. 12330/1945 ... (im folgenden als VO bezeichnet) über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland bestimmt in § 1:

"Nach Deutschland umzusiedeln ist derjenige ungarische Staatsangehörige verpflichtet, der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat, oder der seinen madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ, des weiteren derjenige, welcher Mitglied des Volksbundes oder irgendeiner deutschen bewaffneten Formation (SS) war."

2) § 2 Absatz l der VO sieht vor, daß sich die Umsiedlungspflicht "nicht erstreckt auf den mit einer Person nichtdeutscher Volkszugehörigkeit (Muttersprache) zusammenlebenden Ehegatten und die minderjährigen Kinder sowie die mit ihnen - schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern), wenn diese ihr 65. Lebensjahr schon vor dem 15. Dezember 1945 vollendet haben".

3) Die Vorschrift des § 2 Absatz l der VO ist auch für die vor dem 20. Dezember 1945 adoptierten, unmündigen Kinder und für die Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern) von Personen ungarischer Volkszugehörigkeit und Muttersprache maßgeblich.

§ 2

1) Die umsiedlungspflichtigen Personen sind in jeder Gemeinde (Stadt) wohnhausweise zu registrieren und nach im gemeinsamen Haushalt lebenden Familien geordnet in ein Verzeichnis aufzunehmen.

2) Gesondert zu erfassen und in ein Verzeichnis einzutragen sind diejenigen, auf die sich die Umsiedlungspflicht gemäß § 2 Absatz l der VO nicht bezieht. (Angehörige von Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit und Muttersprache.)

3) Ein besonderes Namensverzeichnis ist auch von denjenigen Umsiedlungspflichtigen zu fertigen, die seit der letzten Volkszählung (1941) verstorben, verzogen oder im Zeitpunkt der Registrierung abwesend sind.

§ 3

1) Der Gemeindevorstand, in Städten der Bürgermeister (im Falle der Suspendierung der Selbstverwaltung die beauftragte Verwaltungsbehörde oder das Verwaltungsorgan) sind gehalten, in der von dem Ministerbeauftragten gesetzten Frist das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen in drei Exemplaren fertigzustellen.

2) Das Namensverzeichnis ist auf Grund der Nachweisungen über Volkszugehörigkeit und Muttersprache zusammenzustellen, die nach den Angaben der letzten Volkszählung gefertigt worden sind. Diejenigen, die Mitglieder des Volksbundes oder irgendeiner deutschen bewaff-

neten Formation waren, ferner diejenigen, die ihren Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließen, müssen auf Grund der Angaben, über die der Gemeindevorstand (der Bürgermeister) verfügt, in das Namensverzeichnis aufgenommen werden.
3) Alle Behörden sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen und zur Registrierung erforderlichen Angaben dem Gemeindevorstand (Bürgermeister) zur Verfügung zu stellen. (§ 4 Absatz 3 der VO)

§ 4

1) Das Namensverzeichnis muß folgende Angaben enthalten: 1. Vor- und Familiennamen, 2. Geschlecht, 3. Lebensalter, 4. Geburtsort, 5. Beruf, 6. Familienstand, 7. Vor- und Familienname der Mutter, 8. Wohnort.
2) In der für Anmerkungen vorgesehenen Spalte des Namensverzeichnisses ist bei jeder Person anzugeben, aus welchem Grund sie aufgenommen wurde (deutsche Volkszugehörigkeit und Muttersprache, deutsche Volkszugehörigkeit, deutsche Muttersprache, Mitglied des Volksbundes, vormaliges Mitglied der SS). Bei demjenigen, der nach der Volkszählung von 1941 am Registrierungsort zugezogen ist, muß dieser Umstand - zusammen mit der Angabe seines früheren Wohnortes - in der Spalte für Anmerkungen gleichfalls aufgezeigt werden.

§ 5

1) Ein Exemplar des vom Gemeindevorstand (Bürgermeister oder beauftragten Verwaltungsorgan) unterzeichneten Namensverzeichnisses der Umsiedlungspflichtigen ist nach seiner Fertigstellung unverzüglich an der Anschlagtafel der Gemeinde (Stadt) auszuhängen. Die Anbringung des Anschlages ist in der ortsüblichen Weise öffentlich bekanntzugeben.
2) Ein Exemplar des abgeschlossenen Namensverzeichnisses ist dem Ministerbeauftragten zur Verfügung zu stellen.

§ 6

1) Gemäß § 2 Absatz 2 der VO unterliegt der Umsiedlungspflicht nicht, wer ein aktives Mitglied einer demokratischen Partei oder seit spätestens 1940 Mitglied einer in den Verband des Gewerkschaftsrates gehörenden Gewerkschaft war.
2) Gemäß § 2 Absatz 3 der VO ist derjenige auch von der Umsiedlungspflicht befreit, der sich zwar zur deutschen Muttersprache, aber zur ungarischen Volkszugehörigkeit bekannt hat, wenn er glaubhaft nachweist, daß er wegen seiner Treue zum Ungartum Verfolgungen erlitten hat.
3) Die in den vorhergehenden Absätzen erwähnte Befreiung erstreckt sich auf den Ehegatten (Witwe), minderjährige Kinder (minderjährige Waisen) sowie auf die mit ihnen - schon vor Inkrafttreten der VO (29. Dez. 1945) - im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern).

§ 7

1) Über die Frage der in den vorhergehenden §§ erwähnten Befreiung entscheidet die von mir entsandte, aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission - unter Ausschluß von Rechtsmitteln - an Ort und Stelle endgültig (§ 2 Absatz 6 der VO).
2) Die Kommission kann mit Stimmenmehrheit die Befreiung von der Umsiedlungspflicht beschließen.
3) Von der Umsiedlungspflicht kann nicht befreit werden eine Person, die ihren madjarisierten Namen wieder in einen deutsch klingenden ändern ließ oder Mitglied des Volksbundes oder irgendeiner faschistischen Organisation oder einer derartigen militärischen Formation war (§ 2 Absatz 5 der VO).
4) Die Zahl der Befreiten kann - zusammen mit den gemäß § 2 Absatz 4 freigestellten Familienangehörigen - höchstens 10 % der umsiedlungspflichtigen Bewohner des Kreises, der mit Selbstverwaltung ausgestatteten Stadt bzw. der Provinz betragen.
5) Eine aktive Tätigkeit, die bei der Freistellung berücksichtigt werden kann, kann durch eine

- die aktive Tätigkeit ausführlich darstellende - Bescheinigung der Parteizentrale oder Parteiorganisation der Provinz nachgewiesen werden, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft durch einen Ausweis des Gewerkschaftsrates.
6) Die wegen der Treue zum Ungarntum erlittene Verfolgung kann durch eine Bescheinigung der nationalen Kommission oder der Polizeibehörde nachgewiesen werden. Daß sich jemand zur deutschen Muttersprache, aber zum ungarischen Volkstum bekannt hat, wird durch eine - auf Grund der Ausweisungen des Zentralamtes für Statistik oder Volkszugehörigkeit und Muttersprache - eingetragene Feststellung in die Spalte für Anmerkungen des Namensverzeichnisses der Umsiedlungspflichtigen nachgewiesen.
7) Ein Antrag auf Befreiung und die dem Nachweis dienenden Belege können spätestens am fünften Tage nach der Veröffentlichung des Namensverzeichnisses bei der Kommission eingereicht werden.
8) Die Kommission entscheidet unverzüglich über die Befreiungen. Die Kommission fertigt ein Namensverzeichnis der Freigestellten mit Angabe ihrer Personalien in zwei Exemplaren an. Die Kommission nimmt die Freigestellten in der Reihenfolge des Gewichtes ihrer Verdienste, die sie sich durch ihre Haltung und Tätigkeit erworben haben und die die Grundlage ihrer Freistellung bilden, in die Namensliste auf. Das Namensverzeichnis wird nach seinem Abschluß von sämtlichen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet.
9) Die Kommission übergibt ein Exemplar des unterschriebenen Namensverzeichnisses innerhalb von 48 Stunden nach Ablauf der in Absatz 7 festgelegten Frist dem Ministerbeauftragten, das zweite Exemplar aber legt sie zusammen mit den Anträgen und ihren Anlagen unverzüglich dem Innenminister vor.

§ 8

1) Der Ministerbeauftragte berücksichtigt die freigestellten Personen und ihre gemäß § 2 Absatz 4 der VO befreiten Familienmitglieder in der Reihenfolge der Verdienste, die die Grundlage ihrer Befreiung bilden und streicht, wenn ihre Gesamtzahl 10 % der Umsiedlungspflichtigen des Kreises, der mit Selbstverwaltungsrecht ausgestatteten Stadt beziehungsweise der Provinz übersteigt, aus dem Namensverzeichnis der Kommission, die in der Reihenfolge weiter rückwärts kommenden und die 10 % zahlenmäßig überschreitenden Personen und schließt das Namensverzeichnis entsprechend ab.
2) Der Ministerbeauftragte fertigt von den Freigestellten - einschließlich ihrer befreiten Familienangehörigen - ein Namensverzeichnis in zwei Ausfertigungen, schließt es ab und streicht die freigestellten Personen dementsprechend aus dem Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen.
Die Freigestellten sind aus dem Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen so zu streichen, daß die Streichung augenfällig wird, der Name der gestrichenen Person aber klar lesbar bleibt. Der Grund der Streichung ist in der Spalte für Anmerkungen des Namensverzeichnisses anzugeben. Die Streichung der Freigestellten ist auch in dem an der Anschlagtafel der Gemeinde (Stadt) aushängenden Namensverzeichnis unverzüglich durchzuführen.
3) Der Ministerbeauftragte schließt nach Durchtragung der Streichungen die Namensliste ab. Im Abschlußvermerk ist anzugeben, unter welchen laufenden Nummern die gestrichenen Personen aufgenommen waren. Mit der Unterzeichnung des Schlußvermerkes erhält das Namensverzeichnis seine endgültige Form.

II.

Bestandsaufnahme und Verwahrung des Vermögens der umsiedlungspflichtigen Personen

§ 9

1) Der § 3 der VO lautet:
"Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der umsiedlungspflichtigen Personen

ist - mit Wirkung vom 29. Dezember 1945 - als beschlagnahmt anzusehen, der Eigentümer kann nichts davon veräußern und kann es auch nicht belasten. Der Eigentümer (Besitzer) kann von den beschlagnahmten Beständen (Lebensmittel, Futter, Brennmaterial usw.) nur die seinen ordentlichen Haushalts- und Wirtschaftsbedürfnissen entsprechende Menge verbrauchen. Das beschlagnahmte Vermögen ist zu inventarisieren."
2) Ein Verstoß gegen die in Absatz l enthaltenen Verbote sowie die Beschädigung oder Vernichtung der beschlagnahmten Vermögensgegenstände ist ein Verbrechen und wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft (§ 3 Absatz 4 der VO).

§ 10

1) Die Bestandsaufnahme wird von einer aus 5 Mitgliedern bestehenden Kommission durchgeführt. Dort, wo es erforderlich ist, kann der Ministerbeauftragte die Bildung mehrerer Inventarisierungskommissionen anordnen. Mitglieder der Kommission sind: Der Gemeinde- (Kreis) Notar oder der von ihm bestimmte Gemeindebeamte, in Städten der vom Bürgermeister bestimmte Beamte, außerdem je ein Vertreter des Landwirtschaftsministers, des Finanzdirektors des Volksbetreuungsamtes und der Polizei. Der Vorsitzende der Kommission ist der beauftragte Verwaltungsbeamte.
2) Die Bestandsaufnahme hat nach der ersten Bekanntgabe des Namensverzeichnisses (§ 5 Absatz 1) der Umsiedlungspflichtigen ohne Verzögerung zu beginnen.
3) Die Bestandslisten sind sowohl von den Hofräumen als auch von den Mobilien je nach Wirtschaft bzw. Haushalt aufzunehmen.
4) Die von den Hofräumen aufgenommene Bestandsliste hat zu enthalten: die Aufzählung und kurze Beschreibung des Wohnhauses und der Wirtschaftsgebäude (Baumaterial des Gebäudes und des Dachwerkes, Zahl und Zweckbestimmung der Räume), die Größe des Grundstückes in Quadratklaftern und die Zweckbestimmung der Fläche.
5) Die Bestandsliste des beweglichen Vermögens muß folgende Angaben enthalten:
a) Die Aufzählung des gesamten lebenden und toten Inventars der Wirtschaft nach Art und Stückzahl. Der Viehbestand ist nach Alter, Rasse und Stückzahl getrennt, unter Angabe besonderer Kennzeichen, in die Bestandsliste aufzunehmen. Die Viehpässe der Tiere sind bei der Bestandsaufnahme zu übernehmen und den Bestandslisten beizufügen;
b) die Lebensmittel, Saat und Futterbestände nach Arten und nach dem auf Schätzung beruhenden Gewicht spezifiziert;
c) die Hauseinrichtung, Kleidung und übrigen beweglichen Gegenstände, gleichfalls nach Art und Stückzahl spezifiziert;
d) die Geschäfts- und Werkstatteinrichtung, der Rohstoffvorrat, das Warenlager ist unter entsprechender Anwendung obiger Bestimmungen in eine besondere Bestandsliste aufzunehmen.
6) Die Bestandsliste ist in drei Exemplaren zu fertigen. Alle Exemplare der Bestandsliste sind außer von den Mitgliedern der Kommission von dem aussiedlungspflichtigen Leiter der Wirtschaft (Werkstatt, Betrieb) beziehungsweise des Haushaltes, bzw. auch von dem Familienoberhaupt zu unterschreiben.
7) Zwei Exemplare der Bestandsliste sind dem Volksbetreuungsamt, ein Exemplar der zuständigen Finanzdirektion einzureichen, ein Exemplar schließlich ist vom Gemeindevorstand beziehungsweise vom Bürgermeister aufzubewahren.

§ 11

1) Die in die Bestandsliste aufgenommenen Vermögensgegenstände sind bis zum Abtransport der Umsiedlungspflichtigen dem Eigentümer (Besitzer) zum Gebrauch zu belassen.
2) Der Gemeindevorstand (Bürgermeister) ist bei seiner dienststrafrechtlichen und strafrechtlichen Verantwortlichkeit verpflichtet, regelmäßig zu überwachen, ob der Verbrauch der Lebensmittel, Futter und Brennstoffvorräte nicht das in § 3 der Verordnung genehmigte Ausmaß übersteigt. Der Maßstab für den zulässigen Lebensmittelverbrauch ist die jeweilige Lebens-

mittelration.
3) Der Gemeindevorstand (Bürgermeister) ist, falls er von einem Verstoß gegen die in § 3 der VO enthaltenen Verbote erfährt, verpflichtet, bei der Polizeibehörde unverzüglich Anzeige zu erstatten.
§ 12
1) Vor dem Abtransport der Umsiedlungspflichtigen ist der Gemeindevorstand (Bürgermeister) verpflichtet, die in die Bestandsliste aufgenommenen Vermögensgegenstände von dem Eigentümer (Besitzer) - innerhalb der von dem Ministerbeauftragten bestimmten Frist - zu übernehmen.
2) Für die Unterbringung und Verwahrung der übernommenen Mobilien hat der Gemeindevorstand (Bürgermeister) - unter Mitwirkung des Beauftragten des Volksbetreuungsamtes - zu sorgen.
3) Die häusliche Habe (Möbel usw.) und die Ausrüstungsgegenstände der Wirtschaft (Werkzeuge, Maschinen usw.) sind, um sicher verwahrt werden zu können, gesammelt in leeren Wohnhäusern oder Wirtschaftsgebäuden unterzubringen. Lebensmittel, Futter und andere Getreidevorräte sind in solchen Räumen (Speichern) unterzubringen, wo sie vor dem Verderb bewahrt bleiben und auch ihre fachkundige Behandlung sichergestellt werden kann. Auch für die sichere Unterbringung der zurückgebliebenen Brennstoffvorräte ist zu sorgen.
4) Die zurückgelassenen Viehbestände (Rind, Schwein, Pferd, Schaf, Geflügel usw.), des weiteren die Futter- und Getreidevorräte übernimmt der Vertreter des Landwirtschaftsministers von dem Gemeindevorstand (Bürgermeister). Die Übergabe des Viehbestandes sowie der Futter- und Getreidevorräte ist auf dem Exemplar der Bestandsliste, die beim Gemeindevorstand (Bürgermeister) aufbewahrt wird, zu vermerken.
5) Der Ministerbeauftragte ist verpflichtet, beim Landwirtschaftsminister (Abteilung für staatliche Güter) rechtzeitig den Zeitpunkt des Abtransportes der Umsiedlungspflichtigen anzumelden sowie auch bekanntzugeben, für die Übernahme und den Abtransport wie vieler und welcher Art Tiere, wie vieler und welcher Sorten Futter- und Getreidevorräte er zu sorgen hat.
6) Das Vermögen derjenigen, die freigestellt wurden, ist durch Beschluß nachträglich von der Beschlagnahme zu befreien.
§ 13
Der Ministerbeauftragte überwacht die ordnungsgemäße Bestandsaufnahme der beschlagnahmten Vermögensgegenstände und sorgt, wenn er Mängel feststellt, für ihre unverzügliche Beseitigung und trifft, falls die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend sein sollten, Anordnungen bezüglich der Verwahrung der in die Bestandsliste aufgenommenen Gegenstände. Zur Erledigung dieser Arbeit kann er persönliche und Vorspanndienstleistungen in Anspruch nehmen.

III.

Abtransport der Umsiedlungspflichtigen

§ 14
1) Die Umsiedlungspflichtigen können, mit Ausnahme ausländischer Währung, ihr Bargeld und ihre Wertgegenstände (Schmuck) mit sich nehmen. Des weiteren können sie pro Person 7 kg Mehl oder Teigwaren (Brot), l kg Fett, 2 kg Fleischwaren, 2 kg Hülsenfrüchte, 8 kg Kartoffeln mit sich führen, außerdem können sie ihre notwendigste Haushaltungsausrüstung (Kleider, Bettzeug, Handwerkszeug) mitnehmen.
Das zur Mitnahme zugelassene Gepäck darf - zusammen mit den 20 kg Lebensmitteln - pro Person nicht schwerer sein als 100 kg (hundert).
2) Die Mitnahme von Möbeln, landwirtschaftlicher Ausrüstung, lebenden Tieren ist verboten.
3) Die Registrierungskommission stellt vor dem Abmarsch zu dem Verladebahnhof beziehungsweise zu der Sammelstelle durch Schätzung fest, ob das Gepäck das zulässige Gewicht

überschreitet.
4) Die Leibesvisitation der Umsiedlungspflichtigen ist strengstens untersagt.
5) Bei Transporten, die im Winter durchgeführt werden, kann auch das für die ganze Reise erforderliche Heizmaterial (Holz, Kohle), unter Umständen in einem besonderen Waggon, mitgeführt werden.

§ 15

1) Den Zeitpunkt des Abtransportes der Umsiedlungspflichtigen gibt der Innenminister oder der mit der Überwachung oder Durchführung der Umsiedlung betraute Regierungsbeauftragte dem Ministerbeauftragten unter Benennung des Verladebahnhofs und des etwaigen Sammelplatzes bekannt.
2) Der Ministerbeauftragte läßt in der ortsüblichen Weise die auf die Zeitpunkte, den Ort und die Art des Abtransportes bezüglichen notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen bekanntgeben und läßt die Bevölkerung gleichzeitig durch den Gemeindevorstand (Bürgermeister) über die zwischenstaatliche Vereinbarung betreffend die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach Deutschland, über den Beschluß des Alliierten Kontrollrates und über die bezüglich der Umsiedlung ergangenen Verordnungen der Regierung unterrichten.

§ 16

1) Der Ministerbeauftragte fertigt auf Grund des Namensverzeichnisses der Umsiedlungspflichtigen das Namensverzeichnis der mit je einem Zug reisenden Personen in vier Exemplaren an. Das Namensverzeichnis muß mit laufenden Nummern, aber waggonweise getrennt (Waggon Nr. 1, Waggon Nr. 2 usw.) so zusammengestellt werden, daß die zusammengehörenden Familienmitglieder in einem Waggon untergebracht werden.
2) In das Namensverzeichnis sind folgende Angaben aufzunehmen: 1. Vor- und Familienname, 2. Alter, 3. Geschlecht, 4. Staatsangehörigkeit, 5. Beruf und 6. Wohnort. Bei der Zusammenstellung des Namensverzeichnisses ist mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren, und vor der Abfahrt des Zuges ist erneut zu überwachen, daß der Bestand der im Namensverzeichnis aufgeführten vollzählig ist.
3) Die in das Namensverzeichnis aufgenommenen Personen sind, bevor sie von ihrem Wohnort bzw. der Sammelstelle aus zum Verladebahnhof in Marsch gesetzt werden, einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Die ärztliche Untersuchung wird von einer aus drei Ärzten bestehenden Kommission durchgeführt. Der Ministerbeauftragte stellt die Ärztekommission aus Amtsärzten (Gemeinde, Kreis, städtischen Ärzten) zusammen.
Im Falle ihrer Verhinderung trifft auf Ersuchen des Ministerbeauftragten der erste Beamte des kommunalen Selbstverwaltungsverbandes Vorkehrungen, damit ein anderswoher entsandter Amtsarzt zur Verfügung steht. Nur wer von der Ärztekommission für gesund befunden wurde, kann die Reise antreten. Die nach Feststellung der Ärztekommission nicht transportfähigen Kranken sind aus dem Namensverzeichnis zu streichen und an ihrer Stelle können solche Personen aufgenommen werden, die von dem Arzt für gesund befunden wurden. Jeder gesunden und transportfähigen Person ist ein ärztliches Zeugnis auszustellen, das der Leiter der Ärztekommission unterschreibt.
4) Die ärztliche Untersuchung ist 24, evtl. 48 Stunden vor der Abreise durchzuführen. Für die Dauer der Einwaggonierung hat eine Sanitätskolonne bereitzustehen.
5) Nach Abschluß der ärztlichen Untersuchung ist das Namensverzeichnis mit einem Schlußvermerk zu versehen, der besagt, daß die darin aufgezählten Personen gesund sind und an keiner ansteckenden Krankheit leiden. Der Schlußvermerk wird vom Ministerbeauftragten und dem Leiter der Ärztekommission unterzeichnet.
6) Zwei Exemplare des Namensverzeichnisses nimmt der Zugskommandant mit sich, ein Exemplar überreicht der Ministerbeauftragte nach Abgang des Transportes dem Innenminister.

§ l7

1) Der Ministerbeauftragte sorgt für die Verbringung der Umsiedlungspflichtigen an die vom Innenminister bezeichnete Sammelstelle bzw. der in je einem Zug Reisenden an den Verladebahnhof und verfügt die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Transportmittel.
2) Jeder Zug besteht aus 40 Waggons. Jeder Waggon kann nur mit 30 Personen belegt werden.
3) Jedem Zug müssen wenigstens ein Arzt und zwei Pflegerinnen - falls erforderlich - aus den Reihen der Umsiedlungspflichtigen beigegeben werden. Der Ministerbeauftragte und der Leiter der Ärztekommission sorgen gemeinsam dafür, daß jeder Zug mit den nötigsten Medikamenten und Verbandzeug ausgestattet wird.
4) Der Arzt, die Pflegerin, die etwaigen Kranken und die Medikamente sind in einem besonderen Waggon unterzubringen.
5) Es ist dafür zu sorgen, daß aus den Vorräten der Umsiedler in jedem Waggon ein für die Aufbewahrung von Wasser geeignetes größeres Gefäß (Eimer, Kanne), ein Kochkessel und ein Ofen zur Verfügung stehen.

§ 18

1) Jeder Zug wird von dem für diesen Zweck bestimmten Bahnpolizeipersonal begleitet. Der Kommandant des Bahnpolizeipersonals ist gleichzeitig der Kommandant des Zuges, dem jede im Zuge reisende Person zu gehorchen verpflichtet ist.
2) Der Zugkommandant bestimmt unter den im Zug reisenden Umsiedlungspflichtigen einen Obmann, der zusammen mit den von ihm für jeden Waggon bestellten Diensthabenden die Anordnungen des Zugkommandanten durchführt. Der Obmann und die Diensthabenden sind verpflichtet, dem Zugkommandanten von jedem Vorfall und jeder Wahrnehmung unverzüglich Meldung zu erstatten, die den ruhigen und friedlichen Verlauf der Reise, die körperliche Unversehrtheit oder Gesundheit der Reisenden gefährden könnten.

§ 19

Die zuständigen amerikanischen Behörden sind wenigstens vier Tage vor Abgang der Züge über den Zeitpunkt der Abfahrt, die Nummer des Zuges sowie über die Zahl der abreisenden Aussiedler zu unterrichten.

§ 20

1) Der Zugkommandant übernimmt den Transport mit russischen, englischen und deutschen Begleitpapieren und übergibt ihn an seinem Bestimmungsort. Die Begleitpapiere werden von dem Bevollmächtigten der Alliierten Kontrollkommission und dem Ministerbeauftragten unterschrieben.
2) Das Zugbegleitpersonal kehrt nach Übergabe des Transportes mit dem Zug unverzüglich zurück.

§ 21

Der Ministerbeauftragte erstattet dem Innenminister nach Abgang eines jeden Transportes eingehenden Bericht und ist verpflichtet, unverzüglich jeden Vorfall oder Umstand zu melden, der eine Stockung des reibungslosen Verlaufes der Durchführung verursacht.

IV.

Verschiedene Vorschriften

§ 22

Eine Anordnung, die der Ministerbeauftragte oder sein Stellvertreter im Zusammenhang mit der Umsiedlung trifft, muß jede sich in ihrem Wirkungsbereich befindliche Verwaltungsbehörde und Dienststelle - einschließlich der den Fachministern unterstellten Behörden, Ämter und Organe - unverzüglich durchführen.

§ 23

1) Personen, die gemäß § 5 der VO in das Namensverzeichnis der Umsiedlungspflichtigen aufgenommen werden, dürfen ihren Wohnort nur mit Genehmigung der Gemeindepolizeibe-

hörde verlassen. Eine solche Genehmigung darf nur ausnahmsweise in begründeten Fällen erteilt werden. Diejenigen, die ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen oder sich der Umsiedlungspflicht entziehen, sind bis zu ihrem Abtransport nach Deutschland in polizeilichem Gewahrsam zu nehmen (zu internieren).
2) Die örtliche Polizeibehörde ist ebenso wie der Kommandant der zur Mitwirkung bei der Durchführung der Umsiedlung bestimmten Sicherungskräfte strengstens verpflichtet, die Einhaltung der in Absatz (1) erwähnten Anordnungen zu überwachen und sorgt im Falle ihrer Verletzung unverzüglich für die Vornahme von Vergeltungsmaßnahmen.
§ 24
1) Der Ministerbeauftragte verfügt über die zur Durchführung der Umsiedlung erforderlichen Sicherungskräfte.
2) Aufgabe der zur Verfügung gestellten Sicherungskräfte ist es, die Anordnungen des Ministerbeauftragten durchzuführen.
3) Mit besonderer Sorgfalt ist darauf zu achten, daß die bei der Durchführung der Aussiedlung mitwirkenden Organe der Sicherungskräfte ihre Pflicht unter gewissenhaftester Einhaltung der Verordnung und der Anordnungen des Ministerbeauftragten bei weitgehendster Beachtung der Erfordernisse der Menschlichkeit erfüllen.
§ 25
Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Budapest, den 4. Januar 1946.
Nagy Imre m. p.
Innenminister …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn (x008/62E-66E): >>... Den eigentlichen Modus der Ausweisung legte eine Durchführungsverordnung vom 4. Januar 1946 fest. Sie bestimmte, daß eine genaue Namensliste der Umsiedlungspflichtigen angelegt werden mußte, aus der neben den Personalien auch der Grund der Aussiedlung (deutsche Nationalität, deutsche Nationalität und Muttersprache, deutsche Muttersprache, Volksbundmitglied, SS-Mitglied) zu ersehen war.
Eine vom Innenminister eingesetzte Kommission konnte durch die allgemeinen Richtlinien betroffene Personen von der Umsiedlung befreien, wenn diese tätige Mitglieder einer demokratischen Partei oder einer Gewerkschaft (seit 1940) waren, weiter Personen, die Deutsch als Muttersprache, aber Ungarisch als Nationalität angegeben hatten und nachweisen konnten, daß sie wegen ihres Verhaltens zum Ungarntum Verfolgungen erlitten hatten. Mitglieder des Volksbundes oder der SS ebenso wie Deutsche, die ihren madjarisierten Namen verdeutscht hatten, konnten aber in keinem Falle befreit werden.
Außerdem durfte die Zahl der Befreiten nicht 10 % der Umsiedlungspflichtigen des Kreises übersteigen. Das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Umsiedler galt ab sofort als gesperrt und sollte von 5köpfigen Kommissionen inventarisiert werden.
Die Umsiedler durften pro Person 100 kg Gepäck (Nahrungsmittel, Bettwäsche, Kleider, Handwerkszeug) mitnehmen. Die eingesetzten Transportzüge sollten aus 40 Wagen bestehen und jeder Wagen mit höchstens 30 Personen besetzt werden. In jedem Zug war ein Ärztewagen und die Begleitung durch Sicherheitspersonal vorgesehen.
Aus dem Text der einzelnen Verordnungen geht hervor, daß auch diese letzte Großaktion gegen das ungarländische Deutschtum anfangs stark von nationalistischen Maximen gesteuert wurde. Der Kreis der Verstöße gegen die "nationale Treue", die schon in der Kategorisierungsverordnung auftauchten, wurde dadurch noch erheblich erweitert, daß auch das Bekenntnis zur deutschen Nationalität und sogar zur deutschen Muttersprache bei der letzten Volkszählung (1941) als Kriterium herangezogen wurde. Die Ausweisung betraf damit prak-

tisch alle Mitglieder der Volksgruppe, wenn auch in späteren Ausweisungen Ausnahmen zugunsten derjenigen gemacht werden sollten, die sich bei der Volkszählung von 1941 zur ungarischen Nationalität bekannt hatten.
Die Ausweisung ist dann in zwei deutlich zu unterscheidenden Phasen durchgeführt worden:
1. in einer ersten von Januar 1946 bis zum Juni desselben Jahres, dann nach einer kurzen Unterbrechung von August 1946 bis zum Ende des Jahres, in der Transporte in die amerikanische Zone Deutschlands gingen,
2. in einer zweiten ab August 1947 mit Transporten in die russische Zone, zu denen einige wenige Züge noch im Jahre 1948 kamen.
Die Versorgung der ersten Züge, die schon im Januar 1946 in der amerikanischen Zone eintrafen, entsprach keineswegs den Grundsätzen einer humanen Durchführung. Die Vertriebenen waren durch die kommunistischen Bewachungsmannschaften ausgeplündert und kamen ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd und frierend in den Auffanglagern an. Die Zustände besserten sich dann allerdings erheblich und konnten zwei Monate später als geregelt bezeichnet werden.
Dies lag zu einem nicht geringen Teil daran, daß die zuständigen amerikanischen Dienststellen nicht nur die rollenden Transporte, sondern sogar die Einwaggonierung zu kontrollieren pflegten.
Die Ausweisung vollzog sich danach bei allen Transporten nach der festgelegten Ordnung: die Listen mit den Namen der Auszusiedelnden wurden öffentlich ausgehängt oder laut verlesen. Die namentlich Aufgerufenen hatten zwei bis drei Tage Zeit, ihre persönlichen Angelegenheiten zu ordnen und ihre Sachen packen. Sie wurden dann mit Lastkraftwagen oder Fuhrwerken zum Bahnhof gefahren, dort kontrolliert, verladen und in die amerikanische Zone abgeschoben.
Zu Übergriffen und Zwischenfällen kam es verhältnismäßig selten, ja der Abschied von den madjarischen Dorfnachbarn war meistens freundlich, wenn nicht herzlich. Die von den Ausgewiesenen zurückgelassenen Wohnungen und Gehöfte allerdings wurden in der Regel sofort erbrochen, die einzelnen Gegenstände verteilt oder der Plünderung überlassen.
Die ungarische Regierung hatte zwar ein bestimmtes Schema für die Reihenfolge der Aussiedlung veröffentlicht, hielt sich jedoch nur daran, soweit es den örtlichen Erfordernissen und der allgemeinen Planung nicht widersprach. In einigen Ortschaften verschob sich z.B. die Ausweisung bis zum Ernteabschluß, da die Volksdeutschen noch als Arbeitskräfte benötigt wurden. Man ging in der Erfassung der Gemeinden regional vor und bemühte sich, die Volksdeutschen zuerst aus politischen und strategisch wichtigen Gebieten herauszuziehen.
Die ersten Transporte wurden daher in Budapest und in den deutschen Gemeinden in der Umgegend der Hauptstadt zusammengestellt, dann folgte das Burgenland als Grenzgebiet, das völlig von Deutschen entblößt wurde.
Am 1. Juni 1946 wurden die Transporte von den Amerikanern gestoppt, da Ungarn das Vermögen der Deutschen auf seine Reparationsforderung, die von der amerikanischen Regierung nicht anerkannt wurde, anrechnen wollte.
Nach längeren Verhandlungen wurde am 28. August ein neues Abkommen geschlossen, wonach die US-Zone noch eine Reihe von Transporten bis zum Ende des Jahres übernehmen sollte. Dann verweigerten die Amerikaner erneut die Aufnahme und ließen sich auf keine Verhandlungen mehr ein.
In dieser Phase wurden etwa 170.000 Volksdeutsche aus Ungarn in die amerikanische Zone, besonders nach Württemberg ausgesiedelt.
Die im August 1947 wieder anlaufende Aussiedlung, jetzt in die Sowjetzone, unterschied sich wesentlich in Charakter und Durchführung von der Abschiebung in die von den Amerikanern besetzte Zone.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Enteignungen, Um- und Aussiedlungen zum mindesten in der Reihenfolge mehr politisch-wirtschaftlichen Erwägungen unterworfen blieben als der Automatik der Kategorisierungsbeschlüsse. Darüber hinaus verloren die Verordnungen sehr bald den Charakter eines Rechtsmittels zur Definierung und Bestrafung vaterlandsfeindlicher Bestrebungen und dienten mehr und mehr zur Sanktionierung des Vorgehens gegen besitzende und einflußreiche, nichtkommunistische Deutsche.
In dem Maße, wie der Einfluß der liberalen Parteien in Ungarn sank und die Macht der kommunistischen Partei stärker wurde, wurde die Aktion zunehmend willkürlicher durchgeführt. Die Ausweisung in dieser Phase ist kaum noch als nationalpolitische Maßnahme anzusehen, sondern eher schon als ein Mittel der Enteignungspolitik. Jetzt mußte jeder Volksdeutsche mit der plötzlichen Ausweisung rechnen, wenn sein Besitztum unter den Kommunisten oder Neusiedlern Gefallen fand, unabhängig von seiner früheren politischen Haltung, selbst Mitglieder des madjarenfreundlichen Treuebundes wurden betroffen.
Andererseits konnten sogar ehemalige Volksbundmitglieder, wenn sie ihren Besitz dem ungarischen Staat übereigneten, oder als Industrie- oder landwirtschaftliche Facharbeiter bei dem Aufbau des neuen Ungarn nicht zu ersetzen waren, mit ihrer "Enthebung" von der Ausweisung rechnen.
Eine Systematik in der regionalen Durchführung läßt sich schon ab August 1946 nicht mehr nachweisen. Anscheinend planlos wurden einzelne Gemeinden in der Schwäbischen Türkei oder dem Banat in einem oder mehreren Transporten vollständig ausgesiedelt, andere Ortschaften blieben verschont oder wurden nur zum Teil erfaßt.
In vielen Fällen zog man die zur Aussiedlung Bestimmten in Lagern zusammen und fertigte von dort aus die Transporte ab. Die Durchführung der Transporte mit ihren Willkürakten erinnerte an die Zustände von 1945 während der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie. Dieses inhumane Vorgehen veranlaßte die noch zugelassenen bürgerlich-liberalen Blätter zu scharfen Protesten; ebenso wandte sich Kardinal Mindszenty, der selbst deutscher Abstammung war, als Vertreter der katholischen Kirche Ungarns mit einigen Briefen, in denen er die Vorgänge geißelte, an die Weltöffentlichkeit.
In dieser letzten Phase wurden noch etwa 50.000 Volksdeutsche in provisorische Auffanglager nach Sachsen, vor allem in das Lager Pirna, transportiert und von dort aus über die Sowjetzone verteilt. Die Willkür und Gesetzlosigkeit in den Jahren 1947/48 hatte sich so verstärkt, daß sich die Volksdeutschen in dieser Zeit wirklich aus den alten und ihnen bisher selbstverständlichen heimatlichen Bindungen zu lösen begannen und danach trachteten, das Land, in dem sie rechtlos geworden waren, zu verlassen.
Nach den zurückgekehrten ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, die wegen der Razzien und Verfolgungen möglichst schnell über die Grenze zu entkommen suchten, begannen jetzt auch die Zivilisten sich allein oder mit ihren Familien den unsicheren Verhältnissen durch die Flucht zu entziehen oder meldeten sich freiwillig zur Aussiedlung.
Die Vertreibung der ungarländischen Deutschen, dieses Fazit kann man ziehen, war also nicht das, was sie zu sein vorgab: eine Bestrafung derjenigen, die ihre Treuepflicht gegenüber Ungarn verletzt hatten. Dagegen sprach schon allein die weite Fassung des Kreises der Auszusiedelnden in der Ausweisungsverordnung; es sprach aber auch dagegen die planlose Durchführung. Wenn zuerst nationalmadjarische Tendenzen den Ausschlag gegeben haben, so traten diese in der Endphase mehr und mehr hinter den agrarrevolutionären der Kommunisten zurück.
Was hat Ungarn schließlich mit der Ausweisung erreicht?
Für die Wiederbesetzung der verlassenen und enteigneten deutschen Höfe und Werkstätten genügte der Stamm der ungarischen Landlosen bei weitem nicht, da ja auch der gesamte enteignete Großgrundbesitz mit Arbeitskräften versorgt werden mußte.

Der ursprünglichen Tendenz der Umsiedlung entsprechend wurden daher in der Regel madjarische Rücksiedler aus Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei auf den ehemals deutschen Betrieben angesetzt.
Als besonders ungeeignet zur bäuerlichen Ansiedlung erwiesen sich von diesen die Csángós, ein madjarisches Hirtenvolk, das in der rumänischen Moldau lebte und nach ungarischen Angaben etwa 120.000 Personen zählt. Die armselig gekleideten und zigeunerhaft anmutenden Neuankömmlinge, die sich bisher ausschließlich mit Viehzucht beschäftigt hatten, fanden sich auf den Kleinbauernhöfen gar nicht zurecht und erfüllten selbst nach monatelanger Anleitung durch die früheren Besitzer die Anforderungen einer landwirtschaftlichen Betriebsführung noch nicht annähernd. In sehr vielen Fällen verließen sie die Anwesen wieder, um sich nomadisierend eine andere Beschäftigung zu suchen.
Vereinzelt wurden auch aus Jugoslawien ausgesiedelte Madjaren mit der Führung deutscher Höfe betraut. Ein Teil von ihnen stammte ursprünglich aus dem Buchenland, wohin 1764 ihre Vorfahren, um dem Militärdienst zu entgehen, von Siebenbürgen aus geflohen waren.
Von dort flüchteten sie 1941 vor der russischen Herrschaft und wurden in der von Ungarn besetzten jugoslawischen Batschka angesiedelt. Nach dem Zusammenbruch auch von hier vertrieben, kehrten sie zusammen mit den anderen Madjaren aus Jugoslawien nach Ungarn zurück.
Einen wirtschaftlich gesehen brauchbaren Ersatz für die ausgewiesenen Deutschen bildeten die Slowakei-Madjaren, in der Hauptsache wohlhabende und mittlere Bauern, deren von der Tschechoslowakei trotz lebhafter madjarischer Proteste erzwungene Vertreibung nach Ungarn mit die Begründung für die Aussiedlung der Volksdeutschen aus Ungarn geben mußte.<<

05.01.1946

USA: US-Präsident Truman erklärt am 5. Januar 1946 während einer Unterhaltung mit Außenminister Byrnes (x156/31-32): >>... In Potsdam sahen wir uns fertigen Tatsachen gegenüber und waren durch die Umstände geradezu gezwungen, die Besetzung Ostpolens durch die Russen und die Besetzung Schlesiens östlich der Oder durch Polen gutzuheißen. Es war ein glatter Gewaltakt.
Damals lag uns noch an der russischen Kriegsbeteiligung gegen Japan. Erst nachher stellten wir fest, daß wir Rußland gar nicht gebraucht hätten, und seither haben uns die Russen dort nichts als Kopfschmerzen bereitet.
In Moskau hast Du Dich hinsichtlich Irans wiederum einer fertigen Tatsache gegenüber gesehen. Iran war im Krieg mit uns verbündet. Es war mit Rußland verbündet. Es hat uns gestattet, Waffen, Kriegsmaterial, Lebensmittel usw. im Gewicht von vielen Millionen Tonnen über iranisches Gebiet vom Persischen Golf zum Kaspischen Meer zu transportieren.
Ohne diese materielle Hilfe wäre Rußland schmählich geschlagen worden. Trotzdem unterhält es dort Truppen und zettelt im Gebiet des befreundeten und verbündeten Iran einen Aufstand an.
Ich zweifle keinen Augenblick, daß Rußland in die Türkei einmarschieren will, um sich der Meerengen zum Mittelmeer zu bemächtigen.
Wenn man ihm nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. Es gibt nur eine Sprache, die die Russen verstehen, nämlich: Wie viele Divisionen habt ihr?
Ich glaube, wir sollten uns jetzt auf keine Kompromisse einlassen. ... Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Verschärfung des "Kalten Krieges" (x068/269-271): >>...1946 versteifte sich die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion weiter. Man unterstellte ihr das Betreiben eines Dritten Weltkriegs und wollte ihr, so Truman am 5. Januar 1946, "eine eiserne Faust" zeigen.

Die USA beendeten ab sofort ihre inoffiziellen Zusammenkünfte mit russischen Diplomaten, und bald darauf auch die in Potsdam beschlossenen Reparationsleistungen aus westdeutschen Demontagen. Kein Wunder, daß der Kreml im Gegenzug die Sowjetisierung Osteuropas immer rücksichtsloser betrieb. Hatten zunächst nur Albanien, Jugoslawien und Bulgarien kommunistische Regierungen, so dann auch Rumänien, Polen, Ungarn und zuletzt die Tschechoslowakei.
Washington aber ging es nun bloß noch darum, Amerika umzustimmen, das heißt, das gleiche Geschäft zu besorgen wie schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg: die Nation mußte wieder kriegswillig gemacht und vor allem auch Westeuropa gegen Sowjetrußland mobilisiert werden.
Das amerikanische Volk aber, das nur mit Hilfe der Russen den großen Krieg gerade gewonnen, war 1945 keinesfalls bereit, die bisherigen Verbündeten plötzlich zu bekämpfen. Noch jetzt sprachen sich, laut einer Gallup-Umfrage, 55 % der Bevölkerung für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland aus, darunter fast zwei Drittel aller gebildeten Amerikaner. (1918 hatten nur 2 % die Anerkennung des Sowjet-Staates befürwortet.) Inzwischen war die Mehrzahl prorussisch gesinnt.
Dies jedoch mußte rückgängig gemacht werden. So wurde Moskau fortwährend gereizt. Es sollte immer der Nein-Sager, immer in Opposition sein zu den edlen Zielen und Taten der USA, sollte immer unbeliebter werden.
In diesen Zusammenhang gehören: der Abwurf der Atombombe zwei Tage vor dem vereinbarten Einmarsch der Russen in die Mandschurei; die Ernennung eines US- Oberkommandierenden für Japan, ohne die Russen überhaupt zu fragen; die Deklaration von Potsdam, die man publizierte, bevor die Russen ihr Einverständnis gegeben hatten; die Einfügung der Artikel 51 und 52 in die am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, die man damals - im Opernhaus! - aus der Taufe hob. Und noch am selben Tag bliesen ihnen, wie der Präsident der Konferenz, Edward R. Stettinius, gleich klar erkannte, die Artikel 51 und 52 das Lebenslicht aus (kick the daylights out of the world organization).
Die Einfügung war das juristische Meisterstück von John Foster Dulles, der nicht von ungefähr den Ruf genoß, der beste Rechtsanwalt der USA zu sein; assistiert hatte ihm Senator Arthur H. Vandenberg (offiziell war Dulles der juristische Beirat).
Der Text beider Artikel - voller Fußangeln, nur von Experten sofort zu verstehen - hob die restlichen 109 Artikel der Charta auf und bezweckte nichts anderes als die Isolierung der Sowjetunion und eine entscheidende Verschärfung der Spaltung zwischen den beiden Machtblöcken. L. L. Matthias nennt in seinem kaum genug zu empfehlenden Buch "Die Kehrseite der USA" das Werk von Vandenberg und Dulles den "coup d'état von San Francisco". Legten die beiden Artikel doch den juristischen Grundstein für die "Vereinten Nationen", die Spaltung der Welt in zwei Teile.
Das aber genügte noch nicht zur "Umerziehung" des amerikanischen Volkes, dem man vordem beigebracht, sich "Uncle Joe" zu denken wie zumindest frühere christliche Generationen den lieben Gott sich gedacht, weise, gütig und mit großem Schnurrbart. Um eine breite antirussische Mehrheit zu erzeugen, bedurfte es einer besonders Aufsehen erregenden Aktion, wobei man sich des alten und eigentlichen Gegenspielers von Stalin bediente, der populären britischen Kriegsfurie Churchill, so konservativ im Übrigen, daß er wohl am liebsten die ganze Welt mit Kaisern und Königen bevölkert hätte.
Noch im Oktober 1944 zwar hatte Churchill in Moskau einen Toast auf "Marschall Stalin" ausgebracht, ihn "Stalin den Großen" genannt - freilich bald auch in einem Telegramm (das seine Memoiren nicht erwähnen) Marschall Montgomery angewiesen, die Deutschen zu bewaffnen, sollten die Russen die Elbe überschreiten. Bat er ja auch dringend den US-Präsidenten, keinen fußbreit besetzten Gebietes der UdSSR zu überlassen, obwohl doch die

Begegnung der amerikanischen und sowjetischen Truppen an der Elbe, somit weit östlich von der in London vereinbarten Linie stattfand. ...<<

06.01.1946

WBZ: Das Jahr 1946 bringt keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern müssen. In der nordamerikanischen und britischen Zone betragen die Lebensmittelzuteilungen für den "Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.
In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübt, täglich rund 3.000 Kalorien benötigt.
Obgleich die Vereinten Nationen täglich 2.650 Kalorien für notwendig halten, beträgt die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sinkt oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584). Im Ruhrgebiet sind Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % leiden an Hungerschäden und 40 % sind tuberkulosegefährdet.
Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortet nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisiert damals die ungenügende Lebensmittelversorgung in der britischen Zone (x131/101-102): >>... Ich möchte hungernden Deutschen etwas zu essen geben, und ich möchte Ihnen nicht aus politischen Erwägungen heraus etwas zu essen geben, sondern weil sie mir leid tun. Und ich bin fest davon überzeugt, daß ich damit nicht alleine dastehe. ...
Schenkte man den Männern unseres öffentlichen Lebens Glauben, dann müßte man meinen, daß Mitleid und Barmherzigkeit ausgesprochen schändlich seien, und das Eigennutz eine grundlegende ethische Pflicht sei. ...
Der Gedanke an Epidemien in Deutschland ist mir unerträglich, ... weil sie furchtbar sind für die Menschen, die von ihnen heimgesucht werden. ...
Es war kein Vergnügen, dies alles zu schreiben. Ich habe es mit einem immer stärker werdenden Gefühl der Scham geschrieben, das, wie ich mit Sicherheit glaube, sehr viele meiner Leser teilen werden, und ich wage zu hoffen, daß es eine Mehrheit ist.<<
Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über den Hungertod der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit (x131/169-171,227-228): >>... Eine der Funktionen der Mythenbildung im 20. Jahrhundert besteht darin, die Führer zu glorifizieren, die Verrat an unseren Ideen üben. Je größer der Verrat, um so größer der Mythos, der darüber errichtet wird.
Der schuldige Hitler war hinter der Großen Lüge verborgen; die ungeheuren Verbrechen der Gulags wurden hinter Stalins sechs Stockwerke hoch gemaltem, lächelndem Porträt versteckt. Die Führer, die 1945 die Ideale der französischen Zivilisation und des amerikanischen Großmuts verrieten, wurden anscheinend von mehreren Mythen geschützt darunter die selbstlosen Kriegsziele der Alliierten, ausgedrückt in der Atlantik-Charta, der weltweite Mangel an Schiffsraum und an Lebensmitteln.
Auf Deutschland angewendet, war dieser Mythos noch viel tiefer. Es gab keinen tödlichen Lebensmittelmangel in der westlichen Welt, abgesehen von Deutschland. Der Mangel in Deutschland wurde zum Teil von den Alliierten selbst verursacht. durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln, durch einen Mangel an Arbeitskräften, der durch die Gefangenen verursacht wurde, und durch die Abschaffung der Exportindustrie.
Obwohl der Mythos dafür dienen sollte, daß die Alliierten die Gefangenen nicht ernähren konnten, wurde die Mehrzahl der Todesfälle in den Lagern nicht durch Hunger verursacht, sondern durch den tödlichen Mangel an mühelos verfügbaren Gütern und Diensten, zum Beispiel an ... Zelten, Wasser, Wachpersonal, an Hilfe durch das Rote Kreuz, an der Verweige-

rung von Post und anderem.
Aber es gab keine Berichte, die den Atlantik überquerten und darüber informierten. Nicht nur die Menge an Lebensmitteln in alliierten Lagerhäusern, sondern auch der erstaunliche Reichtum Nordamerikas, insbesondere der USA, hätte jede Vorstellung von tödlichen Mängeln ad absurdum führen sollen.
Bei Ende des Zweiten Weltkrieges war Kanada, der drittgrößte Produzent der westlichen Welt, trotz seiner geringen Bevölkerungszahl so reich, daß es Großbritannien riesige Geschenke an Lebensmitteln und Geld machen konnte, die sich auf mindestens $ 3.468.000.000 beliefen, oder sogar auf $ 6.000.000.000 in der Währung von 1945.
In den USA, 1945 die reichste Nation, die es je in der Welt gegeben hatte, war das Bruttosozialprodukt während des Krieges um 50 % gestiegen. Die USA besaßen jetzt mehr als die Hälfte aller Schiffe der Welt, mehr als die Hälfte der Welt-Produktionskapazität, die größte landwirtschaftliche Erzeugung und die größten Goldreserven, $ 20.000.000.000, nahezu zwei Drittel der gesamten Weltreserven. Die erstaunliche Großzügigkeit gegenüber Großbritannien erreichte die erstaunliche Summe von $ 25.000.000.000. ...<<
>>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.
Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.
Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.
Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.
Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greueltaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greueltaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

08.01.1946

CSR: Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR legen am 8. Januar 1946 die Ausweisungsmodalitäten für die Sudetendeutschen fest (x004/328-331): >>1. Besprechungsthemen am 8. Januar 1946:
a) Personalfeststellung.
... Zusätzlich zu der persönlichen Kennkarte verlangten die Vertreter der USA Namenslisten in 3facher Ausfertigung. Die Tschechen erklärten sich damit einverstanden. Eine ärztliche Bescheinigung für jede Gruppe wird Teil dieser Namensliste sein.

b) Kleidung.
Alle Auswandernden sollen nach Übereinkunft mit hinreichender Kleidung ausgerüstet werden, wie Unterwäsche, passende Anzüge, Mäntel und Schuhe. ... Wenn ihnen wesentliche Teile davon fehlen, werden die Tschechen die mangelnden Teile bereitstellen.
c) Gepäckbeschränkung.
Die Tschechen erklären, daß das Gepäck auf 30 kg je Person beschränkt sein wird.
Die Vertreter der USA wiesen darauf hin, daß dieses Gewicht nicht ausreicht, um genügend Kleidung, Bettzeug, Küchengeschirr und die notwendigsten Gegenstände mitzunehmen. ... Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Auswanderer gezwungen sind, sich in einem verwüsteten Deutschland niederzulassen und daß alle diese Gegenstände dort nicht erhältlich sind.
Die Vertreter der USA forderten, daß ein Minimum von 50 kg pro Person zugelassen würde, und die Tschechen willigten darin ein, mehr als 30 kg zu gestatten, um den Anforderungen gerecht zu werden, daß zum mindesten die notwendigsten Lebensgüter den Auswanderern in Deutschland zur Verfügung stehen.
d) Geld und Eigentum.
Die Tschechen fordern, daß jede Familie einen maximalen Geldbetrag von 1.000 RM pro Person mitnehmen darf, dagegen keine Wertgegenstände, wie Juwelen, teure Pelze, wertvolle Besitz- oder Museumsstücke.
Die Vertreter der USA äußerten sich nicht hierzu, da die Frage als eine rein tschechische angesehen wird. Die Auswanderer werden Eigentum in dem Umfang mitnehmen dürfen, welcher vom tschechischen Finanzministerium gestattet wird.
e) Lebensmittelversorgung.
Die Tschechen geben an, daß jede Familie soviel Nahrungsmittel mitnehmen darf, als sie für ihre Lebensmittelkarten erwerben können. Auf der Fahrt werden sie an den tschechoslowakischen Bahnhöfen mit heißer Mahlzeit versehen.
Die Vertreter der USA schlagen vor, daß auf ihren Wunsch hin alle Auswanderer an den Sammelstellen mit einem Vorrat von mindestens 3tägiger Ernährung eintreffen. Die Tschechen erklären sich damit einverstanden und werden allen Auswanderern, die nicht über diese Verpflegungsmenge verfügen, die fehlende Menge in jedem Zug ausgeben.
f) Ärztliche Fürsorge und Gesundheitsüberwachung.
Man kam überein, daß die ersten Transporte nur solche Auswanderer umfassen, die bei guter Gesundheit, frei von ansteckenden Krankheiten und ohne Krankenhausbehandlung nach unmittelbarem Eintreffen an ihrem Bestimmungsziel sowie ohne Geisteskrankheiten sind. ... Die Tschechen warfen dann die Frage auf, zu welchem Zeitpunkt sie die Kranken, die Hospitalfälle und die Geisteskranken abtransportieren könnten. ...
Die Vertreter der USA verlangten, daß keiner dieser Fälle während der ersten Transporte befördert würde und auch nicht, bevor die verlangten Unterlagen zur Verfügung ständen ...
g) Waggonmaterial.
Die Tschechen erklärten, daß der Durchschnittszug aus 40 Wagen mit 1.200 Leuten bestehen würde.
Die USA-Vertreter gaben an, daß dies den USA-Spezifikationen von 30 Personen pro Waggon entspräche. Sie wiesen ferner darauf hin, daß bei schlechtem Wetter die USA darauf bestehen, daß alle Transporte von Flüchtlingen nur in geheizten Wagen durchgeführt werden dürfen. Nach einer langen Debatte willigten die tschechischen Vertreter darin ein, und sie bemerkten, daß der erste Flüchtlingszug Ende Januar bereitgestellt werden könnte ...
i) Die Tschechen erklären sich damit einverstanden, daß Vertreter der USA die Züge vor ihrem Übergang nach Deutschland inspizieren, aber dulden nicht, daß deutsches Personal für diese Tätigkeit innerhalb der Tschechoslowakei Verwendung findet. ...
k) ... Die Tschechen erklären sich bereit, pro Zug einen Offizier und 10 Mann als Begleitper-

sonal zu stellen.
l) Gestellung von Eisenbahnmaterial.
USA-Vertreter gaben bekannt, daß im Augenblick keinerlei Bahnmaterial zur Benützung innerhalb der Tschechoslowakei zur Verfügung gestellt werden kann und daß die Tschechen dieses bereitstellen müssen, um die Auswanderer zu den Empfangsstationen in Deutschland zu bringen.
Die USA-Vertreter wiesen darauf hin, daß deutsches Bahnmaterial, welches Güter und Zwangsarbeiter nach der Tschechoslowakei hineinbringt, auf dem Rückwege mit Flüchtlingen beladen werden könnte. ...
m) ... Die Vertreter der USA legten dar, daß die Erklärung von Potsdam, wonach die USA-Zone 1,75 Millionen und die Sowjetzone 750.000 Flüchtlinge aufnehmen, dahingehend ausgelegt wird, daß 70 % nach der US- und 30 % nach der russischen Zone kommen. Diese Maßnahme ist erforderlich, um die Transporte nach jeder Zone im richtigen Verhältnis durchzuführen und eine gerechte Aufteilung in dem Fall zu gewährleisten, wenn die Gesamtsumme verschieden von der geschätzten Zahl von 2,5 Millionen ausfällt.<<

09.01.1946

CSR: Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR legen am 9. Januar 1946 weitere Ausweisungsmodalitäten für die Sudetendeutschen fest (x004/331-332): >>... 2 b) Die Vertreter der USA erbaten eine Aufstellung der für die Evakuierung verantwortlichen Ministerien.
Oberst Dastich erwiderte, daß das Innenministerium verantwortlich sei für die Auswahl, Personalausweise, Vorbereitung, Verschickung, ärztliche Fürsorge usw. und daß das Ministerium der nationalen Verteidigung verantwortlich ist für den Transport ...
e) Die Vertreter der USA fragten, wieviel Flüchtlinge bereits offiziell in die Sowjet-Zone befördert wurden. Die Tschechen gaben an, daß 70.000-75.000 in organisierten Transporten seit dem Potsdamer Abkommen ausgewiesen wurden. ...
f) Man kam darin überein, daß Familien nicht getrennt werden sollen und daß, wenn eines der Familienmitglieder eine ansteckende Krankheit bekommt, die Familie und alle mit dem Kranken in Berührung gewesenen Personen in Quarantäne kommen und nicht weitertransportiert werden, bevor nicht (eine) einwandfreie Bescheinigung über das Erlöschen der Krankheit ausgegeben wird.
Die USA-Vertreter fragten nach der Zahl der Waisen. Die Tschechen erwiderten, daß kein Kind ohne Begleitung fahren wird. Alle Waisen oder unehelichen Kinder befinden sich bei Familien. ...
h) ... Es wird angenommen, daß die Verschickung etwa am 25. Januar im Umfang von einem Zug pro Tag beginnen könne.
i) Reihenfolge der Transporte.
... Nach längerer Erörterung kam man zu dem Schluß, daß der beste Vorschlag der ist, gebietsweise zu evakuieren und keine Unterscheidungen zu machen, mit Ausnahme solcher in gesundheitlicher Beziehung, wie bereits früher in diesem Protokoll erörtert. Die Tschechen werden besonders geeignete Arbeiter nicht aussondern, sondern ganze Gemeinden verschikken, was auch eine gleichmäßigere Evakuierung zur Folge hat und eine praktische Methode darstellt. ...<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der CSR (x004/118-136): >>... Die Modalitäten für die Überführung in die amerikanische Besatzungszone wurden vorher in Verhandlungen von Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden in der US-Zone mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung am 8. und 9. Januar festgelegt.
Nach diesem Abkommen sollten die "Auswandernden" mit hinreichender Kleidung (wie Un-

terwäsche, passenden Anzügen, Mänteln und Schuhen) ausgerüstet sein, Gepäck mit einem Gewicht von 30-50 kg und 1.000 RM mitnehmen dürfen,
von den Tschechen mit einem für mindestens drei Tage reichenden Lebensmittelvorrat und auf der Fahrt im tschechischen Staatsgebiet mit warmer Verpflegung versehen werden,
zu Transporten von durchschnittlich 1.200 Personen in 40 Eisenbahnwaggons, die bei schlechtem Wetter geheizt werden könnten, zusammengefaßt werden;
Familien sollten nicht auseinandergerissen und Kranke in den ersten Transporten nicht mitgenommen werden.
Die Auswahl der auszusiedelnden Personen, die Vorbereitung der Ausweisung und die ärztliche Betreuung der Ausgewiesenen lag in den Händen des tschechischen Innenministeriums, für den Abtransport selbst war das Verteidigungsministerium verantwortlich.
In die ersten Transporte - der erste traf am 25. Januar 1946 aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein - wurden vorwiegend die bereits in den Lagern befindlichen Personen eingereiht. Bis zum 24. Februar wurden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. Meist wurden schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager in den einzelnen Bezirken als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet.
Die Aufrufe zur Ausweisung ergingen vielfach noch unter ähnlichen Bedingungen wie bei den ersten Austreibungsaktionen, und nicht selten wurden die Betroffenen mit Gewalt aus ihren Wohnungen geholt und zu Fuß oder auf Pferdefuhrwerken und Lastkraftwagen in die Sammellager abgeführt, wo sie einige Tage oder auch wochenlang bis zum endgültigen Verlassen der Heimat bleiben mußten.
Im Lager nahmen Zollbeamte die Kontrolle des Gepäcks vor; häufig beraubte man hier die Ausgewiesenen noch der wertvollsten Kleidungsstücke und Gegenstände, vor allem dann, wenn das Gepäck das vorgeschriebene Gewicht von 30, später 50 bis 75 kg überschritt. Nur zu oft hingen diese Kontrollen von der Willkür der Beamten ab, die je nach ihrer politischen oder menschlichen Haltung großzügig verfuhren oder radikal das Gepäck dezimierten.
Obgleich die Tschechen in den Verhandlungen vom 8. und 9. Januar 1946 den Ausgewiesenen ein Mindestgepäck von 30 kg zugesprochen hatten, wurde es bis Mai 1946 meist auf 25 kg beschränkt. Unter diesen Bedingungen konnten nicht einmal die notwendigsten Kleidungsstücke, geschweige denn unentbehrliche Haushaltsgegenstände, die zu diesem Zeitpunkt in Deutschland nicht zu beschaffen waren, mitgeführt werden.
Generell scheint es aber gestattet worden zu sein, Bargeld in Höhe von 1.000 RM mitzunehmen. Unterschiedlich war auch die Versorgung der Transporte mit Lebensmitteln und die sanitäre Betreuung. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen befanden sich in vielen der Transporte Familien, deren arbeitsfähige Mitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten wurden.
Alle diese Mißstände führten schließlich zu Interventionen der Amerikaner bei der tschechoslowakischen Regierung, durch die im April neue Vereinbarungen des Repatriierungsausschusses des Alliierten Kontrollrats mit den tschechischen Behörden erreicht wurden.
Danach sollten vom 1. Mai 1946 ab 6 Züge täglich abgefertigt werden; die Ausgewiesenen durften 50 kg Gepäck und anstelle von 1.000 nur 500 RM mitnehmen. Die Vertreter der USA behielten sich vor, nicht vollzählige Familien aus den Transporten vor dem Übertritt der deutschen Grenze auszuscheiden.
Auf Grund von Gesuchen deutscher Dienststellen bei der amerikanischen Militärregierung und den amerikanischen Verbindungsstäben in der CSR wurde die Absperrung der Waggontüren während des Transports im tschechoslowakischen Gebiet abgestellt, desgleichen wurden die rücksichtslosen Körpervisitationen bei Frauen durch tschechische Kontrollorgane verboten.
So begannen sich ab Mai 1946 die Bedingungen der Ausweisung zu bessern. Auch entspra-

chen jetzt die tschechischen Behörden in größerem Maße den Anträgen der deutschen Familien um Freigabe ihrer zur Zwangsarbeit eingesetzten Angehörigen für die Aussiedlung. Aber immer noch hatten die Sudetendeutschen Ursache genug zu Beschwerden und Beanstandungen. So wurde ihnen, die jeglicher Habe beraubt und meist in Lagern festgehalten waren, des öfteren von den Tschechen wertloses Zeug zugeteilt, nur damit sie das Mindestgewicht des Gepäcks vorweisen konnten.

Diese Vorfälle waren der Anlaß für neue Besprechungen zwischen Vertretern der amerikanischen Militärregierung und tschechoslowakischen Regierungsstellen am 15. Juni 1946 in Prag, bei denen neue Richtlinien für die Ausweisung vereinbart wurden. Ab Juli sollte jeder Ausgewiesene 70 kg Gepäck mitnehmen dürfen und angemessen bekleidet sein; für diejenigen, die nicht mehr über die notwendige Kleidung verfügten, sollte diese beschafft werden. Noch einmal wurde vereinbart, die Familien geschlossen, vor allem mit ihren Ernährern auszusiedeln.

Die verstärkten amerikanischen Kontrollen führten dazu, daß diese Vereinbarungen auch größtenteils eingehalten wurden. Häufig kam es aber auch vor, daß Deutsche den amerikanischen Kontrollorganen Mißstände bei der Ausweisung verschwiegen, um ja nicht noch vor der Grenze aus dem Transport entfernt zu werden und weiter den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in der CSR ausgeliefert zu sein.

Niedergedrückt von dem ihnen angetanen Leid meldeten sich zahlreiche Sudetendeutsche freiwillig zum Abtransport. Nicht selten suchten sie sogar ihre baldige Zulassung zu den Transporten durch persönliche Zuwendungen (Geld und Wertsachen) an die zuständigen tschechischen Funktionäre zu erkaufen. Auch Familien, von denen einzelne Angehörige zum Arbeitseinsatz ins innertschechische Gebiet gebracht waren, meldeten sich zur Ausweisung, um damit die Freigabe ihrer Angehörigen aus dem Zwangsarbeitssystem zu erreichen. Dies ist allerdings keineswegs immer gelungen.

Es werden vielmehr zahlreiche Fälle berichtet, bei denen die zur Ausweisung Aufgerufenen nicht mehr die Möglichkeit besaßen, ihre zur Zwangsarbeit eingesetzten Angehörigen noch rechtzeitig freizubekommen. Oft war dies schon allein deswegen nicht möglich, weil ihr Aufenthaltsort nicht bekannt war.

Es ist verständlich, daß die in den Internierungs- und Arbeitslagern festgehaltenen Personen, und unter ihnen vor allem die seit dem deutschen Zusammenbruch unter grausamsten Bedingungen im innertschechischen Gebiet Internierten, sich am stärksten darum bemühten, ihre Freiheit wiederzugewinnen, was nur auf dem Wege der Ausweisung möglich war.

Als in den Sommermonaten auch die Ausweisung in die Sowjetzone begann, drängten sich die Menschen zu den Transporten, die in die amerikanische Zone gingen, um nicht weiter im sowjetischen Einflußbereich und unter dem in ihm herrschenden System leben zu müssen. Um so größer war dann die Enttäuschung, wenn diese Züge doch in die Sowjetzone geleitet wurden.

Unter dem Eindruck der konsequenten tschechischen Entrechtungspolitik, die alle Voraussetzungen für ein Weiterleben in der CSR entzog, empfand der Großteil der sudetendeutschen Bevölkerung die Ausweisung für den Augenblick nicht in ihrer ganzen Schwere, sondern eher als eine Befreiung von einem unerträglichen Druck.

Daraus läßt sich auch erklären, daß in der Schilderung der Erlebnisse, wie sie die Berichte geben, die Ausweisung selbst oft nur kurz erwähnt wird. Sie trat im Bewußtsein zurück gegenüber dem Erlebnis der Rechtlosigkeit, des kümmerlichen Vegetierens in Dachkammern, Abstellräumen und Lagern aller Art, gegenüber Erniedrigungen aller Art. Das tschechische Verfolgungssystem hatte den Deutschen die Heimat zerstört, bevor sie sie verlassen mußten.

Wenn man den Ausweisungsprozeß von seiner organisatorischen Seite her betrachtet, so ist er als technische Prozedur ohne größere Störungen abgewickelt worden. Man kann dies als ord-

nungsmäßiges Verfahren im Sinne der Potsdamer Beschlüsse bezeichnen, doch sicherlich nicht als ein menschliches, die kalte Nüchternheit der Durchführung trägt schon wieder unmenschliche Züge. Rein statistisch ergibt sich folgendes Bild:
von Beginn der Ausweisung bis Ende April wurden täglich 4 Züge mit je etwa 1.200 Personen abgefertigt,
von da ab bis Mitte Juli täglich 6 Züge,
von da ab bis 3. November täglich 4 Züge,
von da ab bis Ende November täglich 3 Züge.
Die vorgesehene Anzahl der Züge und ihre jeweilige Personenzahl konnte offensichtlich nicht immer eingehalten werden: auf dem Höhepunkt der Ausweisungsaktion in die amerikanische Zone, in den Monaten Mai und Juni 1946, sind je etwa 130.000 Vertriebene angekommen. Als in den Herbstmonaten die Unterbringungsmöglichkeiten in der amerikanischen Besatzungszone erschöpft waren, wurde durch die amerikanische Militärregierung Ende November die Übernahme weiterer Ausweisungstransporte aus der CSR verweigert.
Im ganzen Jahr 1946 sind nach Angaben des Bayerischen Staatskommissars für das Flüchtlingswesen 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei in der US-Besatzungszone eingelaufen; davon gingen 661 Transporte (690.879 Personen) nach Bayern und 450 Transporte (492.491 Personen) nach Hessen und Württemberg-Baden.
Über das Lager Furth im Wald sind mit allgemeinen Transporten, Sondertransporten und Einzelpermits und als Grenzgänger insgesamt 651.648 Sudetendeutsche eingetroffen, durch das Lager Wiesau gingen rund 587.000 Personen. Außerdem wurden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die 1945 nach Österreich ausgetrieben worden waren, in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands aufgenommen.
Hinzu kamen Zehntausende der 1945 in die sowjetische Besatzungszone Ausgetriebenen, die von dort aus in die amerikanische Zone gingen, desgleichen Tausende von Familien und Einzelpersonen, die sich seit Mai 1945 dem in der CSR herrschenden Terror durch eine Flucht nach dem Westen Deutschlands entzogen, und sudetendeutsche Kriegsgefangene, die nach ihrer Entlassung nicht mehr in die Heimat zurückkehren konnten.
Am 10. Juni 1946 setzte die Ausweisung in die sowjetische Besatzungszone ein, nachdem sowjetisch-tschechische Verhandlungen am 3. und 4. Mai 1946 in Berlin und am 1. Juni 1946 in Prag stattgefunden hatten. Sie hielt in unverminderter Stärke bis zum 18. Oktober an, ohne daß hierfür völlig zuverlässige zahlenmäßige Nachweise möglich sind. In dieser Zeit wurden in die Sowjetzone Deutschlands eingeschleust:
vom 10. Juni bis 21. Juni täglich 2 Züge,
von da ab bis 30. Juni täglich 3 Züge,
von da ab bis 18. Oktober täglich 6 Züge.
Im allgemeinen wurden die Transporte unter ähnlichen Bedingungen wie die für die amerikanische Zone bestimmten zusammengestellt und abgewickelt, doch wird verschiedentlich über größere Mißstände berichtet, da hier offenbar die sowjetische Militärregierung weniger darauf achtete, ob die Ausgewiesenen das notwendigste Gepäck usw. besaßen.
Die schlechte Organisation des Weitertransports in die Zielorte schuf große Erbitterung unter den betroffenen Menschen. Die Züge wurden oft tagelang planlos hin und her geschoben und mußten nicht selten unterwegs um- oder ausgeladen werden, ohne daß für den sofortigen Weitertransport der Ausgewiesenen Sorge getragen war. Diese wurden durchweg erst in die Quarantänelager eingewiesen, von wo sie dann nach Wochen auf einzelne Ortschaften verteilt wurden.
Insgesamt wurden nach tschechischen Angaben bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen. Doch auch nach dem offiziellen Abschluß der Ausweisungsaktion sind von den sowjetischen Besatzungsbehörden noch weitere Transporte

übernommen worden.
Die Transporte in alle Zonen wurden in den ersten Monaten auf örtlicher und regionaler Basis zusammengestellt. Da aber aus einzelnen Orten oder Bezirken gleichzeitig oder nacheinander Transporte sowohl in die amerikanische als auch in die sowjetische Besatzungszone abgingen und die Transporte aus größeren Orten in die verschiedensten Aufnahmegebiete gelangten, wurden die örtlichen Lebensgemeinschaften fast regelmäßig zerrissen.
Das Aufteilungssystem in den Aufnahmegebieten brachte es mit sich, daß selbst bei geschlossener Aussiedlung der Bewohner ganzer Ortschaften diese doch im Aufnahmeland zerstreut wurden. Die in den Jahren 1945 und 1946 nach Innerböhmen und Innermähren zum Arbeitseinsatz verbrachten Sudetendeutschen wurden in manchen Fällen gleich von ihren Arbeitsorten aus ausgesiedelt, ohne daß ihnen eine vorherige Rückkehr in die Heimatorte gestattet wurde.
Die Sperrung der westlichen Besatzungszonen für Ausweisungstransporte aus der CSR ab November 1946 bedeutete für die damals zurückgebliebenen oder in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen eine Fortdauer ihrer rechtlosen Lage. Unter ihnen befanden sich Tausende von Männern, deren Familien bereits ausgesiedelt worden waren und wegen der Abwesenheit des Ernährers in bittere Not gerieten, andererseits Familien, deren männliche Angehörigen nicht mehr aus der Kriegsgefangenschaft in die CSR zurückkehren konnten und in Westdeutschland geblieben waren.
Um wenigstens die Familien zusammenzuführen, gestattete die amerikanische Militärregierung Mitte des Jahres 1947 wöchentlich 50 Personen die Einreise in die amerikanische Besatzungszone. Die Einreisegenehmigungen erteilte das Allied High Commission Permit Office in Prag. Die Ausreisenden durften 100 kg Gepäck mitnehmen. Verpflegung und Transportbedingungen waren wesentlich besser als bei den Transporten des vorhergehenden Jahres. In den Jahren 1947/48 konnten in solchen Transporten 5.125 Sudetendeutsche die CSR verlassen.
Daneben versuchten Hunderte illegal die Grenze zu überschreiten. Nach dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 setzte noch einmal ein von den Tschechen organisierter, nicht auf Vereinbarungen mit der amerikanischen Militärregierung beruhender Abschub von Sudetendeutschen ein.
Auf Lastkraftwagen schaffte man Tausende von ihnen ins Grenzgebiet und schob sie dann in Gruppen bis zu 50 Personen nach Bayern ab. Die deutschen Grenzwachen besaßen die strikte Anweisung der Militärregierung, den Grenzübertritt dieser Ausgewiesenen zu unterbinden. Wenn auch im allgemeinen nicht danach gehandelt wurde, so blieb es doch nicht aus, daß der Übertritt einzelner Gruppen, die von bewaffneten Tschechen begleitet den Grenzstreifen betraten, verhindert wurde. Die Tschechen versuchten dann den illegalen Abschub an weniger gut bewachten Grenzstellen. Das Gepäck der auf solche Weise Ausgewiesenen wurde meist auf Lastkraftwagen nachgeschickt.
Im Rahmen dieser nicht auf Vereinbarungen mit den Amerikanern beruhenden Ausweisung schoben die Tschechen 24.009 Sudetendeutsche im Laufe des Jahres 1948 nach Westdeutschland ab. Insgesamt sind in den Jahren 1947/48 30.587 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gelangt. 1949 ebbte der Zustrom ab. Die Zahl der "illegalen Grenzgänger" ging auf etwa 5.000 zurück.
Noch immer befanden sich aber Zehntausende von Angehörigen der nach Westdeutschland ausgewiesenen Familien in der CSR. Am 26. Oktober 1949 beantragte daher die Regierung der Bundesrepublik bei der Alliierten Hohen Kommission die Überführung von 20.000 Sudetendeutschen aus der CSR zu ihren Familien nach Westdeutschland. Nachdem diese ihre Zustimmung gegeben hatte, erzielte das amerikanische Permit Office in Prag in Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Innenministerium, an denen auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes teilnahmen, ein Übereinkommen, in dem das Verfahren und die technischen

Einzelheiten dieser Aktion festgelegt wurden.
Die Transporte wurden in den Sammellagern Reichenberg und Eger zusammengestellt und setzten sich durchschnittlich aus 350 Personen zusammen. Der Abtransport ging ausschließlich in Personenzügen vor sich. Außer Devisen, echtem Schmuck und neuwertigen Textilien durften die Aussiedler ihre ganze bewegliche Habe, die in Güterwagen noch vor dem Verlassen der CSR oder auch danach über die Grenze gebracht wurde, mitnehmen.
Diese letzte Aussiedlungsaktion, die am 17. März 1950 begann, wurde von der tschechoslowakischen Regierung am 28. April 1951 eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in 49 Transporten 16.832 Sudetendeutsche nach Westdeutschland gekommen.
In den folgenden Jahren wurde nur einer beschränkten Zahl von Deutschen die Ausreise aus der CSR gestattet. Es waren fast ausschließlich solche Personen, die die langjährige Haft, zu der sie auf Grund des Retributionsgesetzes verurteilt worden waren, verbüßt hatten und nun zu ihren Familien nach Westdeutschland ausreisten. Oft mußten sie monatelang auf die Ausreisegenehmigung warten, die sie auch nur nach wiederholten persönlichen Vorsprachen bei den zuständigen tschechischen Behörden erhielten.
Nach den offiziellen Erklärungen der Staatsmänner der Tschechoslowakischen Republik und nach dem Wortlaut der Gesetze sollten die "loyalen" Deutschen, die der Republik die Treue gehalten und gegen Hitler und Henlein Widerstand geleistet hatten, von jeder Verfolgung und damit auch vom "Abschub" verschont bleiben. Über den zahlenmäßigen Umfang des Kreises dieser Personen waren schon von der tschechoslowakischen Exilregierung sehr verschiedene Äußerungen bekannt geworden; auch nach der Wiedererrichtung der Republik wurde die darüber bestehende Unklarheit nicht geringer.
Die im Dekret vom 2. August 1945 für die "Antifaschisten" vorgesehene Regelung schränkte sich praktisch immer mehr auf eine Sonderbehandlung bei der Ausweisung ein, da die sudetendeutschen Gegner des NS-Regimes im allgemeinen kaum anders als die übrigen Sudetendeutschen behandelt wurden.
So zeigte der größte Teil von ihnen, sogar die meisten deutschen Kommunisten, angesichts der Zerstörung der deutschen Lebensgemeinschaft in der Tschechoslowakei kein Verlangen, in einem in seiner Struktur völlig veränderten tschechischen Nationalstaat zu verbleiben, der ihnen zwar theoretisch die Staatsbürgerrechte zubilligte, von ihnen aber tatsächlich das völlige Aufgehen im Tschechentum verlangte.
So haben vor allem sudetendeutsche Sozialdemokraten schon sehr früh eine rege Initiative entfaltet, um ihre Gesinnungsgenossen nach Deutschland zu überführen. Bereits im Juni 1945, als die "wilden" Austreibungen einen ersten Höhepunkt erreichten und auch auf Antifaschisten übergriffen, beschlossen in den nördlichen Kreisen des Sudetenlandes Vertreter sudetendeutscher Sozialdemokraten, eine geschlossene Aussiedlung der Mitglieder ihrer Partei und deren Angehöriger vorzubereiten.
Sie entsandten Beauftragte nach Sachsen und Thüringen; mit der Landesregierung von Thüringen und der dortigen sozialdemokratischen Parteiorganisation schlossen sie eine auch von der sowjetischen Militärregierung gebilligte Vereinbarung über die Aufnahme von 100.000 sudetendeutschen Sozialdemokraten.
Auf Grund dieser Regelung verließen schon im November 1945 die ersten Transporte sudetendeutscher Sozialdemokraten, meist aus dem Kreis Tetschen, ihre Heimat. Sie durften ihre bewegliche Habe mit Ausnahme von Möbeln mitnehmen.
Die Fortführung dieser Unternehmung scheiterte dann aber am Widerstand kommunistischer Kräfte und der sowjetischen Militärverwaltung, vor allem in Sachsen, die offenbar durch den starken Zustrom sudetendeutscher Sozialdemokraten einen noch stärkeren Widerstand gegen die angestrebte Vereinigung der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei der sowjetischen Besatzungszone befürchteten. Nur 6.000 von der ursprünglich vereinbarten Zahl von

100.000 sudetendeutschen Sozialdemokraten waren in der sowjetischen Besatzungszone aufgenommen worden.
Inzwischen war durch die Initiative von Alois Ullmann aus Aussig, einem Funktionär der ehemaligen Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der CSR, im September 1945 in Prag eine Zentralorganisation - nach ihrem Initiator "Organisation Ullmann" genannt - gebildet worden, die die Vorbereitung der Ausreise von Sozialdemokraten und schließlich auch von Mitgliedern der ehemaligen Christlichsozialen Partei in die Hand nahm.
Dieser Organisation gelang es durch Vermittlung tschechoslowakischer Behörden, Vereinbarungen mit der amerikanischen Militärregierung für Deutschland über die Aufnahme von 40.000 "Antifaschisten"-Familien in die amerikanische Besatzungszone zu treffen und auch die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausreise zu schaffen.
Ursprünglich bestanden diese in einer vom Innenministerium am 26. November 1945 erlassenen Weisung über die "Aussiedlung der deutschen Antifaschisten in die russische Zone Deutschlands", die nach Verhinderung weiterer sozialdemokratischer Transporte nach Thüringen nun allein den Kommunisten zugute kam.
Mit Hilfe der tschechischen sozialdemokratischen Partei erwirkten Vertreter der "Aktion Ullmann" die Richtlinien des Innenministeriums vom 17. Januar 1946. Hier wurde aber die Zahl der zur Ausreise zugelassenen Sozialdemokraten auf 50.000, die der Kommunisten auf 45.000 festgelegt, was bei dem früheren Mitgliederstand beider Parteien die Sozialdemokratie außerordentlich benachteiligte.
Nach weiteren Interventionen der "Aktion Ullmann" über die tschechische sozialdemokratische Partei faßte schließlich die Regierung den Beschluß vom 15. Februar 1946, der die Beschränkungen aufhob, im übrigen erneut die Modalitäten der Ausreise von deutschen Antifaschisten fixierte.
Danach wurde den deutschen Antifaschisten formell das Recht der "Auswanderung" in die sowjetische und amerikanische Zone Deutschlands unter Mitnahme ihres gesamten beweglichen Eigentums bestätigt "zu dem Zweck, den Okkupationsorganen in Deutschland eine wirksame Unterstützung bei der Bildung demokratischer Verhältnisse in Deutschland mit Hilfe der in der CSR befindlichen Personen zu gewähren".
Als Antifaschisten wurden nur Personen anerkannt, die "vor der Okkupation Mitglieder der Kommunistischen oder Deutschen Sozialdemokratischen Partei (in der CSR) waren"; später, in dem Rundschreiben des Innenministeriums vom 15. März 1946, wurde die Möglichkeit geschaffen, in der Begrenzung dieses Personenkreises etwas großzügiger zu verfahren, so daß in einzelnen Fällen auch Mitglieder der ehemaligen Christlich-sozialen Partei einbezogen wurden.
Die "Aktion Ullmann" übernahm es, die von den Ortvertrauensleuten und Antifa-Kommissionen aufgestellten Listen, die vom Orts- und Bezirksnationalausschuß geprüft und genehmigt werden mußten, zu sichten und dem Innenministerium zur endgültigen Genehmigung vorzulegen und danach die Einwilligung des amerikanischen Verbindungsoffiziers in Prag einzuholen.
Diese umständliche bürokratische Prozedur brachte es mit sich, daß die ersten Transporte erst im Mai 1946 abgefertigt werden konnten. In der Regel stellte das Ministerium für Eisenbahnen eigene Züge (40 Waggons für durchschnittlich 300 Personen) zur Verfügung; da aber der zugeteilte Transportraum nicht ausreichte und die zügige Ausreise der Antifaschisten dadurch noch mehr verzögert worden wäre, wurden Lastkraftwagen-Transporte eingelegt, die von den Teilnehmern selbst finanziert werden mußten.
Wurde bei den Transporten im Frühjahr 1946 allgemein großzügig verfahren, so verschlechterten sich die Bedingungen für die Ausreise der Antifaschisten im Laufe der Sommer- und Herbstmonate. In zahlreichen Orten und Bezirken wurde jetzt die Mitnahme der beweglichen

Habe, vor allem von Möbeln, bei Antifa-Transporten beschränkt, z.T. sogar ganz unterbunden. Willkürlich strich man Antifaschisten, die tatsächlich wegen ihrer politischen Einstellung unter dem nationalsozialistischen Regime verfolgt worden waren, aus den Transportlisten, entzog ihnen die Sonderausweise und unterwarf sie den gleichen Behandlungsmethoden bei der Ausweisung, die für die Sudetendeutschen generell zutrafen.
Andererseits wird berichtet, daß die Behörden oder einzelne einflußreiche Tschechen auch solchen Deutschen, die keineswegs den Status der Antifaschisten fordern konnten, die Aufnahme in die Sondertransporte verschafften, wie überhaupt oft das Gutdünken der tschechischen Ämter für die Zuerkennung des Status eines Antifaschisten ausschlaggebend gewesen zu sein scheint.
Im Spätsommer des Jahres 1946 wurde die Lage der noch nicht ausgesiedelten Antifaschisten in einigen Kreisen des Nordsudetenlandes, so im Kreis Tetschen, besonders prekär, da diese Personengruppe nun, nach der Ausweisung der übrigen Deutschen, deutschfeindlichen Maßnahmen weit stärker ausgesetzt war als bisher. Vielfach wurden Antifaschisten, die bereits Sondertransporten zugeteilt waren, aus den Wohnungen verwiesen, ins Landesinnere verschleppt oder in die letzten allgemeinen Ausweisungstransporte eingegliedert.
Als alle Proteste der Antifa-Kommissionen diesen Maßnahmen nicht Einhalt gebieten konnten, erwirkte z.B. die Antifa-Kommission des politischen Bezirkes Tetschen von den Bezirks- und Landesbehörden die Unterbringung der von ihr betreuten Antifaschisten in einem von ihr selbst verwalteten Lager, um sie bis zum Abtransport allen Verfolgungen zu entziehen.
Die unzureichende Bereitstellung von Transportmitteln und Schikanen der Behörden hatten zur Folge, daß nach der Einstellung der Ausweisungstransporte in die amerikanische Besatzungszone Zehntausende von Antifaschisten, meist Sozialdemokraten, in der CSR zurückbleiben mußten. Immerhin war es der "Aktion Ullmann" gelungen, rund 82.600 Personen nach Westdeutschland zu überführen.
Während etwa 30.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten die CSR nicht mehr verlassen konnten und jahrelang - oft auch vergeblich - auf eine Ausreisegenehmigung warten mußten, glückte es den aussiedlungswilligen sudetendeutschen Kommunisten, vollzählig die CSR zu verlassen und in die Sowjetzone zu gehen.
Übereinstimmend wird berichtet, daß ihre Transporte, die bereits im Herbst 1945 begannen und ohne Störungen fortliefen, bevorzugt abgefertigt wurden. Durch diese Aktionen kamen etwa 30.000 Kommunisten nach Mitteldeutschland.
Daß deutsche Juden entweder nach Deutschland ausgewiesen wurden oder dorthin freiwillig übergesiedelt sind, läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht erschließen.
Entgegen ihren Erklärungen galt aber das eigentliche Interesse der tschechoslowakischen Regierung weniger dem Problem der Antifaschisten, als der Erhaltung eines genügenden Stammes von Facharbeitern für die im Sudetenland gelegenen Industriebetriebe. Von den Wirtschaftsbehörden der nationalisierten Industrien war die schärfste Kritik am "Odsun" der Facharbeiter gekommen, und hinter den Kulissen der offiziellen Politik spielte offenbar eine lebhafte Auseinandersetzung um die Zahl der zurückzubehaltenden Spezialisten, die das Regime dringend für die Ausführung seiner Wirtschaftspläne benötigte.
Die wirtschaftspolitischen und nationalstaatlichen Ziele des neuen Staates standen sich hier diametral entgegen, doch hat sich, auch unmittelbar nach dem kommunistischen Staatsstreich, die nationalistische Tendenz stets als die stärkere erwiesen.
Die Lage der nach Abschluß der großen Vertreibungsaktion in der CSR zurückgebliebenen Deutschen, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzten, war zunächst sehr ungünstig. Soweit sie nicht als unentbehrliche Facharbeiter in den Industriebetrieben des Grenzgebiets benötigt wurden, deportierte man sie zu Zwangsarbeiten in das innertschechische Gebiet, wo sie unter kümmerlichsten Bedingungen, die in vielem den Verhältnissen von 1945/46 nicht

nachstanden, dahinvegetierten.
Von diesen Deportationen wurde jetzt auch ein großer Teil der zurückgebliebenen Antifaschisten betroffen. In vielen Fällen verloren sie jetzt noch das gerettete Eigentum, das sie meist, wenn es sich um unbeweglichen Besitz handelte, erst nach langwierigen Bemühungen wieder zurückerhalten konnten.
Erst im Laufe des Jahres 1949 begann sich die tschechische Haltung den zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen gegenüber zu ändern. Jetzt, wo in der relativ kleinen Restgruppe der Deutschen für den tschechischen Staat keine politische Gefahr mehr gesehen werden konnte, machte sich das Interesse an den deutschen Facharbeitern offen bemerkbar, und ihre Lebensbedingungen wurden allmählich erleichtert. Die für die Sudetendeutschen geltenden Ausnahmegesetze wurden nicht nur großzügiger gehandhabt, sondern z.T. auch gar nicht mehr beachtet. Freilich vollzog sich dieser Vorgang erst langsam und wirkte sich nicht überall gleichmäßig aus.
Seinen formalrechtlichen Ausdruck hat er in dem allmählichen Abbau des Verfassungsdekrets vom 2. August 1945 gefunden, das den Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit abgesprochen hatte.
In diesem Dekret war für einen bestimmten Personenkreis der "loyalen" Deutschen ein Recht eröffnet worden, die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit zu beantragen. Diese Möglichkeit ist in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Verordnungen schrittweise erleichtert worden, ohne daß offenbar die zurückgebliebenen Deutschen viel Gebrauch von ihr gemacht haben.
Vor allem vereinfachte die Verordnung vom 29. November 1949 "über die Rückgabe der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an Personen deutscher Nationalität" das Antragsverfahren für Personen deutscher Volkszugehörigkeit, "die ihre Treueverpflichtung als tschechoslowakische Staatsbürger nicht verletzt und sich insbesondere nicht feindlich gegenüber der volksdemokratischen Ordnung verhalten haben".
Am Ende wurde sogar das Antragsverfahren überhaupt abgeschafft und durch das Gesetz vom 24. April 1953 allen Personen deutscher Nationalität, die in der tschechoslowakischen Republik ihren Wohnsitz und die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit noch nicht erworben hatten, diese automatisch zuerkannt.
Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wurde und die alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigte, wurde mit den Prinzipien der sozialistischen Nationalitätenpolitik: Gleichberechtigung und Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus begründet.
Das deutsche kommunistische Organ "Aufbau und Frieden" stellte diese Lösung gegen die "wüste chauvinistische Hetze", die in den Jahren 1945 bis 1948 "die Reaktionäre und Verräter von Benes bis Slánský" gegen alle Deutschen getrieben hätten und deren Losung "... ein Deutscher ist wie der andere"
Gottwald schon 1945 und 1947 die Parole "... kein Deutscher ist wie der andere" entgegengestellt habe.
Auch sonst traten kommunistische Politiker in öffentlichen Kundgebungen für eine Verbesserung des Status der sudetendeutschen Minderheit ein. Nachdem drei Jahre lang Kinder deutscher Volkszugehörigkeit von jedem Schulbesuch ausgeschlossen waren, wurde ihnen seit 1948 erlaubt, tschechische Schulen zu besuchen; später wurde sogar in einigen Schulen Deutschunterricht eingerichtet, dessen Besuch nur Schülern gestattet war, die in Tschechisch und Russisch den Durchschnitt des Klassenziels erreicht hatten.
Auch der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und auf den Ämtern, sogar in Bezirken mit geringen deutschen Minderheiten, wurde wieder zugelassen, und seit November 1951 wird von dem tschechischen Gewerkschaftsverlag "Práce" die deutschsprachige, zwei-

mal wöchentlich erscheinende Zeitung "Aufbau und Frieden" herausgegeben.
Durch Gastspiele sowjetzonaler Theater- und Kulturgruppen, durch literarische Vortragsabende und Sprachkurse werden die Deutschen in der CSR im Geiste kommunistischer Nationalitätenpolitik kulturell betreut, doch haben sie noch keineswegs den Stand der ukrainischen und sogar madjarischen Minderheit erreicht, sich vor allem noch nicht wie diese in einem eigenen Kulturverband organisieren können.
Soweit man immerhin von einem Wandel in der Stellung der Deutschen sprechen kann, vermag dieser doch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß das Deutschtum in der gegenwärtigen tschechoslowakischen Volksrepublik nur noch eine zerstreute Splittergruppe ist, die kaum mit dem in jahrhundertelanger Geschichte durchgeformten Deutschtum Böhmens und Mährens verglichen werden kann.
Durch die Austreibung der Deutschen haben diese Länder völlig ihr Gesicht verändert, nicht nur im nationalen, sondern auch im sozialen Sinn. In keinem der Vertreibungsstaaten Ostmitteleuropas ist die Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der Deutschen so eindeutig Schrittmacherin des Kommunismus gewesen wie in der Tschechoslowakei. Die nichtkommunistischen Kräfte des tschechischen Volkes, die sich an dieser Politik beteiligt haben, sind längst ihrerseits zwischen die Mühlsteine des kommunistischen Regimes geraten.
Die utopische Hoffnung des Präsidenten Benes, die Tschechoslowakei zu einem Ausgleichs- und Vermittlungszentrum zwischen dem westlichen und östlichen System zu machen, ist ebenso zerronnen wie die Machtträume Hitlers, der das tschechische Volk germanisieren wollte und, was trotz des erlittenen Unrechts kein Deutscher vergessen sollte, mit seiner Politik die späteren Verhängnisse erst ausgelöst hat.
Böhmen ist vielmehr, was schon der große tschechische Historiker Palacký im 19. Jahrhundert befürchtet hatte, in den Bereich der russischen Macht gefallen, und das tschechische Volk, von jeher stolz auf seine europäische Tradition und Gesinnung, hat seine Freiheit erneut eingebüßt. Die Austreibung der mit ihm durch Jahrhunderte in Glück und Unglück verbundenen Deutschen ist ihm nicht zum Segen geworden: der "Abschub" war die Einleitung zum Abschied vom Westen.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei (x004/137,177-178): >>... Wie die Sudetendeutschen traf auch die Karpatendeutschen das Schicksal der Vertreibung aus ihrer Heimat. Obwohl die wichtigsten gegen die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei erlassenen Gesetze und Maßnahmen für das gesamte Staatsgebiet galten, unterschied sich das Geschick der Karpatendeutschen vor und während der Vertreibung von dem der Sudetendeutschen in erheblichem Maße.
Denn aus geschichtlichen, politischen und sozialen Gründen war das Verhältnis der Karpatendeutschen zu den Slowaken ein anderes als das der Sudetendeutschen zu den Tschechen, und auch der Ablauf der politischen Ereignisse in der Slowakei bis zur Vertreibung der Deutschen unterschied sich erheblich von den Vorgängen in den Sudetenländern. Ein weiterer Unterschied ergibt sich aus der soziologischen Struktur und der Siedlungsform der beiden Volksgruppen. …<<
>>… Wie die Sudetendeutschen unterlagen auch die Karpatendeutschen den Ausweisungsbestimmungen der Potsdamer Beschlüsse. In der Slowakei begannen die Vorbereitungen für die Ausweisungen im April 1946, später als in den Sudetenländern. Zwei zentral gelegene Lager, Novaky in der Mittelslowakei – schon aus der Partisanenzeit als Verschleppungslager bekannt – und Deutschendorf (Poprad) in der Zips wurden in Sammellager umgewandelt, dazu kam das Lager Engerau in der Westslowakei. ...
Die große Aussiedlungsaktion begann in den letzten Tagen des Juli und endete im September desselben Jahres. Die Auszusiedelnden wurden, soweit es notwendig war und die Textilien

ausreichten, neu eingekleidet. Sie erhielten 1.000, später 500 RM und durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen.
Hervorzuheben ist die Tatsache, daß die beklagenswerten Begleiterscheinungen der Vertreibungsaktionen in den übrigen ost-mitteleuropäischen Gebieten hier im allgemeinen fehlten. Auch ist es weder zu wilden Austreibungsaktionen vor der Potsdamer Konferenz wie in Böhmen und Mähren, noch zu überstürzten organisierten Ausweisungen wie in Ungarn gekommen.
Vor allem die Internierten empfanden es als Glück, wenn ihnen eine Überweisung in eines der Aussiedlungslager angekündigt wurde. Sie taten alles, um möglichst bald einem Transport eingegliedert zu werden. ... Für sie alle war es zur Gewißheit geworden, daß ein Weiterleben in einem Lande, das keinem Deutschen mehr Bürgerrechte gewährte, auf die Dauer trotz vieler unzerreißbarer persönlicher Bindungen nicht mehr möglich war. So mußten die Deutschen in der Slowakei den gleichen bitteren Weg aus der ihnen gewaltsam entfremdeten Heimat antreten wie die Deutschen in den Sudetenländern.
Die verhältnismäßig spät anlaufende Aussiedlungsaktion in der Slowakei brachte es mit sich, daß viele der Ausgewiesenen in die Sowjetzone Deutschlands kamen, in die gerade zu diesem Zeitpunkt viele Transporte geleitet wurden. Nur 9 Transporte mit insgesamt 10.880 Personen wurden in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands geleitet.
Die Karpatendeutschen, die noch nach der großen Aussiedlungsaktion des Jahres 1946 zurückgeblieben waren - ihre Zahl wird mit 24.000 angegeben -, versuchten in den folgenden Jahren zu ihren nach Deutschland ausgesiedelten oder geflohenen Familienangehörigen zu gelangen, was allerdings bei der beschränkten Zahl der Transporte nur wenigen glückte.<<

14.01.1946

Frankreich: In Paris einigen sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichnen am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen.
Bis 1947 werden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

15.01.1946

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

25.01.1946

WBZ: Sämtliche deutschen SPD- und CDU-Politiker (Oberpräsidenten und Chefs der Länderregierungen in der britischen Zone), außer dem parteilosen Hamburger Bürgermeister, stimmen am 25. Januar 1946 in Oldenburg gegen die Bildung von landsmannschaftlichen Flüchtlingsverbänden (x024/214): >>Die Bildung von landsmannschaftlichen Verbänden für Flüchtlinge, sowie von jeder anderen Vereinigung von Flüchtlingen, sollte für die ganze britische Zone nicht gestattet werden. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Verbot von landsmannschaftlichen Vertriebenenverbänden (x024/-214-215): >>... Mit dem Koalitionsverbot, daß die Besatzungsmächte bald darauf aussprachen, konnten sie somit zwei Seiten gefallen; einmal den deutschen Politikern, die im Fall der britischen Zone selbst darum gebeten hatten, und den osteuropäischen Vertreiberstaaten, weil diese sich durch die Bildung von Vertriebenenvereinigungen hätten provoziert fühlen können.
Den Vertriebenen wurde hier von seiten der Briten und Amerikaner jedenfalls erneutes Unrecht zugefügt.
Die Haltung der deutschen Politik zeigt die wohl allgemeine verbreitete Meinung, man könne sich die Schwierigkeiten vom Hals schaffen, wenn man nur den Betroffenen weder Möglich-

keit zur Artikulation noch Macht zum Widerstand (Stärke durch Vereinigung) gäbe. Auch wenn dies nie ... offiziell geäußert wurde, lag doch gerade im Verbot von Vertriebenen-Vereinigungen der bequemste Weg, Konfrontationen und somit möglichen Konsequenzen auszuweichen.<<
Alle Münchener Filmtheater müssen am 25. Januar 1946 den Film "Die Todesmühlen" (US-Dokumentarfilm über die von den Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen) zeigen.
Am 25. Januar 1946 trifft der erste Vertriebenentransport aus Budweis im Grenzübergangslager Furth im Wald ein. Bis zum 24. Februar werden täglich 4 Züge mit 4.800 Personen abgefertigt. In den einzelnen Bezirken werden meistens schon bestehende Konzentrations- oder Internierungslager als Sammelstellen für die Auszuweisenden eingerichtet. Trotz der getroffenen Vereinbarungen werden viele arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Bei fast jedem Vertriebenentransport ist festzustellen, daß die abtransportierten Familien auseinandergerissen und die arbeitsfähigen Männer in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden (x004/120).

26.01.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. Januar 1946 die Einführung der 6-Tage- bzw. 48-Stunden-Arbeitswoche.

27.01.1946

WBZ: David Ben Gurion (Präsident der zionistischen Arbeitergewerkschaften) fordert am 27. Januar 1946 in München die Rückgabe Palästinas (Kanaan, das "gelobte Land"), um einen selbständigen jüdischen Staat zu gründen.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die geschichtliche Entwicklung Palästinas (x192/458): >>... Nirgendwo ... hinterließen die europäischen Mächte ein chaotischeres Erbe als im Nahen Osten. Nach dem Weltkrieg kämpften nationalistische Bewegungen, viele mit engen Beziehungen zur Sowjetunion, um die Unabhängigkeit von der westlichen Vorherrschaft. Die erste, die Erfolg hatte, war nicht arabisch, sondern jüdisch.
Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre waren jüdische Siedler in großer Zahl nach Palästina gekommen, in der Hoffnung auf eine neue Heimat, die ihnen die Briten versprochen hatten. Nach dem Krieg kamen Millionen weitere Einwanderer, darunter auch viele Überlebende des Holocaust.
Großbritannien, das um seine gute Beziehungen zu den Arabern fürchtete, suchte Ausflüchte, um einen Judenstaat zu verhindern und provozierte damit jüdische Gruppen zu einer Welle antibritischer Terrorakte. Unfähig eine Lösung zu finden, zogen sich die Briten 1948 schließlich zurück. ...<<

30.01.1946

WBZ: Die katholischen Bischöfe kritisieren am 30. Januar 1946 die unmenschliche Massenaustreibung der Deutschen (x025/122): >>Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. ...
Wir wissen, daß ... Deutsche furchtbare Verbrechen an den Angehörigen anderer Nationen begangen haben. Aber seit wann ist es erlaubt, an Unschuldigen sich zu rächen und Verbrechen durch Verbrechen zu sühnen?
Man soll die wirklich Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen. Aber wer will das Massensterben von Kindern, Müttern, alten Leuten verantworten? ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 30. Januar 1946 (x853/...): >>... Im Übrigen fand Bischof Clemens August damals auch ein warmes Wort des Dankes an die deutschen Soldaten

für ihren selbstlosen Lebenseinsatz und versicherte in einer eigenen "Kanzelverkündigung" vom 30. Januar 1946 "die mehr als 10 Millionen Ostdeutschen, deren Vorfahren größtenteils schon vor sieben- bis achthundert Jahren ist ostdeutschen Raum gesiedelt und den Boden urbar gemacht haben", seiner Anteilnahme an ihrem "entsetzlichen Schicksal".
Und wie er in Teltge (1. Juli 1945) das gesamte deutsche Volk gegen den Pauschalvorwurf der Kollektivschuld in Schutz genommen hatte, appellierte Graf Galen in dieser Verlautbarung an die Weltöffentlichkeit, die Augen nicht vor der "brutalen Austreibung" seiner ostdeutschen Landsleute zu verschließen, damit verhütet wird, "daß aufs neue Macht vor Recht gehe und eine Saat des Hasses ausgestreut werde". ...<<
Der EKD-Rat protestiert am 30. Januar 1946 ebenfalls gegen die brutalen Vertreibungsmethoden (x111/130): >>... Zu Tode erschöpft, halb verhungert und unterwegs bis aufs Letzte ausgeraubt, kommen die unglücklichen Opfer der Ausweisungen in Deutschland an und finden hier oft genug nirgends ein menschenwürdiges Unterkommen.<<
Die britische Militärregierung erteilt den Lehrern in Westfalen am 30. Januar 1946 Ratschläge, wie man auch ohne Schulbücher unterrichten kann (x117/85): >>Ein einfallsreicher Lehrer (sollte) durchaus imstande sein, ... Lesen ohne Lehrbuch zu lehren. ...
Um dies durchzuführen, könnte ein Lehrer auf eigene Verantwortung Stoff aus einem Buch wiedergeben oder sich selbst Stoff zusammenstellen und diesen so verwenden, wie er es ... für geeignet hält, vorausgesetzt, daß dieser Stoff nicht im Widerspruch mit den Befehlen der Militärregierung steht. ...<<

31.01.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 31. Januar 1946 aus München (x124/111): >>Die ... Militärregierung ... hat die Zuteilung der neuen Lebensmittelkarten vom Nachweis abhängig gemacht, daß jeder Erwachsene den Film "Todesmühlen" über die Konzentrationslager gesehen hat. Nur Bettlägerige sind vom Kinobesuch auf ärztliches Attest hin befreit. ...<<
Das französische Oberkommando berichtet Ende Januar 1946 über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone (x114/3.140): >>Die milden Jahrestemperaturen haben die schlimmsten Ängste der deutschen Bevölkerung verfliegen lassen. Sie ist völlig auf das materielle Leben fixiert und fürchtet sich davor, den ersten Besatzungswinter in zerstörten Städten zu verbringen, ohne beheizte Räume, mit kritischer Lebensmittelversorgung inmitten ausländischer Soldaten. Die Konfrontation mit Armut und Elend erschien den Deutschen unerträglich. In ihrer tiefen Apathie dachten sie mehr an das Essen am nächsten Tag als an die Zukunft Deutschlands.
Da sie bisher keine Hungersnot und Kälte auszustehen hatten, ist es in der Zone ruhig geblieben. Dennoch machte der Deutsche seine ersten schmerzhaften Erfahrungen durch. Er kennt nun das Schicksal, das seine ehemaligen Politiker und Armeen Europa fünf Jahre lang zumuteten. Aber das Nichtwissen und das mangelnde Schuldgefühl der Masse erleichtern ihm nicht, die heutigen Prüfungen anzunehmen.
Trotz allem weiß er, daß fremde Hilfe nötig ist. Daher neigt er dazu, die Besatzungsmacht danach zu beurteilen, was sie ihm bringt.<<
Michael Sommer berichtet später im "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in der französischen Besatzungszone (x153/51-54): >>... Die Flüchtlinspolitik in der französischen Besatzungszone gehörte in der Periode zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – wie alle anderen Politikfelder auch – zu den Reservatrechten der Siegermacht. Die französische Regierung wie die von ihr abhängige Baden-Badener Militärregierung waren in diesem Zeitraum bestrebt, die Flüchtlingspolitik den allgemeinen Zielen der französischen Außenpolitik der Nachkriegszeit unterzuordnen und für diese nutzbar zu machen.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Flüchtlinge in der französisch besetzten Zone aufgenommen werden sollte, hing daher entscheidend von den in Paris angestellten Überlegungen zum Problem der nationalen Sicherheit bzw. zur Organisation der europäischen Nachkriegsordnung ab. Daneben waren ökonomische Beweggründe von ausschlaggebender Bedeutung, da Frankreich den durch die Kriegseinwirkungen verursachten Status minus unter den europäischen Mächten abwerfen und sich wieder in den Stand einer europäischen Großmacht versetzen wollte. Zu diesem Zweck wurde auch die französische Flüchtlingspolitik instrumentalisiert.

Grundlegende Maxime der französischen Politik war dabei die Absicht, jede von der Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa herrührende Belastung der französisch besetzten Zone zu vermeiden. Zur Rechtfertigung der Abwehr aller von den Alliierten vorgebrachten Ansprüche auf eine gleichmäßige Verteilung der zuzugsbedingten Lasten in den Besatzungszonen verwies Frankreich (zu Recht) darauf, daß es von den Beratungen und Entschließungen der Potsdamer Konferenz ausgeschlossen gewesen war. Die französische Regierung erklärte sich daher für frei von jeder im Zusammenhang mit den dort gefaßten Beschlüssen abgeleiteten Verantwortung für die vertriebene deutsche Bevölkerung.

Insbesondere wandte sich die französische Mission beim Berliner Kontrollrat zum Schutz vor einer weiteren Westverschiebung deutscher Bevölkerungsteile gegen die nicht von den Potsdamer Beschlüssen gedeckten Vertreibungen in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Vergeblich bemühte sich die französische Delegation auf diplomatischem Wege um die Einstellung der von der Sowjetunion geduldeten bzw. geförderten Vertreibungsmaßnahmen in diesen Ländern.

Humanitäre Erwägungen spielten aus französischer Sicht bei den Versuchen zur Begrenzung des Vertreibungsvorgangs keine Rolle! Entscheidend war allein die Rückbindung an die übergeordneten Ziele der französischen Außenpolitik.

In Paris, Berlin und Baden-Baden befürchteten die für die Bevölkerungspolitik zuständigen französischen Dienststellen bei der Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in der vor allem im Norden rückständigen Besatzungszone eine dramatische Verschärfung des ohnehin bedrohlichen Ernährungszustandes. Die Furcht vor einer durch eine Hungersnot provozierte Radikalisierung der Vertriebenen und möglicherweise auch der einheimischen Bevölkerung bestärkte die Militärregierung in ihrer Abwehrhaltung.

Aber auch die von den Kontrolloffizieren entworfenen längerfristigen Szenarien für eine vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen ließen es in Verfolgung der französischen Sicherheitsinteressen nicht angeraten erscheinen, die Abschottung der Zonen aufzugeben. Wiederholt kam bei den Überlegungen zu den mutmaßlichen Folgen einer dauerhaften Eingliederung der Vertriebenen die Furcht auf, eine damit zwangsläufig verbundene Reindustrialisierung Deutschlands würde dessen Kriegsführungsfähigkeit wieder herstellen und so die Gefahr eines Revanchekrieges heraufbeschwören. ...

Die Abschottung der Zone bewirkte zunächst, daß eine erhöhte deutsche Bevölkerungskonzentration in der Grenzregion westlich des Rheins vermieden wurde.

Die geschah u.a. mit Blick auf die beabsichtigte Abtrennung des Saarlands von Deutschland, einer Internationalisierung des Ruhr-Kohle-Bergbaus und der dauerhaften Eingliederung Elsaß-Lothringens in den französischen Staatskörper. Keines dieser Ziele sollte durch die Existenz mutmaßlich "irredentistisch" gesonnener, "national" eingestellter und in ihrem politischen Bewußtsein "reichstreu" geprägter, "preußisch" und vornehmlich protestantisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus den Vertreibungsgebieten gefährdet werden.

Neben der strikten Abschottung der französisch besetzten Zone kam einer Reihe anderer demographisch wirksamer Maßnahmen große Bedeutung zu. Während die Absicht einer Reduktion der deutschen Bevölkerung mittels forcierter Propagierung der Geburtenkontrolle schon

bald mit Rücksicht auf antizipierte negative Wirkungen im eigenen Land wieder fallengelassen wurde, bemühte sich die französische Militärmission in Berlin bis 1949 immer wieder erfolglos darum, eine von den Siegermächten sanktionierte Massenausweisung von rund acht Millionen Deutschen nach Übersee zu erreichen.
Damit sollten vor allem viele der weitgehend eigentumslosen Vertriebenen aus Westdeutschland entfernt werden. Auf diese Weise hoffte die Militärregierung, den durch die Massenvertreibung verstärkten Bevölkerungsdruck und das daraus abgeleitete, vermeintlich "natürliche Expansionsstreben" des deutschen Volkes kanalisieren und in für Frankreich ungefährliche Bereiche ableiten zu können.
Als vierte strategische Maßnahme zur Veränderung des demographischen Ungleichgewichtes wurde die verstärkte Assimilierung von geeigneten Deutschen durch die französische Bevölkerung betrieben. Die diesbezüglichen Vorhaben betrafen auch hier vornehmlich Flüchtlinge und Vertriebene. Entlassene Kriegsgefangene ostdeutscher Herkunft ohne Rückkehrmöglichkeit wurden als "freiwillige" Arbeitskräfte nach Frankreich verpflichtet, um dort die Kriegsverluste unter den französischen Männern in heiratsfähigem Alter ausgleichen zu helfen.
Zu den bedenklichsten Maßnahmen zählte die systematische Überführung von aufgrund ihres Vertreibungsschicksals elternlos gewordenen Flüchtlingskindern nach Frankreich, die dort von französischen Adoptiveltern erzogen wurden. Dabei sollte diesen Kindern ihre wahre Herkunft auf Dauer verschwiegen werden.
Die auf Abwälzung der Kriegsfolgelasten zielende Politik Frankreichs führte zu einem Gegensatz mit den USA und Großbritannien, die nicht zuletzt durch ihre Bereitschaft zur Aufnahme der Vertriebenen eine erhebliche Belastung ihrer Besatzungszonen in Kauf genommen hatten. Da die Verzögerung von (meist amerikanischen) Lebensmittellieferungen als Druckmittel gegen die französische Militärregierung nicht zu einer Öffnung der französisch besetzten Zone geführt hatte, setzten die beiden Regierungen die französische Mission in Berlin verstärkt unter diplomatischen Druck.
In Baden-Baden erkannte man die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung Frankreichs, die sich in dem Maße vergrößerte, in dem der fortschreitende "Kalte Krieg" ein Lavieren Frankreichs zwischen den Weltmächten und der Sowjetunion zunehmend aussichtsloser erscheinen ließ. Die Entfremdung von der Sowjetunion in der Flüchtlingsfrage gipfelte in der Vermutung, Stalin beabsichtige durch die fortdauernde Vertreibung eine Proletarisierung Westdeutschlands zu erzwingen, die dort gemäß den Entwicklungsgesetzen des Marxismus in eine Revolution münden solle. Auch aus diesem Grund erschien der Militärregierung die Abschottung der französischen Zone als angemessene Reaktion gegen derartige Bestrebungen.
Außerdem sprachen aus der Sicht Frankreichs wirtschaftliche Gründe für die Fortgrenzung seiner Abgrenzungspolitik. Durch die strenge Kontrolle des Zuzugs konnte die französische Zone bei gleichzeitiger Kanalisierung der Bevölkerungsbewegungen als Drehscheibe für die Rekrutierung der von Frankreich so dringend benötigten deutschen Arbeitskräfte und Soldaten für die Fremdenlegion dienen.
Hingegen drohte bei einer vollständigen Liberalisierung der Zuzugsbestimmungen die Kontrolle über die Bevölkerungsbewegungen verloren zu gehen. Durch die bei einem ungebremsten Zustrom Vertriebener in die französisch besetzte Zone mittelfristig unabwendbare Einstellung der Demontagen und die Verzögerung der Reparationsleistungen mußte Frankreichs Absicht, sich die deutschen Ressourcen für den Wiederaufbau im eigenen Land nutzbar zu machen, ebenso durchkreuzt werden wie durch ein Wiedererstarken der deutschen Fertigwaren-Exportproduktion, deren Konkurrenz Frankreich auf den Weltmärkten fürchtete.
Demgegenüber gewann der amerikanische Druck auf Öffnung der französischen Zone in dem Maße für Paris an Bedeutung, in dem die Planungen zur Durchführung des Marshall-Planes Gestalt annahmen. Aus der Furcht heraus, bei der Kreditvergabe wegen der Flüchtlingspolitik

in Deutschland von den USA benachteiligt zu werden, fand sich die französische Militärregierung 1949 schließlich doch zur Aufnahme von Verhandlungen über den internationalen Flüchtlingsausgleich bereit. ...<<

01.02.1946

WBZ: In der britischen Zone wird am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.
Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone werden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).
USA: Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Besuch in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

04.02.1946

USA: Die "New York Times" berichtet am 4. Februar 1946 über die Tragödie der deutschen Vertriebenen (x028/139-140): >>In Potsdam war man übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in "humaner und geregelter Weise" durchgeführt werden sollte.
Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus (Auszug) unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung, oder auch nur vorgespiegelte humane Behandlung.
Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur (mit) den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind ...<<

10.02.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) weist am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...
Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...
Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

12.02.1946

WBZ: In der britischen Besatzungszone werden am 12. Februar 1946 alle ostdeutschen Landsmannschaften verboten (x024/212).
Frankreich: Die französische Regierung verlangt am 12. Februar 1946 in einem Schreiben an die Westmächte die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zoll- und Währungssystem (x111/136).

14.02.1946

WBZ: Der sowjetische Ankläger Oberst Pokrovskij behauptet am 14. Februar 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, daß deutsche Wehrmachtstruppen die Katyn-Massaker durchgeführt hätten (x046/205): >>... daß eine der wichtigsten verbrecherischen Handlungen, für die die Hauptkriegsverbrecher verantwortlich sind, die Massenvernichtung polnischer Offiziere war, die in den Wäldern von Katyn bei Smolensk von den deutsch-faschistischen Eindringlingen vorgenommen wurde. ...<<
Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 14. Februar 1946 einen Runderlaß betreffend die Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens (x003/111-112): >>An alle Bezirks-Bevollmächtigten der Regierung in den Wiedergewonnenen Gebieten.
Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat begonnen, die Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates in Berlin betr. die Ermöglichung der Rückkehr der deutschen Bevölke-

rung ins Reich zu verwirklichen. Da es oftmals unmöglich sein wird, die von den Deutschen geräumten Höfe und Wohnungen sofort mit polnischen Ansiedlern zu besetzen, ist die entsprechende Sicherstellung des zurückgelassenen beweglichen wie auch unbeweglichen ehemals deutschen Vermögens von erstrangiger Bedeutung.
Zu diesem Zweck ordnet das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete folgendes an:
1. Das zurückgelassene ehemals deutsche Vermögen muß unverzüglich nach der Entfernung der Deutschen derart sichergestellt werden, daß eine auch noch so geringe Minderung durch Diebstahl oder Zerstörung unmöglich ist.
2. Um Wohnungseinrichtungen weitestgehend zu sichern, sind die in den Wohnungen befindlichen beweglichen Sachen in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung abzutransportieren; falls dies nicht möglich ist, sind diese Gegenstände mit Hilfe der Deutschen möglichst in ein von den Deutschen geräumtes Gebäude zusammenzutragen, das versiegelt und von einem ständigen Posten der Bürgermiliz bis zur Verteilung an Repatrianten oder bis zum Abtransport in die Magazine der Vorläufigen Staatlichen Verwaltung bewacht werden soll.
3. Das zurückgelassene lebende Inventar ist in der Weise zu sichern, daß es der ansässigen polnischen Bevölkerung zur Beaufsichtigung und Benutzung übergeben oder planmäßig an die bereits angesiedelten Repatrianten und Umsiedler, welche solches Inventar nicht besitzen, verteilt wird. ...
6. Die von den Deutschen geräumten Wohnungen dürfen auf keinen Fall ohne Einverständnis der lokalen Ansiedlungsausschüsse bzw. Ansiedlungsreferate vermietet werden; diese setzen fest, welche Wohnungen in der betreffenden Ortschaft mit Rücksicht auf den Ansiedlungsplan frei bleiben müssen.
7. Um diese Aktion zur Sicherstellung des ehemals deutschen Vermögens erfolgreich durchzuführen, setzen sich die Kreisbevollmächtigten unverzüglich mit den Organen der Bürgermiliz und der Öffentlichen Sicherheit in Verbindung. ...<<
Am 14. Februar 1946 vereinbaren britische und polnische Politiker noch einmal, daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in "humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" soll. Die Fahrtrouten werden festgelegt, und es wird beschlossen, daß für die Bewachung der Transporte, für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung gesorgt werden muß. Die Ausgewiesenen sollen nicht mehr als 500 RM und Gepäck mitnehmen, als sie "in den Händen tragen können" (x001/148E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-147E-154E): >>... Das Jahr 1946 wurde in Ostdeutschland die Hauptperiode der Ausweisung. ... Zunächst unterschieden sich die Ausweisungen des Jahres 1946 wenig von denen des Jahres 1945. Noch immer waren die Kontrollen an den Sammelstellen und die wochenlangen Transporte von Plünderungen und Übergriffen aller Art begleitet, so daß die Mehrzahl der Ausgetriebenen völlig ausgeraubt, in verzweifelter körperlicher und seelischer Verfassung westlich der Oder-Neiße-Grenze ankamen, wo sie auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone monatelang in Quarantäne- und Flüchtlingslagern festgehalten wurden.
... Am 14. Februar 1946 wurde in dem inzwischen errichteten internationalen Combined Repatriation Executive (CRX) zwischen dem britischen und dem polnischen Vertreter ein Abkommen getroffen, das noch einmal wie schon das Potsdamer Abkommen die Versicherung enthielt, "daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden" müsse.
Auch die Fahrtrouten und die Ausweisungsquoten für die einzelnen Zeitabschnitte wurden hierbei festgelegt, und es wurde vereinbart, daß für eine Bewachung der Transporte sowie für Verpflegung und ärztliche Fürsorge während der Ausweisung Sorge getragen werden müsse.

Bemerkenswert ist, daß den Ausgewiesenen nicht gestattet sein sollte, mehr als 500 RM und mehr Gepäck mitzunehmen, als sie "in den Händen tragen können".
... Der eigentliche Zweck des britisch-polnischen Abkommens, eine "ordentliche und humane" Durchführung der Ausweisungen zu garantieren, ist auch bei den Massenausweisungen während des Jahres 1946 keineswegs erreicht worden.
Allein schon für Verpflegung und ärztliche Betreuung war nur in seltensten Fällen einigermaßen gesorgt. Schwerer fiel noch ins Gewicht, daß die polnischen Milizkommandos die Ausweisung der Deutschen aus ihren Wohnungen unnötig beschleunigten und in der Regel mit äußerster Strenge, ja oft geradezu in brutalen Formen durchführten.
Oft standen den aus ihren Häusern Vertriebenen keinerlei Transportmittel zur Verfügung, so daß sie sich mit ihrem schweren Gepäck in kilometerlangen Märschen nach den Sammellagern schleppen mußten. Dort fehlte es meist an den primitivsten Voraussetzungen dafür, Tausende von Menschen unterzubringen, zumal es mitunter dauerte, ehe die Transporte zusammengestellt wurden.
Nach allem, was heute über den Verlauf der Ausweisungen bekannt ist, steht fest, daß die Durchführung durch die polnischen Behörden nicht nur ohne zureichende Organisation geschah, daß vielfach ganz offensichtlich auch gar nicht der Wille vorhanden war und gar keine sonderlichen Anstrengungen gemacht wurden, um eine wirklich ordnungsgemäße und humane Überführung der deutschen Bevölkerung nach Westen zu gewährleisten.
... Der wichtigste Erfolg des britisch-polnischen Ausweiseabkommens war, daß den Vertriebenen ab Ende 1946 der direkte Weg in die britische Besatzungszone offenstand, so daß sie nicht mehr von der sowjetischen Besatzungszone aus heimlich als Grenzgänger nach Westen zu fliehen brauchten.
Waren die Vertreibungen des Jahres 1945 ausschließlich nach der Sowjetzone erfolgt, so ging der Hauptteil der im Jahre 1946 Ausgewiesenen in direkten Transporten in die britische Besatzungszone. ...
Für den gesamten nördlichen Raum der Oder-Neiße-Gebiete war Stettin die Hauptstation für die Zusammenstellung und Abfertigung der Ausweisungstransporte und für ihre Übergabe an britisches Begleitpersonal. In der Umgebung von Stettin befanden sich mehrere Sammellager, in denen die zur Ausweisung Bestimmten oft wochenlang auf die Abfahrt der Transportzüge warten mußten, neben dem berüchtigten Lager Stettin-Scheune (handelte es sich) vor allem um die Lager Kreckow und Frauendorf. ...
Im Südabschnitt der Oder-Neiße-Gebiete war das Zentrum für die Ausweisungstransporte der Bahnknotenpunkt Kohlfurt (nordöstlich von Görlitz), von wo aus die Eisenbahntransporte mit Vertriebenen nach der sowjetischen und britischen Besatzungszone abgefertigt wurden.
Um eine Überschreitung der zwischen den britischen und polnischen Behörden festgelegten Ausweisungsquoten an den einzelnen Übergabestationen zu vermeiden, kam es oft zu langwierigen und umständlichen Umlegungen der Ausweisungstransporte. So wurden manche Deutsche aus Pommern erst nach Polen geleitet und von dort aus über Schlesien nach Westen transportiert.
Neben den Ausweisungen nach der britischen Besatzungszone wurden im Jahre 1946 ebenso wie 1945 mehrere Hunderttausende von Deutschen nach der sowjetischen Besatzungszone übergeführt. Viele dieser Vertriebenen haben sich, sobald sie den Aufnahmelagern der sowjetischen Zone entkommen konnten, selbständig auf den Weg in die westlichen Besatzungszonen begeben, um nicht länger unter sowjetrussischem Regime leben zu müssen, dessen Auswirkungen sie in ihrer Heimat so schmerzlich erfahren hatten. Im Jahre 1946 waren es allein ca. 250.000 Vertriebene, die außerhalb der organisierten Transporte in Westdeutschland ankamen. ...
Neben den Ausweisungen hatten auch radikale Unterdrückungsmaßnahmen das Ihrige getan.

Der Hunger und die körperliche Überbeanspruchung während der Zwangsarbeit, die Epidemien in den Städten, dazu die Mißhandlungen in den Lagern und Gefängnissen verursachten so zahlreiche Opfer unter den Deutschen, das den polnischen Ausweisungskommandos manche Arbeit vorweggenommen wurde. - Ende 1946 war der Hauptteil der Deutschen, die beim Einzug der sowjetischen Truppen in ihrer Heimat geblieben oder später zurückgekehrt waren, bereits vertrieben oder in der Zwischenzeit umgekommen. ...

Mit dem Eintritt des Winters 1946/47, als die Kälte unter den Vertriebenen bereits zahlreiche Verluste verursacht hatte, verweigerten die britischen Behörden jede weitere Übernahme von Ausweisungstransporten, da sie es nicht verantworten zu können glaubten, weitere Hunderttausende völlig verelendeter Ausgewiesener in die überfüllten Aufnahmelager einzuliefern, und da gleichzeitig die polnischen Behörden gezwungen werden sollten, für bessere Ausweisungsbedingungen zu sorgen. Verschiedene Transporte liefen deshalb wieder in ihre Ausgangsorte zurück, und die Ausweisungsaktionen flauten ganz allgemein während des Winters 1946/47 ab.

Da sich aber noch immer zahlreiche Deutsche östlich der Oder-Neiße befanden, begann mit dem Frühjahr 1947 eine neue, die letzte umfassende Etappe der Zwangsausweisungen. Auch jetzt waren die britischen Behörden noch nicht zu einer Übernahme der Transporte bereit, diese wurden deshalb ausschließlich in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone geleitet. Sie verliefen jetzt allerdings in wesentlich geregelteren Formen als 1945 und teilweise noch 1946, obwohl auch jetzt noch in den Ausweisungslagern mitunter unverändert katastrophale Zustände herrschten und noch immer manche Deutsche die Strapazen der Ausweisung mit dem Leben bezahlen mußten.

Von den Ausweisungen im Jahre 1947 wurden die letzten bisher noch nicht oder teilweise betroffenen Orte erfaßt, und auch viele Deutsche, die bisher als unabkömmliche Arbeitskräfte verschont geblieben waren, mußten sich nun von ihrer Heimat trennen. Während des ganzen Frühjahrs, Sommers und Herbstes 1947 wurden auf diese Weise noch einmal schätzungsweise 500.000 Deutsche aus Schlesien, Ostpommern, Westpreußen und dem Südteil Ostpreußens nach Westen transportiert.

Ende 1947 nahmen die systematischen Ausweisungen aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten im allgemeinen ein Ende, obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam und noch manche Deutsche in den folgenden Jahren selbständig versuchten, von Pommern oder Schlesien aus nach dem Westen zu gelangen.

Die Mehrzahl derer, die besonders in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen von der alten Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit schließlich übrigblieben, bestand z.T. aus Personen, die auf Grund ihrer polnischen Volkszugehörigkeit oder auch nur, um sich ihre Existenzgrundlage zu erhalten, freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erworben hatten, teils aber auch Personen, die, wie viele Masuren in Ostpreußen, von den Polen als polnische Volkszugehörige, als sog. Autochthone betrachtet wurden, die sich aber zum größten Teil entschieden als Deutsche fühlten und gegen ihren Willen zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt wurden.

Daneben wurden sowohl in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien, in Ostpommern und vereinzelt auch in Ostbrandenburg Personen zurückgehalten, die lediglich auf Grund ihrer Unabkömmlichkeit als Facharbeiter oder als sonstige wertvolle Arbeitskräfte gezwungen wurden, im Lande zu bleiben.

Im Gegensatz zu den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten hatten im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens bis zum Sommer 1947 noch keinerlei Aussiedlungen stattgefunden. Anders als die Polen hatten die Sowjets kein nationales Interesse an der Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen, sie waren im Gegenteil sehr bemüht, durch scharfe Bewachung der quer durch Ostpreußen verlaufenden russisch-polnischen Demarkationslinie jede Abwande-

rung und Flucht von Deutschen aus dem von ihnen verwalteten Teil Ostpreußens zu verhindern, um aus den Deutschen an Arbeitsleistungen herauszuholen, was nur irgend möglich war. Die infolge der sowjetischen Arbeits- und Leistungsnormen eingetretene Erschöpfung der meist auf sowjetischen Kolchosen arbeitenden deutschen Bevölkerung und die katastrophalen Lebensverhältnisse im gesamten "Verwaltungsgebiet Kaliningrad" ... führten dazu, daß die deutsche Bevölkerung nichts sehnlicher wünschte, als dieses Land zu verlassen, das in kurzer Zeit unvorstellbar verelendet war, in dem ihnen nichts mehr gehörte und wohin in immer stärkerer Zahl russische Zivilpersonen einströmten.

Manchen gelang die Flucht über die Grenze nach den polnisch verwalteten Gebieten, von wo aus sie leichter nach Westen gelangen konnten; sehr viele aber fielen der Unterernährung und den Seuchen zum Opfer und starben.

Erst als die Arbeitskraft der Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich geworden war, begann für die restliche, kaum mehr als 100.000 Menschen zählende deutsche Bevölkerung in den Jahren 1947-1949 die Aussiedlung.

Schon im Sommer 1947 hatten einige wenige Tausend aus Königsberg Ausreisegenehmigungen erhalten. Im Herbst 1947, vor allem aber 1948 und abschließend im Jahre 1949 wurden dann sowohl die ca. 20.000 noch am Leben befindlichen Deutschen aus Königsberg als auch die übrige deutsche Bevölkerung im sowjetisch verwalteten Ostpreußen in geschlossenen Transporten ausgesiedelt, ohne daß an der bisherigen Bedingung von einzelnen Ausreisegenehmigungen festgehalten wurde.

Die Sowjets schlossen sich damit dem Vorgehen der Polen an, obwohl in den Potsdamer Beschlüssen von einer Aussiedlung aus dem sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens nicht die Rede gewesen war. Daß sie zu einer Zeit erfolgte, als sich die Lebensverhältnisse gerade zu bessern begannen, während in den Jahren vorher viele Tausende von Deutschen elend an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen waren, macht in besonderer Weise deutlich, wie wenig die Sowjets bei der Frage der Ausweisung oder Nichtausweisung von Rücksichten auf die deutsche Bevölkerung geleitet waren.

Nur jenseits der Memel, im Gebiet des 1945 der Sowjetrepublik Litauen eingegliederten Memellandes, fand keine Ausweisung der Deutschen statt. Die noch im Lande befindlichen Memel-Deutschen mußten die litauische Staatsbürgerschaft annehmen und schieden damit aus dem Kreis der umzusiedelnden deutschen Volksteile aus. Dennoch haben sich manche Deutsche aus dem Memelland wegen des sowjetischen Drucks heimlich nach Deutschland durchgeschlagen. Die Mehrzahl der Memeldeutschen, die 1944 nicht geflohen oder später zurückgekehrt waren, ist jedoch in der Heimat verblieben.

In den Jahren 1947-1949, als die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem nördlichen Teil Ostpreußens im Gange war, kam es auch im Gebiet des polnischen Staates zu einer Welle systematischer Ausweisungen, wodurch die Ausmerzung des Deutschtums in Polen beendet werden sollte, die schon in den Jahren 1945/46 eingesetzt hatte. Damals, als in Polen die brutale Verfolgung aller Deutschen schlimmste Formen annahm, machten sich Tausende von denen, die noch nicht verhaftet oder interniert waren, selbständig von den Orten Posens und Westpreußens auf den Weg nach dem Westen, wobei verschiedentlich auch lokale polnische Behörden den Abtransport der Deutschen vorantrieben.

Mit dem Jahre 1946 waren ... nahezu alle im westpolnischen Staatsgebiet ansässigen Deutschen in Gefängnissen eingeliefert, in Lagern konzentriert oder zur Zwangsarbeit eingesetzt, und damit gab es im großen ganzen keine Möglichkeit mehr, selbständig das Land zu verlassen. Lediglich die erst während des Krieges aus dem Reich zugezogenen Deutschen und die volksdeutschen Umsiedler aus den baltischen und südosteuropäischen Staaten wurden, sofern sie nicht bereits vorher geflohen waren, zum Teil anders als die in Polen einheimischen Volksdeutschen behandelt und schon 1945 oder 1946 des Landes verwiesen.

Gegen die alteingesessenen Deutschen, die zwischen 1919 und 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besessen hatten und dann während der deutschen Okkupation Polens als Deutsche bevorrechtet waren, richteten sich nach 1945 in erster Linie der in der Zeit der Besatzung genährte Haß und die Vergeltungsabsichten der Polen. Sie wurden nicht nur als Deutsche betrachtet, die entsprechend den Potsdamer Beschlüssen auszuweisen seien, sondern galten, wie schon dargestellt wurde, nach der polnischen Gesetzgebung als Kollaboranten und "Verräter der Nation" und wurden deshalb strafrechtlich verfolgt.
Erst nachdem sie jahrelanger Haft und Verfolgung ausgesetzt, viele von ihnen zugrunde gegangen, die anderen meist völlig verelendet und durch die Zwangsarbeit erschöpft waren, kam es im Jahre 1947 zu den ersten Entlassungen aus den Lagern, die in der Regel mit der Ausweisung der Entlassenen verbunden waren. –
Zwar war schon am 13. September 1946 das Dekret "über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft" erlassen worden, dessen Artikel 4 bestimmte, daß die bisher in Gefängnissen und Lagern gehaltenen, sofern ihre deutsche Gesinnung und ihr Bekenntnis zum Deutschtum erwiesen seien, ausgewiesen werden müßten.
Da aber die Polen inzwischen die billige Arbeitskraft der Deutschen schätzen gelernt hatten, wurde die Ausführung dieser Bestimmung sehr verzögert bzw. zunächst nur auf die nicht arbeitsfähigen Deutschen angewandt. Diese vor allem wurden als erste in den Jahren 1947 und 1948 aus den Lagern entlassen und mit Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone gebracht.
Die Ausweisungen des Jahres 1947 aus Polen betrafen vor allem die Insassen der Lager, die meist aus Kranken und Nichtarbeitsfähigen bestanden, während die arbeitsfähigen Deutschen zwar auch in Lagern registriert waren, in der Regel sich aber nicht dort aufhielten, sondern an polnische Bauern oder Unternehmer zur Zwangsarbeit vermietet worden waren.
Da man die Arbeitsfähigen noch dabehielt, kam es bei diesen Ausweisungen oft zur Zerreißung von Familien und zur Trennung von Müttern und Kindern. - Erst im Sommer 1949 wurde auch ein großer Teil der Arbeitsfähigen erfaßt, und die Entlassungen, die Auflösung ganzer Lager, und die Ausweisungstransporte erreichten jetzt ihren Höhepunkt, bis sie im Jahre 1950 im wesentlichen beendet waren.
Die zur Entlassung Bestimmten wurden von ihren Arbeitsstellen, die überall im Lande verteilt waren, nach den für sie zuständigen Zentrallagern befördert. Dort wurden die Entlassungen vorgenommen und die Transporte zusammengestellt. Besonders vom Lager Potulice bei Bromberg und vom Lager Sikawa bei Lodz gingen 1949 zahlreiche Transporte mit je durchschnittlich 2.000 Deutschen nach Deutschland ab.
Nach den jahrelangen schweren Leiden erschien fast allen Deutschen aus Polen die Ausweisung als eine Erlösung. Die Empfindung des Dankes und die Freude darüber, die zurückliegenden Bedrängnisse und menschenunwürdigen Lebensverhältnisse überlebt zu haben und endlich von ihnen befreit zu sein, überdeckten für einen Moment die Erkenntnis des schweren Loses, das die zwangsweise Ausweisung aus der seit Generationen bewohnten Heimat bedeutete.
Schon bei den Ausweisungen in den Jahren 1947 bis 1949 ließ sich erkennen, daß den polnischen Behörden nicht mehr in gleichem Maße wie vorher an einer Aussiedlung der Deutschen gelegen war. Die Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Städten und Dörfern machte kaum noch Fortschritte, und es zeigte sich, daß man die frühere Bevölkerungs- und Produktionskapazität der deutschen Ostgebiete nach der Ausstoßung der deutschen Bevölkerung nicht wieder erreichen würde.
Es setzte sich deshalb immer mehr die Erkenntnis durch, daß eine weitere restlose Ausweisung der noch im Lande befindlichen Deutschen eine wirtschaftliche Schädigung Polens bedeutete, zu der man es um so weniger kommen lassen durfte, als infolge der zunehmenden

Stabilisierung aller Lebensbereiche, ... die Steigerung der Produktion und die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum obersten politischen Gebot geworden waren.
Um eine weitere Verminderung der in Polen lebenden arbeitsfähigen Bevölkerung und eine dadurch bedingte Herabsetzung der wirtschaftlichen Kapazität Polens zu verhindern, wurde nach den letzten umfassenden Ausweisungen im Jahre 1949 neue Abtransporte von Deutschen zu verhindern gesucht. Der nationalpolitische Chauvinismus, der ursprünglich zur Ausweisung aller Deutschen getrieben hatte, war zwar noch lange nicht erloschen, doch er wurde durch die kommunistischen Wirtschaftsprinzipien der Warschauer Regierung in den Hintergrund gedrängt. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x368/56,58-60,62-63): >>**Das Jahrhundert-Verbrechen**
_ von *Alfred M. de Zayas*
Mit der Vertreibung von mindestens zwölf Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland und anderen Gebieten im Osten ist unermeßliches Leid verbunden. Die Menschen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben.
"Homo homini lupus", schrieb der römische Dichter Plautus in seinen *Asinaria*: Seit Jahrtausenden geht der Mensch unmenschlich mit anderen Menschen um. Seit Jahrtausenden werden Menschen benachteiligt, diskriminiert, unterjocht, ausgebeutet, versklavt, vertrieben, massakriert. Sowohl in Imperien als auch in Demokratien grassiert der Rassismus. So wie es Rassismus gegen Afrikaner, Asiaten oder Aborigines gegeben hat und noch gibt, so gibt es seit Langem auch antideutschen Rassismus.
Der lateinische Spruch "Audacter calumniare, semper aliquid haeret" bekommt eine besondere Bedeutung in der Geschichtsschreibung. Mit der Anschuldigung, Kriegsverbrechen begangen zu haben, werden ganze Völker diffamiert - und oft entsteht so eine starre Täter-Opfer-Schablone. Tatsächlich bleibt immer etwas hängen, egal wie absurd oder ungerecht die Unterstellungen sind. Es bleiben ein Schatten, ein Zweifel, eine Abneigung - es sei denn, daß man begreift, daß Verbrechen nicht nur von einer Seite begangen worden sind.
Verbrechen gegen die Menschheit
Audiatur et altera pars - man soll alle Seiten hören, alle Fakten und Ansichten berücksichtigen. So ergibt sich die Frage: Es ist unbestritten, daß die Deutschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg schwere Verbrechen begingen - doch wie verhielten sich Amerikaner, Briten, Franzosen, Russen, Polen? Diese Frage ist nicht nur legitim, sondern ethisch. Dabei geht es keinesfalls um Aufrechnung oder Relativierung, sondern um Wahrheit - um eine umfassende und kontextualisierte Darstellung der Historie.
Im Bereich der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit ("Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ist eine falsche Übersetzung aus dem Englischen) bekommt man den Eindruck, als ob die Deutschen - oder genauer: die Nazis - ein Copyright auf solche Untaten hätten. Die Filme, Bücher, Artikel, Theaterstücke über die Verbrechen, die von den Nationalsozialisten verübt wurden, kann man kaum noch zählen. Die Perzeption der Geschichte - und die heute zu ziehenden Konsequenzen - werden verfälscht, wenn nur die eine Seite beleuchtet wird und die Verbrechen von anderen systematisch verschwiegen werden.
Zuweilen werden Historiker, die versuchen, sie zu enthüllen, vom Mainstream dreist als "Revisionisten" oder gar "Rechtsradikale" beschimpft. Unter jenen, die bemüht sind, alle Seiten zu berücksichtigen, befinden sich Horst Boog, Christopher Clark, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Norman Naimark, Stefan Scheil, Gerd Schultze-Rhonhof, Franz W. Seidler und der Verfasser dieses Beitrages.
Da alle Opfer von Gewalt dieselbe Menschenwürde besitzen, darf hier nicht selektiert und diskriminiert werden. Dies tun aber viele Journalisten, Juristen, Politiker und auch Ge-

schichtsforscher, deren Schwarz-Weiß-Malerei im Kern menschenverachtend ist. …

Keine gerechte Strafe

Besorgniserregend sind die Bestrebungen von sowjetischen, polnischen, tschechischen und deutschen Historikern, die Vertreibung der Deutschen als sozusagen "legal" beziehungsweise als eine "gerechte Strafe" gegen die Deutschen darzustellen. Ich habe sämtliche veröffentlichten Akten der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam sowie auch die nichtveröffentlichten sogenannten Minutes (Ergebnisprotokolle) in den Archiven ausgewertet.

Ich habe den Verfasser des Artikels IX des Potsdamer Kommuniqués, Sir Dennis Allen, den Verfasser des Artikels XIII, Sir Geoffrey Harrison, und Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz interviewt, unter anderem den politischen Berater Eisenhowers Robert Murphy (der das Vorwort von *Die Nemesis von Potsdam* beisteuerte), den Chef der Mitteleuropa-Abteilung im State Department James Riddleberger und den Diplomaten George F. Kennan befragt. Oder besser: Ich habe sie befragt und hinterfragt.

Aus den Akten und aus den Erklärungen der Konferenzteilnehmer wird deutlich, daß es eben nicht um eine "Strafe" gegen die Deutschen ging, sondern um eine geopolitische Maßnahme. So schrieb Winston Churchill über die deutsch-polnische Grenze: "Was Polen im Osten verliert, könnte es im Westen gewinnen. ... Ich demonstrierte dann mit Hilfe dreier Streichhölzer meine Gedanken über eine Westverlagerung Polens. Das gefiel Stalin."

Was Vertreibungen betrifft, schrieb Geoffrey Harrison am 1. August 1945 an das Foreign Office: "Wir gerieten in eine große Auseinandersetzung, die in der Plenarsitzung behandelt werden mußte. ... Sobolew vertrat die Ansicht, daß der polnische und der tschechoslowakische Wunsch, ihre deutschen Bevölkerungen auszuweisen, einer historischen Mission entspreche, welche die sowjetische Regierung keineswegs zu verhindern suche. ... Cannon und ich wandten uns nachdrücklich gegen diesen Standpunkt. Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten.

Da wir sie aber nicht verhindern könnten, wollten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden." Ähnlich äußerte sich der amerikanische Außenminister James Byrnes am 19. Oktober 1945: "Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, aber wir beabsichtigten in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen."

Mit anderen Worten, es ging um eine Art Mission, rein slawische Staaten ohne deutsche Minderheiten zu bilden. Weder in Teheran noch in Jalta oder Potsdam wurde ein Nexus zwischen deutschen Verbrechen und der Vertreibung als Strafe konstruiert. Es ging lediglich um Geopolitik. Die Sowjets behielten die Gebiete, die sie nach dem Hitler-Stalin-Pakt im September 1939 besetzten. Man habe Polen dann eine gewisse "Entschädigung" geben müssen. Und was ist einfacher, als Polen auf Kosten des Verlierers zu entschädigen?

Verlauf der Vertreibungen

Die Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung begann nicht erst nach dem Potsdamer Kommuniqué vom 2. August 1945. Bereits im Frühjahr 1945 wurden deutsche Dörfer in Jugoslawien, Polen, Ostpreußen, Pommern und Schlesien von Deutschen "gesäubert". Die dort lebenden Deutschen wurden zur Flucht gezwungen oder durch die Milizen wild vertrieben. Wie die Ost-Dokumentation des Bundesarchivs belegt, wurden dabei Tausende ausgeplündert, vergewaltigt und ermordet.

Lange vor Kriegsende erhielten polnische Behörden von der sowjetischen Besatzungsmacht die Genehmigung, in die deutschen Provinzen einzudringen. In der Tschechoslowakei setzten die Vertreibungen erst nach der deutschen Kapitulation ein. Während der folgenden Wochen wurden zehntausende Sudetendeutsche gezwungen, in Trecks in Richtung der österreichischen oder der deutschen Grenze zu ziehen.

So berichtete die Londoner *Daily Mail* über den Brünner Todesmarsch vom 30. Mai 1945: "Kurz vor neun Uhr abends marschierten sie durch die Straßen und riefen alle deutschen Bürger auf, um neun Uhr vor ihren Häusern zu stehen. ... Den Frauen blieben zehn Minuten, die Kinder zu wecken, sie anzuziehen, ein paar Habseligkeiten zusammenzupacken und sich auf die Straße zu stellen.
Hier mußten sie alles an Schmuck, Uhren, Pelzen und Geld den Nationalgardisten aushändigen; dann wurden sie mit vorgehaltenen Gewehren in Marsch gesetzt. ... 25.000 Männer, Frauen und Kinder haben diesen Gewaltmarsch aus Brünn mitgemacht. ... Überall im Lande werden jetzt Konzentrationslager für Deutsche eingerichtet." Der *Manchester Guardian* berichtete über das Blutbad am 31. Juli in Aussig an der Elbe: "Frauen und Kinder wurden von der Brücke in den Fluß gestürzt,
Deutsche auf der Straße erschossen. Man schätzt, daß zweitausend bis dreitausend Menschen umgebracht wurden." Über das Massaker hat der tschechische Historiker Jan Havel in den jüngst geöffneten Archiven der tschechoslowakischen Armee geforscht und festgestellt, daß zwei Kompanien des 28. Regiments unter dem Kommando von Oberst Voves das Massaker zu verantworten haben.
Am 19. Oktober 1945 veröffentlichte die Londoner *Times* einen Brief des britischen Philosophen Bertrand Russell: "In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert." …

Völkerrechtliche Bewertung

In Kriegszeiten sind Kollektivstrafen gegen Zivilpersonen in der Landkriegsordnung zur IV. Haager Konvention von 1907 ausnahmslos verboten. Die Deportationen, die durch die Nazi-Regierung gegen polnische und andere Zivilpersonen durchgeführt wurden, wurden im Statut des Nürnberger Tribunals (Londoner Abkommen vom 6. August 1945) als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft.
Nazi-Politiker und Militärs wurden nach Artikel 6 (b) und Artikel 6 (c) des Statuts angeklagt: "Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung". Punkt 3 Abschnitt B der Anklage betraf "Deportation der Zivilbevölkerung", und spezifischer wurde der Tatbestand der Vertreibungen von Polen in den Jahren 1939/40 in Punkt 3 Abschnitt J aufgenommen. Danach wurden die deutschen Angeklagten in Nürnberg verurteilt.
Auch gemäß der UN-Charta und der UN-Menschenrechtspakte stellt jede Vertreibung eine schwere Menschenrechtsverletzung dar, um so mehr, wenn sie aus rassistischen Gründen geschieht. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Millionen deutschen Opfer der Jahre 1944-49 nur deswegen vertrieben wurden, weil sie Deutsche waren. …

Schande für die Welt

Zum Schluß sei aus den Artikeln 4-8 der UN-Erklärung über Bevölkerungstransfers, angenommen 1998 von der UN-Menschenrechtskommission, zitiert: "Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben. ... Jegliche Praxis oder Politik, die das Ziel oder den Effekt hat, die demografische Zusammensetzung einer Region, in der eine nationale, ethnische, sprachliche oder andere Minderheit oder eine autochthone Bevölkerung ansässig ist, zu ändern, sei es durch Vertreibung, Umsiedlung und/oder durch die Seßhaftmachung von Siedlern ... ist rechtswidrig. Bevölkerungstransfers oder -austausche können nicht durch internationale Vereinbarungen legalisiert werden. ...
Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land

seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder freien Wahl zurückzukehren. Die Ausübung des Rückkehrrechts schließt das Recht der Opfer auf angemessene Wiedergutmachung nicht aus." (E/CN.4/Sub.2/1997/23).
Es bleibt eine Schande für die ganze Welt, daß die Vertreibungsverbrechen straflos geblieben sind, und daß die Opfer nie eine angemessene Wiedergutmachung erhielten - nicht einmal die soziale und historische Anerkennung, Opfer zu sein.

Todesmarsch von Teplitz nach Geising

"Am 16. Juni 1945 wurden wir mit dem inzwischen verstorbenen Wilhelm U., 68 Jahre alt, und der Österreicherin, Frau Johanna W., 81 Jahre alt, aus unserem eigenen Hause in Leitmeritz ausgetrieben und mußten ohne Wertsachen, ohne Sparkassabücher, mit nur wenig Geld und ganz geringem Gepäck in zwei Stunden in der Kaserne gestellt sein. Hier begannen unsere Leiden. Hier wurde uns doch das wenige, das wir mit hatten, fast vollkommen weggenommen, wer etwas Unerlaubtes mit hatte, wurde geschlagen, und das Geld wurde fast restlos abgenommen. Daselbst verblieben wir zwei Nächte in verwanzten Räumen ohne Verpflegung und lagen auf Brettern.
In den Nächten wurde geschlossen, Türen wurden eingeschlagen. Mädchen und Frauen vergewaltigt, Männer wurden blutig geschlagen. Wilhelm U. bekam mit einem schweren Sessel Hiebe über den Kopf, was zu seinem frühzeitigem Tod mit beitrug. Erst am 3. Tage wurden wir auf den Bahnhof getrieben und in einem offenen Kohlenwagen nach Teplitz gebracht, wo wir 72 Personen mit Gepäck in diesem offenen Waggon allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt bis zum Morgen des 4. Tages stehen blieben."
Quelle: *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Ursachen, Ereignisse, Folgen,* herausgegeben von Wolfgang Benz, erschienen in Frankfurt am Main 1995
*_ Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas (*1947) ist US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker. Er war als Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Von 2012 bis 2018 war er unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. De Zayas ist Verfasser zahlreicher Gutachten und Bücher zu völkerrechtlichen Fragen und Vertreibungsverbrechen.*<<

15.02.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Februar 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35): >>In Göttingen ist ein evangelisches Hilfskrankenhaus auf dem sog. "Rohns" eingerichtet worden, das zunächst nur von Friedland belegt werden darf. In dieses ehemalige Restaurant läßt der Lagerarzt diejenigen einweisen, ... deren Kraft am Ende ist oder die der Todeshauch bereits streifte.
Bis zum 15. Februar 1946 starben von 508 aus Friedland eingelieferten Personen 99 Frauen und Männer. ... Dazu kommen viele Tote in den anderen Göttinger Krankenanstalten und Heimatkliniken. Das große Sterben hat immer noch nicht aufgehört. ...<<
Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Februar 1946 (x111/137): >>Nach Frankreich 260.000 t, nach Belgien 185.000 t, in die Niederlande 129.000 t, nach Dänemark 129.000 t, nach Norwegen 60.000 t und nach Luxemburg 96.000 t.<<
CSR: Regierungsbeschluß vom 15. Februar 1946 über die Aussiedlung deutscher Antifaschisten aus der tschechoslowakischen Republik in die russische und nordamerikanische Zone Deutschlands (x004/352-354): >>Zu dem Zweck, den Okkupationsorganen in Deutschland eine wirksame Unterstützung bei der Bildung demokratischer Verhältnisse in Deutschland mit Hilfe der in der CSR befindlichen Personen deutscher Nationalität antifaschistischer Gesinnung zu gewähren, beschließt die Regierung der CSR:

Art. 1 Personen deutscher Nationalität antifaschistischer Gesinnung werden zu den in diesem Beschluß erwähnten Bedingungen von der allgemeinen Evakuierung der Deutschen aus den Gebieten der tschechoslowakischen Republik ausgenommen und können im Rahmen einer besonders organisierten Aktion in die russische oder amerikanische Zone auswandern. ...
Art. 3 Besitzabfertigung:
Die deutschen Antifaschisten, denen das Innenministerium die Aussiedlungsbewilligung erteilt hat, können, soweit es die Transportverhältnisse zulassen, ihr bewegliches Eigentum einschließlich Möbel, Radioapparate, Fahrräder, Schreib- und Nähmaschinen, sowie Geräte, die zur Ausübung des Berufes ... notwendig sind, mitnehmen.
Die aus der Emigration zurückgekehrten Antifaschisten können außer dem Besitz, der ihnen in der CSR vor dem Abgang gehört hat, auch jene beweglichen Sachen mitnehmen, die sie aus der Emigration mitgebracht haben. ...
Durchaus unzulässig ist die Mitnahme jenes beweglichen Besitzes, dessen Verzeichnis in den Ausfuhrrichtlinien enthalten ist ...
Art. 4 Durchführung des Transportes:
Der Transport wird per Bahn oder auf dem Wasser durchgeführt. ...
Jeder Zugtransport wird etwa 200 Personen enthalten. ... Die Personen werden in Personenwagen, ihr Besitz in geschlossenen Güterwagen befördert. ... Dabei soll ein Güterwagen annähernd für die Übersiedlung des Besitzes von 4 Familien dienen. ...<<

20.02.1946

Ostdeutschland: Im Rahmen der sog. "Operation Schwalbe" werden am 20. Februar 1946 die ersten Vertriebenen in die britische Zone verfrachtet.
Bis Mitte 1947 transportiert man rund 1.360.000 deutsche Heimatlose mit Güterzügen in den Westen (x039/230).

Vatikan: Papst Pius XII. warnt am 20. Februar 1946 vor dem Vorwurf der Kollektivschuld (x268/44): >>... Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne daß man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.<<

21.02.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher trifft sich am 21. Februar 1946 mit Otto Grotewohl und anderen SPD-Politikern.
Schumacher lehnt damals die Gründung der SED (Verschmelzung von SPD und KPD) entschieden ab (x156/25): >>... Eine Einigung beider Parteien ist noch nirgends in der Welt erfolgt, obwohl in anderen Ländern die traditionellen und dogmatischen Spannungen nicht so stark sind wie in Deutschland. Wäre die Einigung möglich, dann wäre sie schon anderswo vorgemacht worden. ...
Die Kommunistische Partei ist unlösbar an eine einzige der Siegermächte, und zwar an Rußland als nationalen und imperialistischen Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden. ...
Die politische Lage in der Ostzone ist dauernden Veränderungen unterworfen. Nach einer relativ großen Freiheit beim Aufbau der politischen Organisation hat jetzt eine Periode eines sonst in Deutschland nicht gekannten Zwanges bei der Eroberung der Partei für die Zwecke der Besatzungsmacht eingesetzt. ...
Die Kommunistische Partei ist und bleibt eine Partei der Kader, d.h. eine Partei, die eine rücksichtslose Meinungsdiktatur von oben herab verhängt und keine Abweichung duldet. Es steht außer Frage, daß die Kommunistische Partei den Schritt der Vereinigung als eine Tat der Eroberung ansieht. ...
Ich halte die Führung der KP zudem nicht für vertragstreu und bin der Ansicht, daß alle Zusi-

cherungen, die in den vereinbarten "Grundsätzen und Zielen" enthalten sind, nur auf die Erreichung des Vereinigungszieles abgestellt sind. – Der Sozialdemokratismus einer solchen Partei würde sich nicht in seinem Inhalt und in seiner Politik ausdrücken, sondern Aushängeschild für die Realitäten einer fremden Machtpolitik sein. –
Meines Erachtens ist trotz der zahlen- und ideenmäßigen Überlegenheit der SPD das Gesetz des Handelns an die KPD bzw. an die hinter ihr stehende Macht übergegangen. ... Wenn der Zentralausschuß noch weiterhin Schwierigkeiten machen würde, könnte er damit dennoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Tage des "Zeitgewinnens" längst vorüber sind. ...
Wir werden euren Weg verfolgen, wir werden den Weg eines jeden einzelnen von euch verfolgen. Ich hoffe, daß er uns nicht allzuweit auseinanderführt.<<

22.02.1946

UdSSR: Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtet am 22. Februar 1946 aus der US-Botschaft in Moskau über die Ziele der sowjetischen Politik (x111/139): >>... Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kräften zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen besseren Welt weicht.<<

27.02.1946

Berlin: Die "Berliner Zeitung" veröffentlicht am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.
Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.
Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.
"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.
Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesamten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<

Februar 1946

USA: Der Ökumenische Rat verurteilt im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und weist auf das Elend und die unsägliche Not der deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

01.03.1946

Frankreich: In einem Brief an den nordamerikanischen Botschafter fordert der französische

Außenminister Bidault am 1. März 1946 weiterhin die Zerstückelung Deutschlands (x058/-395-396): >>... Sie haben schließlich ihr volles Verständnis für den Wunsch der französischen Regierung ausgedrückt, sich gegen die Wiederkehr deutscher Aggressionen zu sichern und zu diesem Zweck Abänderungen des territorialen Status der ihrer Grenze benachbarten Gebiete vorgenommen zu sehen.
Die französische Regierung ihrerseits kann, wenn sie in Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung die längere Besetzung Deutschlands als die beste Garantie der Sicherheit betrachtet, nicht übersehen, daß diese Besetzung eines Tages ein Ende nehmen wird.
Sie macht sich bereits jetzt Gedanken über die Vorsichtsmaßnahmen, die zu treffen sind, um zu vermeiden, daß Deutschland, wenn diese Besetzung ein Ende nimmt, wieder eine Bedrohung für den Frieden wird.
Es scheint ihr, in Anbetracht des Menschenpotentials dieses Landes, daß die deutsche Gefahr so lange bestehen bleiben wird, wie eine deutsche Regierung, unter der Wirkung eines Nachlassens der internationalen Wachsamkeit, so wie sie zwischen den beiden Weltkriegen eingetreten ist, die Möglichkeit behält, über industrielle Hilfsquellen zu verfügen, die geeignet sind, die Wiederherstellung ihrer militärischen Macht zu sichern.
Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat gezeigt, daß die territorialen Klauseln die letzten sind, welche die revisionistischen Staaten wieder in Frage zu stellen wagen. Diese Klauseln sind es auch, die am leichtesten mit einer wirksamen und präzisen internationalen Garantie zu versehen sind.
Aus diesen Gründen schlägt die französische Regierung vor, daß der Entzug gewisser Gebiete aus dem Bereich der deutschen Souveränität den unwiderruflichen Charakter der auf diese Weise erfolgten Begrenzung der deutschen Möglichkeiten unterstreicht und diese auch tatsächlich unwiderruflich macht. ...
Aus allen diesen Gründen hält die französische Regierung an ihrer Ansicht fest, daß es nicht angebracht ist, daß die Besatzungsmächte, wenn sie eine Politik der Dezentralisierung verfolgen wollen, damit beginnen, verzweigte Verwaltungen mit eigener Entscheidungsgewalt zu schaffen. Sie könnte auf keinen Fall ihre Zustimmung zur Ausdehnung der Zuständigkeit solcher Verwaltungen auf die Gebiete der Ruhr, des Rheinlands oder, noch weniger, der Saar erteilen.
Das soll nicht heißen, daß meine Regierung die Notwendigkeit einer Koordinierung der Bemühungen in den verschiedenen Zonen verkennt. Sie ist jedoch der Ansicht, daß die Rolle der Koordinierung dem Interalliierten Kontrollrat zukommt und das dieser Rat beim augenblicklichen Stand der Dinge allein die Befugnis behalten muß.<<

05.03.1946

WBZ: Die Besatzungsbehörden verstärken am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").
In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 heißt es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.
(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<
Die deutsche Bevölkerung wird in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.
In der nordamerikanischen Zone werden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und

geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthält 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und muß von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre sind, ausgefüllt werden.
USA: Churchill weist am 5. März 1946 während seiner Rede in Fulton/Missouri darauf hin, daß die Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch den polnischen Staat unrechtmäßig sei, weil die endgültige polnische Westgrenze erst durch einen Friedensvertrag festgelegt werden soll. Polen würde die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mißachten.
Churchill bedauert damals außerdem erstmalig die Folgen der Austreibung (x156/32): >>... Es ist ein Schatten auf die Erde gefallen, die erst vor kurzem durch den Sieg der Alliierten hell erleuchtet worden ist.
Niemand weiß, was Sowjetrußland und die kommunistische internationale Organisation in der nächsten Zukunft zu tun gedenken oder was für Grenzen ihren expansionistischen und Bekehrungstendenzen gesetzt sind, wenn ihnen überhaupt Grenzen gesetzt sind. ...
Von Stettin an der Ostsee bis hinunter nach Triest an der Adria ist ein eiserner Vorhang über den Kontinent gezogen. ...
Die von Rußland beherrschte polnische Regierung ist ermächtigt worden, sich in unrechtmäßiger Weise und in gewaltigem Ausmaße in deutsche Angelegenheiten einzumischen und Massenausweisungen von Deutschen anzuordnen, wie man sie bisher noch nicht kannte.
Die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas bisher sehr klein waren, sind überall großgezogen worden, sie sind zu unverhältnismäßig hoher Macht gelangt und suchen jetzt überall, die totalitäre Kontrolle an sich zu reißen.
Fast in jedem Fall herrscht eine Polizeiregierung, und bisher ist mit Ausnahme der Tschechoslowakei noch nirgends die Demokratie eingeführt.
Die Türkei und Iran sind beide höchst beunruhigt über die Forderungen, die an sie gestellt werden, und über den Druck, den die Moskauer Regierung auf sie ausübt.
In Berlin haben die Russen den Versuch unternommen, in ihrer Zone die Kommunistische Partei großzuziehen. Wenn die Sowjetregierung jetzt durch eigenmächtige Handlungen versucht, in diesen Gebieten ein kommunistisches Deutschland großzuziehen, dann wird dies in den britischen und amerikanischen Zonen ernste Schwierigkeiten zur Folge haben und die geschlagenen Deutschen in die Lage versetzen, sich den Russen oder den westlichen Demokraten anzubieten. ...
Das ist sicher nicht das befreite Europa, für dessen Aufbau wir gekämpft haben.
Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg will.
Was es will, das sind die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin. Was wir aber heute, solange noch Zeit vorhanden ist, in Erwägung ziehen müssen, das sind die Mittel zur dauernden Verhinderung des Krieges und zur Schaffung von Freiheit und Demokratie in allen Ländern.
Nach dem zu schließen, was ich während des Krieges bei unseren russischen Freunden und Verbündeten gesehen habe, bewundern sie nichts so sehr wie die Kraft und Macht, und nichts verachten sie so sehr wie militärische Schwäche.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Churchills Rede in Fulton/Missouri (x068/271-272): >>... Im Augenblick seines höchsten Triumphes, während der Konferenz in Potsdam, durch eine Wahlniederlage von Labour zur Abdankung gezwungen, reiste der Brite im folgenden Frühjahr als Privatmann in die USA und heizte dort den Kalten Krieg an.
Es geschah in einer Rede am 5. März 1946 im Westminster College von Fulton, einer kleinen Stadt in Missouri, dem Heimatstaat Trumans, der Churchill eingeladen hatte und gemeinsam mit ihm per Bahn angereist war. In seiner Ansprache, in vier Erdteile und mehr als 40 Sprachen verbreitet, warnte der illustre Gast alle Welt "vor den zwei finsteren Mordbrennern ... - dem Krieg und der Tyrannei". Zwar bekundete Churchill "viel Bewunderung für meinen

Kriegskameraden Marschall Stalin", zwar glaubte er "nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht. Was sie wünschen, sind die Früchte des Krieges ..."
Doch das war schlimm genug, denn die wünschten auch andere. "Ein eiserner Vorhang hat sich über den Kontinent gesenkt", rief Churchill. Und fiel auch weder hier, wie man oft meint, das Wort vom Eisernen Vorhang zuerst, noch in Churchills vertraulichem Telegramm an Truman vom 12. Mai 1945, sondern im Tagebuch von Hitlers Propagandaminister Goebbels, der es da gegen Kriegsende wiederholt gebraucht - Churchill hat es aufgegriffen und das weltpolitische Klima der nächsten Jahre entscheidend beeinflußt, selbstverständlich in Übereinstimmung mit der US-Regierung.
Und verlangte er auch noch keinen "Kreuzzug", längst hatte er gefordert, "den Sozialismus in der Wiege zu ersticken", hatte er den von Labour erstrebten Sozialismus fast mit Kommunismus, ja, ein Leben bereits unter einer Labour-Regierung mit dem Dasein unter der nazistischen Gestapo gleichgesetzt.
Die Fronten waren gewechselt, und es schien, als habe man den Zweiten Weltkrieg nur beendet, um einen Dritten zu beginnen.
Neben Churchill auf dem Podium im Westminster College in Fulton saß seinerzeit US-Präsident Harry Truman. Und hatte dieser gerade, ganz in der Nachfolge seines dahingegangenen Chefs und Parteigenossen, Stalin noch geschätzt, zumindest so getan und geschwärmt: "I like Joe", nun plötzlich war der für ihn der verhaßte "son of a bitch". Und ein halbes Jahr später hatte sich, nach einer neuen Gallup-Umfrage, die Nation umorientiert: statt 55 %, die für Fortsetzung des Bündnisses mit Sowjetrußland plädierten, waren es jetzt nur noch 46, dann 38 %. ...
Die Akzente, die Churchill und Truman mit ihren Reden gesetzt hatten, bestimmten die Amerika-, die Europa-, die Deutschland-Politik, sie veränderten die Welt. Es war auf einmal, als stünde der Dritte Weltkrieg schon vor der Tür. In Wirklichkeit fürchteten die USA nicht einen Krieg mit der Sowjetunion, nicht den "Eisernen Vorhang" oder den internationalen Kommunismus, sondern sie fürchteten - einen Erfolg der russischen Planwirtschaft.
Dies gestand kein anderer als der Präsident der Vereinigten Staaten, Harry Truman, in einer Rede am 6. März 1947 in Texas. Wenn Amerika nicht handle, so sagte er, könne diese Planwirtschaft das Vorbild für das nächste Jahrhundert werden. Die USA müßten dann das gleiche System praktizieren, das freie Unternehmertum würde verschwinden und damit "unsere Freiheit". Ergo, schloß Truman: "Die ganze Welt sollte das amerikanische System übernehmen, denn das amerikanische System kann nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird".
Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen.<<

08.03.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 8. März 1946 aus München (x124/138-139): >>... Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen haben diktatorische Vollmachten, überflüssigen Wohnraum auszukundschaften und zu beschlagnahmen. Eine Beschwerdeinstanz für ihre Entscheidungen gibt es nicht.
Hinter der Aktion steht nicht nur die Regierung, sondern die Besatzungsmacht, die sich im November 1945 verpflichtet hat, in Übereinstimmung mit den Briten und Russen die 6.500.000 noch in Osteuropa lebenden Deutschen aufzunehmen.
Diese Übereinkunft geht wieder auf das Potsdamer Abkommen zurück, an dem sich die Franzosen nicht beteiligten. Daher lehnt de Gaulle eine Übernahme dieses Kriegserbes für seine Zone ab.
Da die Opfer dieser Manipulation nur Deutsche sind, können die Sieger die Bewältigung dieses Transfers, wie die triste Völkerwanderung beschönigend heißt, zu einer rein deutschen Angelegenheit machen. ...

Abends studierte ich das Entnazifizierungsgesetz, das die Tageszeitung im Wortlaut veröffentlicht. ...
Unsere Regierungen, denen die Durchführung obliegt, sind nicht zu beneiden. Sie müssen nicht nur in ein zerstörtes Land Millionen ausgeplünderter Menschen aufnehmen, sondern gleichzeitig einen Feldzug gegen unsere Vergangenheit führen, für den es in der Geschichte keine Parallele gibt.
Nach US-Schätzungen werden durch das Gesetz 1.000.000 Menschen ihre Existenz und Hunderttausende ihre Habe verlieren.
Uns allen wird ein kollektiver Schuldkomplex injiziert und eine Umwertung aller bisherigen Anschauungen anbefohlen, deren Auswirkungen sich gar nicht absehen lassen.<<

09.03.1946

Frankreich: General König, der französische Oberkommandierende in Deutschland, schlägt seiner Regierung am 9. März 1946 vor, geeignete Deutsche (mehrheitlich Vertriebene und Kriegsgefangene) in Frankreich anzusiedeln, um dort die Kriegsverluste unter den Franzosen auszugleichen und um die deutsche Bevölkerung zu reduzieren (x153/53).

10.03.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. März 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/33): >>10. März 1946: 682.028 Menschen sind bisher durch Friedland "gelaufen", wie es in der Amtssprache heißt.
Seit Anfang des Jahres fährt eine englische Heilsarmeegruppe unter Leitung von Majorin Mitchel, dem "guten Engel" des Lagers, mit einer Kantine jeden Tag an den Schlagbaum nach Besenhausen, um die unendlich Vielen mit Kakao, belegten Broten und Kleidern zu empfangen. Welche Genüsse in unserem ausgehungerten Land.
Im unentgeltlichen Dienst der Nächstenliebe arbeiten auch englische Kriegsdienstverweigerer, heben Gräben für Behelfslatrinen aus, kümmern sich um die Alten und Schwachen, legen Hand an, wo Hilfe fehlt. Ein Vorbild für so manchen Deutschen, der hart die Augen vor der Elendstragödie verschließt, die da vor uns allen abrollt. Wann wird sie zu Ende sein? ...
"Friedland", so sagte Lagerleiter R. Krause, "wird noch lange bestehen bleiben. Das dauert Jahre, bis diese Baracken wieder verschwinden."
Wenn man jetzt Friedland sagt, dann meint jeder das Lager. Von dem Dorf, das den Namen geliehen hat, spricht niemand.<<

Großbritannien: Der "Manchester Guardian" berichtet am 10. März 1946 über die polnischen Vertreibungsmaßnahmen (x028/138-139): >>Trotz der Potsdamer Vereinbarung, wonach die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten geregelt und human vor sich gehen sollte, vertreiben die polnischen Behörden Deutsche aus den neuerdings polnischen Gebieten. Sie kündigen die Ausweisung 10 Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische Besatzungszone.
Ein 73jähriger Mann und ein Kind von 18 Monaten wurden tot im ersten Transport gefunden, der in Lübeck ... am 3. März ankam. Im zweiten Transport lagen 3 Tote. Im allgemeinen packt man 1.500 Menschen in einen Zug mit 26 Waggons, die ungeheizt und zum größten Teil beschädigt sind. Der 4. Transport brachte aber 2.070 Menschen, so daß die Leute kaum stehen, geschweige denn sitzen konnten.
Die britischen und polnischen Behörden waren übereingekommen, daß die Polen den Ausgewiesenen Rationen für eine Reise von ein bis zwei Tagen mitgeben sollten, aber es wird kaum jemals etwas verteilt.
Im ersten Transport erhielt jede Person ein halbes Brot, im zweiten wurde ein Dreipfundbrot unter 8 Leuten verteilt, dazu ein Pfund Zucker unter sechzig. Im dritten Zug gab es keine Nahrungsmittel, nur heißes Wasser und Tee. Die Rationen sollen nur für die Reise von Stettin nach Lübeck reichen, die 22 Stunden dauert, doch bis zum Sammelpunkt in Stettin sind die

Flüchtlinge oft 7 Tage unterwegs, so daß sie schließlich 10 Tage lang keine ordentliche Mahlzeit erhalten. Sie kommen erschöpft und krank in den Durchgangslagern an.
Im ersten Transport waren 350 Menschen krank, von denen 250 in ein Lübecker Krankenhaus geschafft werden mußten. In den späteren Transporten war die Zahl der Kranken noch größer. Die meisten leiden an Krätze, Typhus ist noch nicht aufgetreten.
Im allgemeinen ist ihre körperliche Verfassung schlechter als die der früheren Flüchtlinge aus der russischen Zone, und manche tragen noch die Spuren von Mißhandlung. Die britischen Sanitätsoffiziere haben festgestellt, daß die meisten Frauen vergewaltigt worden sind, darunter ein Kind von 10 Jahren, eines von 16 Jahren. Die meisten Leute sind über 50 Jahre alt, manche in den achtzigern. Es sind Kranke und Krüppel darunter, obwohl Polen und Briten verabredet hatten, daß keine Kranken geschickt werden sollten. Es kommen auffallend wenig junge Leute, die offenbar in Polen zur Zwangsarbeit zurückgehalten werden. ...
Die Verhältnisse haben sich leicht gebessert, seit eine britische Sanitätsschwester in Stettin die Zusammenstellung der Züge überwacht. Wahrscheinlich gibt es jetzt etwas bessere Nahrung; mit DDT-Puder, der aus der britischen Zone kommt, verringert man die Seuchengefahr; und wahrscheinlich wird man die Verschickung der Kranken und der Kinder ohne Begleitung einstellen. Doch bisher ist noch nichts geschehen, um die Behandlung der Flüchtlinge auf der ersten Etappe ihrer Reise, von ihrem Zuhause bis Stettin, zu überwachen.
Man rechnet damit, daß insgesamt im Laufe der nächsten Monate anderthalb Millionen Flüchtlinge ankommen werden, täglich 1.500 mit der Bahn, 1.000 mit Schiffen. Die Zahl aber liegt vermutlich näher an der Zweimillionengrenze. ...<<

13.03.1946

UdSSR: Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<
Stalin vergleicht Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnet ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).

18.03.1946

Berlin: Theodor Heuss weist am 18. März 1946 in einem Vortrag darauf hin, daß der Nationalsozialismus nicht aus Berlin stammt (x116/27): >>... Es ist ein Mißbrauch, dem mancher gerne huldigt. Im Westen und im Süden, auf Berlin, das so schwer gelitten hat, jetzt zu blikken und zu sagen, ja, die haben es ja doch gemacht, von dorther kam das, was Nationalsozialismus und Militarismus ist.
Ich glaube die Berliner tun ganz recht daran, darauf aufmerksam zu machen, daß die Herren Hitler und Himmler und Goebbels und Ley teils von Bayern und vom Rheinland gekommen sind und in Berlin schließlich nur die Apparate übernommen haben.<<

24.03.1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 24. März 1946 während einer Rede in der Kölner Universität (x111/147-148): >>... Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. ...
Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. ...
Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt.<<

26.03.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. März 1946 den ersten Industrieplan für Deutschland. Die Industrieproduktion soll etwa 50-55 % der Produktionsmenge des Jahres

1938 betragen. Höhere produzierte Mengen sollen als Reparationsgüter an das Ausland verteilt oder vernichtet werden (x101/12).

Großbritannien: "The Times" berichtet am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<

Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen sind für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).

28.03.1946

Großbritannien: Sir William Strang (politischer Berater der britischen Militärregierung) telegrafiert am 28. März 1946 an das Foreign Office (x028/139): >>... Berichte, die wir von den Kommandanten der Durchgangslager ... erhalten haben, zeigen, daß die mit den Vertretern der polnischen Regierung für die humane Umsiedlung der deutschen Minderheit vereinbarten Bedingungen z.T. nicht respektiert werden.

Besichtigungen dieser Lager ergeben die folgenden Feststellungen:

(A) Die Deportierten kommen ohne die Tagesration an ...

(B) Unverhältnismäßig viele alte und kranke Leute werden hierher geschickt. Es kommen sehr wenige arbeitsfähige Männer.

(C) Schwangere Frauen werden deportiert. Kinder sind in den Zügen geboren worden und mehrere haben die Reise nicht überlebt.<<

30.03.1946

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 30. März 1946 in ihrem Tagebuch über die bevorstehende Abstimmung der Berliner SPD und KPD (x111/149): >>Morgen findet die Urabstimmung statt.

Unser Parteivorstand (sc. der SPD) boykottiert ihre Vorbereitung, wo immer er kann.

In allen Berliner Bezirken herrscht heillose Verwirrung. Hier fehlen die Mitgliedsregister, da fehlen die Stimmzettel, hier fehlen die Wahllisten, dort bleiben die Wahlberechtigten ohne Benachrichtigung. Es mangelt an Urnen, es mangelt an Plakaten, es mangelt an Flugblättern, Wahlzellen, Bleistiften und Umschlägen.

Bis in die Nacht hinein basteln wir an einer Wahlurne, stöbern wir in unseren kargen Textilbeständen nach einem Vorhang für die Stimmzelle. Das Parteiblatt hat es nicht für nötig gehalten, die Adressen der Wahllokale bekanntzugeben. ... Die einheitsfeindlichen Genossen arbeiten wie Kulis.<<

WBZ: Der ostpreußische Rechtsanwalt Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schreibt am 30. März 1946 an den CDU-Vorsitzenden der britischen Zone, Dr. Konrad Adenauer (x024/211-212): >>... Die besondere Lage der Flüchtlinge ist Ihnen ja im wesentlichen bekannt.

Ich darf nur kurz darauf hinweisen, daß sie nicht nur Haus, Hof und Heimat, zum großen Teil auch ihre Familienangehörigen verloren haben, und daß sie z.T. in einem unglaublichen Elend dahinleben.

Soweit dieses Schicksal als unvermeidliche Kriegsfolge angesehen werden muß, muß es ertragen werden.

Was aber unerträglich ist, ist die Tatsache, daß diese vom Schicksal so hart getroffenen Menschen seitens der einheimischen Bevölkerung und vor allem auch der behördlichen Stellen Benachteiligungen und Schikanen ausgesetzt sind, die jeden gerecht denkenden Menschen empören lassen. Hier nur einige Beispiele:

Die Einheimischen können bei den Großbanken über ihre Guthaben in vollem Umfang verfügen. Die Ostdeutschen bekommen keinen Pfennig. Wenn die Commerzbank oder die Dresd-

ner Bank einen Teil ihres Vermögens im Osten verloren haben, so muß sich dieser Verlust auf alle Gläubiger dieser Banken verteilen. Die unterschiedliche Behandlung der Flüchtlinge und Einheimischen ist durch nichts gerechtfertigt.
Typisch ist der Fall eines ostpreußischen Gutsbesitzers, der über ein großes Guthaben bei der Commerzbank verfügte und einen Teil davon nach dem Westen überweisen wollte. Damals erklärten ihm die Königsberger Angestellten, das sei nicht nötig, er könne im Reich bei jeder Filiale über sein Guthaben verfügen. Heute erklärt die Commerzbank, diese Auskunft sei zwar damals richtig gewesen, aber heute treffe das nicht mehr zu, und verweigert jeden Pfennig.
Ähnliche Unterschiede machen Versicherungsgesellschaften. Die einheimischen Pensionäre bekommen ihre volle Pension, die Pensionäre aus dem Osten bekommen nichts.
In Hamburg besteht ein Verbot des Bürgermeisters, Ostflüchtlinge in die Verwaltung einzustellen, in Schleswig-Holstein besteht das gleiche Verbot. ...
In Hannover hat der Oberpräsident einen Erlaß herausgegeben, wonach Flüchtlinge Grundstücke weder erwerben noch pachten und sich auch als Handwerker nicht selbständig machen durften. ...
Und dann wirft man den Flüchtlingen öffentlich vor, sie wollten sich nicht eingliedern, wollten nicht aufgehen im neuen Heimatkreis, sondern verschärften bewußt den politischen, sozialen und allgemein menschlichen Gegensatz.
In Wirklichkeit kämpfen die Flüchtlinge gerade um ihre Eingliederung. Die Flüchtlingsverbände erstreben nichts anderes als die Gleichstellung der Flüchtlinge mit der angesessenen Bevölkerung. Sie wollen nicht zulassen, daß der Osten allein den Krieg verloren hat, wie es bis jetzt tatsächlich der Fall ist.
Was ich hier oben aufgeführt habe, sind nur die schlimmsten Beispiele der Benachteiligung. Die systematische Hintanstellung der Flüchtlinge ist überall festzustellen.<<

31.03.1946

Berlin: In den Westsektoren Berlins ergibt die Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Zusammenschlusses mit der KPD folgendes Ergebnis (x111/149): >>Von 33.247 berechtigten Parteimitgliedern stimmen 23.755 ab. 19.529 (82 %) stimmen gegen und 2.937 (12 %) für die Parteivereinigung.<<
In den Ostsektoren Berlins wird die Abstimmung durch SMAD und KPD am 31. März 1946 verhindert.
WBZ: In der US-Zone werden am 31. März 1946 die täglichen Lebensmittelrationen von 1.550 auf 1.270 Kalorien gekürzt.

März 1946

SBZ/Ostpreußen: Seit dem Frühjahr 1946 ergreift die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die ostpreußische Landbevölkerung, weil man fast das gesamte Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen beschlagnahmt (x001/92E).
WBZ: Bischof Clemens August Graf von Galen erklärt während seiner Rede "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" im März 1946 (x358/10): >>Die Alliierten setzten in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methoden der Gestapo übernommen.<<
Ungarn: Ab Frühjahr 1946 werden die mißliebigen Deutschen vielfach nicht mehr umgesiedelt, sondern ausgewiesen (x008/57E).
Frankreich: Ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes berichtet im März 1946 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die im Gebiet von Wimereux Minen räumen

müssen (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über das internationale Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...
Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das IKRK vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.
Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.
Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das IKRK bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<
USA: "The Reader's Digest" berichtet im März 1946 über die nordamerikanischen Besatzungssoldaten in Westdeutschland (x114/2.96): >>**Warum die GIs die Deutschen so gern haben!**
Annähernd 4 von 5 zurückgekehrte Soldaten ziehen Deutschland allen alliierten Ländern vor, die sie gesehen hatten. Die zu Hause gebliebenen Amerikaner mag dies verblüffen, wird aber keinen Soldaten überraschen, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz war.
Man hört oft GIs die Engländer kritisieren und die Franzosen verdammen. Aber es war eine Seltenheit, Amerikaner in Deutschland den Feind verwünschen zu hören. Die wenigen, die dies taten, hatten ihre Freunde in der Schlacht sterben sehen oder stießen auf Körper von erschossenen gefangenen Kameraden oder hatten die Leichen von Buchenwald und Dachau gerochen. Gewiß, diese blieben unversöhnlich, aber die Ersatzleute, die sie ablösten, kannten die Deutschen nur als friedvolle, freundliche Gastgeber.
Die "Krauts", ein freundschaftlich gebrauchter Ausdruck der GIs für die Deutschen, zu hassen, wurde mit der Zeit direkt ungehörig. In Deutschland stationierte Soldaten, die einen Urlaub nach Paris oder die französische Riviera erhielten, kamen nicht selten zurück, bevor ihr Urlaub zu Ende ging, sie kehrten "heim" nach Deutschland.
Was ist die Ursache dieser Gefühlswelle, die unseren Sieg bedroht?
Der amerikanische Soldat fühlt sich vor allem in "Übersee" einsam und heimwehkrank. Die Deutschen scheinen ihm nun weniger fremd als irgendein anderes Volk, ja sogar als die Engländer. Er kam mit der Idee nach England, daß er dort Leute finde, die ähnlich wie er seien. Das Ergebnis war aber überraschend, denn über die bestehenden Differenzen zwischen dem amerikanischen und britischen Charakter war er verärgert.
In Deutschland dagegen erwartete er erhebliche Wesensverschiedenheiten, und dann konstatierte er mit Vergnügen so viele Ähnlichkeiten.
Und jetzt kommen wir zu einer der Hauptursachen für die Haltung der GIs Deutschland ge-

genüber. Nachdem er die ersten Hemmungen überwunden hatte, sah er sich einer Flut williger Mädchen gegenüber. Er fand sie in den engstmöglichen Badeanzügen am Strand der Flüsse, ihre Beine verführerisch zur Schau gestellt, und wollte er ein Mädchen, so hatte er nichts weiter zu tun, als seinen Jeep zu stoppen.
Warum zeigten sich eigentlich deutsche Frauen den amerikanischen Soldaten so mit vollem Herzen zugetan? Einer der Gründe war wahrscheinlich die einfache Tatsache, daß sie ihre Männer seit langem entbehren mußten. Ein anderer Grund ist der Niedergang der Moral, eine der Früchte der Nazi-Propaganda. ...
Das Verblüffende daran ist, wie die GIs die Haltung der deutschen Frauen auslegen. In Frankreich hatten die GIs fast ausschließlich Kontakt zu Prostituierten, und dies machte bei ihnen der Auffassung Platz, daß das französische Volk unmoralisch sei. In Deutschland aber, wo ihnen im allgemeinen jede Frau zur Verfügung stand, sahen sie dies als romantisch an und als Zeichen der Freundschaft und der Großzügigkeit seitens der deutschen Frauen.
Der amerikanische Soldat ist jeden Tag einer kein Ende nehmenden Propaganda seitens der hartnäckig freundlichen deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Weil er offen und von Natur aus nicht mißtrauisch ist, verfehlt diese Propaganda ihren Zweck nicht, ja sie hat sogar tiefen Eindruck auf ihn gemacht.
Kommt der GI heim, so hat er eigentlich das Gefühl, daß ihm der Feind näher steht als seine Alliierten, und er kommt zu Millionen zurück und wird seine Meinung in jeden Winkel der Vereinigten Staaten mitnehmen.<<

18.04.1946

Niederlande: In Den Haag tritt am 18. April 1946 erstmalig der neue Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (UNO, später UN) zusammen. Die UNO-Mitglieder verpflichten sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung. Eingriffe in die jeweilige Landesgerichtsbarkeit sieht der UNO-Gerichtshof nicht vor.

20.04.1946

SBZ: Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollziehen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.
Die SED berichtet am 19./20. April 1946 über die Vereinigung von SPD und KPD (x156/22-24): >>Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. ...
Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird. ...
Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird, und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.
Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!
Von diesen Erwägungen ausgehend wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:
I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.
2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.
3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.
4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.
5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.
6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. ...
12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.
13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.
14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwaltung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus, sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Schicksal der "SPD" in der SBZ (x009/409): >>... Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4.1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt.
Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandsämtern einer kommunistischen Diktatur und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet.
In Berlin wehrte sich die SPD unter Führung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt.
Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiß, SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen.<<

21.04.1946

Berlin: Am 21. April 1946 kommen die Delegierten des Vereinigungsparteitages im Berliner Admiralspalast zusammen, um die SED zu gründen.
Wilhelm Pieck (1876-1960, ab 1945 KPD-Vorsitzender, von 1946-54 Vorsitzender der SED) und Otto Grotewohl (1894-1964, 1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) reichen sich damals feierlich die Hände.
Grotewohl erklärt während des Vereinigungsparteitages (x073/231): >>... "30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende.
An deinem 70. Geburtstag, Wilhelm Pieck, reichten wir uns die Hände für hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten.
Ich wünschte den Tag herbei, an dem sich unsere Hände nicht mehr zu trennen brauchten. Dieser Tag ist heute da.
Wer heute einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden - die Einheit der deutschen Arbeiterklasse."
Die Antwort von Wilhelm Pieck: "Ja, lieber Otto Grotewohl, wir tragen beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei ausersehen sind, die besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der werktätigen Massen, das sie in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird.
Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches, demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Frieden und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern.
Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit zu schlagen alle inneren Feinde und das große Werk zu vollenden, das wir uns gestellt haben – den Sozialismus."<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, kehrt am 30.04.1945 als Mitglied der Gruppe "Walter Ulbricht" aus Moskau nach Deutschland zurück), der damals an dem Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast teilnimmt, berichtet später (x156/24-25): >>...
Am 21. April, vormittags 10 Uhr, begann im Admirals-Palast zu Berlin der Vereinigungsparteitag. Mehr als tausend Delegierte und Hunderte von Gästen strömten in das Gebäude – der erste gemeinsame Parteitag der Kommunisten und Sozialdemokraten! ...

Den größten Beifall des gesamten Parteitages erntete Grotewohl mit seiner Erklärung: "Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind."
Der tosende, minutenlange Beifall und die begeisterten Zurufe waren ein Ausdruck der Hoffnung, daß mit der Gründung der SED die deutschen Sozialisten bald Herren im eigenen Haus sein würden, um dann auf Grund eigener Tradition einen selbständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.
Grotewohl betonte besonders die Notwendigkeit der persönlichen Freiheit in der neuen Partei. Die Partei, so sagte er, habe die Aufgabe, "die freie Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten. ... In keiner deutschen Partei lebt wohl die Achtung vor den Lebensrechten der Menschen heißer und stärker als in der Sozialistischen Einheitspartei".
Dann kam der Höhepunkt: Die Abstimmung über das Programm, das Statut und über den Beschluß zur Schaffung der SED. ...
Die SED war gegründet.
Abends kamen alle Delegierte und viele Funktionäre zu einem "frohen Ausklang" im Friedrichstadt-Palast zusammen. Bis auf den letzten Platz war das dreitausend Menschen fassende Gebäude besetzt, und vor den Eingängen standen noch Hunderte von Genossen. Hoffnungsvoll war dieser für uns ereignisreiche Tag zu Ende gegangen.
Alles schien für die Verwirklichung unserer Wünsche zu sprechen: die paritätische Besetzung der Leitungen, die mahnenden Worte über Kameradschaft und Vertrauen, die Pieck an die Kommunisten gerichtet hatte, die Beteuerungen Grotewohls über die Freiheit der Persönlichkeit in der neuen Partei, die erste Abstimmung, die einen Bruch mit der üblichen Einstimmigkeit gebracht hatte und von niemandem übel vermerkt worden war; die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, die nur im Programm der SED ihren Niederschlag gefunden hatte; die Andeutungen Grotewohls über das vielleicht nahe Ende der sowjetischen Besatzung ...
An diesem Abend konnte ich nicht ahnen, daß von den Teilnehmern des Vereinigungsparteitages innerhalb weniger Jahre fast die Hälfte aus ihren Funktionen verdrängt, abgesetzt, verleumdet oder einer Säuberung zum Opfer gefallen sein würde. Auch die aktivsten Mitglieder der SED blieben von diesem Schicksal nicht verschont. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SED" (x009/-388): >>Abkürzung für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.
Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht am 21.04.1946 gegründet durch Zusammenschluß von KPD und SPD in der SBZ. Auf dem Vereinigungsparteitag waren offiziellen Angaben zufolge 47 % der Mitglieder Kommunisten, 53 % Sozialdemokraten.
Die zunächst paritätische Besetzung aller Parteileitungen wurde Anfang 1949 auch formell aufgehoben, alle nicht gleichgeschalteten sozialdemokratischen Funktionäre wurden nach und nach verdrängt. ...
Seit 1948 schnelle Bolschewisierung der Partei unter der Parole: Entwicklung der SED zu einer "Partei neuen Typus" nach dem Vorbild der KPdSU. Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU werden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU für die Mitgliedschaft vorausgesetzt.
Ziel der SED ist die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der "DDR" nach sowjetischem Vorbild und die Übertragung des "DDR-Modells" auf ganz Deutschland (Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands).

Parteiführung und Funktionäre nehmen Einfluß auf alle Lebensbereiche (Familienpolitik, Rechtswesen, Kulturpolitik usw.) und beherrschen sämtliche Massenorganisationen und den gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat der SBZ mit der Begründung, die Partei sei der Vortrupp der Arbeiterklasse und vertrete die Interessen aller Werktätigen.
Zu den wichtigsten Herrschaftsmethoden gehören:
1. die Personalunion in den Führungsgremien. Spitzenfunktionäre der SED bekleiden zugleich wichtige Staatsämter (Staatsrat) und haben Schlüsselpositionen in den Massenorganisationen inne;
2. die Kaderpolitik (sowjetisches Nomenklatursystem);
3. das enge Zusammenspiel der Apparate (Büros der SED);
4. die Tätigkeit der Betriebsparteiorganisationen.
Die SED-Parteiführung leitet und kontrolliert die westdeutsche KPD, auch nach deren Verbot.
Organisatorischer Aufbau (der SED): Parteitagsdelegierte wählen das Zentralkomitee (ZK), von dem das Politbüro und das Sekretariat gewählt werden. Nachgeordnet sind Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Ortsleitungen; Grundorganisationen: Betriebs- und Wohngruppen. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kaderpolitik" in der SBZ (x009/207-208): >>Bezeichnung für Auswahl, Ausbildung und Einsatz von "Kadern". Der Begriff Kader stammt aus der Militärsprache, bedeutet dort Stammpersonal militärischer Formationen.
In den kommunistischen Parteien sind Kader:
a) alle Personen in Partei, Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen und Militär, die in wichtigen Positionen zur Erhaltung und Festigung des totalitären Systems beitragen sollen. In diesem Sinne bedeutet Kader soviel wie Elite. In der Bezeichnung der SED als eine Kaderpartei (im Gegensatz zur Massenpartei) wird die Absicht zum Ausdruck gebracht, aus der Partei ein organisatorisch und weltanschaulich hochgezüchtetes Herrschaftsinstrument zu schaffen. Die "Entwicklung von Kadern" ist eine Hauptaufgabe der Schulung.
Die Sicherung einer einheitlichen Kaderpolitik obliegt der Kaderabteilung, die mit besonders zuverlässigen SED-Mitgliedern besetzt sind. Kaderabteilungen bestehen in allen Organisationen, Institutionen und Betrieben.
Die Kaderabteilungen müssen auch bei der Einstellung von Parteilosen und Mitgliedern anderer Parteien die Genehmigung der zuständigen SED-Dienststelle einholen. Die Kaderabteilungen des SED-Apparates haben bestimmenden Einfluß auf die Kaderpolitik aller Organisationen und Institutionen, einschließlich der Blockparteien.
Die Kaderabteilungen sollen alle Beschäftigten hinsichtlich ihrer Einstellung überwachen. Sie führen "Entwicklungskarteien", in die neben dem fachlichen Werdegang die Teilnahme an politischen Schulungen sowie Vermerke über das politische und "moralische" Verhalten eingetragen werden. Regelmäßig sollen mit allen Beschäftigten "Entwicklungsgespräche" geführt werden.
Bei Arbeitsplatzwechsel wird die sog. Kaderakte des Beschäftigten der Kaderabteilung des neuen Arbeitsplatzes übersandt. Schon vor Neueinstellung wird regelmäßig bei der Kaderabteilung des Betriebes bzw. der Dienststelle, bei der der Betreffende bisher beschäftigt war, Nachfrage gehalten. So werden bei Kündigungen aus politischen Gründen unerwünschte Neueinstellungen verhindert.
Der leitende Funktionär einer Kaderabteilung wird Kaderleiter genannt. Er ist verpflichtet, dem Staatssicherheitsdienst jederzeit Einblick in alle Kaderakten zu gewähren und alle gewünschten Auskünfte zu erteilen.
Die große Bedeutung, die der Kaderpolitik zugeschrieben wird, entspricht dem militärischen Organisationsprinzip der Kommunisten: "Die Kader entscheiden alles." (Stalin) ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Funktionäre" in

der SBZ (x009/144): >>In der SED, den übrigen Parteien, den Massenorganisationen sowie in den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen sind Funktionäre die "ideologisch fortgeschrittensten und aktivsten Mitglieder", die "eine fest umrissene, verantwortliche Funktion innehaben".
Dabei wird weder zwischen gewählten und ernannten noch zwischen haupt- und ehrenamtlichen Funktionären unterschieden. Kriterien der Auslese sind die Anerkennung "der führenden Rolle der SED" und ihrer Ideologie, der Parteidisziplin und der Kritik und Selbstkritik. Alle nachgeordneten Funktionäre sind durch den Demokratischen Zentralismus an die Weisungen der übergeordneten Funktionäre gebunden.
In der SBZ gibt es trotz vielfältiger Ausleseverfahren einen permanenten Mangel an zuverlässigen Funktionären. So hat eine nicht geringe Zahl von Funktionären mehrere Funktionen zugleich inne (Multifunktionär).
Alle politisch entscheidenden Funktionen sind mit SED-Funktionären besetzt, die zum großen Teil weitaus höhere Gehälter als andere Berufstätige beziehen. So verdient z.B. ein Instrukteur im ZK der SED zwischen 1.000 und 1.500 Deutsche Mark Ost ... und ein Abteilungsleiter durchschnittlich 3.000 Deutsche Mark Ost. Außerdem haben die Funktionäre eine Reihe von Privilegien. So stehen ihnen u.a. besondere Erholungsheime zur Verfügung, allerdings höheren Funktionären Heime mit besserer Ausstattung und Verpflegung als mittleren und kleinen Funktionären.<<

23.04.1946

Berlin: Die SED-Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 23. April 1946 über die SED-Gründung (x111/160): >>Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele eines einheitlichen Status vereinheitlicht. ...
Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will. ...
Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein. ...
Das neue Deutschland muß eine unteilbare, freie Republik sein; allen separatistischen Bewegungen sagen wir den schärfsten Kampf an.
Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die SED betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus.<<

29.04.1946

Ostdeutschland: Der Stettiner Stadtkommandant Zaremba fordert am 29. April 1946 von den Sowjets die Übergabe der Insel Usedom (pommersche Insel vor dem Stettiner Haff, 445 qkm) und eine Gebiet entlang des Rendow-Flusses an Polen (x111/161).

April 1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt im April 1946 (x243/218): >>Ich verstehe das Verlangen Frankreichs und der übrigen westlichen Welt nach Sicherheit. Ich bin auch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. ...
(Eine) konstruktive Lösung erblicke ich allein in der Gründung der Vereinigten Staaten Europas unter Führung von England und Frankreich. (Dazu) muß auch Deutschland gehören. ...
Eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands (ist) notwendig.<<
Der deutsche Historiker Hans-Peter Schwarz schreibt später über Adenauers außenpolitische Konzeption (x128/204): >>... Auch für manche Mitglieder des engeren Gründerkreises der

CDU überraschend, räumte er prinzipiellen außenpolitischen Erklärungen einen relativ breiten Raum ein.
Realistisch meinte er zwar: "Außenpolitik wird Deutschland für lange Zeit nur in beschränktem Umfang treiben können", beeilte sich aber hinzuzufügen: "Sein Ziel muß sein, zu gegebener Zeit in die Vereinigung der Nationen gleichberechtigt aufgenommen zu werden."
Das deutsche Volk habe trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden.
Nun dasselbe wurde zu dieser Zeit auch von Kurt Schumacher proklamiert. Bemerkenswert aber und für ... 1946 nicht alltäglich war es, wenn Adenauer die Hoffnung formulierte, "daß in nicht ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden und daß dann Europa, dieser von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird." ...
Bei den meisten größeren Reden während der folgenden Monate stellte Adenauer seinen Gedanken einer "organischen Lösung" des deutschen Problems durch Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Ausführungen. ...
Die Europaidee begegnet während der Jahre bis zur Schaffung der Bundesrepublik in allen seinen Überlegungen stets als Zauberformel zur Entwirrung schwieriger Probleme. Sie sollte gleicherweise gegenüber den französischen Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebietes wie gegenüber belgischen und holländischen Gebietsansprüchen helfen, sollte die Saarfrage lösen und die Einschnürung Deutschlands durch auferlegte Kontrollen überflüssig machen.
Energische Verwahrungen gegen Ansprüche der Siegermächte folgten mit steter Regelmäßigkeit der Hinweis auf kooperative Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Staaten von Europa.<<
Im April 1946 erscheint in Frankfurt die erste Ausgabe der Frankfurter Hefte.
Das Internetportal "Wikipedia" berichtet später über die Frankfurter Hefte (x1.003/…): >>…
Die nach ihrem Verlagsort benannten *Frankfurter Hefte* wurden im 1946 als monatlich erschienene *Zeitschrift für* Kultur *und* Politik (so der Untertitel) gegründet. Gründer waren der Sozialwissenschaftler Eugen Kogon und der Publizist Walter Dirks, die auch als Herausgeber auftraten, sowie der spätere Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks und Präsident der Hochschule für Fernsehen und Film München Clemens Münster und der Journalist und Übersetzer Walter Maria Guggenheimer.
Politisch orientierte sich die Zeitschrift am Ideal des christlich-demokratischen Sozialismus, das sie in der deutschen Nachkriegsgesellschaft einbringen wollten. Kogon und Dirks hatten 1945 die "Frankfurter Leitsätze" verfaßt, auf denen das Gründungsprogramm der hessischen CDU basierte, das - ähnlich wie das bekanntere Ahlener Programm in Nordrhein-Westfalen - unter Berufung auf die katholische Soziallehre eine Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und weitgehende Mitbestimmung forderte.
Nachdem sich diese Ideen innerhalb der CDU jedoch nicht durchsetzten, wandten Kogon und Dirks sich bald wieder von der Partei ab. Statt dessen verfolgten die Herausgeber mit den *Frankfurter Heften* fortan das Ziel einer kritischen Kulturzeitschrift, die auch breitere Leserkreise ansprechen und u.a. für die Ideen des christlichen Sozialismus gewinnen sollte.
Im Laufe der Zeit entwickelte die Zeitschrift jedoch ein breiteres Profil und wurde einer der wichtigsten Zeitschrift der frühen Bundesrepublik; Ernst-Otto Czempiel bezeichnete sie als "intellektuelle Agora der Bundesrepublik", in der jeder schrieb, der "Rang und Namen hatte".
Die erste Ausgabe erschien im April 1946, die letzte 1984. Der Preis betrug am Anfang 2 Reichsmark (RM), am Ende 9 Deutsche Mark (DM). Die Zeitschrift war mit einer *Military Government Information Control License Nummer* ausgestattet, der US-W-2010. Die stärkste

Verbreitung fand die Zeitschrift zwischen 1946 und 1950, als sie eine Auflage von 50.000 bis 75.000 Exemplaren erreichte.
Thematische Schwerpunkte waren:
- Rolle, Aufgabe und Probleme von Publizisten
- Christentum, Kirche und Leben
- Sozialismus und Marxismus (Vereinbarkeit von Freiheit und Christentum, Idee des christlichen Sozialismus)
- Betrachtungen theoretischer/politischer Natur zu Rußland und den USA (Modell und System)
- Schule, Bildung, Hochschule
- Literatur: Neubetrachtungen von Belletristik, Sachbücher, Neuerscheinungen …
Bei der zweiten Bundestagswahl 1953 hatte die SPD eine schwere Niederlage hinnehmen müssen; während das rechte bzw. "bürgerliche" Lager über 60 % der Stimmen erhielt, kam die SPD lediglich auf 28,8 %.
Insbesondere die von Kanzler Konrad Adenauer geführte CDU/CSU konnte sich mit 45,5 % stark von der 1949 noch fast gleich starken SPD absetzen und verfehlte die absolute Mehrheit nur um einen Sitz.
In dieser Situation gründeten sozialdemokratische bzw. der SPD nahestehende Intellektuelle eine Zeitschrift, in der u.a. theoretisch-programmatische Vorschläge diskutiert werden sollten, um die noch primär als traditionelle Arbeiterpartei wahrgenommene Partei stärker in die Mitte der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu rücken und für bürgerliche Wählerschichten attraktiver zu machen; dazu gehörte u.a. die Annäherung an die Kirchen. Gründungsherausgeber der im zweimonatlichen Rhythmus erscheinenden *Neuen Gesellschaft* waren der Staatsanwalt Fritz Bauer, der später die ab 1963 stattfindenden Auschwitzprozesse organisierte, der spätere Initiator des Godesberger Programms Willi Eichler, der zu den "Vätern des Grundgesetzes" zählende Staatsrechtler Carlo Schmid sowie der Soziologe Otto Stammer.
Erster Chefredakteur ab 1954 war der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete und Politikwissenschaftler Ulrich Lohmar, zu dieser Zeit Assistent des Soziologen Helmut Schelsky und Bundesvorsitzender des damals noch SPD-nahen SDS. 1968 folgte ihm der Stern-Redakteur Leo Bauer, der - ebenfalls SPD-Mitglied - Berater Willy Brandts bei der neuen Ostpolitik war. Bauers Nachfolger von 1972 bis 1982 war Herbert Wehner sowie ab 1983 Peter Glotz, in dessen Anfangszeit die Übernahme der *Frankfurter Hefte* fiel (1985).
Glotz blieb bis zu seinem Tod 2005 Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*.
Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung läßt die alten der Ausgaben der *Neuen Gesellschaft* digitalisieren; die bisher erfaßten Exemplare sind momentan (Stand Januar 2014) nur aus dem Intranet der Stiftung erreichbar. …<<
Jugoslawien: Im April 1946 sind von den 17.999 deutschen Häftlingen des Internierungslagers Rudolfsgnad etwa 46 % Jungen und Mädchen im Alter bis 14 Jahre (x006/505).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Internierungslager und Zwangsarbeit der Jugoslawien-Deutschen (x006/112E-116E):
>>... Da die Internierungslager der Jugoslawiendeutschen keineswegs eigens zu diesem Zweck errichtete und umzäunte Gebäudekomplexe waren, boten sich aller scharfen und auch oft rücksichtslos durchgreifenden Bewachung zum Trotz immer wieder Gelegenheiten zur Flucht. Diese wurden anfangs nur von beherzten Einzelnen ausgenutzt.
Seit der ersten, wenn auch sehr begrenzten Auflockerung der Verhältnisse in manchen Lagern der Batschka und des Banats im Frühjahr 1946 kam es auch häufiger vor, daß ganzen Gruppen die Flucht über die ungarische oder rumänische Grenze gelang.
Wem es glückte, in eines dieser Länder zu entkommen, konnte sich auf die zahlreichen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen verlassen, die das jugoslawische

Deutschtum trotz der Grenzziehung von 1918 immer noch mit der deutschen Bevölkerung des rumänischen Banats und der ungarischen Batschka und Schwäbischen Türkei besaß, jedoch war auch das Mitleid und die Hilfsbereitschaft der andersnationalen Bevölkerung in ungezählten Fällen so stark, daß den Flüchtlingen, gleich wo sie um Unterstützung baten, fast ausnahmslos weitergeholfen wurde.
Zu Beginn des Jahres 1947 besserten sich die Verhältnisse in den Internierungslagern erneut etwas. Regelmäßiger Post- und Paketempfang wurde gestattet, amerikanische Lebensmittelspenden konnten verteilt werden, DDT-Pulver wurde bereits seit dem Frühjahr 1946 mit spürbarem Erfolg gegen das Ungeziefer der verwahrlosten Lagerräume verwendet.
Die Ablösung der aus Partisanen bestehenden Wachmannschaften durch Miliz oder reguläres Militär trug auch zur Einschränkung der gröbsten Willkür bei, zumal da die physische Mißhandlung der Internierten zu dieser Zeit offiziell verboten wurde, eine Anordnung, die mancherorts auch den Lagerinsassen mitgeteilt wurde.
Dennoch blieb der Entscheidungsfreiheit und dem persönlichen Wohl- oder Übelwollen der Lagerleiter und Wachmannschaften noch immer ein weiter Spielraum; die systematische Quälerei von Deutschen war auch zu dieser Zeit keineswegs ausgeschlossen.
Seit der Besetzung des Landes durch Russen und Partisanen im Oktober 1944 ließ sich jedoch eine deutliche Besserung feststellen, zu der auch die Familienzusammenführung innerhalb des Systems der Internierungslager erheblich beitrug. Allmählich wirkten sich auch die Anstrengungen des amerikanischen Hilfskomitees von P. Wagner, des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Stuttgart und der päpstlichen Aktion zugunsten der Donauschwaben aus.
Zwei Jahre nach dem Kriege begannen die Wiederherstellungs- und Aufräumungsarbeiten an Straßen und Eisenbahnen, zu denen man die internierten Volksdeutschen herangezogen hatte, auszulaufen. Die Neusiedler hatten die Besitzungen der Donauschwaben übernommen, auf Kolchosen und Staatsgütern wurde der Stamm der Landarbeiter aus den verschiedenen Völkerschaften Jugoslawiens gewonnen. Tausende von Deutschen waren über die Landesgrenze abgeschoben worden und geflohen, Zehntausende durch Mißhandlungen, Lagerentbehrungen und Exekutionen umgekommen.
Den jugoslawischen Behörden und Lagerverwaltungen mußte sich die Frage aufdrängen, was man mit den Überlebenden, die auf mehr als 100.000 Volksdeutsche geschätzt werden müssen, tun solle.
Da man sich zu dieser Zeit offensichtlich noch nicht dazu entschließen konnte, das System der Diskriminierungen der Deutschen abzubauen, wurde seit den ersten Monaten des Jahres 1947 stillschweigend die Flucht aus den Lagern gefördert. Wie bisher flohen Einzelne und Gruppen "schwarz" über die Grenze, vornehmlich nach Ungarn.
Daneben aber bildete sich nun ein System offiziös (halbamtlich) geduldeter Gruppenflucht aus, die von den eingeschüchterten und durch den jahrelangen Lageraufenthalt geschwächten Volksdeutschen bevorzugt wurde. Führer boten sich gegen hohes Entgelt dazu an, Gruppen von 10 bis 100 Volksdeutschen durch das Grenzgebiet mit seinen schwer zu kontrollierenden Wäldchen und Kukuruzfeldern auf ungarischen Boden zu führen. Manchmal steckten diese Führer mit der Lagerleitung und den Wachmannschaften oder auch den Grenzpolizisten unter einer Decke und beteiligten, diese an dem Gewinn des Menschenschmuggels.
Aus dem großen Sammellager Gakovo in der nördlichen Batschka ebenso wie aus dem benachbarten Lager Krusevlje war wegen der Nähe zur ungarischen Grenze der Weg zur Flucht besonders verlockend. In Gakovo kam es bereits im Dezember 1946 schon einmal zu einer Massenflucht, und in den letzten März- und ersten Aprilwochen des folgenden Jahres soll die Zahl der Geflohenen auf ca. 3.000 gestiegen sein. Ziffern von bisweilen 100 Flüchtlingen in einer Nacht werden aus verschiedenen Lagern berichtet. Eine Fluchtbewegung von solchem Ausmaß wäre ohne Wissen und Willen der Lagerleitungen undenkbar gewesen, deren minde-

stens passive Mitwirkung von einer indirekten Form des Abschubs sprechen läßt.
Zahlreiche Berichte gewähren ein vollständiges Bild von diesen Vorgängen. Wer sich zur Flucht in einer Gruppe entschlossen hatte, nahm Kontakt mit einem der Führer auf und mußte den geforderten Kopfpreis in Bargeld entrichten. Häufig kostete dies die Internierten ihr gesamtes bisher verstecktes oder während der Zwangsarbeit von Freunden zugestecktes und erbetteltes Geld oder ihre letzten verborgenen Wertgegenstände, so daß sie anschließend völlig mittellos auf die Hilfe anderer in Ungarn angewiesen waren.
Wer von jugoslawischen Posten auf der Flucht gestellt oder von ungarischen Grenzwachen zurückgewiesen wurde, hatte zu dieser Zeit nur noch mit einigen Tagen Freiheitsentzug, kaum aber mehr wie bisher mit Mißhandlung oder Erschießung zu rechnen. Jede günstige Situation ausnutzend, versuchten es auch diese beim ersten Fluchtversuch gefaßten Volksdeutschen bald wieder, dem Lager zu entrinnen.
Schätzungen beziffern die Zahl der Flüchtlinge bis zu einem erneuten Umschwung in der Behandlung der Lagerinsassen gegen Ende des Jahres 1947 auf etwa 30-40.000.
Jenseits der Grenze sahen sich die Flüchtlinge, waren sie auf eigene Faust oder von einem Führer geleitet entkommen, sich selber überlassen. Manche blieben, z.T. noch jahrelang, in Ungarn; die meisten schlugen sich in wochenlangen Fußmärschen bis zur österreichischen Grenze durch oder benutzten, nachdem sie von Verwandten und Bekannten Geld erhalten hatten oder dies auch oft genug hatten erbetteln müssen, die Eisenbahn bis zu einer Grenzstation. Hier angelangt passierten sie erneut "schwarz" oder mit Führern die Grenze und fanden schließlich in Österreich oder Deutschland ein Unterkommen, nicht ohne daß sie oft noch vielfältige Schwierigkeiten in den Durchgangslagern zu bestehen hatten. ...
Seit dem Ende des Jahres 1947 begann eine neue Phase in der Behandlung der internierten Volksdeutschen. Die bis zum Dezember 1947 geduldete Fluchtbewegung aus den Lagern wurde unterbunden, die Grenze wieder scharf bewacht. Viele jüngere arbeitsfähige Volksdeutsche wurden seither zur Arbeit in den Bergwerken verpflichtet, wo man sie anstelle der deutschen Kriegsgefangenen, deren Zahl sich durch Entlassungen stark vermindert hatte, unter Tage einsetzte. Gleichzeitig wurden die Lager in der Woiwodina bis Ende März 1948 in mehreren Stufen aufgelöst.
Zuerst wurden die noch Arbeitsfähigen gesondert erfaßt, den Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zugewiesen und von diesen in der Regel für zunächst drei Jahre in ein sogenanntes vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen, das aber noch keineswegs volle Freiheit brachte. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehörten zum Alltag der Entlassenen. Auf den Staatsgütern brachte man die Volksdeutschen in provisorisch errichteten Baracken, in Scheunen oder sogar in Ställen unter. Die Verpflegung war spürbar besser als in den Lagern.
Dafür wurde allerdings auch von der Entlohnung in Bargeld ein hohes Kostgeld abgezogen. Allmählich erhielten dann auch diese in der Landwirtschaft eingesetzten Deutschen Lebensmittel- und Textilkarten. Das durchweg freundliche Verhalten der andersnationalen Bevölkerung und die sich schrittweise verbessernden Lebensbedingungen erlaubten ihnen, sich ihr Leben erträglicher zu machen und die Vorteile der neuen Arbeitsverfassung auszunutzen.
Schwierigeren Aufgaben sahen sich die Volksdeutschen gegenüber, die Industriebetrieben oder Bergwerken - z.B. dem Kupferbergwerk Bor oder den Kohlengruben in Serbien - zur Verfügung gestellt worden waren. Wohnräume waren in den Städten ungleich schwerer zu finden als auf dem Lande. Oft mußten die Volksdeutschen bei entfernten Verwandten oder Bekannten monatelang unterschlüpfen, ehe sie ein Zimmer fanden.
Die Arbeitsbedingungen, vor allem die nach sowjetrussischem Vorbild ausgebildeten Normen und das Stoßarbeitersystem, verlangten äußerste Anstrengung. Unter primitiven Lebensbedingungen suchten sich diese deutschen Arbeiter, z.T. mit ihren Angehörigen, durchzuschlagen

und zu einer eigenen kleinen Wohnung zu kommen; die Frauen bemühten sich, als Köchinnen in Betriebskantinen oder Gasthäusern angestellt zu werden oder sonstwie eine Arbeitsstelle zu finden, um Lebensmittelkarten für Arbeitende zu erhalten. Selbst dann noch waren sie darauf angewiesen, durch den blühenden Schwarzhandel die offizielle Zuteilung nach Karten zu ergänzen.
Während die Transporte der Arbeitsfähigen die Lager verließen, wurden auch die Arbeitsunfähigen gesammelt und nach Rudolfsgnad überführt. Dort strömten bis zur Auflösung des Lagers im März 1948 noch einmal Tausende von neuen Insassen zusammen: zumeist arbeitsunfähige Deutsche aus kleineren Ortslagern. Die Belegschaft von Rudolfsgnad wurde dann wieder aufgeteilt.
Die als arbeitsfähig Erklärten wurden zu neuer Tätigkeit auf Staatsgütern und in Fabriken verpflichtet, die Alten und Arbeitsunfähigen in das Lager Karlsdorf transportiert, das sich seit dem April 1948 zu einem großen Alters- und Krankenheim für Volksdeutsche entwickelte. Die zahlreichen elternlosen Kinder verbrachte man in staatliche Kinderheime. Außer in Karlsdorf wurde im Oktober 1948 noch in St. Georgen im Banat ein zweites Altersheim für Volksdeutsche eingerichtet. Die pflegebedürftigen Alten und Kranken wurden dort im allgemeinen recht human behandelt und genossen ausreichende ärztliche Fürsorge.
Nach der Entlassung aus den Internierungslagern erhielten viele Volksdeutsche in der Woiwodina die Aufforderung, ihre Staatsbürgerschaft bei den jugoslawischen Behörden registrieren zu lassen. Bisweilen wurde sogar die Entlassung von einer solchen Eingabe abhängig gemacht.
In manchen Fällen aber überging man stillschweigend die Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes und behandelte die entlassenen Volksdeutschen ohne weitere Formalitäten als jugoslawische Staatsbürger. Für die jungen Männer bedeutete das auch, daß sie von ihren Arbeitsstellen weg zum jugoslawischen Wehrdienst einberufen wurden und zum Teil ihre Dienstzeit voll ableisten mußten. ...<<
Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die Internierungslager und Zwangsarbeit in Jugoslawien (x010/51-52): >>... Besonders hohe Todesquoten sind für die Konzentrationslager, die sog. Vernichtungs- oder "Endlager", überliefert, in die alte Menschen, Kranke und Kinder verbracht worden waren. Das größte Lager dieser Art Knicanin (Rudolfsgnad) passierten ca. 33.000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9.503 verstorben sind, davon 8.012 Erwachsene und 1.491 Kinder unter 14 Jahren. Als weitere Beispiele seien genannt: Gakovo mit 18.000 Insassen, davon ca. 8.800 Todesfälle, Backi Jarek mit 18.000 Insassen und 6.400 Todesfällen, Krusevlje mit 10.000 Insassen, davon rd. 3.000 Todesfälle. ...
Für 49 der größten Lager, unter denen die sog. Vernichtungslager mit den höchsten Sterberaten mit einbegriffen sind, ergibt sich aus dem vorhandenen Material eine Gesamtzahl von 67.000 Toten. Ca. 8.000 Personen bzw. 12 % dürften gewaltsam getötet worden sein, während alle übrigen Opfer der unmenschlichen Verhältnisse in den Lagern, vor allem von Hunger, Seuchen und Mißhandlungen geworden sind. ...
Es wird ferner von Tausenden von Kriegsgefangenen in Jugoslawien berichtet, die von Partisanen erschossen wurden. Auch unter ihnen befanden sich Angehörige der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien. ...<<
Frankreich: Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichten im April 1946 über die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen in französischen Bergwerken (x130/181): >>Die Suche nach Werkzeugen ist häufig langwierig. Sie dient den Aufsehern als Vorwand, die Gefangenen des Spazierengehens zu beschuldigen und sie zu schlagen. ... Manchmal sind die Gefangenen für mehrere Tage arbeitsunfähig, gewöhnlich leiden die schwächeren Gefangenen am meisten. ...

Häufig sind kranke Gefangene gezwungen, eine Doppelschicht zu machen, wenn sie das Pech haben, auf einen Aufseher zu stoßen, der ihre Krankheit als Ausdruck von Arbeitsunwillen auffaßt. Einige Gefangene wurden gezwungen, 19 Stunden ununterbrochen zu arbeiten, ohne Nahrungsaufnahme und ohne Ruhepausen. ...<<

01.05.1946

WBZ: Feldmarschall Montgomery berichtet am 1. Mai 1946 in einer Denkschrift für den britischen Premierminister (x114/1.152): >>Morgen verlasse ich Deutschland. ... Ich bin nicht zufrieden. Ich glaube, das Gesamtbild ist eher trüb, wenn nicht sogar schwarz. Wir müssen jetzt die Entscheidung darüber treffen, ob wir die Deutschen ernähren wollen oder sie verhungern lassen sollen. Grundsätzlich dürfen wir das letztere nicht tun. Wenn wir so dächten, dann hätten alle unsere übrigen Anstrengungen keinen Sinn mehr.

Wir müssen mit dem Wiederaufbau beginnen. Und vor allen Dingen müssen wir dem deutschen Volk erklären, was mit ihm und seinem Land geschehen soll. Wenn wir das nicht tun, dann gehen wir möglicherweise einem Scheitern entgegen. Es wird dadurch gekennzeichnet sein, daß eine feindliche Haltung in der Bevölkerung heranwächst, die sich dann vielleicht nach Osten wendet. Solch ein Deutschland wäre eine Bedrohung für die Sicherheit des britischen Empire. Andererseits könnte ein zufriedenes Deutschland mit einer gesunden politischen Basis ein großer Vorteil für die Sicherheit des Empire und für den Frieden der Welt darstellen. ...<<

02.05.1946

WBZ: Feldmarschall Montgomery fordert am 2. Mai 1946, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln (x114/1.143): >>Wir müssen uns entscheiden, was es heißt, ein neues Deutschland aufzubauen. Seine Ostgrenze wurde in Potsdam vereinbart. Die Festlegung seiner Westgrenze steht jedoch noch aus; dieses Problem läßt sich kurz mit dem Namen Saar-, Ruhrgebiet und Rheinland umreißen. Wir müssen aber dem deutschen Volk endlich sagen, was zu seinem Lande gehören soll und was nicht.

Den Menschen, die in diesem Deutschland wohnen, müssen wir einen erträglichen Lebensstandard geben und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Ein solcher Lebensstandard läßt sich auch mit der vereinbarten Industrieleistung vereinbaren, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

Die wichtigste ist, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Das geschieht zur Zeit nicht, einmal weil die Franzosen dagegen sind und zweitens wegen der Haltung der Russen. Ich bin nicht sicher, ob die Russen überhaupt jemals Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandeln werden, so wie wir das verstehen. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß sie es nicht tun werden, es sei denn, wir setzen sie zusammen mit den anderen Alliierten unter Druck. Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen.<<

04.05.1946

WBZ: Die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V." wird am 4. Mai 1946 durch die britische Militärregierung aufgelöst (x024/213).

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 4. Mai 1946 eine Verordnung über die Organisation, den Dienst, die Schulung sowie die Disziplinarvorschriften der Bürgerwehr (x003/198): >>... § 1. Die Bürgerwehr untersteht unmittelbar dem örtlich zuständigen Kommandanten der Bürgermiliz.

§ 2. Kommandant der Bürgerwehr ist der örtlich zuständige Gemeindevorsteher ...

§ 3. Die Bürgerwehr übt ihren Dienst auf Grund von Instruktionen und Anordnungen der Organe der Bürgermiliz aus.

§ 4. Die Mitglieder der Bürgerwehr tragen im Dienst auf dem linken Arm eine weiß-rote Binde. ...

§ 5. Die Bürgermiliz verteilt an die Mitglieder der Bürgerwehr Waffen.
§ 6. Die Waffen und die in § 4 genannten Armbinden sind nach dem Dienst bei den Gemeindeposten der Bürgermiliz abzugeben; in Dörfern, in welchen die Miliz keine Posten unterhält, sind die Waffen beim Schulzen oder beim Ortsvorsteher abzugeben.
§ 7. Der Schulze oder Ortsvorsteher ist verantwortlich für die bei ihm abgegebenen Waffen sowie für ihre Instandhaltung. ...<<

05.05.1946

WBZ: Die bayerische Heimat- und Königspartei fordert am 4. Mai 1946 die Wiederherstellung der Monarchie.
Diese Partei wird 3 Tage später durch die US-Militärregierung verboten.

06.05.1946

Schweiz: Die Zeitung "NEUE ZÜRICHER NACHRICHTEN" veröffentlicht am 6. Mai 1946 den gemeinsamen deutschen Hirtenbrief vom 27.3.46.
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 berichtet später über diesen verbotenen Deutsche Hirtenbrief vom 27.3.46 (x853/...): >>... Die NZZ läßt dem Text folgende Bemerkung vorausgehen: "Wir veröffentlichen den letzten Hirtenbrief der westdeutschen Bischöfe, welcher zu den jüngsten Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat. Wie vom Korrespondenten des amerikanischen katholischen N.C.W.C., ... Herrn Dr. M. Jordan, mitgeteilt wird, ist der Hirtenbrief in der englischen Zone verlesen, in der amerikanischen und französischen auf Grund gütlicher Vereinbarung mit den betreffenden Bischöfen zurückgezogen worden."
Geliebte Diözesanen!
... Das Nationalsozialistische Reich hat zum sittlichen Niedergang des Volkes vielleicht am meisten dadurch beigetragen, daß es das Rechtsempfinden systematisch niedergetreten hat. Es hat alles Recht einseitig aus dem Nutzen des eigenen Volkes und aus dem Willen eines Menschen abgeleitet und kein objektives, letztlich in Gott begründetes Recht anerkannt.
So hat es eine Willkürherrschaft geschaffen, die jedes Recht der Einzelpersonen, der Familie, der Völker untereinander mit Füßen trat. Der Mensch aber, der sich rechtlos weiß, der durch Terror, Bespitzelung, polizeiliche Allgewalt in beständiger Unsicherheit und Angst gehalten wird, verliert den inneren Halt. Er verfällt leicht der Unaufrichtigkeit und Heuchelei und gerät in Gefahr, selber mit List und Gewalt seine Vorteile durchzusetzen, sobald er dazu in der Lage ist.
Wir hatten gehofft, daß nach dem Sturz des Nationalsozialismus einerseits eine strenge Bestrafung derjenigen erfolgen werde, die an den Verbrechen schuldig sind, die sowohl am eigenen Volk wie gegenüber den Angehörigen fremder Völker und Rassen in entsetzlichem Ausmaß geschehen sind.
Andererseits hofften wir, daß die neuen Machthaber alles daran setzen würden, um das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke und die Rechte der Einzelperson wieder neu zu begründen und so einer inneren Gesundung des deutschen Volkes vorzuarbeiten.
Bei aller Anerkennung der Bemühungen um die Einführung demokratischer Verwaltungsformen und um die Wiederbelebung des Erziehungswesens müssen wir doch gestehen, daß wir aufs tiefste enttäuscht sind durch das Weiterbestehen einer großen Rechtsunsicherheit.
Vor einigen Wochen schon sahen wir uns veranlaßt, Stellung zu nehmen zu den himmelschreienden Vorgängen im Osten Deutschlands, vor allem in Schlesien und im Sudetenland, wo mehr als 10 Millionen Deutsche aus der angestammten Heimat in brutaler Weise vertrieben werden, ohne daß untersucht wird, ob eine persönliche Schuld vorliegt. Keine Feder kann das namenlose Elend schildern, das dort unter Mißachtung jeglicher Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich vollzieht. All diese Menschen werden ohne jede Habe, ohne die Möglichkeit einer Existenzgründung im Restdeutschland zusammengepfercht.
Es ist nicht abzusehen, wie diese aus der Heimat vertriebenen Massen nicht zu friedlosen und

friedensstörenden Elementen werden sollten. Das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes erleidet ferner schwere Einbußen dadurch, daß heute fast ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten, noch Millionen deutscher Kriegsgefangener auf unbestimmte Zeit vielfach unter erbärmlichen Umständen festgehalten und der Freiheit beraubt sind.
Hunderttausende, wenn nicht Millionen, werden wie Sklaven zu schwerer Zwangsarbeit herangezogen, obwohl das einzige, was man ihnen vorwerfen kann, die Tatsache ist, daß sie Soldat waren. Viele von diesen Ärmsten sind noch immer ohne Nachricht von daheim und haben ihren Lieben auch noch kein Lebenszeichen geben dürfen. Das bittere Gefühl des Unrechts - viele haben ihre Gesundheit, ja das Leben eingebüßt - muß sich bei ihnen und bei ihren Angehörigen unheilbar festsetzen.
Wie ein Alpdruck lastet auf dem deutschen Volke die oft verfehlte Art, wie seine Besieger die Stellen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Anhängern des alten Regimes zu säubern suchen. Wir wissen, wie schwer es namentlich für Außenstehende ist, wirkliche Nazisten von bloßen Mitläufern zu unterscheiden; wir wissen, wie geradezu widerlich und würdelos das Treiben nicht weniger Deutscher ist, die ihre eigenen Landsleute anschwärzen und zu entfernen suchen.
Wir sehen uns aber auch genötigt, zu erklären, daß fristlose und versorgungslose Entlassung Tausender von Beamten und Wirtschaftlern, die Verhaftung weiterer Tausender ohne richterlichen Spruch, ihre Freiheitsberaubung ohne Möglichkeit der eigenen Verteidigung, ohne Möglichkeit, mit den nächsten Angehörigen in Verbindung zu treten, das Rechtsbewußtsein des Volkes empfindlich treffen.
Soll eine innere Gesundung des Volkes angebahnt werden, so muß alles, was an Gestapo, Konzentrationslager und ähnliche Dinge erinnert, aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Sonst greift eine innere Vergiftung Platz, die einen moralischen und religiösen Aufstieg aufs äußerste erschwert, wenn nicht unmöglich macht.
Der heilige Vater hat in seiner bedeutungsvollen Ansprache vom 20. Februar 1946 erklärt, es sei ein Irrtum zu behaupten, daß man einen Menschen schon deshalb als schuldig oder verantwortlich behandeln könne, weil er einer bestimmten Gemeinschaft angehöre, ohne daß man sich die Mühe gebe, im einzelnen Falle zu untersuchen, ob der Betreffende durch sein Handeln oder Unterlassen sich persönlich schuldig gemacht habe. Das bedeutet ein Eingreifen in die Rechte Gottes, der allein in seiner stets liebevollen Weisheit die Geschicke der Schuldigen und der Unschuldigen miteinander verketten könne.
Mit diesen Worten hat der heilige Vater klar und eindeutig die Theorie von der Kollektivschuld eines ganzen Volkes abgelehnt und das Handeln danach als einen Eingriff in die Rechte Gottes bezeichnet. Er hat es damit aber auch abgelehnt, daß man die Angehörigen irgendwelcher Gemeinschaften einfach ... als Verbrecher behandeln dürfe, ohne im einzelnen Fall eine Schuld nachgewiesen zu haben.
Eine weitere Maßnahme darf nicht stillschweigend übergangen werden, die gegen Gesetz und Recht verstößt und geeignet ist, die christliche Eigentumsordnung zu gefährden. In den östlichen Teilen von Restdeutschland wird unter dem Schlagwort "Bodenreform" eine Enteignung des Grundbesitzes in radikaler Weise vorgenommen.
Wir Bischöfe sind der Überzeugung, daß die ungleiche Verteilung des Besitztums, besonders an Grund und Boden, eine der tiefsten Quellen sozialer Mißstände ist. Wir halten es für eine vordringliche Aufgabe der Staatsgewalt, für eine angemessene Verteilung der Erdengüter gerade jetzt zu sorgen, wo der Boden so verknappt ist und Millionen Deutscher bettelarm geworden sind. Wir sehen es als ein ernsthaft zu erstrebendes Ziel an, daß möglichst vielen deutschen Familien ein Stück deutschen Bodens zur Verfügung gestellt wird. Die Kirche ist bereit, auch mit den Ländereien, die ihr gehören, zu diesem Ziele mitzuwirken.
Was aber jetzt im deutschen Osten geschieht, hat mit echter Bodenreform kaum etwas zu tun.

Eine Bodenreform muß wohlüberlegt und von Fachleuten gründlich vorbereitet sein, soll nicht ein starker Rückgang der Erzeugung eintreten, der gerade in diesem Augenblick katastrophal wirken muß. Sie muß vor allem das Land erfassen, das bereits der öffentlichen Hand gehört und bisher militärischen und nicht notwendigen verkehrstechnischen Zwecken diente.
Soll das Privateigentum angegriffen werden, so darf unter keinen Umständen eine gänzliche und entschädigungslose Enteignung stattfinden, es sei denn, daß eine Wiedergutmachung schwerer Schuld in Frage käme.
Den bisherigen Eigentümern muß ein angemessener Besitz gewahrt bleiben, der ihnen und ihren Kindern die Fortführung eines landwirtschaftlichen Betriebes sichert. Es ist den Enteigneten gegenüber eine Entschädigung vorzusehen, die nach Maßgabe aller Umstände des Falles und der allgemeinen Lage als angemessen bezeichnet werden muß.
Nur unter Einhaltung dieser Regeln kann eine Bodenreform als gerecht angesehen werden. Nur dann kann man eine neue Verwurzelung der Menschen in heimatlicher Erde und deren heilsame Früchte erhoffen.
"Opus justitiae pax", "Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit", so lautet der Wahlspruch unseres heiligen Vaters. Nach Frieden sehnt sich die ganze Welt. Wie ein Aufschrei geht es vom Osten zum Westen, vom Norden zum Süden: "Dona nobis pacem"! Schenke uns den Frieden. Der wahre, dauerhafte, ganze Friede wird uns nur dann von Gott (gegeben), wenn wir Menschen wieder Recht und Gerechtigkeit als Grundlage aller Gemeinschaft anerkennen.
Möchten Sieger und Besiegte dessen eingedenk sein! Möge ein jeder in seinem Bereich vor jeglichem Rechtsbruch sich hüten und seinen Teil dazu beitragen, daß vor allem die junge Generation von dem verderblichen Irrtum befreit wird, daß Gewalt vor Recht geht!
Möge sie neue Ehrfurcht gewinnen vor der Majestät des in Gott gründenden Rechtes, auch wenn es auf seiten des Schwächeren liegt!
Erst wenn diese Ehrfurcht wieder einzieht, können bessere, wahrhaft friedvollere Zeiten kommen.
Werl, den 27. März 1946
Die Bischöfe der Kölner und Paderborner Kirchenprovinz.<<

13.05.1946

WBZ: Der Prozeß gegen das Bewachungspersonal des KZ Mauthausen wird am 13. Mai 1946 beendet. 58 Angeklagte werden zum Tod verurteilt. 3 Angeklagte erhalten lebenslängliche Zuchthausstrafen (x111/168).

15.05.1946

Frankreich: Außenminister Bidault fordert am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...
Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden.
Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.
Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<
USA: US-Senator Shipstead kritisiert am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnet er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

18.05.1946

WBZ: In der britischen Zone werden am 18. Mai 1946 alle Vereinigungen der Vertriebenen verboten.

Die US-Militärregierung verbietet später ebenfalls sämtliche Vertriebenenverbände.

Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schreibt später in seinem Buch "Die Entmachtung der Vertriebenen" über das Verbot aller Vereinigungen der deutschen Vertriebenen (x024/213-214): >>Eine Volksgruppe wurde unter Ausnahmerecht gestellt.

Diese Rechtlosstellung fand weder im deutschen noch im Besatzungsrecht eine Grundlage. Sie war um so verwerflicher, als sie sich gegen Millionen von Menschen richtete, die unverschuldet in eine einzigartige Notlage geraten waren und den Zusammenschluß zu gegenseitiger Hilfe noch nötiger hatten als alle anderen Volksteile.

Die selben Leute, die sich rühmten, das deutsche Volk zur Demokratie erziehen zu wollen, mißachteten eines der Grundprinzipien jeder wahren Demokratie.

Mehr noch als das Verhalten dieser Generäle interessiert die Rolle, welche die deutschen Parteien und ihre Prominenz bei diesem traurigem Geschehen gespielt haben. ...

Ich bin der Auffassung, daß die Auswirkungen dieses Verbots nicht hoch genug gewertet werden können. Die Vertriebenenbewegung und Vertriebenenpolitik wären in ganz anderen Bahnen verlaufen, wenn sie nicht gewaltsam gestoppt worden wären. Es wäre im Jahre 1946 fraglos gelungen, was später nicht mehr möglich war. Diese Jahre von 1946 bis 1948 ließen sich nicht mehr nachholen.

Der Elan des ersten Schocks wurde uns genommen und dafür landsmannschaftliche und parteipolitische Zersplitterung beschert. Es blieb uns ja nicht anderes übrig, als in die Parteien zu gehen, es gab keinen anderen Weg, wenn wir irgendwie an unsere Schicksalsgefährten herankommen wollten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Unterdrückung der Vertriebenen durch die Besatzungsmächte im Westen (x024/204-205): >>... Im Vordergrund stand dabei die begründete Besorgnis, daß sich die Vertriebenen zu einem militanten Potential von Unzufriedenen im Westen entwickeln könnten, das eine Revision der Vertreibung fordern würde. ...

Den Vertriebenen traute man jedenfalls nicht über den Weg. Das beantwortet auch die Frage, warum ihnen die Alliierten untersagten, sich in Organisationen zusammenzuschließen und warum über das Geschehene der Vertreibung in den USA und in Großbritannien offiziell fast nichts berichtet wurde.

Ein weiterer Beweis für die internationale Ächtung der deutschen Vertriebenen war deren Ausschluß aus der internationalen Flüchtlingsfürsorge durch die Vereinten Nationen, was ausdrücklich in der Charta der UNO-Flüchtlingsorganisation herausgestellt wurde. ...<<

Großbritannien: Die britische Wochenzeitung "The New Stateman and Nation" berichtet am 18. Mai 1946 (x124/191-192): >>... Die Deutschen in unserer Zone befinden sich in einer bedauernswerten Unwissenheit über unsere Absichten, unsere Schwierigkeiten und über die Welt, in der auch sie wieder eine Rolle spielen sollen.

Die Nachrichtenversorgung in der britischen Zone ist kläglich unzureichend und kontrastiert scharf mit der Flut russischer Propagandaschriften oder dem modernen Zeitungsdienst der Amerikaner, die keine Dollarsorgen kennen und es mit dem Nachschub so viel leichter haben.

Auch fürchten wir Briten eine deutsche Aktivität auf breitester Grundlage. Mit größtem Widerstreben haben wir Gewerkschaften zugelassen, obwohl diese die einzige wirklich antinationalistische Großorganisation waren.

Viele Parteigenossen sitzen im Ruhrgebiet noch auf wichtigen Posten, angeblich weil sie unersetzbar sind. So kommt es vor, daß aus dem KZ Zurückgekehrte diejenigen, die sie hinein-

gebracht haben, als ihre Vorgesetzten wiederfinden. ...
Wiederum ist es seltsam aber wahr, daß die Gewerkschaftsbewegung, die Basis jeder demokratischen Erneuerung, nur unter größten Schwierigkeiten Boden gewinnt und sie die Briten nur auf lokaler Ebene operieren lassen.<<

19.05.1946

WBZ: General König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) fordert am 19. Mai 1946 erneut die Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschaftssystem (x111/-171).

22.05.1946

SBZ: Sämtliche mitteldeutschen Vereine (einschließlich Sportvereine) werden am 22. Mai 1946 aufgelöst, ihr Vermögen wird beschlagnahmt.

CSR: Karl Hermann Frank (1898 in Karlsbad geboren, stellvertretender Gauleiter des Sudetenlandes und stellvertretender Reichsprotektor) wird am 22. Mai 1946 in Prag öffentlich hingerichtet. Frank (seit 1943 unbegrenzter Machthaber im Protektorat Böhmen und Mähren) wird vor einer großen Zuschauermenge gehängt.
Frank, der mit seiner Familie am 9.05.1945 nach Pilsen geflüchtet war, wurde dort von den Nordamerikanern inhaftiert und später an die Tschechen ausgeliefert.

23.05.1946

Schweiz: Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schließen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte.
Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen soll aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt werden (x111/172).

25.05.1946

WBZ: Die nordamerikanische Militärregierung stoppt am 25. Mai 1946 vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausbleiben (x101/13).

26.05.1946

Großbritannien: Der Londoner "Observer" warnt am 26. Mai 1946 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der britischen Zone (x111/173): >>... Deutschland ist heute ein Land, wo alle fünf großen Übel – Mangel, Furcht, Schmutz, Untätigkeit, Unwissenheit – überhand nehmen.
Aber das Letztgenannte bringt die schwersten unmittelbaren Gefahren unter politischem Gesichtspunkt, und man empfindet, daß eine Umstellung der britischen Nachrichtenpolitik für Deutschland sogar dem so dringend erforderlichen Wechsel in der Wirtschaftspolitik noch vorangehen müsse.<<

27.05.1946

Schweiz: William E. Rappard (1883-1958, Mitglied der "Schweizer Reparationsdelegation") schreibt am 27. Mai 1946 über die Verhandlungen mit den westlichen Alliierten (x136/218-219): >>Ich weiß nicht, wie zukünftige Historiker unsere Verhandlungen, die wir nach ihren Instruktionen geführt haben, beurteilen werden.
Ich habe das Gefühl, sie werden versucht sein, uns zu gratulieren, daß wir uns, was das Gold anbetrifft, so gut aus der Affäre gezogen haben.
Dagegen glaube ich, sie werden weniger nachsichtig mit uns sein in der Sache der deutschen Guthaben, die wir mit den Siegern zu teilen uns bereit erklärt haben.
Um eine derartige Verletzung unserer Neutralitätstradition zu rechtfertigen und eine solche Mißachtung der bisherigen Völkerrechtsprinzipien, sollten sie der materiellen und moralischen Umstürze, die durch Hitler in der Welt provoziert worden sind, Rechnung tragen. ...
Bei ihrer Jagd auf die deutschen Guthaben in der Schweiz sind die Amerikaner manchmal von einem Geist beseelt, der nichts mehr zu tun hat mit ihrem Willen, Reparationen einzustecken,

mit ihrer Angst vor dem militärischen Potential eines wiederauferstandenen Feindes, mit ihrer Antipathie für die Neutralen, mit ihrem Berufsstolz oder gar mit ihrem sportlichen Ehrgeiz, das letzte Wort zu behalten in ihrem Konflikt mit dem helvetisch-germanischen Arsène Lupin.
Was wollen sie eigentlich?
Wollten sie nicht einfach einen störenden Konkurrenten schwächen oder gar ausschalten, ihn ersetzen?
Sie geben vor, den Tod des deutschen Sünders und seines schweizerischen Komplizen wegen deren vergangener Missetaten zu suchen.
Tatsächlich aber wollen sie deren Geheimnis entdecken und deren Erbschaft einstecken.<<

31.05.1946

Rumänien: Die rumänische Regierung beschließt am 31. Mai 1946 (x007/163E-164E): >>…

Entscheidung des Ministeriums für Ackerbau und Domänen vom 31. Mai 1946.

Wir, der Staatssekretär beim Departement für Ackerbau und Domänen, entscheiden unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Gesetzes Nr. 187/1945 über die Verwirklichung der Agrarreform und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auf Grund der Auswirkung des Wiener Diktats und als Folge der militärischen Einwirkungen auf das Gebiet Rumäniens wie auch in Verbindung mit den aus politischen Gründen vor dem 23. August 1944 durchgeführten Deportierungen etliche Bürger Rumäniens gezwungen waren, zeitweise außerhalb der Landesgrenzen zu wohnen:

Art. 1. Als Absentisten im Sinne des Art. 3 Punkt d, jenes Gesetzes können nicht angesehen werden diejenigen,

a) die ihren festen Wohnsitz in Nord-Siebenbürgen hatten, während ihre Besitzungen in einem anderen Teil des Landes gelegen sind;

b) die nach dem Wiener Diktat aus dem unter der Souveränität des rumänischen Staates verbliebenen Gebiet nach Nord-Siebenbürgen gezogen sind;

c) die nach dem Wiener Diktat aus dem unter der Souveränität des rumänischen Staates verbliebenen Gebiet nach Ungarn gezogen und nach der Befreiung in ihre Heimat zurückgekehrt sind oder deren Abwesenheit durch höhere Gewalt (Deportierte, Gefangene, Zwangsevakuierte) gerechtfertigt ist. Diese letzteren Kategorien können bei den Enteignungsverfahren von ihren Angehörigen in direkter oder Nebenverwandtschaft bis zum vierten Grad einschließlich vertreten werden.

Art. 2. Landwirtschaftliche Besitzer in Siebenbürgen und im Banat mit Besitzungen unter 10 Joch können nicht enteignet werden. Die auf Grund des Art. 3, Punkt c oder d, des Gesetzes bereits Enteigneten sind, wenn ihre Abwesenheit durch höhere Gewalt gerechtfertigt ist, auf dem Verwaltungsweg unmittelbar nach der Veröffentlichung dieser Entscheidung in ihre Rechte wieder einzusetzen.

Die Ernte des gemäß dieses Artikels zurückzuerstattenden Bodens wird von denjenigen geerntet, die gemäß Anweisung vom 28. Februar 1945, Buchstabe B, Punkt 21 die Saat durchgeführt haben.

Art. 3. Die Bestimmungen dieser Entscheidung sind ohne Rücksicht auf die Nationalität nicht anzuwenden auf:

a) die in Art. 3, Punkt a, des Gesetzes Nr. 187 vom Jahre 1945 über die Durchführung der Agrarreform angeführten Staatsbürger;

b) die in Art. 3 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Agrarreform angeführten Kollaborateure mit Besitztümern über 10 Joch.

Der Tatbestand der Kollaboration wird durch die Agrarreformbezirkskommission auf Grund konkreter Tatsachen gemäß der in den Anweisungen Nr. 993 vom 18. Oktober 1945 enthaltenen, von der Agrarreformzentralkommission der Kreislandwirtschaftskammern erlassenen Richtlinien festgelegt.

Art. 4. In Ortschaften mit einer ansässigen gemischten Bevölkerung ist bei den Begüterungen das Verhältnis der Nationalitäten im Rahmen jeder Kategorie der Begüterungsberechtigten zu berücksichtigen.
Die gegen diesen Grundsatz durchgeführten Begüterungen sind durch die Definitivierungskommissionen zu revidieren. Die Bezirkskommissionen sind verpflichtet, den Anweisungen dieser Kommissionen Folge zu leisten.
Art. 5. Sämtliche Entschlüsse, Entscheidungen und Gutachten der Zentralkommission für die Agrarreform, wie überhaupt alle Verfügungen, die dieser Entscheidung entgegenstehen, sind vollrechtlich null und nichtig; ihre Nichtigkeit ist durch die örtlichen Begüterungsausschüsse von Amts wegen festzustellen oder aber auch in einem gesetzlich durch das Agrarreformgesetz vorgesehenen Verfahren anzufechten.
Art. 6. Die Anwendung der Verfügungen dieser Entscheidung ist für sämtliche Instanzen der Agrarreform sowie alle Verwaltungsinstanzen für den gemäß Beamtenkodex vorgesehenen Verwaltungsapparat verpflichtend, ebenso für die Mitglieder der Orts- wie auch Kreisausschüsse bindend.
Art. 7. Der Herr Direktor ... ist beauftragt, diese Entscheidung auszuführen.
Erlassen am 31. Mai 1946.
Für den Minister: Tr. Savulescu …<<

Mai 1946

WBZ: In der US-Zone hungern die Deutschen weiterhin. Die Rationen sinken im Mai 1946 auf weniger als 1.200 Kalorien.
Im Mai 1946 macht vielerorts folgendes Gerücht die Runde (x114/2.166): >>Die Amerikaner beabsichtigen, die Deutschen auszuhungern. ...<<
Jugoslawien: Die Internierungslager Valpovo und Krndija werden im Mai 1946 geschlossen.

01.06.1946

WBZ: Am 1. Juni 1946 werden die Ausweisungstransporte der Ungarn-Deutschen von den Nordamerikanern gestoppt, weil Ungarn das beschlagnahmte Vermögen der Volksdeutschen auf seine Reparationsforderungen anrechnen will (x008/63E-64E).
Die "Bayerische Landeszeitung" gibt am 1. Juni 1946 folgende Warnung der US-Militärregierung bekannt (x114/2.92): >>Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung darauf hin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. ...
Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel ... sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen. ...<<
Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/47): >>Neue, sehr willkommene Helfer sind in Friedland tätig. ...
Es sind Ordensschwestern und Caritas-Helferinnen, geschickt vom Bischof in Hildesheim mit dem Auftrag, Not zu lindern, Elend zu mildern, wo immer es vorgefunden wird. Mit dem gleichen Anliegen hat die Innere Mission Diakone, Diakonissen und viele andere Gehilfen ... gesandt. Von diesen vielen Frauen und Männern, dazu der "Internationalen Gesellschaft für Frieden", der Heilsarmee und manchen anderen wurde und wird eine Arbeit geleistet, die bewundernswert ist.
... Sie schleppen die Kisten und Koffer, mühen sich ab mit den Kindern, trocknen Kleider und Schuhe für die Kranken, kümmern sich um die Schwachen, trösten die, die ohne Mut sind, scheuen weder Morast noch Regen – und wissen selbst kaum, wohin sie nachts ihr müdes Haupt betten sollen.
Es sind gute Menschen, die sich ihrer gequälten Brüder und Schwestern hier in Friedland annehmen.
In der Nissenhütte B 18 wird auch Gottesdienst gehalten. Für jeden, der daran teilnehmen

möchte.<<

02.06.1946

Vatikan: Der Papst weist am 2. Juni 1946 "etwas verspätet" auf die Not der deutschen Kriegsgefangenen und Vertriebenen hin. Er fordert die sofortige Auflösung der Konzentrationslager (x039/230).

04.06.1946

SBZ: Ein Schulgesetz wird am 4. Juni 1946 erlassen, um die "Demokratisierung in den mitteldeutschen Schulen" durchzusetzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/116-117): >>Die marxistisch-leninistische Pädagogik unterscheidet 2 Institutionen der "Erziehung" der heranwachsenden Jugend: Familie, Schule und Jugendorganisation.

Die Schule - insbesondere die "allgemeinbildende" im Unterschied zur "berufsbildenden" - gilt jedoch als die "Hauptkraft" der Erziehung. Die "FDJ", die "Jungen Pioniere" und die Familie sind verpflichtet, ihr "Hilfe" zu leisten. Der Einfluß der Familie ist - soweit er sich nicht gleichschalten ließ - trotz gegenteiliger Beteuerungen ständig zurückgedrängt worden.

... Das Erziehungswesen in der Bundesrepublik wird als eine von der Ideologie des Militarismus und Imperialismus durchdrungene Institution diffamiert, das öffentliche Erziehungswesen der SBZ dagegen als Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts und eines echten Humanismus hingestellt. ...

Der Aufbau des öffentlichen Erziehungswesens erfolgte nach 1945 unter der Parole "der allseitigen Demokratisierung", wobei vorgegeben wurde, in einer "demokratischen Schulreform" die schulpolitischen Kampfziele der Arbeiterbewegung und der "fortschrittlichsten Pädagogen des Bürgertums" zu verwirklichen.

Mit dieser Begründung wurde die relative Autonomie des überlieferten Erziehungswesens radikal beseitigt und das Schul- und Hochschulwesen in ein Instrument der kommunistischen Führung verwandelt, das von ihr bewußt als Mittel der "revolutionären Umgestaltung" gehandhabt wird. Sie orientierte sich dabei am sowjetischen Erziehungswesen und an der Sowjetpädagogik. ...

Die "demokratische Schulreform" begann mit der Zerschlagung der überlieferten Schulorganisation und mit deren Neugestaltung durch das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (Sommer 1946).

Es schuf die Einheitsschule. Sie beseitigte den Parallelismus von Volksschule und höherer Schule und führte die radikale Trennung von Kirche und Schule durch, die später auch in der Verfassung der "DDR" verankert wurde. Die Schaffung der einheitlichen "deutschen demokratischen Schule" wird heute noch als Liquidierung des Bildungsprivilegs der alten besitzenden Klasse gefeiert.

Mit der traditionellen Schule wurden auch die Bedingungen der funktionalen Erziehung im Rahmen einer pluralistischen (vielfältigen) Gesellschaft zerstört.<<

05.06.1946

SBZ: Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gehen die SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über.

Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG werden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

In Mitteldeutschland sind damals folgende Industriebetriebe betroffen (x111/289): >>Die Agfa-Filmfabrik in Wolfen (Kreis Bitterfeld); das Leuna-Werk (Ammoniakwerk Merseburg); die Buna-Werke in Schkopau (Kreis Merseburg); die Braunkohlen und Benzin AG (Brabag) in Zeitz; I.-G. Farben, Wolfen; I.-G. Farben Bitterfeld, Werk Nord, Süd und Kraftwerke; Kupfer- und Messingwerk in Hettstedt (Mansfelder Gebirgskreis); Eisen- und Hüttenwerk Thale

(Harz); Dessauer Waggonfabrik AG in Dessau; Gottfried Lindner AG (Waggonfabrik) in Ammendorf bei Halle; Friedrich Krupp-Gruson Werke AG in Magdeburg; Halbwalzwerk, Klöcknerwerk in Ilsenburg; Stickstoffwerke Piesteritz (Kreis Bitterfeld).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/396): >>1946 in der SBZ gegründete sowjetische Staatskonzerne, denen die nach dem SMAD-Befehl Nr. 167 beschlagnahmten deutschen Industriebetriebe angegliedert wurden. Ursprünglich gab es etwa 25 SAG mit 213 Einzelbetrieben. ...<<

WBZ: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 5. Juni 1946 aus Nürnberg (x043/209): >>... Das Kommando der amerikanischen ersten Division veröffentlichte ... einen Befehl an die Mannschaften, wonach den amerikanischen Soldaten untersagt sei, "öffentlich deutsche Mädchen zu umarmen und zu liebkosen". ...

Im Befehl heißt es u.a.: "Es ist einem Soldaten unwürdig, auf den Straßen mit Mädchen im Arm herumzuspazieren, sowie die Mädchen zu küssen, zu liebkosen und zärtlich zu werden."<<

06.06.1946

WBZ: Der US-Militärgouverneur unterzeichnet am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen können (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickt man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete werden durch den "Deutschen Zentralausschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen können die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket bringt den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE (englisch Fürsorge), Akronym für Cooperative for American Remittances to Europe (Vereinigung für amerikanische Hilfslieferungen nach Europa), 1946 in den USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.

Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten (Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket u.a.).

Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<

07.06.1946

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 7. Juni 1946 über deutschlandpolitische Bekundungen des britischen Außenministers Ernest Bevin (x111/177): >>Bevin hat über Deutschland Worte gefunden, die uns freudig aufhorchen lassen.

Er hält daran fest, Deutschland als Ganzes zu behandeln, er behält das Ruhrgebiet als möglichen Föderativstaat Deutschlands im Auge, und vor allen Dingen sieht er im Ruhrgebiet nicht nur ein Potential des Krieges, sondern ein Potential des Friedens. ...

Bevin hat Worte des gesunden Menschenverstandes gesprochen, und wir können nur hoffen, daß seine Bemühungen um den Ausgleich des Westens mit dem slawischen Osten von Erfolg gekrönt sind.<<

08.06.1946

SBZ: Ein FDJ-Funktionär rechtfertigt am 8. Juni 1946 während einer Veranstaltung in Brandenburg an der Havel die Einbeziehung von christlichen Jugendlichen in die FDJ (x111/177):

>>... Ihr seid ja dumm, wir müssen die Kirchen erst an uns ziehen, um so leichter können wir ihnen den Schnorchel umdrehen!<<

09.06.1946

SBZ: Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 9. Juni 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/-188-189): >>Mich wundert immer der Egoismus, der bei der älteren Generation durchbricht. Die Kinder verzichten eher als die Alten. Das ist völlig ungewohnt. Das Ideal der alten Generation hieß doch: Alles für die Kinder.

Man kann jetzt Studien treiben über die Entwicklung des menschlichen Charakters in Notzeiten. Bei den meisten geht die Politur ab.

... In den meisten Großstädten heißt es, soll es risikoreich sein, sich abends auf die Straße zu begeben, ohne Gefahr zu laufen, daß man ausgezogen wird oder ähnliches Ungemach über sich ergehen lassen muß. ...

Kein Mensch will heute etwas über den Krieg, KZs, Flucht und Vertreibung hören. Ich habe mir nicht einmal die Geschichte des letzten Jahres von meiner Mutter erzählen lassen. Mir wird physisch übel, wenn ich das Ungemach nochmals mündlich über mich ergehen lassen muß und nicht helfen kann (hinterher schon gar nicht).

Nach dem ersten Weltkrieg war das erste Buch darüber, das einschlug, Remarques "Im Westen nichts Neues". Aber da war dieser Krieg Gott sei Dank 11 Jahre vorbei.

Warum regt man sich über die KZs auf?

Ganz Deutschland ist heute ein KZ und an Scheußlichkeiten herrscht fürwahr nicht Mangel.

Man frage nur die Flüchtlinge. Man braucht sie nicht zu fragen, nur anzusehen. Himmelschreiend, was sie erdulden mußten. Sehr viele sterben. ...

Mich kann kein Partei- und Zeitungsgeschwätz mehr rühren. ...<<

10.06.1946

USA: Die "New York Times" schlägt am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland soll in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/178).

20.06.1946

WBZ: In Stuttgart wird am 20. Juni 1946 der "Deutsche Zentralausschuß für die Verteilung ausländischer Liebesgaben" ("CARE-Pakete") eingerichtet.

Die aus Nordamerika kommenden CARE-Pakete enthalten damals etwa 40.000 Kalorien Nährwert (x111/182): >>8,8 Pfund Fleisch, 5,8 Pfund Nährmittel und Kekse, 3,5 Pfund Zukker und Schokolade, 3,2 Pfund Marmelade und Pudding, 2 Pfund Gemüse, 1 Pfund Kakao, Kaffee und Getränkepulver, 350 g Milch, 200 g Butter und 200 g Käse.<<

24.06.1946

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 24. Juni bis zum 21. Juli 1946 täglich nur 1.065 bzw. 1.286 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Vatikan: Papst Pius XII. ernennt den "umgesiedelten" Bischof von Ermland, Maximilian Kaller (1880-1947), am 24. Juni 1946 zum "Flüchtlingsbischof der Deutschen".

Der Augustinerpater Dr. Paulus Sladek (1908-2002) berichtet damals über die besonders schwierige Seelsorge für die Vertriebenen (x024/221): >>... Ein Predigerwort, das nur die religiöse Verbrämung eines materiell gesicherten Lebens ist, reicht nicht bis in den Abgrund der Verzweiflung, in den heute viele geworfen sind. Den existenzlosen Massen kommt es heute oft vor, als stünde der Priester weit entfernt von ihnen auf einer sicheren Brücke und mahnte sie, die Gebote Gottes zu beachten, während sie mitten in einem dahintosenden Strom um ihr nacktes Leben kämpfen müssen.

Nur ein Priester, der selbst erschüttert und unruhig geworden ist durch das unsägliche Leid unserer Zeit, vermag die Heimatlosen nicht nur zu trösten, sondern auch zurechtzuweisen. Er wird allerdings dann auch die Besitzenden aus ihrer ichsüchtigen Verblendung aufzuwecken

trachten und sich nicht davor scheuen, bei ihnen Anstoß zu erregen.<<

26.06.1946

USA: Robert H. Jackson (1892-1954, US-Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen) erklärt am 26. Juli 1946 (x353/58): >>… Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind. Als ein Militärgerichtshof stellt dieser Gerichtshof eine Fortsetzung der Kriegsanstrengungen der alliierten Nationen dar.<<

27.06.1946

UdSSR: Das Exekutivbüro des Weltgewerkschaftsbundes fordert am 27. Juni 1946 in Moskau (x111/184): >>... In allen Okkupationszonen Deutschlands soll die freie Entwicklung der demokratischen Gewerkschaftsbewegungen gesichert werden. ...

Die deutschen Gewerkschaften haben ein besonderes Augenmerk der Umerziehung und Demokratisierung der deutschen Jugend zuzuwenden.<<

28.06.1946

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

In einem Brief an die Lizenzträger der "Süddeutschen Zeitung", in dem der Verleger und die verantwortlichen Redakteure darauf aufmerksam gemacht wurden, daß weitere Verstöße gegen Direktiven der Militärregierung zur Suspendierung der Zeitung oder zum Entzug der Lizenz führen, erklärte Oberst Bernhard B. McMahon, der Chef der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung für Bayern:

"Die deutschen Lizenzzeitungen in der amerikanischen Zone unterliegen keiner Zensur, doch werden sie für ihre Veröffentlichungen verantwortlich gemacht. Die Verleger haben Anordnungen erhalten, die jede Kritik an der Militärregierung, an alliierten Mächten oder an den Vereinten Nationen ausdrücklich verbieten".

Die Redakteure der "Süddeutschen Zeitung" waren sich im klaren, daß ihr Angriff gegen die tschechoslowakische Regierung einen zusätzlichen Verstoß gegen diese Anordnung darstellte.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen anerzogen ist:

Christian Morgenstern hat darauf eine glänzende Satire geschrieben. In seinem Gedicht geht ein solider Bürger namens Palmström eine Straße entlang, als er von einem Auto angefahren

wird. Verletzt und halb bewußtlos wankt Palmström nach Hause und fragt sich, was da eigentlich passiert sei. In feuchte Umschläge gehüllt, studiert er seine Gesetzbücher und entdeckt, daß Autos in jener Straße gar nicht fahren dürfen. Palmström gelangt daher zu der Überzeugung, daß er keineswegs von einem Auto angefahren worden sei, "denn nicht sein kann, was nicht sein darf". Er redet sich ein, daß es alles nur ein Traum war.
So glaubten die verwundeten Deutschen, überzeugt wie wir, daß wir solche Dinge nie und nimmer tun könnten, ebenso fest wie wir, daß wir solche Dinge auch nie getan hätten.
... Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

29.06.1946

Großbritannien: Der Erzbischof von Canterbury kritisiert am 29. Juni 1946 die ungenügende Versorgung der deutschen Bevölkerung (x111/185): >>... Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland, die eine steigende Verzweiflung erzeugt, muß durch eine klare Politik konstruktiver Hoffnung aufgehalten werden, ehe es zu spät ist.<<

30.06.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. Juni 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/35-38,46-47): >>Ende Juni 1946. Die organisierten Deportationen "nehmen ihren Fortgang", heißt es in einem Bericht. Man nennt das jetzt "Transporte". ...
Jeden Morgen sammeln sie sich "drüben" vor dem Schlagbaum beim sowjetischen Kontrollpunkt. Warten darauf, bis genügend Leidensgenossen zusammen sind, um einen "Schub" zu bilden. Dann drückt der Posten den Schlagbaum hoch und der Marsch ins Niemandsland zwischen den Demarkationslinien beginnt. ...
Längst sind die Kolonnen, die sich dann langsam und mühevoll zum englischen Schlagbaum bewegen, zum gewohnten Bild geworden. Wer da ankommt mit Sack und Pack, alte Mütterchen und blutjunge Frauen, Greise und Halbwüchsige, ... Kinder mit dem Schulranzen auf dem Rücken und Säuglinge in arg mitgenommenen Kinderwagen, Kriegsversehrte und Kranke, Menschen, die das Leben vor sich haben und solche, die sich kaum noch die Mühe nehmen, zurückzuschauen - wer da ankommt mit langsamen, müden Schritten, erwartet nicht, ein herzliches "Willkommen" zu hören.
Denn diese Menschen sind es gewohnt, als nicht besonders willkommen angesehen zu werden. Sie mußten es lernen, als "Last" zu gelten, die man am liebsten schnell und vollständig abschütteln möchte. ...
Denn, die da ankamen, die besaßen nichts mehr außer dem, was sie auf dem Leibe trugen oder auf Handkarren, Leiterwagen oder im Koffer noch geborgen hatten. Etwas Wäsche, vielleicht ein Kleid, ein Paar Schuhe, die Decke, oft gebraucht und schadhaft, einen Mantel für das Kind oder den Pullover für den Mann, der doch irgendwann einmal wieder zurückkommen würde – Habseligkeiten, in der Eile gepackt, ohne viel Überlegung zusammengerafft. So vieles mußte man zurücklassen, Wertvolles, Wichtiges, Unersetzliches.
Und wie sollte man mit dem Bündel da ein neues Leben anfangen? Bei fremden Leuten, in einem fremden Hause, ohne Bett, ohne Stuhl und ohne Kochtopf? Wovon sollte die Familie leben? Wer würde für sie sorgen - da doch alles, alles dahin war, der Staat zusammengebrochen ...<<
>>... Vor den deutschen Verwaltungsstellen, die nur beschränkte Vollmachten haben, liegt eine schwere Aufgabe und noch eine größere Verantwortung. Sie müssen versuchen, eine gewisse Ordnung in diesen Menschenwirbel zu bringen. ...
Die Verkehrswege sind noch immer stark zerstört. Es fehlt an Nahrungsmitteln und Brennstoffen. ... Das Geld sinkt immer mehr im Ansehen. Es wird nur Ware gegen Ware getauscht.
Die alliierte Politik läßt eine gleichmäßige Verteilung der hereinflutenden Menschen nicht zu.

In der britischen Zone haben die Offiziere der Besatzungsmacht etwas zu sagen. Die Amerikaner haben in ihrer Zone deutsche Stellen mit der Aufteilung beauftragt. Für Flüchtlinge verschlossen ist die französische Zone. Dort wird niemand aufgenommen.
Landräte und Bürgermeister der Kreise und Gemeinden, denen Flüchtlingstransporte "zugeteilt" werden, haben die Hauptlast der Unterbringung und Versorgung zu tragen. Weil die Dörfer im Gegensatz zu den Städten die wenigsten Schäden an den Häusern davontrugen, werden die Massen der täglich eintreffenden Menschen dorthin gelenkt.
Kommt der Transport im Dorf an, wird er zunächst kopfmäßig gezählt, dann werden Zimmer beschlagnahmt, um die Familien überhaupt erst einmal unterzubringen. Aber was geschieht dann?
Wo soll die Bekleidung, wo sollen Öfen, Herde, Schuhe, Decken, Betten, Einrichtungsgegenstände, ... Brennholz hergezaubert werden?
Die Zahl der Flüchtlinge, die in den Westzonen untergebracht werden muß, entspricht etwa der Gesamteinwohnerschaft Skandinaviens oder Hollands. Manche kleinen Gemeinden verdoppeln ihre Einwohnerzahl in wenigen Monaten.
Ohne die Disziplin der Vertriebenen, der bewundernswerten Bescheidenheit dieser Menschen, jedoch auch dem guten Willen der einheimischen Bevölkerung, zu helfen, müßte es zu einer Katastrophe kommen.
Doch die Deutschen haben gelernt, geduldig die harte Faust des Schicksals zu ertragen. Und sie schlägt noch immer zu. ...<<
Polen: Die polnische Regierung läßt am 30. Juni 1946 eine Volksabstimmung über die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze durchführen. Etwa 10,5 Millionen Wähler stimmen mit "Ja" für diese Grenzfestlegung, während rund eine Million Wähler diese "neue Grenze" ablehnen (x064/170).

Juni 1946

WBZ: Die "Stuttgarter Zeitung" berichtet im Juni 1946 über das "Hamstern" auf dem Lande (x117/40): >>... Quer durch die britisch besetzte Zone Deutschlands ... geht seit vielen Wochen ein seltsamer Zug vor sich, der in seiner Unbeirrbarkeit an die Gesetzmäßigkeit des Vogelzuges erinnert. Auch die Menschen, die hier ziehen, folgen einem Gesetz: dem des Hungers und der Not.
Eigentlich "steigt" man nicht in den Zug. Man stürmt den Zug. Viele Hunderte warten bereits 2 und 3 Stunden vor der Abfahrtszeit auf dem Endbahnhof, in dem der Zug eingesetzt wird. Sie springen auf die Trittbretter, hängen sich an die Türgriffe, erobern sich einen Platz.
Sie sind rücksichtslos und haben verschlossene Gesichter. Menschen, die sonst teilnehmend sein können, werden brutal.
Es ist eine Vision, die sie treibt. In ihrer Vorstellung entsteht ein Bild: Sie sehen sich selbst mit leerem Rucksack heimkommen. Hoffnungsvoll blicken ihnen Kinderaugen entgegen, über die jähe Enttäuschung fällt. ...
So fahren sie und ihr Ziel ist die Gegend zwischen Celle und Lüneburg. Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug, sie übernachten in Wartesälen, bleiben 36, 48 und mehr Stunden ohne Schlaf, sie kommen tagelang nicht aus den Kleidern, sie müssen Stolz und Scham niederzwingen, wenn sie von Hof zu Hof gehen, und sie fühlen sich mit ihren Kartoffeln nicht sicher, ehe sich die Wohnungstür hinter ihnen geschlossen hat.
Die Kartoffeltrecks überschneiden sich: Aus dem Industriegebiet kommen sie herauf bis Celle und Uelzen, von Schleswig-Holstein fahren sie bis Uelzen und Celle. Sie berichten einander und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten.<<
UdSSR: Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtet über einen gescheiterten Fluchtversuch aus dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Saransk an der mittleren Wolga im Juni 1946

(x130/281): >>... Um drei Uhr wird zur Zählung gepfiffen. Wir stehen bis 6 Uhr, ohne daß gezählt wird.
Zwei Offiziere sind ausgekniffen. Bald erfahren wir, daß der eine, ein Sudetendeutscher, erschossen zwischen den Drähten liegt. Der andere, ein Oberstleutnant, ist einen Kilometer vom Lager entfernt niedergeknallt worden. Ihre Fluchtvorbereitungen sind verraten worden.
Der Verräter wird kaltblütig sich an Brot und Tabak laben.<<
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die systematische Bespitzelung in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/281-282): >>Die Bespitzelung stellte neben Hunger und schwerer Arbeit wohl die stärkste seelische Belastung für viele dar. Denn die Tatsache, daß man seinem Nachbarn nicht mehr trauen konnte, wog schwerer als manche Entbehrungen. ...
Jedes totalitäre System arbeitet mit Spitzeln, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Sowjets waren deshalb bemüht, auch unter den Kriegsgefangenen ein schlagkräftiges Spitzelsystem einzurichten.
Die deutschen Kriegsgefangenen waren auf das Spitzelwesen nicht vorbereitet: Sie dachten gar nicht an die Möglichkeit des Einsatzes von Spitzeln; man rechnete weder damit, daß sich aus den eigenen Reihen Leute dafür hergeben würden, noch konnte man sich vorstellen, welchen Zweck die Gewahrsamsmacht damit verfolgen könnte. ... Überhaupt nicht rechnete man damit, daß planmäßig Material für Verurteilungen gesammelt wurde.
Was hat der deutsche Soldat schon von Spitzeln gewußt? So etwas kannte man vom Hörensagen, ... vielleicht noch aus Flüsterwitzen über die Gestapo, das war aber auch alles. Daß ein System daraus gemacht werden konnte, daß in jeder Stube, in jeder Arbeitsbrigade, in jedem offiziellen, ja jedem inoffiziellen Zirkel mindestens ein Mann war – oder jedenfalls sein sollte -, der die Sowjets über alles und jedes unterrichtete, das lernte man erst durch bittere Erfahrungen. ...
Die Tatsache, daß der deutsche Soldat nichts von Spitzeln wußte und der deutsche Offizier Spitzel verabscheute – er hätte sie nie in seiner Einheit geduldet -, schützte nicht etwa den deutschen Kriegsgefangenen vor Spitzeln, sondern machte ihn zunächst hilflos. ...
Nur ganz allmählich lernten die Kriegsgefangenen, sich vor Spitzeln zu schützen: passiv durch Vorsicht bei Gesprächen, aktiv – und das nur in wenigen Fällen – durch Selbstjustiz.
Die Gefangenen in den Lagern waren ohnmächtig gegen Spitzeltum und Verrat. Sie mußten schwere Strafen der Russen fürchten, hätten sie Spitzel verprügelt oder gar erschlagen. ...<<
Schweiz: Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtet im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagsmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.
Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

04.07.1946

WBZ: Der deutsche Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hermann Jahreis (1894-1992) erklärt am 4. Juli 1946 vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (x111/188-189): >>Die Angeklagten sind sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen.
Der leitende Grundsatz bei den Veränderungen der deutschen Verfassung nach 1933 ist das Führerprinzip gewesen, wodurch die Angeklagten von jeder Verantwortung für ihre Amtshandlungen enthoben wurden.
Die Prinzipien des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes sind auch schon vor dem Sommer 1939 durchbrochen und im Abessinien-Krieg endgültig hinfällig geworden, so daß beim Ausbruch des 2. Weltkriegs keine den Krieg verbietenden völkerrechtlichen Bestimmungen mehr bestanden haben.
Nach dem Völkerrecht gibt es keine Verantwortlichkeit von Einzelpersonen. ...
Das alte Völkerrecht hat auch keinen Unterschied zwischen erlaubten und verbotenen Kriegen

gekannt.
Auch der Bruch eines Vertrages ist nach dem bestehenden Völkerrecht nicht strafbar ...
Somit ist das Statut des internationalen Militärtribunals revolutionär, ein Strafgesetz mit rückwirkender Kraft, das gegen den Rechtsgrundsatz "nulla poena sine lege" ("keine Strafe ohne Gesetz") verstößt.<<

07.07.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 7. Juli 1946 Dänemarks Gebietsforderungen ab (x111/190): >>Schleswig ist ein Teil Deutschlands.
Das Streben, von Deutschland wegzukommen, und alle Bemühungen, irgendeinen Teil Schleswigs abzutrennen, erfolgt nicht aus Liebe zum dänischen Volk, sondern einzig und allein wegen des dänischen Specks. ...<<

09.07.1946

Frankreich: Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...
Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

10.07.1946

Frankreich: Außenminister Bidault erklärt am 10. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x039/230): >>... Die Konferenz von Potsdam hat in Bezug auf Ostdeutschland prinzipiell zwar provisorisch, sachlich jedoch grundlegende Abmachungen getroffen, welche die französische Regierung nicht strittig gemacht hat.<<
Der sowjetische Außenminister Molotow kündigt am 10. Juli 1946 in Paris den Abschluß eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich an (x111/190): >>Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage der Geschicke Deutschlands und den Friedensvertrag mit ihm erörtern müssen. Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß Rachegefühl kein guter Ratgeber in solchen Angelegenheiten sei.
Es ist nicht richtig, Hitler-Deutschland mit dem deutschen Volk zu identifizieren, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich abschütteln kann. ...
Ich gehe davon aus, daß es im Interesse der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa nicht richtig wäre, den Standpunkt der Vernichtung Deutschlands als Staat oder seine Umwandlung in einen Agrarstaat unter Zerstörung seiner hauptsächlichsten Industriekräfte einzunehmen.
Eine solche Einstellung würde zur Untergrabung der Wirtschaft Europas, zur Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur chronischen politischen Krise in Deutschland führen, deren Auswirkungen eine Bedrohung des Friedens schaffen würden. ...
Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, doch muß vor Abschluß eines solchen Vertrages eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszumerzen, und die genügend Verantwortung besitzt, um alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen an die Verbündeten. ...<<

11.07.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 11. Juli 1946 während einer gemeinsamen Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg (x111/191): >>Wenn wir einmal zu einem vereinten Deutschland mit Ländern von beträchtlicher Kompetenz kommen, dann wird auch die Einheit dieses Deutschland nicht die letzte Erfüllung unserer Wünsche sein, sondern die letzte Erfüllung unserer Wünsche wäre eine Europa-Föderation, in der

Deutschland gleichberechtigt und gleichgeachtet ist, ich möchte sagen, eine europäische Föderation, die nicht nur in europäischen, sondern in weltmäßigen Aufgaben ihr Ziel sieht. ...<<
Der CDU-Politiker Hans Schlange-Schöningen (1886-1960) fordert am 11. Juli 1946 während dieser Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg (x111/191): >>... Ich will in meine Heimat (nach Ostdeutschland) zurück ... Wir wollen mindestens bis zur Oder zurück.<<
Großbritannien: Großbritannien schlägt am 11. Juli 1946 eine einheitliche Wirtschaftspolitik für das gesamte Deutschland vor.

12.07.1946

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 12. Juli 1946 (x114/2.157): >>... Nachdem die Deutsche Bücherei in Leipzig in Zusammenarbeit mit den russischen Besatzungsbehörden ein Verzeichnis der auszusondernden Literatur herausgebracht hatte, ist jetzt auch die Liste der amerikanischen Militärregierung erschienen. Auch sie bezieht sich auf den Befehl Nr. 4 des Alliiertes Kontrollrates. ...
In Ihrer Form bietet die amerikanische Liste ein völlig anderes Bild als das russische Verzeichnis. Enthält diese 15.000, so umfaßt die amerikanische Liste nur 1.000. ...
In einer großen Zahl von Fällen ist man dagegen genau so vorgegangen wie in Leipzig. Man hat die nationalsozialistischen Schriften bestimmter Autoren auf die Verbotsliste gesetzt, ihre übrigen Werke dagegen nicht angetastet so zum Beispiel bei Kolbenheyer, Hans Grimm, Gustav Frenssen, Hanns Heinz Ewers und Bruno Brehm.
Dagegen sind zwei in ihrer literarischen Qualität anerkannte, politisch äußerst angreifbare Autoren, die man in Leipzig mit einem großen Teil tolerierte, einem Totalverbot durch die amerikanischen Autoritäten verfallen: der norddeutsche Bauerndichter Friedrich Giese und der frühere Präsident der Reichschrifttumskammer Hanns Johst, der in seiner früheren Produktion Pazifist war. ...
Keine Revolution, auch nicht die Umerziehung eines Volkes zu Duldsamkeit und freiem Denken, kann der Verbote ganz entbehren.
Es wäre zu wünschen, daß die Zeit nicht mehr ferne ist, in der sich sowohl auf publizistischem wie auf literarischem Gebiet alle Verbotstafeln erübrigen. Nationalistische Hetzschriften hätten dann, als Dokumente der menschlichen Dummheit, Kuriositätenwert, und Pamphlete gegen "Rassenfeinde" würden sich wegen ihrer Lächerlichkeit von selbst verbieten.<<
Schweiz: Die Zeitung "Vaterland" berichtet am 12. Juli 1946 über die schlimmen Zustände im Ruhrgebiet (x117/30): >>Zerstörte Städte bieten einen gespenstischen Anblick, furchtbarer und gespenstischer aber ist der Anblick von Menschen, aus deren Gesichtern die letzte seelische und materielle Not spricht, die keine Hoffnung mehr zuläßt.
Und in diese Städte strömen neue Menschenmassen. ...<<

15.07.1946

Europa: In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<
WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 15. Juli 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48): >>Der englische Lagerkommandant erklärte heute, daß der erste Teil der "Aktion Honigbiene" (... Übernahme Deutscher aus dem Osten gegen Abgabe deutscher Menschen aus dem Westen in Richtung Ost ...) beendet sei und die "britisch-russische Grenze in Besenhausen durch Schließung des Schlagbaumes zunächst gesperrt" werde.
Seitdem die englische Armee "in Vollzug der Abmachungen unserer Staatsmänner" das Lager eröffnet habe, seien 820.000 Deutsche registriert. Friedland hätte täglich rund 3.000 Personen aufgenommen. ...

Im übrigen sollen die Wellblechhütten Fußböden aus Holz erhalten. Bisher kampierten und schliefen (die Vertriebenen) ... auf dem mit Unrat übersäten Lehm des Ackerlandes einer Ziegelei.<<

16.07.1946

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 16. Juli 1946 in Dachau die Urteile gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" ("Malmedy-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Malmedy-Prozeß" (x051/371-372): >>Malmedy-Prozeß, Verfahren eines amerikanischen Militärgerichts in Dachau gegen 73 ehemalige Angehörige der 1. SS-Panzerdivision Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" u.a. wegen Ermordung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen in Malmedy am 17.12.44; einer der umstrittensten Kriegsverbrecher-Prozesse.

Die Anklage stützte sich auf Geständnisse der Angeklagten, die, nach deren Aussage in der Hauptverhandlung, durch psychischen Druck und physische Gewaltanwendung erwirkt worden waren.

Obwohl sonstige Beweismittel im Wesentlichen nicht vorlagen, wurden am 16.7.46 43 Angeklagte zum Tod, 22 zu lebenslänglichen und die restlichen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Durch Bemühungen insbesondere des amerikanischen Chefverteidigers W. M. Everett setzte der Gerichtsherr, General Clay, 41 Urteile (27 Todesurteile, zwölf lebenslängliche und zwei zeitige Haftstrafen) herab und hob 13 (vier Todesurteile, acht lebenslängliche und eine zeitige Haftstrafe) auf. Nach Überprüfungen - u.a. durch einen Ausschuß des amerikanischen Senats - wurden weitere Urteile abgeändert.

Die noch bestehenden sechs Todesurteile wurden 1951 durch den amerikanischen Oberbefehlshaber für Europa, General Handy, in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Wenig später wurde in 31 Fällen nochmals Strafherabsetzung im Gnadenweg verfügt.

Einer der Hauptangeklagten, SS-Standartenführer Peiper, wurde 1976 in Frankreich nach einer Pressekampagne in Sachen Malmedy von unbekannt gebliebenen Tätern ermordet.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...

Keine der Mächte hat der Notwendigkeit einer deutschen zentralen Regierung widersprochen. Molotow fordert aber nicht nur eine Zentralregierung, sondern eine zentralistische Regierung, während die drei Westmächte eine föderative Gliederung eines neuen deutschen Staates im Auge haben.

Die Forderung nach dem Föderalismus ist die Antwort auf die Überzentralisierung des Dritten Reiches, die eine Entmündigung und politische Entmachtung der demokratischen Kräfte von unten her brachte.<<

18.07.1946

WBZ: Das "Handelsblatt" berichtet am 18. Juli 1946 über die dramatische Ernährungslage (x111/193): >>... Nur wenn es gelingt, die Millionen hungernder Städter vom Lande fernzuhalten, kann mit einer besseren Erfassung auf den Bauernhöfen gerechnet werden.

Dies setzt jedoch eine allgemeine Erhöhung der Rationen voraus, denn bei Rationen von etwa 1.000 Kalorien am Tage wird es niemals gelingen, das Hamstern von Lebensmitteln und den Schwarzen Markt zu unterbinden.<<

20.07.1946

Berlin: Ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzu-

streben, wird am 20. Juli 1946 im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).

WBZ: Robert H. Jackson (1892-1954, nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß) erklärt während seiner Schlußrede am 20. Juli 1946 (x114/2.133): >>Nirgends ist der ganze Verbrechenskatalog der Unterdrückung und des Terrors innerhalb Deutschlands so gut mit den Kriegsverbrechen verschmolzen gewesen, wie in der sonderbaren Mischung von Schwätzerei und Klugheit, welche die Aussagen Hermann Görings ausmachten. Göring hat überall seine Hand im Spiel gehabt und ist nebst Hitler der Mann gewesen, der die Tätigkeit aller Angeklagten zur gemeinsamen Anstrengung zusammengehalten hat.

Der blinde Eiferer Heß hat, bevor er der Wanderlust erlag, die Parteimaschine instand gehalten. ...

Keitel, ein schwacher und willfähriger Mann, hat die Wehrmacht der Partei ausgeliefert.

Der Großinquisitor Kaltenbrunner hat den blutigen Mantel Heydrichs angezogen.

Rosenberg hat die Haßlehre geschaffen.

Der fanatische Frank hat die neue autoritäre Ordnung ohne Gesetz errichtet, und Frick hat die Aufgabe gehabt, die Polizei zu überwachen, um dafür zu sorgen, daß die Nazis an der Macht bleiben.

Streicher hat obszöne Flugblätter über die Rassenfrage verfaßt.

Funk hat die Wiederaufrüstung beschleunigt, und die Hexenkunst Schachts hat es Hitler ermöglicht, das kolossale Rüstungsprogramm in aller Heimlichkeit zu finanzieren.

Dönitz hat seinen Unterseebootmördern den Befehl gegeben, die Seekriegsführung mit der Grausamkeit des Dschungels zu betreiben.

Raeder hat die deutsche Marine wieder aufgebaut und sie zu einer Reihe von Aggressionen verwendet.

Schirach, der Vergifter einer Generation, hat die deutsche Jugend in die Lehre Hitlers eingeführt.

Sauckel ist der größte Sklavenhalter seit der Zeit der ägyptischen Pharaonen gewesen.

Jodl hat die Wehrmacht in Verletzung des eigenen Ehrenkodex geführt. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 20. Juli 1946 über den 2. Jahrestag des "20. Juli 1944" (x111/194): >>... Wäre der Aufstand gelungen, man hätte die Männer des 20. Juli als Verräter angesehen und ihnen die Schuld an der Niederlage zugeschoben. Eine fortwuchernde nationalsozialistische Ideologie hätte eine neue Dolchstoß-Legende erfunden. Der Prozeß der Selbsterkenntnis im deutschen Volk wäre unermeßlich schwierig geworden. "Hitler hätte es geschafft": Von dieser Meinung wären wir kaum losgekommen. ...

Es ist leicht, gegen den 20. Juli politische Einwände zu erheben. Aber wer war damals bereit, sein Leben, seine Familie und die Achtung der Welt im Kampf gegen Hitler aufzugeben?

Die Männer des 20. Juli hätten sicherlich jeden begrüßt, der mitgemacht oder es besser gemacht hätte. Die Aktion des 20. Juli war insofern falsch, als sie zu spät kam, mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt wurde und noch keine eindeutige demokratische Tendenz vertrat. Aber die Unzulänglichkeiten müssen von der Realität einer zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft aus verstanden werden. ...

Der 20. Juli war politisch eine Fehlleistung. Er ist aber gleichzeitig ein menschliches Vermächtnis an die deutsche Nation.<<

28.07.1946

Frankreich: Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit

dem eines anderen Volkes zu verbinden.
Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.
Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?
Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.
Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.
Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.
Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<
Der stellvertretende Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone, US-General Lucius D. Clay, berichtet später über die französische Einstellung (x156/34): >>Vielleicht hätten wir ohne das französische Veto innerhalb der ersten 6 Monate zentrale Verwaltungsstellen für ganz Deutschland schaffen und innerhalb oder außerhalb dieser Einrichtungen mühevoll um eine einheitliche Wirtschaftspolitik ringen können.
Bestimmt hätten sich unsere wirtschaftlichen und später unsere politischen Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetregierung auch so ergeben. Ein Deutschland, in dem zentrale Verwaltungsstellen überall ihre Zuständigkeit ausübten, hätten sie möglicherweise weniger leicht gespalten. Ohne deutsche Verwaltungsstellen, die ihre Anweisungen ausführten, konnte die Viermächte-Regierung nicht zum Erfolg führen.
6 Monate nach Potsdam war das sowjetische Expansions-Programm angelaufen. Das kommunistische Machtstreben in den Satelliten-Staaten nahm an Wucht und Umfang zu. Übereinstimmung in Deutschland war da nicht mehr möglich. ...<<

Juli 1946

Ostdeutschland: Da man aus den abgetretenen ostpolnischen Gebieten jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriieren und in den deutschen Ostgebieten ansiedeln kann, richtet sich ab Juli 1946 die Ansiedlungswerbung verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens.
Polnische Werbungskommissionen versuchen sogar, die im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeiter polnischer Abstammung für eine Ansiedlung in Ostdeutschland zu gewinnen (x001/119E).
WBZ: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene berichten später über ihr bitteres Schicksal in den norddeutschen Gemeinden im Juli 1946 (x024/183-187): >>... Die Aufnahme hier war äußerst schlecht und ablehnend. Wir wurden als Pollacken bezeichnet. Da wir aber schon viel Leid erfahren hatten, ertrugen wir es hier auch mit Fassung und versuchten, einigermaßen zurechtzukommen. Sehr viel später hat sich einiges gebessert.

... Nach 4 Tagen Fahrt kamen wir in einem reichen Bauern- und Viehhändlerort in der Nähe von Bremen an, der keinerlei Kriegsschäden hatte. Die Einheimischen hatten noch kurz vor dem Kriegsende ein dort befindliches riesiges Lager der Kriegsmarine ausgeschlachtet. Da kamen wir in das dortige Jugendheim. Wir lagen auf Stroh und bekamen nichts zu essen. Wir hatten nicht einmal einen Ofen im Raum, um unseren Kindern, die 7 und 8 Monate alt waren, etwas Warmes zum Trinken zu machen.
Keiner kümmerte sich um uns, weder die Gemeinde noch die katholische Kirche – ein Dr. theol. – predigte noch sonntags gegen die Vertriebenen, wie er auch in seinem riesig großen Pfarrhaus nicht einmal den vertriebenen Geistlichen, die gelegentlich zu Abhaltung von Gottesdiensten für die Vertriebenen kamen, ein Obdach für eine Nacht gewährte. ...
Christliche Nächstenliebe! Da leben heute die Ausländer bei uns wie die Fürsten im Vergleich zu unserem Vertreibungselend.
... Der Pfarrer sprach von den Flüchtlingen als eine Strafe Gottes und das Gottesvolk drängte die Flüchtlinge aus den Kirchenbänken hinaus. Und wenn jemand vor Hunger schwarz vor den Augen wurde und er sich während der Messe hinsetzte, wurde er so lange und deutlich mit dem Gebetbuch in den Rücken gestupst und mit bösen Blicken bedacht, bis er wieder kniete. ...
Es folgte eine bittere Zeit, in der ich mehr geweint als Brot gegessen habe. Man machte es den Flüchtlingen nicht leicht. Nur zu oft wurde man mit häßlichen Redensarten beschimpft. Mit meinem kleinen Kind auf dem Arm ging ich von Tür zu Tür, um eine Bleibe zu suchen. Schließlich erbarmte sich eine ältere Dame, der eben die Mutter gestorben war, und bot mir ein möbliertes Zimmer an. Ich war glücklich. ...
... Gemeinsam mit anderen Leidensgenossen wurden wir nach Soltau verladen. Dort angekommen, wurden wir zunächst in ein Lager gesteckt, eine ehemalige Baracke, die alles andere als ordentlich, eher als Zumutung zu bezeichnen war. In einem großen Raum waren an einer Seite einige Tische und Bänke. Auf der anderen Seite waren aus rohen Brettern zusammengeschlagene Etagenbetten mit Strohsäcken. Da schliefen nun Männlein und Weiblein und Kinder dazwischen – alles durcheinander.
Im sogenannten Waschraum war nur ein einziges Gefäß zum Waschen, daß die Männer als Kopf einer Bombe erkennen wollten. Eine Toilette gab es nicht, ein Stück von der Baracke entfernt war im Wald eine Latrine.
Als Eßgeschirr dienten zum Teil leere Konservendosen. Ich hatte in den letzten Jahren so manche Erniedrigung erlebt. Aber eine Woche Aufenthalt in diesem Lager machte so recht deutlich, daß der Mensch nicht viel mehr wert war als ein Stück Vieh, im Gegenteil, das wurde oft besser behandelt. Und dies 4 Wochen vor der Geburt meines zweiten Kindes. ...
Wir und unser Bündel wurden auf ein Lastauto verladen und einige Kilometer weiter auf einem Bauernhof wieder abgeladen. Kein Mensch war zu sehen, die Türen alle verschlossen. ...
Mein Mann holte den Gendarmeriebeamten. Schließlich fanden sie den Bauern. Es gab einen heftigen Wortwechsel zwischen den beiden. Uns war es sehr peinlich. Am Ende wies uns der Bauer eine Knechtekammer an, mit Eingang vom Stall. Darin stand nur ein schmales Bett und eine Kiste. ...
Ein Teil unserer Landsleute kam aufs Land, die anderen blieben in Peine. ... Wir haben zu dritt ein freundliches Zimmer, den Blick auf einen Garten. Die Blautanne vor dem Fenster erinnert ein wenig an unsere 2 stolzen Wächter vor unserem fernen, verlassenen Haus. Dieses Zimmer ist nun unsere Welt, es umfaßt unseren ganzen Besitz und unser tägliches Leben. Ein kleiner eiserner Kochherd ist auch hineingestellt worden.
... Die ruhigen Nächte sind erquickend, keine persönliche Bedrohung ist mehr zu befürchten, kein Pochen an der Haustür erschreckt uns.
Aber je mehr wir den Lebensrhythmus der Stadt erfassen, um so tiefer empfinden wir, daß wir

Eindringlinge sind, die Wohnungsnot und Ernährungsschwierigkeiten noch vermehren. ... Entwurzelt zu sein, ist das schwerste Los, das Menschen treffen kann. ...<<
Ein kirchliches Hilfswerk im Ruhrgebiet berichtet im Juli 1946 (x117/58): >>Der neunjährige Ostflüchtling Hans M. wurde von der Bahnhofmission aufgegriffen. Er hatte nur eine zerlumpte Hose an und besaß sonst kein Kleidungsstück. Nach seinen Angaben ist der Vater vermißt und die Mutter verstorben. Er hat keine Angehörigen und besitzt nichts. ...<<
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den nicht selten bitteren Anfang der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/183): >>Auch wenn es unter den Einheimischen im Westen Männer und Frauen gab, die mit Tatkraft halfen, das Los der Ankommenden zu lindern, so muß doch festgehalten werden, daß das Zusammentreffen der Flüchtlinge mit den Einheimischen in der Regel enttäuschend war.
Von einer Welle der Sympathie zu den Betroffenen konnte wahrlich nicht die Rede sein. Es war schon bestürzend, wie gleichgültig und ablehnend sich Deutsche ihren Landsleuten gegenüber verhielten. ...<<
Schweiz: Die "Neue Berner Zeitung" berichtet im Juli 1946 über die Hungersnot im Ruhrgebiet (x117/112): >>Soll man sich auf den Standpunkt stellen, je mehr Deutsche zugrunde gehen, um so besser?
Das würde nicht weniger bedeuten, als daß der schlimmste Naziungeist auch uns erfaßt hat.
Oder soll man nicht eher den Notleidenden die helfende Hand reichen?
Wollen wir nicht gerade darum, weil wir keine Nazis sind, auch zeigen, daß wir anders sind und die reine Menschlichkeit höher stellen als alle politischen Rechnungen? ...<<

02.08.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 2. August 1946 aus Bayern (x124/207-208): >>Dr. W. besucht, der recht deprimiert von einer Inspektionsreise durch die Flüchtlingslager zurückgekommen ist. ...
Die Kloaken rinnen in die Baracken, die Folge sei eine unausstehliche Mückenplage, die Waschgelegenheiten sind mehr als notdürftig, die Räume überbelegt. Niemand nehme sich der Kinder an, die wie junge hungrige Hunde in der Gegend umherstreunen. ...
Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat infolge des Flüchtlingszustroms von 1.500.000 auf 2.730.000 Menschen zugenommen. Die Briten haben den Zuzug nach dieser Provinz gesperrt. ...
Das Schwabinger Krankenhaus, das die Amerikaner beschlagnahmt haben, verfügt über 4.000 Betten. Nicht einmal ein Sechstel davon sind belegt, und unter den Kranken befindet sich nach unseren Begriffen kaum ein spitalfähiger Fall. Während in unseren Kliniken die Kranken auf den Gängen liegen, benutzen die Besatzer die Räume u.a. als Absteigquartier für ihre Fußballmannschaften. ...<<

03.08.1946

WBZ: Das Eheverbot für britische Besatzungssoldaten und deutsche Frauen wird am 3. August 1946 aufgehoben.

09.08.1946

WBZ: Das "Handelsblatt" berichtet am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.
Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 %

erreicht. ...<<

12.08.1946

Berlin: Die Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 9. August 1946 über die "Ausgerichtete Literatur" (x111/203): >>Wenn wir von einem kulturellen Beirat hören, den die Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone sich angegliedert hat, um eine gewisse Planung im Verlagswesen durchzuführen, so drängt sich uns der nicht unbegründete Argwohn auf, hier solle im Fahrwasser der Reichsschrifttumskammer und ihrer verschiedenen Dienststellen zur Förderung arteigenen Schrifttums, nur unter umgekehrtem Vorzeichen, eine Art Einheitsliteratur herangezüchtet werden.

Erich Weinert, der seit kurzem die propagandistisch wirksamsten Zweige der Volksbildung unter seine Fittiche genommen hat, läßt sich die Verlagsprogramme einreichen und empfiehlt nun, sekundiert von einem eigens ausgewählten Gremium zuverlässiger Parteigänger, welches für die Gegenwart besonders wichtige Schrifttum in der Verlagsproduktion zu bevorzugen und welches unerwünscht sei. ...<<

13.08.1946

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 13. August 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/48-52): >>13. August 1946: ... Die ersten aus Rußland entlassenen deutschen Kriegsgefangenen für die britische Zone trafen ein, fieberhaft seit Tagen von vielen Angehörigen erwartet, die aus Köln und Hamburg, Dortmund und Lübeck Schlangen an den Straßenrändern bildeten, um möglichst den Vater oder Bruder, den Sohn oder Bräutigam sogleich zu erspähen. ...

Zunächst kamen ... Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen. Einzelne magere, unendlich abgezehrte Gesichter, fast unmenschliche Gesichter versuchten durch die kleinen Fenster der unförmigen Autos zu sehen. ...

Dann dahinter, in langen Reihen, ohne Tritt, immer zu sechst, müde und matt, mit leeren Blikken und kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, mit Stöcken, Krücken oder den unvermeidlichen, aus alten Konservendosen hergestellten Eßnäpfen in den Händen, kamen diejenigen, die einst gesund ... "gen Osten" ausziehen mußten.

Auch auf den abgestumpften Gesichtern der englischen Soldaten zeichnete sich ein ungläubiges Erschrecken ab; die deutschen Frauen im Straßengraben fingen an zu weinen, einzelne versuchten zaghaft zu winken, aber die schmutzige Masse der ... unendlich bemitleidenswerten Gestalten, die da ausgemergelt und ausgelaugt daherwankten, gab kaum ein Zeichen zurück.

Sie kamen ohne jedes Gepäck, ohne Decke und ohne Mantel, wenige nur ein armseliges, kleines Bündel tragend. Die Gesichter waren grau und zerfurcht, manche auch von Ekzemen zerfressen.

Junge Burschen, zuletzt noch in den Krieg hineingerissen, schienen ... um Jahrzehnte gealtert. Kräftige Männer von einst setzten nur mühsam ein Bein vor das andere. ...

Kolonnen in Militärdrillichhosen, gebrauchten Zivil- oder Uniformstücken, mit Segeltuch bespannte Holzschuhe an den Füßen, oft einen der ihren untergefaßt, folgten. ...

Die letzten Reihen bestanden aus denen, die offenbar immer weiter zurückgeblieben waren. Sie sahen nicht nach links und nicht nach rechts ...

Aber sie wollten nicht aufgeben. Sie hatten sich an den Händen gefaßt, schlürften, gestützt auf ihre Knüppel oder auf die Schulter des Nebenmannes, daher, immer weiter, immer weiter. Nur nicht zurückbleiben, nach Hause, nach Hause.

Auf einer Behelfstrage ... trugen 4 Männer einen Halbtoten, ... der stockend vor sich hin murmelte: "Nicht liegenlassen, Kameraden. Nehmt mich mit, Kameraden ...

Auf "englischem Boden" erhielt jeder Heimkehrer ... einen halben Liter heiße Schokolade. Dann bestiegen die gequälten, geduldigen, kaum sprechenden und fast völlig apathischen

Menschen die bereitstehenden Omnibusse, um ins Lager Friedland gefahren zu werden.
Diejenigen, die nicht mehr weiterkonnten, schleppten sich nach der Fahrt in eine der Barakken, fielen nieder und waren durch nichts zu bewegen, wieder aufzustehen. Andere setzten sich, da wo sie standen, einfach auf den Erdboden. Für die große Mehrzahl aber begann die unvermeidliche Maschinerie des Lagerbetriebes zu laufen.
Zunächst wurden politische Fragebogen verteilt, die jeder sofort auszufüllen hatte. ...
Dann hieß es in Reihe anstehen, Schlange bilden, um registriert zu werden. Und geduldig, wie die Schafe, stellte sich einer hinter den anderen. Das hatten sie gelernt.
Wer die Registrierung "durchlaufen" hatte, mußte in die nächste Baracke zur Entlausung. Das berühmte weiße Pulver flog hier nur so in riesigen Wolken umher. Denn vor Läusen haben die Engländer einen großen Respekt.
Anschließend kamen die Heimkehrer zum Arzt, um untersucht zu werden. Zum Schluß erhielt jeder Verpflegung, gute, reichliche Portionen ...
Ein kleiner Teil der ehemaligen Gefangenen bekam bereits kurze Zeit später einen Freifahrtschein für die deutsche Reichsbahn in die Hand gedrückt und konnte einen der späten Abendzüge in Richtung Heimat erreichen. Viele aber blieben in Friedland, saßen auf den rohen Holzbänken, wortkarg, abgestumpft, still. Sie antworteten auf Fragen nur zögernd, ungern, fast ablehnend.
Hier kamen Männer zurück, die so viel in den letzten Jahren und Monaten mitmachen, ertragen, erleiden mußten, daß für ihre Umwelt kein großes Interesse mehr übrig geblieben ist und sie ... verständnislos auf das hörten, was ihnen gesagt wurde. ...<<
Ein anderer Zeitzeuge berichtet am 13. August 1946 aus dem Grenzdurchgangslager Friedland über die Ankunft des ersten offiziellen deutschen Kriegsgefangenentransportes aus der Sowjetunion (x111/203): >>Die Sowjets ließen die schweigend fügsamen Männer in breiten Kolonnen am Kontrollpunkt in Besenhausen zu fünft oder sechst antreten, hoben den Schlagbaum und übergaben sie den davor wartenden Briten.
Am britischen Schlagbaum kamen zunächst langsam und schwerfällig Sanitätswagen, angefüllt mit Schwerkranken und Marschunfähigen an. Dann näherte sich die Kolonne in langen Reihen, ohne Tritt, müde und matt, mit leerem Blick, großen kahlgeschorenen Köpfen, eingehüllt in Fetzen ehemaliger Uniformen, altem Drillichzeug. Viele gingen an Krücken und Stökken, stützten einander, trugen Kameraden. Kaum einer erwiderte Zurufe und Winke der Tausenden, die am Wegrand warteten. Eine Welle ungläubigen Entsetzens ging durch die Menge. Die britischen Soldaten sahen fassungslos auf diese greisenhaften Gestalten. ...
Das Schlimmste aber war die Ausdruckslosigkeit der Gesichter. Sie wirkten maskenhaft; das Spiel der Mienen und der Glanz der Augen waren erloschen. Alle sahen um Jahre älter aus, als das Geburtsdatum auswies. Kein einziger war arbeitsfähig.
Die letzten aufgelösten Gruppen bestanden aus denen, die immer weiter zurückgeblieben waren. Auf einer Behelfstragbahre, bestehend aus zwei Ästen, über die Fetzen gelegt waren, trugen sie einen Mann mit schütterem grauem Bart, der murmelnd immer wiederholte: "Nicht liegenlassen, Kameraden, nicht liegenlassen!" ...<<
Während einer ärztlichen Untersuchung dieser 1.200 entlassenen Kriegsgefangenen wird festgestellt (x111/203-204): >>... daß von diesen ersten in den Westen offiziell entlassenen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 90 % Dystrophiker sind, 60 bis 70 % starke Kreislaufschäden haben, 40 % tuberkulös erkrankt sind und fast alle Ekzeme, Furunkulose und Phlegmone haben. Auffällig ist auch die große Zahl der Malaria-Kranken.<<
Die US-Militärregierung veröffentlicht am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung

neuer Ideale und Institutionen versprechen.
Der Zusammenbruch der Zentralregierung in Deutschland hat mit sich gebracht, daß Zivilunternehmen wie Schulen, literarische Gesellschaften, Büchereien, Wohlfahrtsbehörden und Krankenhäuser von örtlichen Stellen übernommen wurden. Außer der an sich gesunden kulturellen Betätigung in örtlich begrenztem Rahmen ist es jedoch wesentlich, daß die kulturelle Wiederbelebung auf staatlicher Basis erlaubt wird.
Die Möglichkeit der Grundlage für eine deutsche Selbstachtung ist der berechtigte Stolz auf ihre früheren großen Kulturbeiträge in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Religion.
Die Besatzungsbehörden werden sich dessen bewußt sein, daß dauernde kulturelle Veränderungen nur erzielt werden können, wenn sie von den Deutschen selbst entwickelt und aufrechterhalten werden.
Nach der Ausmerzung der Nazi-Elemente werden die Besatzungsbehörden versuchen, die Aufgabe der Umerziehung in fortschreitendem Maße auf verantwortungsbewußte Deutsche zu übertragen, und zwar so schnell es die Verhältnisse zulassen. Auch die möglichst baldige Wiederherstellung kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen wird angestrebt werden.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland (x051/471): >>Reeducation (englisch Umerziehung), Bezeichnung für die Maßnahmen und Pläne der Alliierten zur Tilgung des nationalsozialistischen Gedankenguts in Deutschland, zur Rückführung der Deutschen zu Demokratie, rechtsstaatlichem Denken und einer auf den Menschenrechten beruhenden Gesinnung sowie zur Vorbereitung einer friedlichen deutschen Mitarbeit am internationalen politischen und kulturellen Leben nach 1945.
Mit welcher "Behandlung" eine solche Reeducation am besten zu erreichen sein würde, war allerdings nicht nur zwischen den Alliierten strittig, sondern unterlag auch Schwankungen je nach politischer Opportunität (Entnazifizierung).
Der zunächst eingeschlagene Weg der Schockbehandlung durch den Vorwurf der Kollektivschuld an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen führte jedoch eher zu Abwehrhaltungen und ließ Reeducation v.a. in politisch rechtsstehenden Kreisen zum Negativbegriff werden. Im Zuge der Ost-West-Entfremdung nach dem Krieg wurde die Reeducation-Propaganda bald modifiziert und schließlich eingestellt.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung seit 1946 (x306/121-126): >>**Pädagogen am Werk**
Die Re-education (Umerziehung) des deutschen (und japanischen) Volkes trug einen Januskopf. Nach rückwärts zeigte er die mürrischen Züge der Sozialpsychologie, jenem Versuch wissenschaftlicher Bewältigung gescheiterter Hoffnungen, nach vorne erglänzte er im rotwangigen Optimismus der Pädagogik und verkündete:
"Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung."
Für die Sozialpsychologen war Reeducation der Terminus für den mühsamen Versuch der Resozialisierung von Alkoholikern, Drogensüchtigen, Gestrandeten aller Art für die Pädagogen bedeutete er die Fortsetzung der Erziehung eines Kindes, das eine Zeit lang in die Hand schlechter Lehrer geraten war. Für den mißtrauischen und empfindlichen Sozialpsychologen war die Gefahr eines Rückfalls immer gegeben, für den optimistischen Pädagogen konnte nichts schiefgehen, da der Zögling doch jetzt in den einzig richtigen Händen war.
In der weltweiten Verbreitung des pädagogischen Optimismus sahen viele Amerikaner den wichtigsten Kriegsbeitrag der USA. So hatte sich schon vor dem amerikanischen Kriegsbei-

tritt die Pädagogik mit einem Manifest von Ann Arbor als gestaltende Kraft für die Errichtung der Nachkriegsordnung empfohlen. Auch während des Krieges wurden die Pädagogen nicht müde, in Tagungen, Rundtischgesprächen und Vorlesungen die Probleme einer Reeducation auszuloten. Weniger Geschick zeigten sie bei den Positionskämpfen um die Einflußverteilung in der zukünftigen Militärregierung.

Die Erziehung wurde Aufgabe einer Unterabteilung, an deren Spitze zwei Hauptleute standen. Pädagogik war in den ersten Besatzungsmonaten wenig gefragt. Auch auf dem Erziehungssektor hatte zunächst der Viermächte Kontrollrat das Wort. In seiner Direktive Nr. 54 legte er fest, daß in ganz Deutschland das gleiche Erziehungssystem gelten solle. Alle Schulen sollten zur demokratischen Lebensform erziehen. Was hinter dieser zu verstehen war, blieb allerdings der Vorstellungskraft der Zonenbefehlshaber überlassen.

Diese fanden heraus, daß die demokratische Lebensform die Lebensform just ihres Landes sei. Übertrüge man diese Lebensform auf Deutschland, dann habe man auch dort die demokratische Lebensform eingeführt. Nur die Franzosen hüteten sich, den Pariser Zentralismus auf Deutschland zu übertragen, für das sie eine extrem föderalistische Entwicklung bevorzugten, und priesen lieber die Hochleistungen französischer Kultur und Zivilisation an.

Auch die Amerikaner befanden sich in einigen Schwierigkeiten, da sie hin- und herschwankten, ob sie die amerikanischen Zustände, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, auf Deutschland übertragen oder ob sie von der sich in ihren Vorstellungen anbahnenden künftigen Weltordnung ausgehen sollten. Immerhin hatte die Harvard Universität 1945 ein Manifest erlassen, das in den Worten gipfelte: "Alle Nationen bedürfen der Reeducation." Die Amerikaner waren nicht ausgenommen worden.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen habe, sollte von einer 10köpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an Clay, "wie Deutschland am besten durch Erziehungsmaßnahmen, in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte".

Für Pädagogen eröffnete sich in Deutschland ein weites Feld. "Da sich keine Ideologie selbst verwirklicht oder auch nur erklärt, muß die Demokratie, unser positiver Beitrag, bis ins einzelne gelehrt werden, damit die Deutschen nicht unabsichtlich - wie es die Nazis absichtlich taten - von dem gesteckten Ziel abkommen."

Doch dürfte man nicht bei der Belehrung, "dem unfruchtbaren Tat der dürren Gebeine", stehen bleiben, sondern vielmehr "als wesentlichen Beitrag zur Überwindung der selbstverschuldeten gegenwärtigen Lage Deutschlands die Methoden demokratischer Lebensführung empfehlen". Denn der "Begriff Demokratie enthält Forderungen für den Marktplatz ebenso wie für den Altar und das Heim". "So müssen wir auch die Erwachsenen erziehen, um zu verhindern, (daß das Heim, die Kirche und der Marktplatz die Früchte systematischer Erziehung vergiften und ihr Ergebnis verderben."

Wie aber werden Erwachsene erzogen. Indem ihnen beigebracht wird, daß "die Politik der demokratische Kampfplatz der Erwachsenen ist, daß sie die unmittelbare und dauernde Voraussetzung einer Erziehung zur demokratischen Lebensform darstellt."

"Diese Schule der sittlichen Toleranz und der bürgerlichen Weisheit für alle Deutschen haben wir bereits errichtet. ... Von den ersten Wahlen in den Gemeinden hat sich die staatsbürgerliche Kunst der geordneten Mitwirkung aufwärts bewegt."

Die Reform der Erwachsenen durch Wahlurne, kontrollierte politische Diskussionen und Bürgerversammlungen hatte also schon Fortschritte gemacht. Was aber sollte in den Schulen geschehen? Diese hätten zunächst die Trennung von Volksschulbildung und höherer Schulbildung zu beseitigen, da hierdurch bei einer kleinen Gruppe ein Überlegenheitsgefühl, bei der Mehrzahl ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt worden sei, das "jene Unterwürfigkeit und je-

nen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh". Als erster Schritt sei eine gemeinsame Grundschule in 6 Klassen vorzusehen. Desgleichen dürfe die Ausbildung der Volksschullehrer nicht von der der Lehrer an Höheren Schulen getrennt werden. Den Fächern, "die mit akademischer Tradition überlastet und lebensfremd sind", sei der Krieg anzusagen.
"Klassenausschüssen, Diskussionsgruppen, Schulbeiräten, Schülervereinigungen, Vorhaben im Dienste der Gemeinschaft" die Tür zu öffnen. Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als "wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist", nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. "Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten."
Nach dem Besuch der Erziehungsmission konnte die Unterabteilung Erziehung nicht mehr das bisherige Schattendasein führen. Man stellte sie ans Licht, indem man an ihre Spitze einen "großen Namen" setzte, H. B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der sich auf die Verwendung von New Deal Geldern so gut verstand, daß er mit ihrer Hilfe aus einer hinterwäldlerischen Bildungsstätte eine der modernsten Universitäten Amerikas gemacht hatte. Aus der Unterabteilung Erziehung wurde eine Abteilung, und ein großer Stab ging daran, gewaltige Reformschlachten (auf dem Papier) zu schlagen.
Als Wells 1948 nach Amerika zurückfuhr, ließ sein Nachfolger Alonzo G. Grace das ganze Reformprogramm kurzerhand in der Schublade verschwinden. Auf einer Konferenz in Berchtesgaden verkündete Grace die Abkehr von der Politik seines Vorgängers und die neue Ära in der Umerziehung. Sein Programm enthielt u.a.
Punkt 1: "Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird."
Punkt 6: "Wir müssen nicht Schuld daran tragen, daß wir versuchen, in Deutschland, inmitten einer Umgebung, die von Verwirrung und Unsicherheit erfüllt ist, ein Ideal zu verwirklichen, das anderswo nicht vollendet wurde."
Punkt 8: "Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland umerziehen und neu orientieren sollen. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein:
a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.
b) Ein wirksames Deutschland Programm der UNESCO zu ermutigen.
c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.
d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen."
Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten gingen die Amerikaner davon ab, den Deutschen Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne daß der amerikanische Einfluß auf den ersten Blick erkennbar war. Ein schönes Beispiel bietet das neuerdings an allen deutschen Universitäten gelehrte Fach "Politische Wissenschaften".
Dieses Fach hat zwei Väter: die sozialdemokratische hessische Regierung und die amerikanische Militärregierung. Die hessische Regierung, die schon frühzeitig an den ihr unterstehen-

den Universitäten Lehraufträge an Männer ihrer Couleur vergeben hatte, berief im September 1949 eine Tagung auf das Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald ein, auf der über die Einführung der Politischen Wissenschaften auch auf den nichthessischen Universitäten beraten werden sollte. Das Protokoll dieser Tagung stimmt ironisch. Die anwesenden deutschen Professoren versuchten in alter Gelehrtentradition zu erörtern, ob die Politischen Wissenschaften Wissenschaftscharakter trügen und methodisch entsprechend ausgebaut seien.
Die als "Berater" anwesenden Amerikaner unter dem Vorsitzenden des Verbandes der Politischen Wissenschaftler erklärten, daß die Politische Wissenschaft in ihrem Lande deshalb eine Wissenschaft sei, weil sie über so und so viele Lehrstühle, Zeitschriften und Institute verfüge. Der Vertreter der Militärregierung Prof. Kurt Loewenstein meinte kurzerhand, daß man einem geschenkten Gaul nicht in das Maul schauen solle und die Amerikaner für die Finanzierung der neuen Wissenschaft und Stellung von Lehrpersonen schon Sorge tragen würden. Er führte selber später den Erfolg der Tagung und die Errichtung des neuen Faches auf seine Erzählung des folgenden Witzes zurück:
Ein Irrer kam zum Professor Specht. Dieser fragte ihn, wie er heiße.
Antwort: Schneider.
Was er von Beruf sei: Schuster.
Ob es ihm nicht seltsam vorkomme, wenn er Schuster sei und Schneider heiße.
Antwort: Der Professor hieße ja auch Specht und sei ein Gimpel.
Wer bei der Errichtung des Faches Politische Wissenschaften die Gimpel waren, hat Prof. Loewenstein nicht näher ausgeführt. Nach dem Gesetz, wonach sie angetreten, entwickelte sich die Politische Wissenschaft fort. Zunächst wurden sämtliche verfügbaren Lehrstühle mit ehemaligen Amerika-Emigranten besetzt, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland meist weder ihre amerikanische Staatsangehörigkeit noch ihre amerikanischen Lehrstühle aufgaben. In Süddeutschland wurden auf diese Weise etwa die Lehrstühle in Heidelberg (Friedrich), Freiburg (Bergsträsser), München (Voegelin), Stuttgart (Golo Mann) besetzt. Später rückten dann deren (meist in Amerika ausgebildete) Schüler auf.
In einem Nachruf der Akademie für Politische Bildung (Tutzing) auf den Inhaber des Freiburger Lehrstuhls lesen wir: "Sein gedrucktes wissenschaftliches Oeuvre seit seiner Rückkehr ist schmal. Für das akademische Bewußtsein, für das deutsche in besonderem Maße, ist aber der wissenschaftliche Erweis das Buch … Der Professor … hat die darin enthaltene Bestreitung seines Gelehrtentums selbst sehr ernst genommen. In der von ihm vollzogenen und mehrmals wiederholten Güterabwägung waren jedoch andere Gesichtspunkte gewichtiger …
Vordringlich war es ihm, der Politischen Wissenschaft nach dem Abbrechen der in der 1. Republik begonnenen Bemühungen die Dignität der klassischen Universitätsdisziplinen und also ihren Einbau in das alte Gefüge der deutschen Universität zu verschaffen. Das ist durch keine noch so hervorragende wissenschaftliche Leistung eines Einzelnen zu erreichen, sondern, unter den Bedingungen eines Neubeginns, nur, indem an einigen Universitäten eine große Zahl von Studenten gesammelt, intensiv gefördert und zur Promotion und Habilitation geführt werden."
Das Fach Politische Wissenschaft hat bisher nichts hervorgebracht, was in der Geschichte der politischen Ideen, in die sich so mancher deutsche Nationalökonom, Jurist oder Historiker eingezeichnet hat, festgehalten zu werden verdient. Die verbissene Wut, mit der die Politologen gegen Carl Schmitt polemisieren, scheint nicht zuletzt daraus zu resultieren, daß diesem der Platz in der Geschichte der politischen Theorien sicher ist, um den sie sich vergeblich bewerben. Der Fernsehschirm verhilft eben doch nur zu Stundenruhm.
Da es ein Gesetz zu sein scheint, daß wissenschaftliche Leistung und politischer Einfluß sich umgekehrt proportional verhalten, ist den Politologen ein beträchtlicher Einfluß sicher. Wenn voller Optimismus erklärt werden kann:

"Die Existenz der deutschen Demokratie wird von der Sozialwirksamkeit der politischen Bildung abhängen" (F. M. Schmölz), dann zeigt sich, daß die Politische Wissenschaft (bei nichtakademischen Adressaten Politische Bildung geheißen) jenes Medium der Charakterwäsche ist, das zur Zeit mit die besten Resultate zeitigt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (17/1971) berichtet am 19. April 1971 über die Re-education der Deutschen: >>**Große Mission**

Wir müssen noch einmal die Rolle spielen", klagte US-Staatssekretär Archibald MacLeish im Juli 1945 im besetzten Deutschland, "die wir am Anfang unserer eigenen Geschichte gespielt haben." Die Rolle verglich er mit der "Behandlung eines Kriminellen in einer modernen Strafanstalt".

Die Behandlung ... der US-Besatzer (erhielt) eine Bezeichnung, die amerikanische Psychiater gewöhnlich für die Besserung in Trinkerheilanstalten verwenden und die im Vokabular deutscher Neo-Nationalisten bald für "Umdrehen" oder "Charakterwäsche" stand: "Re-education".

Es war der beispiellose Versuch, "das Denken des deutschen Volkes umzuwandeln" (US-Präsident Franklin D. Roosevelt) -- die "Umerziehung" einer Nation, die Hitlers Machtübernahme ermöglicht und seinen Eroberungskrieg geführt hatte, und die -- mindestens zunächst -- für Kriegsverbrechen und KZ-Greuel kollektiv verantwortlich gemacht wurde.

Die Deutschen freilich hielten das US-Projekt eher für eine "Gebrauchsanweisung zur Domestizierung einer wilden Bevölkerung" -- so, ironisch, Freidemokrat Theodor Heuss, Württemberg-Badens erster Nachkriegs-Kultusminister -, zumindest aber für eine "heikle Sache" -- so, lapidar, Christdemokrat Konrad Adenauer, Kölns erster Nachkriegs-OB.

Zur Sache zählten Kriegsverbrecherprozesse ebenso wie Entnazifizierungsverfahren, Zwangsbesichtigungen in geräumten Konzentrationslagern wie Lektionen in der Besatzerpresse aber vor allem auch, als positives Kernstück der Re-education, die Reform der deutschen Schule.

Wie am Anfang ihrer eigenen Geschichte, als Amerikas erste Republikaner erstmals demokratische Grundrechte formulierten, wollten Amerikas Besatzer an Deutschlands Schulen anstelle "pervertierter Konzepte" einen demokratischen "Kanon von Glaubenssätzen" postulieren (so der Vorsatz bei der Jalta-Konferenz der Alliierten von 1945).

In keinem Siegerstaat wurde "Umerziehung" so ausgiebig erörtert wie in den USA. Keine Besatzungsmacht war so wie die amerikanische darauf aus, das Volk der Volksempfänger "am besten durch Erziehungsmaßnahmen in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt einreihen zu können" (so die Empfehlung einer US-Schulkommission, die 1946 vier Wochen durch die US-Zone reiste).

Wie braun deutsche Schul-Konzepte im Dritten Reich gewesen waren, dokumentierte den Amerikanern eine Deutsche:

Die emigrierte Dichterstochter Erika Mann beschrieb in einem Bestseller ("Schule für Barbaren"), was in NS-Schulbüchern über Antisemitismus geschrieben stand ("Trau keinem Fuchs auf grüner Heid! Und keinem Jud bei seinem Eid!") und wie Erbfeindschaft wach gehalten wurde ("Du bist ein deutsches Kind, so denke dran, / Was Dir der Feind in Versailles angetan"). Sobald sie Fibeln lesen konnten, leierten deutsche Grundschüler Sprüche wie: "Adolf Hitler ist der Führer. Adolf Hitler liebt die Kinder. Die Kinder lieben Adolf Hitler. Die Kinder beten für Adolf Hitler." Sobald sie rechnen konnten, zählten sie SA-Kolonnen nach Dreierreihen und Sechsergruppen.

Ziele der US-Schulpolitik sollten freilich nicht nur Lehrstoff und Lehrpersonal sein, nicht nur Aufklärung in neuen Unterrichtsfächern (wie Gemeinschafts- und Staatsbürgerkunde) und durch Schülermitverwaltung. Hauptziel der Schulreform war Chancen- und Bildungsgleichheit durch Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit, hauptsächlich aber durch Einführung der durchlässigen Gesamtschule anstelle des tradierten Zuges von der Volksschule zum Gymnasium -- ein Projekt, das beispielsweise die Sowjetbesatzer in ihrer Zone sogleich mit der dekretierten

"Einheitsschule" angingen und das bundesdeutsche Bildungsreformer 25 Jahre nach Kriegsende noch immer nur planen.
Und damit "Heim, Kirche und Marktplatz" nicht "die Früchte systematischer Erziehung vergiften", so formulierte die US-Schulkommission, sollten auch die Erwachsenen belehrt werden: in Volkshochschul-Kursen, etwa über "Irrtümer in der deutschen Geschichte".
Daß -- und warum -- die "große Mission" dann doch "letztlich scheiterte" (US-General Lucius D. Clay), ergründete jetzt der hannoversche Politologe Karl-Ernst Bungenstab in einer Untersuchung über die "Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone" (Karl-Ernst Bungenstab: "Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949". ...). Die Gründe sind, so der Autor, "ebenso simpel wie überraschend": Zur Umerziehung hatten die Amerikaner "so gut wie kein Konzept und so gut wie keine Mittel" (Bungenstab). Und vor allem fehlte es der Mission an Missionaren.
Die Abteilung für "Education and Religious Affairs" (EllA) der US-Militärregierung, die sich nach Kriegsende in Höchst am Main (später: Berlin-Zehlendorf) niedergelassen hatte, zählte nur 30 Mann, Mitte 1946 das Doppelte: in Umerzieher auf 270.000 Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone. Die ERA-Männer verfügten nur über einen Jeep; sie trampten, wenn sie reisen mußten, oder gingen bei höheren Offizieren "um Fahrzeuge betteln" (so ERA-Offizier Marshall Knappen später in einem Report). "Von Tag zu Tag", klagte US-Besatzungsoffizier und Historiker John Gimbel, "wußte man kaum, wo ein Erziehungsplaner aufzutreiben war."
Als die Amerikaner im Herbst 1945 in der US-Zone die Schulen wieder öffneten "um die Jugend von der Straße zu bekommen" (Clay), gab es keine Lehrpläne und keine Unterrichtsbücher, viel zu wenige und viele alte Lehrer.
In kaum einem anderen Beruf entnazifizierten die Besatzer so gründlich wie unter Lehrern, die den Nazi-Ungeist in Kinderherzen gepflanzt" (Erika Mann) hatten: Im thüringischen Bad Liebenstein hatten US-Truppen die Akten des NS-Erziehungsministeriums gefunden, im bayrischen Bayreuth die Mitgliederkartei des NS-Lehrerbundes, Vorübergehend entlassen wurden, wie zum Beispiel in Würzburg, 90 Prozent des Schulpersonals ...
Übrig blieben an den Volksschulen der US-Zone 14.170 Lehrer -- einer für durchschnittlich hundert Schüler die Hälfte über 60 Jahre alt, häufig nur schlecht ausgebildete Teilzeit-Lehrer und -Lehrerinnen. "Wollen wir etwa"· spottete selbst Amerikas "New York Times", "die deutsche Jugend von ausgetrockneten Jungfern inspirieren lassen?"
"Wir werden für die Deutschen völlig neue Schulbücher schreiben müssen", hatte US-Präsident Roosevelt verordnet. Doch die ersten Nachkriegsbücher waren von alter Machart: Nachdrucke einer Kollektion aus der Weimarer Republik, die zufällig in der Columbia-Universität zu New York gefunden worden war. In der Eile nur oberflächlich revidiert, mußten sie korrigiert oder gar konfisziert werden: Wie Generationen zuvor unterwiesen sie in Frontgeist ("Oh, fiele ich doch im Kugelgezisch"). Wie nach dem Ersten so lokalisierten deutsche Schüler auch nach dem Zweiten Weltkrieg einstige Reichskolonien und berechneten, "welche Nachteile Gebietsabtretungen für die deutsche Industrie darstellen".
Von deutschen Pädagogen entworfene Lehrbücher wurden häufig beanstandet oder zurückgewiesen über ein Drittel von 371 zwischen Mai 1946 und April 1947 eingegangenen Manuskripten. Genehmigt wurde mitunter nur, was durch Auslassen zweifelsfrei geworden war. Der Historiker Henri Brunschwig erinnert, was einer Verwandten beim Durchblättern eines Siebtkläßler-Geschichtsbuches entfuhr: "Sie haben uns Karl den Großen gestohlen!"
Doch so unnachgiebig die Umerzieher an der Lehr-Literatur verfuhren, nachsichtig behandelten sie das Lehr-System. Zwar erkannte die US-Schulkommission, daß "autoritäres Einpauken von Stoff noch eine weiterbreitete Lehrmethode" -- war und das "Kastensystem" humanistischer Bildungstradition sich erneut etablierte. Mit Empfehlungen jedoch änderten sie nichts.

"In dem Zwiespalt", so Autor Bungenstab, "ein Volk mit Mitteln, die undemokratisch waren, zur Demokratie erziehen zu wollen", wollten die Amerikaner lieber selber gute Demokraten sein und "die eiserne Faust so lange wie nur möglich verborgen halten" (so eine US-Direktive). So "blieb alles, wie es war" (Bungenstab) -- wie es zu Weimarer Zeiten gewesen war.
"Es ist nicht auszudenken", schrieb 1970 die Bildungspolitikerin Hildegard Hamm-Brücher, "wie viele Umwege, Irrtümer, ideologiebefrachtete Schulkämpfe und Fehlinvestitionen wir uns hätten ersparen können, wenn sich die Schul- und Reformvorschläge der Alliierten bereits in den ersten Nachkriegsjahren durchgesetzt hätten."
Sie setzten sich nicht durch -- in der amerikanischen Zone ebensowenig wie in der britischen und der französischen. Statt dessen begannen traditionalistische und restaurative Kräfte "auf der ganzen Linie zu obsiegen": die Chance der Erneuerung wurde "für zwei Jahrzehnte verspielt" (Hamm-Brücher).
In Bayern etwa, wo man dank CSU und neuer Verfassung "zurückgefunden" hatte "zum Herrgott als der Grundlage allen Daseins", ignorierten die Landespolitiker die "Methoden Kaliforniens" und restaurierten am gründlichsten: nicht nur die christliche Bekenntnisschule, sondern auch die ländliche Zwergschule zur "Pflege dörflicher Kultur" -- so formulierte ein Mann, der nach dem Urteil des US-Landeskommissars George N. Shuster als "grimmiger Katholik" wie "eine formidable Bastion zwischen den Reformern aus Übersee und der bayerischen Tradition" stand: Dr. Alois Hundhammer.
Und selbst im progressiven Hessen protestierten im Februar 1949 Oberschullehrer und Schüler gegen das US-Muster der differenzierten Gesamtschule: "Der Militärregierung darf nicht erlaubt werden, unser Schulsystem abzutakeln."
Zwar kontrollierten US-Offiziere jahrelang Unterrichtsstunden und Lehrpläne, und sie lehnten wiederholt deutsche Schulreformpläne mit dem Hinweis auf Besatzungs-Direktiven ab. Doch als sich Amerikas Re-education-Experten nach vergeblichem Mühen im Oktober 1948 in Berchtesgaden versammelten, galt schon die neue Devise: "Von der Direktive zur Überzeugung." Und die neue Erkenntnis ("Keine Besatzungsarmee ... hat jemals erfolgreich einem anderen Volk ein dauerhaftes System von Kultur und Bildung zwangsweise übergestülpt") kam auch nicht von ungefähr.
Denn was nun, mit Einrichtungen wie den "Amerika-Häusern" und Studentenaustausch, aktiviert wurde, geschah nicht mehr am Feind von gestern, sondern mit dem Partner von morgen -- im Kalten Krieg. Nun ging, so Bungenstab, "antikommunistische Instruktion vor Re-education".<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614-615): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...
Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.
Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Ju-

gend und deutscher Erziehung.
Hauptziel schien zu sein, die deutsche Jugend davon zu überzeugen, daß der Nazismus, mit seiner Verleugnung ewiger Menschheitsideale, böse war – als ob irgendein Jugendlicher dies 1945/1946 nicht gewußt hätte und als ob nicht gerade unter der Jugend der innere Widerstand gegen den Nazismus am stärksten gewesen wäre! Die Konzentrationslager waren voll von Jugendlichen, denen "bündische Umtriebe", das heißt ein freiheitliches Bestreben vorgeworfen wurde.
In Deutschland dem Lande der Jugendbewegung und der freien Schulgemeinden (Wickersdorf, Odenwaldschule, Schule am Meer, Salem usw.) mit ihrer jahrzehntelangen demokratischen Selbstverwaltung, sollte "das Schulleben so organisiert werden in allen seinen Erscheinungsformen, daß es "Erfahrung im demokratischen Leben vermittle"!
Und das Jugendleben: Auch da müsse das demokratische Prinzip eingeführt und die Jugend zu wirklicher Selbstbestimmung und Verantwortung erzogen werden! Vom Hohen Meißner, von Gustav Wyneken, Walter Flex und all den anderen scheinen die "Wiedererzieher " nie gehört zu haben. ...<<

23.08.1946

WBZ: Die britische Militärregierung löst am 23. August 1946 in der britischen Zone die Provinzen des ehemaligen Landes Preußen auf und gründet aus den Provinzen Rheinland und Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen.
Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961, Oberpräsident von Hannover, später Ministerpräsident Niedersachsens) berichtet am 23. August 1946 (x111/207): >>... Die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen und des Wohnungsneubaues ist eine Frage der Beschaffung des nötigen Baumaterials, die wiederum von der Kohlenlieferung der Industrie abhängig ist.
Die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte stößt gleichfalls auf Schwierigkeiten.<<

24.08.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 24. August 1946 aus Bayern (x124/223-225): >>... Seit zwei Wochen leben meine Eltern bei uns.
Mein Vater ist für seine 62 Jahre noch recht rüstig; den ganzen Tag rodet er im Wald Baumstümpfe. Wir werden in diesem Winter nicht frieren, sagt er, wenn ich einwende, daß diese Arbeit für sein Alter und unsere Ernährung viel zu schwer ist.
Alle Leute in der Kolonie und ein guter Teil der Stadtbevölkerung verbringen ihre Freizeit mit Holzsammeln. Der Wald sieht auch wie leergefegt aus und man muß schon weit hineingehen, um am Boden noch einen trockenen Ast zu finden. Am Abend sieht man ganze Scharen mit hochbeladenen Karren heimwärts ziehen.
... Täglich, entweder auf dem Wege zum Amt oder auf der Rückkehr, grase ich die Märkte ab, ob es nicht Gemüse zu kaufen gibt, während meine Freunde mit ländlichen Verbindungen auf der Jagd nach Kartoffeln sind, deren Transport mit der Eisenbahn oder mit Lastwagen durch ein unbegreifliches Gesetz verboten ist.
... Von Zeit zu Zeit komme ich in ein Flüchtlingslager oder besuche ein Dorf, wo Flüchtlinge einquartiert sind. Ich bin ja auf bescheidenste Weise motorisiert.
Die Menschen werden in die Dörfer gepreßt, weil es in den zerstörten Städten keine Unterkünfte für sie gibt. Oft weigern sich die Bauern, sie gegen Verpflegung mitarbeiten zu lassen, weil sie nicht kräftig genug sind. Denn die Leistungsfähigen werden von den Vertreibern zurückgehalten und zu jenen Arbeiten herangezogen, für die sich diese nun, unter den gewandelten Umständen, zu gut halten.
Aber auch diejenigen, die durch den Luft- und Bodenkrieg, durch Plünderung und Entnazifizierung ihre Habe eingebüßt haben, sind nicht viel besser dran. Langsam, aber unentrinnbar fallen auch sie der Verelendung anheim, wenn sie nicht sehr zäh, lebenskräftig und erfindungsreich sind.

Für die ... 50- bis 60jährigen ist die Aussicht gering, bessere Tage zu erleben. Und was haben sie alles durchgemacht! Den Ersten Weltkrieg, die Niederlage, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise, die Nazi-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und den zweiten Zusammenbruch.
Was haben sie zu erwarten? Das ihr Land Kampfplatz zwischen den Weltmächten wird? Es ist wirklich kein gutes Los und sie sind um ihre gestiegene Lebenserwartung nicht zu beneiden.
In letzter Zeit hatte ich Gelegenheit, einige vor wenigen Jahren noch prominente Leute kennen zu lernen; Bildhauer, Schriftsteller, Verleger, Universitätslehrer. Über ihren Lebenstrümmern liegt kein Hoffnungsschimmer.
So bleiben meine Jahrgänge, reduziert durch den Krieg, aber dank geringerer Vergangenheitsbelastung lebensgierig um jeden Preis. Der Krieg hat sie realistisch und pragmatisch gemacht. Ihre soziale Verpflichtung fassen sie eng; zunächst wollen sie, daß ihre Familien überleben. ... Sie halten die Augen offen und warten ab. Das Überleben ist schon schwierig genug, auch für sie. Ein Engagement wird man ihnen erst abgewinnen, wenn man allen Chancen gibt und keine bloß negative Besatzungspolitik praktiziert.
Leid tun können einem die Kinder, die in diesem Milieu heranwachsen. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen unsere Zeitungen die Ergebnisse von städtischen Schuluntersuchungen (ob es so etwas auf dem Lande gibt, weiß ich nicht, doch dürfte dort angesichts der vielen Flüchtlinge die Lage der Kinder noch trostloser sein). So hieß es gestern in einem Bericht aus Nürnberg, daß dort nur 14 % der Schulkinder als zureichend ernährt bezeichnet werden können; 30 % leiden an Hungerödemen. ...<<

28.08.1946

SBZ: Der sowjetische Oberst Tulpanow erklärt am 28. August 1946 bei der Übergabe von Lizenzen an Wissenschaftliche Verlage in Ostberlin (x111/208): >>... Die progressiven Kräfte des neuen Deutschland erhalten heute weitere Waffen für ihren Kampf um die Gestaltung des echten Humanismus und der echten Demokratie, denn was ist die Presse anderes als die schärfste Waffe in dem geistigen Kampfe um die Umerziehung des Volkes? ...
Diese neuen Zeitschriften und Zeitungen, die morgen schon das Arsenal der deutschen Demokratie bereichern werden, sollen ihr Bestes tun im Kampfe für die demokratische Umgestaltung Deutschlands.<<

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 28. August 1946 (x124/226-227): >>Am Morgen schrieb ich den Bericht vom Todesmarsch der Saazer auf Matrize.
Mit jedem Blatt kroch mir das Grauen über die Greueltaten tiefer ins Blut. Hat bei Umstürzen dieser Art Bestialität immer einen Freibrief?
Als Schüler liebäugelte ich mit der Revolution; nun da ich einer mit knapper Not entgangen bin und einen winzigen Bruchteil von deren Protokollen aufarbeite, habe ich wohl lebenslang genug davon.
... Was wir tun, erlittenes Unrecht festzuhalten und menschliches Leid der Vergeßlichkeit zu entreißen, ist auf bescheidene Weise nützlich. Man sollte nicht nur von den Opfern der anderen sprechen. ...<<

29.08.1946

WBZ: Die "Stuttgarter Rundschau" berichtet am 29. August 1946 über die damalige Haltung der deutschen Jugend (x111/209): >>Das Lebensgefühl der jungen Generation ist erschüttert. Sie haben soviel von Volk und Gemeinschaft, Dienst und Opfer gehört und sind dann so getäuscht und im Stich gelassen worden, daß sie jede neue Bindung, jeden neuen Redner, jeden gutgemeinten Leitartikel instinktiv ablehnen.
Ihr bisheriges Leben bestand aus Baracken und Kasernen, Massenquartieren und Menschenherden, die sich nur in der Uniformfarbe unterschieden. ...
Jetzt wünschen sie sich im überbevölkerten Lande irgendwo vier eigene Wände. Sie haben

genug vom Kollektivismus. Sie wollen weder über noch neben sich jemand fühlen. Sie wollen endlich einmal allein sein. ...<<

30.08.1946

WBZ: Die französische Militärregierung bildet am 30. August 1946 aus der bayerischen Pfalz, den preußischen Regierungsbezirken Koblenz und Trier, 4 Kreisen der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie aus dem linksrheinischen Teil Hessens (Rheinhessen) das Land Rheinland Pfalz.

31.08.1946

WBZ: Albert Speer erklärt am 31. August 1946 während seines Schlußwortes im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x129/59): >>Die Diktatur Hitlers war die erste Diktatur eines Industriestaates dieser Zeit moderner Technik, eine Diktatur, die sich zur Beherrschung des eigenen Volkes der technischen Mittel in vollkommener Weise bediente. ...

Durch Mittel der Technik, wie Rundfunk und Lautsprecher, konnten 80 Millionen Menschen dem Willen eines Einzelnen hörig gemacht werden.

Telefon, Fernschreiber und Funk ermöglichten, Befehle höchster Instanzen unmittelbar bis in die untersten Gliederungen weiterzuleiten, wo sie wegen ihrer hohen Autorität kritiklos durchgeführt wurden. Zahlreiche Dienststellen und Kommandos erhielten so direkt ihre unheimlichen Befehle. Sie ermöglichten eine weitverzweigte Überwachung der Staatsbürger und den hohen Grad der Geheimhaltung verbrecherischer Vorgänge.

Für den Außenstehenden mag dieser Staatsapparat wie das scheinbar systemlose Gewirr der Kabel einer Telefonzentrale erscheinen -, aber wie diese konnte er von einem Willen bedient und beherrscht werden.

Frühere Diktaturen benötigten auch in der unteren Führung Mitarbeiter mit hohen Qualitäten – Männer, die selbständig denken und handeln konnten. Das autoritäre System in der Zeit der Technik kann hierauf verzichten – schon allein die Nachrichtenmittel befähigen es, die Arbeit der unteren Führung zu mechanisieren. Als Folge davon entsteht der Typus des kritiklosen Befehlsempfängers.

Der Alptraum vieler Menschen, ... daß einmal die Völker durch die Technik beherrscht werden könnten – er war im autoritären System Hitlers nahezu verwirklicht. ...<<

02.09.1946

WBZ: Die US-Militärregierung liefert am 2. September 1946 16 vermeintliche deutsche Kriegsverbrecher an die CSR aus. Zu den Ausgelieferten gehört auch der ehemalige Prager Festungskommandant, General Rudolf Toussaint (1891-1968).

06.09.1946

WBZ: US-Außenminister James F. Byrnes (1879-1972, der 1947 wegen Differenzen mit US-Präsident Truman zurücktritt, erklärt während seiner "Stuttgarter Rede" am 6. September 1946 (x156/34-37, x058/378): >>Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Vereinigten Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen. Wir Amerikaner haben diesen Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt.

Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkauft werden können. ...

Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch wirklich niemals an. Was wir wollen, ist ein dauerhafter Friede. Wir werden uns gegen zu harte und von

Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen. Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen.
Als die Vereinigten Staaten in Potsdam der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zustimmten und als sie vorschlugen, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die Dauer einer Generation entwaffnet und entmilitarisiert bleibt, waren sie sich der auf ihnen und ihren Hauptverbündeten ruhenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung und gesetzmäßige Durchführung des Friedens voll bewußt.
Die Befreiung vom Militarismus wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, seine Kräfte und Fähigkeiten den Werken des Friedens zuzuwenden. Es braucht sie nur zu ergreifen. Sie gibt ihm die Gelegenheit, sich der Achtung und Freundschaft friedliebender Völker würdig zu erweisen und eines Tages einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen.
Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird. Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet.
Es ist nur recht und billig daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wiedergutzumachen. Die meisten Opfer der Naziaggression waren vor dem Krieg weniger begütert als Deutschland. Deutschland darf nicht erwarten, daß diese Opfer ohne fremde Hilfe die Hauptkosten dieser Naziüberfälle tragen sollen.
Die Vereinigten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfange durchzuführen. Wenn Deutschland jedoch nicht in der in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen und geforderten Weise als wirtschaftliche Einheit verwaltet wird, müßten an dem von der Alliierten Kontrollkommission genehmigten Industrieniveau Änderungen vorgenommen werden.
Die Grundlage der Potsdamer Beschlüsse war, daß im Rahmen eines kombinierten Entmilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte.
Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industriepotential belassen bliebe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne Hilfe anderer Länder ermöglicht.
Die auf diese Weise zu entfernenden Fabriken sollten als Reparationen an die Alliierten abgeliefert werden. Die aus der russischen Zone zu entfernenden Fabriken sollten der Sowjetunion und Polen zufallen, während die aus den westlichen Zonen zu entfernenden Fabriken teilweise der Sowjetunion, in der Hauptsache jedoch den westlichen Alliierten zufallen sollten. Ferner wurde eine Aufteilung des deutschen Vermögens im Ausland unter den Alliierten vorgesehen.
Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten über den Stand, auf den die hauptsächlichsten deutschen Industrien zwecks Durchführung der Potsdamer Beschlüsse herabgesetzt werden sollten.
... Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt.
Dieser Grundsatz bedeutet erhebliche Härten für das deutsche Volk, aber er verlangt von ihm lediglich, die Härten zu teilen, die der Angriff der Nazis dem Durchschnittseuropäer auferlegt hat.
Dem deutschen Volk wurde jedoch nicht die Möglichkeit genommen, sein Los im Laufe der Jahre durch harte Arbeit zu verbessern. Eine industrielle Entwicklung und industrieller Fortschritt wurden ihm nicht verweigert. Gleich den Völkern anderer verwüsteter Länder sollte

das deutsche Volk den Wiederanfang mit einer Friedenswirtschaft machen, die nicht imstande ist, ihm mehr als den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard zu gewähren.
Dabei sollte ihm nicht das Recht verwehrt werden, mögliche, aufgrund harter Arbeit und einfacher Lebensweise erworbene Ersparnisse für den Aufbau einer Industrie zu verwenden, die friedlichen Zwecken dient.
Dieses war der Grundsatz der Reparationen, wie Präsident Truman ihm in Potsdam zugestimmt hat. Die Vereinigten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde.
Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, daß der Alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen deutschen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangten. ...
Die Vereinigten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.
Die jetzigen Verhältnisse machen es in Deutschland unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. Es ist klar, daß wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. Die Schranken zwischen den 4 Zonen Deutschlands sind weit schwieriger zu überwinden als die zwischen normalen unabhängigen Staaten.
Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als eine Kennzeichnung für in sich abgeschlossene oder politische Einheiten. ...
Bis jetzt hat sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen. ...
Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. ...
Nun ist es an auch der Zeit, die Grenzen des neuen Deutschlands festzusetzen. Österreich ist bereits als freies unabhängiges Land anerkannt worden. Seine zeitweilige und erzwungene Vereinigung mit Deutschland war für beide Länder kein glücklicher Zustand, und die Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß es im Interesse beider Länder und des Friedens für Europa liegt, wenn jedes seinen eigenen Weg geht.
In Potsdam wurden, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz, bestimmte Gebiete, die einen Teil Deutschlands bildeten, vorläufig der Sowjetunion und Polen zugewiesen. Damals waren diese Gebiete von der Sowjetarmee und von der polnischen Armee besetzt. Es wurde uns gesagt, daß die Deutschen aus diesen Gebieten in großer Zahl flüchteten und daß es im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle tatsächlich schwierig sein würde, das wirtschaftliche Leben dieser Gebiete wieder in Gang zu bringen, wenn diese nicht als integrale Bestandteile der Sowjetunion bzw. Polens verwaltet würden.
Die Staatsoberhäupter erklärten sich damit einverstanden, bei den Friedensregelungen den Vorschlag hinsichtlich der endgültigen Übertragung der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion zu unterstützen. Sofern die sowjetische Regierung ihre Auffassung diesbezüglich nicht ändert, werden wir an diesem Abkommen festhalten.

Was Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete anbetrifft, so fand die zur Verwaltungszwekken erfolgte Übergabe dieses Gebietes durch Rußland an Polen vor der Potsdamer Zusammenkunft statt. Die Staatsoberhäupter stimmten zu, daß Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze durch den polnischen Staat verwaltet und zu diesem Zweck nicht als Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollten. Wie aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz hervorgeht, einigten sich die Staatsoberhäupter jedoch dahingehend, die Abtretung eines bestimmten Gebietes zu unterstützen.
Rußland und Polen haben schwer durch Hitlers einfallende Armeen gelitten. Durch das Abkommen von Jalta hat Polen an Rußland das Gebiet östlich der Curzon-Linie abgetreten. Polen hat dafür eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen verlangt. Die Vereinigten Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann jedoch erst entschieden werden, wenn das endgültige Abkommen darüber getroffen ist.
Die Vereinigten Staaten finden, daß Frankreich, in welches Deutschland innerhalb von 70 Jahren dreimal eingefallen ist, seinen Anspruch auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft mit Frankreich eng verbunden ist, nicht verweigern können. Natürlich müßte Frankreich, wenn ihm das Saargebiet eingegliedert wird, seine Reparationsansprüche an Deutschland entsprechend ändern.
Von diesen Veränderungen abgesehen, werden die Vereinigten Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder eine Aufteilung Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen. Soweit den Vereinigten Staaten bekannt ist, wünscht die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland vereinigt zu bleiben, und die Vereinigten Staaten werden sich diesem Wunsch nicht widersetzen. ...<<
>>... Für einen erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine gemeinsame Finanzpolitik wesentlich. Eine unkontrollierbare Inflation, begleitet von einer wirtschaftlichen Lähmung, ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn keine gemeinsame Finanzpolitik zur Steuerung der Inflation besteht. Ein Programm drastischer Haushaltsreformen ist dringend erforderlich, um den Währungsumlauf und die Geldforderungen zurückzuschrauben, die Schuldenlast zu revidieren und Deutschlands Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. ...
Wenn aber eine verheerende Inflation verhindert werden soll, müssen völlig aufeinander abgestimmte Maßnahmen beschlossen werden und in allen Zonen einheitlich angewandt werden. Um ein Programm dieser Art wirksam durchzuführen, ist eine zentrale Finanzbehörde offensichtlich notwendig. ...
Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, daß Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte. Sie bestimmten lediglich, daß es einstweilen noch keine zentrale Regierung geben sollte. Dies war nur so zu verstehen, daß keine deutsche Regierung gebildet werden sollte, ehe eine gewisse Form von Demokratie in Deutschland Wurzel gefaßt und sich ein örtliches Verantwortungsbewußtsein entwickelt hätte. ...
Die Vereinigten Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein. Fortschritte in der Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung und der Landesselbstveraltungen sind in der amerikanischen Zone Deutschlands erzielt worden, und die amerikanische Regierung glaubt, daß ein ähnlicher Fortschritt in allen Zonen möglich ist.
Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorläufige Regierung nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden soll, sondern daß sie aus einem deutschen Nationalrat bestehen soll, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder zusammensetzt, die in jeder der 4 Zonen gebildet worden sind.<<

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 6. September 1946 gegenüber einem Pariser Korrespondenten, daß die Oder- Neiße-Linie die endgültige deutsche Ostgrenze sei (x111/212).

13.09.1946

WBZ: In der britischen Zone werden am 13. September 1946 fünf Kategorien für das Entnazifizierungsverfahren eingeführt (x111/214): >>1. Kriegsverbrecher, 2. gefährliche Nazis, 3. aktive Nazis, 4. Mitläufer, 5. Unbelastete.<<

Großbritannien: In Großbritannien werden am 13. September 1946 noch 394.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x111/214).

14.09.1946

SBZ: Max Fechner (1892-1973, zweiter SED-Vorsitzender) lehnt in der Zeitung "Freies Deutschland" vom 14. September 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab (x024/-260): >>... Zur deutschen Ostgrenze möchte ich erklären, daß die SED sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird. Die Ostgrenze ist nur provisorisch und kann erst bei der Friedenskonferenz unter Mitwirkung aller großen Siegerstaaten festgelegt werden.<<

16.09.1946

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 16. September bis zum 13. Oktober 1946 täglich nur 1.530 bzw. 1.247 Kalorien zugeteilt (x117/31).

UdSSR: Außenminister Molotow bestätigt am 16. September 1946 nochmals die "neue deutsche Ostgrenze" (x156/37-39): >>In seiner Stuttgarter Rede am 6. September sagte Herr Byrnes, daß die Häupter der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion auf der Berliner (Potsdamer) Konferenz übereingekommen sind, Schlesien und andere ehemalige deutsche Ostgebiete Deutschlands der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, jedoch nicht die Entscheidung getroffen haben, bei der Friedensregulierung die Übergabe eines konkreten Gebietes zu unterstützen, und daß der Umfang des Gebietes, das Polen übergeben werden wird, in der endgültigen Regelung bestimmt werden muß. Man muß zugeben, daß eine derartige Erklärung Zweifel über die Dauerhaftigkeit der jetzigen Westgrenzen Polens hervorrufen kann und daß man daher nicht unterlassen kann, dazu Stellung zu nehmen.

In diesem Zusammenhang muß man auf einige Tatsachen eingehen. Vor allem muß an das erinnert werden, was die Berliner Konferenz beschlossen hat. Bekanntlich kamen die Häupter der 3 Regierungen auf dieser (Potsdamer) Konferenz überein, daß die ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Swinemünde, der Oder und der West-Neiße unter der Verwaltung des polnischen Staates stehen müssen und daß die endgültige Bestimmung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden muß.

Diese Entscheidung war nur eine Entscheidung der Krimer Dreimächte-Konferenz, die ein halbes Jahr früher anerkannt hatte, daß Polen eine wesentliche Gebietsvergrößerung im Norden und Westen erhalten muß.

Somit brachte die Berliner Konferenz lediglich das in Erfüllung, was noch mit der Beteiligung Roosevelts in Aussicht genommen worden war, und ihre Entscheidung kann keineswegs als eine zufällige, unter dem Einfluß vorübergehender Umstände getroffene Entscheidung betrachtet werden. Im Gegenteil, der Beschluß über die Verlegung der polnischen Westgrenze an die Oder und West-Neiße wurde nach langer Erörterung getroffen, an der sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligten. Es ist noch hinzuzufügen, daß auch die französische Regierung dieser Entscheidung zustimmte.

Welche große Bedeutung die Berliner Konferenz ihrer Entscheidung hinsichtlich der neuen Westgrenze beimaß, ist aus folgendem ersichtlich: Auf dieser Konferenz wurde auch eine andere Entscheidung getroffen, nämlich die Überführung der deutschen Bevölkerung aus diesem

Gebiet, das Polen übergeben wurde, nach Deutschland. Da dies alles bekanntgegeben wurde, ergibt es sich, auf die Einzelheiten einzugehen. Die Entscheidungen der Berliner Konferenz sind keineswegs nur auf dem Papier geblieben. Gleich nach der Berliner Konferenz begann man, sie in die Tat umzusetzen.
Es ist schon über ein Jahr her, daß die Westgrenze Polens auf der Linie Swinemünde – Oder - Westneiße liegt. Die Verwaltung des gesamten Gebietes östlich dieser Linie liegt schon das zweite Jahre in der Hand der polnischen Regierung.
Schon am 20. November 1945 legte der Kontrollrat in Deutschland den Plan der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen fest. Gemäß diesem Plan schritt man dazu, 3,5 Millionen Deutsche aus Polen in die sowjetische und britische Besatzungszone Deutschlands zu übersiedeln. Im Laufe der gesamten folgenden Zeitspanne nahm diese Übersiedlung ohne Unterbrechung bis auf den heutigen Tag ihren Fortgang. 2,5 Millionen Deutsche sind bereits aus Polen auf den Boden Deutschlands übergesiedelt, wobei mehr als die Hälfte in die britische Zone versetzt wurde. Statt der ausgesiedelten Deutschen werden dort Polen aus anderen Gebieten Polens angesiedelt.
All das ist den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika wie auch den Vertretern anderer Länder sehr wohl bekannt. Aus den angeführten Tatsachen ist ersichtlich, welch ernstliche Bedeutung die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion der Entscheidung betreffs Verlegung der Westgrenzen Polens beimaßen und daß sie keineswegs davon ausgingen, diese Entscheidung in Zukunft einer Revision unterziehen zu lassen.
Der Hinweis darauf, daß die Berliner Konferenz es für nötig erkannt habe, die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufzuschieben, ist natürlich richtig. Formal verhält es sich auch wirklich so.
Was aber den Kern der Sache anbelangt, so haben die Regierungen ihre Meinung über die zukünftige Westgrenze geäußert, indem sie Schlesien und die obengenannten Gebiete der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellten und außerdem den Plan betreffs Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten annahmen.
Wem könnte es einfallen, daß diese Aussiedlungen der Deutschen lediglich als zeitweiliges Experiment unternommen wurde?
Wer die Entscheidung traf, daß die Deutschen ausgesiedelt werden sollen, damit sogleich Polen aus anderen Gebieten Polens ansiedeln, kann nicht nach einiger Zeit die Durchführung entgegengesetzter Maßnahmen vorschlagen.
Selbst der Gedanke, daß mit Millionen Menschen derartige Experimente unternommen werden könnten, ist an sich unwahrscheinlich, abgesehen davon, daß dies eine Grausamkeit sowohl gegen die Polen als auch gegen die Deutschen wäre.
All das zeugt davon, daß der von Truman, Attlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Berliner Konferenz die Westgrenzen Polens bereits bestimmt hat und lediglich seiner Formulierung auf der künftigen internationalen Konferenz über den Friedensvertrag mit Deutschland harrt. ...
Einzelne Formulierungen in der Rede des Herrn Byrnes über die Westgrenzen Polens können zwar diese oder jene Zweifel betr. der Beständigkeit der Haltung gewisser amerikanischer Kreise hervorrufen, doch ist es andererseits vollkommen klar, daß solche Fragen nicht der Gegenstand irgendwelcher vorübergehender politischer Kalkulation sein können.
Den historischen Beschluß der Berliner Konferenz kann niemand erschüttern. Die Tatsachen zeugen davon, daß dies jetzt schon einfach unmöglich wäre.
Das ist der Standpunkt der Sowjetunion. ...<<

19.09.1946

Schweiz: Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) spricht am 19. September 1946 in Zürich über ein geeintes Europa (x067/193, x056/14-15): >>... Wir

müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.
Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...
Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.
Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...
Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<
>>... Die Atombombe bleibt vorläufig noch in den Händen eines Staates, der – wie wir wissen – nur für die Sache von Gerechtigkeit und Freiheit von ihr Gebrauch machen wird. Aber es mag möglich sein, daß dieses fürchterliche Werkzeug der Zerstörung in wenigen Jahren weit verbreitet ist. Wird (die Atombombe) dann durch mehrere kriegführende Staaten einmal verwendet, wird die daraus entstehende Katastrophe nicht nur unsere Kultur und Zivilisation vernichten, sondern möglicherweise auch den gesamten Erdball zerstören ...
Frankreich und Deutschland müssen (in Europa) gemeinsam die Führung ergreifen. Großbritannien, das Commonwealth, das mächtige Amerika und, so hoffe ich, auch Sowjetrußland ... müssen die Freunde und Förderer des neuen Europa sein.<<

20.09.1946

WBZ: Die "Badische Zeitung" berichtet am 20. September 1946 über das Literaturangebot einer öffentlichen Bibliothek (x111/218): >>Das Verschwinden der nationalsozialistischen Literatur aus der Bibliothek wird nicht bemerkt: sie hatte in allen Phasen des Regimes keine andere Funktion, als dem Eher Verlag Gewinne zu verschaffen, und wurde niemals wirklich gelesen, die geistige Infektion geschah fast allein durch das gesprochene Wort.
Von der im Ausland erschienenen Literatur wissen die wenigsten etwas und vermissen sie deshalb auch nicht.<<

Polen: Der polnische Politiker Boleslaw Bierut (1892-1956) rechtfertigt am 20. September 1946 die polnische Eroberungs- und Vertreibungspolitik (x309/76): >>... (Es gebe) keine und kann auch keine andere vernünftigere und gerechtere Grundlage für Gebietsveränderungen geben als die hier angewandte.
Wir sind auf den Boden zurückgekehrt, auf dem sich vor Jahrhunderten unser historisches, kulturelles und staatliches Erbe bildete, einen Boden, befruchtet mit Blut, Schweiß und Tränen unserer Väter und Mütter, auf einem Boden, von dem jeder Zollbreit gedüngt ist, mit der uns heiligen Asche unserer Vorfahren. Wer kann unser Recht auf diesen Boden bestreiten? ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über diese polnischen Rechtfertigung (x309/76): >>Bierut hielt es also für legitim, das Rad der Geschichte um 700 Jahre zurückzudrehen und unter anderem dem Stamm der Schlesier das Existenzrecht auf "urslawischen Boden" abzusprechen.
Er hatte wohl nicht bedacht, daß jemand mit den gleichen Argumenten das Rad um weitere 700 Jahre zurückdrehen und dem Volk der Polen das Existenzrecht auf "urgermanischen Bo-

den" absprechen könnte.<<

23.09.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 23. September 1946 in Köln die Abtretung der deutschen Ostgebiete an Polen und die Abtretung des Saargebietes an Frankreich entschieden ab (x111/218).

30.09.1946

Großbritannien: Der "Exchange Telegraph" berichtet am 30. September 1946 über den Nürnberger Prozeß gegen die NS-Hauptkriegsverbrecher (x043/209): >>... 1. Die SA wird nicht als verbrecherische Organisation bezeichnet. ...

Hierüber sagt das Urteil im Einzelnen: "Obgleich in einer Reihe bestimmter Fälle einige Formationen der SA für die Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingesetzt wurden, kann nicht festgestellt werden, daß die Mitglieder der SA im allgemeinen an der Verübung derartiger Untaten teilnahmen, ja von einer großen Zahl von SA-Leuten kann nicht einmal behauptet werden, daß sie von der Begehung dieser Verbrechen überhaupt unterrichtet waren.

2. Das Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werden ebenfalls nicht als verbrecherische Organisation bezeichnet. Das Gericht lehnte aus ähnlichen Gründen wie bei der SA die Feststellung der Kriminalität des Generalstabes ab, doch fügt das Urteil hinzu, daß gegen viele Angehörige des Generalstabes und des Oberkommandos der Wehrmacht der Beweis der Kriminalität individuell erbracht sei.

Zudem heißt es wörtlich: "Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht sind zu einem großen Teil für das Elend und die Leiden von Millionen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich. Ohne ihre militärische Hilfe wären die aggressiven Pläne Hitlers und seiner Nazihelfer akademisch und unfruchtbar geblieben. ...

Dieser Teil des Urteils entlastet rund 4,5 Millionen SA-Mitglieder und etwa 125 Generäle und Admiräle von der Drohung einer Kollektivverurteilung.<<

September 1946

USA: Die US-Zeitschrift "TIME" berichtet im September 1946 über den Terror in Jugoslawien (x124/237,239): >>... Hinter der fadenscheinigen Tarnung einer pseudoliberalen Verfassung formte Tito die südslawischen Länder zu einem kommunistischen Muster-Polizeistaat. Seine von der NKWD geschulte Geheimpolizei, die OZNA, liquidierte zusammen mit den Partisanen schätzungsweise 200.000 Menschen und warf weitere 100.000 in die Gefängnisse. ...<<

>>... Die UNRRA lieferte seit April 1945 für 327 Millionen Dollar Waren und Lebensmittel. Tito bringt es fertig, die meisten Leute darüber in Unwissenheit zu halten, woher diese Gaben kommen.

Neulich demonstrierten in Belgrad Jugendliche in amerikanischen Hemden und britischen Schuhen, wobei sie brüllten: "Gebt uns Waffen! Wir wollen gegen die Amerikaner und Briten kämpfen!"<<

01.10.1946

WBZ: Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß werden am 1. Oktober 1946 nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet.

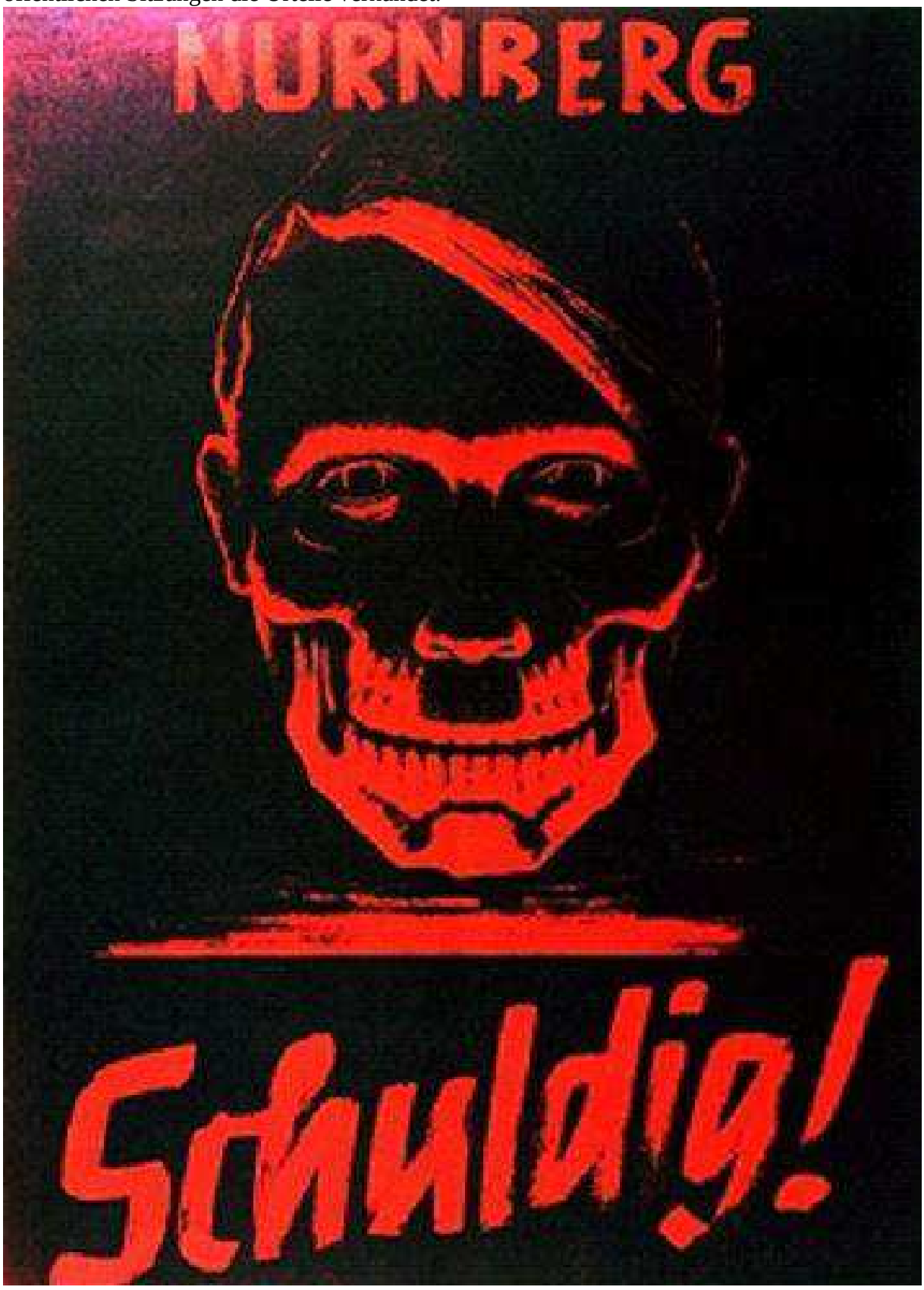


Abb. 74 (x065/574): Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß.

12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Saukkel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) werden zum Tod durch den Strang verurteilt.
Rudolf Heß, Walter Funk und Erich Raeder erhalten lebenslange Freiheitsstrafen.
Baldur von Schirach, Albert Speer, Konstantin Freiherr von Neurath und Karl Dönitz erhalten 10- bis 20jährige Freiheitsstrafen.
Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche werden freigesprochen.
Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stuft man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht werden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.
Die sowjetische Anklagevertretung lehnt damals alle Freisprüche ab und fordert die Todesstrafe für Heß.
In der "Frankfurter Rundschau" berichtet der Journalist Karl Gerold am 1. Oktober 1946 über die Urteile im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x111/221): >>... Mit verschlossenen, bleichen Gesichtern sitzen die angeklagten ehemaligen Staatsoberhäupter vollzählig vor ihren Richtern, vor der Öffentlichkeit der Völker dieses Erdballs.
Ich sehe sie der Reihe nach durch, wie sie selber, eine gewisse Erwartung in der Haltung spiegelnd, dasitzen: Antreiber und Ausführende, Intriganten und Veranlasser der größten Verbrechen eines starken, blutigen Jahrzehnts in unserem Jahrhundert.
Und alle, wie sie da sind, nennen sich unschuldig vor Gott und wissen keinen Schuldigen zu finden.<<
Der deutsche Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich (1908-1982) schreibt damals über diesen Prozeß (x111/221-222): >>Das Panorama der Verfehlungen, das im Nürnberger Prozeß entsteht, ist verwirrend und überwältigend.
Menschliche Tragödien, mit fünf- und sechsstelligen Zahlen multipliziert, erwecken ein vages Allgemeingefühl des Ekels. Das Prozeßmaterial gibt keinen rechten Angriffspunkt für die Vorstellungskraft.
Der Dreißigjährige Krieg lebt in der Phantasie der Menschheit nicht wegen der Fülle von Untat und Brandstiftung weiter, sondern weil ihn Grimmelshausen beschrieben hat.
Aus Prozeßakten wird noch keine Geschichte im Bewußtsein der Menschen.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß (x111/222): >>... Es wäre die Ansicht, daß ein Verbrechen nicht geahndet werden kann, weil kein passendes Gesetz vorhanden ist, eine Zumutung gewesen, die sich die Welt und auch das deutsche Volk niemals hätten gefallenlassen.
Ein Gesetz kann immer erst geschaffen werden, wenn das Verbrechen bereits existiert. In einem Land, in dem es keine Straßenbahnen gibt, braucht man keine Verordnungen gegen das Abspringen während der Fahrt. In einer Welt, in der die systematische Abschlachtung und Verbrennung von Millionen Menschen eine unbekannte Praxis ist, bedarf es keiner sie verhütender Gesetzgebung. Es blieb Deutschland vorbehalten, diese Praxis einzuführen.
Es ist dem deutschen Volk anheim gegeben, diesen Zusammenhang innerlich anzuerkennen. Die Lehren des großen Prozesses, die weitreichenden und einschneidenden Neuerungen im Leben der Völker, die er mit sich bringt, erschöpfen sich damit nicht.
Am Vorabend seines Abschlusses genügt es jedoch zu sagen, daß diese ungeheure, peinlich genaue, unermüdliche Anstrengung, Ordnung und Recht an die Stelle von Chaos und Rechtlosigkeit zu setzen, alles andere als umsonst gewesen ist. Dieser Prozeß hat sich gelohnt. Seine Lehren sind teuer erkauft. Es ist an den Überlebenden in allen Ländern, sie nicht zu verschleudern.<<
Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über die Aburteilung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher" (x090/307): >>... Der vor dem Internatnationalen Militärtribu-

nal in Nürnberg inszenierte Prozeß führte zu ersten Mißhelligkeiten zwischen den Siegermächten. ...
Zwölf weitere Nürnberger Prozesse wurden von den Amerikanern allein geführt. Die drei anderen Mächte fällten und vollstreckten Gerichtsurteile nach eigenem Ermessen. Während die Vereinigten Staaten 444 Deutsche, davon 255 in Landsberg/Lech, henken ließen, verzeichneten die Sowjetunion 879, Großbritannien 230 und Frankreich 82 Hinrichtungen in den Besatzungszonen.
Hunderttausende wurden interniert, nach Artikel A III/5 des "Potsdamer Abkommens" alle Personen, die den 4 Mächten "gefährlich" zu sein schienen. Aber auch darin verfuhren die Sieger unterschiedlich. Die Sowjets übernahmen NS-Konzentrationslager wie Buchenwald und Sachsenhausen, wo sie mit Hilfe deutscher Kommunisten nach eigenen Angaben 43.000 Menschen zugrunde richteten.
Die amerikanische Militärregierung verhängte zehntausendfach "automatischen Arrest" und unterhielt dazu zahlreiche Internierungslager, von denen Dachau, Ludwigsburg und Darmstadt bald einen üblen Ruf hatten. Die Briten brachten ihre Gefangenen zum Teil nach Aurich, Münster und Wesel, die Franzosen in frühere NS-Lager nach Balingen.<<
Der US-Anklagevertreter Robert Kempner (1899-1993) schreibt am 1. Oktober 1946 über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Das Nürnberger Urteil ist von einem unabhängigen Gericht nach vorbildlich geführter und minutiöser Verhandlung gesprochen worden, und von historischer Bedeutung in Gegenwart und Zukunft.<<
Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson und nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) erklärt später (x165/412-414): >>Der Grundgedanke war, daß die Bestrafung von kriegerischer Aggression – indem man sie nach internationalem Recht als Verbrechen einstuft – helfen sollte, den Frieden zu sichern. Es hat aber nicht viel genutzt. Die vier Großmächte trafen sich in London und unterzeichneten das Londoner Abkommen, das die Durchführung der Prozesse ermöglichte.
Der erste Prozeß wurde von den vier Mächten getragen. Die Richter und Anklagevertreter kamen aus Frankreich, England, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Die übrigen 12 Prozesse wurden ausschließlich von amerikanischen Richtern, Anklagevertretern und Verteidigern bestritten. Die anderen Länder hielten Prozesse in ihren eigenen Besatzungszonen ab.
Dieses internationale Gericht wurde nicht abgehalten, um konventionelle Kriegsverbrechen abzuurteilen, sondern es war auch von der Idee getragen, Angriffskriege als Verbrechen zu behandeln. Als vorsätzliche Straftat. Jackson und Henry Stimson, der Kriegsminister, hielten das für den wichtigsten Punkt. ...
Vielleicht erinnern sie sich daran, daß es in Militärkreisen einen großen Aufschrei gab, als die beiden deutschen Generäle Keitel und Jodl zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Auch von Kommentatoren wurde diese Sichtweise der Militärs nachgebetet. Mit Ausnahme dieser beiden und eines dritten – General Dostler, der amerikanische Gefangene in Italien umgebracht hatte und dafür von einem amerikanischen Kriegsgericht verurteilt wurde – wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von amerikanischer Seite gegen keinen anderen General die Todesstrafe verhängt. ...
Wir hatten Keitel im Prozeß als recht gefühllose und wenig nachdenkliche Person kennengelernt. Bei seiner Aussage erwies er sich als sehr hölzern. Aber in seiner letzten Stellungnahme vor Gericht sagte er: "Ich habe mir nie klargemacht, daß es nicht ausreicht, ein guter Soldat zu sein und Befehle zu befolgen. Das ist meine Schuld. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Nürnberger Prozesse" (x051/424-425): >>Nürnberger Prozesse, Verfahren vor dem Internationalen Militär-Tribunal (IMT) gegen Göring und andere sowie zwölf Verfahren vor amerikanischen Militärgerichtshöfen gegen ehemalige führende Persönlichkeiten des Dritten Reiches aus Poli-

tik, SS, Polizei, Justiz, Ärzteschaft, Wirtschaft und Wehrmacht wegen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen.
Der erste Nürnberger Prozeß war das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher, das auf dem von Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR am 8.8.45 unterzeichneten Londoner Abkommen beruhte. Sitz des Gerichts war Berlin; als Verhandlungsort wurde jedoch Nürnberg bestimmt. Die Signatarmächte ernannten Richter und Hauptankläger. Der Präsident des Gerichts, der Engländer Lord Lawrence, wurde von den Richtern aus ihrer Mitte gewählt.
Mit Anklageschrift vom 6.10.45 erhoben die vier Hauptankläger Jackson (USA), de Menthon (Frankreich), Rudenko (UdSSR) und Sir Shawcross (Großbritannien) Anklage gegen 24 Personen: Göring, Heß, Ribbentrop, Neurath, Raeder, Dönitz, Keitel, Jodl, Ley, Rosenberg, Frick, Schirach, Kaltenbrunner, H. Frank, Funk, Streicher, Sauckel, Seyß-Inquart, Speer, Bormann, Papen, Schacht, G. Krupp, Fritzsche sowie sechs Organisationen oder Gruppen (SS, SA, Generalstab und OKW, Reichskabinett, Führerkorps der NSDAP, Gestapo und SD).
Als der Prozeß am 20.11.45 im Justizpalast in Nürnberg begann, fehlten drei Angeklagte: Ley hatte nach Zustellung der Anklage Selbstmord verübt, Bormann war nicht gefunden und Krupp wegen Gebrechlichkeit für verhandlungsunfähig erklärt worden. Gegen Bormann wurde jedoch in Abwesenheit verhandelt.
Das Verfahren dauerte zehn Monate. Durch Urteil vom 1.10.46 verhängte das IMT gegen zwölf Angeklagte die Todesstrafe (Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyß-Inquart, Bormann), drei wurden zu lebenslänglicher (Heß, Funk, Raeder) und vier zu zeitigen Freiheitsstrafen von zehn bis 20 Jahren verurteilt (Dönitz, Schirach, Speer, Neurath). Drei Angeklagte sprach das Gericht frei (Schacht, Papen, Fritzsche).
Der Alliierte Kontrollrat bestätigte sämtliche Urteile. Die Todesurteile wurden mit zwei Ausnahmen am 16.10.46 vollstreckt; Göring hatte kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begangen, Bormann blieb verschollen.
Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Prozesse vor dem IMT durchzuführen, wurde nicht weiterverfolgt. Durch Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20.12.45 ermächtigten die Gouverneure der vier Besatzungszonen vielmehr die Besatzungsbehörden, zur Aburteilung von Kriegsverbrechern "geeignete Gerichtshöfe" zu schaffen. In der amerikanischen Zone wurden in Nürnberg die zwölf weiteren Nürnberger Prozesse durchgeführt. Anklage war gegen insgesamt 185 Personen erhoben worden, verhandelt wurde gegen 177: Vier Angeklagte hatten Selbstmord verübt, vier waren für verhandlungsunfähig erklärt worden.
Die Verfahren begannen am 9.12.46 mit dem Ärzteprozeß; es folgten der Prozeß gegen Milch, der Juristen-, Pohl-, Flick-, I. G. Farben-Prozeß, der Prozeß gegen die Südost-Generäle, der RuSHA-, Ohlendorf- oder Einsatzgruppen-, Krupp-, Wilhelmstraßen- und schließlich der OKW-Prozeß. Das letzte Urteil erging am 11.4.49.
24 Angeklagte wurden zum Tod verurteilt, 20 zu lebenslänglich und 98 zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und 25 Jahren. Freispruch erging in 35 Fällen. Von den zum Tod Verurteilten wurden zwölf hingerichtet, einer an Belgien ausgeliefert (dort verstorben), elf zu lebenslänglicher Haft begnadigt. Mit Gnadenerlaß vom 31.1.51 setzte US-Hochkommissar McCloy zahlreiche Strafen herab.
Parallel zu den Nürnberger Gesetzen liefen zahlreiche weitere Kriegsverbrecher-Prozesse vor Militärgerichten der Besatzungsmächte gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 und vor Gerichten in den ehemals von der Wehrmacht besetzten Ländern.
Alle diese Verfahren, insbesondere die Nürnberger Prozesse, sind in der Folgezeit als "Sieger-(gemeint: Willkür-)Justiz" kritisiert worden, da deutschen Juristen die Mitwirkung versagt

blieb. V.a. die rückwirkende Einführung von Straftatbeständen (Verbrechen gegen den Frieden u.a.) und die Ausklammerung alliierter Kriegsverbrechen (Katyn u.a.) haben das Ansehen der Nürnberger Prozesse beschädigt, die zudem bei Kriegsverbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als erhofftes Vorbild dienten, insbesondere nicht wenn Großmächte involviert waren.
Gleichwohl sind der moralische Wert und der historische Nutzen der juristischen Aufarbeitung durch die Nürnberger Prozesse und spätere (Ludwigsburger Zentralstelle) nicht zu überschätzen.<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Kriegsverbrecherprozesse (x306/156-162): >>**Entnazifizierung mit Strick**
Die beiden Aufgaben, die Molotow in Paris für die zukünftige deutsche Regierung gestellt hatte, die Ausrottung der Reste des Faschismus und die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, waren auch die Ziele der amerikanischen Politik. Die Ausrottung der Reste des Faschismus sollte durch eine Beseitigung nationalsozialistischer Symbole, Gesetze und Literatur, sowie durch die Aburteilung von Personen und Personengruppen, die als Träger der nationalsozialistischen Politik betrachtet wurden, bewerkstelligt werden.
Die Aburteilung nahm die beiden Formen der Kriegsverbrecher (Naziverbrecher) - Prozesse und der Entnazifizierung an. Anläßlich des Besuches des amerikanischen Außenministers Hull in Moskau (1943) wurde vereinbart, daß Verbrechen, die an einem bestimmten Ort stattgefunden hatten, an diesem abgeurteilt werden sollten (Auslieferung) und solche, die keinen bestimmten Ort hatten, von einem internationalen (interalliierten) Gericht zu ahnden seien. Der einzige solche Prozeß war der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozeß vom 20. Februar 1946 - 1. Oktober 1946. ...
Die Kriegsverbrecherprozesse stützten sich auf eine Reihe alliierter Deklarationen. Schon vor Kriegseintritt hatte Roosevelt eine Deklaration gegen die Hinrichtung von Geiseln erlassen. Churchill unterstützte diese Deklaration und nannte die Vergeltung für solche Vergehen gegen das Kriegsrecht ein erstrangiges Kriegsziel.
Im Januar 1942 tagten Vertreter von neun Exilregierungen in London in Anwesenheit des damaligen amerikanischen Botschafters (und späteren Nürnberger Richters) Biddle und forderten die Aburteilung von Kriegsverbrechen noch mit dem Argument, daß "um Racheakte der Bevölkerung als Reaktion gegen die Gewaltakte zu vermeiden und um den Gerechtigkeitssinn der zivilisierten Welt zu befriedigen", ordnungsgemäße Verfahren notwendig seien.
1943 kam es dann zur Moskauer Deklaration, die von Stalin, Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde und festlegte, wer Kriegsverbrechen ahnden würde, aber nicht wie Kriegsverbrechen geahndet würden. Hull setzte sich für ein summarisches Verfahren ein, das "die prompte Erledigung von Welt-Gangstern, die schlimmer waren als eine Million toller Hunde", garantieren sollte. Hitler, Mussolini, Tojo und ihre "Erzkomplizen" sollten nach einem kurzen standrechtlichen Verfahren hingerichtet werden.
Ein Prozeß würde ihnen nur noch eine Propagandamöglichkeit geben. Auch von englischer Seite wurde noch bis zum Sommer 1945 vertreten, daß die Achsenführer - in Analogie zum Verfahren gegen Napoleon - durch eine gemeinsame politische Entscheidung (joint decision) der Alliierten gerichtet würden und nicht nach einem juristischen Verfahren.
Doch schon Ende 1943 hatte die Sowjetunion durch ein Militärgericht der 4. Ukrainischen Front einen Musterprozeß, den Charkower Prozeß "über die von den deutschfaschistischen Eindringlingen in der Stadt Charkow und Umgehung während der zeitweisen Okkupation verübten Greueltaten" durchgeführt. Der Prozeß endete mit dem öffentlichen Aufhängen der Angeklagten.

Nach Vorbesprechungen auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen traten gleichzeitig mit der Potsdamer Konferenz Vertreter der vier Besatzungsmächte in London zusammen und verabschiedeten am 8. August 1945 ein "Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse". In den Londoner Verhandlungen wurde ein neues Recht geschaffen, und zwar von Männern, die gleichzeitig in Nürnberg Hauptankläger waren (Maxwell Fyfe und Jackson).
Das neue Recht war eine interessante Mischung sowjetischer und angelsächsischer Rechtsauffassungen. Die Sowjets traten dafür ein, daß die verbrecherische Tätigkeit der Angeklagten schon erwiesen sei und nur noch das Ausmaß der Beteiligung jedes einzelnen zu beurteilen bliebe. Es sollten die Verbrechen der Deutschen verfolgt werden und nicht Verbrechen allgemein, die andere auch begehen konnten. Hier setzte sich die amerikanische Auffassung durch, daß für Nürnberg ein neues Recht zu schaffen sei, das künftig auch auf andere als deutsche Verbrechen angewendet werden könnte.
Ein weiterer amerikanischer Rechtsbeitrag bestand darin, den ursprünglichen Kern einer Anklage wegen Vergehen gegen das Kriegsrecht und die Kriegsbräuche durch die Anklage von Verbrechen gegen die "Menschlichkeit" zu erweitern. Vor allem sollten aber auch Verbrechen gegen den Frieden geahndet werden. Der Angriffskrieg ("aggressive war") wurde für verbrecherisch erklärt. Der Begriff eines Verbrechens gegen den Frieden wurde von Jackson aus einer Arbeit des sowjetischen Professors Trainin "Verantwortlichkeit des Hitlerismus im strafrechtlichen Sinn" übernommen und konnte eine nachträgliche Rechtfertigung des neutralitätsrechtlich keinesfalls zulässigen Verhaltens der USA vor Kriegseintritt liefern.
Nicht unbeeinflußt von der sowjetischen Rechtsauffassung steuerte Jackson auf das Recht eines neuen Zeitalters zu, wobei er feststellte, man dürfe nicht gestatten, "daß die Rechtslage kompliziert wird durch Legalismen, die im Zeitalter des Imperialismus entwickelt worden sind, um Kriege respektabel zu machen".
Das Londoner Abkommen führte vier Gruppen von Verbrechen auf.
1. Verschwörung gegen den Frieden
2. Verbrechen gegen den Frieden
3. Kriegsverbrechen
4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Sinn und Ziel des in London geschaffenen und in Nürnberg praktizierten Rechtes wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß es sich um New-Deal-Recht handelt.
Sowohl der amerikanische Richter in Nürnberg (Biddle) wie der Hauptkläger und Schöpfer des Londoner Abkommens (Jackson) waren führende New-Deal-Juristen. Der Lebenslauf von Robert Houghwout Jackson ist das Muster einer New-Deal-Karriere. Jackson (1892-1954) war ein junger demokratischer Anwalt im Staat New York. Mit Roosevelts Übernahme der Präsidentschaft ging er in den Staatsdienst. Zunächst war er in der Rechtsabteilung von Morgenthaus Finanzministerium, wo er gegen die Vertreter des abtretenden republikanischen Regimes schauprozeßartig aufgezogene Verfolgungen einleitete. Sein Hauptopfer war der langjährige Finanzminister mehrerer republikanischer Regierungen, der Multimillionär und Stifter der Washingtoner National Gallery, Andrew Mellon.
Dann wendete er sich gegen die amerikanischen Finanzkreise, die in den Ivar Kreuger Skandal verwickelt waren. Vom Finanzministerium ging er in die Antitrust Abteilung des Justizministeriums, die Hochburg der liberalen Jungtürken, als deren Leiter. Von dort holte ihn Roosevelt, damit er als Justizminister die juristische Rechtfertigung der Interventionspolitik lieferte. Jackson war maßgeblich an der wertenden Unterscheidung der Kriegsparteien als Angreifer und Angegriffene beteiligt. Später machte ihn Roosevelt zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes.
Dann kamen die Tage von Nürnberg, wo ihn das Schicksal der anderen New-Deal-Größen

ereilte. Er erwachte eines Morgens und merkte, daß er ein Mann von Gestern war. Die zunehmende Kritik in Amerika an der Beteiligung eines Richters des Obersten Gerichtshofes an der fragwürdigen Nürnberger Viermächtejustiz führte zu seiner Abberufung und Ersetzung durch den minder prominenten, radikal liberalen Telford Taylor.
Zu den Neuschöpfungen des Londoner Abkommens gehörte der Begriff der verbrecherischen Organisation. Das Gericht konnte eine Organisation für verbrecherisch erklären, worauf jeder Staat, der das Londoner Abkommen unterzeichnete, das Recht besaß, Mitglieder der betreffenden Organisation vor Gericht zu stellen und mit allen Strafen (einschließlich Todesstrafe) zu belegen, wobei das zu bestrafende Verbrechen die Mitgliedschaft in der verbrecherischen Organisation sein sollte. Das Gericht erklärte:
"Eine kriminelle Organisation ist analog einer kriminellen Verschwörung, insofern das Wesen beider die Zusammenarbeit zu kriminellen Zwecken ist."
Zu verbrecherischen Organisationen wurden das Führungskorps der NSDAP von den Mitgliedern der Reichsleitung bis herunter zu den Mitgliedern der Ortsgruppenleitungen, SD und SS erklärt. Die Organisationsverbrechen waren Verbrechen einer Verschwörung, daher wurde nicht die bloße Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation für strafbar erklärt, sondern der freiwillige Eintritt und das Verbleiben in ihr bei Wissen um den verbrecherischen Zweck.
Diesen Zweck, nicht jedoch einzelne Vergehen gekannt zu haben, stellte ein Verbrechen dar. Das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrates schränkte den Begriff der Teilnahme an der Verschwörung etwas ein und nannte neben Tätern und Gehilfen auch Zustimmende und mit der Planung oder Ausführung der Verbrechen irgendwie Verbundene als Teilnehmer.
Neben den Organisationsverbrechen waren die "Verbrechen gegen den Frieden" zu verfolgen. Aufschlußreich wirkt schon die Liste der wegen Verbrechen gegen den Frieden Angeklagten. Es waren alle Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, 12 Direktoren der Firma Krupp, 23 Direktoren der IG Farben, 17 Diplomaten, 14 Mitglieder des Oberkommandos der Wehrmacht und Hermann Röchling (in der französischen Zone). Industrielle, Generalstäbler und Diplomaten hatten sich gegen den Frieden verschworen, ganz wie es der New-Deal-Mythologie entsprach.
Es ist klar, daß sich Urteile über Verbrechen gegen den Frieden auf erschöpfende historische Untersuchungen der Ursachen des Krieges hätte stützen müssen, Untersuchungen, die methodologische Schwierigkeiten ohne Zahl aufgeworfen hätten.
Aus der verschwörungstheoretischen Literatur hatte die amerikanische Anklage, die in Nürnberg für die Verbrechen gegen den Frieden zuständig war, jedoch die entschlüsselnde Geschichtsschreibung mitgebracht. Einzelne Ereignisse wurden im Lichte der großen Pläne und Absichten der Verschwörer gesehen und dienten zugleich als Beweis für deren Absichten und Verschwörungen. Methodische Vorfragen entfielen. Die Anklage entwickelte eine Verschwörungsgeschichte, in der die einzelne Handlung eines Angeklagten dann einen Stellenwert besaß.
Wenn der französische Richter die Verknüpfung von Angriffskrieg und verbrecherischer Verschwörung eine "interessante, aber etwas romanhafte Konstruktion" nannte, so übersah er die ideologische Tradition des neuen, von Jackson vertretenen Rechtes. Es war keine ad hoc Konstruktion, sondern ein juristischer Niederschlag des Glaubens an eine Welt machtfreier Harmonie und der verbrecherischen Verschwörung gegen das Entstehen dieser Welt.
Die Differenz zwischen der New-Deal-Jurisprudenz und der sowjetischen Jurisprudenz lag daran, daß die New Dealer das neue Recht auch dem amerikanischen Staate überordnen, während die sowjetischen Juristen es an den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs zum Stehen bringen wollten. Die Richter der Nürnberger Verfahren entschlossen sich zu einem Kompromiß zwischen herkömmlichem und neuem Recht. So wurden die Direktoren von IG Farben

nicht wegen eines Angriffskrieges, sondern wegen Sklaven-Arbeit und wegen Plünderung verurteilt, und auch im Hauptkriegsverbrecherprozeß wurde kein Urteil wegen Verschwörung allein, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Anklagepunkten gefällt.
Einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Nürnbergerjustiz gibt der Bericht des Hauptklägers des Nürnberger IG Farben Prozesses (1948), Josiah E. Du Bois. Du Bois war ein Beamter der Rechtsabteilung des Finanzministeriums, dessen Vorgesetzter Bernard Bernstein ihn auf die IG Farben angesetzt hatte, um die Beschlagnahme von IG Farben Vermögen in Nord- und Südamerika zu erwirken. Er war Mitglied der Reparationsmission von Edward Pauley gewesen, deren Ziel es war, die Wirtschaft der ehemals besetzten Länder durch jene Industrien wiederaufzubauen, die der Kriegswirtschaft der Achsenmächte gedient hatten.
Vor seiner Abreise nach Deutschland im Januar 1947 holte er sich die Rückendeckung von Bernard Bernstein und David Marcus, der damals die Kriegsverbrechenabteilung im Armeeministerium leitete. Marcus erklärte ihm, sein Ministerium sei zwar gegen eine Anklage wegen Führung eines Angriffskrieges gegen IG Farben, wenn er jedoch in Nürnberg eine solche Anklage erhebe, werde Marcus dafür sorgen, daß in Amerika niemand dazwischentrete. In Berlin machte Du Bois seinen Antrittsbesuch bei Clay.
"Wir kamen bald in ein Gespräch über das Thema, über das ich seit 1944 predigte. Deutschland wieder als industrielles Herz Europas aufzubauen, besonders wenn es von jenen Industriellen kontrolliert würde, die dazu beigetragen hatten, Europa in den Krieg zu stürzen, würde uns unsere besten europäischen Freunde entfremden. Clay antwortete, das Problem sei, Deutschland industriell stark genug zu machen, um eine gesunde Wirtschaft zu unterhalten, aber nicht zu gestatten, daß diese Wirtschaft den deutschen Kreisen, die immer noch fanatisch militaristisch gesinnt seien, diene." Du Bois erklärte, daß bislang noch wenig getan worden sei, um die Furcht der europäischen Völker davor, daß Deutschland wieder beherrschende Militärmacht werde, zu zerstreuen.
Der IG Farben Prozeß solle eben jene Garantie geben, daß die Amerikaner gegen die Wiedererrichtung der Macht der aggressiven Industriellen stünden. Clay meinte, er stimme damit überein, habe aber einige Fragen, die zum gegebenen Zeitpunkt geklärt werden müßten. Vor allem aber sei er dagegen, daß Generäle wegen Verbrechen gegen den Frieden angeklagt würden. "Wenn wir den nächsten Krieg verlieren, wäre es ein Präzedenzfall, um amerikanische Generäle vor Gericht zu ziehen." "Nur wenn diese amerikanischen Generäle sich verschwören, um einen Angriff auf wehrlose Nachbarn zu unternehmen", antwortete Du Bois.
In Nürnberg traf Du Bois auf die Amerikanerin Belle Mayer. Sie hatte unter Du Bois im Finanzministerium gearbeitet. "Sie war es, die General Telford Taylor vorgeschlagen hatte, daß ich die Anklage im IG Farben Prozeß übernehmen solle." Auch die übrigen Vertreter der Anklage entpuppten sich als radikale Liberale bis auf einen Tschechen, von dem niemand wußte, wie er nach Nürnberg kam, Jan Charmatz. "Er trinkt nicht, er raucht nicht, er wird nicht intim, er redet ausschließlich über die Arbeit. Ohne ihn wäre die Anklage wegen Angriffskrieges nicht möglich."
Die Richter dagegen standen nicht auf der Höhe der Anklage. Sie stammten aus der amerikanischen Provinz, und es war eine Sisyphusarbeit, ihnen den ideologischen Kontext der Anklage erläutern zu müssen, da ja das liberale Denkgebäude nie ganz Allgemeingut des amerikanischen Volkes geworden war.
Am 11. April 1949 wurde das letzte Urteil in Nürnberg im Wilhelmstraßen Prozeß gegen die Angehörigen des Auswärtigen Amtes gesprochen. Es war höchste Zeit, da sich die Hohe Kommission bald Gedanken machen mußte, wie sie die Verurteilten wieder los werden könne. 1951 wurde von McCloy eine weitgehende Amnestie erlassen. Seither schläft das Nürnberger Recht, wie das Potsdamer Abkommen, einen Dornröschenschlaf und harrt des Tages, da ein roter Prinz kommen wird, um es wachzuküssen.<<

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers (1883-1969) schreibt später über den "Nürnberger Prozeß" (x243/154): >>Im Gericht saß das bolschewistische Rußland, als Staat totaler Herrschaft der Herrschaftsform nach nicht anders als der nationalsozialistische Staat. Es war also ein Richter beteiligt, der das Recht, auf dem das Gericht begründet werden sollte, faktisch gar nicht anerkannte. ...
(Das Nürnberger Verfahren) war im Effekt ein einmaliger Prozeß von Siegernächten gegen die Besiegten. ... Nicht Recht wurde begründet, sondern das Mißtrauen gegen das Recht gesteigert.<<
Der deutsche Historiker Werner Maser (1922-2007) schreibt später über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß (x243/257): >>... Die Richter sind nur von Staaten bestellt, die in diesem Krieg die eine Partei gewesen sind. Diese eine Streitpartei ist Schöpfer der Gerichtsverfassung, Ankläger und Richter.
Die (USA) haben bisher verlangt, daß die Richterbank mit Neutralen unter Zuziehung von Vertretern aller Streitparteien besetzt werde. (Wie) im Internationalen Gerichtshof im Haag.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<

02.10.1946

USA: US-Unterstaatssekretär Hilldung erklärt am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<

05.10.1946

WBZ: Der deutsche Schriftsteller Hans-Werner Richter (1908-1993) schreibt am 5. Oktober 1946 in der Zeitschrift "Der Ruf" über die innerdeutsche Lage (x111/224): >>Was drüben geschieht, gleicht einer kalten Revolution, ist eine gewaltsame Veränderung aller bestehenden Lebensverhältnisse, der Erziehung, der Wirtschaft, der sozialen Schichtung, ja, der gesamten Struktur der menschlichen Gesellschaft.
Was hier geschieht, erscheint wie eine Restauration, eine Wiederholung dessen, was einmal bestand, eine Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, wie sie vor 1933 gegeben waren.
Beides beginnt sich in den Gesichtern der Menschen einzuprägen, in ihrer Lebensform, ihrer Kleidung, ihrer ganzen Erscheinung. Drüben das proletarische Deutschland, hier die Reste des bürgerlichen.
Die Zonengrenze ist der Kaiserschnitt durch Deutschlands Mitte. Er kann tödlich sein.<<

07.10.1946

WBZ: Die US-Militärregierung lockert am 7. Oktober 1946 die Pressezensur.
Zukünftig dürfen auch kritische Berichte über die Verhältnisse in der nordamerikanischen Besatzungszone veröffentlicht werden (x111/224).

12.10.1946

SBZ: In der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 werden u.a. der Begriff "Sühnemaßnahmen" und der Straftatbestand "Friedensgefährdung" erläutert.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Sühnemaßnahmen" (x009/433-434): >>Strafrechtlicher Begriff, der durch die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats an Stelle des Wortes "Strafe" in das Strafrecht der SBZ eingeführt wurde.
Die schwerste gegen "Hauptschuldige" zu verhängende Sühnemaßnahme war die Todesstrafe.

Weiter waren zeitliche und lebenslängliche Zuchthausstrafen und Gefängnisstrafen in Art. 8 der Direktive 38 aufgeführt.
In der strafrechtlichen Praxis der SBZ-Justiz bildete sich bald die Übung heraus, bei Todes- und Freiheitsstrafen weiterhin von "Strafen" zu sprechen, während eine Reihe von Nebenstrafen und Nebenfolgen aus der Direktive 38 als Sühnemaßnahmen bezeichnet wurden, darunter fiel die Vermögenseinziehung, das Berufsverbot, Verlust von Ansprüchen auf Pensions- oder Rentenzahlung, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts sowie des Rechts, sich politisch zu betätigen und Mitglied einer politischen Partei oder Gewerkschaft sein zu können, Auferlegung von Wohnraum- und Aufenthaltsbeschränkungen u.a.m.
Die Sühnemaßnahmen waren von unterschiedlicher Schwere, je nachdem, ob ein Angeklagter mit dem Urteil in die Gruppe der "Hauptbeschuldigten", "Belasteten", "Minderbelasteten" oder "Mitläufer" eingestuft wurde. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Friedensgefährdung" (x009/142): >>Straftatbestand der aus der Direktive 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12.10.1946 entnommen wurde. Art III A III lautet: "Aktivist ist auch, wer nach dem 8.5.1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet."
Diese Bestimmung des Kontrollrats wurde in der Rechtsanwendung der sowjetzonalen politischen Strafgerichte ihres Sinnes völlig entkleidet und diente zur rücksichtslosen Verfolgung tatsächlicher oder angeblicher Gegner des politischen Systems.
Zahllose außerordentlich harte Urteile wegen Plakatklebens, Verbreitung von Druckschriften und Zeitungen, und politischer Äußerungen beweisen dies. Alle diese Urteile sind auf Art. III A III der Direktive gestützt.
Das Anmalen des Wortes "Freiheit" ist "ein Gerücht, das in höchstem Maße den Frieden des deutschen Volkes gefährdet" (Urteil des Landgerichtes Potsdam gegen den Jugendlichen Lewner: 5 Jahre Gefängnis).
Durch den am 19.9.1955 bekanntgegebenen Beschluß des sowjetischen Ministerrates, wonach alle Gesetze, Direktiven und Befehle des Kontrollrats im Gebiet der SBZ ihre Gültigkeit verlieren, ist auch die Direktive 38 aufgehoben worden. Verurteilungen wegen Friedensgefährdung sind demnach nach Art. III A III dieser Direktive nicht mehr möglich.
Die Lücke wurde bis zum 1.2.1958 dadurch geschlossen, daß auf einen als strafwürdig empfundenen Sachverhalt einfach der Art. 6 der Verfassung (Boykotthetze) angewendet wurde. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Frieden" in der SBZ (x009/142): >>Zwischenstaatlicher Zustand, der nach kommunistischer Auffassung nur durch politischen Kampf, notfalls unter Anwendung von Waffengewalt, erhalten bzw. erreicht werden kann.
Eine entsprechende Vermischung von Friedens- und Kampfparolen beherrscht den Jargon der SED-Funktionäre und SED-Presse durch alle Phasen ihrer verschiedenen außenpolitischen Programme. Dabei wird der Frieden nicht um seiner selbst willen gefordert, sondern immer nur als Mittel zur Erreichung der kommunistischen Ziele. Dem entspricht die kommunistische Haltung gegenüber dem Pazifismus, der angeblich den ungerechten Frieden vertritt:
"Indem sie jegliche revolutionäre Tätigkeit der Massen ablehnen, betrügen die Pazifisten die Werktätigen und verheimlichen die Vorbereitung imperialistischer Kriege der Bourgeoisie. Die Politik der Pazifisten ist identisch mit imperialistischen, räuberischen, ungerechten Krieges" (Sowjetisches Fremdwörterbuch, Staatsverlag Moskau 1947).
Der Friedenskampf wird vornehmlich mit Mitteln der Propaganda und von eigens dazu gegründeten, sog. überparteilichen Organisationen geführt. Dabei wird die sowjetische Politik in

jedem Falle als den Frieden dienend unterstützt und jede andere Politik als friedensfeindlich bekämpft.<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 12. Oktober 1946 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56): >>12. Oktober 1946. Heute sind die ersten Frauen im Lager eingetroffen, die mit im Strudel des Krieges waren und auch in Gefangenschaft gerieten.

Ehemalige ... Luftwaffenhelferinnen, Angestellte von Wehrmachtsdienststellen, Telefonistinnen. Abgehärmte, müde Gestalten! Die Mädchen waren unter den Strapazen und Qualen in wenigen Monaten zu alten Frauen geworden, die überhaupt nichts mädchenhaftes mehr an sich hatten.<<

15.10.1946

Berlin: Der deutsche Nachkriegsfilm "Die Mörder sind unter uns" (mit Hildegard Knef, E. W. Borchert und anderen, Regie: Wolfgang Staudte) wird am 15. Oktober 1946 uraufgeführt.

16.10.1946

SBZ: Wilhelm Pieck (SED-Vorsitzender) lehnt am 16. Oktober 1946 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie strikt ab (x009/313): >>... Wir werden alles tun, damit bei den Alliierten die Grenzfragen nachgeprüft und eine ernste Korrektur an der jetzt bestehenden Ostgrenze vorgenommen wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der SBZ und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die SED dankt den Besatzungsmächten am 16. Oktober 1946 für die Hinrichtung der NS-Kriegsverbrecher (x116/143): >>... Die Verderber Europas, die Vernichter kulturellen Fortschritts, die Massenschlächter der Menschheit gingen heute ihrer verdienten Strafe entgegen – 12 Galgen wurden errichtet! ...

Um den Dank an die Besatzungsmächte zum Ausdruck zu bringen, die die Menschheit von 12 Verbrechern erlöst haben und uns die Möglichkeit zuerkannten, die restlichen Verbrecher von deutschen Gerichten abzuurteilen, beschloß die gestern tagende Betriebsräte-Vollversammlung am heutigen Tage, ... 16. Oktober 1946, (von) 12-13 Uhr Arbeitsruhe durchzuführen.

...<<
WBZ: Im Nürnberger Gefängnis werden am 16. Oktober 1946 zehn deutsche Hauptkriegsverbrecher gehängt, während Hermann Göring kurz vor der Hinrichtung Selbstmord begeht. Die Asche der Leichen wird anschließend "in alle Winde" zerstreut.
Es handelt sich damals um folgende Todeskandidaten:
Hans Frank (1900 in Karlsruhe geboren), der seit Oktober 1939 als Generalgouverneur im polnischen Besatzungsgebiet maßgeblich an der "Endlösung" beteiligt war, wandelte sich später während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses zum reuigen Sünder.
Hans Frank, der Hitler damals u.a. des Betruges an Millionen von Deutschen bezichtigte, erklärte in Nürnberg (x030/92): >>... Tausend Jahre werden vergehen und diese Schuld von Deutschland nicht wegnehmen.<<
Wilhelm Frick (1877 in Alsenz/Pfalz geboren, Studium der Rechtswissenschaften, ab 1919 Leiter der politischen Polizei in München, von 1933-43 NS-Reichsinnenminister, ab 1943 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, ergebener Bürokrat, der sich Karl. H. Frank völlig unterordnete).
Hermann Göring (1893 in Rosenheim/Bayern geboren, von 1912-18 militärische Laufbahn, zeichnete sich als erfolgreicher Jagdflieger aus, nach dem 1. Weltkrieg Kunst- und Verkehrsflieger, ab 1933 eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei, 1939 Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe und zunächst offizieller Hitler-Nachfolger). Göring vergiftete sich ca. 2 Stunden vor der Hinrichtung durch Zyankali (x030/122).
Alfred Jodl (1890 in Würzburg geboren, Frontoffizier im 1. Weltkrieg, im April 1939 Beförderung zum Generalmajor, seit 1940 Chef des Wehrmachtsführungsstabes).
Jodl wurde am 28.02.1953 nachträglich durch eine deutsche Spruchkammer rehabilitiert, als nicht schuldig, der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).
Ernst Kaltenbrunner (1903 in der Nähe von Hitlers Geburtsort, Braunau am Inn, geboren, Rechtsanwalt). Kaltenbrunner baute in Österreich und in den Balkanstaaten schlagkräftige Geheimdienstorganisationen auf, die sogar Himmler begeisterten. Der österreichische Nationalsozialist wurde im Januar 1943 durch Himmler zum RSHA-Chef (Heydrich-Nachfolger) ernannt. Kaltenbrunner war danach Chef der gesamten deutschen Sicherheitspolizei (Gestapo, SIPO und SD) und übernahm die "Endlösung" der europäischen Juden. Er interessierte sich besonders für "rationelle Tötungsarten".
Wilhelm Keitel (1882 in Helmscherode/Harz geboren, Berufsoffizier, als Artillerieoffizier im 1. Weltkrieg schwer verwundet, im Jahre 1934 Beförderung zum Generalmajor, ab 1938 Chef des OKW). GFM Keitels letzte Bitte, als Soldat erschossen zu werden, lehnte man ab.
Joachim von Ribbentrop (1893 in Wesel geboren; Fremdsprachenausbildung, Banklehre, Handel mit Baumwolle usw., Heirat mit Anneliese Henkell - der Erbtochter des reichsten deutschen Sektfabrikanten – ermöglichte den Zugang zur "großen Gesellschaft", ab 1938 Reichsaußenminister).
Alfred Rosenberg (1893 in Reval/Estland, Ingenieur- und Architekturstudium in Riga und Moskau, seit 1919 Förderer Hitlers, von 1933-45 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP).
Fritz Sauckel (1894 in Haßfurt/Unterfranken geboren, Seemann, Schlosserlehre, ab 1942 NS-Generalbevollmächtigter für den Einsatz bzw. die Deportation von Zwangsarbeitern).
Arthur Seyß-Inquart (1892 in Stannern bei Iglau/Mähren geboren, Rechtsanwalt in Wien, von 1938-39 Reichsstatthalter von Österreich). Als Reichskommissar der besetzten Niederlande (1940-45) ließ Seyß-Inquart u.a. das holländische Judentum konsequent vernichten.
Julius Streicher (1885 in Fleinhausen bei Augsburg geboren, Volksschullehrer, Begründer des antisemitischen Hetzblattes "Der Stürmer"). Im Jahre 1940 beendeten sexuelle Eskapaden,

Quälerei von Gefangenen, zweifelhafte Geschäfte sowie Intrigen gegen NS-Funktionäre, Streichers NS-Karriere.

21.10.1946

SBZ: Die sowjetische Aktion "Ossawakim" beginnt. Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten werden ab 21. Oktober 1946 in die UdSSR deportiert (x116/146).

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 21. Oktober 1946 aus Bayern (x124/251): >>Die schwersten Sorgen drohen vom Flüchtlingsproblem und dieses dämpft spürbar das politische Treiben, da auch der letzte Politiker inzwischen weiß, daß es hier um das nackte Überleben oder elende Zugrundegehen von einigen Hunderttausenden geht.

Im entlegensten Dorf können Sie heute Flüchtlinge finden; sie füllen die elenden Lager, die man uns überließ, in denen oft die Fensterscheiben fehlen und keine Öfen stehen, ohne daß viel Hoffnung besteht, hier Abhilfe zu schaffen. Auch für den, der ein Dach über dem Kopf hat, wird die Herbeischaffung des Lebensnotwendigen schwieriger. ...

... Wie schon in der letzten Kriegszeit bestimmen die Ausländer weitgehend das Straßenbild. Sie schauen nun viel besser gekleidet und genährt aus als wir, eine seltsame Oberschicht. ... Bewundernswert ist die urwüchsige Zähigkeit der ... (Deutschen), die der Totalabstumpfung entgegenwirkt. ...<<

22.10.1946

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 22. Oktober 1946 (x095/53): >>... Im übrigen begrüße ich das Nürnberger Verfahren als einen völkerrechtlichen Fortschritt, allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft derartige Verfahren gegenüber allen Kriegsverbrechern angewendet werden und man sich nicht darauf beschränkt, einmal ein solches Verfahren an dem zerschlagenen Deutschland zu statuieren. ...<<

Großbritannien: Der britische Außenminister Bevin stellt am 22. Oktober 1946 vor dem Unterhaus fest, daß die Oder-Neiße-Grenze noch nicht endgültig ist (x028/180): >>... Was die polnische Grenze angeht, will ich nicht verhehlen, daß wir in Potsdam erst nach langem Zögern mit den umfassenden Veränderungen einverstanden waren, auf denen unsere russischen Verbündeten bestanden. ...

Wir möchten auch unbedingt wissen, ob die Polen imstande sind, das Gebiet zu entwickeln, damit die wirtschaftlichen Ressourcen (Hilfsmittel) angemessen genutzt werden, so daß hier nicht eine Ödnis entsteht, aus der die Deutschen ausgeschlossen worden sind, die aber von den Polen nicht bevölkert werden kann.<<

23.10.1946

CSR: Kurt Daluege (1897 in Kreuzburg/Schlesien geboren, stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, nach Kriegsende an die CSR ausgeliefert) wird am 23. Oktober 1946 wegen Lidice und anderer Terrormaßnahmen in Prag hingerichtet.

USA: Die "New York Times" berichtet am 23. Oktober 1946 über den Fortgang der Vertreibung (x028/140): >>Der Umfang dieser Umschichtung und die Verhältnisse, unter denen sie vor sich geht, haben in der Geschichte nichts Vergleichbares.

Niemand, der diese Greuel unmittelbar erlebt, kann daran zweifeln, daß es sich um ein Verbrechen gegen die Menschheit handelt, für das die Geschichte eine furchtbare Vergeltung üben wird ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die Vertreibung der Deutschen (x028/140): >>... Insgesamt wurden etwas 6 Millionen Menschen von den "organisierten Umsiedlungen" erfaßt, und wenn sich auch die ausweisenden Länder häufig nicht einmal an das von den westlichen Alliierten geforderte Mindestmaß an Proviant und menschliche Behandlung hielten, rettete doch die bloße Tatsache, daß man im Westen rechtzeitig wußte, wann ein Transport und wie viele Menschen ankommen würden,

vielen Ausgewiesenen das Leben.
Hätte es die "organisierten Umsiedlungen" nicht gegeben, wären also alle Deutschen so brutal vertrieben worden wie im Jahre 1945, dann hätten die Verluste an Menschenleben nicht zwei, sondern drei Millionen und mehr betragen.<<

25.10.1946

Großbritannien: Ein britischer Beamter des Foreign Office notiert am 25. Oktober 1946 (x020/78): >>... Je mehr wir im Falle einer Teilung Deutschlands von Deutschland haben, um so besser.
Ostdeutschland ist dann zumindest im Verhältnis kleiner. Selbst wenn Deutschland nicht geteilt werden sollte, wird die Oder-Neiße-Grenze es den Russen sehr viel schwerer machen, sich der vollen Unterstützung der Deutschen zu versichern.
Nicht daß die Deutschen jemals den Verlust von Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien vergessen werden, daß die Deutschen niemals zufrieden sein werden. Aber wenn wir wirklich der Gefahr gegenwärtig sein müssen, daß die Russen die Sympathien eines geeinten Deutschlands gewinnen könnten, dann ist die Oder-Neiße-Grenze für sie eine schwer zu überwindende Barriere.<<

29.10.1946

SBZ, Berlin und WBZ: Nach der Volkszählung vom 29. Oktober 1946 halten sich in den 4 Besatzungszonen (einschließlich Berlin) 9.593.800 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene auf. 5.608.100 Deutsche stammen aus den deutschen Ostprovinzen und 3.985.700 sind Volksdeutsche. In den westlichen Besatzungsgebieten hat man 5.878.500 Heimatlose registriert (x111/235):
Britische Zone = 3.055.300,
nordamerikanische Zone = 2.744.900 und
französische Zone = 78.300.
Die SBZ und Groß-Berlin nehmen 3.598.400 bzw. 116.900 Flüchtlinge auf.
Die höchsten Zuwanderungsquoten melden: Mecklenburg 42,2 %, Schleswig-Holstein 32,2 %, Niedersachsen 23,3 % und Bayern mit 18,9 % der Gesamtbevölkerung (x092/939).

Oktober 1946

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen ("Speziallager Nr. 4") wird im Oktober 1946 aufgelöst.
Von Mai 1945 bis Oktober 1946 sterben im sowjetischen Internierungslager Berlin-Hohenschönhausen mehr als 3.000 deutsche Häftlinge (x126/163). Mindestens 10.000 Häftlinge durchlaufen dieses Lager.

WBZ: Aufgrund der großen Wohnungsnot beschließen die Briten im Herbst 1946, weitere Wohnräume zu beschlagnahmen (x021/465): >>... Die Notlage infolge des Wohnraummangels ist außerordentlich ernst. Zahlreiche Flüchtlinge und Evakuierte sind menschenunwürdig untergebracht. In den nächsten Wochen werden weitere Flüchtlingstransporte eintreffen. Bis zum Eintritt des Winters, also binnen sechs Wochen, muß die größtmögliche Ausnutzung aller verfügbaren Räume zu Wohnzwecken mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es wird daher angeordnet:
1. Sämtliche vorhandenen Wohneinheiten sind nochmals streng durchzuprüfen, um Räume für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderer unangemessen untergebrachter Personen verfügbar zu machen.
2. Wohnungsinhaber dürfen nicht zugleich über Wohnräume und über hinreichende Schlafräume verfügen. Das gilt besonders dann, wenn Küchen von einem Flächenraum von mehr als 10 Quadratmetern zur Verfügung stehen, Geschäftsräume, Läden, Gastwirtschaften, Lagerräume und andere für Wohnzwecke geeignete Räume sind gegebenenfalls für die Unterbringung von Flüchtlingen freizumachen.<<

Franz J. Bauer berichtet Ende Oktober 1946 über die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern (x020/165-166): >>... Die bäuerliche Bevölkerung trug die Hauptlast der Beherbergung. Etwa jeder zweite Flüchtling in Bayern war auf einem Bauernhof untergebracht. Da die in der agrarischen Besitzstruktur Bayerns überwiegenden klein- und mittelbäuerlichen Anwesen schon nach ihren baulichen Anlage nicht geeignet waren, mehreren selbständigen Familien auch nur notdürftig abgeschlossene Wohneinheiten zu bieten, mußten sich Quartiergeber und Zwangsgäste zumeist konfliktträchtig die Benützung der zentralen Funktionsräume (Küche, Kochherd, Waschküche, Waschgelegenheit, Abort etc.) teilen.
Dieses bis zur Ungeschiedenheit selbst der privatesten Lebenssphäre enge Zusammenhausen einander zudem in aller Regel nach ihrer jeweiligen sozialen Charakteristik fremder Bevölkerungselemente belastete generell die Begegnung von Flüchtlingen und Eingesessenen – und dies um so mehr, als die Beschaffung von Privatquartieren und die Einweisung der Flüchtlinge in diese Wohnungen ausgesprochenen Zwangscharakter trug und angesichts der Not und der Umstände wohl auch tragen mußte.
Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen, strikt gehalten, möglichst keine Dauerlager entstehen zu lassen, verfuhren bei der Requirierung von Wohnraum kraft ihrer Sondervollmachten mit einer Rigorosität, die bei der einheimischen Bevölkerung und bei den demgegenüber weitgehend ohnmächtigen Dienststellen der regulären Verwaltung gleichermaßen als "Diktatur" verschrien wurde.
Bei aller Beengtheit und Dürftigkeit gestalteten sich indes die Lebensumstände der privat einquartierten Flüchtlinge in der Regel wohl doch bereits erträglicher als die ihrer Schicksalsgenossen, die längere Zeit in Massenunterkünften verweilen mußten.
Auch im Windschatten der Autorität der Besatzungsmacht gelang es den Organen des Staatskommissars nicht zu verhindern, daß sich im Verteilungssystem ein Stau von Ausgewiesenen bildete, für die kein wie auch immer bescheidener Privatwohnraum beschafft werden konnte. Dieser Stau erreichte zum Zeitpunkt der Volkszählung Ende Oktober 1946 mit 146.000 Insassen in insgesamt 1.375 Lagern seinen Höhepunkt. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die katastrophale Situation der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/464-466): >>... Im Winter 1945 auf 1946 streifte die Not schon die Unerträglichkeit. Als im Laufe des Jahres 1946 die großen Massenvertreibungen aus den Ostgebieten Woche für Woche Zehntausende von Menschen in die Besatzungszonen der Westmächte hineinzwangen, sorgten die Sieger nicht etwa für den Bau von Wohnungen oder ihre Wiederherstellung. Sie teilten noch einmal auf, was die Verlierer des Krieges noch besaßen.
Das Kontrollratsgesetz Nr. 18 setzte den Wohnraum, der jedem Deutschen zustand, auf 4 Quadratmeter fest. Das hieß: eine fünfköpfige Familie mußte mit einem einzigen Zimmer auskommen. Und später im Jahr geschah, was kaum vorstellbar schien: Die Lage verschärfte sich so sehr, daß auch dieses Minimum an Wohnraum, das den Deutschen geblieben war, noch beschnitten wurde. ...
Doch an vielen Orten in den Beatzungszonen der Westmächte war schnell der Punkt erreicht, an dem auch der Einsatz von Soldaten zur Unterbringung von Flüchtlingen nichts mehr fruchtete – einfach deshalb, weil die Wohnungen schon so vollgestopft waren, daß niemand zusätzlich mehr in diese aufgenommen werden konnte. Die Menschen, die ihre Häuser, ihre Wohnungen, ihre Höfe im Osten verlassen mußten, hausten jetzt in Gartenlauben, in Bunkern, in Fabrikhallen, in Kegelbahnen, in Rindvieh- und Schweineställen. In Wirtshäusern wurden Tanzsäle geräumt, Vertriebene schlugen dort ihre Lager auf. Sie gruben Höhlen in Hänge und schachteten Erdbunker aus, die sie mit Ästen und Stroh abdeckten. ...
Hunderttausende auch lebten in Baracken, die zuvor den Reichsarbeitsdienst oder Kriegsgefangene oder auch Fremdarbeiter beherbergt hatten. In diesen Baracken verfügten die Men-

schen oft nicht einmal über jene vier Quadratmeter Raum, die jedem Deutschen von den Alliierten zugebilligt worden waren. Sie schliefen auf Stroh in doppelstöckigen Pritschen, die aus rohen Brettern zusammengezimmert waren.
Diese Pritschen waren einen Meter breit und nicht einmal zwei Meter lang – dies war der private Winkel, der ihnen zustand. Sie setzten sich auf die Kanten ihrer Betten, um ihre kärgliche Mahlzeit aus blechernem Geschirr zu löffeln. Und alles, was sie taten, geschah unter den Blikken vieler anderer, fremder Menschen. Was sie sagten, hörten Ohren, für die das Gesagte nicht bestimmt war, und sie wurden Zeugen von Gespräch und Streit, obwohl sie es nicht wollten. Kinder lernten flüstern und verlernten das Spielen.
Schließlich spannten die Menschen in den Baracken Wäscheleinen, Draht- oder Bindfäden von Wand zu Wand, hängten Decken darüber, schufen auf diese Weise Sichtblenden, die sie den Blicken der anderen entzogen, und stellten so auf 5 oder 6 Quadratmetern so etwas wie privaten Raum für die ganze Familie her.
An den primitiven rußgeschwärzten Herden, deren Abzugsrohre durch die Fenster geführt wurden, aber trafen sie sich wieder – 4 oder 5 Familien, oft auch noch mehr Familien, mußten sich die Kochgelegenheit teilen. Es blieb nicht aus, daß sie sich gegenseitig in die Töpfe guckten – Quelle von Neid und Hader, wenn in einer der Suppen manchmal eine Handvoll Bohnen mehr als üblich oder gar ein Stück Speck schwamm. ...<<
CSR: Innenminister Nosek gibt Ende Oktober 1946 bekannt (x004/123): >>... daß die Umsiedlung der Deutschen abgeschlossen sei; von den z.Z. der Potsdamer Konferenz in der CSR lebenden 2,5 Millionen Deutschen seien 2.165.000 nach Deutschland überführt worden, davon 1.415.000 in die amerikanische Besatzungszone.<<
Nach tschechischen Angaben hat man bis Ende Oktober 1946 etwa 750.000 Sudetendeutsche in die Sowjetzone ausgewiesen (x004/124).
Infolge von Streitigkeiten sperren die Nordamerikaner ihre Besatzungszone für Ausweisungstransporte aus der CSR. Diese Maßnahme verlängert zwangsläufig das große Elend der zurückgebliebenen oder zurückgehaltenen Sudetendeutschen.
Frankreich: Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes kritisiert Ende Oktober 1946 die unmenschlichen Zustände in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/134): >>Die Situation ist gegenwärtig mehr als alarmierend. Mehr als die Hälfte der arbeitenden deutschen Kriegsgefangenen sind unzureichend bekleidet und werden den Härten des Winters nicht ohne schwerste Gesundheitsrisiken widerstehen können.
Unter solchen Bedingungen muß im Laufe des Winters mit einer hohen Zahl von Todesfällen gerechnet werden. ...<<

01.11.1946

WBZ: Die britische Militärregierung gründet am 1. November 1946 das Land Niedersachsen. Das neue Land Niedersachsen besteht aus den alten Ländern und Provinzen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover.

10.11.1946

Frankreich: Die Kommunistische Partei siegt am 10. November 1946 mit 28,2 % der abgegebenen Stimmen bei der Wahl zur Nationalversammlung (x175/422).
Der sozialistische Politiker Léon Blum (1872-1950) wird später zum Ministerpräsidenten der IV. Republik gewählt und kann sich bis 1947 im Amt halten.

12.11.1946

Großbritannien: Winston Churchill äußert sich am 12. November 1946 während einer Unterhausrede zur kollektiven Bestrafung der Deutschen und fordert mehr Selbstverantwortung sowie zusätzliche Aufbauhilfen für die westdeutschen Besatzungszonen (x268/25, x111/246): >>... Man sagt nun, Deutschland müsse bestraft werden. Ich frage: Wann begann die Bestrafung? ... Sie begann 1943 und ging 1944 und 1945 weiter, als die schrecklichsten Luftangriffe

auf die deutschen Städte niedergingen ...<<
>>... Und doch sind wir uns alle darüber einig, daß der richtige Weg wäre, die Deutschen ihr Leben verdienen und sie ihre eigenen Angelegenheiten sobald als möglich erledigen zu lassen sowie ihnen jede mögliche Hilfe zu geben, wobei natürlich alle Formen einer Wiederaufrüstung zu verhindern wären.
Es ist dringlich, mit dem deutschen Volke oder mit jenem Teil, der in unserem Verantwortungsbereich liegt, Frieden zu schließen.
Der Rache und der Vergeltung muß ein Ende gesetzt werden.<<

13.11.1946

USA: Die "New York Times" berichtet am 13. November 1946 über die Massenvertreibung der Deutschen (x028/108): >>Zweifellos tragen die westlichen Mächte ihr Maß an Verantwortung für die massenweise Entwurzelung der Deutschen, aber größer ist das der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei.
Es war aber das Einverständnis der Westmächte, das unbeabsichtigt der Vertreibung ein Mäntelchen von Legalität und Berechtigung umhängte - einen Mantel, der allerdings bald von vielen britischen und amerikanischen Publizisten zerfetzt wurde: Sie entsetzten sich über "den unmenschlichsten Beschluß, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefaßt wurde". ...<<

17.11.1946

Dänemark: Da alle Versuche, die rund 200.000 Flüchtlinge in ihre ostdeutsche Heimat zurückzuführen, an der strikten Weigerung der Sowjetunion scheitern, fordert das dänische Außenministerium die Westmächte am 17. November 1946 auf, sämtliche internierten Flüchtlinge zu übernehmen (x153/55).

USA: Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten beklagen in einem Rundschreiben vom 17. November 1946 die große Mitverantwortung an den Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x026/83): >>... Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand.
Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.
Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit an Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.
Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es sich um eine andere Regierung handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen.<<

18.11.1946

WBZ: Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortet nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisiert in der "Neuen Zeitung" vom 18. November 1946 die britische Besatzungspolitik (x111/247): >>... Gebt der Bevölkerung genug zu essen, um sie gesund zu erhalten!
Beschlagnahmt nicht die guten Häuser für unsere Armee und für englische Frauen, während die Einheimischen in Ruinen leben!
Achtet die zivilen Rechte!
Unterstützt die demokratischen Parteien! Gebt der Demokratie eine Chance! ...<<
Die "Neue Zeitung" berichtet am 18. November 1946 über den Prestigeverlust der deutschen

Sprache (x111/247): >>Wer heute außerhalb der Sprachgrenze Deutsch spricht, wird unwillig angesehen, auch wenn er neutrale oder alliierte Abzeichen angesteckt hat. ...<<

22.11.1946

WBZ: In Bremen protestieren am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill erörtert (September 44); es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta (Februar 45) beschlossen die Alliierten die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung (20 Milliarden Dollar).

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür im Level-of-Industry-Plan vom 26.3.46 die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industrieplan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in des ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

26.11.1946

Berlin: Die französische Besatzungsmacht fordert am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegessäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichen, sollen ebenfalls zerstört werden (x116/151).

29.11.1946

Großbritannien: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) fordert am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).

November 1946

SBZ: Der 16jährige Hubert P. berichtet im November 1946 über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/103): >>... Im November 1946 wurden ... die Rationen schlagartig gekürzt, pro Tag erhielten wir nur noch 300 Gramm Brot, die Suppe wurde immer wäßriger und dünner.

Postwendend setzte die Ruhr ein, Tuberkulose grassierte ohnehin schon, und die Leute starben wie die Fliegen.

Gegen Jahresende war ich furchtbar abgemagert und beging einen schweren Fehler. Ich tauschte den von meiner Mutter gestrickten Pullover gegen drei Tagesrationen Brot. Im eisigen Winter 1946/47 war ich deshalb nahe am Erfrieren, denn jeder besaß an Kleidung nur das, was er gerade auf dem Leib trug. Viele Menschen, die im Sommer verhaftet wurden und nur in dünnen Sachen steckten, gingen an der Kälte elend zugrunde.

Eine schlimme Episode werde ich nie vergessen. Die Brotration wurde immer ganz früh verteilt, noch vor dem Aufstehen. Unter mir lag im Doppelstockbett ein ganz junger Mann, der nachts gestorben war. Ich unterließ früh bei der Essenausgabe die Meldung darüber und nahm dann dem Toten das Brot von der Brust. So weit war man gekommen.

Meine Rettung bestand wohl darin, daß man mich eines Tages zum Kartoffelschälen einteilte. Es mußte ja für 12.000 bis 14.000 das bißchen Essen vorbereitet werden. Am Tage hatten Frauen die Kartoffeln zu schälen, nachts kamen die Männer an die Reihe. Diese täglich 12 Stunden dauernde Küchenarbeit war mein Glück. Da fiel ab und an mal eine Pellkartoffel ab, und ich hatte den Eindruck, daß es mir im Gegensatz zu all dem Sachsenhausener Elend noch relativ gut ging.

Eines Tages hielt man wohl die Sterbeziffer im Lager für zu hoch, die Brotrationen wurden auf 450 Gramm erhöht, und das blieb so bis zum Tag meiner Entlassung. ...<<

01.12.1946

SBZ: Die Sowjets gründen am 1. Dezember 1946 eine deutsche Grenzpolizei.

Diese Grenzpolizei untersteht bis zum 15.05.1952 dem Ministerium des Inneren und danach dem Ministerium für Staatssicherheit (x009/163-164).

02.12.1946

USA: Die Außenminister Byrnes (USA) und Bevin (England) unterzeichnen am 2. Dezember 1946 in Washington ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer Besatzungszonen.

Der britische Außenminister Bevin erklärt am 2. Dezember 1946 zur Schaffung der sog. "Bizone" (x243/160): >>... Während Amerika und wir Lebensmittel und andere lebenswichtige Güter in unsere Zonen in Deutschland eingeführt und bezahlt haben, sind die Erträge aus Exporten der russischen und französischen Zone nicht für eine gemeinschaftliche Verwendung bereitgestellt worden. ...

Der britische Steuerzahler hat genug bezahlen müssen, um den Zusammenbruch unserer Zone zu verhindern. ... Deutschland (soll) selbst die Kosten tragen. ... In der britisch-amerikanischen Zone (soll) die Industrie so schnell wie möglich wieder in Gang gebracht werden. ...<<

03.12.1946

USA: Das US-Kriegsministerium gibt am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl will man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

08.12.1946

WBZ: General Koenig (1898-1970, 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone) erklärt am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<

09.12.1946

WBZ: Vom 9. Dezember 1946 bis zum 5. Januar 1947 erhalten die Deutschen in der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone immer noch tägliche Hungerrationen von 1.529 bzw. 1.534 Kalorien.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder ein Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen.

Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

11.12.1946

USA: Die Generalversammlung der Vereinten Nationen bestätigt am 11. Dezember 1946 in einer Resolution die "Nürnberger Prinzipien" und erteilt den Auftrag, einen Verbrechenskodex zu formulieren (x086/249) sowie die neuen Grenzen des Deutschen Reiches zu bestimmen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die "Anerkennung oder Revision der Oder Neiße-Linie" (x028/180-182): >>... Was unter "endgültiger Regelung" zu verstehen sei, ging aus einer Äußerung von Sumner Welles, dem amerikanischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, hervor. Er schrieb in diesem Jahr (1946): "Versuchsweise haben sich die vier Mächte auf den Oderlauf als neue Ostgrenze Deutschlands geeinigt. ... Wenn der Frieden diese vorläufige Entscheidung zur endgültigen machen sollte, würden sie ein Unrecht fortsetzen und sozial und wirtschaftlich einen schweren Fehler begehen, der unweigerlich dauernde Spannung und Unsicherheit in Europa hervorrufen müßte. ...

Ein großer Teil des Gebiets zwischen der Oder und der westlichen Grenze des einstigen polnischen Korridors ist reicher Agrarboden. Ein Teil mindestens solle den Deutschen zugänglich bleiben, sowohl als Nahrungsquelle wie auch als Wohngebiet. Wenn die neue deutsche Grenze mit Polen mit angemessener Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Volkes festgelegt werden soll, müßte sie ziemlich weit östlich der Oder verlaufen."

Bei diesem Stand der Dinge im November/Dezember 1946 trat der Außenminister-Rat in New York zusammen, um den Frieden mit Deutschland zu erörtern. Um die neuen Grenzen zu bestimmen, beschloß er, die Ansichten jener Staaten einzuholen, deren Streitkräfte am gemeinsamen Kampf gegen die Achse teilgenommen hatten.

Wie vorauszusehen, empfahlen sämtliche Länder Osteuropas, die bereits in den sowjetischen Bannkreis geraten waren, die Oder-Neiße-Linie, die von der Sowjetunion und der von ihr beherrschten polnischen Regierung gewünscht wurde.

Die Vertreter Belgiens und der Niederlande erklärten, nach ihrer Meinung werde kein Frieden von Dauer sein, wenn er nicht eine teilweise Rückgabe der unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete einschließe, oder, als Alternative, "eine Regelung, wonach das Land und seine Erträge für das überbevölkerte Deutschland und seinen Nahrungsbedarf zugänglich gemacht werden".

Die südafrikanische Regierung verlangte ausdrücklich eine Revision der polnisch-deutschen

de facto (vorläufigen) Grenze und lehnte "jeden Versuch ab, große, dem Wesen nach deutsche Wohngebiete zu verriegeln". Andererseits gab die Regierung zu, daß "eine gemäßigte Berichtigung der Grenzen zugunsten Polens möglich sein sollte".
Kanadas Regierung empfahl einerseits, daß man nicht einer großen Anzahl Deutscher gestatten sollte, außerhalb der künftigen deutschen Grenze zu leben, bemerkte dann aber, daß "übertriebene Verschiebungen der Bevölkerungen, die aus politischen Gründen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Bedingungen unternommen werden, schwere Nachteile mit sich bringen und vielleicht zu ernsten Gefahren führen".
Die Regierung von Australien schlug vor, daß "bei der Grenzziehung die Atlantik-Charta berücksichtigt wird, wobei allerdings zu bedenken ist, daß bestimmte Ansprüche, die aus Sicherheitsgründen gestellt werden, von überragender Bedeutung sein können".
Da die Atlantik-Charta vorschrieb, "keine territorialen Veränderungen" vorzunehmen, "die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen", und da die Charta der Vereinten Nationen besonders den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (Artikel 1 und 55) betont, hätten ja wohl, mindestens nach Ansicht der australischen Regierung, die Millionen Deutschen, die bereits aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße vertrieben worden waren, und die Millionen, denen dieses Schicksal für 1947 und 1948 noch bevorstand, befragt werden sollen.
Andererseits war der Artikel 107 ("Feindstaatenklausel") in die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich aufgenommen worden, um den siegreichen Alliierten freie Hand bei der Behandlung der Deutschen zu geben. Weder die Atlantik-Charta noch der Leitgedanke der Selbstbestimmung in der Charta der Vereinten Nationen wurden von den meisten Mitgliedern der Vereinten Nationen als Hindernis für eine harte Behandlung Deutschlands angesehen.
So empfahl also keine der befragten Regierungen eine "restitutio in integrum". Eine solche "Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" hätte bedeutet, daß Deutschland die Gebiete östlich von Oder und Neiße zurückerhalten hätte, aber alle waren sich offenbar darin einig, daß ein Teil des Landes für immer Deutschland genommen und Polen gegeben werden solle. Einige Regierungen lehnten es ab, ihre Ansicht über ein Thema zu äußern, das ihnen vermutlich gleichgültig war.<<

15.12.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 15. Dezember 1946 (x124/272): >>... Frankreich hält immer noch über 600.000 Kriegsgefangene zurück, von denen mehr als ein Drittel in der Land- und Forstwirtschaft, 56.000 im Bergbau, 37.000 im Baugewerbe, 12.000 beim Brückenbau, 10.000 in der Eisenindustrie arbeiten und 30.000 Minen räumen. Im ganzen gibt es dort 115 Gefangenenlager ...<<

19.12.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273): >>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfingen.
Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungernden und frierenden Leute, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.
Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.
Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen – und das nicht etwa im Rachetaumel der ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.
Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl

des Besiegten zu stärken. ...<<

20.12.1946

Australien: Die australische Regierung betont am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien holen will (x111/259).

21.12.1946

Berlin: Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" können die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren.

Später kommen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wird nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schreibt einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzlichste aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder verschollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 21. Dezember 1946 (x124/277): >>... Die argentinische Regierung plant, 4.000.000 europäische Flüchtlinge aufzunehmen. ...

Eine Umfrage in Hamburger Schulen ergab, daß die Hälfte aller Mädchen noch nie eine Puppe gehabt hat und mehr als die Hälfte aller Kinder kein Bilderbuch kannten. 2 Drittel haben noch nie mit einem Buntstift gemalt – alles Dinge, die Kinder in anderen Zeiten, auch wenn sie aus armen Familien kamen, immer erfreuten.

Eines wußten aber alle: Wie man einen Kohlenwagen ausraubt und welche Ausreden man gebraucht, wenn man dabei erwischt wird.<<

22.12.1946

WBZ: Das Saarland wird am 22. Dezember 1946 in den französischen Zoll- und Wirtschaftsraum eingegliedert.

24.12.1946

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 24. Dezember 1946 über den Weihnachtsgottesdienst in einer Berliner Kirche (x111/259-260): >>"Friede auf Erden", sagt der Pfarrer.

Als er die Hände zum Segen erhebt, wird unter seinem Talar eine graue Strickweste sichtbar. Er friert, daß es einen erbarmen kann. Wir frieren ebenfalls. Alles friert.

Um uns, in uns, neben uns. ... Grau und gedrückt hocken die Zuhörer zwischen ihren Bänken. So mögen sie nach dem Dreißigjährigen Krieg in den Kirchen gesessen haben. So jammervoll müde, so armselig und trostlos. ...<<

UdSSR: Deutsche Kriegsgefangene berichten später über den Heiligen Abend 1946 in sowjetischer Gefangenschaft (x130/333): >>In einem Winkel der Baracke wurde ein Adventslied angestimmt. Niemand war nach Singen zumute. Der Hunger und die Müdigkeit, Elend und Gier machten die Seele matt.

Doch einer nach dem anderen richtete sich auf, dem Gesang zu lauschen und schließlich war auch kein Herz mehr der Botschaft verschlossen, die das Lied verhieß. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Gefangenen (x130/-332-334): >>Trat das religiöse Leben nach außen am deutlichsten durch Gottesdienste in Erscheinung, so kam dem einzelnen Gefangenen das Bedürfnis nach der Religion am stärksten bei kirchlichen Festen zu Bewußtsein. Denn den Heiligen Abend ohne jegliche Feier verbrin-

gen zu müssen, wie es besonders in den ersten Jahren nicht selten geschah, war dem deutschen Kriegsgefangenen besonders schmerzlich.
Wohl ließ das Interesse an religiösen Fragen mit den Jahren nach, jedoch zu Weihnachten, da man in den Jahren bis einschließlich 1945, teilweise auch noch später, nicht nur die Familie, sondern auch noch einen Gruß der Angehörigen missen mußte, war man offen für einen Trost in der Religion. ...
Andere kirchliche Feste traten im Lageralltag kaum in Erscheinung, es sei denn, daß Gottesdienste genehmigt oder geduldet waren. Sonst nahm man auch im Rahmen eines bunten Abends oder sonst einer Festvorstellung inoffiziell Bezug auf Ostern. In der Regel gingen aber Ostern, Pfingsten und andere kirchliche Festtage wie jeder andere Tag vorüber. ...
Was aber den deutschen Kriegsgefangenen als ausgesprochene Schikane erschien, daß sie nämlich zu Weihnachten keine arbeitsfreien Tage erhielten, fanden die sowjetischen Stellen als völlig selbstverständlich, da ihre eigenen Landsleute in diesem Punkt ebenfalls kein Entgegenkommen fanden.
Trotzdem war mitunter der 1. Weihnachtsfeiertag arbeitsfrei, mußte allerdings vorher oder nachher wieder an einem Sonntag eingearbeitet werden. Dies wurde aber nur selten gewährt. ...<<

30.12.1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 30. Dezember 1946 in der "Rheinischen Post" (x243/-178): >>... Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird. ...
Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.<<

31.12.1946

WBZ: Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläutert am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehlen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<
Die Presse berichtet am 31. Dezember 1946 über den Büchermarkt des Jahres 1946 (x111/-265-266): >>... Manches Verlagsprogramm blieb Etikette. Die verheißenen Bücher blieben aus.
Ob die Vermutung des Buchhändlers richtig ist, daß der eine oder andere Verlag in erster Linie an Reklame oder rasches Geldverdienen dachte, müssen andere beantworten. Ein gewisser Verlagsegoismus war unverkennbar. Es wurden u.a. honorarfreie Nachdrucke planlos bunt herausgeworfen, und die Daseinsberechtigung vieler neuer Bücher ist im Hinblick auf Bedürfnis und Neigung der Leser anzuzweifeln.
Der Gedanke, die große Lücke, die die letzten Kriegsjahre in die Bestände der klassischen deutschen Literatur gerissen haben, durch ein Gemeinschaftswerk lizenzierter Verlage auszufüllen, fand bei den befragten Buchhändlern lebhaften Anklang.
Der Gedanke bezweckt eine gute, einfache Standardausgabe, die in gleicher Ausführung partienweise von den Verlegern herauszubringen wäre. Dadurch würde etwas Spürbares geschaffen und dem Nebeneinander geringer Auflagen – unnötiger Papierverbrauch – ein Riegel vorgeschoben.<<

Belgien: Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen (x111/263).

USA: US-Präsident Truman verkündet am 31. Dezember 1946 die "Beendigung der Feindse-

ligkeiten des Zweiten Weltkrieges" und läßt mehrere Kriegs- und Notverordnungen außer Kraft setzen (x028/163): >>Obwohl noch ein Kriegszustand besteht, ist es heute möglich zu erklären, ... daß die Feinseligkeiten beendet sind.<<
Die bisherige nordamerikanische Besatzungspolitik wird jedoch nicht grundlegend verändert.

1946

Ostdeutschland: Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammen rund 1,4 Millionen aus dem an die UdSSR abgetretenen Ostpolen, 237.000 sind repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. 1.950.000 hat man aus Zentralpolen und aus den südpolnischen Wojewodschaften umgesiedelt (x001/119E-120E).
Nach polnischen Angaben liegen im Jahre 1946 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten noch 63,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach (x001/118E).
Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die polnischen Ansiedlungsbemühungen und Zwangsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten (x001/118E-123E): >>... Erst allmählich setzten die Polen auf den Staatsgütern Traktoren und Maschinen ein, wodurch die Wirtschaft intensiver gestaltet werden konnte. Demgegenüber blieben die kleinen Güter, die im Besitz polnischer Ansiedler waren, weiterhin noch lange völlig vernachlässigt.
Nach polnischen Angaben lagen noch 1946 63,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den ehemaligen deutschen Ostgebieten brach, und 1948 betrug der Anteil der nicht bebauten Fläche immer noch 24,6 Prozent.
An diesen Zahlen wird deutlich, wie wenig der polnische Staat imstande war, die ostdeutschen Gebiete mit ihrer hochintensiven Landwirtschaft zu verwalten und ihre Kapazität zu nutzen. Dies gilt auch für die von der polnischen Verwaltung betriebene Besiedlung des Landes, das man von der einheimischen deutschen Bevölkerung eiligst und radikal entleert hatte.
Es ist bereits dargelegt worden, daß die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland bis gegen Ende des Jahres 1945 wenig organisiert war und im wesentlichen der Willkür einzelner Polen und untergeordneter polnischer Behörden überlassen blieb.
Um die Jahreswende trat in dieser Beziehung eine allmähliche Änderung ein. Am 13. November 1945 wurde ein gesondertes Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gegründet, das u.a. für die planmäßige Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Gebieten zuständig sein sollte.
Denn obwohl die ostdeutschen Gebiete für die polnischen Ansiedler nahezu eine Freistatt bedeuteten, blieb die Ansiedlung bis zum Ende des Jahres 1945 weit hinter den Wünschen der polnischen Regierung zurück. Nur etwa 1,7 Millionen Polen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt in den deutschen Ostgebieten niedergelassen.
Nach der Errichtung des Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete wurde die polnische Ansiedlung in Ostdeutschland nunmehr in jeder erdenklichen Weise forciert, denn nichts erstrebte die polnische Regierung so sehr wie den Nachweis der Notwendigkeit ihres Anspruchs auf die ostdeutschen Provinzen als Aufnahmegebiet für die polnische Überbevölkerung, und nichts wünschte sie mehr, als diesen alten deutschen Gebieten so schnell wie möglich einen rein polnischen Charakter zu verleihen.
Hand in Hand mit der Ausweisung der Deutschen, die im Jahre 1946 ihren Höhepunkt erreichte, begann jetzt überall in Polen die systematische Werbung für eine Ansiedlung in den deutschen Ostgebieten.
Da aus dem an Rußland abgetretenen polnischen Land jenseits des Bug nur rund 1,4 Millionen Polen repatriiert und in den deutschen Ostgebieten angesiedelt werden konnten, richtete sich die Ansiedlungspropaganda nun verstärkt an die Bevölkerung Zentralpolens, vor allem an die nach Kriegsende entlassenen Soldaten.

Daneben war man auch bemüht, die zahlreichen infolge der Kriegsereignisse und schon früher nach Mittel- und Westdeutschland sowie nach den westeuropäischen Staaten verschlagenen Polen, die zur Kategorie der Displaced Persons gehörten, zur Ansiedlung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu bewegen.
Selbst unter den seit Generationen im rheinischwestfälischen Ruhrgebiet und in Frankreich lebenden Bergarbeitern polnischer Abstammung versuchten polnische Werbungskommissionen Ansiedler für die unter polnische Verwaltung gestellten Ostgebiete zu gewinnen.
Im Jahre 1946 stand die polnische Ansiedlungsbewegung auf dem Höhepunkt. Nach polnischen Angaben vermehrte sich die Zahl der Polen seit der polnischen Volkszählung vom 14. Februar 1946 bis zum 1. Januar 1947 in den deutschen Ostgebieten um fast 2,5 Millionen auf insgesamt 4.584.000.
Darunter war auch rund eine Million Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits früher dort gelebt hatten und von den Polen als Autochthone reklamiert wurden, obwohl der größte Teil von ihnen sich entschieden zum Deutschtum bekannt hatte.
Von den bis Ende 1946 in den deutschen Ostgebieten angesiedelten Polen stammten rund 1,4 Millionen aus dem an Rußland abgetretenen Ostpolen, 237.000 waren repatriierte polnische Displaced Persons aus Mittel- und Westeuropa, und ca. l.950.000 waren aus den zentral- und südpolnischen Wojewodschaften in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt worden.
In den folgenden Jahren nahm die polnische Bevölkerung in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten nur noch langsam zu. Ende 1948 überschritt die Bevölkerungszahl dort die 5 Millionengrenze, und bis 1952 hat sie sich auf rund 6 Millionen erhöht.
Bedenkt man, daß in dieser Zahl ca. l Million Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit einbegriffen ist, die teils als Autochthone, d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert, teils als unabkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen und zur Option für Polen gezwungen worden sind, so ergibt sich, daß in den ostdeutschen Gebieten, soweit sie unter polnischer Verwaltung stehen, nur rund 5 Millionen Polen angesiedelt wurden, während in den gleichen Gebieten vor dem Kriege rund 8,5 Millionen deutsche Staatsangehörige lebten.

Die Verschiedenheit der polnischen Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostdeutschen Provinzen und ihr Verhältnis zur deutschen Bevölkerungsdichte vor dem Kriege geht aus der folgenden Übersicht hervor.

Ostdeutsche Provinzen (in den Grenzen der späteren polnischen Wojewodschaften)	Stand vom 17. 5. 1939		Stand vom 1. 10. 1948	
	Einwohnerzahl (deutsche Bevölkerung)	Einwohner pro qkm	Einwohnerzahl (Zurückgeblieb. deutsche u. angesiedelte poln. Bevölkerung)	Einwohner pro qkm
Süd-Ostpreußen (Wojew. Bialystok und Allenstein)	1 061 000	48	617 500	27
Ostpommern (Wojew. Stettin)	1 786 000	59,3	1 005 900	35
Ostbrandenburg (Wojew. Grünberg)	661 100	59,5	401 500	36
Niederschlesien (Wojew. Breslau)	3 062 000	124,2	1 905 200	79
Oberschlesien (Wojew. Oppeln)	1 516 800	156,1	1 291 700	133

An der vorstehenden Übersicht wird deutlich, daß die Ansiedlung von Polen in den deutschen Ostgebieten in keiner der einzelnen Provinzen den Bevölkerungsschwund wiedergutmachen konnte, der durch die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung entstanden war, und daß die Bevölkerungskapazität und damit auch die Produktionskapazität dieser Gebiete unter polnischer Verwaltung in absolut unzureichender Weise genutzt sind.

Breslau, das 1939 weit über 600.000 Einwohner zählte, erreichte 1949 eine Einwohnerzahl von gerade 300.000, und ähnlich verhielt es sich auch in Danzig und Stettin.

Auf dem Lande waren zwar die kleinen Bauernhöfe bereits Ende 1946 nahezu sämtlich an polnische Besitzer übergeben, mehr Schwierigkeiten machte jedoch die Besiedlung der größeren Höfe. Infolge der polnischen Bodenreform, die jeglichen privaten Grundbesitz über 100 Hektar unmöglich machte, konnten diese Höfe nicht an private polnische Eigentümer übergehen, und andererseits bot die Aussicht auf ein bloßes Landarbeiter-Dasein auf staatlichen Domänen wenig Anreiz für Ansiedler.

Man begann deshalb polnischerseits mit der sogenannten genossenschaftlichen Siedlung, die in Abwandlung des Kolchossystems eine Verbindung zwischen Kollektiv- und Privateigentum auf den größeren Gütern vorsah und ähnlich wie in der sowjetischen Besatzungszone zu einer Parzellierung vieler großer Güter führte, die zunächst vom polnischen Staat übernommen, aber infolge des nach der Ausweisung der Deutschen besonders akuten Landarbeitermangels nicht zureichend bewirtschaftet werden konnten.

Dieser Prozeß der Aufteilung der großen deutschen Güter ist noch gegenwärtig im Gange, aber es zeigt sich bereits, daß der größte Teil von ihnen weiterhin in Staatsbesitz bleiben wird, da die polnische Ansiedlungsbewegung heute im allgemeinen als abgeschlossen gelten kann.

Im großen ganzen hat die Enteignung und Ausweisung der Deutschen und die Ansiedlung von Polen bewirkt, daß es heute in den ehemaligen deutschen Ostgebieten überwiegend nur noch landwirtschaftliche Großbetriebe oder Kleinbetriebe bis zu 20 ha gibt. Der bäuerliche Mittelstand dagegen ist stark vermindert und dadurch auch der Lebensstandard der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung im Vergleich zu dem der früheren deutschen Eigentümer recht erheblich gesenkt worden.
Wie in den anderen Ostblockstaaten und in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands begann auch in Polen seit 1949 eine fortgesetzt radikaler werdende Sowjetisierung aller Lebensbereiche. Diese Entwicklung fing bereits in den Jahren 1945 und 1946 an, als noch Millionen von Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie lebten, und sie hat nicht wenig dazu beigetragen, daß das Leben der einheimischen Deutschen unter der Verwaltung des polnischen Staates immer unerträglicher wurde.
Die von der kommunistischen polnischen Regierung gelenkten Maßnahmen gegen die Deutschen hatten mit der dem Kommunismus eigenen Radikalität die vorhandenen nationalen Gegensätze noch verschärft durch die gegen die Deutschen als Besitzende gerichteten Bestrebungen und hatten die aus Vergeltungsabsichten gegen die ehemalige Okkupationsmacht unternommene Verfolgung und Unterdrückung der Deutschen unermeßlich gesteigert.
Rechtlosigkeit, Besitzlosigkeit, Hunger, Krankheit und Zwangsarbeit drückten die deutsche Bevölkerung jenseits der Oder und Neiße zu einem großen Teil in einen Zustand apathischen Vegetierens hinab, und es wurde auch dafür gesorgt, daß die Deutschen, etwa durch das Tragen weißer Armbinden, als Ausgestoßene sichtbar gekennzeichnet waren. So war es kein Wunder, daß viele von ihnen den Ausweisungsbefehl als eine Erlösung empfanden, denn ihre Heimat war ihnen seit langem entfremdet.
Da die Ausweisungen sich über eine lange Zeit erstreckten und erst in den Jahren 1947/48 allmählich zu Ende gingen, bedeutete dies für viele der in Ostpreußen, Ostpommern und Ostbrandenburg lebenden Deutschen z.T. jahrelange Unterdrückung.
Noch immer aber waren Hoffnungen und der Glaube an eine Besserung unter der deutschen Bevölkerung vorhanden, was sich nicht zuletzt in den zahllosen unter ihnen umgehenden Gerüchten äußerte, die alle von einer bevorstehenden Änderung und dem Ende der polnischen Herrschaft wissen wollten.
Doch schließlich setzte die Ausweisung all diesen Vorstellungen ein brutales Ende. Der Abschluß der Ausweisungen, der für die ostdeutschen Reichsgebiete im allgemeinen Ende 1947 erreicht war, stellte das bedeutsamste Datum in dem Prozeß der Entdeutschung und Polonisierung Ostdeutschlands dar.
Nachdem die polnische Verwaltung bereits vorher die an die deutsche Vergangenheit erinnernden Namen und Zeichen so weit irgend möglich beseitigt und durch polnische Namen und polnische Einrichtungen ersetzt hatte, nachdem Ende Mai 1946 durch die polnische Wojewodschaftseinteilung die historische Überlieferung der alten deutschen Ostprovinzen weitgehend zerschlagen war, wurde nach der vollzogenen Ausweisung der einheimischen deutschen Bevölkerung auch ganz offen zu erkennen gegeben, daß der polnische Staat diese Gebiete nicht nur als seiner Verwaltungshoheit unterstellt, sondern als integrierenden Teil Polens betrachtete.
Ende 1948 wurde das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete aufgelöst und die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie durch einen völkerrechtlich unzulässigen Verwaltungsakt dem Verband des polnischen Staates eingegliedert.
Durch diesen Schritt gab Polen zu verstehen, daß es die Verwaltungshoheit über Ostdeutschland nicht, wie in Potsdam festgelegt, als ein Provisorium zu betrachten gedenke, sondern diese deutschen Provinzen als einen Teil Polens für immer zu behalten entschlossen sei. Die Polonisierung der deutschen Provinzen östlich der Oder und Neiße sollte damit auch staatsrecht-

lich abgeschlossen werden.<<

SBZ, Berlin, WBZ: Im Jahre 1946 transportiert man Millionen von ausgeplünderten Vertriebenen in den größtenteils zerstörten, ausgebluteten und ausgehungerten Rest Deutschlands. Sie kommen aus allen Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie dem Sudetenland und aus Ungarn. Nach monatelanger Internierung, schwerer Zwangsarbeit, ungenügender Ernährung und zahllosen Vertreibungsstrapazen sind die Vertriebenen am Ende ihrer Kräfte, so daß viele nach der Ankunft in den mittel- und westdeutschen Besatzungszonen an Entkräftung, Krankheiten und Unterernährung sterben.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wird das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Daseinskampf. Überall in Mittel- und Wesdeutschland sieht man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchen. Alte Menschen haben es besonders schwer, denn sie sind nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Im Westen unterschätzen die Nordamerikaner und Briten zunächst die gewaltigen sozialen Probleme der unmenschlichen Vertreibungsaktionen, so daß die deutschen Vertriebenen zunächst überhaupt nicht oder nur in Massenunterkünften untergebracht werden können. Zahllose geflohene und vertriebene Menschen müssen z.T. monate- oft sogar jahrelang in Wellblechbaracken der Flüchtlings- und Vertriebenenlager vegetieren. In den Behelfsunterkünften ist es im Sommer oftmals sehr heiß, während im Winter gewöhnlich eisige Kälte herrscht. In den westdeutschen Besatzungszonen erhalten die Flüchtlinge und Vertriebenen vielerorts nur Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigungen, wenn sie Arbeit finden.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen können in den Besatzungszonen nirgends ausreichend verpflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse der Deutschen Ende 1946 dramatisch verschlimmern. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmen damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft scheint es nicht zu geben und an die Vergangenheit will niemand erinnert werden.

WBZ: Der britische Feldmarschall Montgomery erklärt während einer Rede im Jahre 1946 (x268/32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<

Eine US-Erziehungskommission berichtet im Jahre 1946 über die chaotischen Lebensverhältnisse in Westdeutschland (x243/161): >>... Nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. ...

Im Juli betrug das Durchschnittsgewicht der 10jährigen Knaben beinahe 10 % unter der Altersnorm. ... Das erschreckende Ansteigen der Tuberkulose beleuchtet die Ernährungskrise sehr eindringlich, während das Auftreten der Krätze die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Mangels an Seife und warmem Wasser lenkt. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftraten. ...<<

Der Bayerische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen meldet, daß man im Jahre 1946 in der US-Besatzungszone insgesamt 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei registriert hat. 661 Transporte gehen nach Bayern und 450 Transporte nach Hessen sowie Württemberg-Baden. Ferner werden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche,

die man bereits 1945 nach Österreich ausgetrieben hat, in die nordamerikanische Besatzungszone abgeschoben (x004/123).
Infolge der großen Kälte lehnt es die britische Militärregierung ab, weitere polnische Vertreibungstransporte abzufertigen, so daß zahlreiche überfüllte Güterzüge nach tagelanger Fahrt umkehren müssen.
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die katastrophalen Lebensbedingungen des Jahres 1946 in Deutschland (x021/466-468): >>... Deutschland hungerte.
Die Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone erhielt in den ersten Jahren nach dem Krieg nur noch knapp 2 Drittel der Nahrungsmittel der Vorkriegszeit, die Bevölkerung der britischen Beatzungszone nicht viel mehr als die Hälfte.
Der Pein des Hungers lehrte die Deutschen, was die Gebiete östlich von Oder und Neiße für ihre Ernährung bedeutet hatten.
Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 470 Kilogramm Roggen erzeugt worden – rund viermal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.
Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 Tonnen Kartoffeln geerntet worden - fünfmal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.
Und dort waren, wieder pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, 620 Liter Milch jährlich produziert worden, fast doppelt soviel wie im Durchschnitt des Reichs.
Die deutschen Ostgebiete hatten das Deutsche Reich mit einem Viertel seines gesamten Getreideverbrauchs, eines Viertel seines Hackfruchtverbrauchs und mehr als 40 Prozent seines Verbrauchs an Hülsenfrüchten versorgt. Das Land, auf dem all dies geerntet worden war, die Weiden, auf denen das Vieh gegrast hatte, und das Vieh selbst, die Pferde, die Rinder, Schweine – all dies stand jetzt für die Ernährung Deutschlands nicht mehr zur Verfügung.
Die meisten Deutschen hatten in jenen Tagen nicht genug zu essen, die meisten Flüchtlinge aber litten bitteren Hunger. Sie verfügten nicht – wie viele Einheimische - über "Beziehungen" – jene Kenntnisse von Personen und Umständen, die den Zugang zu zusätzlicher Nahrung öffnen konnte. Und so hatten sie nichts, was sie gegen Lebensmittel hätten eintauschen können.
Hunger trieb Flüchtlingskinder dazu, in den Städten die Abfalltonnen auf der Suche nach Nahrungsresten zu durchwühlen. Mitleidige US-Soldaten in Berlin stellten in den Höfen der Gebäude, in denen sie wohnten, dreierlei Tonnen auf – eine für "eßbaren Abfall", eine zweite für "nicht eßbaren Abfall", eine dritte für "ausschließlich Müll".
Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland wandte sich 1946 in einem Aufruf an Menschen im Ausland mit der Bitte um Hilfe: "Hunger ist mehr als Nichtsattwerden!
Hunger, das heißt: Zu schwach zum Arbeiten, zum Lernen, zum Bestehen im Leben ... zu schwach, um auch die leichteste Krankheit zu überstehen. ...
Hunger, das heißt: Gelähmter Lebenswille und Lebensmut, Gleichgültigkeit gegen das eigene Schicksal, gegen den Mitmenschen, gegen Gottes Schöpfung."
Die Flüchtlinge litten nicht nur ärger unter dem Hunger als die Menschen, die in Westdeutschland zu Hause waren, sie erschienen in aller Regel auch abgerissener, oft zerlumpt. Ihre Besitzlosigkeit und härtere Armut waren augenfällig: Zum Beispiel hatte eins von zehn Flüchtlingskindern, die 1946 eine Schule in der Stadt Oldenburg besuchten, nicht einmal ein Hemd, eins von fünf keine Strümpfe, eins von vier keine Schuhe.
Im Jahre 1946 auch stellten die Flüchtlingskommissare in der amerikanischen Besatzungszone fest, daß sie nur jeden zehnten Vertriebenen oder Flüchtling, der ins Land kam, mit Bekleidung und Wäsche, Decken und Matratzen versorgen konnten, und jeden siebten mit einem Bett, nur jeden zwanzigsten mit einem Ofen oder Herd und nur jeden hundertsten mit einem Topf, einem Teller, einem Besteck. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Ankunft der deutschen Vertriebenen im Westen (x024/177-179): >>Die ersten Begegnungen und Erlebnisse mit Deutschen im Westen bedeuteten für die Vertriebenen oft eine zusätzliche Belastung.
Von den Einheimischen wurden sie meist nur als unerwünschte Eindringlinge betrachtet. Sie waren das sichtbare Ergebnis des verlorenen Krieges. Sich um sie zu kümmern, war nicht mitmenschliches Bedürfnis, sondern lästige Pflicht. Von der großen Volkssolidarität – im Dritten Reich noch gerade groß propagiert – war mancherorts nicht viel zu spüren. Oft hatten gerade Mütter mit mehreren Kindern die größten Probleme bei der Aufnahme. Die Bauern auf dem Lande verfuhren auch hier nach dem Nützlichkeitsprinzip, und so waren sie nicht gerade begehrt. ...
Daß die meisten Vertriebenen kein Geld besaßen, weil ihnen alles abgenommen worden war, konnten viele Einheimische nicht verstehen und hielten diese Menschen daher für "Bettler".
... Von den 16 Millionen Wohnungen, die es in Deutschland 1939 gab, waren 5 Millionen völlig zerstört. 3 Millionen waren so schwer beschädigt, daß sie unbewohnbar waren. Es fehlte also die Hälfte des Wohnraums der Vorkriegszeit.
In dieses zerstörte Land strömten nun zusätzlich noch die Millionen der Vertriebenen. Auf die Einheimischen kamen damit Probleme zu, die ihnen anfangs fast unlösbar schienen. ...<<
Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtet später über den "Einzug der Fremden im Dorf" (x039/207-208): >>Vor einer halben Stunde haben die Kirchenglocken den Gottesdienst ausgeläutet. Die Dorfstraße liegt wieder verlassen. In dem goldenen Stern, der als Wahrzeichen über der Tür des Gasthofes hängt, fängt sich blitzend ein Sonnstrahl.
Ihm gegenüber liegt die Gemeindekanzlei. Davor warten die Fremden. Ein grauer Haufe. Etwa 30 Gestalten. Vor allem Frauen und alte Leute. Und Kinder. Nur zwei Männer sind dabei.
Ihre Gesichter sind farblos. Sie starren vor sich hin. Die Augen der meisten sind rot und entzündet. Von vielen Nächten ohne Schlaf, von der langen Fahrt in zugigen, schlecht schließenden Waggons. Vielleicht auch vom Weinen. Vor einer Stunde hat ein Lastwagen aus der Kreisstadt sie hier abgesetzt. Seitdem stehen sie hier. Zwischen ihren Bündeln und Säcken und Koffern aus Pappe, die mit Bindfaden zusammengebunden sind. Vertriebene, die von "drüben" kommen.
Vor der Tür des Wirtshauses steht der Bürgermeister mit dem Gemeindesekretär und zwei anderen Männern. Sie verhandeln mit der Wirtin, aber die schüttelt den Kopf.
"Das Haus ist voll. Mein Bruder ist ausgebombt. Außerdem habe ich kein Obdachlosenasyl hier. In der Baracke neben dem Spritzenhaus ist genug Platz. Und da kann nichts gestohlen werden."
Die Worte klingen schrill über den Platz. Der Bürgermeister geht zu den Wartenden, spricht mit ihnen. Von der Überfüllung des Ortes. Von der großen Zahl der Flüchtlinge, die schon gekommen sind. Und von der schweren Arbeit der Bauern.
Schweigend hören sie ihn an. Aber er fühlt, wie seine Worte gegen eine Wand prallen. Die Männer haben die Köpfe zur Seite gewandt. Die Frauen stehen im Halbkreis. Schließlich fängt eine von ihnen an zu reden. Daß sie seit Wochen unterwegs sind und schlafen wollen. Daß sie auch einmal Höfe hatten, die ihnen gehörten. Und daß im Gasthaus doch Platz ist.
Der Pfarrer kommt auf dem Fahrrad, begrüßt sie. Sie legen ihre Hände in die seinen, ohne ihn anzusehen. Er spricht ein paar Worte mit dem Bürgermeister, geht dann in das Wirtshaus. Nach einer Viertelstunde kommt er wieder heraus. Sein Gesicht sieht müde aus.
Gemeinsam mit dem Bürgermeister bittet er zwei von den fremden Frauen mitzukommen, um sich die Unterkunft anzusehen. Zu fünft gehen sie langsam zwischen den Häusern hindurch zu der Baracke neben dem Spritzenhaus, in der früher die Kriegsgefangenen untergebracht wa-

ren. Schweigend gehen sie durch die Räume. Die Fenster sind mit Pappe verschlagen. An der Wand stehen ein paar Betten, einige Schränke mit aufgebrochenen Türen, Schemel aus Holz. In der Küche hat der Wind Asche über den Herd geweht. Es riecht nach Staub, nach altem Papier.
Schweigend kehren sie zu den Wartenden zurück. Die sehen ihnen entgegen. Ohne Neugierde. Und ohne Erwartung. Eine halbe Stunde später schiebt sich die graue Schlage der Fremden zur Baracke hinüber. Einzeln gehen sie durch das schmale Tor in dem rostigen Stacheldrahtzaun. Der Bürgermeister steht mit dem Pfarrer noch immer vor der Gastwirtschaft in leisem Gespräch. Die Straße ist immer noch leer. Aber hinter den weißen Gardinen, hinter den niederen Fensterscheiben folgen viele verstohlene Blicke dem stillen Zug.
Die Fremden sind eingezogen im Dorf.<<
Ein französischer Journalist, der im Jahre 1946 durch die britische Besatzungszone reist, berichtet (x114/1.142-143): >>Nichts verursacht so viele Angst- und Wahnvorstellungen wie eine Reise durch ein Land, das in Trümmern liegt.
In Hannover bestieg ich die Straßenbahn vor dem Hauptbahnhof und fuhr fast eine Stunde lang Kilometer für Kilometer an ausgebombten Häusern, Ruinen und verbrannten Gebäuden vorbei. In Bremen war es das gleiche. In Köln und Hamburg dann wieder dieselbe Erfahrung.
...
Die Tagesrationen, von denen die Menschen lebten, waren absurd. In Essen war ich bei einer Familie, deren junge Tochter frühmorgens zur Arbeit ging. Sie nahm eine einzige Scheibe Brot und eine Tomate als Essen für den ganzen Tag mit.
Die ganze Sache kam mir wie ein expressionistischer Film vor, den man nach 1918 in Deutschland gedreht hatte – in einer feindlich-grausamen und irrealen Atmosphäre.<<

1947

Si vis pacem, cole iustitiam. - Wenn Du den Frieden willst, pflege die Gerechtigkeit. *Inschrift über den Toren des Haager Gerichtshofes*

01.01.1947

WBZ: Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").
Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).
In der nordamerikanischen Zone werden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt.
Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) werden aufgefordert, 131 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigert, diesen Fragebogen auszufüllen, erhält kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" enden mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.
Es ist die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Persilschein" (x051/441): >>Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung ("weißwaschen").
Der Begriff entstand während der Entnazifizierung, als positive Aussagen für Betroffene von anerkannten Gegnern des Nationalsozialismus, am besten von einem ehemaligen KZ-Häftling, buchstäblich hoch im Kurs standen. Es entwickelte sich ein verzweigtes Gefälligkeitssystem, das die ohnehin problematischen Entnazifizierungsmethoden weiter in Verruf brachte.<<

Die schwierige Beweislage führt häufig zu Ungerechtigkeiten. Ungezählte Personen, die über Beziehungen und finanzielle Mittel verfügen, haben keine großen Probleme, ihre "Unschuld" bestätigen zu lassen. Als besonders ungerecht wird empfunden, daß zunächst nur die leichteren Fälle entnazifiziert werden, weil man "die größeren Nazis" erst später zur Verantwortung ziehen will.
Die "Demokratisierung der Gesellschaft" und die vollständige Ausschaltung der ehemals aktiven Nationalsozialisten wird in Westdeutschland nicht realisiert. Während "kleine Mitläufer" relativ hart bestraft werden, entgehen viele führende Personen des NS-Regimes einer Bestrafung. Die Entnazifizierung wird von den meisten Deutschen als ungerechte "Umerziehung" betrachtet und verachtet.
Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt damals über die Entnazifizierung (x115/239): >>Es steht mir natürlich kein Urteil zu. Aber, es ist das unangenehme Gefühl, daß man nicht mehr weiß, wer ist nun belastet und wer entlastet und wer ist Ankläger und wer ist Mitläufer. Vielleicht ist es in ein paar Jahren soweit, daß man auch da einen Schlußstrich macht.
Ich denke mir die Krönung der Entnazifizierung, daß die Spruchkammern vielleicht noch entnazifiziert werden, und wenn, dann wird man die Sache von vorn anfangen. Aber es muß mal zu einem Ende kommen.<<
Der deutsche Journalist Reinhard Henkys (1928-2015) schreibt später über die Probleme der Entnazifizierung (x129/161-162): >>Die Spruchkammern hatten zunächst damit begonnen, sich jenen – zum Teil auf Grund automatischen Arrests in Lagern einsitzenden – Personen zuzuwenden, von denen sie annahmen, daß sie als gering Belastete einzustufen wären, um ihnen nicht eine unzumutbar lange Haft aufzubürden.
Tatsächlich schnitten diese dadurch schlechter ab, daß das Gesetz zunächst mit Strenge gehandhabt wurde. Als schließlich die vermutlich Hauptbelasteten in größerer Zahl vor die Kammern kamen, hatte die öffentliche Meinung sich bereits grundlegend gewandelt, und die meisten von ihnen erhielten nur noch formale Strafen.
Abgesehen von den bei einem formellen Verfahren unvermeidlichen Fehlern in der Bemessung von Schuld und Strafmaß hatte das Entnazifizierungssystem die bedenkliche Folge, daß zahlreiche tatsächlich verbrecherischer Handlungen Schuldige nicht zur Verantwortung gezogen wurden und - mit dem Entnazifizierungsbescheid in der Tasche - bald wieder Positionen im öffentlichen Leben einnehmen konnten.
Die Spruchkammern waren nicht in der Lage, die ihnen in allzu großer Zahl zugeführten früheren Nationalsozialisten der Verbrechen zu überführen, deren sie in Wirklichkeit schuldig waren.
Das sog "Persilscheinsystem" kam in Schwung. Da die Spruchkammern nicht Schuldige ihrer Schuld zu überführen hatten, sondern die Angeschuldigten sich vor diesen Gremien "reinwaschen" mußten, besorgte sich jeder, der es irgend konnte, von früher verfolgten Menschen, von kirchlichen Stellen usw. schriftliche Bezeugungen, daß er verfolgten Menschen geholfen, abfällige Äußerungen über das nationalsozialistische System gemacht oder passiven Widerstand geleistet habe. ...
Ebenso schädlich war die psychologische Folge des Entnazifizierungssystems. Da praktisch durch die kollektive Verfolgung das ganze Volk unterschiedslos unter Anklage gestellt war, blühte die Selbstrechtfertigung auf. Man identifizierte zudem weithin die Spruchkammerverfahren mit den ordentlichen Prozessen und lehnte in der Folge die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechern weithin ab.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtet später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".
In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!
Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.
Der Fragebogen mit seinen ... (131) zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...
Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Entnazifizierung" (x051/154-155): >>Entnazifizierung, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und führenden Positionen der Wirtschaft nach 1945 in Deutschland (und Österreich); im weiteren Sinne auch die "Säuberung" des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von nationalsozialistischem Gedankengut.
Ziel der von den USA konzipierten Entnazifizierung war, die personellen und ideellen Grundlagen des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems völlig zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands zu schaffen.
Schon auf ihrer Konferenz in Jalta (Februar 45) hatten die Alliierten die Entnazifizierung zu einem Hauptziel ihrer Politik im besiegten Deutschland erklärt; im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 ordneten sie folgende Entnazifizierungsmaßnahmen an:
1) Auflösung der NSDAP, ihrer "Gliederungen und Unterorganisationen";
2) Verbot "jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda";
3) Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze;
4) Verhaftung und Internierung der nationalsozialistischen Parteiführer, "einflußreicher" Anhänger des Nationalsozialismus, der Leiter der nationalsozialistischen Ämter und Organisationen "und aller anderen Personen, die für die Besetzung (Deutschlands durch die Alliierten) und ihre Ziele gefährlich sind";
5) Entfernung aller mehr als bloß nominellen Mitglieder der NSDAP und "aller Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus Führungspositionen der Privatwirtschaft;
6) völlige Reinigung des Erziehungs- und Bildungswesens von "nazistischen und militaristischen Lehren" und dessen Überwachung (Reeducation).
Die Entnazifizierung wurde zunächst auf der Grundlage der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze, insbesondere Nr. 1 (vom 20.9.45) und Nr. 2 (vom 10.10.45), durchgeführt, am intensivsten in der amerikanischen Zone. Hier mußte jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes oder einer sonstigen höheren Stellung und jeder Bewerber dafür einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen; aufgrund seiner Angaben wurde der Betreffende in eine von sechs Kategorien ("automatisch zu arretieren", "entlassungspflichtig", "Entlassung empfohlen", "Entlassung nicht empfohlen", "kein Beweis für NS-Aktivitäten" oder "Anti-NS-Aktivität bewiesen") eingestuft.
Dieses durch Kontrollratsgesetz vom 25.12.45 auch auf die anderen Besatzungszonen übertragene, dort aber nur teilweise durchgeführte Entnazifizierungsverfahren wurde schon Ende 45

revidiert, wohl auch deshalb, weil es zu einem akuten Personalmangel v.a. in der öffentlichen Verwaltung führte.
Das von der Landesregierung der US-Zone erlassene "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militarismus" vom 5.3.46 teilte die (ehemaligen) Nationalsozialisten (ohne die eines Kriegsverbrechens Beschuldigten) in fünf Kategorien ein: 1) Hauptschuldige, 2) Belastete, 3) Minderbelastete, 4) Mitläufer, 5) Entlastete.
Die Entnazifizierung wurde lokalen deutschen "Spruchkammern" übertragen, die der Aufsicht der "Befreiungsministerien" der Länder unterstanden. Die Kontrollratsdirektive vom 12.10.46 übertrug dieses Verfahren auch auf die anderen Zonen.
Die v.a. von den Kirchen und den konservativen deutschen Parteien kritisierte Entnazifizierung mit ihrer Persilschein-Korruption wurde seit Ende 47 gemäßigt: Die US-Militärregierung gewährte jungen und sozial schwachen Betroffenen eine Amnestie (rund 2,8 Millionen Fälle); der französische Militärgouverneur amnestierte alle bloß nominellen Nationalsozialisten (Verordnungen vom 17.11.47 und 13.7.48); in der sowjetischen Zone hatte schon ein Befehl der Militärregierung vom 16.8.47 die bloß nominellen Nationalsozialisten mit den übrigen Bürgern gleichgestellt; der Befehl vom 26.2.48 beendete dort die Entnazifizierung.
Nach Gründung der Bundesrepublik (September 49) ging die Zuständigkeit für die Entnazifizierung in Westdeutschland völlig auf die Länder über; doch wurden nur noch Personen der Kategorien 1 und 2 weiter verfolgt und auch diese zum Großteil amnestiert. Die in allen Ländern zwischen 1949 und 54 erlassenen "Abschlußgesetze" schränkten die Entnazifizierung und ihre Folgen weiter ein: Aufgrund des sogenannten 131er-Gesetzes vom 11.5.51 (Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz) wurden fast alle von der Entnazifizierung betroffenen Beamten wieder eingestellt.
In der DDR stellte das Gesetz vom 2.10.52 alle ehemaligen Nationalsozialisten (außer den "Kriegsverbrechern") rechtlich mit den übrigen Bürgern gleich.
Nach einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums vom Februar 50 wurden von der Entnazifizierung in den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik rund 6,08 Millionen Menschen betroffen. Davon wurden fast 1.700 in die Kategorie 1, rund 23.000 in 2, rund 150.400 in 3 und rund 1,006 Millionen in 4 eingestuft; bei 3,939 Millionen wurde das Verfahren eingestellt. Insgesamt gingen so fast 98 % der Betroffenen als "Entlastete" oder bloße "Mitläufer" aus den Entnazifizierungsverfahren hervor.<<

06.01.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 6. Januar bis zum 2. Februar 1947 täglich nur 1.515 bzw. 1.534 Kalorien zugeteilt (x117/31).

07.01.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 7. Januar 1947 (x095/60-61): >>... Sie fragen mich nach meiner Ansicht über die Zukunft des deutschen Ostens.
Es hat den Anschein, als ob zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland eine Verständigung dahingehend stattgefunden hat, daß die letzteren die Oder-Neiße-Linie anerkennen und daß dafür die Russen die wirtschaftliche Vereinigung des Restes ihrer Zone mit den übrigen Zonen einwilligen.
Meinen Standpunkt dazu habe ich in einer Neujahrsbotschaft an die CDU der britischen Zone bekanntgegeben. Ich habe darin gesagt: Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte.
Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt mur eins übrig: alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln. ...<<

11.01.1947

USA: Der französische Politiker Maurice Schumann erklärt am 11. Januar 1947 während ei-

ner Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...
Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.
Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...
Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutschland in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.
Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.
Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.
Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.
Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.
... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.
Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.
Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schikken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?
Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen:

Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.
Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.
Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neulich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...
Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von 25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.
Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebiets teilhaben. ...<<

12.01.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

14.01.1947

Berlin: Die "United-Press" berichtet am 14. Januar 1947 über die Hinrichtung von 2 NS-Verbrechern (x043/253): >>Im Berliner Gefängnis in der Lehrterstraße sind heute morgen 2 Frauen enthauptet worden.
Es handelt sich um die Ärztin Hilde Wernicke und die Pflegerin Helene Wieczorek, denen zur Last gelegt worden war, Hunderte von geisteskranken Personen durch "Gnadentötung" beseitigt zu haben. ... Sie töteten ihre Opfer durch Einspritzungen.<<

16.01.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. Januar 1947 (x095/62): >>... Dem Jahre 1947 sehe ich sehr sorgenvoll entgegen, und zwar nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer und als ein Mann, der von der Bedeutung des Abendlandes für die gesamte Menschheit zutiefst durchdrungen ist.
Ich fürchte, daß man den 1918 begangenen Fehler in um ein Vielfaches verstärkter Weise wiederholt.
Dabei bin ich mir über die Schuld des größten Teiles des deutschen Volkes völlig klar. Ich finde es weiter menschlich verständlich, daß diejenigen, die unter dem Kriege gelitten haben, ein für alle Male Schluß machen möchten mit Deutschland.

Aber ich meine, es müssen sich doch auch in den alliierten Ländern Menschen finden, die an die kommenden Generationen und die kommenden Zeiten denken. ...<<

17.01.1947

UdSSR: Die "Prawda" meldet am 17. Januar 1947, daß man Generalleutnant von Pannwitz (ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier einer Kosakeneinheit) und 5 Kosakenoffiziere in Moskau gehängt hat (x130/268).

Lord Nicholas W. Bethell schreibt später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" über diese Hinrichtungen (x130/268): >>... Von diesen sechs Männern, deren Hinrichtung öffentlich verkündet wurde, war nur einer gemäß dem Jalta-Abkommen repatriierungspflichtig gewesen.

Von Pannwitz war Deutscher, sprach Russisch im übrigen nur deshalb, weil er aus dem Baltikum stammte. Die anderen vier hatten seit Bestehen der Sowjetunion niemals dort gelebt.

Nur eine hauchdünne gesetzliche Basis konnte ihre Auslieferung durch die Briten und ihre Hinrichtung durch die Sowjetunion stützen. Sie waren nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, sondern wurden verurteilt, weil sie gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hatten, womit automatisch verbunden wurde, daß dies ein Akt des Verrats gewesen sei. ...

Die Kosaken waren vielleicht naiv. Aber man kann angesichts der Verbrechen des sowjetischen Staates, deren ganzes Ausmaß erst jetzt enthüllt worden ist, schwerlich behaupten, daß sie eine Bestrafung wie gewöhnliche Verräter verdienten.<<

18.01.1947

WBZ: Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schreibt am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

22.01.1947

WBZ: Finanzminister Kraus erklärt im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigen sich über die Gründung des Landes Bremen.

Bremen, Wesermünde und Bremerhaven werden am 22. Januar 1945 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

24.01.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 24. Januar 1947 (x114/2.119): >>... Das Land Bremen ist am 22. Januar 1945 durch ein Abkommen zwischen dem stellvertretenden amerikanischen und britischen Militärgouverneuren und durch eine Proklamation des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Joseph McNarney, als viertes Land des amerikanischen Besatzungsgebietes konstituiert worden.

Damit untersteht es der amerikanischen Militärregierung und wird wie die drei anderen Länder im Länderrat und bei den zwei Zonenbehörden vertreten sein. Das neue Land besteht aus der Stadt Bremen mit 388.665 Einwohnern, dem Landgebiet Bremen und dem Stadtkreis Wesermünde (einschließlich Bremerhaven) mit 101.894 Einwohnern.

Die britische Regierung bleibt zuständig für die Kreise Wesermünde, Osterholz, Wesermarsch und Delmenhorst.<<

25.01.1947

WBZ: Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

27.01.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Januar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/277): >>Wir alle sind darin übereingekommen, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland wieder einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker als ein selbständiger und friedliebender demokratischer Staat auf gemeinsamen und gleichen Grundlagen mit anderen Völkern einnehmen kann.

Das sind die Ziele unserer gemeinsamen Politik in Deutschland. Nur auf dieser Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der abwegigen Auffassung, die im britisch-amerikanischen Zweizonenabkommen liegt, können und müssen wir ohne Aufschub die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die eine gebieterische Notwendigkeit für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit darstellt, praktisch verwirklichen.<<

28.01.1947

Berlin: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 28. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden.

Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.

Wir anerkennen unsere Pflicht, Reparationen zu zahlen, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit muß berücksichtigt werden. Zuerst muß die deutsche Wirtschaft wieder hergestellt werden, erst nachher sind Reparationszahlungen möglich.<<

WBZ: Die Industrie- und Handelskammer berichtet am 28. Januar 1947 in Frankfurt/Main über den Zerstörungsgrad von deutschen Städten (x111/277):

>>Dresden = 39,7 (Zerstörungsgrad: Kubikmeter/Einwohner)
Nürnberg = 28,4
Frankfurt/Main = 21,6
Köln = 20,8
Berlin = 16,0
Düsseldorf = 14,0
Bremen = 12,7
München = 9,6
Leipzig = 7,1 ...<<

Jugoslawien: Die jugoslawische Presseagentur Tanjug meldet am 28. Januar 1947, daß der jugoslawische Delegierte Dr. Mladen Ivekovic bei der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London ein Memorandum überreicht hat, in dem gefordert wird, daß die rund 100.000 Deutschen, die sich noch in Jugoslawien aufhalten, von Deutschland übernommen werden sollen (x006/468).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die "Umsiedlung" der Jugoslawien-Deutschen (x028/121-122): >>... Inzwischen war die Lage der Flüchtlinge in Deutschland so katastrophal geworden, daß die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten. Doch liefen die Vertreibungen aus Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei weiter.

So stellte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 1947 fest:

"Hätte man daran gedacht, daß die Repatriierung von rund anderthalb Millionen Griechen aus Kleinasien nach dem Ersten Weltkrieg mehrere Jahre dauerte und Hilfspläne in großem Maßstab erforderte, dann wäre die Vorhersage nicht schwer gewesen, daß die übereilte Verpflanzung von 14 Millionen Menschen eine Menge Probleme humanitärer Art aufwerfen werde, vor allem in einem mit Ruinen übersäten Europa, in dem der Hunger regierte".

Aber die Welt hatte zu viel Leiden und Tod gesehen. Das Elend der deutschen Vertriebenen

stieß auf taube Ohren und blinde Augen.<<

Januar 1947

WBZ: Im Januar 1947 werden in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon sind 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).

Die deutsche Tageszeitung "Westfälische Nachrichten berichtet im Januar 1947 (x353/23): >>… Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.<<

Raub, Schwarzmarkt und Prostitution

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.

Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen.

Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breiteten sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen mit Besatzungssoldaten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>Schwarzmarkt (Schwarzer Markt), illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die bewirtschaftet sind oder deren Preis staatlich festgelegt ist.

Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtet später über die "Schwarz-

marktzeit" (x118/8-9,12-13): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg beherrschte das Schimpfwort vom "Kriegsgewinnler" die Diskussion, während des Zweiten Weltkrieges trugen Kohlenklau, Verräter und feindliche Agenten die Schuld an dem, was den Deutschen zustieß, und nach 1945 war es eben der Schieber. Arbeiterdemonstrationen befaßten sich ausgiebig mit dem Schieberunwesen. "Die Schieber an den Galgen!" Solche Sätze wurden auf Transparenten durch die Trümmerstraßen getragen, und sie waren ernst gemeint.
Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen wäre, Großschieber zur exemplarischen Abschreckung in mittelalterlicher Weise auf den Marktplätzen der Städte zu hängen. Diese Haltung war um so bemerkenswerter, als sich die meisten Menschen selber an den Schwarzmarktgeschäften beteiligten.
Wer auf dem Lande lebte, freute sich, ein paar überzählige Kartoffeln gegen einen Kochtopf eintauschen zu können. Und die Städter trugen hinaus, was sie entbehren konnten. Wer sich von diesem Kreislauf der schwarzen Marktes fernhielt, tat es nicht aus Überzeugung, sondern weil ihm Tauschbares fehlte oder er den Strapazen und Risiken dieser verbotenen Geschäfte nicht gewachsen war.
Wir waren alle kleine Schieber, aber der Haß auf die großen Schieber, die wir uns wohlgenährt in Luxusvillen wie im Frieden lebend vorstellten, war ungeheuer. ... Die Strafen waren hart, sie standen denen des Dritten Reiches kaum nach. Schwarzschlachten, Schnapsbrennen oder Milchpanschen brachte die Schuldigen für viele Jahre ins Zuchthaus. ...
Heute ist es angebracht, auch ein gutes Wort für den Schieber einzulegen. Nicht er hatte den Mangel verschuldet. Auch ohne das Schieberunwesen hätte das, was in den Nachkriegsjahren an Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen vorhanden war, nicht ausgereicht, um den Überlebenden des Krieges ein menschenwürdiges Dasein zu gestatten. Das wußten auch die Behörden und Alliierten.
Sicherlich haben die Schwarzmarktgeschäfte die Lage in einigen Bereichen verschlimmert, aber nicht wenige verdanken dem Schieberunwesen ihr Überleben. Nur der Schwarzmarkt brachte es fertig, die letzte überzählige Mohrrübe der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wie hätten sonst die 10 Pfund Kartoffeln, die in dem Keller eines Landarbeiters übrig waren, in die hungernde Großstadt kommen sollen, wenn nicht durch die Kanäle des schwarzen Marktes?
Der Schwarzmarkthandel war die lebensnotwendige Ergänzung der offiziellen Planwirtschaft. Nur er konnte die letzten Reserven mobilisieren; er war normaler, als die ins Groteske übersteigerte Planwirtschaft. Der schwarze Markt kann als Vorgriff auf die später folgende Marktwirtschaft angesehen werden; nur fehlte ihm die soziale Komponente. Sein Mangel war, daß er auf Arme und Kranke keine Rücksicht nahm, sondern nur denen gab, die eine Gegenleistung zu bieten hatten. ...<<
>>... Für viele ist die Schwarzmarktzeit mit einem Schleier der Verklärung umgeben. Das hängt mit den psychologischen Ausnahmezustand von damals zusammen. Die schlechte Zeit entschuldigte alles.
Wenn ein Akademiker beim Bauern Mist auflud, sah das zwar komisch aus, galt aber nicht als menschliche Degradierung, weil überall die Ausnahme zur Regel geworden war.
Arbeitslosigkeit, abgebrochene Ausbildung, Sitzenbleiben in der Schule, Armut, Geschäftspleiten, zerrüttete Ehen und uneheliche Besatzungsinder ... alles war entschuldbar mit Krieg- und Nachkriegswirren.
Ach, sie waren so tröstlich, die wunderbaren Ausreden, die das Innenleben erleichterten und jeden Anspruchsdruck milderten. Der Satz "Die Zeiten sind eben schlecht" war ebenso Medizin für die Seele wie in den Jahren davor die Bemerkung: "Es ist eben Krieg."
Heute fehlt uns dieses Ventil. Das Unbehagen an unserer Gesellschaft hängt auch mit der Suche nach einem Ersatz für die herrlichen Ausreden zusammen, die damals so wohlfeil zu ha-

ben waren. Nun muß der "böse Staat" oder das "ungerechte Gesellschaftssystem" die Funktionen erfüllen, die damals die "schlechten Zeiten" hatten.
Noch aus anderen Gründen sind die psychologischen Gründe jener Zeit bemerkenswert. Wer das Elend überstand, entwickelte ein Gefühl des Stolzes. In den Berichten über die schrecklichen Zustände der vierziger Jahre schwingt unausgesprochen stets der Hinweis mit: So stark waren wir, daß wir das durchgestanden haben!
Aber es ist kein Verdienst, durch das Elend gegangen zu sein, und es ist keine Schuld, diese Prägung nicht erfahren zu haben. Zum geistigen Hochmut, zum Herabschauen auf jene "verweichlichten" Menschen, die in diese Schule nicht gegangen sind, besteht kein Anlaß.
Bis ins nächste Jahrtausend hinein werden wir mit Menschen zusammenleben, die von Krieg und Nachkriegszeit geprägt worden sind, die noch immer alles aufbewahren müssen und nichts wegwerfen können. Wer von diesen Erfahrungen verschont geblieben ist, sollte es sich versagen, über die Schrullen der Alten zu lächeln.
Noch ist nicht entschieden, ob unsere Überflußgesellschaft oder die Elendszeit näher am Normalen oder Dauernden liegt. Betrachten wir die Geschichte auf die Länge, spricht einiges dafür, daß der gegenwärtige Wohlstand ein Zwischenspiel ist, das nur auf einem Teil der Weltbühne aufgeführt wird. Vielleicht sind eines Tages wieder Menschen gefragt, die aus Viehfutter Suppe kochen können und die wissen, an welchen Stellen im Wald die wilden Beeren wachsen.
Eines hat die Schwarzmarktzeit sicherlich bewirkt, sie hat dem folgenden Wirtschaftswunder den richtigen Glanz verliehen. Weil sich das Elend im Nachkriegsdeutschland so fest eingenistet hatte, entstand später die überschwengliche Aufbruchstimmung für die Reise in das gelobte Land des Wohlstandes. ...
Weiß Gott, eines hatten uns die Bewohner des elenden Restdeutschlands nach 1945 voraus, sie besaßen eine Zukunftsperspektive. Für sie konnte es nur noch besser werden, und es lohnte sich zu überleben, um auf diese Zukunft zu warten.<<

Großbritannien: Anfang 1947 erklärt ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:
a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.
c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ...
Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...
Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

07.02.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 7. Februar 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56-57): >>7. Februar 1947. Aus dem Lager Uelzen, einem anderen Auffanglager in der britischen Zone, kam bei 17 Grad Kälte ein Transport von über 600 Personen in Friedland an. ...
Bei einer Überprüfung dieses Transportes durch Beamte des Arbeitsamtes fiel die hohe Zahl von erwischten "Schwarzgängern" auf, Personen also, die zumeist aus undurchsichtigen Gründen immer wieder die Zonengrenze überschreiten. Sie betrug nicht weniger als 65 % aller Angekommenen. Ein Fünftel des Transportes bestand aus Kleinkindern. Außerdem wurden 20

elternlose Jugendliche registriert. ...<<

13.02.1947

Berlin: In Berlin sind seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000 Menschen erleiden schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden (x111/283).

15.02.1947

CSR: Der "Abgeordnetenprozeß" (Verhandlungsbeginn: 10. Dezember 1946) wird am 15. Februar 1947 beendet.

Obwohl man den 16 Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei keine Teilnahme an Verbrechen nachweisen kann, werden 6 Angeklagte (Hans Krebs, Georg Böhm, Franz Schreiber, Franz Werner, Ernst Kundt und Hans Westen) zum Tod verurteilt und hingerichtet. 9 Angeklagte erhalten Freiheitsstrafen von 3 Jahren bis zu lebenslänglicher Haft. Ein Angeklagter wird freigesprochen (x004/78).

16.02.1947

WBZ: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 16. Februar 1947 (x043/-297): >>Gegen Ende März sollen in der Felsenfestung der Insel (Helgoland) 6.700 Tonnen Sprengstoff zur Explosion gebracht werden, durch die die dortigen Unterseeboot-Anlegeplätze, Batteriestellungen und der ungefähr 23 km lange unterirdische Tunnel mit der dort gelagerten Munition in die Luft gesprengt werden sollen. ...

Die Helgoländer ... sollen auf Sylt angesiedelt werden. ...<<

Christian Stock (1884-1967, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärt am 16. Februar 1947 während einer Delegiertenkonferenz der SPD in Groß-Gerau (x111/285): >>... Unter Umständen muß sich Marburg auch von den Särgen Hindenburgs und Friedrichs des Großen trennen. ... Sie sind heute schon zu Stätten politischer Demonstration gegen die Republik geworden.<<

17.02.1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Ketschendorf ("Speziallager Nr. 5") wird am 17. Februar 1947 aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen interniert man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg.

Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (14/1990) berichtet später über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**

In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder

eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.
Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" (Volksmund) hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf.
Beim Ausschachten von Wohnhausfundamenten hatten Bauarbeiter Ende der vierziger Jahre Massengräber freigelegt, worauf Zeitgenossen tagelang "über ganz Fürstenwalde Süd Leichengeruch" wahrnahmen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.
Ketschendorf war damals überall. Assistiert von diensteifrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenerschießungen.
Ahnungsvoll hatte der amerikanische Chefankläger beim Nürnberger Militärtribunal, Robert H. Jackson, bei Kriegsende an alle Welt appelliert, nach der Befreiung der Opfer aus Hitlers Terrorlagern dort nun nicht etwa gleich die Täter unterzubringen: "Die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden."
Doch im Osten Deutschlands ging bei der großangelegten Strafaktion der Appell des US-Juristen unter: Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen.
Zwar will kein ernst zu nehmender Zeitgeschichtler die Lagerschrecken aus den Frühzeiten des SED-Regimes mit Hitlers Vernichtungsstrategie in Verbindung bringen. Doch angesichts massenhaften Sterbens kommen auch unverdächtige Experten wie Tilman Zülch von der Göttinger "Gesellschaft für bedrohte Völker" zum Verdikt: "Fortführung nationalsozialistischer Terrormethoden auf dem Territorium der DDR".
"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."
Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Sistierung (Festnahme) von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".
Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.
Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.
Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatzte Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzün-

dung erkrankte, starb unausweichlich."
Das dunkle Kapitel Nachkriegsgeschichte ist wieder auf der Tagesordnung, seit bei Neubrandenburg und bei Oranienburg Gräberfelder entdeckt wurden, in denen die Überreste von Toten aus den Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen ruhten.
Und nachdem die "Gesellschaft für bedrohte Völker" in einem offenen Brief an die Abgeordneten der neuen DDR-Volkskammer appelliert hat, die "Massenliquidierungen" aufzuklären und die Opfer zu rehabilitieren, häufen sich auf einmal Hinweise, Erlebnisberichte und Aufklärungswünsche von ehemaligen Häftlingen, die jahrzehntelang geschwiegen haben.
Bürger von Fürstenwalde fordern, den von der SED-Führung sogenannten "Platz der Freiheit" in der Nähe der Todesstätte in "Platz des Gedenkens" umzutaufen. Ost-Zeitungen wie westliche Boulevardblätter werden mit Zeitzeugnissen eingedeckt. Stapelweise bekam auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" Post von Opfern und Hinterbliebenen. ...
Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind.
Die nun enthüllten Einzelheiten zum stalinistischen Lagerterror sind freilich längst ein offenes Geheimnis: Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde der SED-Staat dieser Menschenrechtsverletzungen wegen attackiert.
Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln machte publik, daß allein bei kirchlichen Stellen Berichte über die Verhaftung von 2.000 Jugendlichen, teils unter 14 Jahren, vorlagen. Herbert Wehner verlas auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 1950 einen Freilassungsappell von 6.000 ehemaligen Buchenwald-Häftlingen, 2.000 von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt. Eine Dokumentation über "Beweise für Massenterror in der Ostzone" hatte die Parteiführung der SPD schon 1948 vorgelegt.
Die Sozialdemokraten zählten Fälle auf, bei denen Häftlinge "ausgepeitscht", mit "Stacheldraht geschlagen", bei klirrendem Frost mit kaltem Wasser begossen worden waren. Die Todesraten in den Lagern werden ebenso angeführt wie Angaben über verschleppte Demokraten, erpreßte Geständnisse und serienweise Erschießungen - Bürger hatten frisch verscharrte Leichname ausgegraben, die von Kugeln durchsiebt waren.
So entdeckte, laut SPD-Dokumentation, "eine Einwohnerin von Kleditz bei Güstrow im April 1948 beim Holzsammeln eine menschliche Hand, die aus dem Erdboden ragte. Sofortige Untersuchungen durch die Gemeindestellen ergaben, daß dort die Leichen von fünf jungen Männern und zwei Mädchen vergraben waren, die alle Einschüsse am Hinterkopf aufwiesen. Nach Bekanntwerden des Fundes erschien ein Lastwagen der sowjetischen Kommandantur aus Güstrow, der die Leichen abtransportierte. Den Findern wurde befohlen, strengstes Stillschweigen zu bewahren".
Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind."
Die grausamen Haftbedingungen wurden von der SED-Presse freilich grotesk verzerrt dargestellt. "Der Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen", behauptete Anfang 1950 beispielsweise die Zeitschrift "Für Dich".
Und auch für das offizielle Schweigen über die Verschwundenen hatten die Regenten eine Version. Johannes Warnke, Staatssekretär im DDR-Innenministerium, sagte im gleichen Jahr, es sei "keineswegs angenehm für die Angehörigen eines in Haft verstorbenen Verbrechers, wenn dessen Name veröffentlicht würde".<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die Inter-

nierungslager in der SBZ (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar (Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge), Sachsenhausen bei Brandenburg (Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge) und Mühlberg/Elbe (Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge). Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.
Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...
Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...
Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...
Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<

25.02.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.
Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<
Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).
Reinhard Nelke berichtet auf seiner Webseite "www.preussenweb.de/" über Preußen (x1.349/…): >>… Der Name Preußen kommt vom ostpreußischen Teil des Landes, der vom Dt. Orden im Mittelalter den heidnischen Pruzzen abgerungen wurde. Der Deutschen Orden herrschte bis 1466, dann mußte er weite Teile unter polnische Herrschaft stellen. Der Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach wandelte im Zuge der Reformation den Ordenstaat mit Zustimmung der polnischen Krone in ein nicht souveränes Herzogtum um.
Nach dem Tode seines Sohnes und Nachfolgers gelangte es an den kurfürstlich-brandenburgischen Teil der Hohenzollern. Friedrich Wilhelm der Große Kurfürst schaffte es im schwedisch-polnischen Krieg, die Unabhängigkeit des Herzogtums herzustellen. Sein Nachfolger Friedrich I ließ sich in Königsberg 1701 zum König in Preußen krönen, da dieses Gebiet nicht zum heiligen römischen Reich deutscher Nation gehörte. So wurde der Name Preußen auch auf die anderen, von den brandenburgischen Hohenzollern regierten Landesteile übertragen.
Dieses Preußen war ein unzusammenhängendes Gebiet, das von der Memel bis zum Rhein reichte. Da es viele verschiedene Mentalitäten umfaßte, entstanden unter den Königen Friedrich Wilhelm I, dem Soldatenkönig, und Friedrich II, dem Großen, der sog. preußische Geist und die preußischen Tugenden. Diese sind: Toleranz, Pflichtgefühl, Sparsamkeit, Ehrlichkeit etc. Dies führte aber auch dazu, daß Preußen ein Obrigkeitsstaat wurde.
Nach den Reichseinigungskriegen umfaßte der Preußische Staat nunmehr den Norddeutschen Raum von Tilsit im Nordosten bis Aachen im Westen und die Mainlinie im Süden.

Mit der Revolution 1918 wurde Preußen ein sozialdemokratisch regiertes Land, das durch den sog. Preußenschlag (von Papen) mit dem Reich gleichgeschaltet und dann von den Nazis okkupiert wurde. …

Vom Herzogtum zum Königreich

Von Preußen als gesamtstaatliche Begrifflichkeit spricht man ab dem Jahr 1701. Am 18.01.1701 krönte sich Friedrich I. im Audienzsaal des Königsberger Schlosses selbst zum König in Preußen.

Damit waren die seit längerem erwogenen Pläne, den brandenburgischen Kurfürsten eine Königskrone zu schaffen, zu Erfolg geführt worden, was um so dringender erschien, als August der Starke von Sachsen seit 1697 König von Polen war und das Haus Hannover Aussicht auf den englischen Thron hatte - eine Prestigefrage also. Anfangs zauderte man am katholischen Kaiserhof, nicht zuletzt aus religiösen Gründen.

Andererseits hegten die Jesuiten die Hoffnung, bei dieser Gelegenheit die Hohenzollern zum wahren Glauben bekehren zu können. Jedoch brauchte der Kaiser in dem sich abzeichnenden europaweiten Spanischen Erbfolgekrieg Verbündete. Gegen die Zusicherung eines Kontingents von 8.000 Mann konnte Kurfürst Friedrich III. das souveräne Herzogtum Preußen zum Königreich erheben.

Nach der Selbstkrönung ließ er sich den Segen der Kirche erteilen. Kurfürst Friedrich III. war nunmehr König in Preußen - nicht von Preußen, denn mit diesem Anspruch hätte man das Königreich Polen herausgefordert, zu dem Westpreußen gehörte. Erst Friedrich II., der Große, der Enkel, nannte sich König von Preußen, nachdem er 1772 bei der Ersten Polnischen Teilung Westpreußen dem preußischen Staat eingegliedert hatte. Schon bald bürgerte sich die Bezeichnung "Preußen" für alle Länder der Monarchie ein, für Brandenburg, Pommern und die westlichen Territorien.

Gewiß war König Friedrich I. kein Kriegsfürst, der Schlachten gewann und sein Reich vermehrte; er war auch kein bedeutender Staatsmann; und er war vor allem kein hausväterlicher, sparsamer Verwalter der Staatseinkünfte. Es war nicht nur die neuerworbene Krone, die dem brandenburg-preußischen Staat neuen Glanz verlieh, sondern es war auch die Förderung von Kunst und Wissenschaft. Der König betrieb sie vielleicht mehr aus Gründen der fürstlichen Repräsentation, seine kluge Gemahlin, Sophie Charlotte von Hannover, aber aus tiefer Anteilnahme.

Im Jahre 1694 wurde die Universität Halle gegründet, zwei Jahre später die Akademie der Künste und im Jahre 1700 die Akademie der Wissenschaften, deren erster Präsident kein geringerer war als der Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz (1. Juli 1646 - 14. November 1716).

Zu den Aufgaben der Akademie gehörte auch, so der ausdrückliche Wunsch des Stifters, die Sorge um die Reinheit der im Krieg "verwilderten" deutschen Sprache. Die Hauptstadt Berlin erhielt durch den Architekten und Bildhauer Andreas Schlüter (1664-1714) repräsentative Akzente. Durch das neuerrichtete Triumphtor des im Umbau befindlichen Schlosses hielt König Friedrich I. nach der Krönung seinen Einzug. Dem Vater des Königs, dem Großen Kurfürsten, wurde von Schlüter ein Reiterdenkmal aus Bronze errichtet.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms I. (1713-1740) brachte, wie es im Hause der Hohenzollern nicht selten geschah, eine scharfe Zäsur. Schon als Kronprinz hatte er die Verschwendung am Hof seines Vaters Friedrich I. heftig kritisiert.

Unmittelbar nach den Begräbnisfeierlichkeiten, bei denen noch ein letztes Mal der ganze Glanz des alten Hofes entfaltet wurde, löste der junge König den prunkvollen Hofstaat auf und reduzierte erbarmungslos die Zahl der Hofbeamten und Bediensteten und allen Aufwand, auch wenn er der königlichen Familie galt.

Arbeitswille und Arbeitskraft und dazu ein hervorragendes Organisationstalent des Königs waren die Voraussetzungen für die umfassenden inneren Reformen, denen der Staat im ersten Jahrzehnt der Regierung Friedrich Wilhelms I. unterworfen wurde.
Völlig umgebaut wurden die Oberbehörden, das Generalfinanzdirektorium und das Generalkriegskommissariat, die bisher nicht immer reibungslos zusammengearbeitet hatten. So entstand das Generaldirektorium als umfassende Finanz- und Wirtschaftsbehörde, der auch Angelegenheiten der Armee und andere öffentliche Aufgaben unterstanden. Spitze der Behördenhierarchie war der König selbst; ihm war Bericht zu erstatten, von ihm kamen die Weisungen.
Dem Generaldirektorium war auch die Oberrechenkammer angegliedert, die mit peinlicher Genauigkeit über Einnahmen und Ausgaben wachte, wie es der Wille des Königs war. Die Korrektheit dieser und anderer Behörden begründeten den Ruf des preußischen Beamtentums: Genauigkeit, Sparsamkeit, aber auch eine nicht immer liebenswürdige Strenge und Kleinlichkeit. Diese Haltung, die der König selbst vorlebte und mit militärischer Unerbittlichkeit durchsetzte, wurde beispielhaft für Generationen von preußischen Beamten, deren Besoldung übrigens von spartanischer Kargheit war. "Mehr für die Ehre als um Besoldung" sollten sie König und Staat dienen.
Da die Verwaltung effektiver arbeitete, konnten die Einkünfte des Staates beträchtlich gesteigert werden. Wie schon unter dem Großen Kurfürsten wurden Manufakturen, besonders tuchverarbeitende, ins Leben gerufen und gegen ausländische Konkurrenz durch Schutzzölle abgeschirmt. Auch Friedrich Wilhelm I. sorgte für die "Peuplierung" (planmäßige Besiedlung) des Landes, d.h. für die Neubesiedlung von Gebieten, die durch Krieg und Seuchen entvölkert waren.
Als 1731/32 der Erzbischof von Salzburg die Protestanten aus seinem Land vertrieb, fand ein Teil von ihnen in Preußen bereitwillige Aufnahme und neue Siedlungsgebiete in Ostpreußen. Kaufleute und Handwerker, die aus der Schweiz, Frankreich oder deutschen Staaten ihrer Religion wegen ausgewiesen wurden, erhielten das Bürgerecht und königliche Patente.
Zur Entwässerung der Havelbrüche 1718-1725 setzte der König vor allem wasserbaukundige Holländer ein. Friedrich II. hat diese innere Kolonisation durch die Entwässerung des Oderbruchs 1746-1763 weitergeführt und durch Eindeichung 270.000 Morgen (68 850 ha) als "Provinz im Frieden" gewonnen. Hier wurden in 43 Dörfern 1150 ausländische Familien angesetzt und aus sieben Spinnerdörfern die königlichen Manufakturen in Berlin beliefert.
Bis 1782 wurde der Warthebruch entsumpft und 32.000 ha Siedlungsland urbar gemacht. Nach der Eingliederung Westpreußens 1772 und der Erschließung durch den Weichsel-Netze-Kanal wurden in rund 900 Dörfern 57.475 Familien untergebracht, davon etwa 14900 in Ostpreußen und Litauen und 14.000 im eroberten Schlesien. Die meisten Kolonisten siedelten auf Domänenland, kaum auf adeligem Boden. Sie waren daher weder leibeigen noch hörig, sondern genossen auf den Domänen (Gütern im Staatsbesitz) relativ viele Freiheiten, auch wenn man ihren Abzug zu verhindern trachtete. …
Am 31. Mai 1740 starb König Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Ihm folgte, jung und tatendurstig, sein Sohn Friedrich II. (1740-1786), der entschlossen war, Preußen groß zu machen und dafür auch das vom Vater geschaffene Machtinstrument der preußischen Armee einzusetzen. Sein Hauptaugenmerk richtete sich auf die österreichische Provinz Schlesien, wobei als rechtliches Alibi ungeklärte Ansprüche Brandenburgs auf einzelne Teile Schlesiens dienen mußten.
In seiner Auffassung vom Herrscheramt folgte Friedrich II. der aufgeklärten Lehre, wonach sich Herrschaft nicht auf göttlichen Auftrag begründet, sondern auf eine stillschweigende, freiwillige Unterwerfung der Menschen unter einen Souverän, von dem sie als Gegenleistung Frieden und Wohlfahrt erwarten. Theoretisch wird Herrschaft im Auftrag der Beherrschten

ausgeübt. Der Herrscher ist, wie es Friedrich II. selbst formulierte, "der erste Diener des Staates".
Das Amt schließt als Aufgaben Fürsorge und den Willen zu Reformen im Sinn der Aufklärung ein. Allerdings konnte auch unter einem aufgeklärten Fürsten des Zeitalters, wie Friedrich II., keine Rede von einer Mitwirkung der Regierten sein. Absolutismus blieb Absolutismus, mochte er auch noch so aufgeklärt sein. Der König verordnete und erzwang, was er für richtig hielt.
Die ersten Regierungsmaßnahmen Friedrichs II. fanden überall Beifall. So ließ er die Folter als Mittel der Wahrheitsfindung im Kriminalprozeß abschaffen; er milderte die Strafen für Kindsmörderinnen; er gewährte ferner, allerdings nur vorübergehend, eine gewisse Pressefreiheit; und er verfügte vor allem in einer seiner berühmtesten Randbemerkungen religiöse Toleranz: "Die Religionen müssen alle toleriert werden, denn hier muß ein jeder nach seiner Fasson selig werden." …
Das Friedensjahrzehnt zwischen den "Schlesischen Kriegen" und dem "Siebenjährigen Krieg" war für Friedrich II., "den Großen", wie er seit dieser Zeit genannt wurde, persönlich die glücklichste Epoche seiner Regierungszeit. Es entstand das Lustschloß Sanssouci bei Potsdam, wo sich um den königlichen "Philosophen von Sanssouci" die Tafelrunde versammelte, deren glänzender Mittelpunkt neben dem König seit 1750 Voltaire war.
Friedrich erneuerte die Akademie der Wissenschaften, zu deren erstem Präsidenten der französische Mathematiker Pierre-Louis Moreau de Maupertuis ernannt wurde. Zwar nahm die Akademie auch die Arbeiten deutscher Gelehrter an, aber sie mußten zuerst ins Französische übersetzt werden. …
Die wachsenden Spannungen zwischen England und Frankreich in Nordamerika, in Indien und Afrika brachten neue Bewegung in die europäische Szene. Es kam zur Umkehrung der Bündnissysteme. England schloß mit Preußen am 16. Januar 1756 die Konvention von Westminster. Österreich verbündete sich Frankreich und Rußland.
Der Wechsel der Allianzen wurde durch das "Abkommen von Versailles" am 1. Mai 1756 vollzogen. Frankreich und Österreich sicherten sich Neutralität zu und für den Fall, daß eine der beiden Mächte angegriffen würde, auch bewaffnete Hilfe. Der Vertrag war vor allem das Werk des Grafen Kaunitz, des leitenden Ministers in Österreich.
Der nun folgende Siebenjährige Krieg wurde mit dem "Friede von Hubertusburg" beendet. Er änderte an den territorialen Verhältnissen nichts. Schlesien blieb preußisch. Die Gegenleistung Preußens war die Zusicherung, der Wahl Josephs, des ältesten Sohns Maria Theresias, zum Römischen König zuzustimmen. Kein Sieger also, sondern zwei zu Tode erschöpfte Gegner, von denen keiner etwas in den schweren Kriegsjahren gewonnen hatte. …
Preußen sah sich mit Ende des Krieges nicht nur im Reich als zweite Großmacht bestätigt, wie bereits nach den beiden "Schlesischen Kriegen", die den deutschen Dualismus begründeten; Preußen wurde vielmehr von da an auch als neue, ehrgeizige Macht von europäischem Rang anerkannt, nicht geliebt, aber respektiert und von vielen bewundert.

Der Alte Fritz

Danach galt es, möglichst viel Bargeld durch Exportförderung ins Land zu holen und durch Drosselung des Imports möglichst wenig hinauszulassen. Die Überschüsse wurden, vornehmlich als Kriegsschatz für den Bedarf der Armee, gehortet und dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen. Nach dem Krieg begann der Wiederaufbau ("Retablissement") in den Provinzen, der allen Bevölkerungsschichten zugute kommen sollte.
Die Mittel des Staates wurden durch eine Wirtschaftspolitik beschafft, die den inzwischen nicht mehr ganz modernen Gesetzen des Merkantilismus folgten. Durch diese Wirtschaftspolitik fanden allerdings moderne Unternehmungen, etwa die Seiden- und Wollindustrie und die

Berliner Porzellanmanufaktur, staatliche Förderung, und das Hüttenwesen in Oberschlesien und in der Grafschaft Mark an der Ruhr nahm einen ansehnlichen Aufschwung.
Das staatliche Monopol auf Tabak und Kaffee brachte allerdings mehr Verärgerung unter der Bevölkerung als lohnende Gewinne. Vom Fortschritt der Wiederaufbau- arbeiten überzeugte sich der König alljährlich bei seinen ausgedehnten und vielfach gefürchteten Inspektionsreisen durch die Provinzen. …

Die Gründung des Deutschen Reiches

Während der Krieg noch andauerte, trat am 1. 1. 1871 die modifizierte Konstitution des "Norddeutschen Bundes" auch für Hessen-Darmstadt, Baden, Württemberg und Bayern (hier am 1. 2.) in Kraft. Langwierige Verhandlungen waren mit diesen Staaten vorausgegangen, um sie zum Eintritt in den Bund zu bewegen. Der Kanzler bemühte sich, die süddeutschen Regierungen durch Entgegenkommen zu gewinnen, wenn er auch am Fundament der Verfassung des "Norddeutschen Bundes" unbeirrt festhielt.
Schließlich konnten im November 1870 die entsprechenden Verträge mit den vier Staaten abgeschlossen werden. Die Spitze des "Norddeutschen Bundes" hatte lediglich die Bezeichnung "Bundespräsidium" getragen; Bismarck setzte sich dafür ein, sie durch den Titel "Kaiser" zu ersetzen, um so der Nationalbewegung entgegenzukommen.
Nachdem schließlich Ludwig II. als wichtigster Bundesfürst in einem Brief Wilhelm I. die Kaiserwürde angetragen hatte, beschloß der "Norddeutsche Reichstag" am 10. 12. 1870, den Bund in "Reich" umzubenennen und das Bundespräsidium mit dem Kaisertitel auszustatten, der an eine alte Tradition anknüpfte.
Den Schlußpunkt bildete die bekannte Zeremonie am 18. 1. 1871 im Spiegelsaal von Versailles, bei der Bismarck eine Proklamation Wilhelms verlas, in der dieser bekanntgab, er sei dem "Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte" gefolgt und habe die "Deutsche Kaiserwürde" angenommen.

Preußen im Reich

Nach der Reichsgründung und dem Aufbau der neuen Institutionen konnte man auch auf altpreußischer Seite Bilanz ziehen und sich die Frage vorlegen, ob Preußens Interessen ausreichend gesichert worden waren. Auch war zu fragen, ob Wilhelm I. in seinem vorangerückten Alter den kaiserlichen und den königlichen Aufgaben gewachsen sein würde, ob es nicht überhaupt sinnvoller gewesen wäre, einer anderen Linie des Hauses Hohenzollern Preußen zu belassen.
Äußerlich mochte es scheinen, als wäre Preußen "im Reich" gut aufgehoben, dem es als Unterbau und Lastträger bei der Wahrung gesamtstaatlicher Interessen und auch Modernisierungen zu dienen hatte. Doch die eigentümliche dialektische Konsequenz von Bevorzugung und Bindung bestand darin, daß eine genuin preußische Führung weithin fehlte und der Staat als eine riesige Verwaltungskörperschaft dem politisch stagnierenden Reich keine entscheidenden Impulse zu geben vermochte.
Außenpolitisch war eine Wesentliche Verschlechterung der Lage gegenüber dem Stand von 1863 eingetreten. Die Beziehungen zu Frankreich blieben nach der Übernahme von Elsaß-Lothringen auf die Dauer gestört. Es war klassische Kabinettspolitik gewesen, mit der Bismarck die territorialen Gewinne 1866 und 1871 durchgesetzt hatte.
"Revolutionär" wäre es gewesen, in Schleswig-Holstein und im Königreich Hannover über die Verbindung mit Preußen abstimmen zu lassen. Es machte einen gewichtigen Unterschied aus, daß die bisherigen Untertanen Preußens polnischer Nationalität nunmehr auch Einwohner des Reiches geworden waren. …

Verhältnis Preußen - Reich

Der Staat entbehrte einer kraftvollen Führung. Das Experiment eines besonderen Ministerpräsidenten ist seit 1894 nicht mehr wiederholt worden. Teilweise nahmen Staatssekretäre des

Reiches in Personalunion preußische Ministerämter wahr, ein Zustand, der nicht einmal in der Weimarer Republik vor 1932 zu beobachten ist. Je mehr sich die Selbstverwaltungs-Körperschaften in allen Provinzen ausbildeten und an politischem und administrativem Selbstbewußtsein gewannen, desto stärker verstanden sich in der Regel die provinzialen Behörden als Exekutiv-Organe der Berliner Zentrale.
Das Eigenleben der Provinzen konnte sich jedoch weiter entfalten. Aber die Zukunft Preußens hing von der Neugestaltung der Verfassung ab. Es war ein historisches Versäumnis der im übrigen sämtlich nichtpreußischen Familien entstammenden Reichskanzler seit 1890, dem Kaiser nicht die Zustimmung zur Reichs- und Staatsreform abgetrotzt zu haben.
Als das Herrenhaus am 10. Januar 1914 einen Grundsatzantrag des Grafen Yorck von Wartenburg verhandelte ("Das Herrenhaus wolle beschließen - die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Reich dahin zu wirken, daß der Stellung Preußens, auf die es seiner Geschichte und seinem Schwergewicht nach Anspruch hat nicht durch eine staatsrechtliche Verschiebung der Verhältnisse zu Ungunsten der Einzelstaaten Abbruch geschieht"), hielt Bethmann Hollweg eine epigonenhafte Rede, die Programm und Impuls vermissen ließ.
Die Sitzung wirkte wie "das selbstgesetzte Epitaph des alten Preußen". Es war spät, aber noch nicht zu spät. Immer noch hätte die Verfassungsproblematik aufgegriffen werden können. Auch während des Krieges blieb die Wahlrechtsreform ein Objekt halbherziger Debatten. Allein der "Militärstaat" Preußen griff im Zusammenhang mit der Heeresverfassung des Reiches über die Landesgrenzen hinaus.
Die Ansprüche und die Arroganz des militärischen Elementes in Staat und Gesellschaft sind jedoch bei weitem nicht überall widerspruchslos hingenommen worden. Auch gab es stille Kämpfe zwischen der Beamtenschaft und Teilen des Offizierskorps. Fontane kritisierte wiederholt die pennälerhafte Arroganz des "preußischen Leutnants":
Zu erinnern ist an die Tatsache, daß die Bevölkerung in West und Ost das Heer, das sie mittelbar und unmittelbar immer wieder kennenlernte, als ein Stück des Staates begriff; daß sich die sozialen Gruppen trotz einiger Potsdamer und sonstiger Exklusivitäten vermischten und abschliffen und daß man bei allen sozialen Schichten in der Regel stolz darauf gewesen ist, bei "Preußens" gedient zu haben.
Selbst die Sozialdemokraten konnten sich den positiven Erscheinungen und Auswirkungen des preußischen Militärwesens nicht entziehen. Ihre Partei verdankte damals der militärisch straffen Organisation einen Teil der Erfolge. Der Abgeordnete Noske, dem noch spezielle Erfahrungen mit der Macht im Staate bevorstanden, verwies 1907 im Reichstag darauf, daß in keiner Institution der Welt die krassen Gegensätze so schroff aufeinanderstießen wie beim Militär, insonderheit bei der deutschen Armee zwischen Offizier und Mannschaft.

Bilanz

Als Wilhelm II. 1913 sein 25jähriges Regierungsjubiläum als Kaiser und König feierte, konnte Preußen - trotz mancher Schwächen - im Vergleich mit anderen Staaten Europas als ein ungewöhnlich moderner Staat angesehen werden, in dem "sich leben ließ". Es war ein Staat, der trotz seiner konservativen Strukturen viele Strömungen der Zeit aufnahm und verarbeitete, der auf vielen Gebieten, insbesondere der Wissenschaften, der Wirtschaft und der Technik enorme quantitative und qualitative Fortschritte zu verzeichnen hatte.
Als Teil des Reiches, aber mit seinen eigenen Kräften hatte er Formen und Verfahren entwikkelt, die der Bevölkerung mehr als anderswo das Ende einer sozialen Elendsstrecke verhießen. Rechtssicherheit und Sozialversicherung, Bildungsmöglichkeiten und Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer und Wohnungsbau, Einkommenssteigerungen und individuelle Mobilität - es gab nur wenige Gebiete, auf denen Preußen den Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen hatte.

Die Verantwortung für den sozialen Status des Individuums war insgesamt im Wachsen begriffen. Vieles unterschied sich bereits von dem sozialen Kannibalismus mancher anderer Staaten. Alles kam mithin darauf an, das Erreichte auszubauen und dafür den Frieden zu erhalten.

Erster Weltkrieg

Der Kriegsausbruch von 1914 ist in Schuld und Mitschuld der beteiligten Mächte ein europäisches Ereignis gewesen. Für Preußen bedeutete der Krieg die Schicksalsstunde auf dem Wege zur Staatsauflösung. Das Versagen der Führung bestätigte, daß Regierende aus älteren Konfliktlagen kaum etwas zu lernen vermögen. Die Mitschuld des Herrschers bestand darin, ohne gründliche Beratungen und Informationen über die Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns, ohne Sondierung der russischen Position den Schritt auf eine schwere Balkankrise hin eingeleitet zu haben.

Drei Wochen später befand er sich mit einem wenig beweglichen Kanzler, mit einem zu kleinen Landheer, einer zu großen Flotte und mit einem hinter den Erfordernissen der Zeit zurückgebliebenen Grad der Demokratisierung in Preußen in einer Weltkrise. Spätestens der 27. Juli, als Englands Vorschlag für eine Botschafterkonferenz einging, wäre der Tag des Kaisers gewesen, an dem der Kanzler notfalls mit der Waffe des Vertrauensentzuges hätte gezwungen werden müssen, den Konferenzvorschlag anzunehmen und Wien von der Kriegserklärung an Serbien abzubringen.

Der Verlust der altpreußischen Traditionen auf dem Gebiet des Militärwesens setzte, bereits unter Friedrich Wilhelm IV. ein. Die Zustände während der Märzrevolution bezeichneten schlagartig den Zerfall der einheitlichen Kommandogewalt. Im Bismarckreich hat sich dieser durch den Heereskonflikt eher noch verstärkte Prozeß fortgesetzt. Der Reichskanzler war nicht nur formal der Chef der Reichskriegsverwaltung, und Roon hat gegen Bismarck vergeblich versucht, Reichskriegsminister zu werden.

Für den ersten Krieg gilt das Gleiche wie für den zweiten. Er war für Deutschland an dem Tag verloren, an dem er begonnen wurde. Den eine Million zweihundertvierzigtausend Soldaten der Mittelmächte standen mindestens zweieinhalb Millionen Soldaten der Entente (Landstreitkräfte) gegenüber, dazu kam die große Überlegenheit der alliierten Flotten, die Möglichkeiten der Seeblockade und überhaupt der höhere Grad der Militarisierung (Rüstungsausgaben) in Rußland (fünfunddreißig Prozent), in Frankreich (sechsundzwanzig Prozent) und England (etwa zwanzig Prozent) und in Preußen-Deutschland (1914: etwa neunzehn Prozent). …

Zusammenbruch

… Das Ende der Monarchie ereignete sich im Herbst 1918 mit der Unerbittlichkeit einer Tragödie. Die zivile und militärische Umgebung des Kaisers versagte weitgehend in den kritischen Novembertagen. Nicht um die derangierte Person Wilhelms II. ging es letztlich den noch aufrichtigen Interessenvertretern Preußens, sondern um den Fortbestand einer wie immer konstituierten Monarchie in Deutschland, daneben um das Ansehen Preußens und seiner Dynastie. Hierfür waren Optionen offen zu halten.

Manches spricht dafür, daß dies für eine Reihe von Monaten gelungen wäre. Die wenigsten bemerkten (den Kaiser eingeschlossen), daß der Monarch trotz Revolution und der ungesetzlichen Republik Proklamationen eine Trumpfkarte besaß, die ihm kaum entrissen werden konnte: Nur er konnte rechtsverbindlich den Verzicht auf die Krone aussprechen und die Eide der Soldaten und Beamten lösen.

Die Figur des Kaisers, so wie er in Unschlüssigkeit, Sprunghaftigkeit und Illusionismus beschaffen war, bedurfte besonders in dieser Lage einer Lenkung. Eine Regentschaft hätte - dies läßt sich im Rückblick erkennen - der Festigung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland eine größere Chance eröffnet.

Die Realität bestand darin, daß sich 1918 nach einer dreißigjährigen Regierung kaum noch eine einflußreiche Hand für den Kaiser regte, so als hätte er bereits die Krone niedergelegt. Seine Fehlentscheidungen während des Krieges hatten seine Position geschwächt. Es waren die falschen Strategen berufen worden. Über Hindenburg und Ludendorff hatte er die Kontrolle verloren und Bethmann Hollweg zum ungünstigen Zeitpunkt und ohne geeigneten Ersatz entlassen. …

Abdankung

Hindenburg, der Ersatz-Kaiser, meinte nun, den Herrscher überhaupt nicht mehr schützen zu können: "Ich muß Eure Majestät dringend ersuchen, sofort abzudanken und nach Holland abzureisen. Ich kann es als preußischer General nicht verantworten, daß sie von ihren eigenen Truppen verhaftet und der revolutionären Regierung ausgeliefert werden."

Am 28. November hatte der Kaiser nach hartnäckig geführten Verhandlungen mit Staatssekretär von Hintze die Abdankungsurkunde unterzeichnet:

"Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone... Wilhelm."

Der Ex-Monarch entband alle Bediensteten ihres Treueids und forderte sie auf, den "Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland" dabei behilflich zu sein, das Volk gegen Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen. Eine mit großem Atem geschriebene Proklamation des Rückblickes und des Dankes blieb aus.

Die preußische Geschichte kennt keine ähnliche Bankrotterklärung der Generalität. Admiral Scheer, dessen Flotte in diesen Tagen nur noch Schrottwert besaß, schloß sich der Erklärung Hindenburgs an. Im Osten wie im Westen gab es jedoch intakte Truppenteile, zu denen sich Wilhelm II. auf dem Land-, Luft- oder Seewege hätte begeben können.

Der Ebert-Regierung wäre eine Erklärung zuzustellen gewesen, daß die Funktionen des Monarchen bis zu einer Volksabstimmung über die Monarchie ruhten. Der "König" in Wilhelm riet zum Ausharren. Der "Dynast" mit internationalem Sonderstatus gab dem erneuten scharfen Drängen Hindenburgs und Groeners jedoch nach. In der Morgendämmerung des 10. November glitt der Hofzug der holländischen Grenze entgegen.

Fünf Jahrzehnte vor 1918 hatte der Ablösungsprozeß der Hohenzollern vom preußischen Staat begonnen. Wilhelm I. hatte sich, als es 1871 einen ersten Abschied zu nehmen galt, an das absinkende Preußen geklammert und doch nicht verhindern können, daß sich das "Reich" über seinen Kopf hinweg entwickelte und ihn selbst sogar mit einem etwas anderen Herrscherbewußtsein durchsetzte. Er hatte schon damals jammernd erkannt, daß mit der Kaiserkrone das alte Preußen untergeht. …

Preußen und das Reich

Die Beziehung zum Reich zu einer wesentlichen Schicksalsfrage des republikanischen Preußens geworden. Im Zickzack-Kurs der Preußenregierungen wird der Druck ablesbar, dem der Staat ausgesetzt war. Weder konnte die Politik der "Bastion Preußen" für weite Bevölkerungsteile überzeugend durchgehalten werden, noch war es möglich, sich auf die Dauer allein als "Rückhalt des Reiches" zu etablieren. Die reichshauptstädtische Politik bietet hierfür die Belege.

Der Zickzack-Kurs Otto Brauns, bravourös bis zum Scheitern, ist jedoch nicht immer und überall durch Außenfaktoren erzwungen worden. Unter der vorgegebenen Verfassungskonstruktion, an der die Mittel- und Kleinstaaten mit dem Blick auf das quantitative Übergewicht Preußens festzuhalten wünschten, wäre der "Ausbau" Preußens ohne weitere Rücksicht auf das Reich insgesamt die erfolgversprechendere Strategie gewesen. …

Neue Gliederung

Das republikanische Preußen bestand aus zwölf Provinzen, der kommunalen Gebietskörperschaft Berlin und dem Regierungsbezirk Sigmaringen ("Hohenzollernsche Lande"), der dem

Oberpräsidenten der Rheinprovinz unterstand. Die Bevölkerungszunahme betrug zwischen 1925 und 1939 fast 10 Prozent, obwohl durch die politischen und rassischen Verfolgungen seit 1933 ein irregulärer Bevölkerungsverlust entstanden ist. Die mittleren und östlichen Provinzen, mit Ausnahme Berlins, erbrachten bis 1945 einen höheren Bevölkerungsüberschuß, der überwiegend den übrigen Provinzen, insbesondere den Industrie-Landschaften, zugute gekommen ist.

Die Provinzen waren in vierunddreißig Regierungsbezirke unterteilt, nämlich in Ostpreußen Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Westpreußen-Marienwerder; in Brandenburg Potsdam und Frankfurt/O.; in Pommern Stettin, Köslin und Stralsund; in der Grenzmark Schneidemühl; in Niederschlesien Breslau und Liegnitz; in Oberschlesien Oppeln; in der Provinz Sachsen Magdeburg, Merseburg und Erfurt; in Schleswig-Holstein Schleswig; in Hannover Hildesheim, Hannover, Lüneburg, Stade, Osnabrück und Aurich; in Westfalen Münster, Minden und Arnsberg; in Hessen-Nassau Kassel und Wiesbaden; in der Rheinprovinz Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier und Aachen. Diese Regierungsbezirke waren 1928 in 119 Stadtkreise und 416 Landkreise untergliedert. …

Hohenzollern

Die Abdankung von König und Kronprinz mit der Folge der Vakanz des Thrones traf die Bevölkerung unvorbereitet. Es war, als hätte man mit der Liquidierung der Krone dem provinzial aufgegliederten Einheitsstaat Preußen den Nerv gezogen, ein Band zerschnitten, welches das Ganze immer noch zusammengehalten hatte.

Ein Teil der Bevölkerung, besonders in den ländlichen und kleinstädtischen Orten, mit tieferen Bindungen an das Königshaus, mußte sich ausgesetzt fühlen - in die Kälte des Parteienstaates, mit Straßenkämpfen und verwahrlosenden Rechts- und Ehrbegriffen. In Potsdam und Berlin war dies deutlich zu beobachten, und zwar in allen sozialen Schichten. Die Potsdamer und Berliner Hofgesellschaft hat sich endgültig erst während des zweiten Weltkrieges aufgelöst. …

Das Ende Preußens

Die Unterstellung Preußens unter die unmittelbare Reichsverwaltung, auch populär als Preußenschlag oder "Staatsstreich" bezeichnet, war in erster Linie das Werk von drei Randpreußen, des Agrarpolitikers und Reichsinnenministers Wilhelm Freiherr von Gayl, aus einer rheinisch-kurländischen Familie, des oberflächlichen Kanzlers Franz von Papen, eines westfälischen Katholiken, und des Reichswehrministers Kurt von Schleicher, eines ungewöhnlich intriganten 0ffizierssohnes, der außerhalb der altpreußischen Tradition und des alten Grundbesitzes stand. …

Schleicher wollte vor allem die preußische Polizei in die Befehlsgewalt der Reichsregierung bringen; Gayl sah in der Entmachtung der Preußen-Regierung einen ersten Schritt auf dem Wege zur von ihm geplanten konservativen Reichsreform; bei Papen dürften wahltaktische Überlegungen den Ausschlag gegeben haben. Sprecher der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen forderten geradezu eine Intervention in Preußen, als Beweis "nationaler Zuverlässigkeit".

Am 17. Juli wurde der Berliner SPD-Führung bekannt, daß der Angriff auf Preußen unmittelbar bevorstünde. Bereits am 18. Juli beschlossen die Führungsgremien der SPD, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten und keinen Generalstreik auszurufen. Es wirkte wie eine Ermutigung für Papen. Otto Braun wurde von den Mitarbeitern nicht aus dem Urlaub zurückgerufen, als "sein" Staat auf dem Spiel stand.

Severing, auf welche Art auch immer wie gelähmt wirkend, ließ sich am Vormittag des 20 Juli 1932, begleitet von den Ministern Hirtsiefer und Klepper, durch von Papen und von Gayl in der Reichskanzlei die Notverordnung des Reichspräsidenten auf Einsetzung des Reichskanzlers zum Reichskommissar für das Land Preußen nebst Amtsentsetzung der Minister vor-

tragen. Am Abend wurde ihm durch den neuen Polizeipräsidenten Melcher und zwei Polizeioffiziere die Amtsausübung im Innenministerium (Unter den Linden 72) verboten.
Preußen hatte kampflos kapituliert. Der übermächtige Schatten Hindenburgs, der den von Max Weber erdachten Verfassungsartikel 48 in Händen hielt, ließ die Regierung vorzeitig resignieren. Braun, Severing, die anderen Minister, der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski und der Kommandeur der Schutzpolizei trennten sich von ihren Ämtern, als wäre eine staatliche Konkursmasse zu verwalten gewesen. Kein Kampfeswille für eine preußisch-republikanische Staatsidee.
Keine vitale Zuversicht, kein Preußen-Programm, auf das man sich hätte berufen können, nur ein schlecht geordneter Rückzug. Nichts mehr vom Geist und Kampfesmut eines Friedrich Ebert, eines Gustav Noske oder August Winnig, die Staatsinteressen über Parteiinteressen gestellt hatten. Gleiches gilt für sämtliche Führer des Zentrums in Preußen und im Reich. In dieser Situation den Freistaat Preußen dem politischen Hasardeur und Ignoranten Papen und den ebenfalls ohne parlamentarische Mehrheit regierenden Hindenburg-Konservativen auszuliefern, bedeutete für die Preußen-SPD und ihre beiden Koalitionspartner den politischen Selbstmord.
Preußen mußte nicht zuletzt deshalb gehalten werden, um weitere Vorstöße der Nationalsozialisten abwehren zu können. Der ziemlich lautlose Zusammenbruch der Staatsregierung erinnerte fatal an den Abgang Wilhelms II. In Preußen regierte der Reichskommissar, der seit dem 30. Januar 1933 Hitler hieß. Über ihn schrieb der Historiker Hintze damals einem Kollegen: "Dieser Mensch gehört ja eigentlich gar nicht zu unserer Rasse. Da ist etwas ganz fremdes an ihm, etwas wie eine sonst ausgestorbene Urrasse, die völlig amoralisch noch geartet ist." …

Zusammenbruch

Der von Hitler begonnene Krieg schlug mit Härte zurück. Die fünf westlichen Provinzen wurden im Februar, März und April von Amerikanern, Engländern und Kanadiern eingenommen und behielten bis zur Ebene der Regierungsbereiche ihre bisherige Verwaltungsstruktur. Im Osten zogen die russischen Regimenter unter anderen Führungszeichen als 1812/13 in die Provinzen ein.
Millionen von Menschen gingen in Ansturm und Widerstand, auf Straßen und in Lagern, in Hungersnöten und Epidemien zugrunde, während die letzten Amtsschilder mit dem Ordnung verheißenden Preußen-Adler von den Mauern gerissen wurden. Als Beispiel sei auf einige der ältesten Adels-Familien des preußischen Osten verwiesen, die wie in allen Kriegen einen hohen Blutzoll im Krieg, im Widerstand und auf der Flucht entrichten mußten.
Die höchste Zahl an Kriegstoten und Ermordeten (Gefallenen) weisen auf: von Arnim 62 (33), von Puttkamer 62 (18), von Bülow 47 (35), von Wedel 47 (27), von Zitzewitz 45 (14), von Kleist 38 (18), von Dewitz 37 (22), von Winterfeld 37 (18), von Bredow 29 (20), von Klitzing 27 (14), von Knobelsdorff 27 (10), von der Schulenburg 26 (12), von Schwerin 25 (15), von Kalckstein 24 (6), von Bonin 24 (16), von der Marwitz 21(5), von Tresckow 21(8), von Richthofen 19 (7), von Schlieffen 17 (13), von Werder 17 (8), von Borcke 17 (9), Finck von Finckenstein 15 (5), von Blücher 14 (12), von der Osten 14 (9), von Dohna 13 (8) und von Bismarck 13 (8).
Den Vorrang unter den Herkunftsgebieten dieser Familien nehmen Pommern, Ostpreußen und die Mark Brandenburg ein. Mehr als fünfhundert Personen des Adels sind bei der Besetzung der Provinzen sogleich in der Nähe ihrer Besitzungen ermordet, erschossen oder auf andere Art ums Leben gebracht worden. Die gesamte Führungsschicht als "Klasse" sollte dezimiert, "Preußen" an der Wurzel getroffen werden.
Dieser Direktive entsprechend ist vielerorts auch mit Schlössern und Herrensitzen verfahren worden. Am härtesten traf es West- und Ostpreußen sowie Hinterpommern.

In Ostpreußen gingen unter anderem durch Brandlegung zugrunde die Schlösser Finckenstein, Schlobitten, Gallingen, Prassen, Wicken, Dönhoffstädt, Groß-Wohnsdorff, Auer, Waldburg und Friedrichstein, sämtlich mit unersetzbaren Kunst- und Handschriftensammlungen sowie Bibliotheken.
In Schlesien wurden die Schlösser Trachenberg, Freiburg, Kamenz, Liegnitz, Muskau, Neukirch, Ohlau und Pilgramsdorf eingeäschert.
In Brandenburg brannten aus oder wurden abgetragen unter anderem das Brühl-Schloß in Pförten, Friedensdorf und Wolfshagen, in Pommern unter anderem Stargordt und Versin, das von zurückweichenden Truppen gesprengt wurde.
Die Liste ließe sich verlängern. Das durch Bomben beschädigte Schloß in Königsberg verfiel später dem Abbruch. Die Zerstörungen in Städten und Dörfern, auch durch Brandlegung, sind nicht annähernd zu umschreiben. Dazu kam die Verwüstung der Industrie durch sofort einsetzende Ausschlachtungen und Demontagen. In wenigen Wochen brannten nach Bombenangriffen die Innenstädte von Königsberg, Breslau, Berlin, Stettin und Magdeburg aus; Küstrin, Kolberg und Glogau, noch einmal erbittert verteidigte alte Festungsorte, gingen großenteils in Erdkämpfen zugrunde.
Die Stätten der preußischen Geschichte schienen nicht mehr zu existieren. Die Reste des Staates glühten gleichsam aus. Das Finale hätte nicht schreckensreicher ausfallen können. Eine Kulturarbeit von Jahrhunderten schien großenteils aufgegeben und eingeebnet. Was in allen Kriegen des 18. und 19. Jahrhunderts vermieden werden konnte, trat ein: Rußland konnte sich, mit Hilfe der Deutschen, Österreicher, Franzosen und Engländer bis an die Elbe, bis in die Zentralräume Europas vorschieben. Preußens Auflösung hatte ihm den Weg bereitet.

Okkupation und Preußenhaß

Die Zertrümmerung der alten Formen, die Bismarck als eine seiner Aufgaben bezeichnet und die er begonnen hatte, ist von den nachfolgenden Mächten so gründlich weitergetrieben worden, daß es heute vielen schwer fällt, die Welt des alten Preußen zu verstehen. In den vier Besatzungszonen und in den Annektionsgebieten der am Sieg beteiligten Mächte war "Preußen" unerwünscht.
Seine Fragmente gehörten zur Kriegsbeute, waren zur Deportation oder Ausplünderung freigegeben. Das Verhalten Preußens, seiner Verbündeten und seiner Gegner nach gewonnenen Kriegen im 18. oder 19. Jahrhundert zeichnete sich durch zivilisiertere Formen aus.
Im Sommer 1945 lebte das Bild eines immer noch nicht ausgelöschten Preußen in diplomatischen Denkschriften und Meinungstraktaten bei denen wieder auf, die aus dem besetzten Reich Teile herauslösen wollten, jene Randstaaten Deutschlands eingeschlossen, die die Kriegsmaschinerie Hitlers mehr beliefert als gestört hatten.
"Preußen" galt allenthalben als eine Art Signalwort für deutschen "Militarismus", derweilen auf alten Kasernenhöfen in Ost und West schon wieder die Bereitschaft zu Wehrbeiträgen getestet wurde. "Preußen" schließlich auch als Reizwort für Großgrundbesitz, um mit der Zerstörung agrarwirtschaftlicher Strukturen in Mittel- und Ostdeutschland die Sozialisierung auf dem Lande voranzutreiben.
Neben den zynischen, im Auftrage von Regierungen und Parteien handelnden Propagandisten standen jene ratlos Gewordenen, Enttäuschten und mit Recht Verbitterten, für die der negative Begriff eine Art Entlastung bedeutete, weil er geeignet zu sein schien, die "Schuld" auf andere abzuwälzen. Sie gehörten zu den letzten Opfern der Hitlerschen Propaganda. Daß der Nationalsozialismus preußische Leitvokabeln lediglich aufgegriffen und ausgeschlachtet hatte, daß beides von der Wurzel und Entwicklung her nichts gemeinsam hatte, war in den ersten Nachkriegsjahren öffentlich kaum vertretbar.
Der Preußenhaß hat nach 1945 in den Besatzungszonen Deutschlands die absonderlichsten Blüten getrieben, von serienweise ausgetauschten Straßen-, Schul- und Ortsnamen bis hin zur

Sprengung der Schlösser in Berlin (1951) und Potsdam und der Potsdamer Garnisonkirche (1968).
In Potsdam hat die Denkmalsstürmerei nach 1945 besonders absurde Züge angenommen. 1947 wurde eine Veranstaltung von Übereifrigen in Szene gesetzt, bei der ein alter Sarg mit der Aufschrift "Geist von Potsdam" auf der Havel versenkt werden sollte. Obwohl Schüsse abgegeben wurden, wollte die Kiste nicht absacken. Man hatte einige physikalische Gesetze nicht beachtet. Das Experiment wurde nicht wiederholt.

Preußen vor dem Kontrollrat

Vor diesem Hintergrund gewinnt der verspätete Berliner Kontrollratsbeschluß der Alliierten von 1947 seine Dimensionen. Eines besonderen Beschlusses über die Auflösung des preußischen Staates hätte es nicht bedurft, da er nicht mehr existent war und teilweise bereits neue Verwaltungseinheiten an die Stelle der alten getreten waren. Aber das sowjetische Rußland, Preußens einstiger Seniorpartner, wünschte den letzten Hammerschlag gegen Preußen zu führen. Frankreich, … England … und die Vereinigten Staaten beteiligten sich interessiert, arglos oder gleichgültig.
Das Interesse der Sowjetunion an solchen Festschreibungen war verständlich, da diese mit ihrer Klientel als eigentlicher Gewinner im östlichen Mitteleuropa eine territoriale Basis errichtet hatte. So war es in erster Linie ein Akt sowjetrussischer Besitzstandssicherungspolitik, aber auch ein Vorgang, der bestimmten Strömungen und Hoffnungen in Frankreich und in Polen entgegenkam. England hatte lange gezögert; noch in Jalta (5. Februar 1945) und in Potsdam (21. Juli 1945) hatte Churchill gegenüber Stalin Bedenken angemeldet, die die Zertrümmerung der Ostflanke des deutschen Reiches betrafen.
Am 25. Februar 1947 verkündete der Kontrollrat, ironischerweise im Gebäude des Preußischen Kammergerichts in Berlin-Schöneberg tagend, in einem Dekret: "The Prussian State together with its central government and all its agencies is abolished." Der Beschluß ist durch deutsche Parlamente nicht bestätigt worden. Zur Begründung führten die Kontrollratsmächte an, Preußen sei ein Herd des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ("a bearer of militarism and reaction in Germany").
Man hätte sich eine etwas intelligentere Begründung einfallen lassen können. An den in der zivilisierten Welt zwischen 1701 und 1933 geführten Kriegen sind Frankreich mit achtundzwanzig Prozent, Großbritannien mit dreiundzwanzig Prozent, Rußland-Sowjetunion mit einundzwanzig Prozent und Preußen-Deutschland mit lediglich acht Prozent beteiligt gewesen.

Konferenz von Jalta

Es bleibt festzuhalten, daß das Preußen-Dekret des Kontrollrats kein Gegenstück für das Reich gefunden hat. Viel Ehre für den längst am Boden liegenden Preußen-Adler, daß vier Großmächte nach einem Wege von "Versailles" über "Moskau" nach "Jalta" einige Schwanzfedern des edlen Greifvogels Post mortem an das Gerüst dieses sonderbaren Auflösungsgesetzes nageln zu müssen meinten.

Verluste

Preußens Hinterlassenschaften erstrecken sich über weite Gebiete, gleichviel, ob es sich um materielle Kulturen, um Ideen oder um politische und militärische Konstellationen oder Verhaltensformen handelt. In Preußen haben sich neue Bewohner mehr oder minder wohnlich einrichten müssen. So wie altpreußische Burgen, Schlösser und Herrensitze zwischen Ostpreußen und der Altmark mit zum Teil seltsamen Methoden neuen Zwecken dienstbar gemacht worden sind. Deshalb ist die Frage nach den preußischen Hinterlassenschaften (Bevölkerung, Staats- und Rechtsideen, Militärtraditionen, Hauptstadt und Kultursammlungen) nicht zur Ruhe gekommen.
Ein bedeutendes Staatswesen ist nicht mit einem Kontrollrats-Dekret abzustellen. Das Gefühl eines Verlustes bewegt viele, die ihre Gedanken auf die Zukunft der Deutschen richten. Es

bewegt wohl auch jene verspäteten Nachfahren preußischer Geschlechter, die aus Weltangst und Bewegungsfurcht "Warnungen vor Preußen" aussprechen. Charles de Gaulle hat kühl die Frage aufgeworfen, was "Deutschland" ohne Preußen überhaupt sei.
Zu den Hinterlassenschaften zählte neben der Verwaltung, in der sich auf deutscher Seite preußische Formen, Einrichtungen und Rechtsgrundlagen bis heute erhalten haben, vor allem die Bevölkerung, zumal die der mittleren und östlichen Provinzen. Es ist bekannt, daß die Einwohnerschaft der Ostprovinzen mehr als jeder andere Bevölkerungsteil im Deutschen Reich unter den Folgen des Krieges und Kriegsausganges zu leiden hatte. Um 1950 lebten noch hundertvierzigtausend Ostpreußen, dreißigtausend (Hinter-) Pommern, zwanzigtausend Ostbrandenburger und achthundertvierzigtausend Schlesier in ihrer Heimat.
Die übrigen Bewohner, mehr als sieben Millionen Menschen, waren während des Krieges geflohen oder wurden nach Kriegsende durch Verschleppung in russische Arbeitslager und durch die vom Alliierten Kontrollrat gebilligten "Ausweisungen" von ihren Wohnsitzen gewaltsam verdrängt. Aus den von der Sowjetunion und Polen annektierten Provinzen sind rund vierundzwanzig Prozent der gesamten preußischen Bevölkerung (Stand 1933) vertrieben oder ausgesiedelt worden.
Da sich noch etwa dreihunderttausend ehemalige preußische Staatsbürger vor allem in Oberschlesien und Ostpreußen befinden, dürfte der tatsächliche Abwanderungsprozentsatz etwas geringer sein. Weitere sechsundzwanzig Prozent der preußischen Altbevölkerung (und deren Nachkommen) behielten 1945/46 ihre Wohnsitze in den preußischen Mittelprovinzen (Brandenburg, Berlin, West-Pommern, Sachsen, West-Niederschlesien).
Ein Teil dieser Bevölkerung (1933: 10.589.517 Einwohner) hat dann, im wesentlichen zwischen 1948 und 1961, den Wohnsitz in Richtung Westen gewechselt. Andererseits ist ein Teil der Vertriebenen in den ehemaligen Mittelprovinzen ansässig geworden. Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß mehr als drei Viertel (rd. sechsundsiebzig Prozent der "Preußen" nach 1945) in Gebieten verblieben sind, die 1932 zum Freistaat Preußen gehört haben. Der Gebietsverlust, den Preußen durch die Annexionen nach dem zweiten Weltkrieg erlitten hat, beläuft sich auf neununddreißig Prozent seines Staatsgebietes (Stand 1934).
Zur Nachlebensgeschichte Preußens gehört die Geschichte der Staatsprovinzen und des dort verbliebenen kulturellen Erbes durch die Nachfolgestaaten. In Polen, wo man unter den Belastungen des ersten Nachkriegsjahrzehnts Jahrhunderte der preußischen und deutschen Geschichte der Ostprovinzen für nicht existent erklärt oder dämonisiert hatte, wandte man sich dennoch stärker den historischen Realitäten zu, auch wenn noch Teilen der Bevölkerung, zumal jüngeren Generationen, unklar bleibt, auf welchem vielschichtigen Geschichtsboden sie leben.<<
Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtet später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Es gibt ... in den heutigen deutschen Staaten noch viele Ex-Preußen – nicht nur Heimatvertriebene -, die manches für ihren einstigen Staat Charakteristische schmerzlich vermissen: In der Bundesrepublik die strenge preußische Ordnung und Redlichkeit, in der DDR die trockene preußische Liberalität und Gedankenfreiheit.
Wir ... (können) heute ... die Einzigartigkeit dieses untergegangenen Staates klarer erkennen, als es zu seinen Lebzeiten möglich war; und wir können seine Geschichte ... von den Legenden befreien, die sie entstellten:
Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.
Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...
Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Der deutsche Diplomat und Schriftsteller Carl-Hermann Mueller-Graaf (1903-1963) schreibt später in seinem Buch "Irrweg und Umkehr" über den preußischen Staat (x056/33): >>"Altpreußisch", das bedeutete einfach, bescheiden, schlicht, gewissenhaft, treu, fleißig, bedürfnislos und hart gegen sich selbst zu sein.

"Altpreußisch", das sind jene sittlichen Kräfte, aus denen heraus vom "Großen Kurfürsten" bis auf den Vater Friedrichs, den "Soldatenkönig", die Hohenzollern aus der namenlosen Enge und Armut ... ein blühendes Land zu machen wußten ...

Doch meinen die Preußenhasser, wenn sie vom Geist Preußens sprechen, wohl vor allem einen Geist der Eroberung, der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts ... wie er sich vor allem in der Gestalt Friedrichs verkörpern soll. Sie sind der Überzeugung, daß dieser Mann als der erste "Kriegsverbrecher" des Zweiten Weltkrieges anzusehen sei. Allzuoft hat man schließlich aus deutschem Munde etwas von der Linie gehört, die von Friedrich über Bismarck zu Hitler führen soll ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>**Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte**

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen

Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.
Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.
Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.
Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.
Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.
Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.
Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.
Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkauft.
1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.
Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerisse-

ne Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fasson selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein".

Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das

Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.
Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.
Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.
Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 10. Februar 2007) (x887/...): >>**Wie der preußische Staat endete**
Vor 60 Jahren löste der Alliierte Kontrollrat den "Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland" auf
Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:
Artikel I. Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.
Artikel II. Die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren und die gegenwärtig der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen, sollen die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden.
Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderen Anordnung, welche die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung festsetzen sollte.
Artikel III. Staats- und Verwaltungsfunktionen sowie Vermögen und Verbindlichkeiten des früheren Staates Preußen sollen auf die beteiligten Länder übertragen werden, vorbehaltlich etwaiger Abkommen, die sich als notwendig herausstellen sollten und von der Alliierten Kontrollbehörde getroffen werden.
Artikel IV. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft."
Es besteht ein breiter Konsens, daß dieses vor 60 Jahren erlassene Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates weniger ein Todesurteil, denn ein Totenschein des preußischen Staates war. Wenn jedoch der preußische Staat vorher schon zu existieren aufgehört hatte, stellt sich natürlich die Frage, wann. Hierauf gibt es eine Fülle von Antworten. Zweifellos ist im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 das alte Preußen untergegangen. Danach war Preußen jedoch in den

Befreiungskriegen eine Wiedergeburt vergönnt.
Entsprechend der herrschenden Lehre war der 1815 auf dem Wiener Kongreß als Nachfolger des Heiligen Römischen Reiches gegründete Deutsche Bund ein Staatenbund, das 1871 gegründete Deutsche Reich hingegen ein Bundesstaat. Den Norddeutschen Bund lassen wir einmal als Interimslösung außen vor. Folgt man dieser Lehrmeinung, dann verlor Preußen formaljuristisch mit der Reichsgründung seine Souveränität. Hans-Joachim Schoeps läßt deshalb die Zeit nach der Kaiserproklamation nur noch als "Nachgeschichte Preußens" gelten.
Nun läßt sich lange darüber diskutieren, ob in der Folgezeit eher Deutschland prussifiziert oder Preußen germanisiert wurde, ob es eher zu einer Verpreußung Deutschlands oder zu einem Aufgehen Preußens in Deutschland gekommen ist. War das Kaiserreich eher ein Großpreußen oder ein kleindeutscher Nationalstaat?
Die Wahrheit liegt sicherlich irgendwo zwischen diesen Polen. Mit Sicherheit läßt sich jedoch feststellen, daß der Bundesstaat Preußen im Reich kein Gleicher unter Gleichen war. So stellte Preußen mit seinem König den höchsten Repräsentanten des Reiches, den Kaiser, der nicht ohne Macht war. Und auch schon rein äußerlich-optisch war die bevorzugte Stellung Preußens deutlich.
Der Reichsadler trug einen Brustschild, und der zeigte das Wappen Preußens. Zur Schwierigkeit der Standortbestimmung des Reiches zwischen den Polen Großpreußen und kleindeutscher Nationalstaat trug auch bei, daß sich der Führungskreis um den König und Kaiser Wilhelm I. noch nicht einmal selber einig war, was dieses Reich denn nun eigentlich sein sollte. Weiter erschwert wird die Verortung dadurch, daß das Kaiserreich in den Jahrzehnten seiner Existenz eine Entwicklung durchgemacht hat.
Man denke nur an die Kaiser. Schon von ihrem Selbstverständnis her war Wilhelm I. im Vergleich zu seinem gleichnamigen Enkel zweifelsohne eher Preuße, während Wilhelm II. im Vergleich zu seinem Großvater ebenso zweifelsfrei eher Deutscher war.
Manche machen denn auch an der Ära des letzten Kaisers und Königs, am Wilhelminismus Preußens Ende fest. Zweifelsohne glänzte das wilhelminische Preußen und Deutschland nicht gerade durch preußische Bescheidenheit und Sparsamkeit. Nun gehört es allerdings auch zur ganzen Wahrheit, daß ein Armer eher bescheiden und sparsam leben kann als ein Reicher. Preußens Bescheidenheit und Sparsamkeit war ja nicht aus Jux und Tollerei frei gewählt, sondern aus der Not geboren.
Die sprichwörtliche märkische Streusandbüchse war mit Bodenschätzen nicht reich gesegnet, und wenn man dann wie der Große Kurfürst und in seiner Tradition der Soldatenkönig aus den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges die Lehre zieht, daß ein großes stehendes Heer hermüsse, bleibt zu Bescheidenheit und Sparsamkeit kaum eine vernünftige Alternative. Im Gegensatz dazu hatte das wilhelminische Preußen wie Kaiser Wilhelms gesamtes Reich eine blühende Wirtschaft, wie Ehrhardt Bödecker völlig zu Recht und löblicherweise nicht müde wird, den Bundesbürgern vor Augen zu führen.
Dieser Blüte bereitete der Erste Weltkrieg ein jähes Ende, und böse Zungen behaupten, daß gerade dieses auch sein Zweck gewesen sei. Mit dem Wohlstand verloren die Preußen auch ihren König. Monarchistisch Gesinnte mögen nun dazu neigen, deshalb das Ende des preußischen Staates mit 1918 zu datieren. Mir dünkt das zu brandenburgzentrisch gedacht. Dafür scheinen zu viele Wurzeln der preußischen Ideale in den - nicht-monarchischen - Staat der Deutschen Ordensritter zu reichen.
Doch muß man nicht Anhänger der Monarchie sein, um das Ende des preußischen Staates am Ende des König- und des Kaiserreiches festzumachen, denn mit der Novemberrevolution verlor Preußen nicht nur seinen Monarchen, sondern auch seine durch die Verfassung verbriefte herausgehobene Rolle im Reich. Preußen stellte nicht mehr automatisch das Staatsoberhaupt des Reiches - und sein Schild zierte auch nicht mehr die Brust des Reichsadlers. Zumindest

verfassungsrechtlich war es im Deutschen Reich nun Gleicher unter Gleichen.
Für viele eher linksgerichtete Beobachter endet der preußische Staat 1918 jedoch trotzdem nicht, sondern vielmehr fängt in ihren Augen die beste Phase der preußischen Geschichte jetzt erst an - die Ära des sogenannten roten Preußen. Vom "roten" Preußen spricht man, weil nach der Umwandlung des Königreiches in einen Freistaat in Preußen fast ausnahmslos die Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten als Regierungschefs regierte.
Das "rote Preußen" endete mit dem sogenannten Preußenschlag, als per Reichsexekution der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun vom Deutschen Reich durch den nichtsozialdemokratischen Reichskommissar Franz von Papen ersetzt wurde. Vor allem Anhänger und Freunde des "roten Preußen" vertreten gerne die Ansicht, daß der ihnen verhaßte "Preußenschlag" mit dem "roten Preußen" auch gleich Preußen beendet habe. Sie entrüsten sich, daß die Reichsexekution ein verfassungswidriger Staatsstreich gewesen sei, der zum Ende des Staates geführt habe, loben aber die Novemberrevolution, die kaum weniger verfassungswidrig war.
Dabei könnte man den Spieß umdrehen und den beklagten Kontinuitätsbruch von 1932 als Versuch interpretieren, den Kontinuitätsbruch von 1918 zu revidieren. So beschreibt der renommierte Historiker Horst Möller die Reichsexekution als "einen Versuch der politischen und gesellschaftlichen Restauration der 1918/19 revolutionierten Strukturen und ihrer politischen Führungsschicht".
Nun ließe sich seitens der Anhänger von Novemberrevolution und "rotem Preußen" argumentieren, daß die Revolution von innen kam und die Reichsexekution von außen, nämlich vom Reich. Das wäre aber spitzfindig, denn Preußen war das mit Abstand größte Land des Reiches und der Reichskommissar Franz von Papen sowie der Reichspräsident Paul von Hindenburg, mit dessen Amtsautorität die Reichsexekution durchgeführt wurde, waren nicht weniger Preußen als der abgelöste Ministerpräsident Otto Braun. Und wenn wir schon bei Spitzfindigkeiten sind: Der Reichskommissar war nur eine Interimslösung. Schon 1933 bekamen die Preußen wieder einen eigenen Ministerpräsidenten - Hermann Göring.
Wie die Novemberrevolution von 1918 brachte auch die "nationale Revolution" von 1933 eine Stärkung der Zentralgewalt im Deutschen Reich auf Kosten der Bundesstaaten beziehungsweise Reichsländer. Und so bietet denn die NS-Zeit diverse Daten, an denen man einen Verlust an Staatlichkeit festmachen kann. Genannt sei hier das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches von 1934 oder das Reichsstatthaltergesetz von 1935.
Ganz anders wird hinsichtlich des 20. Juli 1944 argumentiert. Vor allem im eher konservativen Lager wird Preußens Ende gerne an der blutigen Rache des NS-Regimes nach dem mißglückten Hitler-Attentat festgemacht, dem in überdurchschnittlichem Maße Angehörige der traditionellen preußischen Oberschicht angehörten.
Immerhin waren laut dem Internet-Lexikon "Wikipedia" von insgesamt 200 später wegen der Erhebung Hingerichteten einer Generalfeldmarschall, 19 Generäle, 26 Obersten, zwei Botschafter, sieben weitere Diplomaten, einer Minister, drei Staatssekretäre, einer der Chef der Reichskriminalpolizei sowie mehrere Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten. Mehr als zwei Drittel derjenigen, die am 20. Juli 1944 in der einen oder anderen Form mitwirkten, sind einer Schätzung Gerd Heinrichs zufolge dem preußischen Milieu im Reich zuzurechnen.
Stalin begnügte sich nicht mit Hunderten, sondern hat alleine beim Massaker von Katyn Tausende von Polen umbringen lassen, und auch hier gehörten viele der Funktionselite an. Polen hat einen Aderlaß von Tausenden Angehörigen der staatstragenden Elite überlebt, sollte da die Tötung von 200 das Ende Preußens bedeutet haben?
Schwerwiegender war da die Eroberung und Besetzung durch die Alliierten. Erstmals seit dem Vierten Koalitionskrieg in der napoleonischen Zeit war Preußen erobert und besetzt. Wie

die Alliierten hatte auch schon Napoleon Preußen auflösen wollen. Damals hatte allerdings Rußland dieses verhindert.
Eine solche Großmacht, die sich für Preußen stark machte, fehlte jedoch jetzt. Schon vor der offiziellen Auflösung Preußens, also der Erlegung des Bären, wurde sein Fell verteilt. Die Sowjetunion teilte den Osten Preußens zwischen sich und Polen auf, und die Westalliierten gründeten auf dem Boden des westlichen Teils Preußens neue Länder.
Stalin machte jedoch etwas, daß noch nicht einmal Napoleon in Erwägung gezogen hatte. Er vertrieb das Staatsvolk vom territorialen Kern und Namensgeber Preußens.
Am 25. Februar 1947 wurde der preußische Staat dann durch General Pierre Koenig für Frankreich, Marschall Wassiliy D. Sokolowski für die Sowjetunion, Generalleutnant Lucius D. Clay für die USA und Generalleutnant Sir Brian Robertson für Großbritannien mit ihrer Unterschrift unter das Kontrollratsgesetz Nr. 46 auch formell aufgelöst. Eine zeitgleiche Reeducation (Umerziehung) hatte begleitend dafür Sorge zu tragen, daß anders als nach dem Frieden von Tilsit erst gar nicht der Wunsch nach einer Renaissance Preußens aufkommt.<<

27.02.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

01.03.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (9/1947) berichtet am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>**Stacheldrahtbörse - PG.s müssen noch bleiben**
Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.
"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.
Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.
Die von Frankreich selbst eingebrachten PG.s ("prisoniers de guerre") müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten (sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle) und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".
Wie "New York Herald Tribune" mitteilt, ist der 1. Juli der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre

eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

04.03.1947

SBZ: 2 Berliner Studenten (CDU-Mitglieder) werden am 4. März 1947 wegen Waffenbesitz zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57): >>4. März 1947. Täglich geht im Lager ein großer Stapel Post ein - Anfragen nach vermißten Soldaten ... oder nach vermißten Angehörigen, die vielleicht Friedland passiert haben.

Auch über den Fernsprecher versuchen jeden Tag Hunderte von Menschen aus kleinen Dörfern und großen Städten etwas über den vermißten Vater oder den noch nicht heimgekehrten Bruder zu erfahren. Alle diese Anfragen sollen bearbeitet werden. Für das Personal eine schwierige, kurzfristig kaum lösbare Aufgabe.

Es ist jetzt angeordnet worden, daß jeder durch das Lager kommende Kriegsgefangene eingehend über das Schicksal seiner Kameraden befragt wird. Diese Auswertungen sollen an das Zentralnachforschungsbüro in Hamburg weitergegeben werden.

Bis heute gingen 68.812 Kriegsgefangene durch Friedland. Viele werden noch erwartet. Die Schätzungen darüber sind jedoch sehr unterschiedlich. Genaue Unterlagen über alle ehemaligen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft fehlen.<<

09.03.1947

SBZ: Der SED-Politiker Otto Grotewohl erklärt am 9. März 1947 während einer KPD-Versammlung in Frankfurt (x039/230): >>Die SED billige die Grenzziehung im Osten ebenso wenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde.<<

12.03.1947

USA: US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

Truman erklärt am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwanden mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finan-

zieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...
Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:
"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".
Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...
Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."
Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.
Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drole de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

18.03.1947

USA: Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist ist, veröffentlicht am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.
Der Hoover-Bericht fordert in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<
>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...
Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<
>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<

>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...
Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...
Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."
Der Bericht zerpflückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" (Level of German Economy Plan) vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".
Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument. Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach dem Level of German Economy Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!
Die Liste der "Verbotenen Industrien" ("um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen") war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsuperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!
"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<

20.03.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?
Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind geweht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.
Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.
Fiel bei den Worten Molotows:
"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".
Setzt Halbmast über Deutschland!
O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57-58): >>20. März 1947. Vom Evangelischen Hilfswerk wurde eine Auffangstelle für männliche Jugendliche im Lager eingerichtet. Das war notwendig, da diese jun-

gen Menschen, alle ohne Eltern, ohne Heimat, ohne festen Wohnsitz, langsam aber sicher zu Verbrechern werden. Zu Asozialen - zu Opfern der Zeitverhältnisse. ...
Alle hatten Verbindungen zu Schwarzhändlern, lebten von der Hand in den Mund, schliefen auf Bahnhöfen und in Obdachlosenasylen, scheuten jede Arbeit, ließen sich von der Polizei einfangen - und kniffen irgendwann, irgendwo auch wieder aus. ...
Einige dieser Jungen, die nun in Friedland festgehalten werden, hatten bis zu 4 Ausweise bei sich, die alle auf verschiedene Namen lauteten und in deutscher und englischer Sprache ausgestellt waren. Sie sitzen verstockt, manchmal scheu, meistens frech und anmaßend in der Baracke, erzählen sich gegenseitig prahlerisch ihre Abenteuer, geben sich Tips, wie man die Behörden und andere Stellen betrügen kann und sind sehr von sich überzeugt.
... Sie sind das Produkt unserer Gesellschaft, unserer sozialen Ordnung, vor allem aber der politischen Vergangenheit, des totalen Zusammenbruchs eines Systems ...<<
UdSSR: Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichen die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<
Während der Moskauer Außenministerkonferenz unterbreitet der sowjetische Außenminister Molotow am 20. März 1947 folgende Vorschläge (x111/295):
>>1) Sofortige Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr, Nachrichtenwesen und Außenhandel.
2) Baldige Erhöhung der Stahlerzeugung auf 10-12 Millionen t.
3) Unterstellung des Ruhrgebietes unter die vereinigte Kontrolle der vier Großmächte.
4) Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, um a) die Währungslage zu verbessern und Währungsspekulationen zu verhindern; b) den deutschen Export zu steigern; c) die Kontrolle über Kartelle und Trusts in Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Parteien auf den Staat zu überführen.
5) Aufhebung des britisch-amerikanischen Zonenzusammenschlusses.
6) Reparationszahlungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar auf Grundlage der Weltpreise des Jahres 1938 an die Sowjetunion, die aus dieser Summe die Ansprüche Polens befriedigt.
7) Die Reparationen sollen in der Demontage industrieller Einrichtungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und aus Auslandsguthaben bestehen.
8) Die deutschen Reparationsleistungen müssen innerhalb von 20 Jahren nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens erfüllt werden.
9) Von den vier Großmächten wird eine interalliierte Reparationskommission gebildet.
10) Die Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie zum Nutzen Deutschlands und anderer Länder soll keiner Beschränkung unterliegen.<<

21.03.1947

WBZ: Der ehemalige SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, leitete 1943 die Liquidierung des Warschauer Gettos, "Henker von Warschau") wird am 21. März 1947 durch ein US-Militärgericht in Dachau wegen Erschießung gefangener alliierter Piloten zum Tod verurteilt und anschließend an Polen ausgeliefert (x051/567).
Der deutsche Historiker Manfred Hellmann (1912-1992) schreibt am 21. März 1947 in der "Göttinger Universitäts-Zeitung" über Mitteldeutschland (x111/296): >>... Vergessen Sie nie, daß wir hier kein "Osten" sind, daß z.B. Thüringen vor noch nicht allzu langer Zeit das "grüne Herz Deutschlands" genannt wurde.<<

22.03.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (12/1947) berichtet am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Millionen im Schatten**

TASS: 890.532 Kriegsgefangene

Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.

Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.

Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.

Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte.

Der größte Teil der Entlassungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft fällt in die Zeit von Kriegsende bis Sommer 1946. Nach der Kapitulation hatten die Russen in Deutschland, Ostpreußen und im Baltikum große Gefangenenlager errichtet. Nach anfänglichen Entlassungen wurden die Lager aufgelöst und die Insassen nach dem Osten abtransportiert.

Seit dem Sommer letzten Jahres wurden Entlassungen nur noch als "Heimkehrer-Transporte" über Frankfurt/Oder durchgeführt. Jeder in Frankfurt einlaufende Zug wurde mit östlichem Propaganda-Aufwand bewillkommnet. Aber trotz organisierter Heimkehr sanken die Entlassungsziffern beträchtlich herab. Am 24. Februar meldete der russisch lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst als Gesamtergebnis der planmäßigen Aktion 163.533 rückgeführte Kriegsgefangene und 18.429 Zivilinternierte.

Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmachtsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30.976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen in den USA, 1.175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13.825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1.000 nach Deutschland zurückgeführt.

In der amerikanischen Zone stehen 15.873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8.879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen Zone entlassen werden.

Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435.295. Davon werden monatlich 17.500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20.000 und später weiterhin erhöht werden.

Die Franzosen halten noch 631.483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593.276 in Frankreich, 19.601 in Nordafrika und 18.606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20.000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50.000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.

Von den in Belgien festgehaltenen Kriegsgefangenen sind etwa 40.000 als Bergarbeiter eingesetzt. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, jeden Gefangenen, der hundert Tage im Bergwerk arbeitet und 80 Prozent der Leistung eines belgischen Bergarbeiters fördert, zu entlassen.
Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30.000 deutsche Gefangene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14.600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes.
Nach dem Bericht erhält jeder Gefangene morgens gesüßten Kaffee und 600 g Brot, mittags 1 Liter dicke Suppe und abends ebenfalls 1 Liter Suppe. Schwerarbeiter bekommen zusätzliche Ernährung, der Kalorienwert für die arbeitenden Gefangenen soll täglich 2.800 Kalorien betragen. Um 5 Uhr morgens wird geweckt, von 7 bis 17.30 Uhr gearbeitet, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause. Im Lager wird bis 21 Uhr weitergearbeitet.
Die Zahl der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ist gänzlich ungewiß. Über ihre Lage berichtete einer der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der im Januar den großen Liebesgabentransport für die Kriegsgefangenen nach Jugoslawien mit begleitete. Die Vertreter des Roten Kreuzes brachten den Zug bis an die jugoslawische Grenze und unterhielten sich nach der Unterzeichnung des Übergabeprotokolls mit vier Vertretern der deutschen Kriegsgefangenen. Die vier Gefangenen wußten zu berichten, daß die Verpflegung von 2.500 Kalorien für die in Arbeit stehenden Gefangenen und 3.300 Kalorien für Kranke im allgemeinen eingehalten würden. Die Verpflegung sei ausreichend.<<
UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).
24.03.1947
SBZ: Das sowjetische Internierungslager Torgau wird am 24. März 1947 aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert.
Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).
26.03.1947
WBZ: Die US-Militärregierung gibt am 26. März 1947 offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).
27.03.1947
WBZ: Der EKD-Rat bittet am 27. März 1947 um Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und um Rückgabe der besetzten Gebiete (x111/297): >>Unser Volk wird sonst in der Enge seines Landes ersticken und sterben müssen. ...<<
28.03.1947
SBZ: In der sowjetischen Zone beginnen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den Uranbergbau.
Berlin: Albert Speer (zu 20jähriger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er als "NS-Reichsminister für Bewaffnung und Munition" Zwangsarbeiter einsetzen ließ) schreibt am 28. März 1947 in seinem Tagebuch (x028/217): >>Die Deportation von Arbeitskräften ist ohne Zweifel ein internationales Vergehen. Ich lehne das Urteil nicht ab, weil andere Nationen das gleiche tun. ...<<
WBZ: Im Ruhrgebiet finden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.
30.03.1947
Berlin: Während einer Konferenz des FDGB in Berlin werden am 30. März 1947 folgende

Forderungen gestellt (x111/298): >>1. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großbanken.
2. Die Durchführung einer demokratischen Bodenreform.
3. Die Sicherung einer entscheidenden Stimme für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Industrie.<<

31.03.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 31. März bis zum 27. April 1947 täglich nur 1.552 Kalorien zugeteilt.

Die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung protestiert am 31. März 1947 gegen die schlechten Lebensverhältnisse (x117/36): >>Die Besatzungsmächte sind keinesfalls von Schuld an den traurigen Verhältnissen freizusprechen. Die oberste Kontrolle über die Heranschaffung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel liegt in ihrer Hand. ...
Wir protestieren gegen zahllose Hemmungen und Einschränkungen, die sich aus der gegenwärtigen Macht- und Zuständigkeitsverteilung ergeben, und fordern ihre sofortige Beseitigung ...<<

März 1947

Frankreich: Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen ist, vereinbaren Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt.
Dieser Pakt verpflichtet die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).

01.04.1947

WBZ: Die Zeitschrift "Der Ruf" wird am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... Der Hunger grassiert in Westdeutschland. Schwerarbeiter verloren im Laufe eines Monats 3,64 kg Körpergewicht. Die offene Tuberkulose greift immer mehr um sich. Menschen fallen vor Hunger auf der Straße um, alte Leute kommen, wenn ein Bett frei sein sollte, in die Krankenhäuser und sterben, sterben, sterben. Nicht an Altersschwäche, sondern an Hunger.
Die Gefahr ist groß, daß sich junge Menschen in solch einer Situation dazu verleiten lassen, lieber bei Schiebergeschäften mitzumachen, als bei ordentlicher, schlechtbezahlter Arbeit zu darben.
1. April 1947. Es kommen immer wieder ehemalige Soldaten im Lager an. Heimkehrer aus Frankreich, England, Jugoslawien und Rußland. Sie alle müssen durch das Lager, um ihren Entlassungsschein in Empfang zu nehmen, ohne den sie nicht wieder richtige Zivilisten werden. ...
Über viele ehemalige Soldaten, die möglicherweise in russische Gefangenschaft geraten sein könnten, herrscht noch völlige Unklarheit. Viele Heimkehrer berichten von hohen Sterbeziffern, besonders während der Kriegshandlungen, da diese es kaum ermöglichten, geordnete Lager anzulegen. ...<<

05.04.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 5. April 1947 in ihrem Tagebuch über die ergebnislose Moskauer Außenministerkonferenz (x111/304): >>Nichts! Und abermals nichts.
Weder den Frieden noch die Revidierung der Ostgrenze, weder die Aufhebung der Zonenschranken noch eine gemeinsame Währungsregelung.
Offenbar haben sie sich dort nur zusammengesetzt, um der Welt vorzuführen, wie man am kunstfertigsten aneinander vorbeireden kann. ...<<

08.04.1947

WBZ: Der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) fordert am 8. April 1947 die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.

Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.

Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<

09.04.1947

WBZ: Der US-Generalstab berichtet am 9. April 1947 in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.

Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz bestätigt der sowjetische Außenminister Molotow am 9. April 1947 die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens (x111/305).

10.04.1947

UdSSR: Der französische Außenminister Bidault fordert am 10. April 1947 während der Moskauer Konferenz nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).

11.04.1947

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 11. April 1947 wieder die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/306).

15.04.1947

WBZ: Die Zeitschrift "Der Ruf" veröffentlicht am 15. April 1947 das "Bekenntnis eines jungen Deutschen – Jahrgang 1916" (x299/139): >>Ich liebe mein Volk mehr denn je jetzt in der Stunde der Not. Ich liebe es mit allen seinen Schwächen und Größen.

Seine Männer, Frauen und Kinder habe ich im Grauen der Bombennächte und Schlachten, in Hunger, Elend und Wehrlosigkeit als Helden leiden und kämpfen sehen.

Andere des gleichen Volkes habe ich als Größenwahnsinnige, Rohlinge, Charakterlose und Dummköpfe kennengelernt.

Ich weiß viel von meinem Volk. Es ist nicht schlechter und nicht besser als andere Völker. Es hat die dunkelsten Stunden seiner Geschichte hinter sich gebracht, die der Despotie und Grausamkeit. ...

Ich bekenne mich zur Sühne, die ich mit meinem Volk für unser alle Schuld tragen will. ...

Ich halte den Nationalismus für die gefährlichste Kraft jener überlebten Vergangenheit. ...

Ich bin ein scharfer Gegner des Krieges. ...

Ich erstrebe ... die Demokratie. ...

Wichtigste Neuerung muß ... sein, die Zivilcourage zur ersten Tugend zu erheben, eine Tugend die dem Deutschen, dessen gehorsame Tapferkeit als Soldat in der Welt berühmt ist, am meisten fehlt.

Ich glaube mit meinem Herzen und meinem Verstand an die Größe und Wahrheit des humanitären Gedankens. Ich habe soviel Schlechtes und Schreckliches gesehen, daß ich weiß, daß die

Menschheit an einem Scheideweg steht. ...<<

16.04.1947

Polen: Rudolf Hoeß (1900 in Baden geboren) wird am 16. April 1947 im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz gehängt.

Hoeß (bereits 1923 wegen Mordes vorbestraft) war von 1940-43 Lagerkommandant des Vernichtungslagers Auschwitz.

18.04.1947

WBZ: Die Briten sprengen am 18. April 1947 rund 6.000 t Munition, um die Insel Helgoland vollständig zu zerstören (x111/307).

19.04.1947

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisiert am 19. April 1947 in einem Leitartikel die "historische Ausstellung" der Polen, in der man die polnischen Westgebiete als "urpolnische Gebiete" darstellt (x028/187): >>Die Ausstellung über Polens Westgrenze, die in der Abteilung für slawische Studien stattfindet und von einem Mitglied des Abteilungsvorstands eröffnet wurde, gehört zu einem offiziellen polnischen Unterfangen, die schlichte Tatsache zu leugnen, daß die Oder-Neiße-Linie Polen nur als Entschädigung für die sowjetischen Annexionen der östlichen Provinzen eingeräumt wurde, und um völlig unhaltbare ethnische Behauptungen durchzupauken. ...<<

21.04.1947

WBZ: Die Besatzungsmächte unterzeichnen am 21. April 1947 ein Abkommen über die deutsche Kohlenproduktion (x111/308): >>... Sobald die deutsche Produktion 280.000 t täglich erreicht, werden 21 % davon für den Export verwendet.

Frankreich ist eines der Länder, das von vornherein Anspruch auf einen Teil der deutschen Ausfuhren hat.<<

22.04.1947

WBZ: Die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe der bayerischen Kirchenprovinzen rufen am 22. April 1947 zur Bewahrung der "gottgegebenen Menschenrechte" auf (x026/83-84): >>... Haltet die natürlichen und göttlichen Rechte der Menschen heilig, denn ohne sie seid ihr alle rechtlos, alle jenen ausgeliefert, welche die Macht haben, ihren Willen durchzusetzen, ganz gleich ob er dem Willen Gottes entspricht und mit der Menschenwürde in Einklang zu bringen ist oder nicht! ...

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen.

Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderbewegungen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher eine anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln.

Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen."<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über diesen Aufruf der bayerischen Bischöfe vom 22. April 1947 "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen" (x853/...): >>... "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas

haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:
"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.
Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.
Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen." ...<<

24.04.1947

UdSSR: Die Moskauer Viererkonferenz (10.03.-24.04.1947) scheitert am 24. April 1947, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollen (x009/405-406).
Im Abschlußkommuniqué der Moskauer Außenministerkonferenz wird am 24. April 1947 festgestellt, daß in den USA noch 30.976 deutsche Kriegsgefangene, in Großbritannien 430.000, in Frankreich 631.483 und in der Sowjetunion 890.532 interniert sind. Alle Kriegsgefangenen sollen bis spätestens 31. Dezember 1948 entlassen werden (x111/309).
Belgien: Die Interalliierte Reparationskonferenz legt am 24. April 1947 in Brüssel die jeweiligen Länderanteile an den westdeutschen Reparationslieferungen fest (x111/309-310):
>>Albanien = 0,4 %,
Belgien = 3,6 %,
Tschechoslowakei = 3,65 %,
Frankreich = 19,4 %,
Indien = 2,45 %,
Niederlande = 4,75 %,
Norwegen = 1,6 %,
Großbritannien = 27,78 %,
Jugoslawien = 8,1 %,
Australien = 0,8 %,
Kanada = 2,5 %,
Dänemark = 0,3 %,
Ägypten = 0,1 %,
Griechenland = 3,5 %,
Luxemburg = 0,27 %,
Neuseeland = 0,5 %,
Südafrika = 0,4 %,
USA = 19,9 %.<<

29.04.1947

USA: Außenminister George Marshall kritisiert am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

30.04.1947

USA: Außenminister George Marshall beauftragt am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F.

Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

April 1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose wird im April 1947 aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert.

Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).

02.05.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Mai 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/63-65): >>2. Mai 1947. Der Frühling ist ins Land gezogen. Aber in was für ein Land - mit welchen Sorgen, Problemen, Kümmernissen. Die Baracken in Friedland werden durch den Sonnenschein nicht schöner. ...

Briefe, Berge von Briefen, erreichen das Lager. Briefe, die deutsche Geschichte schreiben, ohne es zu wollen. Briefe, die von dem Elend unserer Nation zeugen. Briefe, aus denen Angst und Qual spricht. ... Briefe, ... Briefe ...

"Wir sind aus Neumarkt bei Liegnitz in Schlesien. Als wir fort mußten, verloren wir unseren vierjährigen Jungen aus den Augen und haben ihn seitdem nie wieder gesehen. Er heißt Alfred, hat graue Augen, ganz helles Haar, am rechten Ohr ist das Läppchen etwas eingerissen und er trug damals ein schwarzes Mäntelchen mit einer Pudelmütze. Ist das Kind vielleicht bei Ihnen? Wurde es von jemandem mitgenommen oder beobachtet? ... Wir machen uns jeden Tag die schlimmsten Vorwürfe."

Das schreiben schlesische Eltern, jetzt wohnhaft in Aurich.

Alle Briefe haben fast den gleichen Inhalt. In jedem Brief steht ein Schicksal aufgezeichnet, das Schicksal eines Menschen, der unter die Räder der großen Kriegsmaschine kam.

Jeder Brief wird von der Lagerleitung bearbeitet. Es wird gesucht, notiert, aufgeschrieben, geantwortet. Aber die meisten Briefe mit dem Absender "Flüchtlingslager Friedland/Leine" lauten etwa: "Leider konnten wir in unseren Unterlagen von dem von Ihnen Gesuchten nichts feststellen."<<

03.05.1947

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisiert am 3. Mai 1947 in einem Leitartikel noch einmal die "historische Ausstellung" über die polnischen Westgebiete (x028/187): >>... Die Polen wären gut beraten, in ihrem eigenen Interesse das Gerede vom mittelalterlichen slawischen Szczecin (das für die meisten Englisch Sprechenden immer noch Stettin heißt) fallenzulassen und ihre Sache, wie sie nun einmal geworden ist, auf dem Handel beruhen lassen, der nun wirklich durch das politische Tauziehen der Großmächte 1945 zustandekam und von Ethnographie so weit entfernt ist, wie von historischer oder irgendeiner anderen Gerechtigkeit. ...<<

09.05.1947

USA: Außenminister Marshall informiert US-Botschafter Arthur Lane am 9. Mai 1947 über die Gründe, die zur vorläufigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie führten (x028/184): >>... Der Präsident ist in Potsdam gezwungen gewesen, einer Regelung zuzustimmen, die ihm sehr unangenehm war.

Damals hatten ja die Russen das Territorium in der Hand. Sie hatten absichtlich den Sinn der erreichten Übereinstimmung verzerrt, doch wie die Notizen und Erklärungen der Konferenzteilnehmer klar beweisen, haben wir nicht in eine definitive Grenzziehung eingewilligt.<<

14.05.1947

USA: Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärt am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollver-

sammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...
Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...
Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historisches Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...
Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<
Der ehemalige deutsche Generalmajor Jochen Löser (1918-2001) berichtet später über die geplante Teilung Palästinas (x099/178): >>... England konnte es sich weder wirtschaftlich noch angesichts der kriegsmüden britischen Volksstimmung erlauben, ein großes Truppenkontingent in Palästina zu unterhalten, um Herr über den jüdischen Widerstand zu werden. Es überließ deshalb die Entscheidung über Palästina den Vereinten Nationen.
Dort ergab sich eine eigenartige Situation: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren für Beendigung des britischen Mandats, für eine Teilung des Landes und die Gründung von zwei unabhängigen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen.
Am 14. Mai 1947 hielt der russische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, eine Rede zugunsten der zionistischen Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen. Diese Änderung in der sowjetischen Einstellung, die während der vorhergehenden 30 Jahre den Zionismus aufs schärfste bekämpft hatte, war zweifellos von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs beeinflußt. Aber nicht nur das allein; die Sowjetunion kam zur klaren Erkenntnis, daß von allen Elementen der Mittelostszene nur die jüdische Bevölkerung Palästinas und der Zionismus in der Lage waren, die Engländer aus der Region zu verdrängen und damit ein leichteres Eindringen der Sowjetunion ins Mittelmeer zu ermöglichen.
Das wurde ganz offensichtlich, als während des israelischen Befreiungskrieges von 1947/49 nur die Sowjetunion (über die Tschechoslowakei) die neugeschaffene Verteidigungsarmee Israels (IDF) mit Waffen belieferte, wogegen die westlichen Staaten ein Waffenembargo über den neugeborenen Staat Israel verhängt hatten.
Die in tschechischen Fabriken produzierten Mausergewehre, leichte Maschinengewehre vom Typ M. G. 34, Besa-Maschinengewehre und die Messerschmitt 109-Jäger waren die einzigen fabrikneuen Waffen, die dem um sein Leben kämpfenden Staat Israel zur Verfügung standen und ihm zum Siege verhalfen. ...<<

18.05.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 18. Mai 1947 während einer SPD-Tagung in Kassel (x111/318): >> ... daß sich kein sozialdemokratischer Ministerpräsident mit Vertretern der SED an einen Verhandlungstisch setzen kann, solange die Sozialdemokratie in der Ostzone nicht als gleichberechtigte Partei anerkannt ist.<<
Ein Teilnehmer der Kasseler Veranstaltung schreibt damals in seinem Tagebuch über Kurt Schumacher (x111/318): >>... Ein Krüppel steht vor uns, mit nur einem Arm, magenkrank, nervös und spindeldürr. Hunger, Pein und Schmerzen haben ihn gekrümmt. Oft muß er aufgerichtet und getragen werden.
Trotzdem beherrscht der große Kopf mit der hohen, klaren Stirn, der kräftigen Nase, den

durchfurchten Gesichtszügen und den großen Augen das Bild. Aus dem Geistigen muß die Wiedergeburt kommen.<<

21.05.1947

CSR: Eduard Benesch bestätigt am 21. Mai 1947 in der Zeitung "Lidova Demokracie" seine frühzeitigen Vertreibungspläne (x151/63): >>... Die erste Frage, die ich unserer Auslandsaktion schon im Jahre 1940 vorlegte, war die Frage des Abschubs der Deutschen aus unserem Land. Ich stellte die Frage direkt und integral (vollständig) und besprach sie offen, zuerst mit den Engländern, dann mit den Amerikanern, mit den Russen zuletzt.<<

22.05.1947

UdSSR: In der "Iswestija" vom 22. Mai 1947 wird der britische Außenminister Bevin kritisiert (x028/185): >>... Bevin versuchte, das bekanntlich sinnlose Argument vorzubringen, daß die Frage von Polens Westgrenze nicht geregelt sei und daß es sich dabei um eine Form von "Entschädigung" und nicht um eine Rückkehr alten polnischen Landes handelte.

Auch hier haben wir es mit dem offensichtlichen Versuch zu tun, das Potsdamer Abkommen zu revidieren und gewisse Zusagen zu umgehen, die sich aus dem Abkommen herleiten.

Die Frage von Polens Westgrenze ist ein für allemal geregelt worden und nicht mehr Gegenstand irgendeiner Revision.<<

31.05.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erläutert am 31. Mai 1947 vor dem Spitzengremium der SPD seine "Magnettheorie" (x111/322): >>... Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist.

Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.<<

Mai 1947

WBZ: Ein Zeitzeuge berichtet über eine "Hamsterfahrt" im Mai 1947 (x114/2.171): >>Hamsterzug. Mannheim ab 4.57 Uhr – Heidelberg 6.01 Uhr nach Lauda. 750 Sitzplätze.

Es fahren über 2.000 Personen. Leere Säcke, Rucksäcke, Koffer in übermäßiger Zahl werden mitgeschleppt. Der Berufsverkehr wird behindert. Schüler der Eberbacher und Mosbacher Schulen stehen auf den Trittbrettern.

Zwischen Osterburken und Lauda ergießen sich die Menschenmassen in die Dörfer. Kilometer werden gelaufen, die Bauern um zwei, drei Kartoffeln angebettelt, Mehl, Grünkern, Fett, Speck getauscht. ...

Abends kommen die Städter an die Bahnhöfe. Deutsche Polizisten umkreisen die Stationen. Die Bahnpolizei allein hat das Recht, auf dem bahneigenen Gebiet zu kontrollieren. Sie tut es nicht mehr. Seit dem Frühjahr bestehen diese Anordnungen.

Gelegentlich versuchen mehrere Polizisten gemeinsam eine Aktion. Sie beginnen bei den Frauen. Nehmen ihnen die Kartoffeln ab. Das Mehl. Die Eier. Tränen. Beschwörungen, Hinweise, daß regulär getauscht sei. Die Polizisten schafften die Ware beiseite. Kommen ein paar Männer hinzu, die den Frauen beispringen, gelingt es manchmal, die Kartoffeln, das Mehl, den Topf Schmalz wieder zurückzubekommen. Es gibt Prügel, Schläge prasseln auf die Städter, die zurückschlagen. ...

Wenn der Zug kommt, dann retten sich die Städter auf die Bahnsteige. Aber auch hier gehen die Kämpfe oftmals weiter. Säcke werden von den Wagenbühnen, von den Trittbrettern gerissen. Frauen, Flüche, zerrissene Kleider, Blut und schlagende Knüppel. ...<<

Großbritannien: Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) erklärt während einer Vorlesung im Mai 1947 (x067/194): >>... In einer Europäischen Union, die sowohl die Sowjetunion als auch die USA ausschlösse – und das ist der hypothetische Ausgangspunkt für

den Versuch, eine europäische Dritte Großmacht zu konstruieren -, muß Deutschland früher oder später auf diesem oder jenem Wege die Führung übernehmen, und zwar selbst dann, wenn dieses Vereinte Europa mit einem Deutschland gegründet werden würde, das entwaffnet und dezentralisiert oder sogar geteilt wäre.
In diesem Raum, der zwischen den USA und der Sowjetunion liegt, hält Deutschland eine beherrschende Mittellage besetzt:
Die deutsche Nation ist eineinhalb Male so groß wie die nächstgroße Nation Europas; das deutschbewohnte Herz Europas (dabei sind weder Österreich noch der deutschsprachige Teil der Schweiz berücksichtigt) enthält einen vorherrschenden Anteil des gesamten schwerindustriellen Potentials von Europa – an Rohstoffen, Fabrikanlagen und Fachkräften; und die Deutschen sind ebenso leistungsfähig, sowohl Menschen als auch sonstiges Kriegsmaterial zur Kriegsführung zu organisieren, wie sie andererseits unfähig zum Versuch sind, sich selbst zu regieren und unerträglich als Herrscher über andere Völker.
Gleichgültig, zu welchen Bedingungen Deutschland zu Beginn in ein Vereintes Europa einbezogen würde ... auf Dauer gesehen würde es ein solches Europa beherrschen; und sogar dann, wenn die Vorherrschaft, die es gewaltsam in zwei Kriegen vergeblich zu gewinnen versucht hatte, ihm diesmal friedlich und schrittweise zufallen würde, wird kein nichtdeutscher Europäer glauben, daß die Deutschen – sobald sie erfaßt haben, daß sich diese Macht in ihrer Reichweite befände – so weise wären oder sich selbst beherrschen könnten, ohne Peitschenschwingen und Quälereien auszukommen. Diese deutsche Frage würde sich als unüberwindliches Hindernis bei der Errichtung einer europäischen dritten Großmacht herausstellen. ...
Besonders in Westeuropa (und Westeuropa ist das Herz Europas) sind die Traditionen nationaler Individualität so stark, daß die engste Europäische Union, die auch durchführbar wäre, noch zu lose verbunden sein würde, um mehr als eine unwichtige Figur im Machtspiel zu sein. ...<<

03.06.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.
"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.
Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ...
Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. Auch Menschen, die jeden Halt und eine noch so lockere Ordnung ablehnen oder verlernt haben. Dazwischen ausgesprochen kriminelle oder asoziale Elemente. ...<<

05.06.1947

USA: US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellt am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor (x058/379): >>Die Wahrheit ... ist, daß Europas Bedarf an Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Produkten aus dem Ausland - vor allem aus Amerika - in den nächsten 3 oder 4 Jahren so viel größer ist als seine augenblickliche Zahlungsfähigkeit, daß es substantielle, zusätzliche Hilfe braucht oder sich einer sehr ernsten wirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenübersieht. ...
Es ist logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, was in ihren Kräften steht, und die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Gesundheit in der Welt zu unterstützen, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.
Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder eine Ideologie, sondern gegen

Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.
Ihr Ziel soll die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft sein, um die Rückkehr politischer und sozialer Bedingungen zu erlauben, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß solche Hilfe nicht stückweise erfolgen kann, je nach Verlauf verschiedener Krisen. Jede Hilfe, die unsere Regierung in der Zukunft gewähren mag, sollte mehr eine Heilungskur als ein Linderungsmittel darstellen.
Jede Regierung, die die Aufgabe des Wiederaufbaus bereitwillig unterstützt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit bereit finden.
Keine Regierung kann Hilfe von uns erwarten, die durch Manöver den Wiederaufbau anderer Länder zu blockieren versucht. ...<<
Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, beginnt ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern.

Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?

Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.
Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 1,5 Milliarden Dollar (x073/225).
Die Nordamerikaner können die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielen. Von 1938-47 kann Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage ist, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Marshall-Plan (x068/275-278): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mit-

tel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.
Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).
Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.
Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.
"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.
Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden.
Man pumpte also zwischen 1948 und 1952 rund 13 Milliarden ins christliche Abendland: 3,1 Milliarden für Großbritannien, 2,6 Milliarden für Frankreich, 1,4 Milliarden für Italien, 1,3 Milliarden für Westdeutschland, 1,0 Milliarden für die Niederlande, um nur die Spitzenempfänger zu nennen. Mit humanitärer Hilfe hatte das so gut wie nichts zu tun, so gut wie alles aber mit geschäftlichen und machtpolitischen Bedürfnissen – selbst da, wo man nicht langfristige Kredite dafür nahm, sondern sogar schenkte.
Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".
Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederaufrüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.
"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. Und natürlich treibt er sie nur für jene, die bereit sind, sich in seinem Sinn, für seine Sache, seine Geschäfte zu engagieren. So sagte Dean Acheson, seit 1949, dem Rücktritt Marshalls, neuer Außenminister, über das Auslandshilfeprogramm seines Staates: "Menschen, die unseren Glauben teilen, wollen wir helfen, weiterhin so zu leben, wie sie leben wollen."
Doch wehe, wenn sie diesen Glauben nicht teilen!" Unser" Glaube muß es schon sein. Und

"unser" Interesse. Und "unser" Profit.
Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentielles Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. Und ist es nicht gut angeschlagen?
Ja: "... was unsere amerikanischen Freunde in der Stunde der Not für uns taten" – das taten sie für sich, Mr. Kohl.
Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert.
Am 20. Januar 1949 erweiterte dann Truman im vierten Teil seiner Antrittsrede die in Europa bereits so bewährte technische und finanzielle Hilfe auch auf die "unterentwickelten" Gebiete der Welt (dann feiner "Entwicklungsländer" genannt: erst hatte man sie - meist "Kolonien" - aufs Äußerste geschröpft; darauf, fortschrittlicher, das große Schröpfen zeitgemäß entwickelt). Natürlich sollte die Hilfe, die Entwicklung, auch dem Entwickelnden selbst etwas zugute kommen, ihm sogar, offen gesagt, zuerst und am meisten, denn sonst könnte er sich ja gar nicht, noch dazu so groß, entwickeln.
Und flössen dabei auch Millionen um Millionen Dollar vor allem in die Taschen der Herrschenden vieler Entwicklungsländer, so war dies gewiß mit einkalkuliert. (Man braucht Verbündete - und wer herrscht viel Geld, um vor Bestechungen sicher zu sein.) Hauptsache die Rechnung im Ganzen ging auf. Ende 1959 hatten die diesbezüglichen Gesamtausgaben bereits eine Höhe von 72,5 Milliarden erklommen.
Leider konnte man nur einen Teil Deutschlands befreien. Zwar war dieser Teil zunächst größer, doch trat man dann Teile des Teils, die man schon in Händen hatte, rücksichtsvollerweise den Russen ab. So konnten sich da und im übrigen Mitteldeutschland seit dem 22. April 1946 die echten Sozialisten (SED) entfalten, darauf auch allerlei Enteignungsmaßnahmen, Bodenreformen etc. Schließlich gab es Währungsreformen hier und dort, und endlich war die Spaltung perfekt. Jede Seite hatte einen Brocken, und die Welt war sicherer. Sogar Deutschland war sicherer vor sich selbst - jedenfalls so lange, bis es sich wieder vereinigte.<<
James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründet später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...
Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt. ...
Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen.

Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...
Jede einzelne Frage, die im Zusammenhang mit der Schaffung einer festen und dauerhaften Friedensordnung auftaucht, spiegelt sich in irgend einer Weise in dem unruhigen Teile Europas wider, der zwischen der Weichsel und dem Rhein liegt. Zwischen diesen beiden Strömen müssen Ost und West sich begegnen, sich die Hände reichen und sich in Freundschaft und Frieden an die Arbeit machen.
Ist das nicht der Fall, dann gibt es keinen Frieden für die Welt. Gewiß, zwischen Rhein und Weichsel kann der Frieden nicht in seiner umfassenden Ganzheit geschaffen werden, aber er kann dort so verloren werden, daß es überhaupt kein Heilmittel mehr gibt.
Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an Deutschland und an seiner Zukunft nicht allein, weil Deutschland die Stelle ist, von der alle Unruhe in Europa ausging. Es ist vielmehr der Punkt, an dem der Hebel angesetzt werden muß zu einer Neuordnung und zu einer Gesundung der ganzen europäischen Wirtschaft.
Geographie, Geologie und moderne Technik haben Deutschland in dem Leben von ganz Europa eine Schlüsselstellung gegeben. Es mag uns passen oder nicht, die deutschen Ströme und die deutschen Verkehrswege sind Zugang zum Herzen des Kontinents, die deutschen Bergwerke versogen Westeuropa mit Kohle. Das deutsche Volk stellt auch noch heute in der Niederlage die größte Zahl von Facharbeitern in Europa.
Alle diese Elemente machen zusammen aus Deutschland einen Hauptfaktor der europäischen Produktionskapazität, aber auch einen der wichtigsten Märkte für den Absatz von Waren, die in anderen Ländern hergestellt werden. ...
Kohle ist das Herz der modernen Industriewirtschaft, aber es gibt nur wenige Völker auf der Erde, die ihren Kohlenbedarf im eigenen Lande decken können. Abgesehen von Rußland sind alle europäischen Völker auf Kohlenlieferungen aus den 3 Kohlenüberschußgebieten angewiesen.
Diese 3 Überschußgebiete waren Großbritannien, das deutsche Ruhrgebiet und Oberschlesien. Zwei von diesen Kohlengebieten fallen im Augenblick aus oder können nicht in sichere Rechnung gestellt werden. Großbritannien, das früher 78 Millionen Tonnen im Jahre exportierte, hat heute Schwierigkeiten, den eigenen Bedarf aus der eigenen Produktion zu decken.
Oberschlesien, das während des Krieges für die Nazis angeblich 100 Millionen Tonnen pro Jahr förderte, steht jetzt unter polnischer Herrschaft, und die oberschlesische Förderung wird aller Wahrscheinlichkeit nach und nach Rußland oder nach solchen Ländern gehen, die an die russische Wirtschaft angeschlossen sind. Diese Tatsache wird dadurch nicht verschleiert werden können, daß oberschlesische Kohle auch gelegentlich nach anderen Ländern verkauft werden mag.
So bleibt für ganz Westeuropa als Kohlenbasis mit exportfähigem Überschuß nur das deutsche Ruhrgebiet übrig. Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...
Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.
Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.
Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfs-

mittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

06.06.1947

WBZ: Nach einem Streit um die Tagesordnung findet die gesamtdeutsche Münchener Konferenz vom 6. bis zum 8. Juni 1947 ohne die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) statt.

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard bekennt sich bei dieser Konferenz zur deutschen Einheit (x111/325): >>Trotz der Aufspaltung in 4 Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf.

Trotz des Weggangs der Ministerpräsidenten der Ostzone bleiben wir auch diesem Teil Deutschlands zutiefst verbunden.

Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebenswichtige Bestandteile Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über die gesamtdeutsche Münchener Konferenz (x243/161): >>... Der einzige bedeutende Versuch deutscher Politiker aus allen Zonen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sei mit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 vor allem durch das Verhalten der Ministerpräsidenten aus der Sowjetzone gescheitert.<<

07.06.1947

WBZ: Im Verlauf der Münchener Konferenz werden die deutschen Emigranten am 7. Juni 1947 zur Rückkehr aufgefordert (x111/326): >>... Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen richten an alle Deutschen, die durch den Nationalsozialismus aus ihrem Vaterland vertrieben wurden, den herzlichen Ruf, in ihre Heimat zurückzukehren.

Ein tiefes Gefühl der Verantwortung erfüllt uns ihnen gegenüber. Wir haben sie schweren Herzens scheiden sehen und werden uns ihrer Rückkehr freuen.

Ihrer Aufnahme in unserem übervölkerten und unwirtlich gewordenen Lande stehen zwar große Schwierigkeiten entgegen. Wir werden aber alles tun, um gerade ihnen ein neues Heim zu schaffen.

Jene Emigranten, die Deutschland lieben und unsere Wirrsal in ihrer geistigen und historischen Tiefe kennen, sind besonders berufen, Mittler zwischen uns und der übrigen Welt zu sein.

Sie, die sich deutscher Sprache und Kultur noch verpflichtet wissen, mögen sich hier davon überzeugen, daß unser Volk auch heute noch in seinem Kern gesund ist und daß seine überwältigende Mehrheit keinen anderen Wunsch hat, als friedlich und arbeitsam im Kreise der übrigen Völker zu leben.

Deshalb rufen wir sie auf, mit uns ein besseres Deutschland aufzubauen.<<

10.06.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/66-67): >>10. Juni 1947. Ein größerer Transport ehemaliger deutscher Nachrichtenhelferinnen und DRK-Schwestern, die 1944 in russische Gefangenschaft gerieten, traf aus einem Lager bei Woroschilowgrad im Donez-Gebiet in Friedland ein. Ein großer Teil der Frauen hat im Bergwerk gearbeitet. ...

Alle Frauen sind unterernährt. Ärztliche Diagnose: Dystrophie. Die 24jährige A. W. ... sagte: "Es müßte verboten werden, daß Frauen mit in den Krieg müssen." ...<<

11.06.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erhält am 11. Juni 1947 in der französischen Zone Redeverbot.

14.06.1947

Frankreich: Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes berichtet am 14. Juni 1947 über

deutsche Kriegsgefangene, die in französischen Kohlenbergwerken arbeiten müssen (x130/-184): >>... Man hat festgestellt, daß sich Gefangene selbst verstümmelt haben - ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbedingungen aufgrund des brutalen Zwangs unerträglich für sie wurden. Es ist unzulässig, daß den Gefangenen außer ihrer eigenen Arbeit auch noch die ihrer fehlenden oder verletzten Kameraden aufgebürdet wird.<<

19.06.1947

Dänemark: Nach einem Bericht der dänischen Zeitung "Jyllands Posten" vom 19. Juni 1947 versucht ein Vertreter der polnischen Regierung seit Tagen, ostdeutsche Flüchtlinge, die in dänischen Lagern untergebracht sind, zur Rückkehr zu bewegen (x111/332).

25.06.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat erteilt am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.

... 5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

26.06.1947

Großbritannien: Der "Telegraf" berichtet am 26. Juni 1947 über eine "Sensation im polnischen Parlament" (x043/296): >>Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber des polnischen Korps in Schottland, General G. Paszkiewicz, beschuldigte laut Radio Warschau ... General Anders, daß er ihm Befehle zur Liquidierung des Premierministers der polnischen Exilregierung in London, W. Sikorski, gegeben habe. ...

Nachdem Sikorski bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen war, seien alle seine Anhänger aus den polnischen Verbänden im Ausland entfernt worden. ...<<

27.06.1947

SBZ: Durch SMAD-Befehl vom 27. Juni 1947 wird die "Deutsche Wirtschafts-Kommission" (DWK) gebildet, die Aufgaben einer Zentralregierung wahrnimmt.

Der DWK gehören auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie zunächst selbständig bleiben. Die DWK gründet z.B. auch den "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums" (Leitung: Erich Mielke - Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>DWK: ... Durch Befehl der SMAD Nr. 138 am 27.6.1947 konstituierte zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für Industrie, Finanzen, Verkehr, Handel und Versorgung, Arbeit und Sozialfürsorge, Land- und Forstwirtschaft, Brennstoffindustrie und Energie, Interzonen- und Außenhandel und Statistik.

Außerhalb der DWK wurden selbständige Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung errichtet. Die Vollmachten der Zentralverwaltungen waren zunächst beschränkt. Ihre Präsidenten bildeten ein Sekretariat; einen Vorsitzenden hatte die DWK zunächst nicht.<<

30.06.1947
SBZ: Um das Image der UdSSR als führende Weltmacht zu festigen und sie als Vorbild beim Aufbau des Sozialismus darzustellen", wird am 30. Juni 1947 die "Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" - später umbenannt in "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" (DSF) - gegründet.
Da ohne diese DSF-Mitgliedschaft kein Studium oder beruflicher Aufstieg möglich ist, werden bis 1982 etwa 6 Millionen DDR-Bürger DSF-Mitglieder (x092/947).
Juni 1947
SBZ: Im ersten Halbjahr 1947 werden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<
WBZ: Ein Zeitzeuge berichtet im Juni 1947 über das tragische Ende eines aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten deutschen Wehrmachtssoldaten (x114/2.178-179): >>Friedrich H., 37 Jahre, in einer kleinen Stadt lebend, kam im Sommer 1947 mit einem Gewicht von 91 Pfund aus der russischen Kriegsgefangenschaft.
Er war 1944 für tot erklärt worden, weil sein Kompaniechef ihn als "vermißt, wahrscheinlich gefallen" gemeldet hatte und später eine Reihe von Kameraden bezeugten, daß sie gesehen hätten, wie H. im Nahkampf gefallen sei.
Seit dem 22. August 1941 war er in russischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Wie er diese Zeit durchgestanden hat, wird niemals mehr festzustellen sein.
Er kam aber im Juni 1947 wieder.
Am Abend des 19. Juni stand er vor dem Bahnhof des kleinen unzerstörten Städtchens. Unschlüssig, in der abgerissenen, zerlumpten Kleidung des aus Rußland Heimkehrenden. Niemand erkannte ihn, und auch er fand wohl die Menschen fremd.
Später wurde berichtet, er habe lange Zeit auf der Brücke gestanden und das Treiben der Badenden auf dem Fluß betrachtet, den kleinen Booten nachgeschaut, die im abendlichen Schein auf dem Wasser trieben.
Es wurde dämmrig als H. vor seinem einstigen Hause stand.
Wiederum wurde später – aus den Äußerungen der Umwohner - zusammengetragen, wie bemerkt worden sei, daß dieser einstmalige Soldat lange Zeit vor dem still liegenden Hause gestanden habe und auf ein Schild starrte, auf dem gemalt stand: Heinrich H. – Gemischtwarenhandlung.
Der Ablauf war dann etwa folgender: H. betrat sein Haus, mit dem unsicheren Ausdruck des Fragenden, des Nicht-Begreifenden. Er hat im zweiten Stock geläutet.
Frau H. erzählte, wenn auch verstört, dann später dem Kriminalpolizeiinspektor:
Ich habe gerade Strümpfe gestopft und da hat es geklingelt. Wie ich aufmache, sehe ich einen Soldaten, einen Mann, - wie ich gleich erkannt habe, war der aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er sagte nichts, fragte nichts – schaute mich nur an.
Ich sage "Guten Abend" – er antwortet nicht – ich frage: "Kann ich was für sie tun?"
Da sagt er: "Kennst du mich nicht?" Ich war erschrocken – "Nein", sage ich –
"Ich bin Fritz". –
Ich bin furchtbar erschrocken – mein Herz, ich schlucke – sage: "Wer sind Sie"? –
"Ich bin Fritz – dein Mann" –
Er kam auf mich zu – ganz langsam, mit einem ganz unbewegten Gesicht. Er ging an mir vorbei, in die Küche – schaute sich um. Ich wußte nicht mehr, was ich machen sollte. – Ich fragte, er gab keine Antwort. Er schaute sich um, ging dann durch die Zimmer – immer ohne ein Wort, im Zimmer von den Kindern schaute er auf die Betten – die Kinder waren schwimmen

– und dann fragte er: "Sind sie gesund"? –
Ich nickte - wir haben zwei, Herr Kommissar – ich wußte nicht, was ich denken sollte – da fragte er dann: "Warum steht denn auf dem Schild "Heinrich" und nicht "Friedrich" – und da habe ich ihm erzählt, daß er doch (für) tot erklärt sei und daß ich seinen Bruder geheiratet (hätte)und daß er nun das Geschäft führte und ich habe eben erzählt, wie es war und daß wir doch nicht damit gerechnet hätten, daß er wieder käme und was man eben so alles sagt. Sie wissen ja, und ich war aufgeregt und mein Mann – also Heinrich war doch nicht da –.
Fritz nickte und schaute mich immer so an, so wie ein Hund, verstehen Sie, wie ein Tier – es war furchtbar – wie er da so stand, mit den Lumpen und den Holzschuhen – und ich wußte mir nicht zu helfen und holte die Todeserklärung aus dem Schreibtisch und zeigte sie ihm, und ich weinte - aber er war so vollkommen reglos und er nahm, die Finger waren ganz verkrümmt und mager, das Papier und las, und dann sagte er – "Ich bin also tot" und er drehte sich um und ging hinaus.
Ich lief hinter ihm her – "bleib doch" und "es wird sich ja alles klären" – aber er ging fort und ich konnte ihn doch nicht festhalten, ich hatte doch das Essen für meinen Mann, für Heinrich, auf dem Feuer und für die Kinder - sie waren zusammen schwimmen, die Kinder sind ja von Fritz – und ich höre ihn noch, wie er aus dem Haus geht – ... "es ist furchtbar – ich kann doch nichts dafür – bestimmt nicht – so ein armer Mensch" –
Der Kriminalkommissar sagte dann nur noch, daß sie ihn eben tot gefunden hätten, ohne gewaltsame Zeichen, am Morgen im Fluß, unter einem Busch – "es hat halt nur noch bis hierher gereicht, dann hat das Herz eben nicht mehr gekonnt, nicht mehr gewollt". ...<<

03.07.1947

WBZ: Die französische Besatzungsmacht erklärt sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhalten, zu übernehmen (x111/342).

04.07.1947

SBZ: Der SED-Politiker Ernst Thape (1892-1985, Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt) schreibt am 4. Juli 1947 über eine Reise nach Süd- und Südwestdeutschland (x111/342): >>Ich hatte auf dieser Reise ... den Eindruck, daß sich das Wort "Deutschland" immer leiser anhört, je weiter man nach Südwesten kommt. In der französischen Zone ... vernahm ich es überhaupt nicht mehr! ...<<

09.07.1947

WBZ: Die US-Besatzungsbehörden werden am 9. Juli 1947 angewiesen, den deutschen Vertriebenen zu helfen (x020/85): >>... Sie werden Sorge dafür tragen, daß Personen deutscher Abstammung, die nach Deutschland umgesiedelt werden, die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen bürgerlichen und politischen Rechten gewährt wird. ... Sie werden geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Behörden bei der Durchführung eines Programms zur Wiederansiedlung zu unterstützen.<<

12.07.1947

SBZ: Der deutsche Pädagoge und Philosoph Theodor Litt (1880-1962) schreibt am 12. Juli 1947 nach dem Scheitern der "Moskauer Außenministerkonferenz" (x111/345): >>Es wird mir immer mehr zur Gewißheit: wir kämpfen einen aussichtslosen Kampf; unserem Volk ist nicht mehr zu helfen!
Jeden Tag verhärten sich die Dogmatismen mehr; wie ineinandergreifende Zahnräder treiben sie sich gegenseitig vorwärts. Man redet von nationaler Einheit und tut alles, sie zu zerstören. ...<<

14.07.1947

WBZ: In Nürnberg streiken am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestieren gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".

15.07.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) telegraphiert am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

17.07.1947

Belgien: Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlicht am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

USA: Am 17. Juli 1947 ersetzt die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragt US-Militärgouverneur Lucius D. Clay (1897-1978), den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die – auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens – zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

23.07.1947

SBZ: Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

31. Juli 1947

WBZ: Die Betriebsräte und Funktionäre des Industrieverbandes Bergbau protestieren am 31. Juli 1947 gegen die belgischen Reparationsforderungen im linksrheinischen Braunkohlengebiet (x111/350): >>Der Übergang verschiedener rheinischer Kraftwerke in belgischen Besitz bedeutet für die deutsche Kohlenwirtschaft, besonders für das linksrheinische Braunkohlengebiet, eine große Gefahr.

Die Betriebsräte und Funktionäre erkennen berechtigte Forderungen auf Wiedergutmachung an, weisen jedoch darauf hin, daß die belgischen Forderungen nicht dem friedlichen Zusammenleben dienen und im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt und von 50 Nationen anerkannt worden sind. ...<<

Juli 1947

SBZ/Ostpreußen: Durch das fortgesetzte Eintreffen von russischen Zivilisten verlieren die Deutschen im östlichen Ostpreußen ab Juli 1947 allmählich ihre Arbeitsplätze und Wohnungen. Da die Arbeitskraft der ca. 100.000 Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich ist, beginnt die "Aussiedlung" der restlichen deutschen Bevölkerung (x001/152E).

SBZ/Ostpreußen: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/92E-96E): >>... Infolge der Menschenarmut, die auch durch den Zuzug von Zivilrussen nur sehr wenig und nur ganz allmählich etwas behoben werden konnte, lag in den Jahren 1946-1949 der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach, womit eine zunehmende Versteppung einsetzte.

Lediglich einige der großen Güter wurden als sowjetische Kolchosen organisiert. Auf ihnen mußte der größte Teil der ländlichen deutschen Bevölkerung und teilweise auch die Bevölkerung der kleinen Städte arbeiten. Die Mehrzahl dieser Kolchosen befand sich in der Gegend um Insterburg, Gumbinnen, Schloßberg und Ebenrode.

Die Deutschen, die zwangsweise auf die Kolchosen verschleppt worden waren oder in Er-

mangelung anderer Existenzmöglichkeiten dort Arbeit gesucht hatten, lebten und arbeiteten in den Jahren 1946 und 1947 in äußerst primitiven Verhältnissen.
Die Wasser- und Lichtversorgung war kaum irgendwo in Gang gesetzt, die wichtigsten Maschinen und das Vieh waren abtransportiert, so daß mitunter Frauen vor den Pflug gespannt wurden und die Felder mit der Sense gemäht werden mußten. Die Gutshöfe waren großenteils verwildert, und es setzte sich die in Rußland seit altersher übliche Gewohnheit durch, leerstehende Scheunen und Gehöfte abzureißen und die Holzteile im Winter als Brennmaterial zu verheizen.
Durch die Ankunft von Zivilrussen, die gleichfalls auf den Kolchosen arbeiten mußten, wurden viele Deutsche aus ihren Unterkünften verdrängt und neue Belästigungen und Plünderungen hervorgerufen, gegen die es keine Wehr gab. Krankheiten, Erschöpfung durch die schwere Arbeit und mangelhafte Ernährung kamen hinzu und hielten den überwiegenden Teil der Landbevölkerung im nördlichen Ostpreußen in einem Zustand des bloßen Vegetierens. Einzelne versuchten deshalb, die streng bewachte Grenze zu überschreiten, die den nördlichen, sowjetischen Teil Ostpreußens von dem südlichen, polnisch verwalteten Teil trennte, um von dort aus nach Westen zu gelangen.
Eine besondere Anziehungskraft übten vor allem aber Litauen und Lettland aus. Viele Deutsche aus den östlichen Kreisen Ostpreußens, aber auch aus Königsberg machten sich trotz Verbots und drohender Verhaftung auf den gefahrvollen Weg nach den baltischen Staaten, die zu dieser Zeit landwirtschaftlich und ernährungsmäßig wesentlich günstiger gestellt waren als das durch die Sowjets ausgeraubte und verwahrloste Ostpreußen.
Vor allem in das nahegelegene Litauen, vereinzelt aber auch nach dem entfernteren Lettland, zogen Frauen, Männer und viele Jugendliche aus Ostpreußen, um sich Nahrungsmittel zu erbetteln und dann zu ihren Angehörigen in Ostpreußen zurückzukehren oder auch, um dort zu bleiben und bei litauischen oder lettischen Bauern Arbeit und Brot zu finden.
Die große Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Litauer und Letten haben für viele Ostpreußen eine sehr wirksame Erleichterung ihrer Lage bedeutet und manchem Gelegenheit gegeben, sich den unerträglichen Verhältnissen und den sowjetischen Zwangsmaßnahmen solange zu entziehen, bis eine Ausreise nach Mittel- oder Westdeutschland möglich wurde.
Die große Masse der deutschen Bevölkerung in Königsberg und auf dem Lande mußte jedoch bleiben, wo sie war, und auf eine Besserung ihrer Lage in der Zukunft hoffen. Besonders niederdrückend war es, daß sie fast ohne jegliche Verbindung mit der Außenwelt lebte und nur die spärlichste Kunde vom übrigen Deutschland erhielt.
Der Grad der Abgeschlossenheit von der Welt, in der sich die Deutschen seit Januar 1945 in Ostpreußen befanden, wird daran deutlich, daß manche von ihnen erst im Herbst 1945 vom Waffenstillstand und vom Ende des Krieges erfuhren, und daß die Deutschen in Königsberg und in anderen Orten des nördlichen Ostpreußens erstmalig im Jahre 1946 Post von ihren Angehörigen aus Mittel- und Westdeutschland empfingen.
Im Gegensatz zu den anderen Provinzen Ostdeutschlands, in denen die Bevölkerung bereits seit dem Sommer 1945 zu Tausenden nach Mittel- und Westdeutschland ausgetrieben wurde, blieben die Deutschen im sowjetischen Teil Ostpreußens zwar im Lande, aber herabgedrückt auf die niedrigste Stufe menschlichen Daseins, die sie zwang, sich in primitivster Weise nur noch um die pure Erhaltung ihres Lebens zu kümmern, war ihnen die Heimat völlig entfremdet worden.
In Königsberg sowie in den Städten nahe der litauischen Grenze verhalf der Schwarzmarkt-Handel, der seit 1946 überall in Gang gekommen war, manchem, sich über Wasser zu halten. Seit Herbst 1945 war der Rubel als allein gültiges Zahlungsmittel eingeführt worden, und jedermann suchte durch Verkauf der restlichen irgendwie entbehrlichen Kleidungsstücke und noch nicht geraubten Sachgüter in Besitz von Rubeln zu kommen, mit denen auf dem Schwar-

zen Markt Lebensmittel zu teueren Preisen erstanden werden konnten.
In Königsberg, in Tapiau, Gumbinnen, Wirballen, Tilsit und anderen Orten wurde der Schwarze Markt sehr stark durch litauische und polnische Verkäufer belebt, und auch die russischen Soldaten suchten hier direkt oder indirekt Gelegenheit zu unsauberen Geschäften.
Während die Landbevölkerung weiter in unerträglich primitiven Verhältnissen lebte, begann sich seit 1947 wenigstens in Königsberg die Lage für die Deutschen etwas zu bessern. Seit dem Sommer flauten die Typhusepidemien ab. Im Dezember des gleichen Jahres kam die russische Währungsreform, durch die die Kaufkraft des Rubels erheblich erhöht wurde.
Seitdem wurden die Lebensmittel billiger und die Versorgung der am Leben gebliebenen deutschen Bevölkerung, die für Arbeitsleistungen nunmehr auch entlohnt wurde, allmählich geregelter.
Zu dieser Zeit hatte die alte Ordensstadt aber infolge des fortgesetzten Zuzugs russischer Zivilisten bereits das Aussehen einer russischen Stadt erhalten. Die ca. 25.000 am Leben gebliebenen Deutschen traten im Straßenbild kaum noch hervor, zumal sie weitgehend in die zerstörten und abgelegenen Stadtteile abgedrängt worden waren. Das fortgesetzte Eintreffen von Zivilrussen nahm den Deutschen auch allmählich ihre Arbeitsplätze, die für sie die einzige Existenzmöglichkeit bedeuteten.
Damit wurde es offensichtlich, daß die Deutschen in jeder Beziehung entbehrlich geworden waren, und es begann im Sommer und Herbst 1947, als durch die Besserung der Ernährungslage neue Hoffnung unter den Deutschen in Königsberg erwacht war, ihre Ausweisung nach den westlichen Teilen Deutschlands.
Ähnlich wie in Königsberg war das deutsche Bevölkerungselement in den anderen Städten, ebenso in den Kolchosen auf dem Lande, infolge der hohen Sterblichkeit in den Jahren 1945-1947 ständig geringer geworden und gegenüber den in steigendem Maße hinzukommenden Russen in den Hintergrund getreten. Die Deutschen verloren damit auch als Arbeitssklaven an Bedeutung, und mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die Sowjets in der vergangenen Zeit verhindert hatten, daß sie das sowjetisch besetzte Ostpreußen verließen, betrieben sie in den Jahren 1947-1949 ihre Ausweisung.
Abgesondert von dem sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens und getrennt von den dort ansässigen Deutschen erlebten nach Kriegsende die Memeldeutschen ein besonderes Schicksal. Mehrere Tausende von ihnen waren beim Einzug der sowjetischen Truppen im Herbst 1944 zurückgeblieben, und viele versuchten, nachdem sie geflüchtet waren, im Frühjahr und Sommer 1945 in ihre Heimat zurückzukehren. –
Wie alle anderen Gebiete, die während des nationalsozialistischen Regimes nach 1937 dem Reiche einverleibt worden waren, wurde auch das im Jahre 1939 durch einen Vertrag mit Litauen zurückgegliederte Memelland bei Kriegsende von den Siegermächten nicht als Teil Deutschlands betrachtet und wieder mit Litauen vereinigt, das nunmehr allerdings als Sowjetrepublik Litauen einen Teil der UdSSR bildete.
Die verlassenen Wohnungen und Gehöfte der geflohenen Deutschen wurden bereits im Frühjahr und Sommer 1945 zum großen Teil von Litauern besetzt, wodurch die Rückkehr der Deutschen von vornherein erschwert war. Dazu kam, daß bis zum Herbst 1945 die Grenze an der Memel für die rückkehrenden Deutschen gesperrt blieb, so daß diese meist im Kreis Tilsit und in anderen Gegenden südlich der Memel Zuflucht suchen mußten.
Dennoch gelang schon im Sommer 1945 und auch in den folgenden Jahren noch zahlreichen Memeldeutschen die Rückkehr in die Heimat; teils ließen sie sich, weil sie vor 1939 die litauische Staatsbürgerschaft besessen hatten, von den Flüchtlingslagern in Mittel- und Westdeutschland sowie in Dänemark als litauische DP (Displaced Persons) repatriieren, teils kamen sie heimlich von Ostpreußen über die Memel zurück.
Ähnlich wie in Ostpreußen regierte auch im Memelland zunächst die russische Militärverwal-

tung, die ihre eigenen Kolchosen errichtete und dafür besonders die im Lande befindlichen Deutschen zur Arbeit heranzog.
Andere Deutsche mußten bei litauischen Bauern arbeiten. Trotz der nationalen Spannungen zwischen Litauern und Deutschen, die anläßlich der Rückgliederung des Memellandes im Jahre 1939 und durch die Beschlagnahme zahlreicher den Memeldeutschen gehörender Vermögen durch die Litauer im Jahre 1945 verstärkt worden waren, ist das persönliche Verhältnis zwischen Litauern und Deutschen im Memelland nach 1945 im allgemeinen durchaus freundlich gewesen. Der gemeinsame Gegensatz zur sowjetischen Herrschaft hat sehr zur Überwindung der seit dem Ende des ersten Weltkriegs aufgetretenen nationalen Gegensätze beigetragen.
Während des Frühjahres und Sommers 1945 ging die Zivilverwaltung im Memelland allmählich in litauische Hände über, obwohl russische Kommandanturen oft noch lange im Lande blieben. Sofern die Deutschen noch im Besitz ihrer Höfe waren, fiel ihr Land ebenso wie das der litauischen Bauern der im Jahre 1947 beginnenden radikalen sowjetischen Kollektivierungspolitik zum Opfer, die jeden privaten Grundbesitz aufhob.
Der Unterschied zwischen Deutschen und Litauern wurde dadurch immer mehr verwischt, und die Memeldeutschen, die inzwischen meist die litauische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, leben infolgedessen heute nahezu gleichberechtigt zusammen mit ihren litauischen Nachbarn im Memelland.
Wieweit sie in sprachlicher und kultureller Hinsicht ihre Eigenart zu erhalten imstande sind, nachdem der größte Teil der Memeldeutschen auf dem Wege der Flucht nach Mittel- und Westdeutschland abgewandert ist, kann bei den spärlichen Nachrichten, die aus Litauen nach Westen gelangen, kaum festgestellt werden.<<
Jugoslawien: Im Juli 1947 verurteilt das jugoslawische Militärgericht in Laibach insgesamt 12 Deutsche (unter ihnen sind u.a. General Kübler und der ehemalige Gauleiter von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer) und einen jugoslawischen Staatsbürger zum Tod (x006/586).
Großbritannien: Premierminister Attlee (1883-1967, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, von 1945-1951 britischer Ministerpräsident) erklärt im Juli 1947 während einer Unterhaus-Debatte über die Unabhängigkeit Indiens (x067/261): >>Zu Anfang beschäftigten wir uns besonders mit Handel, der Gelegenheit bot, Reichtümer anzuhäufen. Im 18. Jahrhundert hatten die britischen Bürger, die aus Indien zurückkehrten, oft große Vermögen angesammelt und wurden "Nabobs" genannt.
Aber als die Zeit verging, gewann man mehr Bewußtsein von der Verantwortung, die in der Regierung durch die Ostindische Kompanie lag, eine Verantwortung für das Leben der vielen Millionen, die Gerechtigkeit und ruhiges Leben suchten. Der britische Verwaltungsbeamte in Indien richtete sich mehr und mehr am Wohlergehen des indischen Volkes aus, am Wohlergehen dieses großen Völkergemisches auf dem Kontinent, das durch Rasse, Kaste, Sprache und Religion getrennt ist. ...
Wenn wir über Jahre zurückblicken, sind wir sehr stolz auf die Arbeit, die unsere Mitbürger in Indien getan haben. Natürlich gab es Fehler, gab es Fehlschläge, aber wir können bekräftigen, daß unsere Herrschaft über Indien den Vergleich mit jeder anderen Nation aushält, die ein Volk zu regieren hatte, das so unterschiedlich von ihr selbst ist. ...
Darf ich hier an etwas erinnern, das man oft vergißt: So wie Indien seine Einheit und Freiheit von äußerer Aggression den Briten verdankt, so war der indische "National Congress" gegründet und angeregt von Menschen unserer eigenen Rasse, und schließlich, daß jede Beurteilung unserer Regierung in Indien durch Inder nicht auf der Grundlage dessen geschieht, was für die indische Vergangenheit galt, sondern aufgrund der Prinzipien, die wir ihnen selbst eingeflößt haben. ...<<

06.08.1947

Berlin: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 6. August 1947 auf einer Großkundgebung in Berlin die Politik der SED (x111/353): >>Wir haben den echten Separatismus hier im Osten erlebt. Das deutsche Volk will zueinander, aber die deutschen Kommunisten, das sind die Separatisten der Ostzone. ...

Und da erklären wir deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Politik dieser kommunistischen Idee: Wir Sozialdemokraten, wir wollen die demokratische Republik, aber wir wollen nicht die Volksrepublik Sepistan. ...<<

14.08.1947

WBZ: 22 SS-Angehörige und Wachleute des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald werden am 14. August 1947 in Dachau zum Tod durch den Strang verurteilt.

15.08.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 15. August 1947 den Befehl, illegal eingewanderte Grenzgänger in die sowjetische Besatzungszone abzuschieben.

Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 15. August 1947 über ein Heimkehrerlager in Willingen im hessischen Bergland (x043/297): >>In Willingen ... finden Heimkehrer aus Rußland Erholung nach schweren Jahren. ...

Manchmal treffen sie - ausgemergelte, humpelnde, abgerissene Gestalten - mit anderen zusammen, die gutgenährt und braungebrannt aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft gekommen sind. ...

Ein Bericht der amerikanischen Militärregierung stellt fest: "Alle aus der Sowjetunion in die amerikanische Zone zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen befinden sich in so schlechter körperlicher Verfassung, daß sie zu jeder Arbeit unfähig sind, und manche von ihnen werden nie wieder arbeiten können. ...<<

Großbritannien: Indien und Pakistan werden am 15. August 1947 in die Unabhängigkeit entlassen.

In den folgenden Jahren erfolgt schließlich die Auflösung des Kolonialgebildes British Commonwealth of Nations.

Indien: Mit Glockengeläut und Feuerwerk feiern die Inder am 15. August 1947 in Neu-Delhi ihre Unabhängigkeit und das Ende der über 190 Jahre dauernden britischen Kolonialherrschaft (x175/430).

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das Ende des britischen Empires (x364/166-167: >>… **Die Liquidierung des Empires**

Mit der Stagnation der englischen Wirtschaft schnellte die Inflation in die Höhe. Um England über Wasser zu halten, wurden seiner Wirtschaft massive Dollarspritzen verabreicht, die der amerikanische Steuerzahler spendierte, und zwar entweder durch Direktkredite oder den Internationalen Währungsfonds.

Den Briten wurden immer höhere Steuerlasten aufgebürdet, die aber wenig halfen, das unvermeidliche Ende abzuwenden. Im Jahr 1949 erlitt das einstmals stolze englische Pfund Sterling eine massive Abwertung.

Ebenfalls im Jahr 1949 erklärte Sir Stafford Cripps, ein führendes englisches Kabinettsmitglied, "die Liquidierung des British Empire ist eine wesentliche Voraussetzung für den Sozialismus".

Einige Jahre später äußerte ein anderer Sozialist Fabianscher Couleur, Arthur Skeffington, "wir als Sozialisten glauben sicher, daß die einzige Zukunft für eine gesunde Entwicklung in den Kolonialgebieten auf den Grundsätzen des Sozialismus basieren muß".

Das einstmals große Britannien schrumpfte zu einem "Klein-England" zusammen, dem schrecklich verweichlichten "kranken Mann" Europas.

Hoffnungen in jüngster Zeit, die Entdeckung eines großen Erdölvorkommens in der Nordsee werde England auf den Weg zu nationaler Genesung bringen, haben sich in dünne Luft aufgelöst. Die enormen Gewinne daraus sind nicht in die englische Wirtschaft geflossen, um den ungeheuren Druck zu erleichtern, den der Staat dem langgeplagten englischen Steuerzahler aufbürdet, sondern in die Tresore der internationalen Banker in ihrem Hauptquartier "Die City" von London.
Heute steht England am Rande des Vergessens, ruiniert von dem Krebs des Liberalismus. Dieser einst großen Nation wurden der Verstand, das Herz und das Rückgrat von dieser tödlichen Krankheit verzehrt. Die Zeitschrift "US News and World Report" schrieb 1980: "Die meisten Engländer sehen einem trüben Jahrzehnt entgegen. Der Lebensstandard dürfte zweifellos sinken. Die industrielle Produktion lahmt weit hinter anderen großen Nationen hinterher."
Ohne eine dramatische Veränderung - eine tiefgreifende nationale Rückbesinnung, mit der sich England im 17. Jahrhundert erneuerte - wird England weiterhin in Verzweiflung dahinsiechen, bis auch die letzten Krücken von der unsichtbaren Hand beseitigt werden und seinen Kollaps in die totale Namenlosigkeit zulassen, damit es die illuministische Neue Weltordnung zu seiner eigenen mache. …<<
Im Verlauf des Nürnberger Ärzteprozesses im Jahren 1947 betraten die Richter des US-Militärgerichtshofs juristisches Neuland, denn die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen, die man den angeklagten Ärzten zur Last legte, waren unter dem Deckmantel von medizinischen Experimenten erfolgt.
Die Grundlage des Ärzteprozesses bildete der sogenannte Nürnberger Kodex (x1.037): >>1. Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich.
Das heißt, daß die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muß, ihre Einwilligung zu geben; daß sie in der Lage sein muß, unbeeinflußt durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; daß sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muß, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können.
Diese letzte Bedingung macht es notwendig, daß der Versuchsperson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden; sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen.
Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.
2. Der Versuch muß so gestaltet sein, daß fruchtbare Ergebnisse für das Wohl der Gesellschaft zu erwarten sind, welche nicht durch andere Forschungsmittel oder Methoden zu erlangen sind. Er darf seiner Natur nach nicht willkürlich oder überflüssig sein.
3. Der Versuch ist so zu planen und auf Ergebnissen von Tierversuchen und naturkundlichem Wissen über die Krankheit oder das Forschungsproblem aufzubauen, daß die zu erwartenden Ergebnisse die Durchführung des Versuchs rechtfertigen werden.
4. Der Versuch ist so auszuführen, daß alles unnötige körperliche und seelische Leiden und Schädigungen vermieden werden.
5. Kein Versuch darf durchgeführt werden, wenn von vornherein mit Fug angenommen werden kann, daß es zum Tod oder einem dauernden Schaden führen wird, höchstens jene Versuche ausgenommen, bei welchen der Versuchsleiter gleichzeitig als Versuchsperson dient.

6. Die Gefährdung darf niemals über jene Grenzen hinausgehen, die durch die humanitäre Bedeutung des zu lösenden Problems vorgegeben sind.
7. Es ist für ausreichende Vorbereitung und geeignete Vorrichtungen Sorge zu tragen, um die Versuchsperson auch vor der geringsten Möglichkeit von Verletzung, bleibendem Schaden oder Tod zu schützen.
8. Der Versuch darf nur von wissenschaftlich qualifizierten Personen durchgeführt werden. Größte Geschicklichkeit und Vorsicht sind auf allen Stufen des Versuchs von denjenigen zu verlangen, die den Versuch leiten oder durchführen.
9. Während des Versuches muß der Versuchsperson freigestellt bleiben, den Versuch zu beenden, wenn sie körperlich oder psychisch einen Punkt erreicht hat, an dem ihr seine Fortsetzung unmöglich erscheint.
10. Im Verlauf des Versuchs muß der Versuchsleiter jederzeit darauf vorbereitet sein, den Versuch abzubrechen, wenn er auf Grund des von ihm verlangten guten Glaubens, seiner besonderen Erfahrung und seines sorgfältigen Urteils vermuten muß, daß eine Fortsetzung des Versuches eine Verletzung, eine bleibende Schädigung oder den Tod der Versuchsperson zur Folge haben könnte.
Zitiert nach: Mitscherlich & Mielke (Hrsg.), 1960 – Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Frankfurt am Main, Fischer. S. 272 ff. Ethikkommission DGP e.V. http://ethik.dg-pflegewissenschaft.de<<
Nach dem Ende des Ärzteprozesses wurde der Nürnberger Kodex als völkerrechtlich verbindliche Richtschnur für die Beteiligten an medizinischer Forschung verkündet und Teil des Völkerrechts. Der Nürnberger Kodex wurde später von den nationalen und internationalen medizinischen Organisationen kaum beachtet. In dem Urteil des Bundesverfassungerichts von 1983 zur informellen Selbstbestimmung und in Deklarationen des Weltärztebundes wurde der völkerrechtliche Status des Nürnberger Kodex jedoch bestätigt.

16.08.1947

SBZ: Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947 werden "Sonderstrafkammern" der Landgerichte gebildet, um die Entnazifizierung durchzuführen.
In der sowjetischen Besatzungszone dient die Entnazifizierung hauptsächlich dazu, die NS-Führungsschicht, Kapitalisten und sog. "Staatsfeinde" auszuschalten. Die sowjetische Besatzungsmacht enteignet grundsätzlich alle Besitzer von Produktionsmitteln, falls man ihnen eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime zur Last legen kann. Ferner entläßt man in Mitteldeutschland alle "politisch belasteten" Richter, Verwaltungsbeamte und Lehrer aus dem öffentlichen Dienst.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Entnazifizierung" in der SBZ (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der SBZ war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte
a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 (als wirtschaftliche und berufliche Maßreglung) durch "Entnazifizierungskommissionen";
b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... (als gerichtliche Bestrafung) durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.
Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der SBZ wurden nie veröffentlicht. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110): >>Nach Art. 23 der Verfassung dürfen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung vorgenom-

men werden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.
In einigen Enteignungsgesetzen ist eine Entschädigung vorgesehen. Diese Ansprüche stehen jedoch oft nur auf dem Papier. Der Mißbrauch des Eigentums hat nach Art. 24 grundsätzlich entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Private wirtschaftliche Unternehmen, "die für die Vergesellschaftung geeignet sind", können enteignet werden. Alle Bodenschätze, Naturkräfte, Bergwerke sowie die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind gemäß Art. 27 und 25 der Verfassung verstaatlicht worden.
Schon vor dem Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmungen war das private Eigentum mehreren Enteignungsaktionen ausgesetzt. Durch die bereits 1945 eingeleitete Bodenreform wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha enteignet.
Die nach Befehl Nr. 124 der SMAD angeordnete Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" wurde als Vorwand benutzt, die wichtigsten Industriebetriebe mit etwa 40 % der Gesamtproduktion in Volkseigentum zu überführen.
Der SMAD-Befehl 201 vom August 1947 leitete die nächste Enteignungswelle ein, in der das Vermögen angeblicher Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Strafurteile eingezogen wurde.
Die Vermögenseinziehung ist dann regelmäßig auch in anderen politischen Strafverfahren nach Art. 6 der Verfassung der Kontrollratsdirektive 38 und in zahlreichen Wirtschaftsstrafsachen verhängt worden. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Eigentum" in der SBZ (x009/105-106): >>Einen einheitlichen Eigentumsbegriff gibt es nicht mehr.
Man unterscheidet zwischen staatlich-sozialistischem Eigentum oder Volkseigentum, genossenschaftlich-sozialistischem Eigentum sowie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln.
Das "Volkseigentum" ist die höchste Form des gesellschaftlichen Eigentums. Eigentümer ist das "gesamte werktätige Volk in Gestalt seines Staates". "Volkseigentum" ist also gleichzusetzen mit dem Staatseigentum. Es ist "die entscheidende ökonomische Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht". Es entstand durch Enteignung.
Das genossenschaftliche sozialistische Eigentum ist gegenüber dem "Volkseigentum" gesellschaftliches Eigentum einer niederen Entwicklungsstufe, weil hier nur ein bestimmtes Produktions- oder Verbraucherkollektiv Eigentümer ist. Es entsteht durch Sozialisierung des Privateigentums der in den Genossenschaften vereinigten Bürger. ...
Das Privateigentum ist seit 1945 durch Enteignung stark reduziert worden. Zahlreiche Verfügungsbeschränkungen, vor allem für das Grundeigentum, haben den Begriff des privaten Eigentums ausgehöhlt. So bedarf die wirksame Übereignung eines bebauten oder unbebauten Grundstücks einer Genehmigung. ...
Das persönliche Eigentum ist das durch "eigene gesellschaftliche Arbeit" erworbene Eigentum an Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Hierzu werden auch Siedlungshäuser und Eigenheime gerechnet, nicht dagegen der Grund und Boden, der niemals Objekt des persönlichen Eigentums sein kann.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Periodisierung" (Klassenkampf) in der SBZ (x009/325): >>Nach der marxistischen Theorie entwickelt sich die menschliche Gesellschaft in einer Kette von Klassenkämpfen. ...
Die erste Phase nach der Kapitulation von 1945 wird dementsprechend für die SBZ als Periode der "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" bezeichnet, in der die "Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution" auf der Tagesordnung stand. Diese Periode endete mit der Gründung der DDR im Oktober 1949.
Ihre wesentlichen Kriterien sind: Enteignung des Großgrundbesitzes (Bodenreform), Enteignung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, Zerschlagung der Reste des alten

Verwaltungs- und Justizapparates sowie die sog. demokratische Bildungsreform.
Zugleich wurde ab Mitte 1948 durch die Umbildung der SED in eine bolschewistische Kaderpartei die Grundlage für die Inangriffnahme der "proletarischen Revolution" geschaffen.
Mit der zwischen 1949 und 1952 durchgeführten Unterwerfung aller übrigen Parteien und Organisationen vollzog sich der Übergang von der "antifaschistisch-demokratischen" Periode zur Volksdemokratie.
Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" proklamiert. Völlige Zentralisierung der Verwaltung, strikte Unterordnung des Staatsapparates unter die Befehlsgewalt der SED, volle Verstaatlichung der Industrie und Teilkollektivierung der Landwirtschaft sind die entscheidenden Maßnahmen in dieser Periode.
Auf dem V. Parteitag der SED proklamierte Ulbricht den Übergang in die neue Phase der Vollendung des Sozialismus. In dieser Periode erfolgte im April 1960 der Abschluß der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.
Diese parteioffizielle Periodisierung unterschlägt allerdings die entscheidende Tatsache, daß diese gesellschaftlichen Prozesse, die die einzelnen Phasen kennzeichnen, keineswegs aus innerem Zwang, aus den Bedürfnissen und der Bereitschaft der Bevölkerung erfolgten, sondern als eindeutiges Diktat einer kleinen Minderheit.
Dieses Diktat wurde zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von der im Schutze ihrer Bajonette arbeitenden SED-Führung ausgeübt, der es bis heute nicht gelungen ist, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen und damit den Akt der "kalten Revolution" zu legalisieren.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsapparat" der SBZ (x009/416): >>Zum Staatsapparat gehören nach kommunistischer Lesart die Regierung, der Verwaltungsapparat, die Streitkräfte, die Polizei, der Sicherheitsdienst, die Gerichte und Staatsanwaltschaften.
Der Staatsapparat wird als "Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus" mit "politisch-erzieherischen und wirtschaft-organisatorischen Funktionen" bezeichnet. Grundlegendes Organisationsprinzip des Staatsapparates ist der demokratische Zentralismus. Verpflichtendes Arbeitsprinzip ist die Parteilichkeit im Sinne der SED, die über die regionalen und zentralen Organe den Staatsapparat kontrolliert und anleitet.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet später über die "Demokratie" in der SBZ (x009/92): >>... Nach Auffassung Marx' und Engels' ist in der Demokratie die Ausbeutung nicht aufgehoben. ...
Dennoch stellt nach klassisch-marxistischer Auffassung die bürgerliche Demokratie einen Fortschritt gegenüber dem absolutistischen Feudalstaat dar, weil sie dem Proletariat das Wahlrecht, Rede- und Koalitionsfreiheit bringt und damit erleichternde Voraussetzungen für die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung schafft.
Die bürgerliche Demokratie ist zwar eine "Diktatur der Minderheit über die Mehrheit", der Bourgeoisie über das Proletariat, bildet aber ein erstrebenswertes Übergangsstadium auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus und damit zu einer "Diktatur der Mehrheit über die Minderheit". Noch Lenin erklärte: "Die reine Demokratie ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält" (Ausgewählte Werke, Bd. 2, Moskau 1947, S. 423).
Mit dem Eintritt der Sowjetunion in die Weltpolitik (Aufnahme in den Völkerbund 1934) erfuhr ihre Einstellung zur Demokratie eine Wandlung, die mit dem anglo-amerikanisch-sowjetischen Bündnis von 1941 abgeschlossen wurde. Die Sowjetunion glaubte, ihre weltanschaulichen Gegner mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem sie die Staatsform der Sowjetunion als die wahre Demokratie, als eine "Demokratie für die Werktätigen, eine Demokratie für alle" und damit als "reale Demokratie" gegenüber der bloß "formalen" bürgerlichen

Demokratie bezeichnete.
Der Begriff Demokratie wurde nach dem Kriege in den Satellitenstaaten und der SBZ zur Kennzeichnung des Übergangszustandes auf dem Wege zur Bolschewisierung durch die Begriffe Volksdemokratie oder Antifaschistisch-demokratische Ordnung willkürlich gedehnt und mißbraucht.
In jüngster Zeit wird das Bestreben der ehemaligen Kolonialländer nach Unabhängigkeit unter dem Begriff der Nationaldemokratie von den Bolschewisten auf sowjetische Empfehlung hin positiv gewertet, da man darauf spekuliert, die Entwicklungsländer gegen das kapitalistische Lager zu gewinnen.<<

20.08.1947

WBZ: In Nürnberg wird am 20. August 1947 im ersten NS-Ärzteprozeß (gegen 23 ehemals führende nationalsozialistische Mediziner) das Urteil verkündet.
7 Angeklagte (Karl Brandt, Karl Gebhardt, Rudolf Brandt, Joachim Maugosky, Wolfgang Sievers, Viktor Brack und Waldemar Koven) werden zum Tod durch den Strang, 5 Angeklagte werden zu lebenslänglich Zuchthaus und 4 Angeklagte zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt. 7 Angeklagte werden freigesprochen (x111/356).
Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson und nordamerikanischer Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) berichtet später (x165/-415): >>... Unser erster Prozeß nach Jacksons Ablösung befaßte sich mit deutschen Ärzten, die in Konzentrationslagern unmenschliche Experimente an Gefangenen durchgeführt hatten. Es waren ungefähr 20 Angeklagte, von denen sieben hingerichtet wurden.
Es gab einen Prozeß gegen deutsche Richter, drei Prozesse gegen SS-Angehörige, zwei Prozesse gegen Militärpersonen und einen Prozeß gegen Diplomaten. Drei Prozesse befaßten sich mit der Industrie, mit Flick, der IG Farben und Krupp. Aber bald nahmen die Dinge einen anderen Lauf.
Mit dem ersten erfolgreich abgeschlossenen Prozeß änderte sich das gesamte politische Klima in der Besatzungszone. Der Eiserne Vorhang senkte sich, der Versuch, das besetzte Deutschland gemeinsam zu verwalten, war gescheitert. Dann kam die Berliner Luftbrücke, und die große Feindschaft zwischen Ost und West begann.
Unsere Einstellung gegenüber Deutschland – was das Politische und auch das Militärische betraf – änderte sich von Grund auf. Wir wollten Deutschland auf unserer Seite sehen. Diese Haltung beeinflußte meiner Meinung nach auch die Urteilssprüche in den noch ausstehenden Prozessen.
Es wurden eine ganze Menge Todesurteile verhängt, hauptsächlich gegen SS-Leute, die unmittelbar für die Judenvernichtung verantwortlich waren. Zahlreiche dieser Urteile waren noch nicht vollstreckt, als General Clay, der Chef der Militärregierung im besetzten Deutschland, abgelöst wurde. John McCloy, der seinen Platz als Hochkommissar einnahm, hob viele dieser Todesurteile auf. Nur noch fünf Personen wurden hingerichtet.<<
Der ehemalige bayerische Scharfrichter Johann Reichart (1893-1972, "König der deutschen Henker", richtete allein in Stadelheim 1.200 Gegner des Nationalsozialismus hin) wird am 20. August 1947 von der Spruchkammer München zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt (x111/-356).

09.09.1947

WBZ: Die Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtet am 9. September 1947 über die Entnazifizierung (x116/20): >>... Nach der Kapitulation trat die Naivität der Deutschen erschreckend zutage, die mit sofortiger Ankurbelung der Wirtschaft, Aufbau der zerstörten Städte, Sendung von Lebens- und Genußmitteln rechneten.
Schuldgefühl, Scham, das Gefühl zur Verpflichtung der Wiedergutmachung fanden sich eigentlich nur bei der oben beschriebenen Minderheit der "Konsequenten", die die geringste

moralische Schuld hatte. Man schimpfte auf die "Verbrecher", die "großen Nazis", aber weniger weil diese den Krieg begonnen, sondern weil sie ihn nicht rechtzeitig beendet hatten. ...
Die politische Unreife des deutschen Volkes zeigt immer wieder die große Aufgabe der Presse und Parteien. Sie müssen das Volk erziehen, indem sie ihm unbequeme Wahrheiten sagen.<<

12.09.1947

USA: Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßt am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.
Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.
Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<
Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtet später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. …
Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<
Der 6. US-Präsident John Quincy Adams (1767-1848) warnte bereits am 4. Juli 1821 (x342/10): >>… (Amerika) sollte nicht im Ausland nach Monstern suchen, die es zerstören kann … Es könnte der Diktator der Welt werden; es würde seinen eigenen Geist verlieren.<<

15.09.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 15. September bis zum 12. Oktober 1947 täglich nur 1.432 Kalorien zugeteilt.

19.09.1947

Ostdeutschland: Stettin wird aufgrund einer sowjetisch-polnischen Vereinbarung am 19. September 1947 der polnischen Verwaltung unterstellt (x039/230).

20.09.1947

Berlin: Oberst Tulpanow (Chef der sowjetischen Informationsabteilung) eröffnet am 20. September 1947 den II. SED-Parteitag (x116/25): >>Heute haben sich schon 2 Deutschlands herausgebildet, und die Demarkationslinie ist deutlich sichtbar; aber sie scheidet nicht das westliche von dem östlichen, nicht das südliche von dem nördlichen Deutschland.
Nein, so ist das nicht. Das eine ist das Land aller fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse und der intellektuellen Schichten. Das zweite Deutschland ist das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das blutige Gemetzel des imperialistischen Krieges jagen wollen, daß das Monopolkapital vorbereitet.
Dieses Deutschland wird freiwillig oder unfreiwillig zur ausländischen Agentur. ...<<

28.09.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

30.09.1947

UdSSR: Das sowjetische Politmitglied Shdanow erläutert am 30. September 1947 die Gründe des "Kalten Krieges" (x073/227): >>... Solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären Kreise Englands und der USA nicht, die Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewußt waren, daß die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren.

Aber bereits in den letzten, dem Kriegsende vorangehenden Monaten begann die Situation sich zu ändern. Bereits im Laufe der Besprechungen auf der Berliner Konferenz der 3 Mächte im Juli 1945 zeigten die anglo-amerikanischen Imperialisten, daß sie nicht gewillt waren, die legitimen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder zu berücksichtigen.<<

September 1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder wird im September 1947 aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert.

Von Mai 1945 bis September 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).

Berlin: Im Treptower Park beginnt im September 1947 der Bau eines riesigen Ehrenmals (größtes antifaschistisches Denkmal in Westeuropa) für die gefallenen Soldaten der Rote Armee.

UdSSR: Georgij Malenkov, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, berichtet im September 1947 über die Politik der Sowjetunion und der USA (x067/166-167): >>... In den durch die Ausschaltung der Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan, und durch die Schwächung Englands und Frankreichs entstandenen Verhältnissen sind die USA zu einer neuen unverhüllten Expansionspolitik übergegangen, die auf die Herstellung der Weltherrschaft gerichtet ist.

Unter diesen neuen Nachkriegsverhältnissen vollzieht sich eine Wandlung in den Beziehungen zwischen den Kriegverbündeten von gestern, die gemeinsam gegen das faschistische Deutschland und das imperialistische Japan gekämpft haben. Es bildeten sich zwei entgegengesetzte Richtungen in der internationalen Politik heraus.

Die eine Politik wird von der Sowjetunion und den Ländern der neuen Demokratie (spätere Warschauer Pakt-Staaten) verfolgt. Die Außenpolitik der Sowjetunion und der demokratischen Länder ist auf die Untergrabung des Imperialismus, auf die Sicherstellung eines festen demokratischen Friedens zwischen den Völkern und auf den größtmöglichen Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit der friedliebenden Völker gerichtet. ...

In der anderen Richtung der internationalen Politik ist die herrschende Clique der amerikanischen Imperialisten führend. In dem Bestreben die Position zu festigen, die das amerikanische Monopolkapital während des Krieges in Europa und Asien erobert hat, hat diese Clique nun den Weg der offenen Expansion betreten, den Weg der Versklavung der geschwächten kapitalistischen Länder Europas, der Versklavung der kolonialen und abhängigen Länder, den Weg der Vorbereitung neuer Kriegspläne gegen die UdSSR und Länder der neuen Demokratie, wobei sie sich des Vorwandes eines Kampfes gegen die "kommunistische Gefahr" bedient.

Den klarsten und konkretesten Ausdruck fand diese Politik des amerikanischen Kapitals in den Plänen von Truman und Marshall ...<<

01.10.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay erklärt am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Le-

bensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).
UdSSR: Andrei A. Shdanow (1896-1948, enger Mitarbeiter Stalins) erklärt am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/380-382):
>>Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Krieg haben das ganze politische Weltbild verändert.
Es ist zu einer Neuaufteilung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird, der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich zwei Grundtendenzen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager entsprechen:
In das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA.
Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. Das imperialistische Lager unterstützen auch die Kolonialstaaten, wie Belgien und Holland, Länder mit reaktionären antidemokratischen Regimes, wie die Türkei und Griechenland, die politisch und wirtschaftlich von den USA abhängen, wie die Staaten des Nahen Ostens, Südamerika und China.
Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allerorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen profaschistischen Regimes und Bewegungen.
Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie.
Zu ihnen gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänen, Ungarn und Finnland. An das antiimperialistische Lager schließen sich Indonesien und Vietnam an. Indien, Ägypten und Syrien sympathisieren mit ihm.
Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung in allen Ländern, auf die kommunistischen Bruderparteien, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen und unabhängigen Ländern, auf die Unterstützung der in jedem Land vorhandenen progressiven demokratischen Kräfte.
Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und der imperialistischen Expansion, die Befestigung der Demokratie und die Ausrottung der Überreste des Faschismus.
Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat alle freiheitsliebenden Völker die überaus wichtige Aufgabe der Gewährleistung eines stabilen demokratischen Friedens gestellt, der den Sieg über den Faschismus festigt. Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe fällt die führende Rolle der UdSSR und ihrer Außenpolitik zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des Sowjetstaates, der jeglichen aggressiven, ausbeuterischen Gelüsten zutiefst fremd ist und an der Schaffung der günstigsten Bedingungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft interessiert ist. Eine dieser Bedingungen ist der äußere Friede. ...
Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß die beiden Systeme, das des Kapitalismus und das des Sozialismus, auch eine lange Periode gemeinsam bestehen werden. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.
Eine ganz entgegengesetzte Politik betreiben England und Amerika in der UNO. Sie machen alles, um sich von den früher übernommenen Verpflichtungen loszusagen und sich die Hände freizumachen für eine neue Politik, die nicht auf die Zusammenarbeit der Völker berechnet ist, sondern darauf, sie gegeneinander aufzuhetzen.

Die Sowjetpolitik hält sich an den Kurs der Aufrechterhaltung loyaler gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Staaten, die den Wunsch nach Zusammenarbeit bekunden. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens lehnt die sowjetische Außenpolitik den Grundsatz der Rache gegenüber den Völkern ab.
Wie bekannt ist, ist die UdSSR für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demilitarisierten, demokratischen Deutschlands. Genosse Stalin wies darauf hin, als er die Sowjetpolitik in bezug auf Deutschland formulierte, daß die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage auf die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands hinausläuft. Dies ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Errichtung eines stabilen, langen Friedens.
Doch diese Politik der UdSSR in bezug auf Deutschland stößt auf den Widerstand der USA und England. Die Tagung des Rates der Außenminister im März und April 1947 in Moskau zeigte, daß die USA, England und Frankreich nicht nur bereit sind, auf die Sprengung der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands einzugehen, sondern sogar auf die Liquidierung Deutschlands als einheitlicher Staat, auf seine Zergliederung und auf eine Separatlösung der Frage des Friedens.
Diese Politik wird unter den neuen Verhältnissen betrieben, da Amerika mit dem alten Kurs von Roosevelt gebrochen hat und zu einer neuen Politik übergeht - zur Politik der Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer ...
Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunützen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.
In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...
Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marschall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...
Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.
Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marschall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren. Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands.
Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen.
Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...
Auf den Schultern der kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und

anderer Länder liegt eine besondere Aufgabe. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder in ihre Hände nehmen.
Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen festen Frieden und eine Volksdemokratie stehen werden, auf der Wacht der nationalen Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder, wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

11.10.1947

SBZ: Der stellvertretende SED-Vorsitzende Walter Ulbricht fordert am 11. Oktober 1947 größere Arbeitsleistungen (x156/48-49): >>... Jetzt kommt es darauf an, daß sich die neue, demokratische Wirtschaftsordnung bewährt durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen Lage des Volkes. Dabei müssen die Belegschaften der volkseigenen Betriebe vorangehen. Mögen die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure dieser Betriebe es als ihre höchste Ehre betrachten, zeigen zu können, daß die Volksinitiative der "privaten Initiative" in den großkapitalistischen Betrieben Westdeutschlands überlegen ist. ...
Auf dem Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir den deutschen Plan des Neuaufbaus begründet, der ausgeht von der Intensivierung der Landwirtschaft, der planmäßigen Steigerung der Produktion, der Verbesserung der deutschen Qualitätsarbeit und der Entwicklung des Interzonen- und Außenhandels unter möglichster Vermeidung von Rohstoffexporten. Der Schlüssel zur Verwirklichung dieses Planes ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Verkehrswesen.
Die Hauptkraft zur Lösung dieser großen Aufgabe sind die Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure. Sie befinden sich in der neuen demokratischen Ordnung in einem neuen Verhältnis zur Wirtschaft. In den volkseigenen Betrieben arbeiten sie nicht mehr für Konzernherren oder andere Ausbeuter. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte ist unmittelbar an der Steigerung der Produktion und an der Erhöhung der Arbeitsdisziplin interessiert, denn davon hängt jetzt die bessere Versorgung der Werktätigen ab.
Der Befehl Marschall Sokolowskis (SMAD-Befehl Nr. 234) zeigt den Weg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Überwindung von Gleichgültigkeit und Bummelei, er ruft das arbeitende Volk auf, besser zu arbeiten, die berufliche Qualifikation der Arbeiter zu erhöhen, die Sabotage des Gegners rücksichtslos zu bekämpfen, das Schiebertum zu liquidieren und dadurch die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern.
Jetzt kommt es darauf an, in jedem Betrieb den Produktionsplan zur Sache der ganzen Belegschaft zu machen, durch regelmäßige Produktionsberatungen die Arbeitsorganisation zu verbessern, die Qualität der Arbeit zu erhöhen und für die bestmögliche Ausnutzung der Rohstoffe zu sorgen.
Wieviel Rohstoffe werden heute noch für die Herstellung unnützer Waren verwendet, während man mit den gleichen Rohstoffen nützliche Gegenstände des Massenbedarfs herstellen könnte. Wieviel Rohstoffabfälle gibt es heute noch in den Betrieben, die sehr wohl für die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für die Werktätigen ausgenutzt werden könnten. Mögen die Ingenieure und Techniker, deren technische Kenntnisse so lange für Vernichtungszwecke ausgenutzt wurden, nunmehr beweisen, daß sie durch ihre Erfindungen, durch ihre Vorschläge für die Einsparung von Rohstoffen wirkliche Ingenieure des friedlichen Aufbaus sind.
Es ist an der Zeit, daß neue Methoden der Arbeit Anwendung finden. Der Wettbewerb zwischen den volkseigenen Betrieben ist zu entfalten, und die Bummelei, Gleichgültigkeit,

schlechte Arbeitsorganisation, Vernachlässigung des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge sollen in Betriebswandzeitungen und in der Tagespresse selbstkritisch behandelt werden.<<

16.10.1947

WBZ: Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläutern am 16. Oktober 1947 die am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/-379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßt 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollen (x111/379).

Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergeben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken ist und beträchtlich unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht liegt. Die Tuberkuloseerkrankungen haben gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).

23.10.1947

USA: In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisieren am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<

25.10.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1947) berichtet am 25. Oktober 1947 über ein Gespräch mit dem britisch-jüdischen Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortet nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt"): >>**ICH ACHTE DIE DEUTSCHEN**

Wenn ich für christliche Liebe gegenüber dem deutschen Volk eingetreten bin und auch gegenüber meinem eigenen Volk, dann habe ich es nicht getan, wie einige törichte Engländer oder Deutsche geglaubt haben, weil ich kein Gefühl für das hätte, was geschehen ist, weil ich die Bedeutung von Auschwitz oder Belsen nicht erkannt hätte oder weil ich nichts davon wüßte. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe selbst Beweismaterial in der Hand gehabt, und ich muß sagen, daß ich die Bedeutung durchaus nicht unterschätze, im Gegenteil.

Diese Greuel waren, aber nur möglich durch die grundfalsche Auffassung einer Gruppe von Menschen, die nicht mehr den Menschen, sondern nur noch die Materie in ihm sah. Man muß dagegen ankämpfen, nicht in einer lehrhaften dogmatischen Weise, sondern man muß durch Beispiele zeigen, daß der andere Weg falsch war. Wie sehr sich der Mensch bessert, hängt von dem Maße ab, in dem ihm Verständnis und guter Wille gezeigt wird.

Ich selbst bin Vater von fünf Töchtern im Alter von 17 bis 25 Jahren und bin in der Erziehung von Menschen nicht ganz unerfahren. Wenn man in einem Moment des Ärgers einem Kind gegenüber unfreundlich ist, so wird es störrisch und hartnäckig. Kommt man ihm aber mit Verständnis, Liebe und Güte entgegen, dann löst sich sofort die Schranke, und man hat wieder ein gutes Verhältnis hergestellt. Wir sollten und müssen wünschen, immer das Gute zu tun und nur das Gute anzunehmen.

Ich habe die Beispiele von Auschwitz und Buchenwald nur als Illustration benutzt und möchte es ganz klar aussprechen, daß ich nicht der Ansicht bin, daß das gesamte deutsche Volk schul-

dig sei. Ich halte nichts von der Kollektivschuld. Ich halte diesen Begriff für unchristlich und nicht liberal und im Grunde für eine Naziphrase.
Ich möchte ein Beispiel geben: Wenn hundert Menschen an einem besonderen Verbrechen teilgenommen haben, z.B. einen Mord begingen, dann ist es noch immer falsch zu sagen, daß alle diese Menschen den Mord ausgeführt hätten. Wenn 99 am Morde teilgenommen haben und einer ist unschuldig, dann kann man immer noch nicht sagen, die Gemeinschaft sei schuldig. Wenn man von Gemeinschaftsschuld spricht, ist es, als ob man behaupten wolle, daß jedes Kind schuldig sei, das 1933 geboren wurde. Es ist genau so unsinnig, als wenn man behaupten würde, jedes neugeborene Judenkind sei am Tode Christi schuldig.
Ich sage, daß der Begriff Gemeinschaftsschuld lächerlich ist. Ich möchte die Konzeption der Kollektivschuld ausgelöscht wissen und dafür einen Begriff setzen, der die zukünftige Verantwortung aller Deutschen festlegt.
In Deutschland ist ein schweres Verbrechen begangen worden und nicht nur von der Regierung. Man könnte natürlich in die Geschichte zurückgehen und dabei feststellen, daß alle schuldig waren, auch die Alliierten. Aber schließlich: die überwältigende, endgültige Schuld an all diesen Verbrechen lag an der deutschen Staatsführung. Aus welchen Gründen es immer sein mag, der Deutsche muß empfinden, daß die furchtbare Bedrohung der Kultur von Deutschland ausgegangen ist, und es sollte Sache eines jeden Deutschen sein, sich zu bemühen und zu leben, um dieses große Unglück wieder gutzumachen.
Ich möchte das Wort Vergebung nicht gebrauchen, da ich der Meinung bin, daß nur Gott vergeben kann. Aber nach meiner Auffassung ist es absolut lebensnotwendig, daß auch die Engländer und die Juden den Deutschen vergeben sollten; und es scheint mir auch lebensnotwendig, daß jetzt die Deutschen den Engländern vergeben, was diese im Augenblick tun. Sie sollten die Schwierigkeiten verstehen, sie sollten Gutes wünschen, auch wenn die Engländer Handlungen durchführen, die sie mit Recht mißbilligen. Sie sollten versuchen, sich in die Lage der Engländer hinein zu versetzen. Man kann das. Ich habe mich sogar in die Lage eines SS-Mannes hineinzuversetzen versucht, der im KZ Juden mißhandelt.
Daß ich es ganz klar sage: Viele Deutsche sind nicht geneigt, sich in die Stelle eines Engländers hineinzudenken. Ich habe viele Briefe aus Deutschland bekommen. Man hat mich darin gefragt, ob es demokratisch sei, daß man die Deutschen von 700 Kalorien leben läßt. Möge Gott verhüten, daß ich ihnen nun als Antwort sage: "Habt ihr vergessen, was ihr getan habt?! Habt ihr vergessen, wie es in Belsen und Auschwitz ausgesehen hat?"
Aber so wie ich darauf ausgehe, daß in den Engländern das Gefühl, den Deutschen Gutes zu wünschen, wachsen soll, so möchte ich davon ausgehen, daß in den Deutschen das gleiche Gefühl wächst, nämlich den Engländern Gutes zu wünschen.
Nach meiner Ansicht haben sich die Alliierten nach Kriegsende in Deutschland so benommen, wie man es eben von durchschnittlichen Menschen erwarten muß. Sie haben sich nicht als Heilige, aber auch nicht als Verbrecher gezeigt.
Der Krieg war gerade zu Ende gegangen und schreckliche Dinge ereigneten sieh noch, z.B. die Austreibung der Deutschen aus Polen, die ich besonders bedauert habe. Wenn man die Politik von Potsdam betrachtet, dann ist eigentlich nicht mehr geschehen, als man eben von durchschnittlichen Menschen zu erwarten hatte.
Nun die Ernährungslage. Gerade in dieser Hinsicht bin ich immer wieder für Deutschland eingetreten. Aber die Alliierten haben weder die Deutschen verhungern lassen, noch haben sie Maßnahmen getroffen, sie genügend zu versorgen. Ich bedauere diese Tatsachen natürlich sehr, denn aus der Durchschnittlichkeit kann keine andere Welt geschaffen werden. Wir haben eben als Nation in dieser durchschnittlichen Haltung gehandelt. Möge Gott verhüten, daß ich mir die höhnische Haltung zu eigen mache und den Deutschen vorhalte: "Was hätte Hitler getan, wenn er den Krieg gewonnen hätte. Dann hätte er wahrscheinlich noch schlechter ge-

handelt."
Das ist eine Haltung, die ich ablehne.
Nur durch gemeinschaftliches Wollen kann es zu einer Versöhnung kommen. Man darf es nicht zulassen, daß sich eine neue Feindschaft in Deutschland entwickelt, daß ein neues Rachegelüst entsteht. Nehmen wir den Fall der Ostgrenze. Ich betrachte sie als ein großes Unrecht, ich habe das immer wieder gesagt, und ich scheue mich nicht, es erneut in aller Öffentlichkeit auszusprechen. Es ist aber falsch. Die Deutschen erweisen ihrer Sache den schlechtesten Dienst, wenn sie sich dadurch hinreißen lassen, Gefühlen nachzugeben, die an der Lage doch nichts mehr ändern.
Die Ostgebiete sind verloren, das muß als Tatsache hingenommen werden. Ich werde diese Loslösung der Ostgebiete bis an mein Lebensende sehr bedauern. In derselben Weise aber, wie ich die Rachegefühle eines Juden, der durch die Nazis gelitten hat, für unrecht und boshaft halte, halte ich es für boshaft, wenn die Deutschen nicht über den Verlust der Ostgebiete hinwegkommen. Das Gefühl der Rache muß endgültig ausgeschlossen bleiben.
Noch einen weiteren Punkt möchte ich erwähnen. Ich habe in Deutschland eine besonders starke Neigung zur Verallgemeinerung bemerkt. Man sagt auch hier in England: "Die Deutschen tun dies, die Deutschen tun das. Die Deutschen schicken die Leute in die Konzentrationslager." Und meine Antwort war die: "Was tun die Deutschen in den Konzentrationslagern? Schicken sie sich selbst hinein?"
Genau so ist es mit den Juden. Die einen sagen, der Jude sei Kapitalist oder Kommunist. Es ist dies eine erschreckend unklare Massenbezeichnung. Es gibt nur bestimmte Wesen: Individuen, Deutsche. Engländer, Russen usw. Wenn Deutsche zu mir kamen und sagten: "Die Engländer tun dies", dann antwortete ich: "Meinen Sie mich oder Lord Vansittart?" Besonders aber habe ich diese Meinung den Russen gegenüber bemerkt. Lassen Sie diesen Verallgemeinerungen keinen Platz.
Ich verabscheue den Kreml beinahe so sehr wie Hitler; nicht ganz so, aber beinahe. Wenn ich nun sage, daß es für die Deutschen keine Kollektivschuld gibt, so dürfen sie nicht zulassen, daß man für das, was die russische Staatsführung tut, alle Russen verantwortlich macht. Die Russen sind gerade solche Menschen wie die Deutschen und ich und wir alle. Sie arbeiten genau so wie die Deutschen und wie ich, und sie schreiben Gedichte, wenn Stalin es ihnen erlaubt. Aus dieser unklaren, allgemeinen Feindseligkeit gegen eine gesamte Gruppe von Menschen entstehen die Kriege. Ich bin selbst ganz offen gegen die Staatsführung in Rußland eingestellt, aber ich stehe unbedingt auf seiten des russischen Volkes.
Ich - und hier spreche ich für viele Engländer - achte die Deutschen. Ich wünsche ihnen das allerbeste, und ich hoffe, daß die Deutschen genau so die Engländer achten und ihnen das Beste wünschen werden. ...<<

29.10.1947

Berlin: Die katholischen Bischöfe bitten am 29. Oktober 1947 den Alliierten Kontrollrat, die Haftverhältnisse in der SBZ zu prüfen (x111/382): >>Das deutsche Episkopat ist der Meinung, daß die Regeln der Menschlichkeit und Gerechtigkeit auch auf eine besiegte Nation Anwendung finden sollten.
Unter den von den Russen internierten Zivilpersonen befindet sich eine große Zahl von Frauen und Kindern. ...<<

31.10.1947

SBZ: Ein sowjetisches Militärgericht verurteilt am 31. Oktober 1947 vierzehn ehemalige SS-Wachleute des Konzentrationslagers Sachsenhausen zu lebenslanger Zwangsarbeit.

Oktober 1947

Frankreich: Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt im Oktober 1947 in der Pariser Zeitung "Combat" über das besiegte und zerstörte Deutschland

(x075/14-15): >>... Der junge Deutsche betrachtet sich als nicht verantwortlich für die wahnsinnigen Verbrechen des Hitlerregimes.
Damit hat er recht. Für die Kinder und die Jugendlichen gibt es keine kollektive Verantwortung. Die Politik gegenüber der deutschen Jugend sollte deshalb klar und eindeutig sein. Sobald erst einmal öffentlich verlautbart ist, daß sie nicht für verantwortlich gehalten wird, sollte ihr Türen geöffnet, sollte sie informiert und mit der Jugend anderer Länder zusammengebracht werden. ...
... Es sei angeblich noch zu früh, junge Deutsche nach Frankreich kommen zu lassen.
Worauf wartet man eigentlich noch? Darauf, daß die Franzosen die Besatzung, die Erschießungen, die Lager vergessen?
Nein, im Gegenteil, es ist zu hoffen, daß sie das alles niemals vergessen! Sie sind es sich sogar schuldig, diese jungen Leute eingedenk dessen zu empfangen, eben um die Wiederkehr ähnlicher Schrecknisse zu vermeiden.
Die deutsche Jugend ist verunsichert, sie sucht ihren Weg. ...<<

02.11.1947

WBZ: Nach den heftigen Protesten gegen die noch geplanten Demontagen erklären am 2. November 1947 die Vorsitzenden des Alliierten Kontrollrates für die Bizone (x111/385): >>... Im Demontageplan für die Bizone sind 302 Werkeinheiten, die ausgesprochen der Kriegsindustrie angehören, zur Abmontierung vorgesehen. Sie stellen 44 % der geplanten Demontage dar. ...
Von den 380 Betrieben, die abmontiert werden sollen, die noch nicht ausschließlich der Kriegsproduktion gedient haben, entfallen 92 auf die Eisen- und Stahlindustrie und 224 auf den Maschinenbau.<<

03.11.1947

Berlin: Der Chef der polnischen Militärmission in Berlin fordert am 3. November 1947 in einer Note an den Alliierten Kontrollrat ein Verbot aller revisionistischen Forderungen in Deutschland (x111/385).

WBZ: Im sog. "Pohl-Prozeß" werden am 3. November 1947 Oswald Pohl und drei weitere Angeklagte zum Tod verurteilt.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Pohl-Prozeß" (x051/447): >>Pohl-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof III der USA in Nürnberg gegen den Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts der SS (WVHA), Oswald Pohl, und 17 seiner leitenden Mitarbeiter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 4).
Die Angeklagten wurden im Wesentlichen beschuldigt, für Morde und andere Verbrechen zum Nachteil von Häftlingen in den vom WVHA verwalteten KZ und betriebenen SS-Wirtschaftsunternehmen verantwortlich zu sein.
Durch Urteil vom 3.11.47 wurden Pohl und drei weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwölf Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von zehn Jahren bis lebenslänglich, drei Angeklagte sprach das Gericht frei.
Auf Anträge der Verteidigung hin revidierte das Gericht am 11.8.48 sein Urteil: Eine Todesstrafe wurde in lebenslänglich Gefängnis umgewandelt und drei Haftstrafen herabgesetzt.
Durch Gnadenerlaß vom 31.1.51 wandelte der US-Hochkommissar McCloy zwei weitere Todesstrafen in zeitige Freiheitsstrafen um und setzte alle Freiheitsstrafen herab. Pohl wurde am 8.6.51 hingerichtet.<<
In den Lagern der britischen Zone halten sich noch rund 212.000 Displaced Persons auf (x111/385).

05.11.1947

Ostdeutschland: Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947

besetzen polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin.
Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wird im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).

06.11.1947

WBZ: Die französische Demontageliste wird am 6. November 1947 veröffentlicht. Diese Liste umfaßt 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke (davon sind 37 Werke der Rüstungsindustrie) in der französischen Zone (x111/386).

15.11.1947

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 15. November 1947 während eines Rundfunkkommentars über den Beginn der Londoner Außenministerkonferenz (x111/390): >>... Nicht der deutsche Wille zur Einheit, sondern der alliierte Wille zur Einigung wird die Zukunft bestimmen. ...
In der Tatsache, daß Deutschland gegenwärtig keine Außenpolitik machen kann, liegt ein wenn auch bitterer Trost:
Wir sind, als hätten wir Urlaub, von den Geschäften der Geschichte befreit und haben Zeit, uns um unsere geistige Gesundheit zu kümmern.<<

17.11.1947

Frankreich: Die französische Regierung rechtfertigt am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellt fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.
Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<

20.11.1947

WBZ: Im Saarland wird am 20. November 1947 die französische Währung als gesetzliches Währungsmittel eingeführt und damit der wirtschaftliche Anschluß des Saarlandes an Frankreich vollzogen (x111/391).

21.11.1947

WBZ: 91 % der Studenten und 81 % der Studentinnen der Universität Frankfurt/Main besitzen am 21. November 1947 ein Untergewicht von mehr als 10 kg (x111/392).

24.11.1947

WBZ: Während einer Tagung des Zonenbeirates in Hamburg spricht Konrad Adenauer am 24. November 1947 über die Bildung eines westdeutschen Staates (x156/54-55): >>Morgen, am 25. November, tritt die Londoner Konferenz zusammen.
Diese Konferenz ist in erster Linie einberufen, um über deutsche Schicksalsfragen zu entscheiden. Deutschland ist nicht vertreten auf dieser Konferenz.
Wir, die wir heute am Tage vor diesem Zusammentreffen uns hier zusammengefunden haben, erfüllen eine Gewissenspflicht und darüber hinaus eine Herzenspflicht, wenn wir den in London versammelten Mächten zurufen, daß das gesamte deutsche Volk sich darin einig ist, daß es die deutsche Einheit erhalten will.
Ich glaube, daß das gesamte deutsche Volk sich auch in der Überzeugung einig ist, daß die Zerreißung und Verstümmelung Deutschlands für die deutsche Frage und für das Schicksal Europas, für die Zukunft Europas in gleicher Weise bedeutungsvoll sein würden.
Was wir Deutschen - ich glaube, auch darin sind wir einer Meinung - wollen, ist, daß die Zonengrenzen verschwinden, ist, daß Deutschland unter eine Kontrollinstanz gestellt wird, das ist weiter das Verlangen, daß diese Instanz sich auf die Kontrolle beschränkt und nicht eine Verwaltung ausübt, das ist weiter die Forderung, daß die deutschen Gesetze in Zukunft nicht mehr der Genehmigung, das heißt der einstimmigen Zustimmung der in der Kontrollinstanz vertretenen Mächte bedürfen, sondern daß die Gesetze automatisch dann in Kraft treten, wenn

nicht innerhalb einer zu bestimmenden Frist ein einstimmiges Veto der kontrollierenden Instanz vorliegt.
Man hat sich in den letzten Monaten angeschickt, den deutschen Stellen mehr Kompetenzen zu geben. Aber man muß sich darüber klar sein, daß das, was bisher eingeräumt ist, bei weitem nicht genügt. ...
Was wir an die Londoner Konferenz noch weiter richten, das ist die dringende Bitte, nun endlich dem deutschen Volke den Wiederaufbau Deutschlands unter eigener Verantwortung in die Hände zu geben. ...
Wir legen in der zukünftigen Verfassung noch auf zwei Dinge entscheidenden Wert: einmal auf die Schaffung eines Staatsgerichtshofes.
Diesen Staatsgerichtshof müssen wir unabhängig machen, so denkbar unabhängig, wie das überhaupt möglich ist. Dieser Staatsgerichtshof soll die Aufgabe haben, einmal die Zentralgewalt zu schützen vor Ungehorsam oder Übergriffen der Länder. Umgekehrt soll dieser Staatsgerichtshof auch die Aufgabe haben, die Länder zu schützen gegenüber Übergriffen seitens der Zentralgewalt.
Dieser Staatsgerichtshof soll weiter die Aufgabe haben, einem jeden Einwohner Deutschlands den nötigen Schutz zu gewähren gegen Beeinträchtigung der ihm verfassungsmäßig zugesicherten Grundrechte. Auch das ist eine absolute Notwendigkeit. Es gibt nicht nur eine Diktatur eines einzelnen, es kann auch eine Diktatur einer parlamentarischen Mehrheit geben, und davor wollen wir einen Schutz haben in der Form des Staatsgerichtshofes. Auch darin wollen wir aus den Erfahrungen lernen, die wir 1933 gemacht haben.
Ehe eine neue Verfassung das Licht des Tages erblicken wird, wünschen wir ein Statut, das sowohl der Besatzung die Rechte und die Pflichten gibt, die sie haben muß, das den Deutschen ebenfalls ihre Pflichten, aber auch ihre Rechte zuweist.
Für uns ist die Auffassung unerträglich, die in einem Brief an den Oberbürgermeister von Essen zum Ausdruck gebracht worden ist, und zwar über die Rechte der Besatzung. ...
In diesem Brief, den ich erwähnte, ist weiter ausgeführt, daß die Alliierten in Deutschland die gesamte staatliche Macht übernommen hätten, und dann findet sich der Satz, der nach unserer Auffassung niemals mehr wiederholt werden darf, es findet sich der Satz, daß das Recht der Alliierten seine Grenzen nur am eigenen Wille finde. (Hört, hört!)
Das ist für uns untragbar, das sind Worte, wie wir sie niemals wieder zu hören geglaubt haben (Zwischenruf: Sehr gut).
Es ist nicht gesagt: "Grenzen an der Menschlichkeit" oder etwas Derartiges, sondern "am eigenen Willen".
Ich möchte glauben, daß der Verfasser dieses Satzes sich nicht klar darüber gewesen ist, was er da niedergeschrieben hat. Denn das ist Absolutismus, wie er in den schlimmsten Zeiten des absolutistischen Regimes niemals ausgesprochen ist. ...<<

27.11.1947

Großbritannien: Der sowjetische Außenminister Molotow erläutert am 27. November 1947 während der 5. Außenministerkonferenz in London einen Fünf-Punkte-Plan zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland (x111/395):
>>1. Sofortige Bildung einer Deutschen Demokratischen Regierung.
2. Diese Regierung soll bei der Friedenskonferenz zu dem Vertragsentwurf Stellung nehmen.
3. Der Friedensvertrag soll durch die deutsche Regierung unterschrieben und durch ein deutsches Parlament ratifiziert werden.
4. Die Friedenskonferenz soll aus den fünf Großmächten, den Nachbarstaaten Deutschlands und den Staaten bestehen, die am gemeinsamen Kampf teilgenommen hatten.
5. Die Abkommen von Jalta und Potsdam sollen die Basis des Friedensvertrages bilden.<<
US-Außenminister Marshall erklärt am 27. November 1947 während der 5. Außenminister-

konferenz in London zur Oder-Neiße-Linie (x028/168): >>... Bei der Erklärung der deutsch-polnischen Grenze müssen wir vom Potsdamer Protokoll ausgehen, in dem vorgesehen wird, daß "die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten" soll.
Mr. Molotow äußerte die Ansicht, daß die Entscheidung über die Westgrenzen bereits gefallen sei. Wie das erwähnte Zitat zeigt, ist das durchaus nicht der Fall. Eine gerechte Grenzziehung erfordert, daß die Belange der Einwohner, die unmittelbar betroffen sind, gründlich geprüft werden, wie ich bereits bei unserem Treffen in Moskau am 9. April 1947 sagte.
Ferner müssen wir die Bedeutung dieser Grenze für die wirtschaftliche und politische Stabilität Europas im Auge behalten.<<

29.11.1947

USA: Die UN-Vollversammlung stimmt am 29. November 1947 einer Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat zu.

30.11.1947

Berlin: Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtet am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.
Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...
Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...
100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

November 1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet im November 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/67-69): >>Friedland schickt sich an, in den dritten Nachkriegswinter hineinzugehen.
Es dürfte der härteste werden, den unsere hungernde Generation in Friedenszeiten erlebt. Denn unser Land ist nicht nur ausgeblutet, ausgesaugt, ausgepowert. Es ist auch am Ende seiner Kräfte. Die Menschen in den Städten gleichen z.T. wandelnden Leichnamen. Sie sind physisch und auch seelisch völlig fertig. Kein Wunder bei diesen Rationen.
Und dennoch gibt es Schlimmeres. Wer da behauptet, er kenne unsere Zeit, er habe die bleichen Gesichter der Kinder im Ruhrgebiet, die verhärmten Frauen in den Großstädten und die müden Gestalten der Arbeiter ... gesehen; wer da meint, er wisse genau um die Situation des Winters 1947 Bescheid, der irrt sich. Denn er war nicht im Lager Friedland, war nicht an der Zonengrenze. ... Der Bahnhofsbunker in Hannover ist dagegen ein wahres Erholungsheim. ... Hier blutet unser Volk noch aus vielen Wunden. ...
Nun im November 1947 ist das Leben derer, die noch eine Stube ihr eigen nannten, ein Dorf oder eine Stadt als ihre Heimat betrachten dürfen, auch nicht sehr behaglich. Aber es ist kein Vergleich mit denen, die in Friedland täglich ankommen, hin- und herirrend, nicht wissend, wohin, kein Ziel vor Augen, vielfach ohne rechte Vorstellung von der Zukunft, manchmal ohne Hoffnung.

Für sie wird das Lager, zumindest für Stunden oder Tage, zu einer Ersatzheimat. Denn Friedland, mit seinen jetzt 240 Nissenhütten, 200 Lagerhelfern und Lagerhelferinnen, 8 Ärzten und 3 Krankenschwestern ist zu einer Stadt für sich geworden, mit Barackenbezeichnungen, Wegen, Polizei, Schlagbäumen, Posten am Tor, einer eigenen Atmosphäre und auch einer, wenn auch nur aus wenigen Worten bestehenden "Lagersprache". ...
Friedland ... ist ein Lager besonderer Art. Denn hier spiegelt sich, wie nirgend anderswo, das deutsche Schicksal wider. Hier vollendet sich die deutsche Tragödie. Hier tauchen Hunderttausende für einen Augenblick auf, werden gemustert, ausgefragt, versorgt, weitergereicht. Hier versuchen sie manchmal zu schillern, zu imponieren, falsche Aussagen zu machen, einen Vorteil zu erhaschen.
Oder aber, und das ist die überwältigende Mehrzahl, sie stehen oder sitzen herum, noch erschüttert und mitgenommen von dem, was sie erleben und durchleiden mußten, nicht fähig, sich vorzudrängen, nicht in der Lage, sachliche, kurze, treffende Antworten zu geben. Sie müssen sich in ihrer neuen Welt erst zurechtfinden.
Für sie ist die "alte Welt" noch nicht tot, nicht Erinnerung, für sie lebt diese Stadt, dieses Dorf, das Haus mit dem Gärtchen irgendwo weiter östlich noch. Sie haben es nicht abgeschrieben, sie wollen dorthin zurück. Friedland ist für sie eine Station auf diesem Wege - zurück in die Heimat.
Und doch wissen sie in ihrem tiefsten Herzen, ohne es sich einzugestehen, daß Friedland für sie der Beginn eines neuen Lebens bedeutet. Sie müssen hier von vorn anfangen. Die Heimat – die werden sie jahrelang nicht wiedersehen. Vielleicht überhaupt nicht.
Nach Friedland kamen und kommen ja nicht nur Menschen aus den ostdeutschen Gebieten ... – hierher fanden und finden sich Männer, Frauen und Kinder aus fast allen Staaten der Erde. Ihr Schicksal war so vielfältig, so unendlich verschieden, so ohne jede Gemeinsamkeit. Und doch verband sie alle ein Wort: sie waren Deutsche. Und deshalb traf sie irgendwo der Bannstrahl. ...
Deutsche aus China und den Philippinen, aus Südamerika und Südafrika, Spanien und Kanada, England und Japan trafen hier ein.
Sie mußten die Reise auf Befehl antreten oder gingen freiwillig, sie wurden irgendwo ausgestoßen oder meinten, aus vielerlei Gründen gehen zu sollen.
Sie kamen mit und ohne Gepäck, in guter und schlechter Kleidung, mit und ohne Papiere, völlig bargeldlos und auch mit gespickter Brieftasche.
Für alle fiel eine Welt zusammen, die meisten ließen irgendwo Besitz und Habe zurück. Für alle hieß und heißt es: neu anfangen, nicht verzagen, nicht den Mut verlieren. Es wird schon irgendwie weitergehen.
Friedland ist für sie ein Hoffnungsstrahl. In Friedland erhalten sie die erste Orientierung. Friedland gibt ihnen erste Kraft, erste Stärke, erste Hilfe.
Friedland ist mehr als irgendein Lager dieser Welt. Friedland ist Trost, Liebe, Fürsorge und Menschlichkeit zugleich. Friedland ist der Ausdruck dessen, daß wir noch nicht verloren sind. Wenn wir auch nahe, sehr nahe am Abgrund waren ...<<

04.12.1947

WBZ: Das Nürnberger US-Militärgericht verurteilt am 4. Dezember 1947 den ehemaligen NS-Reichsjustizminister Franz Schlegelberger, den früheren NS-Staatssekretär Herbert Klemm und den früheren Vorsitzenden des Volksgerichtshofes Oswald Rothaus sowie den ersten Staatsanwalt des Volksgerichtshofes Rudolf Öschey zu lebenslänglicher Haft (x111/-398).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Juristen-Prozeß" (x051/295): >>Juristen-Prozeß, Verfahren des Militärgerichtshofs III der USA in Nürnberg gegen Josef Altstötter und 15 andere frühere leitende Beamte des Reichsjustizmini-

steriums, Angehörige des Volksgerichtshofs und von Sondergerichten sowie führende Staatsanwälte wegen Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 3).
Hauptpunkt der Anklage war der Vorwurf des "Justizmordes und anderer Greueltaten, die sie dadurch begingen, daß sie Recht und Gerechtigkeit in Deutschland zerstörten und dann die leeren Hüllen von Rechtsformen zur Verfolgung, Versklavung und Ausrottung von Menschen in einem Riesenausmaß benutzten" (Eröffnungsrede der Staatsanwaltschaft).
Durch Urteil vom 4.12.47 wurden vier Angeklagte zu lebenslänglicher, sechs zu zeitiger Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren verurteilt und vier freigesprochen.
Zwei Verurteilte verbüßten die gegen sie verhängte Strafe; einer wurde vorzeitig wegen Krankheit entlassen. In sechs Fällen setzte US-Hochkommissar McCloy mit Gnadenerlaß vom 31.1.51 die Strafen herab.<<

06.12.1947

Berlin: Der Volkskongreß tagt seit dem 6. Dezember 1947 in Berlin.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volkskongreß (x009/466-467): >>"Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", eine Art Vorparlament, das im Auftrage der SED erstmalig während der Londoner Außenministerkonferenz für den 6./7.12.1947 nach Berlin einberufen wurde.
Maßte sich das Recht an, im Namen Gesamtdeutschlands Forderungen vor die Außenministerkonferenz zu bringen, ohne jedoch hierzu Gelegenheit zu erhalten.
Aus der sog. "Volkskongreßbewegung" gingen hervor 1. die Nationale Front und 2. der am 30.5.1949 vom 3. Volkskongreß gewählte Volksrat, der in gleicher Zusammensetzung als "Provisorische Volkskammer der DDR" die Verfassung annahm und vom Volkskongreß bestätigen ließ.
Somit diente der Volkskongreß, dem auch mit den Kommunisten sympathisierende Westdeutsche angehörten, zur scheindemokratischen Legitimierung des Sowjetregimes.<<

WBZ: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ermahnt am 6. Dezember 1947 während einer Rede in Stuttgart die Sozialdemokraten, kein krankhaftes Schuldbewußtsein zu entwickeln und keine Kollektivschuld zu pflegen (x268/223): >>... (Um) unserem Volke ein gutes und gesundes Selbstbewußtsein zu geben. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 19.08.2006) über Kurt Schumachers Ablehnung der Kollektivschuld (x887/...): >>**Chance auf ein neues Leben geben**
Die Sozialdemokratische Partei ist ausgegangen und geht aus von jeder Ablehnung und Bekämpfung der Kollektivschuld. Das bedeutet nicht, daß sie damit individuelle Verbrechen entschuldigt oder gar zudecken will. Sie tritt für die strafrechtliche Verfolgung krimineller Delikte ein …
Aus dem Zweiten Weltkrieg sind mehr als 900.000 Angehörige der Waffen-SS zurückgekehrt. Diese Waffen-SS ist weder mit der allgemeinen SS, noch mit den speziellen Organisationen der Menschenvernichtung und -verfolgung gleichzusetzen, sondern hat sich selbst als ... vierter Wehrmachtsteil gefühlt und ist damals auch so gewertet worden … Sicher sind viele junge Menschen Träger einer spezifisch hitlerischen Ideologie gewesen, ohne aber die Verbrechen der zwölfjährigen Diktatur als solche zum Bestandteil ihrer politischen Zielsetzung zu machen, sehr oft, ohne sie zu kennen oder ohne sie ausreichend zu kennen. Hunderttausende aber sind ohne ihr Zutun für die SS als Wehrmachtsteil eingezogen worden oder von anderen Formationen … gegen ihr Wollen zur Waffen-SS abkommandiert worden.
Die Mehrzahl dieser 900.000 Menschen ist in eine ausgesprochene Pariarolle geraten. Sie sind kollektiv haftbar für die Verbrechen des SD und der Menschenvernichtungsaktionen gemacht worden, trotzdem sie als Waffen-SS kaum nähere Berührung damit hatten als andere Wehr-

machtsteile. Zu jedem totalitären System hat es gehört, mit allen Methoden der Verstrickung ein Ergebnis der Mitschuld aller zu erzeugen.
Im Falle der Waffen-SS hat man mit Bewußtsein der Welt eine totale Komplizität herbeizuführen sich ziemlich erfolgreich bemüht. Uns scheint es eine menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit zu sein, diesen Ring zu sprengen und der großen Masse der früheren Angehörigen der Waffen-SS den Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum freizumachen. … Die überwiegende Mehrheit hat die NS-Ideologie verlassen.
Dr. Kurt Schumacher, damals SPD Parteivorsitzender, im Oktober 1951 in einem Brief an Professor Liebmann Hersch von der jüdischen Organisation "Der Bund", Genf.<<

15.12.1947

WBZ: Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen kritisiert am 15. Dezember 1947 die Demontageliste der westlichen Siegermächte vom 16. Oktober 1947 (x111/401-402): >>... (daß) 1. die nach dem neuen Industrieplan vorgesehene Kapazität nicht 75 % der 1936 pro Kopf der Bevölkerung vorhandenen Kapazität beträgt, sondern höchstens 50-55 %;
2. a) die vorgesehenen Kapazitäten eine entscheidende Besserung des derzeitigen tiefen Lebensstandards nicht zulassen,
b) die veränderte Lage hinsichtlich des Exportes und des erhöhten Importes, insbesondere für Lebensmittel, nicht ausreichend berücksichtigt ist;
3. die zahlenmäßigen Grundlagen des neuen Industrieplanes auf unrichtigen Annahmen beruhen;
4. im Rahmen des neuen Industrieplanes zuviel Kapazität abgebaut würde, weil
a) die vorhandenen Kapazitäten zu hoch angenommen sind und
b) in der Berechnung der vorhandenen Kapazitäten nicht, wie geschehen, die Bruttokapazitätswerte, sondern nur die Nettokapazitätswerte zugrunde gelegt werden dürfen;
5. bei der Berechnung der zu belassenden Kapazitäten die deutsche Wirtschaftseinheit im Hinblick auf die bekannten übermäßigen Demontagen in der französischen und sowjetischen Besatzungszone nicht berücksichtigt ist;
6. die Sicherheit der Alliierten bei ausreichender deutscher Industriekapazität durch ein geeignetes Kontrollsystem jederzeit gewährleistet werden kann;
7. die Demontage von Betrieben der Friedenswirtschaft in jedem Falle eine Schädigung der gesamteuropäischen industriellen Leistungsfähigkeit bedeutet.<<

Großbritannien: Bei der 5. Außenministerkonferenz in London (vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947) können sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen.
US-Außenminister Marshall lehnt weitere sowjetische Reparationsforderungen aus der laufenden Produktion Westdeutschlands ab.

16.12.1947

UdSSR: In der Sowjetunion wird am 16. Dezember 1947 eine Währungsreform durchgeführt und das Kartensystem (für die Rationierung von Lebensmitteln) aufgehoben (x006/96E).

18.12.1947

USA: Der österreichische Journalist Gustav Stolper (1888-1947) schreibt am 18. Dezember 1947 in New York über die "deutsche Frage" (x111/403): >>... An dem Tag, da wir ein Westdeutschland aufrichten, errichten wir wieder einmal wie im Mittelalter eine Mark zur Verteidigung des Westens gegen den Osten. Aber diese Mark wird immerfort verteidigt werden müssen und nicht nur von ihren eigenen Bewohnern. Die östliche Grenze dieser Mark wird nicht einen Tag lang ruhig sein. Sie muß die unruhigste und sorgenvollste von allen Grenzen Europas sein. Die ganze westliche Welt wird dauernd mit dem deutschen Problem, mit den deutschen Wirklichkeiten, beschäftigt bleiben.<<

19.12.1947

WBZ: Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) schreibt am 19. Dezember 1947 über den SED-Volkskongreß (x111/404): >>Was ich dann von dem sogenannten Volkskongreß las bzw. was ich zufällig im Radio davon hörte, hat mich in meinem historisch-politischen Gefühl geradezu beelendet.

Die übermittelten Rede-Fetzen, die ich vernahm, waren billiger Stahlhelm-Stil mit veränderten Vorzeichen, kein ernsthaftes Wort von der weltgeschichtlichen Problematik, in der wir drinstehen. Platitüden von Volksversammlungsphrasen.

Konnte ein Mann von Ihrer politischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer Zweitausend-Menschenversammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammendirigiert war, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfände?

Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten, Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen. ...<<

USA: US-Außenminister Marshall erklärt am 19. Dezember 1947 während einer Rundfunkrede in Washington (x111/404): >>Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken. ...<<

22.12.1947

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 22. Dezember 1947 in Nürnberg die Urteile gegen Flick und fünf leitende Angestellte ("Flick-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Flick-Prozeß" (x051/179): >>Flick-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen den Stahlmagnaten Flick und fünf seiner führenden Mitarbeiter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation.

Gegenstand der Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und (oder) Kriegsverbrechen war im Wesentlichen die zwangsweise Beschäftigung von Fremdarbeitern, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen unter unmenschlichen Bedingungen, Ausplünderung von Fabriken in Frankreich und der UdSSR sowie Verfolgung von Juden während der Jahre 1936-39 durch Fortnahme von Industriebetrieben (Arisierung).

Der Flick-Prozeß begann am 19.4.47. Durch Urteil vom 22.12.47 wurde Flick zu sieben Jahren und zwei weitere Angeklagte zu 30 Monaten bzw. fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte sprach das Gericht frei. Es verneinte seine Zuständigkeit, soweit Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Kriegsbeginn vorgeworfen worden waren, mit der Begründung, daß Verbrechen, die vor und vollständig ohne Beziehung zum Krieg begangen wurden, nicht unter das Kontrollratsgesetz Nr. 10 fielen.

Flick wurde wegen guter Führung vorzeitig entlassen.<<

23.12.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 23. Dezember 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>23. Dezember 1947. Sie wurden nicht vergessen. In aller Not und Bedrängnis, in aller Sorge: Es ist doch ihr Fest. Das Fest der Kinder. Und in Friedland sind nahezu 200 Kinder, die alle genau so an Weihnachten und an das Christkind denken, wie ihre kleinen Brüder und Schwestern weit draußen in den Landen.

Spielzeug war gebastelt worden, begehrtes Gebäck besorgt. Äpfel in den umliegenden Dörfern gesammelt - und nun konnte der Weihnachtsmann kommen.

Ein Angehöriger der Lagerleitung hatte ein Krippenspiel geschrieben, das von Kindern des Lagers aufgeführt wurde. Mit welcher Innigkeit, großer Andacht ... waren die Kleinen bei der Sache. Später gab es Pfefferkuchen und Kakao, Schokolade und Bonbons. Das Spielzeug

wurde bestaunt und begutachtet.
Es war ein schöner Nachmittag im grauen Lager Friedland. Denn Freude war nicht nur bei den Kleinen eingekehrt. Auch Eltern nahmen daran teil. Wenn sie auch in Gedanken manchmal ganz weit weg waren, weit fort ...
Übrigens: Majorin Mitchel von der britischen Heilsarmee, die englische Lagerleitung, das Rote Kreuz, die kirchlichen Organisationen - sie alle halfen dabei. ...<<

29.12.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" druckt am 29. Dezember 1947 einen Artikel des Londoner "Observer" über die gescheiterte Londoner Konferenz (x111/407): >>... Es gibt einen Trost: Was die Deutschen im Westen angeht, so haben sie im Kampf um die Zukunft einen großen Verbündeten: die Freiheit.
In seinem Schutz sollten sie sich so rasch und so vernünftig wie möglich organisieren. Das Magnetfeld, das sie auf diese Weise bilden, wird vielleicht stark genug sein, den Eisernen Vorhang wegzuziehen.<<

30.12.1947

WBZ: Die Militärgerichte in Dachau beenden am 30. Dezember 1947 mit der Urteilsverkündung im Nordhausen-Prozeß ihre Tätigkeit (x111/407): >>Von 1.650 Personen werden 1.380 verurteilt und 243 freigesprochen.
417 Urteile lauten auf Tod durch den Strang, 196 auf lebenslängliche Freiheitsstrafe.
Im letzten Strafverfahren gegen die Hauptschuldigen des Konzentrationslagers Nordhausen werden ein Angeklagter zum Tode durch den Strang und sieben Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, während vier der insgesamt 19 Angeklagten freigesprochen werden. ...<<

31.12.1947

UdSSR: Will Western schreibt in seinem Buch "Nachher" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>Es ist schon längst Nachtruhe. Das elektrische Licht flunkert trüb und gelb von der Decke herab. Wir wälzen uns auf den Bretterpritschen hin und her und sind überglücklich, daß wir nicht als Arbeitskommando zum Bahnhof marschieren mußten.
200 Mann sind heute mittag abgegangen. Für uns 43 war kein Waggon mehr da. Bei 45 Grad Kälte und knietiefem Schnee sind 10 km Weg bis zum Bahnhof keine Kleinigkeit.
Der Sturm rast krachend gegen die Holzbarackenwand, daß die Lampen knarrend schwanken. Feiner Schneestaub wirbelt durch den Raum und läßt sich langsam auf uns nieder.
Plötzlich wird die Tür unter lautem Gefluche aufgerissen. Einige Posten mit dem Dolmetscher poltern herein. Der Schneesturm peitscht die Tür an die Wand und läßt sie sperrangelweit offen: "Aufstehen! Transport, antreten! Schnell, Schnell!" brüllen sie mit heiserer Stimme.
Ehe wir recht zu uns kommen, werden wir in die Nacht hinausgetrieben. Paul meldet sich krank. Er hat Ruhr.
"Faschist, Parasit!", toben die Posten und reißen ihn hoch: "Nix krank, nix".
Sie stellen uns Mann für Mann hintereinander auf. Die Laternen der Posten irren geisterhaft in dem brodelnden Weiß umher. So marschieren wir aus dem Lager. Der eisige Schneesturm fährt eisig in unsere Gesichter. Die ersten haben es am schwersten, denn sie müssen die Spur treten. Nach einer halben Stunde werden sie durch ihre Hintermänner abgelöst.
Von den Lampen ist nicht der geringste Schimmer zu sehen. Schnee und Sturm nehmen uns den Atem. Verdrossen stapft jeder ergeben in dem weißen, fauchenden Hexenkessel dahin. Keuchend und hustend halten wir uns die Seiten. Wegen des Ruhrkranken müssen wir immer wieder stehen bleiben.
"Hock dich doch nicht so lange hin", hört man jemand ärgerlich schreien, "sonst kommen wir überhaupt nicht weiter."

Paul muß sich in immer kürzer werdenden Abständen niederlassen. Wir stellen uns eng aneinandergeschmiegt im Halbkreis als Schutzwall um ihn. Bald verlassen ihn die letzten Kräfte. Paul sackt zusammen und fällt in den Schnee.
"Laßt mich hier liegen, ich kann nicht mehr", flüstert er fast lautlos, und der Speichel rinnt ihm ... über die Wange; er erstarrt sofort zu Eis. Einer erbarmt sich und wischt ihm das Gesicht mit dem Mantelsaum ab. Ein anderer zieht Paul hoch, greift ihm unter die Arme und schleppt ihn mit. Bald darauf hakt noch ein zweiter unter. Paul hängt nun zwischen den beiden (Männern) wie ein plumper Mehlsack. Er hebt keine Füße mehr. Er läßt sich wie ein Balken ziehen.
Die zwei stampfen, schwanken, schwitzen, fluchen und keuchen. Zum Umfallen müde, werden sie von anderen abgelöst. Sie taumeln und lassen sich für einige Minuten in den Schnee fallen. Keine Macht der Welt kann sie aufbringen, nicht einmal die derben Fußtritte der Posten, so fertig sind sie. Die Russen lassen deshalb halten und befehlen, daß Paul von vier Mann getragen werden muß.
Der Sturm peitscht immer gemeiner von der Seite her. Unsere Beine und Füße sind gefühllos. Beim Tragen von Paul sind die Finger klamm und ohne Leben. Sie werden mit der Zeit immer schwächer und schlapper, und zum Schluß können wir Paul nur noch wie einen Schlitten nachziehen. Er hat die Augen geschlossen und läßt mit sich machen, was wir wollen.
Ab und zu schlägt er die Augen auf, schaut uns traurig an und flüstert: "Nur noch einmal möchte ich meine Frau und Kinder sehen, nur noch einmal!" Dann baumelt sein Kopf wieder knapp über dem Schnee.
Erschöpft und steif gefroren sind wir, als vor uns die ersten Häuser der Bahnhofsortschaft auftauchen. Und doch sind wir froh, daß wir alles überstanden haben.
Rasch trommeln die Posten einige Zivilisten aus dem Schlaf und borgen sich einen Schlitten für Paul aus. Es sollen noch 20 Minuten bis zum Bahnhof sein. Still und reglos liegt Paul auf dem Schlitten. Zwischen den Häusern ist es mit dem Sturm besser, auch liegt der Schnee nicht so hoch. Jedoch müssen wir mit dem fauchenden Wind noch manchen harten Strauß auskämpfen, wenn er knallend um die Häuserecken peitscht.
Ganz gläsern schaut Paul auf seinem Schlitten aus, seine Hände krampften sich in das Wattezeug. Er beantwortet keine Frage mehr. Bald wissen es alle: Paul ist tot. Schaudernd ziehen wir unsere Last weiter, und als wir in den Waggon krabbeln, bleibt Paul draußen liegen.
Der eine Posten gibt uns seine Lampe mit in den Wagen. Wir sind selig und froh, daß wir hier vor dem eisigen Schneesturm geschützt sind, auch wenn der Ofen fehlt und wir uns erst die Pritschen mit den umherliegenden Brettern aufbauen müssen.
Wir arbeiten, schuften und werken. Endlich haben wir mit unseren selbstgemachten Messern (als Sägen) und Holzschuhen (als Hämmer) die Pritschen aufstellen können. Sogar etwas Holz ist übriggeblieben und wir genehmigen uns daher ein kleines, herrliches Feuerchen.
Trotzdem spüren wir allmählich die beißende Kälte, wie sie an uns hochschleicht. Wir haben Angst, wir wollen keine Erfrierungen und fangen wild zu reiben und zu turnen an. Einer wird vom Posten zum Kohleholen hinausgerufen. Am nächsten Gleis steht ein unbewachter Kohlenzug, die Gelegenheit ist also günstig. ...
Bald flackert das Feuer. Händereibend rücken wir der Wärme näher, starren sinnend in die Glut und horchen auf das Knistern des Feuers. Manche stecken sich ihr Pfeiflein an. Weg, Schnee und Sturm scheinen vergessen. Die glänzenden Augen verraten, daß die Gedanken Tausende von Kilometern entfernt sind.
Der, der Paul auf dem Schlitten gezogen hat, nimmt seine Pfeife aus dem Mund: "Wißt ihr eigentlich, was heute für eine Nacht ist?" ... "Neujahrsnacht!"
"Neujahrsnacht?", fragen wir erregt und strecken unsere mageren Hälse in die Höhe, um gleich wieder dumpf vor uns hinzustieren. - Neujahrsnacht? –

Schon wieder ein neues Jahr und immer noch in Rußland. Wie lange noch? Wer hilft uns denn? Wer hilft uns, den Verdammten?
Kein Mensch, niemand, keiner.
Eine glückliche Neujahrsnacht! ---<<

Dezember 1947

SBZ/WBZ: Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtet, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hat. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).
Von diesen Entschädigungen entfallen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfallen rd. 41 Milliarden RM.

Von 1945 bis 1947 geleistete Reparationen des Deutschen Reiches für die Schäden des Zweiten Weltkrieges (x111/408):	**Mrd. RM**
a) Deutsche Auslandsguthaben	9,75
b) Volkswirtschaftlicher Wert der abgetrennten Gebiete	70,00
c) Demontagen und Besitzübertragungen	12,50
d) Zwangsexport von Holz	1,00
e) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
f) Einbuße aus öffentlichem Vermögen (Demontage von Gleisanlagen in der Ostzone, geraubte Kunstwerke u.ä.)	1,00
g) Ablieferung der deutschen Goldbestände	0,75
h) Ablieferung der See- und Binnenschiffe	0,50
1. Entnahmen aus innerdeutschem Volksvermögen	100,00
a) Reparationen aus laufender Warenproduktion (Entnahmen der Besatzungsmächte in der sowjetischen und der französischen Zone). Einbezogen ist weiter die Wertschöpfung der deutschen Belegschaften, der sowjetischen Aktiengesellschaften in der Ostzone sowie deren Verbrauch an im Inland erzeugten Roh- und Hilfsstoffen	5,00
b) Zwangsexport von Kohle	0,50
c) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
2. Leistungen aus laufender Produktion	10,00
a) Wert der deutschen Patente, Betriebsgeheimnisse usw.	12,50
b) Arbeit der Kriegsgefangenen	5,00
c) Demontagekosten	8,00
d) Verluste durch "Währungsmanipulationen"	1,75
3. Sonstige Leistungen	27,25
4) Vermögensverlust der aus dem Ausland ausgewiesenen Volksdeutschen	40,50
Geleistete Reparationen bis Ende 1947	**177,75**

WBZ: Das französische Oberkommando berichtet Ende Dezember 1947 über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone (x114/3.140): >>Eine langsame, aber kontinuierliche Entwicklung im Verhalten der Deutschen ist jetzt feststellbar. Müde geworden durch zweieinhalb Jahre Besatzungszeit und durch die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln, wird die Bevölkerung jetzt in ihrem Verhalten aktiver. Das äußert sich in Taktlosigkeit gegenüber den Franzosen, durch klare Böswilligkeit und manchmal auch durch Ungehorsam beim Umgang mit französischen Dienststellen. ...
Was die Bevölkerung angeht, so ist sie mit ihren täglichen Problemen weiterhin beschäftigt. Sie interessiert sich nicht für Politik, hat kein Vertrauen zu ihren Herren und sieht ihre Pro-

bleme allenfalls vom lokalen oder regionalen Blickwinkel. ... Der Deutsche des Jahres 1948 ist noch nicht Demokrat. Er ist nicht einmal der Schüler, in den man für spätere Zeiten noch große Hoffnungen setzen kann.<<

Trotz der Beschlagnahmung von Quartieren erhalten viele Flüchtlinge und Vertriebene nur Notunterkünfte in den zahllosen Lagern. Dort müssen sie wegen fehlender Wohnungen notgedrungen jahrelang hausen. In manchen Kreisen und Gemeinden scheint die Wohnungsnot unüberwindlich zu sein.

Ende 1947 leben ungezählte Heimatlose in notdürftig reparierten Behelfswohnungen, in ehemaligen Barackenlagern von Fremdarbeitern, in feuchten Kellern, schmutzigen Viehställen, Scheunen, Schuppen, Gartenlauben, in selbst errichteten Baracken aus Holz und Blech oder sie hausen in Höhlen und Erdbunkern. Die Notunterkünfte werden meistens am Rand der Ortschaften errichtet.

Alle Behelfswohnungen sind damals vom Keller bis zum Dachgeschoß mit verzweifelten Heimatlosen vollgestopft. In den Massenunterkünften leben Großeltern, Eltern und Kinder dichtgedrängt in einem Raum zusammen. Die von alliierter Seite zugebilligten 4 qm Wohnraum sind vielerorts nicht vorhanden. Die Vertriebenen besitzen im allgemeinen weder Betten, Stühle, Tische noch Schränke. Sie teilen ihre Quartiere häufig mit Decken oder Säcken ab, um wenigstens etwas Privatsphäre zu erhalten. In diesen Behelfsquartieren gibt es naturgemäß kein Ausweichen. Hier hausen alle in bitterer Armut und Not. Beleidigungen und Streitereien sind nicht selten an der Tagesordnung.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen haben fast alles verloren, was Menschen verlieren können. Trotz alledem hört man damals nur selten wehleidiges Klagen oder Jammern nach Mitgefühl. Ungeachtet der großen Hoffnungslosigkeit kämpfen die Menschen erbittert um ihr Überleben.

1947

WBZ: Ein Kreisvertrauensmann der Flüchtlinge und Vertriebenen in Braunschweig schreibt im Jahre 1947 an den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen (x301/112): >>... Wir Flüchtlinge haben es gründlichst satt, uns noch weiter mit Redensarten abspeisen zu lassen. Was nutzen uns Gesetze, wenn sie mangels Durchführungsbestimmungen nicht zur Anwendung kommen.

Man beläßt uns in Elendsquartieren, und hat man uns in Privatwohnungen eingewiesen, dann geht der Kampf mit dem Vermieter erst richtig los, weil man uns wieder an die frische Luft setzen möchte. Man nimmt uns stückweise das Mobiliar wieder weg und behandelt uns auch sonst wie lästige Ausländer.

In den anderen Ländern sind überall schon Flüchtlingsgesetze in Kraft, nur im Lande Niedersachsen wird von der Regierung viel geredet, aber nichts getan, um die Gesetze zum Schutze der Flüchtlinge zu erlassen. ...

Wir Flüchtlinge werden auf engstem Raume zusammengepfercht, wogegen es noch viele Einheimische verstehen, ... nichts von ihrer Wohnbequemlichkeit preiszugeben.

Haben wir Flüchtlinge allein den Krieg verloren oder das ganze deutsche Volk? Oder glaubt man, wir hätten im Osten keine Wohnkultur gehabt, die der hiesigen gleichzusetzen ist?

Man räumt uns keinen Keller- und Bodenraum ein. Man gestattet uns nicht einmal auf dem Hofe unsere Wäsche zu trocknen oder unser Holz zu hacken, man verbietet uns die Benutzung der Klosetts, man verschließt die Küchen, so daß wir Flüchtlinge nicht kochen können und wir uns das Wasser im Keller holen müssen, man will uns Gas und elektrischen Strom nicht benutzen lassen, trotzdem uns Kontingente eingeräumt sind, und tausenderlei andere Schikanen ersinnt man, um uns das Leben zur Hölle zu machen.

Dies geschieht alles nur, weil es die Regierung nicht für notwendig gehalten hat, ein Wohnraumgesetz zu erlassen, in dem Schutzbestimmungen für die Flüchtlinge enthalten sind.<<

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein berichtet im Jahre 1947 (mit Erlaubnis der britischen Militärregierung) über die Wohnungsnot der Flüchtlinge und Vertriebenen (x153/25): >>... Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst.
Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein.<<
Ein "US-Umerziehungsexperte" berichtet im Jahre 1947 (x114/2.163): >>... Die Bewunderung für alles Amerikanische, die heute die Jugendlichen empfinden, ist ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Erziehung. Daß diese Bewunderung rein menschlich ist, macht sie um so wertvoller.
Die Kinderspeisungen, amerikanisch-deutsche Jugendveranstaltungen, Diskussionsabende – all die Spenden der Amerikaner fallen auf fruchtbaren Boden. ...
... An den Mittelschulen ist die Vorliebe für amerikanische Vorbilder besonders deutlich. Zeitungen werden gelesen und besprochen, Diskussionsabende mit Amerikanern abgehalten, Jugendparlamente, Konzile und Zeitschriften gegründet.
Vielfach gehört man Jugendorganisationen an. Hier feiern Bing Crosby und Jack Melton ihre Triumphe.
Man findet ganze Anstalten, an denen der Gruß "How are you" zum guten Ton gehört. Englisch wird nicht nur geradebrecht, sondern mitunter verblüffend gut gesprochen. Der Stolz des Gymnasiasten: "Ich kenne persönlich einen GI. Er sagt, ich spreche Englisch wie ein Yankee." ...<<
Schweiz: Die polnische Regierung macht im Jahre 1947 Entschädigungsforderungen gegenüber der Reichsbank geltend (x136/134-135): >>... Ausgehend von der Annahme, die 3,2 Millionen getöteter Juden stellten 800.000 Familien von je 4 Personen dar und jede Familie hätte 100 Gramm Feingold in irgendeiner Form besessen, kommen wir zur Überzeugung, daß die Deutschen mindestens 80 Tonnen polnisches Gold gestohlen haben und regulär in der Reichsbank deponiert haben.<<
Als Rechtfertigung dieser Entschädigungsforderungen dienen Aufzeichnungen des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes des Jahres 1942 (x136/135): >>... 50 Kilogramm Gold, die aus Zahnkronen und Prothesen stammen, welche bei verstorbenen polnischen Gefangenen gefunden worden sind, werden in der Reichsbank deponiert.<<
Großbritannien: Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schreibt im Jahre 1947 in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" über die "geregelten und humanen Umsiedlungen" der Deutschen (x028/123): >>... Sofern das Gewissen der Menschlichkeit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ...
Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.<<
USA: Die Senatoren Knowland und Morse kritisieren im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>(Senator Knowland:) ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...
(Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson:) ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention (Gefangene) als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist (der dann hingerichtet wurde). ...

Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen".
Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<
Der deutsch-amerikanische Pfarrer Dr. Ludwig Adolphus Fritsch berichtet im Jahre 1947 in seinem Buch "THE CRIME OF OUR AGE" – "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk" (x920/…): >>**… Ein Gewissensappell an die amerikanische Führungsschicht**
Vorwort des Herausgebers
Die vorliegende Schrift stellt nicht nur ein besonders kennzeichnendes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte dar, sondern hat auch selbst Geschichte, Nachkriegsgeschichte gemacht, und zwar in den Vereinigten Staaten. Der Verfasser, Dr. Ludwig A. Fritsch, ist amerikanischer Geistlicher deutscher Abstammung, der damals in Chicago wirkte.
Die englische Originalausgabe seiner Schrift wurde in den Jahren 1948 und 1949 in 50.000 Exemplaren verbreitet. Es ging dem Verfasser darum, der auch mit Kriegsende nicht aufhörenden Haßpropaganda die Wahrheit über das, was in Deutschland nach dem Kriege geschah, entgegenzustellen und an das sittliche Verantwortungsbewußtsein der amerikanischen Politiker, vor allem aber der Geistlichkeit zu appellieren. Der Erlös aus den verkauften Exemplaren wurde zu Hilfsaktionen für die Vertriebenen und Notleidenden in der "Heimat", also in Deutschland verwandt. …
Der Widerhall, den die Schrift in allen Kreisen vor allem des Deutsch-Amerikanertums, aber auch des höheren Klerus fand, beweist, wie aufrüttelnd sie damals wirkte. Zum Teil spiegeln diese Stimmen auch die Erregung und Erbitterung, die über das Geschehen im besiegten Deutschland und über die amerikanische Deutschlandpolitik herrschte. …
Kardinal Stritch von Chicago schrieb: "Es schmerzt furchtbar, Ihr Buch "The Crime of Our Age" zu lesen, aber es ist die Wahrheit und alle Wahrheit schmerzt." …
Wortführend in den großen Organisationen des Deutsch-Amerikanertums, von denen die eine, D.A.N.K., von ihm mitbegründet wurde, stellt dieser heute 72jährige Siebenbürger Sachse mit seinem Wirken ein wesentliches Stück deutscher Nachkriegsgeschichte dar. Zudem verkörpert er echten protestantischen Bekennermut, vor allem aber jenen Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit, der seinem einseitig Schuld und Sühne predigenden und angestammtes Heimatland preisgebenden nachkriegsdeutschen Amtsbrüdern zum überwältigenden Teil und bis in die Führungsspitzen der Evangelischen Kirche hinein vollständig verlorengegangen ist.
Tübingen, Januar 1966, Dr. habil. Herbert Grabert
Vorwort
Die Beweggründe, aus denen dieses Buch geschrieben wurde, wird jeder erkennen, der es unvoreingenommen und genau zu lesen sich die Zeit nimmt. Als Historiker sah ich, geschult an den Erlebnissen und Enttäuschungen des Ersten Weltkriegs, deutlich voraus, wohin unsere unprovozierte Einmischung in den europäischen Konflikt, den wir damit zum Zweiten Weltkrieg machten, führen würde. Ich erkannte, daß eine der beiden totalitären Mächte, entweder der Faschismus oder der Bolschewismus, siegen mußte, je nachdem, auf welche Seite wir Amerikaner uns mit unsern unerschöpflichen Hilfsmitteln schlagen würden.
Unsere Staatsmänner entschieden sich für die unheilvollen Mächte des Kommunismus und des Atheismus und verhalfen ihnen zum Siege.
Unsere Streitkräfte verwandelten das Bollwerk der Christenheit, … Deutschland, in einen Schutthaufen. Und jetzt sehen wir uns gezwungen, alle die Pflichten zu übernehmen, die Deutschland ein Jahrtausend hindurch ausgeübt hat, wenn wir uns für die Errettung der kost-

barsten Güter der Menschheit, der christlichen Kultur und Zivilisation, verantwortlich fühlen.
Als Theologe bin ich mit dem Alten Testament und mit dem Talmud vertraut und weiß, wozu Menschen fähig sind, die ihre Seelennahrung allein aus diesen Quellen schöpfen.
Seit der inzwischen verstorbene, körperlich und geistig kranke Präsident sich mit Ratgebern umgab, die ihrer geistigen Herkunft entsprechend den Heiland und Friedensfürsten nicht anerkennen, war es mir klar, daß das Kriegsende den Menschen nicht den Frieden, sondern nur das Chaos und unsagbares Elend bringen konnte.
Sie waren nur von einem Gedanken erfüllt, dem der Rache, wie wir es bei Josua 6, 21-25 über die Eroberung von Jericho lesen: "Also gewannen sie die Stadt und töteten alles, was in der Stadt war, mit der Schärfe des Schwertes, Mann und Weib, jung und alt ... Aber die Stadt verbrannten sie mit Feuer und alles, was darinnen war."
Da die Deutschen Amerika niemals etwas zu Leide getan haben, wie es die Engländer und Franzosen taten, sondern im Gegenteil während der ganzen Geschichte Amerikas unsere größten Wohltäter waren, hatten die amerikanischen Christen keinerlei Anlaß, sich ihnen gegenüber grausam und rachsüchtig zu verhalten. Sie hatten nur Anlaß zur Dankbarkeit.
Roosevelts Berater aber hatten Grund zum Haß auf die Nationalsozialisten und nutzten Macht und Stärke Amerikas für ihre persönliche Rache. Nur so ist Roosevelts Forderung der "bedingungslosen Kapitulation", zu verstehen ebenso wie der unmenschliche Morgenthauplan**,** der eine große Nation zum Hungertode verurteilte, weil in den Hirnen und Herzen unserer führenden Männer keine Spur von Christlichkeit mehr zu finden war.
Da nach den Statistiken nur annähernd 8 % unserer Bevölkerung gründlich über das Weltgeschehen unterrichtet werden, betrachte ich es als meine Pflicht als Christ und Amerikaner, meinen Teil zur Aufklärung beizutragen. Ich folge dabei dem christlichen Grundsatz, daß wir Gott mehr gehorchen müssen als den Menschen, und bekenne mit Martin Luther: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir, Amen!' Und als Bürger dieses gesegneten Landes sage ich mit Karl Schurz, dem großen Staatsmann und weisen Ratgeber Präsident Lincolns: "Ich liebe das Land meiner Vorfahren, wie ein Kind seine Mutter liebt, und ich liebe Amerika wie ein Bräutigam seine Braut."
Diese Schrift war am Karfreitag 1947 druckfertig. Möge sie vielen die Augen öffnen helfen, damit sie die Tatsachen im Lichte der Wahrheit und Gerechtigkeit sehen lernen. Möge der Herr sie stärken, auf daß sie ihre Christenpflicht furchtlos und treu erfüllen.

Zur dritten Auflage

In der kurzen Zeit eines Jahres erlebte dieser Appell an das Gewissen der Christen Amerikas seine dritte Auflage. Der Präsident, die Regierungsbeamten, alle Kongreßabgeordneten und andere Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen erhielten ein Freiexemplar. "The Crime of Our Age" führte zu einer Scheidung der Geister. Die Reaktion entsprach meinen Erwartungen.
Auf der einen Seite stehen Historiker, Kirchen- und politische Führer sowie die große Zahl der Rechtschaffenen, denen ebenso um unser Vaterland Amerika wie um unser vergewaltigtes Mutterland Deutschland zu tun ist. Sie rühmen der vorliegenden Schrift Mut, Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit nach. Auf der andern Seite stehen die gewissenlosen Kriegstreiber und Heuchler, die den Verfasser mit Schimpfworten aller Art bedenken, ohne jedoch die geschichtlichen Tatsachen widerlegen zu können.
Die bisher bitterste Enttäuschung war das Verhalten der deutschstämmigen Renegaten und der protestantischen Geistlichkeit. Während ein katholischer Kirchenfürst offen zugab: "Es schmerzt furchtbar, Ihr Buch zu lesen, aber es ist die Wahrheit und alle Wahrheit schmerzt", verdammte eine Anzahl protestantischer Pastoren, unter ihnen leider auch Lutheraner, das Buch als "unpatriotisch" und als "Weißwäsche Deutschlands".
Sie betonen unausgesetzt, in welchem Umfange sie für Deutschland Wohltätigkeit leisten, **bringen aber nicht den moralischen Mut auf zuzugeben, wer das einzigartige Verbre-**

chen der "bedingungslosen Kapitulation", des "Morgenthauplans", der "geplanten Hungersnot" usw. erdacht und durchgeführt hat, durch die Deutschland und die ganze Welt in Chaos und Elend gestürzt wurden. Ich weiß nicht, ob es auf bodenlose Dummheit, die Verschwörung des Schweigens oder auf verbrecherische Absicht zurückzuführen ist, daß sie den Zusammenhang im Weltgeschehen nicht begreifen wollen.

Am Inhalt meiner Schrift habe ich nichts zu ändern oder zurückzunehmen. Im Gegenteil, das allmähliche Durchsickern der Wahrheit und die Vorbereitungen auf den Dritten Weltkrieg beweisen nur allzu deutlich die Richtigkeit meiner Voraussage. Wir werden für die Sünden unserer Verführer sehr teuer zu zahlen haben.

Ich habe lediglich einen Anhang hinzugefügt über Deutsch-Amerikas Schuld am Weltelend, in dem der Nachweis geführt wird, daß die Not des Mutterlandes auf dem Gewissen der ihrem Volkstum untreu gewordenen Deutschamerikaner lastet. Wer das widerlegen kann, der soll es gerne tun. Ich möchte noch die hunderte von Dankschreiben erwähnen, die ich bei meinem Alleingang-Kreuzzug erhalten habe, und besonders einer christlichen Gruppe in New Jersey gedenken, die mich selbst und meinen Kampf bei einer Gebetsversammlung vor Gottes Thron brachte und seiner Gnade empfahl. Ihnen und den vielen andern, die mir Mut und Erfolg wünschten, von Küste zu Küste, sage ich meinen tief empfundenen Dank.

So sende ich denn die dritte Auflage dieser Botschaft der Wahrheit in die Heime und Herzen meiner amerikanischen Mitbürger. Möge sie die Gewissen erwecken! Es ist meine feste Überzeugung, daß die christliche Kultur und Zivilisation nur durch ein brüderliches Bündnis Deutschlands und Amerikas gerettet werden kann. Ein solider Bund aber läßt sich nur verwirklichen, wenn wir das große Unrecht und den unvorstellbaren Schaden, die Deutschland und den Millionen Heimatvertriebener Volksdeutscher aus Osteuropa zugefügt wurden, wiedergutmachen. Das ist unsere sittliche Christenpflicht. **Der Verfasser**

Mitchristen Amerikas!

"Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!" Johannes 8, 7. In seinem allmonatlichen Brief "Der Bischof schreibt aus Europa", erschienen in der Novemberausgabe der "Catholic Action News" in Fargo, Nord-Dakota, sagt Hochwürden Bischof Aloisius J. Muench: "Die erzwungene Abwanderung von Millionen Menschen ist das größte Verbrechen unserer Zeit. In der Geschichte gibt es nicht seinesgleichen, ausgenommen vielleicht die Tatsache, daß weder ein Aufschrei der andern Völker gegen diese Greuel zu vernehmen ist noch Regierungen, die die Macht dazu haben, etwas dagegen unternehmen."

Bischof Muench ist der Verbindungsmann zwischen der deutschen Kirchenhierarchie und der amerikanischen Militärregierung. Mit dieser Feststellung von geschichtlicher und sittlicher Warte aus spricht der mutige Gottesmann das Urteil über die Brutalität und Rachsucht der alliierten Siegermächte. In nicht allzu ferner Zeit wird die Geschichte dieses Urteil bestätigen.

Die Alliierten verdammen

Die "erlauchten" Richter der Alliierten, voran Jackson und Biddle vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, verurteilen in Nürnberg und Tokio Generale und Feldmarschälle zum schimpflichen Tod durch den Strang für begangene Verbrechen wie zum Beispiel den "Todesmarsch von Bataan". Die Opfer dieses Marsches waren kräftige junge, ausgebildete Soldaten während des Krieges.

Wovon aber der Bischof spricht, das ereignete sich im Frieden und betraf nicht ein paar tausend junge Männer sondern etwa 20 Millionen Frauen, Kinder und alte Leute, also schutzlose, hilflose und unschuldige Menschen, da die einst kräftigen deutschen Soldaten, anstatt ihre Eltern, Frauen und Kinder schützen zu können, immer noch nach zwei Jahren "bedingungsloser Kapitulation" Sklavenarbeiter der Siegermächte sind.

Patriotismus und Gottes Gebote

Im krassen Gegensatz zur Feststellung des katholischen Bischofs steht der Bericht eines pro-

minenten protestantischen Kirchenführers, der mit eigenen Augen das Land der Reformation in Trümmern und Elend sah.
Ich las darin die Erklärung "Ich bin Amerikaner. Ich bin Fleisch vom Fleische dieses Volkes und Blut von seinem Blut und freue mich als patriotischer Bürger über die verkündete Politik meines Landes gegenüber dem geschlagenen Feind". Diese Auffassung stellt eine Entstellung wahrhaft christlicher Haltung dar, die da lehrt: "Man muß Gott mehr gehorchen denn den Menschen" (Apostelgeschichte 5, 29).
Wir aber verurteilen Millionen deutscher Menschen zur Sklaverei und zum Tode, weil auch sie dem Staate, also Menschen mehr gehorcht haben als Gott und ihrem Gewissen.
Wenn Bischof Muench feststellt, das Verbrechen der Alliierten an schutzlosen Menschen werde noch durch die Tatsache vergrößert, daß "weder ein Aufschrei der anderen Völker gegen diese Greuel zu vernehmen ist noch Regierungen, die die Macht dazu haben, etwas dagegen unternehmen", so spricht er damit aus, daß so etwas wie ein "Weltgewissen" nicht mehr existiert. Nackte Selbst- und Rachsucht beherrschen das Denken derjenigen, die heuchlerisch den Anspruch erhoben, im Namen der "Menschlichkeit" gegen die Deutschen einen "Kreuzzug" zu unternehmen ...

Die Geistlichen müssen informiert werden

Wenn jemand das Recht hat, sich gegen die Nachkriegsverbrechen der Alliierten zu erheben, so sind es die Christen aller Nationen. Sie, die den alttestamentarischen Rachgeist "Auge um Auge, Zahn um Zahn eines Morgenthau (dessen Großeltern noch in deutscher Erde begraben wurden) überwunden haben, können und müssen im Namen des Heilands der Welt für Wahrheit und Recht, für Menschlichkeit und Barmherzigkeit aufstehen gegen Lug und Trug, Raub und Vergewaltigung, Heuchelei und Grausamkeit.
Wenn unsere Kirche in Amerika nicht imstande war zu verhindern, daß unser zu 86 % gegen unsere Beteiligung am Kriege eingestelltes Volk dennoch in den Krieg hineingezogen wurde, so muß sie wenigstens jetzt erwachen, dem Verbrechen Einhalt gebieten und die Wunden heilen helfen, die wir dem Herzen Europas geschlagen haben.
Die Kirche Amerikas darf nicht schweigen, wenn sie Gott mehr gehorchen will als mörderischen und gottlosen Menschen. Um aber ihre Stimme vernehmbar erheben zu können muß die Kirche unterrichtet sein. Die Geistlichkeit muß außer der Bibel auch die Geschichte, Geographie, Völkerkunde, Kulturgeschichte und Kirchengeschichte kennen, um das Wort unseres Herrn richtig anwenden zu können: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!

Italien und Deutschland, die Schöpfer christlicher Kultur

Gerade die beiden Nationen, Italien und Deutschland, die den europäischen und damit den christlichen Kulturbegriff für die Menschheit geschaffen haben, wurden durch einen unheiligen Zusammenschluß überlegener Mächte als Aggressornationen verurteilt und an den Rand des Abgrunds gebracht. Wer aber sind in Wahrheit die wirklichen Aggressoren? Wir wollen das im Lichte der geschichtlichen und geographischen Tatsachen prüfen, denn nur aus der Kenntnis der Vergangenheit läßt sich die Gegenwart verstehen.
Werfen wir also einen Blick auf die Landkarte oder den Globus. Dort ist in roter Farbe ein gewaltiges Gebiet zu erkennen, das sich von der Ostsee, der Elbe und dem Schwarzen Meer über zwei Kontinente bis nach Alaska erstreckt und den Namen trägt: **Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).**
Ferner in Rosa die wichtigsten Stützpunkte und Flottenbasen auf allen Kontinenten zu einem zweiten gewaltigen Gebiet zusammengefaßt, das **Britische Weltreich**.
Endlich erkennt man in Grün die **Vereinigten Staaten von Amerika,** gebietsmäßig die kleinste von den dreien, an Leistungen und Erfolg aber die bei weitem mächtigste der zur Zeit herrschenden Weltmächte. Der denkende Mensch muß sich also die Frage stellen: **Wie haben**

diese drei Weltmächte so riesige Landmengen und so ungeheure Bodenschätze in ihrer Hand vereinigen können? Die geschichtliche Antwort lautet: durch Aggression, Habgier und Machtpolitik.
Die wirklichen Aggressoren sind die heutigen Großmächte.
Rußland war im 16. Jahrhundert ein verhältnismäßig kleines Land mit einer zum Teil noch wilden Nomadenbevölkerung. Der grausame Zar Iwan, der Schreckliche, führte nach allen Seiten hin rücksichtslose Angriffskriege und begründete auf diese Weise das Moskowitische Reich. Peter der Große, der europäische Kultur in sein Land verpflanzen wollte, bereiste Deutschland und Holland und rief Tausende von Deutschen als Lehrer und Lehrmeister seines Volkes in sein Land.
Deutsche bauten ihm eine neue Hauptstadt, St. Petersburg (heute Leningrad), und eine Hafenstadt, Kronstadt, die ihren deutschen Namen bis zum heutigen Tage trägt. Unter der Herrschaft Peters wurden Dutzende von Völkerschaften dem russischen Joch unterworfen.
Die gewaltigste Ausdehnung jedoch erfuhr Rußland unter der skrupellosen Zarin Katharina II**.** Unter ihrer Regierung wurde Polen geteilt, die Baltischen Staaten, die Ukraine, die Krim und das gewaltige Sibirien für immer der Krone aller Russen unterstellt.
Solange es besteht, wurde Rußland mit der Knute regiert**,** sowohl unter den absolutistischen Zaren wie unter den zynischen Diktatoren der bolschewistischen Ära. Der russische Koloß wurde in Unbildung gehalten, um leichter regiert werden zu können. Bis in unser Jahrhundert hinein gab es dort mehr als 70 % Analphabeten.
Die Ausdehnung des Riesenreiches vollzog sich in einer ununterbrochenen Folge von grausamen Angriffskriegen. Die unterworfenen Völkerschaften wurden in allen Richtungen durcheinandergeworfen und so geschwächt daß sie niemals mehr in der Lage waren, ihre Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Das riesige Wald- und Eisland Sibirien wurde zur Strafkolonie gemacht, besiedelt von Millionen Verurteilter und Verbannter, die dort als Zwangsarbeiter ein elendes Dasein fristen.
So entstand der Koloß durch Gewalt und Brutalität. Er stellt heute die größte Bedrohung für die Menschheit dar. Mit Hilfe der Ermordung des Zaren und seiner Familie und über zahllose Leichen gelangte Stalin, den Roosevelt seinen "persönlichen Freund" nannte, zur Macht. Und diese größten und grausamsten Aggressoren bezeichnete die Rooseveltregierung als "friedliebende Demokraten" und unsere "edlen Verbündeten"!
England bestand zur Zeit der Königin Elisabeth, vor ungefähr 400 Jahren, lediglich aus dem südlichen Teil der Britischen Inseln und hatte etwa 3 Millionen Einwohner. Durch grausamen Mord und lange Eroberungskriege wurden Irland und Schottland unter die englische Herrschaft gezwungen und so das **"Vereinigte Königreich"** mit etwa 7 Millionen Einwohnern begründet (Zur gleichen Zeit besaß das Heilige Römische Reich Deutscher Nation eine Bevölkerung von 18 Millionen). Nach Konsolidierung des Vereinigten Königreichs zogen die Engländer in allen Himmelsrichtungen auf Eroberungen aus.
Die Geschichte Englands bestand von damals bis in unsere Tage aus einer ununterbrochenen Folge von Angriffskriegen. Es baute die mächtigste Kriegs- und Handelsflotte und war bis zum Zweiten Weltkrieg die bedeutendste Seemacht der Erde, also der wirkliche Militarist. Das "perfide Albion" spielte die europäischen Mächte mit Intrigen unter der erfundenen Devise des "Gleichgewichts der Kräfte" gegeneinander aus. Wurde ihm eine Nation auf dem Festland zu mächtig so machte sich England auf, sie zu vernichten So geschah es Spanien und den Niederlanden. Die dänische Flotte wurde mitten im Frieden überraschend angegriffen und geraubt, Napoleon Bonaparte in die Knie gezwungen.
Im Ersten und Zweiten Weltkrieg mobilisierte England die ganze Erde gegen Deutschland, seinen größten Rivalen, um es zu vernichten. Winston Churchill erklärte, er sei bereit, sich selbst mit dem "Sohn der Hölle" zu verbünden, um sein Ziel zu erreichen. Die Brutalität, mit

der England seine Eroberungskriege führte, kannte keine Grenzen. Ich erinnere an die Konzentrationslager im Burenland, in denen Frauen, alte Leute und Kinder zu Tode gequält wurden, um die tapferen Männer, die für ihre Freiheit kämpften zur Unterwerfung zu zwingen. Jedes Schulkind müßte wissen, wie Tausende von aufständischen Indern vor Kanonen gestellt und in Stücke gerissen, wie Millionen von ihnen dem Hungertode geopfert wurden.
Nach dem Ersten Weltkrieg setzte England die Hungerblockade gegen Deutschland noch ein volles Jahr fort und ließ auf diese Weise über eine Million deutsche Kinder, Frauen und alte Leute verhungern. Das sind einige der Mittel, mit deren Hilfe England sein Weltreich begründet hat, in dem es heute ein Sechstel der Erde und mehr als 550 Millionen Untertanen beherrscht.
Und dieses Volk besitzt die Anmaßung sich selbst eine "friedliebende Nation" zu nennen. Vor dem Angesicht Gottes frage ich jeden Christenmenschen: Wie kann die Menschheit im Lichte der geschichtlichen Tatsachen diese große Lüge stillschweigend hinnehmen?
Amerika, die jüngste und machtvollste unter den Großmächten von heute, war zu der Zeit, als der erste deutsche Kaiser, Karl der Große in Rom zum Beschützer der Christenheit gekrönt wurde, der weißen Rasse noch unbekannt. Als Dr. Martin Luther geboren wurde, hatte Kolumbus die Küsten der Neuen Welt noch nicht gesehen.
Wie konnte Amerika in so kurzer Zeit so groß, so reich und so mächtig werden? Wir sind durch unsere Schulbücher gewohnt, unsere Geschichte seit der Zeit der Pilgerväter im Glorienschein zu sehen. In Wirklichkeit ist unsere kurze Nationalgeschichte eine ununterbrochene Kette von blutigen Eroberungsfeldzügen gewesen. Oder kann etwa ein aufrichtig denkender Mensch glauben, die ursprünglichen Einwohner unseres Landes hätten nur auf den weißen Mann gewartet, um ihm ihr schönes Land mit seinen reichen Schätzen zu präsentieren?
Nein! Spanier, Portugiesen, Franzosen, Holländer und Schweden führten die blutigsten Eroberungskriege der ganzen westlichen Hemisphäre, beraubten und zerstörten die einst blühenden Reiche der Azteken, Inkas und Mayas. Der Wahlspruch der Eroberer lautete: "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!"
Schließlich kamen die Engländer und raubten den anderen Eroberern den gesamten damals bekannten nordamerikanischen Kontinent. Die einst freien Herren des Landes, die Indianer, wurden auf die grausamste Weise ausgerottet und ihres Landes beraubt. Gegen die weitaus tödlicheren Waffen des weißen Mannes waren die tapferen Indianer mit ihren Pfeilen und Bogen machtlos. Die List und Brutalität mit der der weiße Mann in der Neuen Welt auftrat, spottet jeder Beschreibung. ...
Eine weitere Gewalttat in unserer Geschichte, die in die Kolonialzeit zurückreicht, ist die Sklaverei. Im fernen Afrika wurden die armen Schwarzen wie das Wild gejagt und in Ketten nach Amerika auf den Sklavenmarkt gebracht. Wieviel Qual und menschliches Elend durch eine so grausame Habgier entstand, läßt sich nicht beschreiben. Erst vor wenig mehr als 80 Jahren wurde dieses nationale Verbrechen unterbunden. Noch heute leben Schwarze, die als Kinder von Sklaven zur Welt kamen.
Als dann die englischen Kolonien Nordamerikas (mit deutscher Hilfe) ihre sogenannte "Unabhängigkeit" vom britischen Mutterland erkämpft hatten, führten die Staaten den Eroberungskrieg weiter. Die Indianer wurden weiter dezimiert. ... Die Überlebenden der wirklichen Herren dieses Landes leben heute in den "Reservationen". Sie haben in Fragen der Regierung ihres Vaterlandes nichts zu sagen und werden in Unwissenheit gehalten.
Wir fuhren dann mit unseren Eroberungskriegen gegen Spanien, Mexiko und Mittelamerika fort und nahmen uns, was wir wollten**.** Weder Deutschland noch Italien oder Japan mischten sich in unsere Angelegenheiten. So wurden wir die mächtigste reichste und "friedliebendste" Nation. Doch verschwiegen wir bewußt, daß wir das alles durch **Angriffskriege, Sklaven-**

handel und Aushungerungspolitik erreicht haben. Es gab damals weder Rundfunk noch Filme noch ein modernes Presseberichterstattungswesen, um die Grausamkeiten jener Zeiten der Nachwelt zu erhalten. Natürlich wollen wir jetzt, nachdem wir alles zusammengerafft haben, wonach uns der Sinn stand, in Ruhe gelassen werden, um uns unserer Reichtümer in Frieden zu erfreuen.

Deutschland - Schutzmacht der Christenheit

Das sind die nackten geschichtlichen Tatsachen. So entstanden die drei Großmächte. Stets ging bei ihnen Macht vor Recht. Sie ignorierten beharrlich das Dasein anderer Nationen auf der Erde, die sehr viel größere Leistungen für die Menschheit vollbracht hatten, als die gegenwärtigen Großmächte zusammengenommen.

Was taten zum Beispiel die Deutschen in der Zeit, da die drei ihre Eroberungskriege führten? Sie führten Verteidigungskriege für die höchsten Güter der Menschheit. Am Weihnachtsabend des Jahres 800 krönte der Papst Karl, den König des deutschen Stammes der Franken, der in der Weltgeschichte als Karl der Große weiterlebt, zum Kaiser und verlieh seinem Königreich den Titel "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation".

Keine andere Nation auf der Erde führte je einen so glanzvollen Namen, da auch keine eine so hohe Sendung zu erfüllen hatte wie die deutsche. Die Geschichte des Christentums kennt nur ein Heiliges Land, wo unser Herr geboren wurde, lebte, wirkte, litt, starb, auferstand und damit der Menschheit die Erlösung brachte, und ein Heiliges Reich, das dazu ausersehen war, Verteidiger, Wächter und Beschützer der Christenheit … zu sein.

Ein Jahrtausend hindurch gab es im Christentum nur zwei maßgebliche Mächte die geistliche Macht, gipfelnd im Papst in Rom, und die weltliche Macht des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, gipfelnd im Kaiser, der mit gezogenem Schwert für die höchsten Güter der Menschheit Wache hielt. Was wir heute die europäische oder westliche Kultur und Zivilisation nennen, konnte sich nur hinter dem Schutz des Reiches zu seiner höchsten Vollendung entfalten.

Das Deutschtum war für mehr als tausend Jahre das Bollwerk gegen die asiatischen Mächte. Deutsches Blut wurde im Laufe der Jahrhunderte in Strömen zur Verteidigung des Westens gegen den Osten vergossen. Nachdem zu Beginn des fünften Jahrhunderts die Hunnen vernichtet waren, stürmten gegen Ende des ersten Jahrtausends die Awaren und Magyaren gegen dieses Bollwerk an. Sie wurden auf deutschem Boden von den Kaisern Karl dem Großen und Otto dem Großen zum Stehen gebracht und besiegt.

Der Ansturm der gewaltigen Mongolenflut unter Dschingis Khan wurde bei Liegnitz in Schlesien gebrochen. Kein anderes Volk der Erde brachte solche Opfer zur Rettung, Erhaltung und Weiterentwicklung der europäischen Kultur und zur Ausbreitung des Christentums. Über dreihundert Jahre lang verteidigten dann Deutschland und Ungarn zusammen mit Polen die Christenheit gegen Asien und gegen die Mohammedaner.

Auf deutschem Boden, im Lande der Reformation wurde auch der dreißigjährige Krieg für die Glaubens- und Gewissensfreiheit der ganzen Menschheit ausgefochten und damit das neue Zeitalter der modernen Zivilisation herbeigeführt. Während Deutschland sich so als Beschützer des Christentums … nahezu verblutete, nahmen sich die anderen alles, auf das sie ihre Hände legen konnten. Ihre Staatsmänner wurden darum aber nicht als Verbrecher erhängt, sondern als Helden mit hohen Ehren ausgezeichnet.

Als sich dann die Deutschen von ihrem gewaltigen Rettungswerk zu erholen begannen, war die Erde unter den Eroberern aufgeteilt und die Deutschen gezwungen, bei harter Arbeit auf engem, wenig fruchtbarem Raum zu leben und ihren Bevölkerungsüberschuß den jetzigen Großmächten als "Kulturdünger" zu überlassen.

So kommt es, daß jeder dritte Amerikaner deutscher Abstammung ist und daß Millionen Deutsche in Rußland und im Britischen Empire leben. Nicht eine der Großmächte dachte dar-

an, ihnen auf friedlichem Wege von ihrem Überfluß an unbewohnten Gebieten ein Stück abzutreten. Man vergleiche nur die Bevölkerungsdichte pro Quadratmeile dieser Länder: Amerika 43, Rußland 37, Frankreich 179, Italien 405, Deutschland 502, und dann möge das christliche Gewissen urteilen!

Die Ausbreitung der englischen Sprache

Nach diesem geschichtlichen und geographischen Überblick wollen wir die Sprachenfrage erörtern. Zur Zeit der Queen Elisabeth gab es etwa 7 Millionen englisch sprechende Menschen auf der Erde. Heute sprechen über 250 Millionen diesen entstellten alten germanischen Dialekt.

Wie kam es, daß sich diese Sprache so ungeheuer ausbreitete? Die Antwort ist sehr einfach: durch Erweiterung des Machtbereichs. Wo auch immer die Engländer erobernd eindrangen, brachten sie ihre Sprache mit und zwangen sie den unterworfenen Völkern auf.

Warum ist zum Beispiel die Sprache unseres Landes nicht Spanisch, Französisch, Schwedisch oder Holländisch, die doch alle vor den Engländern hier waren? Weil England alle diese Kolonien eroberte. Jetzt sprechen in unserem Land Weiß und Schwarz, Rothäute und Gelbe, Christen, Juden und Heiden Englisch.

In unseren Schulen werden englische Geschichte und Literatur gelehrt, als ob andere Nationen mit ihrer weit größeren Vergangenheit und Leistung gar nicht existiert hätten.

Wie viel toleranter waren da doch die Deutschen auch in der Sprachenfrage. Jahrhunderte lang waren Tschechen, Ungarn, Norditaliener, Belgier, Flamen und Holländer Teile des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Aber sie sprechen alle heute noch ihre Muttersprache. Zum Dank für solche Duldsamkeit trieben die Tschechen mehr als drei Millionen Deutsche und Ungarn aus ihrem von Wilson geschaffenen Staat.

Diese Grausamkeit konnte sich das kaum sieben Millionen starke slawische Volk nur leisten, weil es dabei die Zustimmung und Unterstützung der Großmächte hatte. Die großen "Befreier" und Vorkämpfer der "Menschlichkeit" Churchill, Stalin und Truman gaben in Potsdam die Anweisung zu dieser einzigartigen Barbarei.

Was würden wir Amerikaner sagen, wenn durch ein Wunder die Indianer in unserem Land plötzlich so mächtig würden, daß sie uns alle, nun mit einem Bündel beladen, aus dem Lande jagen würden? Dabei hat der Weiße dieses Land erst vor etwa dreihundert Jahren erobert, die Deutschen im Sudetenland aber lebten dort seit der Zeit Karls des Großen. Vor über elfhundert Jahren besiedelten sie die Ostmark und bauten sie zu einem Bollwerk gegen die Asiaten aus.

Wahre Sprachtoleranz beweist auch die deutsche Schweiz, die älteste wirkliche Demokratie der Erde. Die Schweizer Bevölkerung ist zu dreiviertel deutsch, das letzte Viertel setzt sich aus Franzosen, Italienern und Rätoromanen zusammen. Sie alle aber genießen die gleichen Rechte. Die Deutschschweizer haben niemals versucht, den anderen Mitbürgern ihre Sprache aufzuzwingen. Die Angelsachsen an ihrer Stelle hätten die anderen längst zuvor ihrer Nationalität beraubt, wie sie es so gründlich in Irland taten, daß in dem wahrhaft "befreiten Land" das Volk seine Ursprache nicht mehr zu sprechen vermag.

Die Ausbreitung der russischen Sprache

Was in dieser Hinsicht für die Angelsachsen gilt, kann auch von den Russen gesagt werden. An Zahl waren diejenigen, die ihre slawische Muttersprache sprachen, ursprünglich den Engländern vergleichbar, unterjochten aber nicht weniger als 152 Völkerschaften aller Rassen und russifizierten sie in jeder Hinsicht. Sie taten es den Angelsachsen gleich und machten Tartaren und Kirgisen, Mongolen und Wotjaken, Buddhisten und Mohammedaner zu Slawen. Wie war das möglich?

Einfach durch Unterwerfung der schwächeren Volker und Aufzwingen der russischen Sprache. Mit anderen Worten: die wirklichen Aggressornationen dürfen andere Völker unterjochen

und mittels der Sprache der "überlegenen Rasse" einschmelzen, während die Deutschen auch in dieser Hinsicht die krasseste Ungerechtigkeit zu erdulden hatten.
Österreicher und Sudetendeutsche, Elsässer und Tiroler sind ebenso wohl Deutsche wie Bayern, Sachsen und Schwaben, durften sich aber nicht mit dem Mutterland vereinigen. In der Volksabstimmung von 1919 war die damalige Republik Österreich mit einer Mehrheit von 89 % gewillt, sich der deutschen Weimarer Republik anzuschließen. Doch drohten England, Frankreich und Italien mit der Besetzung Österreichs, wenn es wagen würde, diesen Wunsch zu verwirklichen. Als dann später der Anschluß zustande kam, wurde dieser echte Volkswille von den heuchlerischen Erfindern des "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" zum Verbrechen gestempelt.
War es auch vielleicht ein Verbrechen, daß unser Märtyrer-Präsident Lincoln vier Jahre lang den blutigsten Bürgerkrieg führte, um die Südstaaten bei der Union zu halten?
Deutschland hat sicherlich mehr Anrecht auf Österreich, das Sudetenland, das Elsaß und alle die anderen deutschen Siedlungsgebiete in Europa als die amerikanischen Nordstaaten auf den Süden. Denn im ersten Fall handelt es sich um die gleiche Rasse mit der gleichen Sprache, Geschichte und Kultur. Wien und Prag waren vor Jahrhunderten Hauptstädte des Reiches, als Berlin noch ein Fischerdorf war. Nun behaupten die Siegermächte heuchlerisch, daß sie Österreich "befreit" hätten, und wollen einen neuen "unabhängigen" deutschen Staat daraus machen.
Wovon aber befreiten sie es in Wirklichkeit? Von seinen Kunstschätzen und Kulturgütern, von seinen Fabriken und Technikern, von seinen Kleidern und Lebensmitteln. Der wahre Grund für die Schaffung eines unabhängigen Österreichs ist die ganz bewußte Absicht der Großmächte, das Deutschtum im Herzen Europas auch weiterhin geteilt und damit für alle Zukunft machtlos zu erhalten.

Deutschlands geschichtliches, politisches und moralisches Recht in Europa

Eines der bedeutungsvollsten Probleme unserer Zeit ist die Judenfrage. Um die Unterstützung des Weltjudentums für sich zu gewinnen, versprach England im Ersten Weltkrieg den Juden das Land ihrer Väter als neue Heimat, auf die sie zweifellos ein historisches Recht hatten.
Wenn aber die Juden ein Recht haben, Palästina für sich zu fordern, das in den letzten 2.000 Jahren nicht ihnen gehörte, wieviel mehr Recht hat dann beispielsweise Rom oder Italien auf das Gebiet des alten Deutschland, auf das Gebiet des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation?
Alle Mittelmeerländer wurden von Rom kultiviert. Heute beherrscht England mit seiner Seemacht dieses ganze wichtige Gebiet von Gibraltar über Malta bis zum Suezkanal. Ganz Mitteleuropa, das Herz der christlichen Kultur, wurde in den Jahren von 800 bis 1806 von der Atlantikküste bis zur Memel und von der Nord- und Ostsee bis zur Adria vom Heiligen Römischen Reich umschlossen.
Nur so konnten die Deutschen tausend Jahre lang die Verteidiger der Christenheit … gegen Asien sein. Wenn also heute die Juden ein Recht haben, Anspruch auf das Land ihrer Vater zu erheben, die Engländer auf Schottland, Wales und das weltweite Empire, die Russen auf den Koloß ihres jetzigen Landes und wir Amerikaner auf das Land der ausgerotteten Indianer, dann haben die Deutschen ein Recht, das Reich im Herzen Europas zu beanspruchen, wo jedes kleine Fleckchen Erde mit kostbarem Blut und Schweiß erworben wurde. Dieses Reich wollten die Deutschen wiederherstellen als Kern der zukünftigen Vereinigten Staaten von Europa.
Die Deutschen wußten, daß die einzelnen Nationen Europas nicht getrennt voneinander existieren können. Sie sind alle aufeinander angewiesen und alle zusammen auf Deutschland als den industriellen, geistigen und kulturellen Mittelpunkt Europas. Vereint würden sie eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht ersten Ranges darstellen, wie es für die Mutter

unserer christlichen Zivilisation, Europa, nur angemessen wäre.

Lincoln und die Deutschen

Eben das ist es, was Lincoln für Amerika tat, indem er die Union zusammenhielt. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, zu welchem Maß von Hilflosigkeit und Ohnmacht wir verurteilt waren, wenn jeder der 48 Staaten sich eigenmächtig mit hohen Zollschranken umgäbe. Was Lincoln für uns tat, ist genau dasselbe, was Deutschland in Europa zu schaffen beabsichtigte. Das war sein Vorschlag von 1936. Da die Erde in unserer Zeit kleiner geworden ist, hatten die Deutschen gelernt, nicht mehr in den engen Grenzen einzelner kleiner Länder zu denken, sondern - in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht - in Kontinenten.

Nach ihrer Vorstellung sollte die westliche Hemisphäre unter der Führung der Vereinigten Staaten stehen, das britische Empire bestehen bleiben, Rußland seine Grenzen behalten, ausgenommen eine Kornkammer für Europa, die gelbe Rasse im Fernen Osten unter japanischer Führung sich sammeln und Europa, Wiege der weißen Rasse und Mutter der christlichen Kultur, als Vereinigte Staaten von Europa unter deutscher Führung zur Blüte gelangen.

Roosevelt und Hitler

Als dieser deutsche Plan Präsident Roosevelt vorgelegt wurde, hatte er nur ein spöttisches Lachen dafür. Wie England ohne Erfolg Lincolns großes Werk der Einigung der Staaten mißlingen lassen wollte, so gelang es Roosevelt, den deutschen Plan der Einigung Europas zum Scheitern zu bringen, weil er in einem erstarkten und geeinten Europa unter Führung der leistungsfähigen Deutschen einen gefährlichen Rivalen sah. Ich erinnere daran, daß Roosevelt nicht einmal imstande war, das Arbeitslosenproblem im reichsten Lande der Erde zu lösen.

Die Angelsachsen mobilisierten die ganze Welt gegen Deutschland

Die Deutschen haben niemals daran gedacht, die Welt zu erobern. Kein Geringerer als General G. C. Marshall, unser Chef des Stabes, berichtete dem Präsidenten nach der Vernichtung des Reiches, daß die Deutschen niemals einen Plan zur Eroberung der Welt hatten. Dieselbe Tatsache wurde auch durch die Nürnberger Prozesse erwiesen. Alles Anderslautende waren Lügen und Kriegspropaganda gewissenloser Kommentatoren, um Furcht und Haß gegenüber den Deutschen zu schüren. Mit anderen Worten: durch Einmischung in eine rein europäische Angelegenheit haben Roosevelt und seine Clique mit ihrer Habgier, Böswilligkeit und Großmannssucht den Zweiten Weltkrieg verursacht.

Mischte sich Deutschland in Lincolns Krieg ein? Ja, indem es ihm in seinem großen Kampf mit 250 Millionen Dollar aushalf. Dafür zeigen wir nun unsere Dankbarkeit, indem wir Deutschland zerstören und Millionen deutsche Menschen töten und verhungern lassen. Unter angelsächsischer Führung wurde die ganze Erde mit allen ihren Hilfsquellen aufgeboten, um Deutschland zu zerstören. Es gelang den Alliierten durch ihre ungeheure Überlegenheit an Menschen und Material, Roosevelts Ziel, die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands zu erzwingen.

Die Sieger haben kein moralisches Recht

Die große und für einen Christen entscheidende Frage der Zukunft lautet: Woher nehmen die Siegernationen das Recht, ein ganzes Volk zu verurteilen und in dieser unmenschlichen Weise zu behandeln? Ein moralisches Recht haben sie nicht. Sie können ihr brutales Vorgehen nur mit ihrer rohen Macht begründen, denn die Siegernationen haben hundertmal mehr Kriegsverbrechen begangen als die Deutschen und begehen sie ungestraft noch heute.

Die Alliierten waren Jahrhunderte lang die Aggressoren

Wir wollen einige dieser Verbrechen miteinander vergleichen:

1. Die Deutschen wurden angeklagt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre Führer gehängt. Jeder Historiker weiß sehr wohl, daß diese Anklage eine Lüge ist. Die Deutschen wollten ihr durchaus rechtliches Ziel der Rettung Europas mit friedlichen Mitteln erreichen.

Im Falle Österreichs und des Sudetenlandes gelang ihnen das auch. Auch mit Polen wäre ein friedliches Übereinkommen möglich gewesen, hätte nicht Halifax, unterstützt von Roosevelt, die Staatsmänner dieses unglücklichen Volkes zum Widerstand angestachelt. Heute, durch Churchill und Roosevelt verraten und verkauft, bereuen die Polen bitter, daß sie damals nicht auf die Deutschen gehört haben. Aber nun ist es zu spät. Polens Unabhängigkeit ist unter der bolschewistischen Diktatur für immer verloren.

Die wirklichen Aggressoren seit Jahrhunderten bis zur Gegenwart sind die Siegernationen. Ein Blick auf die Landkarte und in die Geschichte der letzten vier Jahrhunderte beweist es. Die Deutschen wollten keinen Krieg gegen England und Amerika führen. Sie betrachteten diese beiden Nationen stets als Verwandte und als ihre geistigen Kinder. Ich erinnere: jeder dritte Amerikaner ist deutscher Abstammung und auch jeder zweite Engländer ist deutschen (nämlich angelsächsischen) Blutes.

Es waren aber England und Frankreich, die Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg den Kampf ansagten, nicht umgekehrt. Und die Pearl-Harbor-Untersuchung hat einwandfrei erwiesen, daß Roosevelt über sechs Monate lang ohne Kriegserklärung einen Angriffskrieg gegen Deutschland und Italien führte. Als er erkannte, daß es ihm nicht gelang, mit allen seinen anmaßenden Herausforderungen die Geduld der Deutschen zu strapazieren, suchte er nach der beschworenen Aussage von Staatssekretär Stimson Krieg mit Deutschland über Japan. So gelang es ihm, unsere Nation in den sogenannten "Verteidigungs-Krieg" hineinzulügen.

Nun sind die führenden Männer des nationalsozialistischen Deutschland gehängt worden wegen des Verbrechens, Polen angegriffen zu haben. Aber damals war Stalin Hitlers Verbündeter und griff Polen von Osten her an. Und Roosevelt und seine Clique führten einen Angriffskrieg ohne Kriegserklärung im Atlantischen Ozean. Nur wenn alle Angreifer und ihre Anhänger vor Gericht gestellt und für ihre Verbrechen abgeurteilt worden sind, wird man sagen können, daß Gerechtigkeit geübt wurde. Offensichtlich haben aber unsere Staatsmänner nach zweierlei Maß gehandelt. Könnt ihr, Diener Christi, das schweigend hinnehmen?

Die Alliierten haben als erste eine Ausrottungspolitik betrieben

2. Die Deutschen werden angeklagt, Millionen Juden in Gaskammern getötet zu haben. Wegen dieses furchtbaren Verbrechens wurden ihre führenden Männer und viele Mitschuldige gehängt.

Die Siegernationen aber haben der Welt in weit größerem Ausmaß und ebenfalls ungestraft gezeigt, wie man ein solches Verbrechen begeht.

Allein die Russen haben während der bolschewistischen Revolution 18 Millionen Christen umgebracht.

Die Engländer vernichteten Millionen Menschenleben in Irland, Indien, Südafrika und den anderen ausgedehnten Kolonialgebieten. Und wir Amerikaner haben die Ureinwohner unseres Kontinents bis auf einige wenige unbedeutende Reste ausgetilgt. … Diejenigen aber, die diese Verbrechen begingen, wurden niemals vor Gericht gestellt und gehängt. Abermals wurde mit zweierlei Maß gemessen.

Die Alliierten führten die Konzentrationslager ein

3. Die Deutschen wurden angeklagt, als ein neues Kriegsmittel die Konzentrationslager eingeführt zu haben. Für dieses Verbrechen wurden ihre Regierung und deren Helfer gehängt. Auch diese Anklage ist eine Lüge. In ihrer zweitausendjährigen ruhmreichen Geschichte haben die Deutschen bisher niemals diese verwerflichen Methoden angewandt. Auch das haben sie erst jetzt von den Siegernationen gelernt.

Das russische Sibirien war ein einziges riesenhaftes Konzentrationslager schon unter den Zaren und ist es weit mehr noch unter den bolschewistischen Diktatoren.

England richtete Konzentrationslager als sein grausamstes Kriegsmittel im Burenkrieg gegen Weiße ein und an zahllosen Plätzen in seinen weltweiten Kolonien gegen die Eingeborenen.

Und was sind bei uns die Indianer-Reservationen, wo die ursprünglichen Herren unseres Landes ohne volles Bürgerrecht und in Unwissenheit gehalten werden? Zusätzlich schuf die Roosevelt-Regierung während des Krieges noch eine besondere Art von Konzentrationslager in Verbindung mit Menschenraub, worauf nach dem Lindberg-Gesetz die Todesstrafe steht.
Auf Befehl Roosevelts wurden nämlich in Mittel- und Südamerika unter Verletzung der Souveränität dieser Staaten Tausende von deutschstämmigen Intellektuellen, Industriellen, Wissenschaftlern und Bankiers, meist Staatsangehörige der genannten Länder, von amerikanischen Fliegern entführt und hier in Fargo, N. D. und anderen Konzentrationslagern jahrelang hinter Stacheldraht gehalten. In vielen Fällen wußten ihre Familien nicht, wohin der Vater, Gatte, Bruder plötzlich verschwunden waren.
Dieses grausame Verbrechen, veranlaßt durch den verstorbenen Präsidenten, verstieß gegen jedes menschliche und internationale Recht. Was würden wir Amerikaner sagen, wenn unsere deutschstämmigen Familien wie die Rockefeller, Westinghaus, Roebling, Kaiser, Fleischmann, Heinze und tausend andere führende Persönlichkeiten in dieser Weise behandelt würden?

Die Alliierten betrieben zuerst Sklavenhandel

4. Die Deutschen wurden beschuldigt, während des Krieges Sklavenarbeiter beschäftigt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre führenden Persönlichkeiten gehängt. In Wahrheit bestand ein Großteil dieser "Sklaven" aus freiwilligen Arbeitern, die gut verdienen wollten und nach Deutschland gingen. Das nämlich war das Ziel der vielen Tausende sogenannter "Quislinge" in allen europäischen Ländern. Der beste Beweis für diese Wahrheit ist die Tatsache, daß Hunderttausende dieser "Sklavenarbeiter" nicht "befreit" werden, sondern lieber im Reich bleiben und mit den Deutschen hungern als "nach Hause" gehen wollten.
Andererseits aber waren und sind gerade die Siegermächte die größten Sklavenhalter. Rußland hat stets seine Millionen Verbannten als Sklaven mißbraucht. Gegenwärtig schätzt man die Sklavenarbeiter der Sowjetunion auf 15 bis 20 Millionen. England und Frankreich beuteten die Eingeborenen ihrer Kolonien Jahrhunderte lang als Sklaven aus. Und hier bei uns in Amerika wurde die Sklaverei offiziell erst vor 80 Jahren abgeschafft, während die Neger in den Südstaaten immer noch als Bürger dritten Grades behandelt werden.
Und in welcher schmählichen Weise haben wir unsere deutschen Kriegsgefangenen in Verletzung des Völkerrechts als Sklavenarbeiter an England und Frankreich verkauft. Die Deutschen haben solche Verbrechen niemals begangen, wurden aber gehängt. Die Verbrecher der siegreichen Nationen dagegen befinden sich immer noch auf freiem Fuße.

Die Alliierten begannen mit dem Massenmorden

5. Die Deutschen wurden angeklagt, das Dorf Lidice zerstört und seine etwa 200 männlichen Einwohner im Zusammenhang mit der von England angestifteten Ermordung des Reichsprotektors exekutiert zu haben. Die Verantwortlichen wurden gehängt.
Andrerseits aber trafen die Siegermächte tausendfach schwerwiegendere Maßnahmen. Die Engländer begannen mit den Bombenwürfen auf die schönen deutschen Städte. Die Bombardierung der historischen Stadt Coventry durch die Deutschen war lediglich eine Vergeltungsaktion für die Zerstörung der Goethe- und Schillerstadt Weimar.
Dresden, die prachtvolle Hauptstadt Sachsens mit ihren unersetzlichen Kunstschätzen, wurde so vollständig von unseren Fliegern zerstört, daß die Zivilbevölkerung dabei über 200.000 Tote zu beklagen hatte. Jede deutsche Großstadt wurde bis zu 85 % zerstört, ob es in ihr Rüstungsindustrie gab oder nicht, nur um die Bevölkerung zu terrorisieren und Schuldige und Unschuldige ohne Unterschied zu töten. (Der Verfasser kannte die Bücher der Engländer Späht, Bombing Vindicated, London 1944, Charles Snow, Science and Government, Oxford 1961 und David Irving, Der Untergang Dresdens, deutsch 1964, noch nicht. Sonst wäre diese Gegenüberstellung noch wesentlich kontrastreicher ausgefallen. D. H.).

Entgegen dem ausgesprochenen Protest unserer Wissenschaftler setzten wir Atombomben zur Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki ein und töteten dabei kaltblütig Zehntausende ziviler Menschen.
Es wurde nachgewiesen, daß dieses einzigdastehende Verbrechen unserer Zeit keiner militärischen Notwendigkeit entsprach, da die Japaner sich bereits als geschlagen betrachteten und die Russen um Vermittlung gebeten hatten. Stalin unterschlug dieses Dokument bei der Potsdamer Konferenz. Natürlich möchten wir heute Atombomben völkerrechtlich verboten sehen, nachdem wir sie selber erstmalig angewandt haben. Wir haben alle Ursache, den von uns selbst geschaffenen "Frankenstein" zu fürchten, nachdem wir auch in diesem Verbrechen vorangegangen sind.

Die Alliierten ließen und lassen Millionen verhungern

6. Die Deutschen wurden beschuldigt, sie hätten Hunderttausende hilfloser Menschen verhungern lassen. Für dieses Verbrechen wurden die schuldig befundenen Männer und Frauen gehängt. Auch diese grausame Kriegführungsmethode haben die Siegermächte den Deutschen vorgemacht. England erhielt nach dem Ersten Weltkrieg noch ein volles Jahr die Hungerblokkade gegen Deutschland und Österreich aufrecht und verursachte damit den qualvollen Hungertod von über einer Million Kinder, Frauen und alten Leuten.
In den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten verhungerten Tausende, meist ihre eigenen Landsleute bei einem täglichen Verpflegungssatz von 900 bis 1.000 Kalorien, der aus den beschränkten Vorräten eines übervölkerten und nicht sehr fruchtbaren Landes genommen wurde.
Die Siegernationen dagegen ließen die gesamte 60-Millionenbevölkerung Deutschlands bei täglich 700 bis 800 Kalorien hungern und frieren, obgleich sie über einen Überschuß an Nahrungsmitteln und Kleidung verfügten. Hitler hatte seine berüchtigten Konzentrationslager in Dachau, Buchenwald, Belsen, Sachsenhausen usw. Die Siegernationen machten aus ganz Mitteleuropa … ein einziges riesiges Konzentrationslager und ließen willkürlich Schuldige und Unschuldige ohne Unterschied sterben.

Die Alliierten überboten die deutschen Ärzte an Verbrechen gegen die Menschlichkeit

7. Deutsche Ärzte und Wissenschaftler wurden angeklagt, lebendige Menschen als Versuchsobjekte benutzt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden sie von den Siegermächten vor Gericht gestellt und werden nach den bisherigen Erfahrungen sicherlich gehängt werden.
Zur gleichen Zeit aber nehmen sich die Alliierten das Vorrecht, die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Experimente am lebenden Menschen in Anwendung zu bringen, wie sie ja auch Kenntnisse und Erfindergeist zahlreicher nationalsozialistischer Forscher für ihre eigenen Zwecke ausnützen. Es gibt da ein deutsches Sprichwort: Der Hehler ist nicht besser als der Stehler. …
Und wie steht es mit den Zehntausenden von menschlichen Versuchsobjekten, die wir in Hiroshima und Nagasaki umbrachten, um die Wirkung der Atombombe zu erproben? Ich habe nichts über die Verurteilung und Hinrichtung jener Verbrecher gelesen, die den Befehl gaben und ausführten, die schutzlose Bevölkerung mit der Atombombe zu vernichten.
Im Juli 1945 fand unter den Atomwissenschaftlern des Metallurgischen Laboratoriums an der Universität Chicago eine Abstimmung statt. Dabei stimmten 85 % aller Wissenschaftler gegen ein solches Gemetzel wie das von Hiroshima und Nagasaki, das sich mehr gegen die Zivilbevölkerung als gegen militärische Ziele richte. Das Abstimmungsergebnis wurde "unmittelbar Kriegsminister Stimson und Präsident Truman zur Kenntnis gebracht. Hiroshima lag damals noch einige Wochen voraus.
Truman und Stimson lehnten aber die von Menschlichkeit diktierten Ratschläge der Männer, die die Bombe fertiggestellt hatten, ab. Sie trieben die Dinge weiter und ließen die Bombe tatsächlich werfen. Wenn das nächste Pearl Harbor vorbereitet wird, soll man ja keinen Fehler

machen, weder einen tatsächlichen noch einen vorgeblichen. "Das Beispiel unserer Staatsmänner hat unsere Feinde Unbarmherzigkeit gelehrt. Wir haben von ihnen nichts anderes mehr zu erwarten" Das schrieb Oberst McCormick.

Die Alliierten sind auch die erfolgreichsten Plünderer der Geschichte

8. Die Deutschen wurden beschuldigt, Kunstschätze, Schmuck und auch Vieh sowie Nahrungsmittel geraubt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurde ihre Führung gehängt. In Wahrheit berichteten Museumsdirektoren in den von Deutschland besetzten Ländern, daß ihre Kunstschätze vollständig erhalten seien und nichts fehle. Im Gegenteil, sie wurden von den Deutschen, die Kunst und Wissenschaften hochschätzen, gegen unsere Flieger geschützt, die bedenkenlos und gnadenlos alles zerstörten (man denke nur an die größten und ältesten karitativen Einrichtungen der Erde in Bethel, Barmen, Halle und Kaiserswerth, an die Diakonissen-Mutterhäuser, Hospitäler, Bibliotheken und Tausende von Kirchen und Schulen).

Wie hätten sich Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen und die Tschechoslowakei in so kurzer Zeit erholen können, daß sie nun einen Überfluß an Molkereiprodukten und anderen Lebensmitteln besitzen, wenn die Deutschen sie so grausam ausgeplündert hätten, wie es uns unsere Haßprediger glauben machen möchten? Tatsächlich haben sogar die einst von den Deutschen besetzten Länder öffentlich erklärt, es gäbe keine besser disziplinierten Soldaten auf der Erde als die Deutschen.

Andrerseits aber verheerten die siegreichen Armeen einschließlich unserer eigenen Truppen das "bedingungslos unterworfene" Reich und führten sich nach unseren eigenen Berichterstattern wie wahre Gangster und Räuber auf. Vom Gemeinen bis hinauf zum hohen Offizier plünderte jedermann, was er in die Finger bekam. Und all das geschah unter Mißachtung des Völkerrechts, nach dem das Privateigentum zu achten ist.

Schande für unsere Truppen

Der Raub der hessischen Kronjuwelen ist nur einer von zahllosen Fällen. Der Verteidiger des weiblichen WAC-Captains Durant wußte, was er sagte, als er in seinem Plädoyer ausführte: Wenn seine Klientin verurteilt würde, dann müßten 90 % unserer Besatzungstruppen bestraft werden, denn sie hätten alle gestohlen. Millionen Tonnen an gestohlenen Gütern wurden als "Souvenirs" mit unseren Transportmitteln durch unsere US-Post- und Zollämter nach Amerika gebracht.

Das silberne Tafelgeschirr des letzten Kaisers, ein Geschenk der deutschen Städte zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum, wiegt allein sieben Tonnen und der Oberst, der dieses herrliche Kunstwerk stahl und als Kriegstrophäe betrachtet, ist im Privatleben Rechtsanwalt! Ich danke Gott, daß er meinen eigenen Sohn mit reinen Händen und gutem Gewissen heimkehren ließ. Als Armeeoffizier hatte er dieselbe Gelegenheit wie alle anderen, zu stehlen und zu plündern.

Aber er sagte mir: "Ich habe das siebente Gebot gehalten, Vater. Wir ließen das arme besiegte Volk in seinem Elend und im Hunger zurück. Ich brachte es nicht über das Herz, auch nur den Wert eines Pennys mitzunehmen." Ich hoffe zuversichtlich, daß mein Sohn nicht der einzige unter unseren zehn Millionen Soldaten war, der keine "Souvenirs" nach Hause sandte oder mitbrachte und etwas von den Geboten unseres Herrn wußte.

Selbst die Russen sind aufrichtiger

Was die Russen an Schätzen und Gütern aller Art gestohlen und in Tausenden von Eisenbahnzügen nach Osten gesandt haben, ist ein Kapitel für sich. Aber sie waren dabei aufrichtiger als wir, denn sie nahmen weder heuchlerisch für sich in Anspruch, die "höchst zivilisierte Nation der Erde" noch eine "christliche Nation" zu sein, wie wir es tun.

Welch eine Fülle von Kunstschätzen aller Art war in jenem ersten Kulturland der schöpferischen Nation in Museen, Schlössern, Gutshäusern und Privatsammlungen als das Eigentum der großen geschichtlichen Familien durch die Jahrhunderte gesammelt worden! Jede größere

Stadt in Deutschland besaß so viele Kunstgegenstände wie sonst ein ganzes Land. Da gab es etwas zu plündern und zu stehlen! Unseren eigenen Zeitungsberichten nach waren die Engländer die einzigen, die sich an die Bestimmungen des Völkerrechts und an die Regeln des Anstands hielten. Wir aber sind vor Gott und der Geschichte schuldig, unersetzliche Kulturwerte der Menschheit geplündert und zerstört zu haben.

Roosevelts Satanismus

Roosevelt wußte genau, was er meinte, als er die "bedingungslose Kapitulation" forderte. Nach seiner barbarischen Auslegung schloß dieser Begriff das Recht der Sieger ein, über alles zu verfügen, über Menschen und Material, Eigentum und geistige Güter. Allein die Patente und Herstellungsgeheimnisse, die unsere Truppen gestohlen und hierher gebracht haben, wiegen die Milliarden auf, die wir für die Kriegführung ausgaben.

Selbst die Entführung und gewaltsame Verbringung deutscher Wissenschaftler und Experten nach Ost und West wird als Selbstverständlichkeit betrachtet. Im Angesicht Gottes frage ich unsere Nation, frage ich euch, ihr Diener des Evangeliums: Haben uns die Deutschen in unserer ganzen Geschichte jemals solches Unrecht angetan, wie wir ihnen in den beiden Weltkriegen zufügten und noch immer zufügen?

Was haben die Deutschen uns Amerikanern getan, daß wir sie zweimal in einer Generation auf die grausamste und unmenschlichste Art bestraften, wie sie die Geschichte bisher nicht gekannt hat? Ist das die amerikanische Dankbarkeit für alle die schwere Arbeit und Treue, mit der deutsche Menschen hier unser Land aufbauten und unsere Siege gewannen?

Presse und Redefreiheit

9. Die Deutschen wurden beschuldigt, die Presse- und Redefreiheit unterdrückt und damit die Massen verführt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre Führer gehängt.

Gab es in der gesamten russischen Geschichte bis auf den heutigen Tag jemals eine Presse- und Redefreiheit?

Wir wollen doch nicht vergessen, daß dieses für den freien Mann kostbare Gut auch bei uns erst in harten Kämpfen durch den Deutschamerikaner Johann Peter Zenger errungen werden mußte. Aber konnten wir uns unter der Roosevelt-Regierung dieser Freiheit erfreuen? Wer nicht mit ihm und den andern Kriegstreibern in das gleiche Horn stieß, dem verleidete der FBI das Leben und machte es zur Hölle auf Erden.

Diese Art von Presse- und Redefreiheit gab es in Deutschland und Rußland auch. Wer mit Hitler und Stalin übereinstimmte, konnte reden und schreiben, soviel er wollte. Weitsichtige und aufrichtige Männer aber, wirkliche amerikanische Patrioten wie die Senatoren Taft, Wheeler und Nye, General R. E. Wood, Oberst Lindbergh, Father Coughlin und viele andere, die die Stimme ihres Gewissens mit historischen Kenntnissen verbanden, wurden verleumdet und schließlich zum Schweigen gebracht.

Roosevelts Sündenregister

Wußte unser Volk mit seiner "freien Presse" etwa davon, daß Roosevelt über sechs Monate lang einen herausfordernden Angriffskrieg ohne Kriegserklärung gegen Deutschland und Italien führte, wobei die Geduld und Ehrauffassung dieser Nationen auf die härteste Probe gestellt wurden?

Wußte unser Volk, daß Roosevelt und seine Mitarbeiter vorsätzlich die Pearl Harbor-Katastrophe heraufbeschworen, um sich dann vor die Nation stellen und Rache für den sogenannten "Heimtücke-Angriff" fordern zu können?

War unser Volk davon unterrichtet, daß Roosevelt auf Anraten Einsteins zwei Milliarden Dollar daran wandte, die Atombombe, unseren "Frankenstein", herzustellen, wozu er aus aller Welt Wissenschaftler "importieren" ließ?

Wußte unser Volk, daß auf Befehl Roosevelts viele tausend Wissenschaftler, Industrielle und Finanzmänner deutscher Abstammung, Bürger mittel- und südamerikanischer Staaten aus ih-

ren Häusern entführt und in unseren Konzentrationslagern festgehalten wurden?
Wußte unser Volk, daß Zehntausende von … Kriegsgegnern aus Gewissensgründen in die Gefängnisse geworfen wurden, weil sie Gott mehr gehorchten als machthungrigen Menschen?
Sagte Gouverneur Dewey die Wahrheit, als er in allen seinen Wahlkampfreden stets wiederholte: "Roosevelt mußte Krieg machen, um das Arbeitslosenproblem zu lösen"?
Wußte unser Volk, was für ein gewissenloses Staatsoberhaupt es hatte, das in jenen Geheimbesprechungen in Teheran und Jalta dem rücksichtslosen Erpresser Stalin, seinem "persönlichen Freund", der wieder und wieder mit einem Separatfrieden mit Hitler drohte, alles dahingab?
Wußte unser Volk, daß Roosevelt Churchill den diabolischen "Morgenthau-Plan" aufzwang, nach dem 40 % bis 50 % der deutschen Bevölkerung durch Hunger und Deportation in der Winterkälte umkommen sollten, um auf diese Weise das "Lebensraum-Problem" für die Deutschen zu lösen?
Wußte unser Volk, daß Roosevelt in seiner Großmannssucht bereit war, Europa, die Mutter der christlichen Zivilisation, dem Erdboden gleich zu machen, wie es der Hunne Attila und der Mongole Dschingis Khan wollten, um damit seinen Namen in das Buch der Geschichte einzutragen? Es wird eine dunkle Seite dieses Buches sein.
Unser Volk erfuhr von allen diesen unglaublichen Tatsachen mit Entsetzen und Abscheu erst, nachdem unsere vermeintlichen Feinde niedergeworfen, wir selbst getäuscht und belogen worden waren und Chaos und unsagbares Elend über die Menschheit gebracht hatten.
Hätten wir wirklich eine freie Presse gehabt, so würde unsere Nation nicht das größte Verbrechen dieses Zeitalters begangen haben.

Die Deutschen wurden irregeführt und wir Amerikaner belogen

Jetzt aber haben die Siegermächte den heuchlerischen "Mut", über das ganze deutsche Volk zu Gericht zu sitzen und es als ein Verbrechervolk zu verurteilen. Dabei wurden die gutgläubigen Deutschen von ihrer Führung ebenso getäuscht wie wir von der unseren. Das deutsche Volk wußte in seiner Gesamtheit ebensowenig, was in Dachau und den anderen KZ-Lagern geschah, wie wir wußten, was in unserem Namen in Oak Ridge, New Mexiko, Fargo, in Teheran, Jalta und Potsdam vor sich ging.
Der einzige Unterschied besteht darin, daß wir mit unserer Überlegenheit an Hilfsquellen der ganzen Erde den Krieg gewonnen haben und uns im Triumph sonnen können, während die anderen den Krieg verloren und nun auch noch unter der Schande und Quälerei von seiten der Eroberer zu leiden haben.
Die Masse des deutschen Volkes vertraute ihrem Führer, weil er ihr Arbeit und Brot gegeben und der Welt gezeigt hatte, wie er die meisten Deutschen innerhalb Europas auf friedlichem Wege zusammenführte. Das Volk wußte nicht, welcher Mittel er sich bediente, um sein Ziel zu erreichen.
Die Masse unseres amerikanischen Volkes vertraute Roosevelt, und viele verehren ihn heute noch, weil er ihnen Stellungen und Brot verschaffte und später die Rekordlöhne der Kriegsprosperität. Darum wählte ihn das Volk viermal zum Präsidenten, die letzten beiden Male mit der bereitwilligen Hilfe der Kommunisten. Auch unser gutgesinntes Volk wußte nicht, welche geheimen Pläne er hatte, uns in den Krieg zu drängen, da doch 86 % der Amerikaner gegen den Kriegseintritt waren.

Die wahre Kriegsursache

Als Christen müssen wir uns vor Gott und der Geschichte fragen: Was war die wirkliche Ursache, die uns durch Roosevelt in den Krieg führte?
Eines steht schon jetzt fest: Es war kein "ideologischer" Krieg zur Vernichtung des Nationalsozialismus, da wir ja mit dem noch gefährlicheren Bolschewismus verbündet waren.
Es ging auch nicht um die Rettung Polens, da wir dieses Land betrogen und an die Russen

verkauften. Die Indianer früher, die Mexikaner und Spanier waren weder Nationalsozialisten noch Bolschewisten und doch führten wir Angriffs- und Eroberungskriege gegen sie.
Die einzig wahre Antwort muß heißen: Die alten Kardinalsünden der Menschheit, Selbstsucht, Gier und Habsucht führten unsere Nation in den Krieg. Wir wollten unter der Roosevelt-Regierung nicht zulassen, daß der Verlauf der Geschichte sich einmal umkehre, daß wir die "Habenichtse" und andere Nationen die "Habenden" wurden.
Wir wollten auch weiterhin im Überfluß leben und die anderen für immer im Mangel belassen, wollten weiterhin die Reichen sein und die anderen in ihrer Armut halten, wollten ungestört genießen, was wir an irdischen Gütern durch Eroberung, Ausrottung und Sklaverei zusammengerafft hatten. Wir wünschten fortgesetzt, auf der Sonnenseite des Daseins zu leben. Wir wollten auf unserem "American way of life" mit dem höchsten Lebensstandard bleiben, während die anderen hungerten. Vor allem aber wollten wir unseren größten und erfolgreichsten Rivalen auf dem Weltmarkt loswerden.
Alle diese "Tugenden stehen aber im direkten Widerspruch zu der christlichen Lehre "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" und zu der goldenen Regel "Was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch!" (Matthäus 7, 12)

Das Einwanderungsgesetz, ein Zeugnis größter Selbstsucht

Es gibt bei uns eine Reihe von Einrichtungen, die die Unaufrichtigkeit unserer Politik gegenüber der übrigen Menschheit kennzeichnen. Dazu gehört unser Einwanderungsgesetz als die höchste Form der Selbstsucht.
Es gab eine Zeit, da wurden Menschen in dieses Land gelockt, und da es nicht genügend freiwillige Einwanderer gab, führten die habgierigen Eroberer die Sklaverei ein. Jetzt aber, nachdem wir reich geworden sind, haben wir unsere Grenzen geschlossen.
Wenn wir uns vor Augen halten, daß in Deutschland vor dem Kriege 306 Menschen auf einer Quadratmeile wenig fruchtbaren Bodens leben mußten und jetzt, nach dem Landraub durch die Alliierten sogar 502, in Italien damals 298 und jetzt über 400, im vulkanischen Japan damals 410 und jetzt über 600, während wir hier auf unserem jungfräulichen Boden mit nur 43 Menschen auf einer Quadratmeile leben, dann können wir verstehen, welches Unrecht es bedeutet, unsere Grenzen vor unseren hungernden Mitmenschen zu verschließen. Sicher sind England, Belgien und Holland ebenfalls dicht bevölkert, aber sie verfügen über weite Kolonialgebiete sowohl für die Rohstoffversorgung wie zur Besiedelung.
Im Gegensatz dazu mußte Deutschland etwa die Hälfte seiner Nahrungsmittel und den größten Teil der Rohstoffe importieren, die es zu Fertigwaren verarbeitete und ins Ausland verkaufte, um bei harter Arbeit ein annehmbares Leben zu führen. Besäße das deutsche Volk nicht seinen charakteristischen Fleiß, seine Sparsamkeit, Erfindergabe und gegenseitige Hilfsbereitschaft, so würde es auch in Friedenszeiten darben müssen.
Haben wir da als Christen ein moralisches Recht, unsere Grenzen vor nahrungssuchenden Menschen zu verschließen? Wir haben es nicht, aber wir haben die Macht, sie draußen zu halten, auch wenn sie verhungern und wir an unserem Überfluß ersticken.
Hätten die Indianer einst die Macht gehabt, ihre Heimat zu verteidigen, so wären wir gewiß nicht hier und die Herren dieses reichen Landes. Unsere Vorfahren haben die Eingeborenen nicht um Erlaubnis gefragt, ob sie einwandern dürften. Sie kamen einfach und nahmen sich das Land gewaltsam. Da wir nun einmal die Eigentümer geworden sind und da hier und in der gesamten Neuen Welt Raum und Lebensmöglichkeiten für hunderte Millionen Menschen vorhanden sind, ist es unsere Christenpflicht, unsere Reichtümer mit den "Habenichtsen" zu teilen. Oder könnte ein Christ glauben, Gott habe die Welt nur für die Angelsachsen und Russen erschaffen? …

Zweierlei Maß auch bei der Monroe-Doktrin

Eine weitere Unaufrichtigkeit, die unser politisches Leben kennzeichnet, ist unsere Monroe-

Doktrin. Wir gründen die Führung der 21 Staaten der westlichen Hemisphäre auf die fixe Idee, daß kein Nichtamerikaner sich ungestraft in unsere Angelegenheiten einmischen dürfe. Aber gleichzeitig nehmen wir uns die Freiheit, uns selber bei jeder Gelegenheit mit den Angelegenheiten anderer Länder zu befassen.
Wer gibt uns das Recht dazu? Niemand, wir nehmen es uns kraft unsrer Stärke. Wo bleibt da der so viel mißbrauchte Begriff des Anstands oder gar der christlichen Moral?

Unsere Einmischung in Angelegenheiten auswärtiger Staaten brachte China und Japan Chaos und Elend

Aus weltgeschichtlicher Sicht betrachtet haben wir in unserer kurzen Nationalgeschichte nur Unglück und Elend über die Menschheit gebracht, so oft wir uns in auswärtige Angelegenheiten einmischten. Gleichzeitig waren wir dabei stets die Gewinner. Die fernöstlichen Nationen lebten Jahrtausende - die Chinesen hinter ihrer Mauer, die Japaner auf ihren Inseln - vollkommen abgeschlossen, ohne Berührung mit der Weißen Rasse und entwickelten bewundernswerte Kulturen.
Wir zwangen sie, aus ihrer Isolierung hervorzutreten. Wir liehen ihnen unseren Beistand, in China die zweitausendjährige Dynastie des herrschenden Hauses zu stürzen und eine "Demokratie" zu schaffen. Seitdem hat das Riesenreich keine Ruhe mehr gefunden. Die chaotischen Verhältnisse dort dauern noch an. Wir tragen einen großen Teil der Verantwortung für die Millionen Getöteter und Verhungerter.
Das überbevölkerte Japan hatte es in Jahrhunderten verstanden, sich durch Mäßigkeit, Fleiß und Disziplin aus dem kargen Lande selbst zu ernähren. Würden wir Amerikaner uns wohl mit einer Handvoll Reis als Tagesration begnügen?
Unser Admiral Percy zwang sie, ihre Isolierung aufzugeben. Sie übernahmen dann sehr schnell von den Weißen die Ungenügsamkeit und den Machthunger und begannen, es ihnen nachzutun. Sie folgten auch darin genau unserem Beispiel, daß sie ihre eigene Monroe-Doktrin schufen und erklärten: "Wenn Amerika den Amerikanern gehört, dann gehört Asien den Asiaten".
Aber wir gestanden ihnen das nicht zu, was wir für uns selber als selbstverständlich forderten. Und jetzt schlugen wir sie kraft unserer Überlegenheit. Glücklicherweise haben wir aber diesmal dort einen Mann, der nicht nur Soldat, sondern auch Menschenkenner und Psychologe ist. Unter seiner klugen Führung wurde die herrschende Dynastie nicht gestürzt und allein durch diese Tatsache trug er wesentlich zur Befriedung jener stolzen, besiegten Nation bei.

Unsere Verantwortung für Europas Ruin

Besonders schweres Leid aber verursachte unsere Einmischung in die europäischen Angelegenheiten. In beiden Weltkriegen gingen unsere führenden Staatsmänner darauf aus, eine Rolle zu spielen, und in beiden Weltkriegen führten wir die Entscheidung herbei. Darum sind wir auch für die Folgen und für die nun herrschenden Zustände verantwortlich. Beide Male brachten wir den Europäern mehr Not und Leiden, als sie vorher zu ertragen hatten.
Nach dem Waffenstillstand mit den Deutschen im Jahre 1918 wurden alle feierlichen Versprechungen Wilsons, die er im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten gegeben hatte, gebrochen. Wenn wir uns damit entschuldigen wollen, daß Wilson zwar guten Willens, aber nicht in der Lage war, mit den Engländern und Franzosen fertig zu werden, so gibt es darauf nur eine Antwort: Mische dich nicht in Dinge, denen du nicht gewachsen bist, und versprich nichts, was du nicht halten kannst! Das Schlagwort damals lautete: "Wir müssen in der Welt der Demokratie den Weg bahnen!"
Geschichtliche Tatsache ist demgegenüber, daß mit Ausnahme Englands und der skandinavischen Länder alle europäische Staaten zu Diktaturen wurden. Jedem kleinen Balkanstaat wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zugestanden. Aber den zehn Millionen Deutschen in Österreich, dem Sudetenland, Elsaß-Lothringen, Westpreußen, Danzig usw. wurde verbo-

ten, sich mit dem Mutterland zu vereinigen. Das Versprechen, daß jede kriegführende Nation für ihre Kriegsschulden selbst aufkommen solle, wurde voller Verachtung ignoriert.
Deutschland wurde aller seiner Kolonien beraubt, große Gebiete wurden vom Reiche gelöst und als ein Danaergeschenk den Nachbarvölkern gegeben. Unmögliche Milliardensummen wurden Deutschland als Reparationszahlungen auferlegt. Die Schmach von Versailles lastete schwer auf dem Herzen Europas.

Habsburger und Hohenzollern

Einer Sünde eigener Art machten wir uns beim Sturz der beiden glänzenden Herrscherhäuser Habsburg und Hohenzollern mitschuldig. Hier wurden alte, durch Geschichte und Tradition geheiligte Ordnungen zerstört, ohne daß etwas Besseres hätte an die Stelle gesetzt werden können. Das Haus der Habsburger hatte bereits im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und seit 1806 über Österreich-Ungarn regiert, während die Hohenzollern auf 600 Jahre als Kurfürsten von Brandenburg, Könige von Preußen und Kaiser des Zweiten Deutschen Reiches zurückblicken konnten.

Die germanische Auffassung von Menschenwürde

Es ist kennzeichnend für den germanischen Menschen, daß er eine Autorität über sich anerkennen will, zu der er aufblicken kann. Das hat nichts mit Knechtsseligkeit zu tun, sondern ist im Gegenteil ein Ausdruck menschlicher Würde und Vornehmheit. Die Germanen wollten die Kraft, Ehre und Würde ihres Volkes in einem "Landesvater" verkörpert sehen, den ihnen Gott durch das Recht der Geburt und Erbfolge gegeben hatte und der von der schwankenden Gunst der Massen unabhängig war. Es ist der von der Vorzeit her in der germanischen Seele tief verwurzelte Familiensinn, den nur religiöse Menschen ganz empfinden können.
Wie der Vater das von Gott eingesetzte Haupt der Familie ist, so ist der König oder Kaiser von Gottes, nicht von der Menschen Gnaden Führer und Herrscher seines Volkes. Es ist die altüberlieferte germanische Auffassung von Ehre und Ehrerbietung: "Nur wer selbst Ehre besitzt, kann Ehre erweisen."
Alle germanischen Völker haben noch heute ihren König, selbst die sozialistisch regierten Länder Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und England. Wer wollte leugnen, daß diese Nationen auf allen Gebieten Fortschritte machen und uns in vielen Dingen weit voraus sind?
Wilson aber forderte in seiner geschichtlichen und psychologischen Unwissenheit und in seinem Bestreben, altehrwürdige Einrichtungen zu zerstören, in seinen 14 Punkten als Bedingung für die Friedensverträge, daß die Habsburger- und Hohenzollern-Dynastie gestürzt werden müsse, und beraubte damit diese Nationen im Herzen Europas ihres moralischen Halts. Heute kann jedes Kind den furchtbaren Fehler erkennen, den Wilson beging. Die konstitutionelle Monarchie der adligen Häuser Hohenzollern und Habsburg war um vieles besser als die Hitlerdiktatur.
Kann ein aufrichtiger Mensch angesichts der geschichtlichen Tatsachen die schwere Verantwortung bestreiten, die die amerikanische Politik auf sich lud, da sie am Ende Hitler zur Macht verhalf?

Die Zerstörung der europäischen Wirtschaft

Doch blieb es nicht bei diesem einen schwerwiegenden Fehler. Wilson als der Repräsentant der offiziellen amerikanischen Politik der Demokraten trug auch am meisten zum Ruin der europäischen Wirtschaft bei. Er zerschlug die wirtschaftliche Einheit der Donaumonarchie Österreich-Ungarn, die in Jahrhunderten gewachsen war. Zudem schuf Wilson den unmöglichen Staat der Tschechoslowakei, mit dessen erstem Präsidenten, Thomas Masaryk, er verschwägert war.
Im Süden Österreichs schenkte er den Serben zur Belohnung ein zweimal so großes Gebiet, als sie es vor dem Mord von Sarajewo besessen hatten, und schuf damit das heute von Tito

regierte Jugoslawien. Er nahm Ungarn die tausend Jahre alte reiche Provinz Siebenbürgen und gab sie Rumänien. Heute muß sich unsere Regierung gegen die Russen für die Donau einsetzen, die alte Lebensader Mitteleuropas. Zu spät erkennen wir die Folgen der Sünden unserer Vertreter in Versailles und versuchen, sie wiedergutzumachen.
Als dann unsere Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrten und die traurigen Folgen unserer Einmischung in den europäischen Hader erkannten, riefen sie aus: "Wir kämpften auf der verkehrten Seite!" und "Nie wieder gegen die Deutschen, die anständigsten Menschen, die wir kennengelernt haben!"
Wir ließen Europa in einem Meer von Blut und Tränen hinter uns und zogen uns in die Isolierung zurück, nachdem wir das Unheil verursacht und den Sieg für die falsche Seite entschieden hatten.
Wir waren die einzigen Gewinner im Ersten Weltkrieg. Die Engländer und Franzosen ließen uns diese Tatsache sehr deutlich fühlen, indem sie uns zum Dank für unsere rettende Hilfe mit dem Namen "Shylock" auszeichneten und die Rückzahlung der entliehenen Milliarden schlicht verweigerten. Wenige von uns Amerikanern wissen, daß wir schon damals Milliarden für unsere Wirtschaft aus der Konfiszierung von über 2.500 deutschen Patenten gewannen. Durch diese Patente wurden wir auf vielen Gebieten für immer wirtschaftlich unabhängig, so vor allem in der Chemischen, Farb- und Pharmazeutischen Industrie.

Der Panslawismus - eine Schöpfung Amerikas

Eine dritte an der Menschheit begangene Sünde lastet schwer auf dem Gewissen der Staatsmänner und Kriegstreiber unseres Landes. Ihr unerfahrener, ja kindischer Eingriff in den Gang der Geschichte half entscheidend eine Zusammenfassung der germanischen Völker für immer zu verhindern, dafür aber die panslawistische Bewegung zur dominierenden Kraft in Europa und Asien zu erheben.
Man muß die Geschichte … der Entwicklung der christlichen Kultur in ihrer tiefsten Bedeutung kennen, um den Grad dieser schweren Versündigung an der Menschheit ganz erfassen zu können. Ich will das hier kurz zu erklären suchen.
Seit es eine aufgezeichnete Geschichte gibt, beobachten wir, daß Völker kommen und gehen, Stämme sich zu Völkern entwickeln, zu Macht und Gewicht gelangen, sich eine Zeitlang behaupten und dann zusammenbrechen. Die Archäologen berichten uns von der Macht und Größe der Ägypter, Babylonier, Perser, Griechen und Römer. Aller Glanz und alle Macht dieser einst bedeutenden Weltreiche schwand dahin. Sie mußten anderen Völkern weichen. …
Seit Beginn der christlichen Zeitrechnung hat sich die indo-germanische Rasse … zu drei großen Völkerfamilien entwickelt, den Romanen, den Germanen und den Slawen. Die romanischen Völker sind die Südeuropäer am Mittelmeer, deren gemeinsame Ursprache das Latein war, Italiener, Franzosen, Spanier, Portugiesen und zum Teil auch die Rumänen.
Die West- und Nordeuropäer am Atlantik, an der Nord- und Ostsee, sind die Germanen. Diese Völkerfamilie umschließt die Deutschen, Österreicher, Sudetendeutschen, Schweizer, Elsässer und Lothringer, Flamen, Luxemburger, Holländer, Dänen, Norweger, Schweden und Engländer.
Das gewaltige Gebiet Osteuropas wird von den Slawen bewohnt. Zu dieser Völkerfamilie gehören die Russen, Polen, Ukrainer, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Serben. Eine vierte, an Zahl kleine Völkerfamilie ist die finnisch-ungarische, deren größerer Teil, Wogulen, Ostjaken, Wotiaken, Tscheremissen und Zyrmjenen in den weiten Steppengebieten Rußlands leben und zu den 152 von Moskau unterjochten Völkerschaften gehören.
In Europa wird diese Sprachengruppe durch die ritterlichen Magyaren, die tapferen Bulgaren und die rechtschaffenen Finnen, Lappen und Baltenvölker vertreten. Schließlich leben in Westeuropa auch noch die letzten Nachkommen der alten keltischen Völkerschaften.

Die Ära der romanischen Führung

Die Geschichte der Völker verläuft wie die der Natur nach unwiderruflichen Gesetzen. In diesem Zyklus waren die Völker der romanischen Sprachfamilie als erste politisch und kulturell dazu befähigt, die Führung … zu übernehmen. Die italienischen Seemächte Genua und Venedig, der mächtige geistige Aufbruch des Humanismus und der Renaissance sowie die Päpste in Rom hatten bis zum Ende des Mittelalters diese Führung inne.
Von der Appeninhalbinsel ging die Macht auf die Pyrenäenhalbinsel über. Die Bedeutung und Größe Spaniens, das von allen europäischen Ländern die meisten Kriege führte, war so gewaltig, daß König Philipp II., gleichzeitig Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, sagen konnte, in seinem Reich ginge niemals die Sonne unter.
Von Spanien wurde die politische und kulturelle Führung auf Frankreich übertragen, das die erste stehende Armee in Europa hielt (daher die französischen Bezeichnungen für militärische Ränge und Waffengattungen) und seine führende Stellung lange Jahrzehnte behielt. Mit der Niederlage des großen Korsen bei Waterloo und später mit der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. bei Sedan brach die Macht Frankreichs zusammen. Damit war die führende Rolle der drei großen romanischen Völker ausgespielt.

Die Ära der germanischen Führung

Nach dem Gesetz der Geschichte ging nun die Führungsmacht auf die Völker der germanischen Sprachfamilie über. Wie unter den romanischen Völkern die seefahrenden Italiener zuerst an der Reihe waren, so unter den germanischen Völkern die seefahrenden Engländer. Dieses aggressive und kriegliebende Inselvolk beherrschte aus seiner "splendid isolation" heraus nicht nur Europa, sondern eroberte und unterwarf sich etwa ein Sechstel der Erde und besetzte alle wichtigen Stützpunkte, Flottenbasen und Handelsrouten der sieben Meere. Eine gewaltige Leistung für ein zahlenmäßig kleines Volk!
Doch je mehr die Botschaft von der "Freiheit eines Christenmenschen" sich in den weit abgelegenen Ländern ausbreitete, desto lauter riefen die unterjochten Völker nach Befreiung von den englischen Fesseln.

Der Verrat an den Deutschen

Wie in der romanischen Sprachfamilie die beherrschende Macht von Italien auf Spanien und von dort auf Frankreich überging, so hätte nach dem Gesetz der Geschichte innerhalb der germanischen Sprachgruppe Gebietender nun die Führung von England auf Deutschland übergehen müssen, da es für diese hohe Aufgabe am besten vorbereitet war. Seine beherrschenden Leistungen auf allen Gebieten der Wissenschaft, Technik und der Künste, seine fleißige und hochgebildete Bevölkerung, seine zentrale Lage im Herzen Europas schien das hundert Millionen zählende Deutschtum geradezu dazu ausersehen zu haben, die Führung Europas zu übernehmen.
Wie in der großen Krise um die Wende des ersten Jahrtausends die großen Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, die Karolinger, Sachsenkaiser und Hohenstaufen das Christentum … gerettet hatten, so war diese große Nation auch an der Wende des zweiten Jahrtausends dazu berufen, ihre höchste Pflicht gegenüber der Menschheit zu erfüllen.
Um aber eine so gigantische Aufgabe lösen zu können, war es notwendig, das gesamte Deutschtum in Europa wieder zu vereinigen so, wie es tausend Jahre lang vereint gewesen war. Dann wäre die 78 Millionen-Bevölkerung des Reiches durch den Anschluß aller Deutschen des Kontinents auf hundert Millionen angewachsen und hätte im Rahmen des so vergrößerten Reiches zweifellos das in jeder Hinsicht leistungsfähigste Volk innerhalb der Weißen Rasse dargestellt.
Das war der Plan und das Ziel der Großdeutschen. Ist es ein Verbrechen, die Kinder ein und derselben Familie in einem gemeinsamen Hause zusammenzuführen? Die Feinde Deutschlands aber neideten ihm die ihm zukommende Stellung, brachten den durchaus natürlichen Plan, der am Ende der Menschheit zum Segen gereicht hätte, in Verruf und bekämpften ihn

als Pan-Germanismus.

Unser Pan-Amerikanismus

Hatten wir Amerikaner ein geschichtliches oder moralisches Recht, mit allen den Schritten, die unsere Staatsmänner unternahmen, diesem gerechtfertigten deutschen Streben entgegenzuwirken?

Ist es nicht eine Tatsache, daß wir in unserem Staat Dutzende verschiedener Nationalitäten und Rassen zu einem Volk zusammenschmolzen? Die Deutschen wollten nur ihre Verwandten der gleichen Rasse, Abstammung, Sprache und Kultur zusammenführen.

Denken wir doch an unseren Pan-Amerikanismus, der die ganze westliche Hemisphäre aus rein selbstsüchtigen Interessen ohne irgendwelche gemeinsamen rassischen, sprachlichen, kulturellen, religiösen oder moralischen Grundlagen zusammenfaßt.

Ist es nicht eine geschichtliche Tatsache, daß unser Lincoln den blutigsten Bürgerkrieg führte, um den Abfall der Südstaaten zu verhindern? Hat Deutschland damals auch nur den Versuch gemacht, dieses große Unternehmen zu verhindern? Tatsache ist, daß die Deutschen Lincoln sogar halfen, sein Ziel gegen die englischen Intrigen zu erreichen.

Wie aber statteten wir den Deutschen unseren Dank dafür ab, daß sie uns zu unserer Macht und Größe verhalfen? Wir zogen zweimal, ohne herausgefordert worden zu sein, aus, um Deutschland zu vernichten. Es gelang uns, die großdeutschen Bestrebungen zum Scheitern zu bringen und den Lauf der Geschichte umzukehren. Und was sind nun die Folgen unseres mutwilligen Eingreifens? Statt einem Großdeutschland verhalfen wir dem Pan-Slawismus zum Ziel.

Wie die Deutschen die Vereinigung aller ihrer Volksangehörigen in einem großen Reich anstrebten, so wirkten die Russen seit über einem Jahrhundert auf die Vereinigung aller Slawen hin. Dieser alte Traum der Zaren wurde nun in unseren Tagen durch die aktive Hilfe Amerikas zur Wirklichkeit. Es ist unsere Schuld, daß heute ganz Osteuropa eine gigantische slawische Einheit darstellt. Die aufrichtigen Historiker der Nationen, deren es in unserer Mitte nur sehr wenige gibt, haben zu beurteilen, wohin Großdeutschland die Menschheit gebracht hätte und wohin sie der Pan-Slawismus bringen wird.

Was hätte Großdeutschland der Welt gegeben?

Meiner Meinung nach hätten die Deutschen nach Erreichung ihres Ziels, der Vereinigung aller ihrer Volksangehörigen, die Auswüchse des Hitlerismus beseitigt. Nach der Konsolidierung Großdeutschlands wären die hundert Millionen in heiliger Begeisterung an die Arbeit gegangen und hätten ihre besten Eigenschaften zur Entfaltung gebracht.

Ihr Organisationstalent hätte in Europa in kürzester Zeit Ordnung und Ruhe hergestellt. Sie hätten ohne Blutvergießen die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen und ihre Fähigkeiten in den Wissenschaften, Künsten und in der Technik der ganzen Erde zur Verfügung gestellt, wie sie es auch früher taten. Ihr Geistesleben, vor allem die einzigartige deutsche Musik, hätte das Dasein auf der Erde bereichert. Das Christentum hätte neue Impulse erhalten wie in der epochemachenden Ära der Reformation.

Man darf nicht vergessen, daß keine andere große Nation intensivere innere und äußere Mission betrieben, mehr Diakone und Diakonissen, Mönche und Nonnen hervorgebracht, größere und bessere karitative Einrichtungen für Kranke, Mittellose und alte Menschen geschaffen hat als die deutsche.

Auch unter der nationalsozialistischen Regierung wurden in Deutschland 620 neue Kirchen erbaut und keine einzige je geschlossen oder durch Verwendung als Tanzlokal, Kino oder Museum profaniert, wie es andernorts massenweise geschah. Die Deutschen besaßen auch die besten Sozialversicherungen für ihre Bevölkerung. Kurzum, Großdeutschland hätte der übrigen Menschheit nur geistigen und materiellen Segen bringen können.

Die westeuropäische Kultur und Zivilisation wäre abermals durch die Deutschen, diese alter-

fahrenen Verteidiger der kostbarsten Güter der Menschheit, vor dem Untergang bewahrt worden. Die amerikanischen Staatsmänner aber verhinderten diese Entwicklung und vernichteten dieses große Volk gegen den Willen von 86 % der amerikanischen Bevölkerung.

Unsere Hilfe für England und Rußland hatte nur Chaos und Elend zur Folge

Nach dem Gesetz der Geschichte war also, wie wir sahen, Großdeutschland für die nächsten Generationen zur Übernahme der Führung in Europa berufen, wie sie in den vergangenen Jahrhunderten die Italiener, Spanier, Franzosen und Engländer innegehabt haben. Deutschland war nun an der Reihe.

Unsere Beteiligung am Ersten und Zweiten Weltkrieg aber, beide Male ohne vorangegangene Herausforderung, entschied gegen die Deutschen. Doch lösten wir damit das Problem nicht. Im Gegenteil, mit unserer weltpolitischen Unerfahrenheit und unserem vorsätzlichen Willen zur Zerstörung und millionenfachen Auslöschung von Menschenleben schufen wir nur Chaos und Elend.

Durch unsere feindseligen Maßnahmen wurde eine deutsche Führung der Christenheit … unmöglich gemacht und dafür die Vorherrschaft des Slawentums aufgerichtet. Das Slawentum ist noch nicht reif, die Führung zu übernehmen, ebenso wie wir Amerikaner die Mannesreife, Verantwortung übernehmen zu können, noch nicht erreicht haben. Große Industrieanlagen, Massenproduktion und reiche Kornfelder sind gewiß ein rechter Himmelssegen, aber zur Übernahme einer führenden Rolle unter den Völkern reicht das nicht aus.

Wie im Leben des Einzelmenschen Erfolg und Mißerfolg, Freude und tiefe Trauer, gute und böse Erfahrungen, Krankheit und Gesundheit erst Erfahrung und Reife vermitteln, so bereiten auch im Völkerleben erst das Auf und Nieder, Siege und Niederlagen, selbst Katastrophen, vor allem aber ständige schöpferische Kulturleistungen ein Volk auf die Übernahme den Verantwortung vor und geben ihm Reife und Gewissenhaftigkeit vor Gott und der Geschichte. Die Russen mit ihren 152 widerstrebenden Nationalitäten, mit ihrer Sklaverei und ihrem Terror stehen erst im Jünglingsalter, wie auch wir Amerikaner mit unserer kurzen Geschichte uns erst auf dem Wege zur nationalen Reife befinden.

Was wird das Slawentum der Welt geben?

Was dürfen wir also von der Vereinigung und Vorherrschaft des Slawentums, die wir verursacht haben, erwarten? Genau das, was man von einem Halbwüchsigen erwarten darf, der sich etwas auf seine Körperkraft zugute hält und in einem Speziallaboratorium mit ihm unbekannten gefährlichen Chemikalien experimentiert.

Eine einzige falsche Mischung, ein einziger Fehler können das Laboratorium in die Luft sprengen und die gesamte Mitarbeiterschaft unter den Trümmern begraben. In dieser sehr gefährlichen Situation befinden wir uns.

Da wir Amerikaner und die Russen in der Völkerfamilie den älteren, erfahreneren Bruder seines Nachfolgerechts beraubt haben, sind wir nicht in der Lage, die gewaltigen Probleme unserer Zeit ohne seine Hilfe zu lösen.

Wie wenig Verantwortungssinn vor der Geschichte und wie wenig moralisches Bewußtsein im Hinblick auf Gott wir als junge Nation mit unserer Machtpolitik besitzen, das schreien die Entscheidungen unserer führenden Staatsmänner für die kommenden Generationen in alle Welt:

das skrupellose Hineinzwingen unseres Volkes in zwei Weltkriege durch Lug und Trug, die barbarische Forderung und Erzwingung der "bedingungslosen Kapitulation", die Auslieferung und Überlassung ganzer Länder und Völker an die Russen durch Roosevelt, die völlige Verständnislosigkeit gegenüber der Tatsache, daß die "Habenichts-Nationen" auch ein Recht zum Leben haben und daher Lebensraum und Lebensmöglichkeiten erhalten müssen, die wir ihnen in unserem Überfluß und unserer Selbstsucht verweigern, die sinnlose Zerstörung der prachtvollsten Städte und der brutale Mord an Hunderttausenden hilfloser und unschuldiger Men-

schen, die willkürliche Anwendung der Atombombe bei der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki unter Vernichtung von Zehntausenden von Menschenleben, die grausamste Vertreibung von Millionen Ostdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat, die Vorbereitungen und Durchführung des Eisenhower-Morgenthau-Roosevelt-Planes, des unmenschlichsten Racheaktes in der überlieferten Geschichte, der qualvolle Hunger- und Kältetod von vielen Millionen Menschen.

Das sind keine politischen "Fehler" mehr, wie unsere Staatsmänner uns jetzt glauben machen möchten, es sind bewußte, vorsätzliche Verbrechen, wie sie nur eine geschichtlich unerfahrene, noch niemals besiegte und daher nicht an die Konsequenzen und nicht an die Vergeltung denkende Führerschaft begehen kann.

Eine furchtbare Alternative

Wenn aber nun schon unsere republikanischen und "christlichen" Staatsmänner alle diese schrecklichen Untaten begehen konnten, wie viel mehr Ursache haben wir dann, das Schlimmste von einem bolschewistisch gewordenen Slawentum zu befürchten, das sich die Form einer Diktatur gegeben hat und offiziell zur Gottlosigkeit bekennt?

In unserer ganz unchristlichen Machtgier schufen wir die beiden furchtbarsten "Frankensteins", die alles Leben auslöschende Atombombe und die alles verschlingende Macht des panslawistisch-asiatischen Bolschewismus**.** Das sind die schrecklichen geschichtlichen Tatsachen, die uns mit Furcht und Grauen erfüllen.

Im Vergleich zu dieser Bedrohung war die sogenannte deutsche "Gefahr" ein Kinderspiel. In dem kommenden unvermeidlichen Konflikt bleibt uns nur die Alternative:

Entweder wir akzeptieren den panslawistischen Bolschewismus mit seiner ganzen Tyrannei und seinem Terror und nehmen unsere Befehle von Moskau entgegen, wie es bald alle anderen Völker tun werden, oder wir setzen die Atombombe und andere furchtbare Waffen ein und töten noch mehr Millionen Menschen unter Vernichtung ihrer Städte, als wir es in Deutschland getan haben.

Diese beiden Weltkriege wurden ja nicht gegen den Militarismus, das Kaisertum oder den Nationalsozialismus geführt, sondern um das Deutschtum, den größten Rivalen des angelsächsischen Imperialismus, zu zerbrechen und zu vernichten. Nur ein Gnadenakt Gottes kann uns vor der wohlverdienten Strafe retten.

Die Verbrechen der Angelsachsen …

Wenige Amerikaner dürften das Abkommen kennen, das die großen Kolonialmächte England, Frankreich und Deutschland im Jahre 1878 in Frankfurt am Main schlossen. Zu dieser Zeit besaß auch Deutschland Kolonien, die es aber wohlgemerkt nicht in blutigen Eroberungskriegen an sich gerissen hatte wie die anderen Mächte, sondern die es gekauft oder auf diplomatischem Wege gewonnen hatte. In diesem Abkommen verpflichteten sich die Mächte feierlich, wenn sie je einen Krieg gegeneinander führen würden, auf keinen Fall farbige Kolonialtruppen auf europäischem Boden kämpfen zu lassen.

Wie so manches andere brachen das "perfide Albion" und die "Grande Nation" auch dieses feierliche Abkommen. Die Engländer und Franzosen brachten 1914 im Ersten Weltkrieg viele tausend Inder, Senegalesen und Hottentotten auf den europäischen Kontinent und ließen diese auf das deutsche Volk … los. Zu unserer Schande nahm auch Amerika vollen Anteil an diesem Verbrechen an unseren gemeinsamen Vorfahren. Auch wir setzten Schwarze gegen Deutschland ein. …

Roosevelt der böse Geist der Welt

Roosevelt und seine Kollaborateure haben unsere Nation in den Krieg gelogen, mit den Worten: "Wir müssen den Faschismus zerschlagen!" und mit der "Atlantic Charta". Auch diesmal, wie immer, hat unsere Einmischung in europäische Angelegenheiten nichts als Fluch und eine bisher unerreichte Misere und Hungersnot gebracht. Roosevelt und seine Haß-Kumpane ha-

ben nun endlich das erreicht was sie schon immer wollten, die Zerstörung Deutschlands, und sie lynchten die Führer als Kriegsverbrecher entgegen allen internationalen Gesetzen. Und von den Versprechungen der "Atlantic Charta" wurde nicht ein einziges gehalten, außer der rachsüchtigen "bedingungslosen Kapitulation".
England und Frankreich erklärten Deutschland den Krieg wegen der "deutschen Aggression gegen Polen". Danach wurde Polen, zusammen mit den Baltischen Staaten, von Roosevelt und seinen Helfern "verkauft". Anstatt der "Nazityrannei" kam nun die tausendmal schlimmere "Bolschewisten-Diktatur", mit dem teuflischen Stalin, über Europa. Unter "bedingungsloser Kapitulation" verstanden unsere erfahrenen "Staatsmänner" und undisziplinierten Soldaten nur die Macht des Siegers, sie hatten aber nicht die geringste Ahnung von militärischer Ehre dem geschlagenen Feind gegenüber.

Das größte Verbrechen der Geschichte

Die größte Kulturnation, die der Menschheit mehr Segen gebracht hat als irgend eine andere auf dieser Welt, wurde in ein riesiges Konzentrationslager eingeschlossen, mit den selben Lebensmittelrationen, die die zum Leiden verdammten Insassen in Himmlers Konzentrationslagern bekamen.
- Deutsche Mütter und Töchter wurden als Freiwild angesehen.
- Millionen unschuldiger Menschen wurden von ihren tausendjährigen Besitzungen vertrieben bei eisiger Kälte, ohne Kleidung und Nahrung.
- Wissenschaftler und hochqualifizierte Arbeiter, ganz gleich ob sie der Partei angehörten oder nicht, wurden gekidnappt und in die Siegernationen verschleppt.
- Hunderte von Tonnen Geheimpatente wurden gestohlen und in unser Land gebracht. (Unsere Wissenschaftler sagen es ohne Neid, daß die Deutschen uns 10-50 Jahre voraus waren, mit ihren Erfindungen.
- Wir haben nicht das Geringste für die Menschheit getan. Wir haben keine Probleme gelöst, sondern immer nur wieder neue geschaffen. Wir mißbrauchen bewußt das Wort "befreit". Wir haben nie jemanden "befreit". Im Gegenteil, wir halfen mit, 250 Millionen mehr Menschen zu unterjochen.
- England ist immer noch der Unterdrücker von 250 Millionen Untertanen.
- Rußland hat 152 Millionen Nationalitäten unter seiner Herrschaft.
- Das kleine Holland mit einer Einwohnerzahl von 8 Millionen, regiert über 65 Millionen Eingeborene.
- Frankreich hat nicht genug Personal um den Verwaltungsapparat seines Kolonialreiches zu besetzen und füllt seine "Fremdenlegion" mit Menschen aus allen Nationen und Rassen auf.
- Obendrein, das Herz Europas: Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien wurden versklavt, das Baltikum und der Balkan wurden bolschewisiert.
- Das sind die Früchte unsrer "Befreiung" im 2. Weltkrieg: Katastrophen, Zerstörungen, Chaos, Hunger, Misere, Haß und Verzweiflung!

Amerika der einzige Gewinner im Zweiten Weltkrieg

Im Gegensatz zu allem angerichteten Unheil gingen wir Amerikaner auch aus dem Zweiten Weltkrieg wieder als die alleinigen Gewinner hervor. Zur Zeit sind wir das reichste Volk auf Erden, seit wir dieses Land besitzen.
Dr. Walter A. Meier von der "Lutheran hour" zählt auf:
"Das vergangene Jahr brachte Amerika äußerlich die höchste Geschäftskonjunktur, die bisher zu verzeichnen war, mit einem Einzelhandelsumsatz, der auf 97 Milliarden Dollar geschätzt wird. Das gesamte Nationaleinkommen ist jetzt zweieinhalb mal so hoch wie vor Pearl Harbor. ... Das Jahr 1946 brachte unserem Volk trotz Streiks und Betriebsschließungen die höchsten bisher verzeichneten Löhne und Einzeleinkommen. Im Durchschnitt kann ein junger Mann in unserem Lande jährlich über 350 Dollar für Kleidung ausgeben ... Noch niemals wa-

ren so viele Menschen so gut gekleidet wie heute in den Vereinigten Staaten.
Doch erst von wenigen Tagen erhielt ich einen kläglichen Brief von einer Mutter aus Europa, die schrieb: "Wir sind fast nackt, haben nur noch ein paar zerfetzte Lumpen anzuziehen. Wir laufen barfuß über den gefrorenen Boden". …"

Amerikaner sind die reichsten der Erde

Das Landwirtschaftsministerium in Washington berichtet, daß die diesjährige Getreideernte sowohl der Menge wie der Qualität nach die beste in unserer Geschichte war. Wir zogen mehr Weizen und Mais als je zuvor in den vergangenen 170 Jahren, bei weitem mehr, als je ein anderes Volk produziert hat. ...
Wir haben so viel Geld und soviel Nahrungsmittel im Lande, daß wir jährlich über 110 Millionen Dollar ausgeben, nur um unsere Hunde zu füttern. ... Seit dem letzten Jahr ist die Anzahl den Familien bei uns um 450.000 angewachsen; dagegen sank die Zahl der Familien in einem Dutzend Ländern durch die Einwirkungen des Krieges, wobei besonders die hohe Anzahl den jugendlichen Todesopfer erschrecken muß.
Amerika hat übrigens jetzt auch die seit Beginn seiner Geschichte am besten eingerichteten Wohnungen. ... Man vergleiche damit die Leiden der besiegten Länder, deren Wissenschaftler nach Rußland, Frankreich, England und in unser Land verbracht wurden, deren Laboratorien zerstört, deren Schulen in Trümmerhaufen verwandelt wurden und deren Kinder zu Millionen ohne Lehrer und Erzieher sind. ...

Amerikaner die größten Verschwender der Welt

Nie zuvor hat dieses Land den reichen Segen der sensationellen Wirtschaftsblüte erlebt, denen es sich im Jahre 1946 erfreute. Gott und die Menschen haben ein Recht zu verlangen, daß das Volk der Vereinigten Staaten das dankbarste, gläubigste und treueste von allen sei. ...
Doch wird sich, wenn ein vollständiges Bild vorliegt, zeigen, daß dieses Jahr eines der verschwenderischsten gewesen ist. Es wurden nicht nur Berge von Kartoffeln mit Petroleum begossen oder der Fäulnis überlassen, wir lasen nicht nur Berichte wie diesen:
"Santa Monica, Kalifornien. Hiesige Fischer warfen heute zehn Tonnen Fisch ins Wasser..., weil weder die Konservenfabriken noch die Händler noch welchen haben wollten", sondern: "die völlige Zersetzung riesiger Mengen gelagerter Nahrungsmittel wird diesem Jahr in Amerika den Stempel schlimmster Verschwendung aufdrücken. Wie können wir das reichste aller Länder bleiben, wenn wir Lebensmittel in einem Umfang verderben lassen, mit denen man ganze Völker am Leben erhalten könnte?"

Unser Preis für den Sieg war gering

Alle unsere gewaltige Macht und Stärke und alle diese Gewinne erhielten wir zum niedrigsten Preis, verglichen mit den furchtbaren Schäden und Verlusten, die wir unsern "Feinden" zufügten. In unserer ganzen bisherigen Geschichte waren wir ja stets die glücklichen Gewinner aller unserer Eroberungskriege gegen die Indianer, Engländer, Spanier, Mexikaner, Japaner und zweimal gegen die Deutschen. In diesem letzten gigantischen Völkerringen haben wir nur ebenso viele Menschenleben verloren, wie hier zu Hause durch Unfälle umkamen.
Das amerikanische Rote Kreuz berichtete 1945 offiziell, daß "99 Prozent der amerikanischen Kriegsgefangenen in Deutschland die Gefangenschaft überlebt haben und auf dem Wege nach Hause sind. Und was die 260 Milliarden Dollar angeht, die Roosevelts Krieg uns gekostet hat, so haben sich diese mehr als bezahlt gemacht durch die geraubten Patentgeheimnisse, Kunstschätze und durch die Leistungen der entführten deutschen Wissenschaftler. ...

Muttermord an Europa

Die schwerste Sünde vor Gottes Angesicht und im Lichte der Geschichte aber besteht darin, daß wir uns als Nation des Muttermordes schuldig gemacht haben, der Sünde gegen das vierte und fünfte Gebot.
Denn Europa ist sowohl unserer physischen Herkunft nach wie auch in geistiger Hinsicht un-

sere Mutter. In seiner großen Weisheit empfahl der "Vater des Vaterlandes" nicht umsonst, daß wir uns niemals in europäische Angelegenheiten einmischen noch mit fremden Nationen Bündnisse eingehen sollten. Roosevelt und seine Regierung mißachteten, wie vor ihnen schon der Demokrat Wilson, dieses weise Vermächtnis George Washingtons. So wurden wir zweimal schuldig.

Alle europäischen Nationen trugen zur Größe und Macht unseres Landes bei. Dafür sind wir ihnen allen zur Dankbarkeit verpflichtet. Vor allem aber sollten wir das Volk würdigen und ehren, dessen Söhne und Töchter am meisten mit ihrem Blut und Schweiß zum Aufstieg unseres Landes beigetragen haben, die Deutschen.

Trifft es nicht zu, daß in den Adern jedes dritten Amerikaners deutsches Blut fließt? Jetzt haben wir genau das Gegenteil getan und tun es noch. Wir verwandelten die herrlichen Städte Deutschlands in Trümmerhaufen. Wir demütigen, töten, berauben die Verteidiger der Christenheit in der unbarmherzigsten Weise, geben sie dem Elend, dem Hunger und der Gewalt preis.

Geistlichkeit Amerikas! Ihr Diener Gottes aller Konfessionen! An euch wende ich mich. Im Gewissen gebunden an Gott, den Lenker aller Völker und Schicksale, im Herzen zutiefst besorgt um die Zukunft unserer Kinder wende ich mich an euch, da ich unsere schreckliche Schuld am Elend der Menschheit erkenne. Der Zweite Weltkrieg ist noch lange nicht vorbei. Die große Entscheidung steht uns noch bevor. Wir leben nur in einer Atempause, in Bereitschaft.

Deutschland bewundert, beneidet, gefürchtet, gehaßt

Wir befinden uns heute in genau der gleichen Lage, in der Deutschland sich vor dem Ersten Weltkrieg befand. Deutschland stand damals auf dem Gipfel seiner Macht, seines Ruhmes und Ansehens. Es baute die größten und luxuriösesten Schiffe der Erde, mit denen es den Weltmarkt für sich gewann, da es die beste und billigste Produktion anbieten konnte. Auf dem Gebiet der Wissenschaften stand Deutschland an der Spitze aller Völker. Seine Forscher erhielten mehr Nobelpreise in allen Disziplinen als die der anderen Nationen zusammen. Aus allen Ländern der Erde kamen die Wissensdurstigen und Kunstliebhaber zu den berühmten Universitäten des "Volkes der Dichter und Denker".

Der deutsche Name stand in der Welt in hohem Ansehen. Doch erweckten Macht und Größe Deutschlands gleichzeitig auch Mißgunst und Argwohn. Aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen Europas und als Verteidiger der europäischen Kultur war es gezwungen, zum Schutz seiner offenen Grenzen ein starkes Heer zu unterhalten und zur Wahrung seiner Interessen auf den sieben Meeren auch eine entsprechende Flotte.

Sein Losungswort lautet "Mit Gott!" und das des Fürsten Bismarck "Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt". Darum wurde Deutschland nicht nur bewundert und beneidet, sondern auch gefürchtet und gehaßt.

England der größte Querulant der Welt

England, das sich auf den zweiten Platz verwiesen sah, ruhte nicht, bis es ihm endlich gelang, Deutschland mit einem Ring feindlicher Mächte zu umgeben. So wurde Europa zu einem Pulverfaß und es bedurfte nur des Funkens, um es zur Explosion zu bringen. Dieser Funken war der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand, dem österreichisch-ungarischen Thronfolger, in Sarajewo, vorbereitet von den anmaßenden Serben, hinter denen der russische Panslawismus stand. Europa ging in Flammen auf. Die Folgen sind allgemein bekannt.

Deutschland von aller Welt überwältigt, stürzte von seiner stolzen Höhe in Armut und Not. Das Diktat von Versailles bedeutete für diese große Nation die tiefste Demütigungen und Schande. So konnte dann im Lande der Kaiser, Könige, Fürsten und Adligen ein Adolf Hitler sich der Führung bemächtigen und als der Befreier der Deutschen von Versailles auftreten.

Wir Amerikaner sind heute in der gleichen Lage

Wir Amerikaner finden uns heute in der gleichen Lage wie Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, sogar in noch gesteigertem Maße. Wir besitzen die größte Luft- und Seemacht, die es je auf der Erde gab. Wir verfügen als einzige Nation über die Atombombe. Wir haben die meisten und bedeutendsten Wissenschaftler der Erde in unserem Lande zusammengefaßt und ihnen zu intensiver Forschungsarbeit die Möglichkeiten gegeben. Wir sind die Finanziers der Erde. Wir haben die beste und reichlichste Ernährung und den bei weitem höchsten Lebensstandard. Wir verfügen über alle notwendigen Rohstoffe. Dazu blieben uns die furchtbaren Leiden und Opfer der Kriegführung erspart**.**

Nicht eine Hütte, geschweige denn eine Großstadt wurde durch Bombenwürfe zerstört. Unser Volk hat nicht erfahren, was es heißt, von unbarmherzigen und disziplinlosen Siegern gedemütigt, systematisch beraubt und dem Hunger- und Kältetod ausgesetzt zu werden.

Unsere Mütter, Frauen, Schwestern und Töchter wurden nicht von wilden Tieren in Menschengestalt vergewaltigt, unsere Wohnungen nicht ausgeraubt und geplündert.

Das alles sind Tatsachen, um derentwillen uns unsere sogenannten Freunde und Verbündeten ebenso beneiden wie unsere sogenannten Feinde. Zudem wurde eine Anzahl von Armeegeneralen in leitende Stellungen unserer Diplomatie, letztlich sogar einer zum Außenminister berufen. Die Welt nennt das einen militärischen Kurs und Machtpolitik. Was wir von jetzt an auch tun werden, die hungernden Völker zu ernähren, sie werden uns keinen Dank wissen, weil sie durchschauen, daß wir es im eigenen Interesse tun.

Millionen Deutsche arbeiteten Jahrhunderte am Aufbau Osteuropas und was war der Dank?

Sie wurden aus ihrer tausendjährigen Heimat vertrieben. Was wir von jetzt an auch zur Verteidigung unseres Landes und der westlichen Zivilisation tun werden, auch wenn wir dabei nur den Frieden und die Sicherheit im Auge haben, die Welt wird es uns nicht glauben, wie wir nicht an die friedlichen Absichten der Deutschen geglaubt haben. Von jetzt an müssen wir die mächtigsten Verteidigungsstreitkräfte unterhalten, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Darum werden wir nicht nur geneidet, sondern auch gefürchtet und gehaßt werden.

Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn sich die anderen Weltmächte eines Tages zu einer mächtigen Koalition zusammenschließen, um uns zu vernichten, wie wir es zweimal mit Deutschland taten. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß wir unbesiegbar seien, nur weil wir bisher uns ungestraft alles nehmen konnten, was wir haben wollten. Wir dürfen die Lehre der Geschichte nicht mißachten.

Die mächtigen Reiche von Babylon, Ägypten, Persien, Griechenland und Rom, die auch einmal als unbesiegbar galten, gingen im Verlauf der Weltgeschichte unter. Der Bolschewismus, den wir bei Stalingrad gerettet haben und den Roosevelt so übermächtig gemacht hat, lauert nur auf den gegebenen Augenblick. Die "Fünfte Kolonne" arbeitet mitten unter uns fieberhaft daran, unser Staats- und Gesellschaftsleben zu unterminieren.

Wir Amerikaner müssen heute Deutschlands Aufgabe übernehmen

Aber die Parallele zwischen unserer gegenwärtigen außenpolitischen Lage und der Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg geht noch weiter. Ob wir wollen oder nicht, wir haben nun die Aufgabe Deutschlands als Verteidiger … der christlichen Kultur übernommen. Ich glaube kaum, daß Roosevelt an diese höchste Verantwortung gedacht hat, als er auf der "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands bestand und den "Morgenthau-Plan" billigte.

Die Deutschen haben ihre Pflicht gegenüber der Menschheit über ein Jahrtausend lang erfüllt. Durch unsere Schuld ist dieses Bollwerk gefallen. In blinder Wut und grausamster Unmenschlichkeit zwangen wir sie auf die Knie und nahmen ihnen alle Macht.

Ob wir es zugeben oder nicht, es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Deutschland der einzige Stabilisator, die einzig beständige Ordnungsmacht unter den Völkern war. Als Mitte Europas, der Wiege der christlichen Zivilisation, war es auch deren Mitte und Herz. Die Voraussage der

Männer, die wußten, daß Deutschlands Untergang alle anderen Länder in Mitleidenschaft ziehen würde, war keine bloße Propaganda. ...
Man beobachte nur die politische und wirtschaftliche Entwicklung in England, Frankreich und den übrigen europäischen Ländern, auch in unserem Amerika, und man wird erkennen, welchen verhängnisvollen Fehler unsere "großen Staatsmänner" gemacht haben. Nun müssen wir die Last der Verantwortung für alles das auf uns nehmen, für das Deutschland in seiner geschichtlichen Epoche auf Wache gestanden hat.

Amerika steht vor großen Entscheidungen

Wir stehen vor äußerst schweren Entscheidungen und es liegt an uns, ob wir der Aufgabe gewachsen sind und die Situation meistern können. Allein und aus eigener Kraft können wir es niemals. Gott der Herr muß uns helfen. Aber sobald wir Gott um Hilfe bitten, müssen wir unsere Schuld anerkennen, wie wir es im Vaterunser tun. Und eben das ist der Augenblick, in dem die Geistlichkeit unseres Landes die geistige Führung übernehmen muß.

Die Pflicht der Geistlichkeit

Brüder in Christo, wir müssen Reue und Umkehr predigen. Unser Volk wurde durch falsche Propheten und den von ihnen gesäten Haß irregeführt und verblendet, daß es die Wahrheit nicht mehr erkennen kann. Zeigt ihm die Karte der Erde, zeigt ihm die geschichtlichen Tatsachen! Als Veteran des Ersten Weltkrieges, dem der Herr in seiner rettenden Gnade auf dem Schlachtfeld begegnet ist und dessen Sohn als amerikanischer Offizier im fernen Osten focht, rufe ich euch zur rettenden Tat auf.
Im Namen Gottes, der uns erschaffen hat, im Namen Jesu Christi, der uns erlöst hat, im Namen des Heiligen Geistes, der uns lehrt und tröstet, schreie ich in euer Gewissen: "Laßt uns Gott mehr gehorchen als den Menschen!" In diesen Tagen hörten wir aus dem Munde eines der deutschen Glaubenshelden, wie er unten im Hof des Konzentrationslagers seine Mithäftlinge gequält und mißhandelt sah und, der Gefahr nicht achtend, in der er sich selber befand, den Quälern zurief: "Es steht geschrieben, Du sollst nicht töten!"
Heute ist das Herz Europas ein einziges großes Konzentrationslager, in dem Millionen unschuldige Menschen durch die Siegermächte ausgehungert und zu Tode gequält werden. Es ist die heilige Pflicht der christlichen Geistlichkeit, den alliierten Regierungen in die Ohren zu schreien: "Du sollst nicht töten! Du sollst nicht quälen! Du sollst nicht stehlen! Du sollst nicht vergewaltigen!"

Wer haßt kann keinen Frieden schaffen

Am 10. März 1947, fast zwei Jahre nach der "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands, trafen sich die "Friedensmacher" in Moskau, um dem geschlagenen "Feind" den "Frieden" zu diktieren. Allen Anzeichen nach werden die "Friedensdiktatoren" dieses Mal voraussichtlich eine noch größere Schuld auf sich laden, als die Haß- und Rachepropheten von Versailles vor einem Vierteljahrhundert.
Sie haben nichts aus den beiden Weltkriegen gelernt. In ihrer Großmannssucht und Machtgier sind sie so blind, daß sie Recht nicht mehr von Unrecht unterscheiden können.
Wie anders als durch Blindheit ließe sich erklären, daß die "Friedensmacher" viele Wochen damit verschwendeten, das ungelöste Triest-Problem zu "lösen", wobei es sich um wenige Quadratmeilen Landes und ein paar Tausend Einwohner handelt, ein zweites Danzig, während gleichzeitig mit ausdrücklicher Zustimmung unserer Regierung Millionen hungernder Menschen in der Winterkälte aus ihren Wohnungen und aus ihrer angestammten Heimat in Sturm und Tod hinausgetrieben werden?!
Im Namen Gottes, dem wir dienen und der "die Sünden der Väter heimsucht an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied", rufe ich der amerikanischen Geistlichkeit ins Gewissen: Sorgt dafür, daß dieses Mal ein gerechter Friede geschlossen wird!

Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen

1. Wenn es allen anderen Völkern gestattet wird, auf der Grundlage des Wilson'schen Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich mit ihrem Mutterland zu vereinigen, dann müssen die Deutschen dasselbe Recht haben; die deutschen Minderheiten in den benachbarten Ländern, die über ein Jahrtausend zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörten, gehören soweit sie deutscher Abstammung sind und dieselbe Sprache sprechen, zusammen.
Statt dessen beabsichtigen die Siegermächte, dem zusammengeschrumpften und übervölkerten Lebensraum noch weiter zu beschneiden und so Millionen zur Auswanderung in fremde Länder zu zwingen, nachdem sie bereits Millionen Deutsche getötet haben.
Wenn wir Amerikaner dieses Mal gerecht vorgehen, dann können wir nicht diese weitere furchtbare Schuld gegenüber dem deutschen Volk auf uns laden. Wir haben die Macht, das zu verhindern, und es ist unsere christliche Pflicht, es zu verhindern.

Lebensraum auch für die Deutschen

2. Wenn England mit seinen 45 Millionen Einwohnern Anspruch auf ein Sechstel des Erdballs und über 550 Millionen Untertanen erheben konnte, wenn Rußland mit seinen 50 Millionen wirklichen Russen Anspruch auf sein gigantisches Reich mit 152 unterjochten Völkerschaften und einer Bevölkerung von über 250 Millionen erhebt, wenn Frankreich mit knapp 38 Millionen Franzosen sein riesiges Kolonialreich beansprucht, Holland mit 8 Millionen Einwohnern seine reichen Inselkolonien mit einer Eingeborenenbevölkerung von über 65 Millionen und das noch kleinere Belgien das weite Kongogebiet, wenn wir Amerikaner dieses Land der Indianer für uns beanspruchen, dann ist das hundert Millionen zählende Deutschtum im Herzen Europas sehr viel mehr berechtigt, einen angemessenen Lebensraum für sein Volk zu beanspruchen.
Denn alle die anderen "christlichen" Nationen zusammen haben nicht das vollbracht, was die Deutschen taten: diese haben das christliche Abendland wiederholt gegen den Ansturm aus dem Osten verteidigt und erhalten.

Gerechtigkeit auch für die Deutschen

3. Die Deutschen wollen nicht unsere Wohltätigkeit. Sie wollen Gerechtigkeit! Denn ein Volk mit dieser unvergleichlichen Vergangenheit und mit so großartigen wissenschaftlichen und geistigen Leistungen muß es als eine Beleidigung empfinden, sich zur Entgegennahme von Almosen verurteilt zu sehen. Wenn wir ihm unsere Geschenkpakete schicken, können wir damit unsere Schuld nur zum kleinen Teil gutmachen.
Roosevelt und seine Helfer machten Krieg gegen Deutschland, nicht umgekehrt. Roosevelt forderte "bedingungslose Kapitulation" und hatte nicht einmal die notwendigerweise dafür gut vorbereiteten Männer, eine besiegte Nation zu regieren.
Roosevelts Flieger zerstörten rücksichtslos Deutschlands herrliche Städte und das gesamte Verkehrssystem. Roosevelts Soldaten stahlen alles, was sie in die Finger bekamen. Roosevelts undisziplinierte Soldaten behandelten deutsche Mütter und Töchter wie Freiwild.
Roosevelt erzwang die Teilung des Reiches in vier Zonen, um das Elend des hungernden Volkes zu vervielfachen. Roosevelt billigte den diabolischen "Morgenthauplan", der praktisch so viele Deutsche zum Tode verurteilt, bis der im verstümmelten Reich verbliebene Lebensraum für den Rest genügen würde. Roosevelt gab Churchill und Stalin die Idee ein, deutsche Männer und Frauen als Sklavenarbeiter einzusetzen und über zehn Millionen aus den osteuropäischen Ländern zu vertreiben.
Wenn wir also unsere Geschenkpakete versenden, tun wir damit nur ein Minimum unserer Christenpflicht und machen nur zu einem kleinen Teil gut, was unsere Staatsmänner in den letzten Jahren gesündigt haben. …

Frieden mit den Deutschen bringt Segen für die Menschheit

Frieden mit den Deutschen kann nur dann auf ehrenhafte Weise erreicht werden, wenn die Siegermächte den Deutschen alles zurückgeben, was sie ihnen genommen haben, Land,

Schätze aller Art und geistige Güter, wenn sie ihnen helfen, die zerstörten Städte und Industrieanlagen wiederaufzubauen und sie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen lassen. Ein solcher Frieden wäre gerecht und der Versprechungen der Atlantik Charta sowie der Ideale bester amerikanischer Patrioten würdig, die unsere Nation davor gewarnt haben, diesen Krieg und seine Folgen heraufzubeschwören.
Ein solcher Frieden würde Europa unter deutscher Führung eine Lebensmöglichkeit geben und wir würden in der Mutter unserer christlichen Kultur wieder ein Bollwerk gegen den asiatischen Bolschewismus besitzen.

Amerika bedarf wirklicher Diener Gottes, die furchtlos und treu die Wahrheit verkünden

Alle diese historischen, geographischen, ethnographischen, wirtschaftlichen und moralischen Tatbestände muß jeder gebildete Theologe kennen. Und wenn er sie kennt, so darf er nicht schweigen. Schweigt er aber, so ist er entweder feige oder dem Staat ergeben und damit weder ein Diener des gerechten und heiligen Gottes noch ein guter Patriot. Denn nur wer auf der Seite der Wahrheit und Gerechtigkeit steht, ist mit Gott im Bunde.
Wir sind an die Pflicht gebunden, unser Volk aufzuklären, ihm die Wahrheit zu bringen, damit es erkennen kann, wie sehr es belogen und irregeführt wurde, und damit es seine Sünden bereuen kann, bevor es zu spät ist. Wir brauchen mehr solche Gottesdiener wie Bischof Muench und Dr. W. A. Meier, die alle Kriegs- und Nachkriegsverbrecher entlarven.
Und wir brauchen mehr führende Politiker vom Schlage eines Senator Taft, eines Senator Wheeler, der Obersten R. R. McCormick und C. A. Lindbergh, die gerecht denken können und daher wissen, daß wir nicht alle Engel sind und die anderen nicht lauter Teufel. Und wir brauchen mehr militärische Führer wie General MacArthur und General Mark Clark, die tapfere Soldaten sind, aber keine Unterdrücker und Massenmörder!

Was unser Volk wissen muß

Geistlichkeit Amerikas! Sagt unserem Volk, daß es nicht wahr ist, Deutschland habe die meisten Kriege geführt. Geschichtliche Tatsache ist vielmehr, daß es von allen großen Nationen die friedliebendste ist, da es die geringste Anzahl von Kriegen führte.
Sagt unserem Volk, daß unsere Propagandisten die größten Verführer und somit die ärgsten Hasser sind, da sie wider besseres Wissen in Tausenden von Rundfunkansprachen und Aufsätzen behaupteten, die Deutschen seien das am meisten "kriegliebende" Volk und hätten zwei Weltkriege entfesselt. Demgegenüber stehen die Tatsachen:
Professor Pitirim Sorokin weist in Band III, 2. Teil, seiner "Social and Cultural Dynamics" auf Seite 352 nach, daß vom 12. Jahrhundert bis zum Jahre 1925 der Prozentsatz an Jahren, in denen sich die führenden europäischen Mächte im Kriege befanden, wie folgt verteilt:
Spanien 67 Prozent Kriegsjahre;
Polen 58 Prozent Kriegsjahre;
England 56 Prozent Kriegsjahre;
Frankreich 50 Prozent Kriegsjahre;
Rußland 46 Prozent Kriegsjahre;
Holland 44 Prozent Kriegsjahre;
Italien 36 Prozent Kriegsjahre;
Deutschland 28 Prozent Kriegsjahre.
Sagt unserem Volk, daß es belogen und irregeführt wurde durch die üble Propaganda, die Deutschen seien Eroberer.
Ein Blick auf die Landkarte zeigt die wirklichen Eroberernationen. Das früher fast 100 Millionen starke deutsche Volk in der Mitte Europas lebt in einem Land, das nicht ganz so groß ist wie Texas mit seinen 3 Millionen Einwohnern. Wären die Deutschen Eroberer gewesen, so besäßen auch sie ein Reich, wie es die Engländer, Franzosen, Russen, das kleine Holland und

wir Amerikaner besitzen.
Gebt unserem Volk die Forschungsergebnisse von Professor Quincy Wright, mitgeteilt in seiner "A Study of War" bekannt, in der (Band I, S. 221) nachgewiesen wird, daß die europäischen Mächte in der Zeit von 1480 bis 1940 an 278 Kriegen beteiligt waren, und zwar prozentual wie folgt: England an 28 Prozent dieser Kriege, Frankreich an 26 Prozent dieser Kriege, Spanien an 23 Prozent, Rußland an 22 Prozent, Österreich an 19 Prozent, Türkei an 15 Prozent, Polen an 11 Prozent, Schweden und Italien an 9 Prozent, Holland an 8 Prozent dieser Kriege, und Deutschland an 8 Prozent dieser Kriege (einschließlich Preußen).
Sagt unserem Volk, daß es eine Lüge ist, Deutschland habe seinen Erzfeind, Frankreich, dreimal in einem Jahrhundert angegriffen. Ludwig XIV. griff Deutschland mitten im Frieden an und nahm ihm Elsaß-Lothringen fort. Napoleon Bonaparte eroberte ganz Deutschland und zog weiter nach Moskau. In den Jahren 1870, 1914 und 1939 war es Frankreich, das Deutschland den Krieg erklärte.
Sagt unserem Volk, daß die Grausamkeiten, die die Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg begingen, nur Reaktionen auf den Bruch der Wilson'schen Versprechungen, auf das schimpfliche Versailler Diktat, auf die Hungerblockade, auf den Raub der Kolonien, auf diese ganzen Demütigungen einer großen Nation überhaupt waren.
Sagt unserem Volk, daß wir Amerikaner im Vergleich zu den Deutschen mehr "kriegsliebend" und grausamer sind. Es ist wiederum eine geschichtliche Tatsache, daß wir in unserer kurzen Nationalgeschichte verhältnismäßig mehr Kriege führten als die Deutschen in zweitausend Jahren. Wir eroberten dieses große Land vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ozean, vom Golf von Mexiko bis Kanada (ein Gebiet von der zwanzigfachen Größe Deutschlands), nahmen uns alles, was wir haben wollten, ungestraft und rotteten die Ureinwohner durch Hunger, Whisky und Krankheiten aus.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen niemals die Absicht hatten, die Welt zu erobern, wie es von General G. C. Marshall und vom Nürnberger Gerichtshof bestätigt wurde.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen die Vereinigten Staaten von Europa schaffen wollten, so wie unser Lincoln in einem blutigen Bürgerkrieg unsere Vereinigten Staaten erhielt und wie auch Churchill es nun getan sehen möchte, nachdem er an führender Stelle half, Europa zugrunde zu richten.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen sich niemals in unsere Angelegenheiten eingemischt haben, als wir Eroberungskriege gegen die Indianer, gegen Spanien, Mexiko usw. führten.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen niemals unsere Feinde waren, sondern unsere Freunde und Wohltäter durch unsere ganze Geschichte hindurch, und daß wir nicht die größte und reichste Nation der Erde sein könnten ohne den Einsatz von Blut und Schweiß der Deutschen, daß außerdem jeder dritte Amerikaner deutscher Abstammung ist.
Sagt unserem Volk, daß die Deutschen niemals Krieg mit uns führen wollten, sondern daß wir es waren, die zweimal zu ihrer Vernichtung auszogen, weil unsere Staatsmänner fürchteten, deutscher Erfindergeist und Fleiß werde die Erde auf friedlichem Wege erobern.
Sagt unserem Volk, daß wir in diesen Zweiten Weltkrieg hineingelogen wurden durch Roosevelts "eleganten Umweg" über Japan und nicht aus ideologischen Gründen, sondern auf Grund von Habgier und Machtpolitik, ebenso wie wir jetzt gegen Rußland aufgewiegelt werden, nicht des Kommunismus wegen, sondern wegen der Ölfelder im Iran und Irak und der wachsenden Macht der Russen wegen.
Sagt unserem Volk, was nach dem Bericht von United Press der britische Produktionsminister Oliver Lyttleton am 20. Juni 1944 vor der amerikanischen Handelskammer aussprach: "Japan wurde dazu herausgefordert, die Vereinigten Staaten bei Pearl Harbor anzugreifen. Es ist eine Travestie der Geschichte zu behaupten, Amerika sei zum Kriege gezwungen worden!" Und wie haben unsere Propagandisten, auf Veranlassung von Präsident Roosevelt, die Ge-

schichte vom "heimtückischen Angriff" dazu mißbraucht, Haß auf Japan zu schüren!
Sagt unserem Volk, welche Grausamkeiten unsere Truppen im Herzen Europas begingen, wie unsere Flieger alles rücksichtslos zerstörten und Hunderttausende ziviler Menschenleben vernichteten, wie gemeine Soldaten und Offiziere stahlen und vergewaltigten, wie unsere Regierung eine systematische Hungerkampagne führte, wie Millionen unschuldiger Deutscher aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat in den Kälte- und Hungertod getrieben wurden.
Sagt unserem Volk, daß die Last der Verantwortung die chaotischen Zustände und das unbeschreibliche Elend auf der ganzen Erde vor Gott und der Geschichte auf unserm Gewissen ruht, weil wir mit vorgeschichtlicher Brutalität Verwüstungen angerichtet und dem Bolschewismus dazu verholfen haben, zu einer Bedrohung der ganzen Erde zu werden. Ohne unsere Einmischung würden in Europa seit langem Friede und Ordnung herrschen.
Sagt unserem Volk, wie heuchlerisch und selbstsüchtig es ist, wenn wir aufgrund der Monroe-Doktrin Nichtamerikanern verbieten, in Fragen der westlichen Hemisphäre zu intervenieren, während wir selbst uns, gestützt auf unsere Machtstellung, in Angelegenheiten aller anderen Völker und Kontinente drängen.
Sagt unserem Volk, daß wir nun, nachdem wir das Bollwerk des christlichen Abendlandes, die gebildetste und kultivierteste Nation der Erde vernichtet und das Herz Europas durchbohrt haben, die schwere Verantwortung für alles das auf uns nehmen müssen, für das Deutschland in seiner ganzen ruhmreichen Geschichte der letzten tausend Jahre eingestanden ist, daß wir eine "militärische" Nation werden müssen, um in der Lage zu sein, die kostbarsten Güter der Menschheit, die christliche Kultur und Zivilisation zu verteidigen.
Sagt unserem Volk, warum unsere Staatsmänner es sich leisten können, den "bedingungslos unterworfenen" Feind in der unmenschlichsten Weise zu behandeln: weil nach Edgar Hoover, dem Chef des FBI**,** die Gesamtzahl amerikanischer Verbrecher "zehnmal höher ist, als die Zahl unserer Studenten an Universitäten und Colleges", weil "auf jeden Schullehrer in Amerika mehr als sieben Verbrecher kommen", weil wir unter allen zivilisierten Nationen die am meisten von Verbrechen geplagte sind". "Allein das Jahr 1946 hat Amerika 46.000 neue Trinklokale beschert, so daß wir jetzt auf jede Kirche zwei Schenken haben."
Sagt unserem Volk, warum die führenden Politiker der Alliierten nicht imstande sind, zwei Jahre nach dem "Siege" endlich Frieden zu machen. Weil die gottlosen Menschen einen Frieden ohne Gott im Auge haben, weil sie ein neues Zeitalter ohne den Herrn herbeiführen wollen. Sie legen den Grund nicht für die vier Freiheiten, sondern für die vier apokalyptischen Reiter der Offenbarung des Johannes: Eroberung, Krieg, Hungersnot, Tod.
Sagt unserem Volk, daß ein gerechter und dauernder Friede mit dem Segen Gottes nur möglich ist, wenn wir wiedergutmachen, was wir gesündigt haben, wenn wir den "Habenichts-Nationen" Lebensraum und Lebensmöglichkeiten geben, die wir selber im Überfluß haben. Deutschlands Bevölkerung ist halb so groß wie unsere eigene.
Diese 70 Millionen Deutschen hat man in ein Gebiet gestopft, nicht größer als Michigan, Indiana und Ohio, also 133.000 Quadratkilometer. Man stelle sich vor, man wollte versuchen, die Hälfte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten in diese drei Staaten zu zwängen, nachdem deren Städte, Industrieanlagen, Eisenbahnen und andere Produktionsstätten zerstört worden waren!
Sagt unserem Volk, die Welt habe seit dem Juni 1941 erkannt, daß der Krieg in Europa ein Kampf auf Tod und Leben zwischen Hitler und Stalin geworden war. Durch unsern Eintritt in den Krieg sicherten wir Stalin den "Sieg". Und eben durch diesen Sieg breitete sich der Kommunismus sprunghaft aus und droht nun vor unserer Tür. ...
Sagt unserem Volk auch, daß jene preußischen Junker, die von unseren Propagandisten am meisten verleumdet werden, die vornehmsten Edelleute der Erde waren. Sie stammten von

den "Deutschrittern" ab, einem religiösen Orden, der im 12. Jahrhundert in Jerusalem gegründet wurde. Diese Deutschritter waren die wirklichen christlichen Kreuzfahrer, die den Mohammedanern das Heilige Land abnahmen und die christlichen Pilger auf ihrer Fahrt nach Palästina beschützten.
Nachdem die Mohammedaner das Heilige Land zurückerobert hatten, sandte der Papst diese Ritter nach Siebenbürgen, wo sie mächtige Befestigungen gegen die heidnischen asiatischen Horden der Mongolen, Kumanen, Petschenegen, Tartaren usw. bauten.
Papst Coelestin III. nannte diese Ritter die "Beschirmer der Christenheit". Von Siebenbürgen sandte sie der Papst an die Ostsee als einen christlichen Missionsorden. Dort erbauten sie die mächtige Klosterburg, die Marienburg, ihrer Schutzheiligen Maria geweiht, der Mutter unseres Herrn. Sie kolonisierten und kultivierten jenen Teil Europas, der später als Ostpreußen bekannt wurde.
Bei der Reformation wurden sie Lutheraner und waren traditionsgemäß die gläubigsten Christen mit ihren täglichen Hausandachten in den Burg- und Schloßkapellen, bei denen das Familienoberhaupt als Geistlicher fungierte. Der alte christliche Geist und Kreuzfahrereifer wurde bei ihnen von Generation zu Generation vererbt.
Diese "Junker", das heißt Ritter, waren niemals so reich an irdischen Gütern wie die englischen Lords oder die amerikanischen Industriellen. Ihr Besitz an Grund und Boden umschloß selten mehr als den eines Durchschnittsfarmers aus dem Mittelwesten Amerikas. Aber sie waren reich an Jahrhunderte alter Tradition, Kultur und Glaubenseifer als die Beschützer der Christenheit und des Abendlandes.
Dieser vornehme Volksteil wurde mit Zustimmung und Hilfe unserer führenden Politiker ausgerottet. Ostpreußen wurde zwischen Rußland und Polen aufgeteilt. Königsberg, die Geburts- und Wirkungsstätte Immanuel Kants, des bedeutendsten abendländischen Philosophen, wurde in Kaliningrad umbenannt nach dem gottlosen Bolschewistenführer.
Wie können wir Amerikaner die Verantwortung vor Gott und der Geschichte für diese furchtbare Schuld übernehmen?
Werden wir jemals bereit und imstande sein, für die Menschheit zu vollbringen, was diese vornehmen Junker in Jahrhunderten geleistet haben? West Point wurde von einem dieser preußischen Junker gegründet, einem General Friedrich des Großen, dem Baron Friedrich Wilhelm von Steuben, dem Retter der Sache George Washingtons im Revolutionskrieg.
Sagt unserem Volk, in diesem Zusammenhang auch, was Anne O'Hare MacCormick am 13. November 1946 in der New York Times schrieb: "Hätten die Alliierten eine Vorstellung davon gehabt, wie schwer die Massenwanderung hilfloser Menschen sie selber treffen würde, sie hätten die moralische und geschichtliche Verantwortung für die unmenschlichste Entscheidung, die je von zur Verteidigung der Menschenrechte bestimmten Regierungen getroffen wurde, nicht so lässig übernehmen können."
Und was Dr. Alex Boeker, Sekretär der "Human Events" feststellte: "Nirgends war die 'Verschwörung des Schweigens' wirksamer als gegenüber den Massenvertreibungen, die jetzt in Osteuropa durchgeführt werden. Obgleich nicht weniger als die Existenz von nahezu 20 Millionen Menschenleben auf dem Spiele steht und obgleich jede Möglichkeit zu einem friedlichen Zusammenleben in Europa systematisch gefährdet und unterminiert wird, ist noch kein umfassender Bericht über dieses ungeheuerliche Geschehen in der amerikanischen Presse erschienen, noch hat ein Kabinettsmitglied, Diplomat oder Kongreßabgeordneter die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes darauf gelenkt, was dort vor sich geht!"
Man wolle sich doch in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie sich unsere Presse und unsere Haßpropagandisten im Falle Lidice aufführten. Dort wurden 200 Männer für den Mord an einem Reichsprotektor hingerichtet, hier geht es um die systematische Gefährdung von fast 20 Millionen Menschenleben und unsere Presse und unsere Propagandisten schweigen. Ist das

nicht die widerwärtigste Heuchelei? Heißt das nicht mit "zweierlei Maß" messen? Ist das nicht die schwerste Unterlassungssünde im Zusammenhang mit dem größten Verbrechen unserer Zeit?

Sagt unserem Volk, was der bekannte amerikanische Historiker Professor Harry E. Barnes schreibt: "Präsident Truman hat wohl gesagt, konstruktive politische Maßnahmen müßten auf Wahrheit beruhen. Es ist bedauerlich, daß ihm niemand ein kleines bißchen Wahrheit ins Ohr geflüstert hat, bevor er nach Potsdam reiste. Es besteht wenig Aussicht darauf, daß ein vollständig auf Lügen errichtetes System im Jahre 1945 beständiger sein wird, als es das ebenso vollständig auf Lügen errichtete von 1919 war."

Sagt unserem Volk, es soll die Schriften "Pearl Harbor, the Story of the Secret War" von George Morgenstern, "History's Most Terrifying Peace" von Professor Austin J. App, … "Gruesome Harvest" von Ralph F. Keeling vom Institut für amerikanische Ökonomie in Chicago und "The Planned Famine" von A. O. Tittmann, Middlebury, … studieren, um die Wahrheit über die chaotischen Verhältnisse zu erfahren, in die unsere Politiker vorsätzlich die Menschheit geführt haben.

Sagt unserem Volk, es soll die Chicago Daily Tribune lesen, eine der wenigen Zeitungen unseres Landes, die den Mut und die Würde aufbringt, sich für Wahrheit und Gerechtigkeit einzusetzen. Sie würde sich weder an die Engländer noch an die Wallstreet noch aber an die Roten verkaufen. Sie vertritt das wahre Amerika im Sinne Washingtons und Lincolns, nicht in der entstellten Form des New Deal der Roosevelt- und Truman-Regierung.

Sagt unseren amerikanischen Kindern, daß ihre Väter und Großväter von unsern führenden Politikern in den Zweiten Weltkrieg hineingelogen wurden, um die deutsche Rasse zu vernichten. Sagt ihnen, daß die Deutschen keine Hunnen sind, wie es ihnen von gewissenlosen Lehrern beigebracht wird, sondern daß sie … das Christentum vor den Hunnen, Awaren, Kumanen, Tartaren, Mongolen und Mohammedanern in Jahrhunderte langen Verteidigungskämpfen gerettet haben, während die anderen westeuropäischen Nationen auszogen, ferne Länder zu erobern, und so ihre Weltreiche unter dem Schutz der Deutschen errichteten.

Sagt unseren amerikanischen Kindern, daß wir nun, weil wir Deutschland, das Bollwerk der christlichen Zivilisation, zerstört haben, die schwere Verantwortung übernehmen müssen, die die Deutschen in Jahrhunderten so treu und erfolgreich getragen haben, und daß wir, um diese schwere Aufgabe erfüllen zu können, nun Militaristen werden, das heißt eine starke Armee, eine machtvolle Flotte und Luftwaffe und eine Militärdienstpflicht haben müssen.

Geistliches Amerika! Im Namen Gottes beschwöre ich Euch, tut eure Pflicht als Botschafter Christi! In Seinem Namen bitte ich euch, habt den Mut mit den Waffen des Geistes und der Wahrheit gegen die Nachkriegsverbrecher zu kämpfen, wie viele tausend Deutsche gegen die Kriegsverbrecher gekämpft haben. Mit Gott im Bunde sind wir immer in der Mehrheit. Helft unsere Nation zur sittlichen Verantwortung zu erwecken. Ruft es laut in unser Land: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!

Amerika und die übrige Welt brauchen das "Volk der Dichter und Denker"

Christen Amerikas! Nehmt es euch zu Herzen: Amerika und die übrige Welt brauchen das deutsche Volk.

Es ist der Halt aller germanischen Völker, der Holländer, Schweizer, Engländer, Dänen, Norweger, Schweden, und das Ursprungsvolk eines großen Teiles auch unserer Amerikanischen Nation. Wir brauchen das Volk Karls des Großen, Otto des Großen, Friedrich des Großen, das Volk eines Thomas von Kempten, eines Meister Eckehart, eines Johann Tauler, eines Martin Luther, Paul Gerhard, Graf Zinzendorf, August Hermann Franke, Melchior Mühlenberg, Vater Bodelschwingh. Wir benötigen das Volk Albrecht Dürers, Hans Holbeins, Friedrich Kaulbachs, Fritz von Udes, Paul Richters, das Volk, aus dem Klopstock, Lessing, Goethe, Schiller, Uhland, Reuter und Gerhard Hauptmann hervorgegangen sind.

Wir bedürfen des Volkes, das Immanuel Kant, Schelling, Schlegel, Hegel, Fichte, Schopenhauer, Nietzsche, Troeltsch, Wundt hervorgebracht hat, des Volkes, zu dem Bach, Beethoven, Brahms, Mozart, Schubert, Schumann, Weber und Wagner gehören. Wir sind auf das Volk eines Paracelsus, Kopernikus, Robert Koch, Wilhelm Röntgen, Friedrich Landsteiner und Sauerbruch angewiesen, auf die Nation eines Johann Gutenberg, Friedrich von Krupp-Bohlen, Siemens, Zeiss, Graf Zeppelin und Hugo Eckener.

Ja, wir sind auf dieses Volk der "Dichter und Denker", der Erfinder, Lehrer der Völker und Träger der christlichen Kultur angewiesen. Wir benötigen es als Schutzwall gegen Barbarei und Bolschewismus. Kämpft für den Frieden in Christi Namen!

Geistlichkeit Amerikas! Die Last der Verantwortung vor Gott und der Menschheitsgeschichte ruht auf uns. Mit Entschlossenheit hat unser irregeleitetes Volk während des Krieges an der Herstellung der furchtbarsten Mordwaffen gearbeitet. Möge es nun mit tausendfach größerer Entschlossenheit für einen dauerhaften Frieden wirken, der auf Wahrheit und Gerechtigkeit für alle errichtet ist, nicht auf Lüge, Haß, Rache und Machtgier.

Einen solchen Friedensvertrag wird Gott der Herr, der Friedensfürst, mit seinem kostbaren Blut unterzeichnen, das für uns alle vergossen wurde. Einen diktierten Frieden aber wird Er niemals unterzeichnen, weil dieser Teufelswerk ist.

Geistliche Amerikas, wachet auf! Christen Amerikas, handelt!

Karfreitag, 1947

Anhang

An den Redakteur der Chicago Daily Tribune

Tschechische Verräter

Chicago, III., 26.4.1947 - In der Ausgabe der "Tribune" vom 19. April las ich die Verurteilung der Sudetendeutschen und ihre Gleichstellung mit Benedict Arnold (verräterischer General im Unabhängigkeitskrieg).

Bis heute habe ich gewartet in der Hoffnung, daß ein Sudetendeutscher die falsche Darstellung des Einsenders R. K. in gebührender Weise zurückweisen würde. Da das nicht geschah, stelle ich Ihnen hier die geschichtlichen Tatsachen zur Verfügung:

Die Sudetendeutschen sind Nachkommen des germanischen Stammes der Markomannen, die seit urgeschichtlicher Zeit die Täler und Hügel Böhmens und Mährens bewohnten. Sie erhielten Verstärkung unter Karl dem Großen, dem ersten Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, als dieser die Ostmark zum Schutze der Christenheit … gegen die heidnischen Slawen und gegen die wilden asiatischen Horden schuf.

Diese Ostdeutschen sind für die Menschheit und das Christentum ein großer Segen gewesen. Ihr Verdienst ist es, daß die Polen, Tschechen, Slowaken, Kroaten und Slowenen heute in kultureller Hinsicht zu Europa zählen. Als Slawen wären sie sonst griechisch-orthodox wie die Russen geworden. Da aber die Deutschen sie zur westlichen Form des Christentums bekehrten, sind sie heute römisch-katholisch, während Rußland ja von Byzanz (Konstantinopel) aus christianisiert wurde.

Alles Europäische von der Adria bis zur Arktis beruht auf tausendjähriger deutscher Kulturarbeit. Erzbischof Adalbert von Bremen war der große Missionar der Polen und Baltischen Völker, während die Erzbistümer Breslau, Wien und Salzburg die Tschechen, Slowaken, Kroaten und Magyaren zum Christentum bekehrten. Die Völker östlich dieser Linie, Griechen, Bulgaren, Serben, Ukrainer und Russen, sind griechisch-orthodox.

Böhmen und Mähren, die gegenwärtige Tschechoslowakei, waren jahrhundertelang Teile des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Prag war einst die Hauptstadt dieses Reiches und hier wurde die erste deutsche Universität im 13. Jahrhundert begründet, also vor Wien und Heidelberg. Die schönen Städte Prag, Brünn, Pilsen, Eger, Karlsbad, Marienbad usw. wurden alle von Deutschen erbaut, ebenso wie Preßburg (Bratislava), Ofenpest (Budapest) bis

hinauf in den Norden. Riga, Dorpat, Kronstadt und St. Petersburg (Leningrad).
Deutsche Kunst und Kultur wurden in den Osten verpflanzt, während gleichzeitig die Angelsachsen und Franzosen auszogen, um ihre Weltreiche zu schaffen. Amerika hat von den Sudetendeutschen reichen Segen erfahren. Die große religiöse Organisation der "Brüdergemeinden" wurde in Mähren gegründet. Der fromme Deutsche Graf von Zinzendorf, ein enger Freund William Penns, organisierte und verpflanzte sie nach Pennsylvania. Heute finden wir die Brüdergemeinden in ganz Amerika als fleißige, gottesfürchtige und treue Menschen.
Als Folgeerscheinung der Napoleonischen Kriege wurde die österreichisch-ungarische Donaumonarchie geschaffen, zu der auch Böhmen und Mähren gehörten. Die in Sarajewo ermordete Gattin des Thronfolgers war eine tschechische Gräfin.
Die Wiener Regierung war den 17 Nationalitäten der Donaumonarchie (einer Art Vereinigter Staaten) gegenüber so tolerant, daß jede von ihnen ihre eigenen Wesenszüge zur Entfaltung bringen konnte.
Es war ein sündhafter Gedanke von Wilson und zeugte von seiner Unkenntnis, diese Wirtschaftseinheit auseinanderzubrechen und eine Tschechoslowakei aus sieben verschiedenen Nationalitäten (Deutschen, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Polen, Ruthenen und Juden) mit Hilfe des vorgetäuschten "Selbstbestimmungsrechtes der Völker" zu schaffen.
Wilsons Schwager, Professor Thomas Masaryk, wurde der erste Präsident des neu geschaffenen Staates. Die Slawen waren die einzigen, die von dem Wilson’schen Plan profitierten, da mit zweierlei Maß gemessen wurde und das "Selbstbestimmungsrecht der Völker"’ für Deutsche und Ungarn nicht geltend gemacht werden durfte. Mit dieser Methode wurde nicht nur die Tschechoslowakei gegründet, sondern auch den Serben, dem Werkzeug des russischen Panslawismus, ein Gebiet, doppelt so groß wie ihr ursprünglicher Besitz, zugewiesen.
Hätten die Friedensdiktatoren von Versailles das Selbstbestimmungsrecht auf alle Völker in gleicher Weise angewandt, dann wären Österreich, das Sudetenland, Tirol, Elsaß-Lothringen, Danzig und die anderen deutsch besiedelten Gebiete mit dem Mutterland vereinigt worden, Hitler nicht zur Macht gekommen und kein Anlaß zum Zweiten Weltkrieg und zur gegenwärtigen Ermordung von Millionen durch Vertreibung und Hunger vorhanden gewesen.
Als zwischen den beiden Weltkriegen hier die Erzeugnisse der Tschechoslowakei gepriesen und gekauft wurden, wußten nur wenige Amerikaner, daß diese Waren von Sudetendeutschen hergestellt wurden. Deutsche Tüchtigkeit, Geschicklichkeit und Arbeitsamkeit schuf diese feinsten Glaswaren, Textilien und auch das gute Pilsener Bier.
Die Tschechen waren dazu nicht fähig. Darum behielten sie Tausende deutscher Techniker und Facharbeiter in Arbeitslagern zurück, wahrend deren Frauen und Kinder in offenen Viehwaggons in der Winterkälte in das verwüstete und überbevölkerte Restdeutschland deportiert wurden und ihren gesamten Besitz zurücklassen mußten.
Für diese furchtbare Barbarei haben die Tschechen die Entschuldigung, daß Roosevelt in Quebec "starken Druck ausübte, um Churchills Zustimmung zum Morgenthauplan zu erhalten, der deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands vorsah, und daß die Überführung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung nach Deutschland vorzunehmen sein wird."
Als Slawen nahmen die Tschechen fortwährend für das Mutterland des Panslawismus, Rußland, Partei und übten dabei wieder und wieder an der Donaumonarchie Verrat, am drastischsten im Ersten Weltkrieg, als ganze Divisionen mit fliegenden Fahnen zu den Russen überliefen.
Während der bolschewistischen Revolution und danach bildeten sie unter dem Namen "Tscheka" in Rußland die gefürchtetsten Terrorgruppen. Doch wurden sie für alle diese Verrätereien nicht aus ihrem Lande vertrieben. Wenn daher R. K. die Sudetendeutschen mit Arnold verdammt, dann gilt das nur für die Tschechen selbst, denn für die dreieinhalb Millionen Su-

detendeutschen ist das Land in geschichtlicher, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht ihr rechtmäßiges Heimatland. Ein zutreffender Vergleich mit unseren amerikanischen Verhältnissen wäre es, wenn R. K. sagen würde: "Was dachten wohl die amerikanischen Indianer, wenn wir sie aus der Heimat ihrer Vorfahren vertrieben?"
Die Austreibung von Millionen Ostdeutschen aus ihrer tausendjährigen Heimat ist und bleibt das größte Verbrechen unserer Zeit, wie Bischof Muench es bezeichnet hat. Das Schlimmste daran ist aber, daß unsere amerikanische Einmischungspolitik eines Wilson und Roosevelt in europäische Angelegenheiten, entgegen dem Rat George Washingtons, diese chaotischen Zustande und dieses Elend überhaupt erst möglich gemacht hat. Das Schicksal dieser Millionen lastet schwer auf unserem Gewissen.
Dr. L. A. F., christlicher Historiker

Die Deutsch-Amerikanische Verantwortung des Zusammenbruchs Deutschlands und dem Weltchaos

Ich glaube an Gottes Wort. Und dieses Wort bezeugt, daß es Kriege geben wird bis ans Ende der Welt. Ich glaube, daß auch die beiden Weltkriege Strafgerichte Gottes über die in Sünden verlorene Menschheit waren.
Aber ich glaube auch daran, daß die verbündeten Mächte den Sieg davon getragen haben, nicht weil sie bessere und gottesfürchtigere Menschen sind, sondern weil das Deutschtum Amerikas seine Christenpflicht, seine Volkspflicht und seine politische Pflicht als amerikanische Bürger nicht erfüllt hat. Menschlich gesprochen, lastet die schwere Schuld und die Verantwortung für das Chaos in der Welt und das unsägliche Elend Europas, besonders aber die Vergewaltigung und Ausraubung des deutschen Volkes auf dem Gewissen aller Deutschstämmigen Amerikas!
Wir müssen den Tatsachen und der geschichtlichen Wahrheit ehrlich in die Augen sehen! Einige dieser Tatsachen sind:
1. Mehr als jeder dritte Amerikaner ist deutscher Abstammung, d.h. all die hundert anderen Rassen und Völker, die dieses von Gott so reich gesegnete Land bewohnen, bilden nicht ganz Zweidrittel der Nation.
2. Die Größe, die Macht und der Reichtum unserer Nation ist in erster Linie dem hiesigen Deutschtum zu verdanken. Die Siege unter Washington und Lincoln sind mit deutschem Blut und deutschem Mut erkauft worden. Die deutsche Bauernfaust kultivierte den jungfräulichen Boden unseres Landes. Deutsche Handwerker, Techniker und Gelehrte schufen unsere Industriemacht.
Deutsche Künstler, Lehrer und Geistliche brachten uns die Kultur, die wir haben. Aufgrund solcher Leistungen sollte das Deutschtum hier in der Regierung des Landes und in der Leitung unserer inneren und äußeren Politik ein gewichtiges Wort zu sagen haben. Hat es das? Nein! - Warum nicht? Weil es infolge seiner völkischen Unterlassungssünden zu vollständiger Machtlosigkeit verurteilt ist.
Lassen Sie mich einige dieser Sünden nennen:

Deutsch-Amerikas christliche Pflicht

1. Es ist Christenpflicht, dafür zu sorgen, daß ein sozialer und gerechter Ausgleich zwischen Völkern wie zwischen Einzelmenschen geschaffen werde. Nun ist es Tatsache, daß die Welt aufgeteilt war und ist in Besitzende und Habenichtse. Alle Besitzenden haben ihre ungeheuren Reichtümer an Land und Gut durch Eroberungen, Sklaverei und Austilgung von Menschenleben zusammengerafft.
So kommt es, daß in unserem reichsten Lande der Welt auf einer Quadratmeile nur 43 Menschen, dagegen in Deutschland 502 leben. Gott hat die Welt nicht nur für die Amerikaner, Angelsachsen, Russen und Franzosen geschaffen. Es gibt da auch andere Völker, die für die Menschheit unendlich viel mehr Gutes getan haben als diese und den größeren Teil ihrer Le-

bensmittel von den Besitzenden und Habenden importieren müssen. Die Lebensraumfrage ist eine Frage christlicher Moral.
Hier hat das Deutschamerikanertum die schwerste Unterlassungssünde begangen. Jeder von uns wußte, daß er wegen der Raumenge ausgewandert ist. Nachdem wir aber uns hier in der Fülle breit gemacht hatten, vergaßen wir die in der Enge Zurückgebliebenen und taten nichts für sie. Wir taten nichts dazu, daß von den Millionen Quadratmeilen unbebauten Landes der Erde ihnen auch ein Teil zufalle, wohin sie den Überfluß ihrer Bevölkerung hätten ansiedeln können, wie die anderen Völker es taten und tun. Unsere helfende Christenliebe hat schmählich versagt!

Deutsch-Amerikas völkische Pflicht

2. In völkischer Hinsicht begeht das Deutschamerikanertum von all den vielen Rassen, die mit uns dieses gesegnete Land bewohnen, die größte Sünde. Felix Dahn hat einst die große Wahrheit ausgesprochen: "Des Volkes Seele lebt in seiner Sprache!"

Was tut nun das hiesige Deutschtum mit seiner edlen schönen Sprache?

Es legt sie, sobald es etwas englisch radebrechen kann, wie einen alten schäbigen Mantel ab. Wenn es sie wenigstens gegen eine bessere und schönere Sprache eintauschen würde, aber Tatsache ist, daß Englisch aus den deutschen Dialekten der Angeln und Sachsen entstanden ist und trotz ihrer Entstellung heute noch zu Zweidritteln deutschen Wortschatz hat.
Zur Zeit der Königin Elisabeth sprachen rund 6 Millionen Menschen Englisch und über 18 Millionen Deutsch. Heute dagegen sprechen über 250 Millionen Englisch und nur rund 100 Millionen Deutsch.
Wie viele Deutsch-Amerikaner wissen es, daß das erste je in diesem Lande gedruckte Buch die deutsche Lutherbibel und die erste Zeitung die deutsche "Philadelphia Gasetta" war?
Millionen von deutschen Schulbüchern und Hunderte von deutschen Zeitungen und Zeitschriften sind hier einst gedruckt worden. Heute wird kein deutsches Buch mehr gedruckt und die wenigen deutschen Zeitungen kämpfen um ihre Existenz. Wessen Schuld ist das?
Es ist die Schuld des Elternhauses, besonders der Mutter. Wenn die englische Mutter rühmt, sie liebe ihre Muttersprache, sie meint es und beweist es durch die Tat. Wenn die deutsche Mutter das behauptet, dann sagt sie bewußt die Unwahrheit, sonst würde sie in ihrer Familie keine andere als die Muttersprache dulden.
Wie viele Millionen deutschstämmige Kinder werden z.B. am Christfest die ewig schönen deutschen Weihnachtslieder in englischer Übersetzung statt im schönen deutschen Original singen! Wie ganz anders wäre der Gang der Geschichte unseres Landes gewesen, wenn unsere Volksgenossen an ihrer Muttersprache festgehalten hätten! Heute sprächen mehr als 50 Millionen unserer Nation die Sprache Luthers, Goethes, Schillers, Richard Wagners und der anderen Großen.
Keine Konstitution schreibt uns vor, daß Englisch die Landessprache sein muß. Wer würde z.B. dem Kanadier Mangel an Patriotismus vorwerfen, weil er die französische Muttersprache der englischen Landessprache vorzieht? Und das Franzosentum Kanadas ist dabei nur ein kleiner Bruchteil des Deutschtums Amerikas!

Deutsch-Amerikas politische Pflicht

3. Die Unterlassungssünden unseres Stammes in der Politik unseres Landes haben sich als katastrophal für das Deutschtum und für uns selbst hier ausgewirkt. Während alle anderen Nationalitäten unseres Landes in Landsmannschaften organisiert und in einer Spitzenorganisation zusammengefaßt sind, dessen Präsident im Namen von Hunderttausenden oder gar Millionen sprechen kann, sind die Deutschen in Tausende von kleinen Gruppen und Grüppchen zerrissen, ohne Zusammenfassung im ganzen Land und daher vollständig einfluß- und machtlos!
Das namenlose Elend in Deutschland und in der Welt und die erbärmliche Konfusion und

Ratlosigkeit hier daheim sind der beste Beweis dafür, daß unsere vielen Gesangvereine, Sportvereine, Turnvereine, Landsmännische Vereine dem Gesamtdeutschtum nicht das Geringste geholfen haben. Gewiß verfolgen alle diese Gruppen wertvolle Ziele. Aber sie bewegen sich alle nur in engem Rahmen und sind vielfach nur Mittel zur Unterhaltung, zum Vergnügen, zum Zeitvertreib. Es fehlt ihnen die Sicht auf das Große und Ganze.
Wie viele brauchbare Kräfte sind da gebunden und verzettelt, die Großes für das Volksganze leisten könnten! Eine einzige deutsche Organisation haben wir im Lande, die von Küste zu Küste reicht und auch während des Krieges den Mut hatte, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten: die Steuben-Gesellschaft.
Die Spitzenorganisationen der Polen in Amerika halfen nach dem Ersten Weltkrieg ein neues polnisches Vaterland schaffen. Die Tschechen gründeten hier die Tschechoslowakei. Die Irländer Amerikas befreiten ihr Mutterland aus der 700jährigen englischen Unterjochung und in unseren Tagen hat das vereinigte amerikanische Judentum nach 2.000 Jahren ein jüdisches Heimatland geschaffen, weil sie alle wie Pech und Schwefel zusammenhalten.
Von den englischen Nachkommen unter uns brauchen wir gar nicht zu reden. Nach ihrem Wink wird in Washington die Politik gemacht und wir folgen ihren Forderungen mit mehr Gehorsam als ihr eigenes Dominion (Herrschaftsgebiet) Kanada.
Laßt uns diese Gedanken etwas näher betrachten. Hundertprozentige Amerikaner sind die Reste der Indianer, der einstigen Herren dieses gesegneten Landes. Ebenso hundertprozentig können die hiesigen Neger angesprochen werden, deren Vorfahren als Sklaven gewaltsam hierher verschleppt wurden. Die anderen größeren völkischen Gruppen unseres Landes sind in erster Linie ihrem Stammland und Stammvolk ergeben und erst in zweiter Linie betrachten sie sich als amerikanische Bürger.
Der Irländer besingt seine schöne, grüne Heimatinsel, von welcher er durch die von den Engländern verursachte furchtbare Hungersnot vertrieben wurde. Er tat hier alles, um die Heimat vom englischen Joch zu befreien. Darum ist er im politischen Leben führend geworden im Lande.
Der Pole hält zähe fest an dem Gedanken: "Noch ist Polen nicht verloren" und bringt die schwersten Opfer für das Land seiner Väter. Die Organisation und Zusammenarbeit der Polen ist musterhaft. Sie betrachten es als Ehrensache, ihre in der Muttersprache gedruckte Zeitung zu lesen und als heilige Pflicht, der Eigenkirche anzugehören.
Der Italiener schwärmt für sein altes Kulturland und arbeitet und opfert unablässig für die Daheimgebliebenen. Politisch handeln sie durch ihre kirchlichen und völkischen Organisationen in geschlossener Einheit. Darum rechnen die politischen Parteien mit der italienischen Stimme an der Wahlurne sehr!
Der Jude verfolgt durch die Jahrhunderte das eine große Ziel, die Wiederaufrichtung des David-Thrones in Zion. Wo immer er in der Welt lebt und welche Sprache er auch immer spricht, seine Rassengemeinschaft stellt er über alles. Die Synagogen sind seine Sammelstätte, Bankhäuser, Zeitungswesen, Filmproduktion, Handel, Beeinflussung der öffentlichen Meinung seine Betätigungsfelder.
Der Engländer hängt an seiner Sprache und am Mutterlande. Nach einer neueren Abstimmung betrachten noch immer 3 % der Briten unser Amerika als ihre Kolonie. Durch die Schule, durch Geschichtsfälschung, durch die ständigen Vortragsreisen, durch Verteilung von Orden und Titeln, durch Empfänge am englischen Königshof - die höchste Ehre für einen Dollarbaron - beherrscht der Engländer unsere innere und äußere Politik. Er bleibt Engländer, wohin er auch immer geht und anglisiert Völker und Rassen der Welt.
Im Gegensatz zu allen diesen Gruppen, die als amerikanische Bürger in erster Linie für ihr angestammtes Mutterland leben und wirken, stehen die Deutsch-Amerikaner mit ihren skandinavischen Brüdern als zweihundertprozentige Amerikaner da. Sie betrachten sich nicht ein-

mal als Auslandsdeutsche oder gar Volksdeutsche, wie das Millionen in anderen Ländern durch Jahrhunderte getan haben, sondern legen alle völkischen Tugenden ab und gehen in der Neuen Welt restlos auf. Sie können nicht schnell genug Sprache, Sitte, Vaterheimat, ruhmreiche Vergangenheit vergessen.

Kein anderer Volksstamm hat seinen Namen mehr anglisiert und gefälscht als der deutsche. Kein anderer Stamm hat so wenig Volksbewußtsein, solch schmähliche Rückgratlosigkeit und solch schnöde Gleichgültigkeit dem Schicksal der Heimat gegenüber wie der deutsche! Daher die Machtlosigkeit im öffentlichen Leben. Darum kümmern sich die Politiker nicht im geringsten um die Stimme des Deutschtums an der Wahlurne. Sie kennen unsere Zerrissenheit und Einflußlosigkeit zu gut.

Während alle anderen Völkergruppen unseres Landes ihre natürliche und gottgewollte Pflicht dem angestammten Heimatlande gegenüber erfüllt haben und daher in hohem Ansehen stehen, haben die hiesigen deutschstämmigen als Ganzes mit wenigen würdigen und darum hochzuschätzenden Ausnahmen sündhaft versagt.

Was hat nun das Deutsch-Amerikanertum als Gesamtheit für sein angestammtes Volk und Land getan? Mitgeholfen hat es, sein Mutterland zu einem Schutthaufen zu machen und seine Blutsverwandten der Sklaverei, dem Hunger- und Kältetod preiszugeben. Mitgeholfen hat es, die deutsche Ehre zu besudeln und Millionen treue Volksdeutsche des Ostens zu heimatlosen Bettlern zu machen. Das sind die furchtbaren Folgen unserer Zerrissenheit und des Fehlens einer einflußreichen, mächtigen Spitzenorganisation, deren Vorstand im Namen von Millionen deutschstämmigen seine Stimme erheben könnte!

Deutsch-Amerikas Verrat am Mutterlande

Am tragischsten von allem aber ist, daß deutsche Volksangehörige hier, sobald sie zu Reichtum, Ansehen und Einfluß gelangen, in der treulosesten Weise ihre Bluts- und Volksgemeinschaft verraten und für den Feind arbeiten.

Denken wir nur an die Wilkies, Kaisers, Rockefellers, Astors, an die Eisenhauers, Eichelbergers, Wedemeyers, Nimitzes usw. und an die Tausenden in der Großindustrie, in Wirtschaft, Gelehrtenwelt und Heeresleitung. Wenn jene alle ihre Herkunftspflicht erfüllt hätten wie die Engländer, Polen, Tschechen, Iren, Juden, hätten sie dafür sorgen können, daß die beiden Weltkriege vermieden worden und den Deutschen ein ihrer Größe und ihrer Leistung für die Menschheit würdiger Lebensraum geschaffen worden wäre.

Statt dessen lassen sie sich vom englischen König und von Stalin dafür dekorieren, daß sie mitgeholfen haben, ihr Mutterland in Trümmer zu schlagen. Ich habe die bittere Erfahrung gemacht, daß die größten Hasser der Deutschen die abtrünnigen Deutschen selber sind, wie der abtrünnige Jünger des Herrn, Judas, es war. Durch die Haßpropaganda vergiftet, sind viele so eingeschüchtert worden, daß sie um ihres bißchen Brotes und um ihrer Bequemlichkeit willen nun ihrerseits das Schlimmste ihrem eigenen Volksstamm andichteten, um dadurch ihren zweihundertprozentigen Patriotismus zur Schau zu tragen!

Da will ich es lieber mit dem wahren Patrioten, dem großen Deutsch-Amerikaner Karl Schurz, der rechten Hand des Märtyrerpräsidenten Lincoln halten: "Ich liebe Deutschland wie ein Kind seine Mutter liebt, und ich liebe Amerika, wie ein Mann sein Weib liebt."

Das sollte die Einstellung jedes ehrlichen Deutschamerikaners sein. Wer seine Mutter nicht liebt, der bricht das Gebot Gottes und ist nicht wert, von seinen Kindern geehrt zu werden.

Der Weg zur Gesundung des kranken Volkskörpers Deutsch-Amerikas

Alle diese hier angeführten Dinge und noch vieles andere sind furchtbare Tatsachen. Das heißt, der Volkskörper des Deutschamerikanertums ist todkrank. Das ist die gewissenhaft und objektiv festgestellte Diagnose. Wenn aber nun die Art der Krankheit festgestellt ist, kann man nach dem Heilmittel suchen, um Gesundung und Kräftigung herbeizuführen. Wir alle wissen, daß manche Medizinen bitter sind, wieder andere sind schmerzhaft, aber sie tun ihre

Wirkung und heilen den kranken Leib. Lassen Sie mich einige dieser Mittel nennen.
1. In der Erfüllung unserer Christenpflicht heißt die Medizin: Gehöre einer Kirchengemeinde an, wo du Gottes Wort in deiner Muttersprache hörst und lernst, wo deine Kinder in der Sonntagsschule und wo möglich Gemeindeschule die biblischen Wahrheiten in die zarte Seele gepflanzt erhalten.
Durch Gottes Wort wird unsere Gedankenwelt geheiligt und geklärt, daß wir die Dinge in uns und in der weiten Welt recht erkennen.
Durch die "Goldene Regel" Jesu: "Was ihr wollt, daß die Leute euch tun sollen, das tut ihr ihnen auch," erkennen wir, wie viel Segen die Deutschen für unser Land gewesen sind, und mit wie viel Leid wir ihnen es vergolten haben, indem wir unherausgefordert zweimal auszogen, sie zu vernichten.
Gottes Wort öffnet unsere Augen, unsere Herzen und unsere Hände!
Es ist zum Weinen und tief beschämend zu wissen, daß z.B. 1946 die Italiener für ihre Volksgenossen 50 Millionen, während die viel zahlreicheren Deutschen für ihr weit mehr verwüstetes Land nur kaum 14 Millionen Dollars gesammelt haben. Gottes Wort lehrt uns die große Wiedergutmachungspflicht.
Deutsch-Amerika muß helfende und opferbereite Liebe lernen!
2. In der Erfüllung unserer Volkspflicht heißt die Medizin: Bete deutsch, sprich deutsch, lies deutsch, singe deutsch! Sorge dafür, daß das deutsche Vaterunser in deinem Hause nicht aussterbe! Sprich mit den Kindern, deinen Angehörigen und Volksgenossen deine Muttersprache sowohl daheim als auch draußen!
Schicke deine Kinder in deutschen Unterricht in Volksschule und Hochschule! Lies deutsche Bücher aus der Leihbibliothek und schenke deutsche Bücher deinen Freunden! Vor allem, halte dir mindestens eine deutsche Zeitung, nimm ein Jahresabonnement, damit du sie täglich bekommst! Du findest darin so vieles, was die **"conspiracy of silence" (die Verschwörung des Schweigens)** in den irreführenden Tagesblättern dir vorenthält.
In deiner deutschen Zeitung findest du, was deinem Herzen nahe steht und du wirst wahrheitsgetreu über das Weltgeschehen unterrichtet. Nicht zuletzt unterstützen deutsche Kultur- und Kunstunternehmungen, Theater und Konzerte. Vergiß nicht die Geschäftsleute, die sich zu ihrem Deutschtum bekennen in Wort und Tat!
3. In der Erfüllung unserer politischen Pflicht heißt das Heilmittel: Stehe fest auf dem Grund unserer Verfassung. Sie ist die beste, die Menschen bisher geschaffen haben. Sorge peinlich dafür, daß unsere Staats- und Bundesbeamten sie nach Inhalt und Geist erfüllen!
Um das tun zu können, schließe dich der Partei an, die dem Deutschtum am meisten Gerechtigkeit widerfahren läßt und am günstigsten gesinnt ist. Prüfe die Gesinnung der deutschnamigen Kandidaten besonders. Es gibt so viele Renegaten, die die schönsten deutschen Namen führen, inwendig aber Verräter der deutschen Sache sind.
Vor allen Dingen arbeite für die Zusammenfassung aller Deutschstämmigen unseres Landes. Betrachte deinen Sonderverein, dem du angehörst, als ein kleines Zweiglein der Rieseneiche, die da wachsen soll aus der Zusammenfassung aller Vereine zu einer mächtigen, maßgebenden, richtunggebenden, entscheidenden Spitzenorganisation, die im Namen von Millionen Deutschstämmigen vor der Öffentlichkeit spricht.
Wirf den Partikularismus über Bord! Du bist nicht ein Preuße, Bayer, Sachse, Österreicher, Schweizer, Sudetenländer, Banater Schwabe, Siebenbürger- oder Zipser Sachse, nicht ein Wolga-, Bessarabien-, Dobrudscha-Deutscher. **Du bist ein Deutscher!**
Als Deutsche sind unsere Volksgenossen aus ihren jahrhundertealten Wohnsitzen bei Hinterlassung all ihres Hab und Gutes in den Hunger- und Kältetod vertrieben worden.
Als Deutsche sind Tausende in Süd- und Zentralamerika "gekidnappt" und in unsere Konzentrationslager nach Dakota und sonstwo verschleppt worden.

Als Deutsche sind die wenigen Mutigen hier bei uns, die gegen unseren Eintritt in den Krieg arbeiteten, verfolgt worden. Das große Leid des Gesamtdeutschtums in aller Welt sollte uns doch endlich belehrt haben, daß wir als Schicksalsgemeinschaft verbunden sind auf Gedeih und Verderb!
Wo immer wir mit Menschen deutscher Abkunft zusammenkommen, ob in Kirche, Verein oder Freundeskreis, das Thema unseres Gespräches soll der Zusammenschluß aller sein. In Wort und Schrift müssen wir eine riesige Aufklärungsarbeit tun. Die Spitzenorganisation der Deutsch-Amerikaner fordert im Namen von Millionen Deutschstämmigen Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Wenn unser Volkskörper so gesundet ist, d.h., wenn die gesamten Deutschstämmigen in einer Spitzenorganisation wohl diszipliniert auf das eine Ziel der Rehabilitierung der deutschen Ehre in der Welt treu zusammenarbeiten, dann können wir mit unseren Forderungen hervortreten:
1. Sofortige Heimsendung aller Kriegsgefangenen und Sklavenarbeiter mit Bezahlung für ihre Arbeit und Vergütung für ihre Demütigung und Leiden.
2. Rückgabe aller vom Reich abgetrennten Gebiete, wo deutscher Fleiß und Schweiß durch Jahrhunderte die Kulturarbeit geleistet hat.
3. Rücksiedlung aller vertriebenen Volksdeutschen und Gutmachung ihrer ungeheuren materiellen Verluste.
4. Ermittlung aller, die beschlossen haben, daß Millionen deutscher Menschen durch Hunger, Kälte und Krankheit ermordet werden sollen. Ebenso aller jener Generäle, Offiziere und Beamten, die diesen Beschluß durchgeführt haben. Wie die Kriegsverbrecher bestraft worden sind, sollen auch die Vor- und Nachkriegsverbrecher ihre Taten vor Gott und der Welt verantworten.
5. Rückgabe aller durch die Sieger geraubten Güter materieller und geistiger Art, die Patente eingeschlossen.
6. Aufbau der deutschen Städte, die die Flieger der Siegermächte in ihrer Zerstörungs- und Mordsucht wahllos zerstört haben.
7. Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa unter deutscher Führung und freie Hand für das vereinte Europa in Afrika als Kornkammer und Siedlungsgebiet für den Bevölkerungsüberschuß Europas.
Ich habe versucht, den Wert des deutschen Menschen und seine Leistungen für die Gesamtmenschheit in kurzen Zügen zu zeigen.
Ich habe versucht, die große Not und unseren Teil daran klarzustellen.
Und ich habe versucht, den Weg zu zeigen, den wir zu gehen haben, wenn wir in treuer Pflichterfüllung die Welt aus dem Chaos herausarbeiten wollen. Vor uns liegt eine Riesenaufgabe. Aufgaben sind aber da, damit sie erfüllt werden. Wir können sie erfüllen, wenn wir im Aufblick zu Gott und im Hinblick auf den Menschheitsjammer unsere Pflichten als Christen, als Deutschstämmige, als wahre Amerikaner im Sinne Washingtons und Lincolns aufgrund unserer Verfassung erfüllen.
"ENDE"
Von Reverend Ludwig A. Fritsch, Chicago
"THE CRIME OF OUR AGE" (Original-Titel) – "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk", Erste Auflage 1947, 8. Auflage in deutsch - Grabert-Verlag-Tübingen, 1994<<
Der nordamerikanische Autor Ralph Franklin Keeling berichtet im Jahre 1947 in seinem Buch "Gruesome Harvest" - "Schreckliche Ernte" über die Nachkriegsverbrechen der Alliierten (x941/…): >>**Schreckliche Ernte - Der Nachkriegs-Krieg der Alliierten gegen das deutsche Volk -**
Wenn es zum Krieg kommen sollte, und welche Seite auch immer den endgültigen Sieg errin-

gen mag, ist nichts sicherer, als daß für Sieger und Besiegte gleichermaßen, das Ergebnis eine schreckliche Ernte an Elend und Leid sein wird.
PRIME MINISTER NEVILLE CHAMBERLAIN
31. Juli 1939 im Unterhaus

Mit kaltem Blut ...

Am 8. Mai 1945 - V-E Day - endete das Schießen. Aber furchtbarerweise ging der Krieg gegen Deutschland weiter. Roosevelt, Churchill und Stalin hatten beschlossen, daß das deutsche Volk leiden sollte - und es litt.
Vertrieben aus ihren Häusern, ihr Eigentum geplündert, dezimiert durch Verhungern und Krankheiten, vergewaltigt, beraubt und versklavt, hatten die Deutschen - zumeist Frauen und Kinder - die volle Wucht dessen, was das *Time Magazin* als "den entsetzlichsten Frieden der Geschichte" bezeichnete, zu ertragen.
Schreckliche Ernte war eines der ersten Bücher in Amerika, das gegen den Nachkriegs-Krieg der Sieger gegen die Deutschen die Alarmglocke schlug. ...
Heute, wo der Propagandakrieg gegen die Deutschen in den Medien weitergeht, erzählt *"Schreckliche Ernte"* eine Geschichte von größter Wichtigkeit, die nicht unterdrückt oder vergessen werden darf.
* * * * * * * *

Erste Veröffentlichung 1947 vom Institute of American Economics (Chicago). …

Inhaltsverzeichnis

Vorwort
Kapitel I: Kriegszerstörung
Kapitel II: Ausrottung durch Überbevölkerung
Kapitel III: Die Arbeitssäule wird niedergerissen
Kapitel VI: Das Volk hungert
Kapitel VIII: Erziehung in umgekehrter Demokratie
Kapitel IX: Das Programm des Kremls

Zueignung

Dieses Buch ist den Menschen in allen Ländern gewidmet, die mehr mit Vernunft als mit Voreingenommenheit regiert werden;
die versuchen, die Ereignisse jetzt so zu sehen, wie sie eine Generation später von nüchternen Historikern gesehen werden;
die von anderen nicht verlangen, Regeln zu folgen, die sie nicht für sich selbst akzeptieren würden;
die darum glauben, daß die Menschen keiner Nation kollektiv verdammt werden können, ohne die menschliche Natur selbst zu verdammen;
die Mitgefühl haben mit den Millionen von leidenden, verhungernden Opfern totaler Kriege, wo immer sie sein mögen.

Einführung des Verlegers zur Ausgabe 1952

Das Buch von Ralph Franklin Keeling *Schreckliche Ernte (Gruesome Harvest)* erschien im Jahre 1947. Zu der Zeit, als das Buch geschrieben wurde, war das besiegte, geteilte und amputierte Deutschland von den Armeen seiner Eroberer besetzt. Deutsche Städte waren Trümmerhaufen; seine Wirtschaft ein verzweifeltes Kratzen ums Überleben; seine Menschen apathisch, zynisch, demoralisiert.
Jedoch innerhalb von einigen Jahren erstand aus den Ruinen ein neues Deutschland. ... .
Amerikaner von heute, die von den Standardakademikern und beliebten Historikern unterrichtet wurden, verbinden die amerikanische Nachkriegsrolle in Deutschland vor allem mit zwei Ereignissen: Die Nürnberger Prozesse und der Marschallplan, mit denen, Dank der amerikanischen Großzügigkeit, die Menschen in Deutschland in der Lage waren, eine freie Gesellschaft

und eine freie Wirtschaft wieder aufzubauen.
Unsere Landsleute erinnern sich zwar an den Marschallplan, haben dagegen seinen Vorläufer, den Morgenthauplan vergessen, der von dem Finanzminister während des Krieges, Henry Morgenthau und seinem engsten Berater, Harry Dexter White, ausgearbeitet wurde und auf eine dauerhafte Zerstörung von Deutschlands industriellem Herzen abzielte, mit - als seiner unausweichlichen Konsequenz - Hungertod und Krankheiten von Millionen und Abermillionen von Deutschen.
Wie *Schreckliche Ernte* klar zeigt und kürzliche Studien weitgehend dokumentiert haben, bildete Morgenthaus und Whites Plan für Völkermord die Grundlage für Amerikas hauptsächliche Weisungen für die Besatzungspolitik, JCS 1067, vom Beginn der Besatzung an.
Indem er größtenteils Berichte und Reden dieser Minderheit von amerikanischen Journalisten und Staatsmänner heranzieht, die mutig die anfängliche Nachkriegs-Besatzungspolitik ihrer Regierung ablehnten, demonstriert (der) Autor Keeling in *Schreckliche Ernte* weitgehend die Auswirkungen dieser Politik während der zwei Jahre, die dem "V-E Day" folgten.
Gewaltsame Vertreibung aus den Ländern ihrer Vorfahren und Diebstahl ihrer Häuser und ihres Eigentums; Diebstahl von Kapital in großem Umfang und ungeheure Ausnutzung für Sklavenarbeit; Zensur, Bücherverbrennung, Konzentrationslager, Sippenhaft, Berufsverbot und andere "Nazi-Praktiken", waren im besetzten, "entnazifizierten" Deutschland von 1945 bis 1948 an der Tagesordnung.
Andere Studien, die auf dem Zugang zu Dokumenten basierten, die Keeling oder anderen Schriftstellern 1947 nicht zur Verfügung standen, haben die schockierenden Enthüllungen in *Schreckliche Ernte* bestätigt und erweitert: Alfred de Zayas: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*; James Bacque: *Andere Verluste*; Udo Walendy: *Die Methoden der Umerziehung* und zahlreiche andere Historiker haben darüber hinaus die überwiegende Rolle bestätigt, die die offizielle U.S. Politik bei diesen beschämenden Ereignissen spielte.
Es sollten hier einige Punkte über den Morgenthauplan und die allgemeine U.S. Besatzungspolitik gemacht werden. Erstens, der Morgenthauplan, der hauptsächlich von Morgenthaus Assistenten Harry Dexter White ausgearbeitet wurde, der später bei Anhörungen im Kongreß als Sowjetagent identifiziert wurde, bildet einen Teil der Fortführung der alliierten Kriegs-Politik: Sie war weit davon entfernt, nur ein Instrument der Rache als Antwort auf "Nazi-Untaten" zu sein:
Jahre unaufhörlicher antideutscher Propaganda, die sich mehr oder weniger offener offizieller Unterstützung erfreute; ... das Bestehen der Alliierten auf Deutschlands "bedingungsloser Kapitulation"; die Alliierte Politik des Massenmordes deutscher Zivilisten aus der Luft; und die geheime Konferenz während des Krieges, bei der Roosevelt, Churchill und Stalin das Komplott der Teilung der Beute nach Deutschlands Zusammenbruch schmiedeten: Alles das waren die logischen Vorboten für das Flirten der amerikanischen Regierung mit dem Völkermord in Deutschland in den ersten Jahren der Besatzung. ...
Was die Gegenwart und Zukunft angeht sollte daran erinnert werden, daß die deutsche Nation Gegenstand - vor allem intellektuell und psychologisch - in einem Wertesystem und einer Geschichtsauslegung bleibt, die ihm während der Besatzungsjahre aufgezwungen wurden. Diese vorgeschriebene Vergangenheitsbewältigung schreibt vor, daß praktisch alles, was die Deutschen von 1933 bis 1945 taten, schändlich oder verbrecherisch war, fortgesetzt in den Schulen unterrichtet, in den Medien hinaustrompetet ...
Der daraus resultierende Alpdruck von Schuld wird regelmäßig von Deutschlands Feinden heraufbeschworen, um solche Schwindelgeschäfte wie die endlose "Wiedergutmachung" von Kriegsverbrechen (wirklichen und ausgedachten) und die Unterhaltung von Hunderttausenden von "Asylsuchern" aus der Dritten Welt auf Kosten der Öffentlichkeit zu finanzieren.
Man sollte hoffen, daß *Schreckliche Ernte* die Amerikaner mit der Ungerechtigkeit und dem

Wahnsinn einer Politik bekanntmacht, die auf die Zerstörung einer Nation und eines Volkes abzielte und es sollte ein Trost sein, daß es Beweise dafür gibt, daß viele Amerikaner in der Tat der Forderung nach Vernunft und Anstand leidenschaftlich Ausdruck gaben. Ein Leuchtturm in einer der dunkelsten moralischen Stunden Amerikas ...

T. J. O'Keefe, April 1992

Vorwort

Ein Jahr nach der Veröffentlichung der Potsdamer Erklärung verließ Außenminister Byrnes plötzlich die Pariser Friedenskonferenz und ging nach Stuttgart, wo er versuchte, dem deutschen Volk die amerikanische Politik einem besiegten Reich gegenüber zu rechtfertigen.

Diese Bereitschaft, einer deutschen öffentlichen Meinung Wert zuzubilligen, bezeichnete einen fundamentalen und willkommenen Wendepunkt in unserer offiziellen Haltung, weil wir zuvor unsere Mission in Deutschland unter äußerster Mißachtung dessen, was die Deutschen von uns denken könnten, durchführten.

Der Wechsel kam nicht aus einer neuerlich entdeckten Zuneigung für unsere besiegten Untertanen. Mr. Byrnes legte seinen Finger auf den wirklichen Grund, als er sagte: "Es ist nicht im Interesse des deutschen Volkes oder im Interesse des Weltfriedens, wenn Deutschland eine Schachfigur oder ein Partner in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen werden würde."

Das war genau das, was bereits passiert war. Zu spät stellten wir fest, daß, während wir geschäftig und blind das deutsche Volk mit der Durchführung eines der brutalsten Friedensprogramme, das jemals einer besiegten Nation aufgezwungen wurde, uns entfremdeten, war Rußland, das uns angestachelt hatte, stillschweigend bei der Vorbereitung, als ein Champion aufzutreten und ihm durch die Errichtung eines vereinigten, wiederbelebten und kommunistischen Reiches einen Weg zur Flucht vor uns anzubieten und es der Sowjetunion einzugliedern. Dies war im Juli in Paris von Molotow klargemacht worden.

Deutschland ist mehr als nur eine Schachfigur im Machtkampf zwischen dem kommunistischen Rußland und dem Westen - es ist der Hauptpreis. Der Weltkommunismus war schon lange begierig auf Deutschland als dem leuchtendsten Juwel in seiner Krone. Der Kreml weiß und wir wissen, daß vor der vereinten Macht von Sowjet-Rußland und einem wiederbelebten Reich das ganze Europa fallen müßte.

Eine solche Möglichkeit kann von Britannien nicht toleriert werden, das, mit einem feindlichen Europa im Rücken, seine Existenz bedroht sehen würde. ... Eine Vereinigung von Sowjet-Rußland und einem sowjetisierten Deutschland würde Krieg bedeuten. Um Krieg zu vermeiden, müssen wir darum verhindern, daß Rußlands Plan Früchte trägt. Daher ist es nötig, daß wir Deutschland auf unsere Seite ziehen und es dort halten.

Die Situation erfordert eine gründliche Überprüfung unseres deutschen Programms, die gefolgt sein muß von Änderungen, die erforderlich sind, einen anständigen Frieden herzustellen und die Deutschen davon abzuhalten, aus Verzweiflung zu den Russen überzugehen. Die Zeit ist gekommen, vergangene Fehler offen zuzugeben und mutig den harten Tatsachen ins Auge zu sehen. Es ist für das amerikanische Volk notwendig, sich mit dem, was vorgegangen ist, vertraut zu machen und dafür zu sorgen, daß ordentliche Schritte zur Berichtigung unternommen werden.

Dieses Buch ist als Beitrag zu diesem Zweck gedacht. Es legt mit einfachen Worten dar, was sich in Deutschland zugetragen hat, weil diese Kenntnis unbedingt erforderlich ist, sowohl um den deutschen Gesichtspunkt zu verstehen, als auch sich mit dem status quo bekanntzumachen, von dem aus wir mit Hilfsmaßnahmen weitergehen müssen. Es umreißt die Natur von Rußlands Plan zusammen mit einer Beschreibung der Fehler, die wir dadurch gemacht haben, daß wir so weit in die Falle gegangen sind. Und schließlich bringt es einige Vorschläge für eine Friedensregelung mit Deutschland, die zugleich gerecht und dauerhaft sein würde.

Einführung

In Jalta auf der Krim trafen sich die Herren Churchill, Roosevelt und Stalin, um das Schicksal Europas zu entscheiden und gaben in ihrer gemeinsamen Erklärung feierlich bekannt: "Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten."

Und in Potsdam erklärten die Repräsentanten der Großen Drei abermals in einer gemeinsamen Bekanntgabe, die von den Herren Stalin, Truman und Attlee unterschrieben wurde, öffentlich: "Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven."

Trotz dieser Versicherungen bedeuteten die Potsdamer Entscheidungen, daß die Deutschen auf sich selbst gestellt sein würden und, nachdem die notwendigen Mittel fürs Überleben zerstört worden waren, Hilfe von außen zu verbieten.

Das konnte nur ein Ergebnis haben: Deutschland und die Deutschen auszulöschen.

Das Leben jeder Nation wird durch drei Hauptsäulen gestützt: Land (alle natürlichen Quellen), Arbeit (Muskeln und Hirn) und Kapital (Produktionsanlagen und Ausstattungen). Wenn man eine davon zerstört, wird die Nation in eine Katastrophe gestürzt.

Wir sind schuldig, in Deutschland alle drei zerstört zu haben.

Der Krieg startete den Prozeß, indem die Blüte von Deutschlands Manneskraft zerstört, Städte, Fabriken, Eisenbahnlinien zertrümmert wurden und der Boden durch die fünf Jahre lange Einstellung von Düngerproduktion erschöpft war. Und ein gleichermaßen unterdrückender Krieg ist gegen das deutsche Volk seit seiner bedingungslosen Kapitulation durchgeführt worden.

Die Kraft des den Unterhalt bestreitende Landes wurde durch den Verlust lebenswichtiger Gebiete unterminiert, was gefolgt war von Überbevölkerung durch den Zustrom von Millionen von Deutschen, die aus den verlorenen Gebieten und aus der Tschechoslowakei und Polen in das geschrumpfte Reich ausgewiesen wurden. Industrielle Kapitalquellen wurden durch den Verlust aller Produktionsstätten in den von den Eroberern eingenommenen Gebieten sowie einem gigantischen Plünderungsprogramm weiterhin verringert, das höflich als "Deindustrialisierung" bezeichnet wurde.

Die Arbeitskräfte waren weiterhin durch die Versklavung von Millionen und von weiteren Millionen, die im Zuge der "Denazifizierung" aus verantwortungsvollen Posten entfernt wurden, verringert und durch Unterernährung, die die arbeitenden Menschen an ihren Arbeitsplätzen in Ohnmacht fallen ließ, geschwächt worden. Sogar die deutsche Rasse selbst war durch ein Programm von Massenverstößen gegen die Mutterschaft angegriffen worden.

Das Ergebnis ist, daß Deutschland nun erschöpft am Boden liegt und seine Menschen dem Hungertod ausgeliefert sind. Als sie anfingen, in Massen zu sterben, wurde endlich entschieden, daß es nötig war, Nahrungsmittel einzuführen - leider kaum genug, die großen Massen von Menschen in der Zwielichtzone zwischen Leben und Tod zu halten. Ihre Agonie und Verzweiflung wurden bis zur höchstmöglichen Grenze des menschlich Ertragbaren aufrechterhalten.

Die folgenden Seiten zeichnen auf, was das *Time Magazin* zutreffend als "Den entsetzlichsten Frieden der Geschichte" bezeichnet hat, einen Frieden, der voll und ganz erklärt, warum viele Deutsche bereit sind, sich dem Kommunismus zuzuwenden. Weil, seltsamerweise, unser modernes Zeitalter, das uns die Atombombe brachte, ebenfalls die Geburt von Nationen mit sich gebracht hat, die auf Kosten ihrer Alliierten in der Lage sind, aus der Produktion menschlichen Leidens Profit zu ziehen.

Kapitel 1

Kriegszerstörung

Die Zerstörung des Reiches durch totale Kriegführung war allein schon genug, ernstliche Zweifel an Deutschlands Fähigkeit aufkommen zu lassen, nach dem Kriege zu überleben. Niemals zuvor in der Geschichte sind die lebenserhaltenden Ressourcen einer Nation so durch

und durch zerstört worden. Als er vom Sieg in Europa zurückkehrte, erklärte General Bradley, "Ich kann Ihnen sagen, daß Deutschland bis zum äußersten und vollkommen zerstört worden ist."
Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation hatte die Deutschen gezwungen, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, bis ihre Städte in mit Toten angefüllte Trümmer pulverisiert und die Fabriken, Eisenbahnen, Kanäle, Dämme, Starkstromanlagen, Kommunikationsanlagen, Gebäude, Häuser - alle freistehenden Einrichtungen - in Haufen von verbogenen, schwelenden Ruinen verwandelt worden waren.
Der glühende Eifer der Alliierten, alles was deutsch war zu zerstören, war von General Eisenhower mit der Ruhr-Offensive zum Ausdruck gebracht worden.
"Unsere Hauptabsicht," erklärte er, "ist die Eliminierung von so vielen Deutschen wie möglich. Ich erwarte, daß jeder Deutsche westlich des Rheins und in dem Gebiet, das wir angreifen, eliminiert wird."
Die Fähigkeit der Alliierten zu vernichten wurde überwältigend, nachdem der amerikanische Industriekoloß von Friedens- in Kriegsproduktion umgewandelt worden war. Die amerikanische Produktion übertraf bald die aller anderen kriegführenden Teilnehmer zusammengenommen und wurde zweimal so groß wie die Kapazität der dem Untergang geweihten Achsenmächte. Erstaunt über die amerikanische Stärke, bekannte Hermann Göring seinen Gefängniswärtern gegenüber: "Die industrielle Kraft Amerikas ist etwas, das sich niemand im Traum hätte vorstellen können."
Einen Blick auf Amerikas zerstörende Kraft, als es sich dem grausamen Geschäft der Massenherstellung von Tod und Zerstörung verschrieb, gewährt folgende Beschreibung eines Kriegskorrespondenten von der Frontlinie:
Eine verheerende Welle von explodierendem, splitterndem Stahl zerriß die Erde vor uns, und es schien als sei das Ende der Welt nahe.
Die Amerikaner sprengten einen Pfad für ihre Vorwärts-Offensive. Ganze Städte bröckelten auseinander. Leben schien von der Szene zu verschwinden. Es war die furchterregendste, zerstörerischste Kraft von Kriegführung, die Deutschland je erlebt hatte. Und es war ein Symbol für das, was kommen sollte, als die 1. US-Armee diesen verheerenden Schlag innerhalb der Grenzen Deutschlands auslöste.
1 1/2 Stunden lang bombardierten mehr als 2.000 Bomber und Hunderte von Kanonen die deutsche Landschaft und brachten die Erde vor dieser mächtigen von Menschen hergestellten Kraft zum Tanzen. ...
Groß wie sie war, die Zerstörung bei den Grundkämpfen verblaßte im Vergleich zu der, die durch unsere gigantischen Luftangriffe angerichtet wurde. Die beiden Atombomben, die auf Japan geworfen wurden, mögen dramatischer gewesen sein, sie konnten aber kaum zerstörender gewesen sein, als die Millionen von Phosphor-, Feuer- und die "großen Bomben", die auf Deutschland fielen. ..."
Während des Krieges wurde mehr Gewicht an Bomben auf Berlin geworfen, als auf ganz England. Der Ruin war so groß, daß General Eisenhower sich gezwungen sah zu sagen: Ich habe während des Krieges gesehen, wie viele große technische Aufgaben gelöst wurden, aber ich wüßte nicht, wo ich in Berlin mit dem Wiederaufbau anfangen sollte.
Ein amerikanischer Autor, der bei der ersten Gruppe von Korrespondenten war, die die Erlaubnis hatte, mehr als 24 Stunden in der zerstörten Metropole zu verbringen, schrieb:
Die Hauptstadt des Dritten Reichs ist ein Hügel von hohlen, ausgebrannten Gebäuden. Es ist eine Wüste mit hunderttausend Dünen von Ziegeln und pulverisiertem Mauerwerk. Darüber hängt ein durchdringender Geruch von Tod ... Es ist unmöglich, bei einer Beschreibung die Zerstörung zu übertreiben ... Die Innenstadt Berlins sieht nicht aus wie etwas, das ein Mensch hätte ersinnen können. ...

Alle deutschen Städte mit einer Bevölkerung von über 50.000 und viele kleinere, waren von 50 bis zu 80 Prozent zerstört. Dresden, so groß wie Pittsburgh, war vollkommen ausgelöscht und fast alle der 620.000 Einwohner unter den Ruinen begraben. Köln, mit einer Bevölkerung von 750.000 war in eine gigantische Wüste verwandelt worden**.**
Hamburg mit seinen 1.150.000 Menschen wurde durch ungeheure Angriffe vernichtet, wo bei einem die Flammen eine Meile in den Himmel schossen und Hunderttausende von Zivilisten lebend brieten. Frankfurt am Main, eine Stadt von 500.000, wurde in einen Schutthaufen verwandelt. Alle Städte und Industriegebiete, wie das Ruhrgebiet und das Saarland, wurden verwüstet.
Die Geschichte von Kassel ist typisch für die Tragödie, die andere befiel:
Dreihundertmal rannten die Menschen von Kassel voller Angst zu den Luftschutzkellern, wenn riesige britische und amerikanische Flugzeuge ihre Bomben abwarfen. Bei der ersten schrecklichen Bombardierung, am 22. Oktober 1943, wurden fast 10.000 getötet. Es war zum größten Teil ein Angriff mit Brandbomben, die die ganze Innenstadt in Brand setzten. Tausende wurden durch die Gasdämpfe von großen Haufen brennender Kohle in ihren Luftschutzkellern getötet und wußten nicht, warum sie sich so schläfrig fühlten, und wachten nie mehr auf. ...
Am 4. April 1945 ergab sich Kassel schließlich mit nicht mehr als 15.000 seiner 250.000 Einwohner noch lebend in der Stadt. Tausende lagen begraben unter den unzähligen Tonnen von Ziegeln, Gestein und verbogenem Stahl, die einmal Wohnungen, Geschäfte und Fabriken gewesen waren.
Diese umfassende Zerstörung von Städten und Produktionsstätten der am höchsten industrialisierten Nation Europas**,** war vom rein militärischen Standpunkt aus gesehen erfolgreich; es war jedoch auch ein Angriff auf die Lebensmöglichkeiten von Millionen von Arbeitern, weil die Zerstörung von Fabriken und Maschinen gleichzeitig eine Zerstörung von Arbeitsstellen ist, die elementare Lebensmöglichkeit. ...
Um die deutsche Wirtschaft aus diesem toten Punkt herauszubringen, ist Hilfe von außen nötig. Und inzwischen müssen die Menschen, die nicht in der Lage sind, das Nötige für sich selbst herzustellen, entweder in Massen sterben oder es muß ihnen von außen geholfen werden, bis sie wieder soweit sind, sich selbst helfen zu können.

Kapitel II

Ausrottung durch Überbevölkerung

Sogar 1937 war Deutschlands Lebensraum für die starke Bevölkerung zu klein und hatte natürliche Ressourcen nur in Form von Ackerland und Vorkommen von Kohle und Pottasche. ...
Als das landwirtschaftlich genutzte Land überbevölkert wurde, mußte Deutschland sich auf die Herstellung von Gütern umstellen. Durch Einfuhr von Eisenerz und Ausnutzung der Kohle- und Kali-Ressourcen bis zum äußersten, hatte Deutschland die zweitgrößte Stahl- und Chemische Industrie aufgebaut, die sodann die "Werkstatt Europas" bildete, den durchschnittlichen Lebensstandard Europas anhob und direkt oder indirekt volle Zweidrittel der eigenen Bevölkerung versorgte.
Als Folge der Zerstörung durch totale Kriegführung und absichtliche alliierte Politik, waren diese industriellen Ressourcen jetzt zum größten Teil verschwunden. Ohne diese, waren über die Hälfte der deutschen Arbeiter nun auf den Boden als einzige Lebensmöglichkeit angewiesen. Unter diesen Umständen ist es äußerst zweifelhaft, daß das Land, sogar wenn alles, was 1937 vorhanden war, intakt geblieben wäre, die gewaltige, jetzt arbeitslose industrielle Bevölkerung auch nur auf der Ebene des nackten Überlebens hätte versorgen können.
Ohne abzuwarten, raubten die Eroberer rücksichtslos Land, das 28 Prozent des Lebensraumes darstellte und einen noch größeren Prozentsatz der Nahrung erbrachte und zwei der drei hauptsächlichen Kohleregionen einschloß.

Um die Sache noch schlimmer zu machen, vertreiben sie Millionen von Deutschen aus den verlorenen Provinzen sowie aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei und anderswo in das verbleibende Reich, bringen eine große Anzahl von "Displaced Persons" in das geschlagene Deutschland hinein und, im Fall von Rußland und Frankreich, unterhalten große Besatzungsarmeen, die ebenfalls vom Land leben.
Sowohl die "Displaced Persons" als auch die Besatzungsmächte erfreuen sich der Bevorzugung gegenüber den Deutschen dadurch, daß sie, was immer sie an Nahrung und anderen Gegenständen benötigen, einfach requirieren können, um in vergleichsweiser Bequemlichkeit und Luxus zu leben. Man kann sich die beklagenswerte Situation, die durch diese Aktionen geschaffen wird, gut vorstellen.
Die Atlantik Charta hatte versprochen:
"Keine Erweiterung." "Keine territorialen Änderungen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Menschen in Einklang stehen." "Ein Frieden, der die Sicherheit garantiert, daß alle Menschen in allen Ländern ihr Leben in Freiheit und ohne Angst und ohne Mangel an notwendigen Dingen leben können."
Bei ihrem Beschluß in Jalta bestätigten die Großen Drei ihr Bekenntnis "zu den Prinzipien der Atlantik Charta" und sagten, daß sie "das Recht aller Menschen, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschen, aufrecht erhalten würden."
Doch in derselben Erklärung gestehen sie Rußland die östliche Hälfte Polens zu, und versprechen den Polen als Ersatz "Übernahme beträchtlicher Gebiete" in Ostdeutschland - alles ohne Rücksicht auf "die Wünsche der betroffenen Menschen," "frei geäußert" oder sonstwie.
Wenn Jalta auch vorschreibt, daß die genaue Größe der Gebiete, die Polen erhalten soll, einer endgültigen Entscheidung bei der Friedenskonferenz vorbehalten werden muß, konfrontierte Rußland in Potsdam die beiden westlichen Alliierten mit einem gebietsmäßigen fait accompli. Es hatte ein Drittel Ostpreußens als eigene dauernde Aneignung in Besitz genommen und der polnischen Marionette die ganzen deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße gegeben.
Sogar der drastische Morgenthau-Plan hatte nur verlangt, daß Polen der Teil Ostpreußens zugestanden werden solle, der nicht von Rußland in Besitz genommen wurde sowie das oberschlesische Kohle- und Industriegebiet. Jedoch zusätzlich zu diesen Gebieten hatte Polen sich nun das deutsche Posen, ganz Pommern und Niederschlesien angeeignet sowie den östlichen Teil Brandenburgs - den besten Teil des Brotkorbes des Reiches.
Beim Drängen der beiden Alliierten, diese Aneignungen als dauernd zu akzeptieren, argumentierte Rußland, daß bei der Invasion der Roten Armee so viele deutsche Bewohner geflohen seien, es nun, um die Gebiete wieder produktiv zu machen, erforderlich sei, diese in die russische und polnische Wirtschaft entlang den bereits gezogenen Linien einzugliedern.
Rußlands Aneignung von Königsberg und des anschließenden ostpreußischen Gebietes wurde in Potsdam akzeptiert, und es wurde dem seither auch nicht widersprochen. Die Hauptstadt Ostpreußens wurde in Kaliningrad umbenannt und in einen für die Sowjetunion höchst wertvollen Warmwasserhafen ausgebaut, die meisten deutschen Bewohner wurden vertrieben, und die ganze Region wurde durch und durch russifiziert.
Was das deutsche Land betrifft, das die Polen besetzten, entscheidet Potsdam, daß "die endgültige Festlegung der westlichen Grenze Polens einer Friedensregelung vorbehalten bleiben solle"; es erlaubt jedoch, daß die Gebiete zwischenzeitlich "unter der Verwaltung des polnischen Staates bleiben." Dieses Arrangement scheinbar als eine de facto Anerkennung ihres Rechtes auf dieses Gebiet betrachtend, fuhr Polen fort, Millionen von deutschen Bewohnern zu enteignen und zu vertreiben und sie durch Polen zu ersetzen.
Wenn auch Moskau Polen glauben ließ, daß es die fraglichen deutschen Provinzen behalten konnte, begannen deutsche Kommunisten mit sowjetischer Rückendeckung im Frühjahr 1946 den Deutschen gegenüber anzudeuten, daß es möglich sei, daß das ganze Land oder ein Teil

desselben zurückgegeben und Polen selbst wieder zwischen Rußland und Deutschland aufgeteilt werden könnte, wenn das Reich einverstanden sei kommunistisch und Mitglied der Sowjetunion zu werden.
Marschall Schukow hatte im April deutschen Kommunisten gegenüber einen solchen Vorschlag geäußert, und im Juli hatte Molotow in Paris dieser Taktik zugestimmt, als er sich, zur Bestürzung seiner westlichen Alliierten, klar für ein gebietsmäßig vereinigtes, zentralisiertes, starkes Reich aussprach. Er lehnte insbesondere jegliche territorialen Amputationen im Westen ab und, wenn er auch den Gegenstand nicht berührte, erlaubte die Schlußfolgerung, daß einige oder alle östlichen Gebiete zurückgegeben werden könnten.
Der Schlag kam als unangenehme Überraschung besonders für Frankreich und die Vereinigten Staaten, deren harte "Friedens-Programme", die, wie sie annahmen, Rußlands herzlichen Beifall gefunden hatten, schwere Amputationen des Reiches verlangten. Es wurde klar, daß Rußland die Programme nur solange befürwortete, wie seine westlichen Freunde sie durchführen und sich dadurch das deutsche Volk auf Dauer entfremden würde.
Als schließlich klar wurde, daß wir dem russischen Versuch, deutsche Sympathie und Unterstützung zu erhalten, gleiches entgegenzusetzen hätten, machte Mr. Byrnes es den Deutschen in Stuttgart klar, daß, wenn auch die Vereinigten Staaten die polnische Forderung nach deutschem Gebiet weiterhin unterstützen würden, sie nicht notwendigerweise auch in Erwägung zögen, die westliche polnische Grenze auf Dauer an der Oder festzulegen.
Er hatte die klare Absicht, die Vereinigten Staaten in eine Position zu bringen, jedem Angebot seitens der Russen, den Deutschen alle oder Teile der verlorenen östlichen Gebiete zurückzugeben, entsprechend zu begegnen. Am Tag darauf versammelte sich eine Menschenmenge, die geballten Fäuste gereckt, vor der Residenz des amerikanischen Botschafters in Warschau und rief: "Nieder mit den Verteidigern Deutschlands!"
Ein Sprecher der polnischen Marionetten-Regierung warnte öffentlich davor, daß Polen "kämpfen wird", wenn der Versuch gemacht werde, die westliche Grenze auf die Ostseite der Oder zu verschieben. Wenig später erklärte Stalin, daß er Polens gegenwärtige Grenzen als dauernd ansehe. Mit der auf diese Weise matt gesetzten Situation und auf eine Friedensregelung wartend, bleibt Polen im Besitz der umstrittenen Gebiete.
In der Zwischenzeit führte Frankreich einen erbitterten Kampf, Deutschland lebenswichtige Gebiete abzunehmen. Es bestand darauf, daß das Reich durch wirtschaftliche und politische Zergliederung auf Dauer geschwächt werden müsse, verlangte, daß die Ruhr abgetrennt und internationalisiert, das Rheinland in einen selbständigen Staat umgewandelt werde und Frankreich die Erlaubnis bekomme, die reichen Kohle- und Industrieregionen der Saar zu annektieren.
Indem es die Regelung dieser Fragen und seine maßlosen Forderungen über alle bilateralen Abmachungen und Bündnisse stellte, versuchte es die Regelung zu erzwingen, indem es alle Versuche der Alliierten, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu sehen, blockierte.
Vor dem Molotowschlag in Paris waren Frankreichs Forderungen gegen Deutschland durch französische Kommunisten mit Moskaus Rückendeckung unterstützt worden.
Doch gerade als es den stärksten Versuch unternahm, die Zustimmung der Alliierten bei seinen ernstlichen Absichten bezüglich Westdeutschlands zu erhalten, ließ Molotow es plötzlich im Stich und machte den unvorhergesehenen Vorschlag für deutsche territoriale Einheit und Unterstützung.
Indem er die vorgeschlagene Industrialisierung der Ruhr glatt ablehnte und einbeziehend, die französische Annexion der Saar, zitierte er aus Stalins Rede vom 2. November 1942, in der dieser gesagt hatte, es ist "genau so unmöglich, Deutschland zu zerstören, wie Rußland." Er lehnte jeden … Plan, das Reich zu zergliedern oder es in Weideland zu verwandeln, oder, wie vorgeschlagen, in eine Föderation oder Konföderation umzuwandeln ab, er verlangte die

Viermächtekontrolle und Verwaltung der Ruhr. ...
Wenn auch Deutschlands Bevölkerung nur halb so groß ist wie unsere, war das Gebiet im Jahre 1937 nur ein Sechzehntel der Größe unseres Gebietes oder ungefähr so groß wie die Gebiete von Michigan, Indiana, Ohio und Pennsylvania zusammengenommen. Seit den gegenwärtigen Verlusten an Polen, Rußland und Frankreich, muß man ein Gebiet von der Größe Pennsylvanias abziehen, was bedeutet, daß die 70 Millionen Deutschen in ein Gebiet gezwängt werden, das nicht größer ist als Michigan, Indiana und Ohio.
Man muß sich vorstellen, daß die Hälfte der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gezwungen würde, in diesen drei Staaten zu leben, in denen die Städte, Fabriken, Eisenbahnen und anderen Herstellungsstätten vernichtet wurden! ...
Die gewaltsame Vertreibung von Deutschen aus den verlorenen deutschen Gebieten und sonstwo in Osteuropa, ist eines der schwärzesten Seiten der Geschichte. ...
Ca. 15 Millionen Menschen werden durch diese Anordnung zu Opfern gemacht: Eine halbe Million aus Ungarn, fast drei Millionen aus der Tschechoslowakei, und die meisten der in den von Rußland und Polen in Besitz genommenen deutschen Gebieten Verbliebenen.
Potsdam verlangt die Annullierung aller Nazi-Gesetze, die sich auf Diskriminierung auf Grund von Rasse beziehen und erklärt: "Keine solche Diskriminierung, ob legal oder nicht, wird toleriert."
Doch diese erzwungene Auswanderung deutscher Bevölkerungen gründet sich genau und ausgesprochen auf rassische Diskriminierung. Die betroffenen Menschen sind zumeist Frauen und Kinder einfacher Bauern, Arbeiter und Handwerker, deren Familien seit Jahrhunderten in den Häusern gewohnt haben, aus denen sie jetzt hinausgeworfen werden und deren einzige Straftat ihr deutsches Blut ist. Wie "geordnet und human" ihre Verbannung war, ist jetzt in den Archiven festgehalten.
Winston Churchill übertrieb nicht, als er, sich auf die Vertreibung ca. drei Monate nach dem D-Day beziehend, das House of Commons unterrichtete:
Es ist nicht unmöglich, daß sich hinter dem Eisernen Vorhang derzeit eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes abspielt.
Das konservative Mitteilungsblatt *Review of World Affairs* zitiert aus einem vertraulichen Memorandum eines angesehenen Wirtschaftsexperten:
Seit Ende des Krieges wurden in Ostdeutschland und Südosteuropa ca. 3.000.000 Menschen, zumeist Frauen und Kinder und ältere Männer getötet; ca. 15.000.000 Menschen wurden deportiert oder mußten aus ihren Häusern fliehen und sind noch unterwegs. Ungefähr 25 Prozent dieser Menschen, über 3.000.000, sind verschwunden. Ca. 4.000.000 Männer und Frauen wurden nach Osteuropa und Rußland als Sklaven deportiert. ...
Es scheint so, als sei die Eliminierung der deutschen Bevölkerung aus Osteuropa - wenigstens 15.000.000 Menschen - in Übereinstimmung mit den Beschlüssen in Jalta geplant worden.
Churchill hatte zu Mikolajczyk gesagt, als letzterer während der Verhandlungen in Moskau dagegen protestiert hatte, Polen zu zwingen, Ostdeutschland zu integrieren: "Machen Sie sich keine Sorgen um die fünf oder mehr Millionen Deutschen. Stalin wird sich darum kümmern. Sie werden keine Last damit haben. Sie werden aufhören zu existieren."
Dr. Lawrence Meyer, leitender Sekretär der Lutherischen Kirche der Synode von Missouri, sagte nach einer Tour durch Deutschland:
Ca. 16.000.000 deutsche Flüchtlinge östlich der Oder werden aus ihren Häusern vertrieben. Es wird geschätzt, daß 10.000.000 bereits ausgetrieben wurden. Die menschliche Tragödie und das Leid, das durch diese "Volkswanderung" verursacht werden, sind in der Geschichte ohne Beispiel. Hunger, Kälte, Krankheit und Tod ist das Schicksal von Millionen. Ein authentischer Augenzeugenbericht über das körperliche Elend der meisten der Flüchtlinge ist wie folgt wiedergegeben:

"Ein großer Schleppkahn wird langsam über die Oder gezogen. Darauf liegen auf Stroh ca. 300 Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahre. In der ganzen Gruppe gibt es kaum ein Zeichen von Leben. Ihre hohlen Augen, ihre geschwollenen Bäuche, Knie und Füße sind deutliche Zeichen von Verhungern. Sie sind nur die Vorhut von Millionen von heimatlosen, zerstörten, hungrigen, kranken, hilflosen, menschlichen Wesen, die nach Westen flüchten.
"Vertrauen in Gott - in seine Güte und Barmherzigkeit - ist die einzige Hoffnung der heutigen Deutschen. Und Gott sei Dank ist in vielen noch der Glaube an Gott, gegen den während der vergangenen Dekade die Furien der Hölle vergeblich angestürmt sind."
Korrespondenten der *Chicago Daily News* gegenüber beschrieben russische Offiziere die Vertreibung aus Polen und der Tschechoslowakei wie folgt:
Die Polen haben östlich der Oder alle Deutschen ausgeräumt, und jetzt steht dieser ganze Besitz jedem Polen, der ihn will, zur Verfügung.
Die Tschechen haben sich auf ihre eigene Weise um die Deutschen im Sudetenland gekümmert - und es ist nicht schön. Sie treiben sie zusammen nur mit dem, was sie tragen können und setzen sie in Bewegung.
Nachdem er 14 Monate als Direktor des Koordinierungsbüros von AMGs Regionaler Regierung gedient hatte, sagte Dr. James K. Pollock nach seiner Rückkehr auf seinen Posten als Professor für politische Wissenschaften an der Universität von Michigan im August 1946, daß die meisten der 2 1/4 Millionen Vertriebenen aus Ungarn und dem Sudetenland alte Frauen und Kinder sind. Er sagte:
Die Deutschen, die wir bekommen, sind zumeist aus dem Sudetenland oder Deutsche, deren Familien seit ca. 500 Jahren in Ungarn lebten. Sie kommen in schrecklichem Zustand an. In vielen Fällen haben sie nur die Kleider, die sie anhaben. ...
Ein Bericht im Dezember 1945 gibt eine Vorstellung von dem traurigen Zustand der Verbannten in dem neuen Polen, wo Hunderttausende aus ihren Häusern vertrieben wurden und nun ziellos umherwandern. ... Der Bericht fährt fort:
Hunderttausende von Menschen in Polen sind ständig in Bewegung, ruhelos auf der Suche nach einer Stelle, an der sie in dem kriegszerstörten Land etwas zum Leben ausgraben können. Auf jeder Eisenbahnstation und Kreuzung, warten Männer, Frauen und Kinder auf Transporte. Gruppen von menschlichen Wesen, fast versteckt unter Paketen und Büchsen und anderen Überbleibseln dessen, was einmal ihre Häuser und Wohnungen gewesen sein müssen, warten an Straßenrändern oder in zerstörten Dörfern auf irgendeinen Transport, der sie anderswohin bringen kann. ...
Ein Augenzeugenbericht über die Ankunft eines Zuges in Berlin, der Polen mit genau 1.000 Flüchtlingen verlassen hatte.
Neunhundert Männer, Frauen und Kinder schleppten sich und ihr Gepäck im Lehrter Bahnhof aus einem russischen Zug, nachdem sie 11 Tage in Viehwagen von Polen aus unterwegs waren.
Soldaten der Roten Armee trugen 91 Leichen aus dem Zug, während Verwandte schrien und weinten, als ihre toten Körper auf amerikanische Lastwagen verfrachtet und zur Beerdigung in einer Grube in der Nähe eines Konzentrationslagers fortgefahren wurden ...
Der Korrespondent der *New York Daily News*, Donald Mackenzie, berichtet ebenfalls von Berlin:
In dem windigen Innenhof des Stettiner Bahnhofs saß eine Menge deutscher Flüchtlinge, Teil von über 15.000.000 Enteigneter aus Ostpreußen und Schlesien in Gruppen in peitschendem Regen und erzählte die Geschichte ihres elenden Pilgerzuges, in dem mehr als 25 Prozent am Straßenrand starben und die Verbliebenen so unterernährt waren, daß sie kaum die Kraft hatten zu gehen. ...
Eine Krankenschwester aus Stettin erzählte, wie ihr Vater von russischen Soldaten erstochen

wurde, die, nachdem sie ihre Mutter und Schwester vergewaltigt hatten, versuchten in ihren Raum einzubrechen. Sie entkam und versteckte sich mit vier anderen Frauen vier Tage lang in einem Heuhaufen ... Im Zug nach Berlin war sie einmal von russischen Truppen und zweimal von Polen geplündert worden, Frauen, die sich widersetzten wurden erschossen ...
... Der Präzedenzfall für diese unmenschlichen Vertreibungen war lange vor Potsdam in Rumänien gesetzt worden, bei dem 520.000 rumänische Bürger deutscher Abstammung ... wie Sklaven zusammengetrieben und nach Sowjet-Rußland transportiert worden waren. Das Dokument sagte, "es gab herzzerbrechende Szenen und viele zogen Selbstmord einem unbekannten Schicksal in Sowjet-Rußland vor."
Die Vereinigten Staaten leisteten ihren eigenen direkten Beitrag dazu, indem sie mehr als 16.000 Menschen deutscher Herkunft aus den lateinamerikanischen Ländern auswiesen, indem sie von Washington aus verschiedene Arten von Druck auf diese Länder ausübten, wiesen sie ohne Prozeß in diesem Land aus, hielten sie hier ohne Verbindung zur Außenwelt und immer noch ohne Prozeß, um sie schließlich aus dieser Hemisphäre zu deportieren, wo viele von ihnen von England und Frankreich in die Sklaverei geschickt wurden.
Diese Massenvertreibungen eingeborener Bevölkerungen sind so verwerflich wie nur irgend etwas sein könnte, dessen die Nazis beschuldigt werden, und haben seitens der Deutschen tiefen Groll durch alle Klassen hervorgerufen. Wenn Amerika seine Hände sauber gehalten hätte und wenn es dies gebrandmarkt hätte, würde die deutsche Achtung uns gegenüber gestiegen sein. Wie die Dinge stehen, beschuldigen die Deutschen uns fast ebenso wie die Russen und Polen. Unsere Hände sind ebenfalls mit dem Blut von Millionen unschuldiger Opfer dieses brutalen, durch und durch unamerikanischen Programms befleckt. ...

Kapitel III

Die Arbeitssäule wird niedergerissen

Die Angriffe der Alliierten auf das deutsche Arbeitspotential erfolgten entlang dreier Hauptfronten: Versklavung, Entnazifizierung und körperliche Unfähigkeit durch Unterernährung. Unsere gegenwärtige Diskussion wird sich mit den ersten beiden Punkten befassen; der Punkt Verhungern wird später gesondert behandelt.
Präsident Roosevelt versprach am 21. Oktober 1944, daß "das deutsche Volk nicht versklavt werden soll, weil die Vereinigten Staaten sich nicht mit Sklaverei befassen." Im vorausgegangenen Monat in Quebec hatte er jedoch auf Mr. Churchill starken Druck ausgeübt, um dessen Annahme des Morgenthau-Plans zu erreichen." Boris Izakov von der Pravda schrieb, daß, als im folgenden Februar in Jalta der Vorschlag gemacht wurde, die deutschen Arbeiter zu zwingen, die kriegszerstörten Gebiete wieder aufzubauen, "Präsident Roosevelt dies eine gesunde Idee nannte."
Und bei diesem Treffen bestand Mr. Roosevelt auf dem Morgenthau-Plan, und erhielt Mr. Stalins verdächtig schnelle Annahme.
Wenn auch in Potsdam wieder hoch und heilig versprochen wurde, daß "Es nicht die Absicht der Alliierten sei ... das deutsche Volk zu versklaven," waren Tausende von Deutschen bereits in Richtung Osten auf dem Marsch in die weitgeöffneten russischen Sklavenlager. Mehr als einen Monat früher, am 29. Juni 1945, war folgendes veröffentlicht worden:
Deutsche Gefangene in russischen Händen werden auf vier bis fünf Millionen geschätzt. Als Berlin und Breslau sich ergaben, wurden die langen grau-grünen, niedergeschlagenen Kolonnen nach Osten in Marsch gesetzt ... in Richtung auf riesige Depots in der Nähe von Leningrad, Moskau, Minsk, Stalingrad, Kiew, Charkow und Sewastopol. Alle fähigen Männer mußten ca. 22 Meilen am Tag marschieren. Die körperlich behinderten kamen auf Handkarren oder Karren, die von überzähligen Tieren gezogen wurden... . Sie werden gezwungen, russische Städte und Dörfer wieder aufzubauen, die zerstört wurden. Sie werden nicht eher nach Hause zurückkehren, bis ihre Arbeit getan ist.

Es war schon seit langem ein offenes Geheimnis, daß Rußland unter der Leitung des NKWD (Geheimpolizei) eine ungeheure Armee von russischen Sklaven unterhielt, deren Anzahl zwischen 10-20 Millionen liegt und hauptsächlich aus "politisch Unzuverlässigen" besteht."
Das Vorhandensein und die Wichtigkeit dieser ungeheuren Anzahl von Sklaven, erklärt unter anderem die Einträglichkeit und Regelmäßigkeit von Rußlands vielen "Säuberungen": Sie sind in der Hauptsache ein Mittel, Gefangene für die Versklavung zusammenzutreiben. Es überrascht darum nicht, daß die Sowjetunion sogleich die Gelegenheit ergriff, Millionen besiegter feindlicher Zivilisten zu versklaven und, um spezielle Kritik zu vermeiden, seine Verbündeten veranlaßte das gleiche zu tun.
- Ein paar verkrüppelte und kranke Deutsche, die das Martyrium überlebten, wurden aus den russischen Sklavenlagern nach Berlin zurückgesandt, wo amerikanische Korrespondenten Berichte über das, was passierte, aus erster Hand erhielten. -
Als bekannt wurde, daß die Sowjets deutsche Zivilisten als Personal zum Dienst in Fabriken in Rußland zwangen, protestierten Britannien und die Vereinigten Staaten.
Als Antwort legten die Russen eine von General Eisenhower ein Jahr vorher unterzeichnete Proklamation vor, mit der von den deutschen Behörden verlangt wurde, daß sie jede Maßnahme zur Rückerstattung, Wiederherstellung, Restaurierung, Reparatur, Rekonstruktion, Erleichterung oder Rehabilitation, wie sie von den Repräsentanten der Alliierten vorgeschrieben würden, durchzuführen hatten, und daß die Deutschen "Transporte, Einrichtungen und Materialien aller Art, Arbeitskräfte, Personal, Spezialisten und andere Dienste zur Benutzung in Deutschland oder anderswo zur Verfügung stellen müßten, so wie die Repräsentanten der Alliierten es für notwendig halten würden."
Da das Dokument keine Übereinstimmung der vier Nationen vorsah, hatten die Russen durch diesen Akt einseitige Handlungserlaubnis. Nachdem es vorgelegt wurde, mußten Britannien und die Vereinigten Staaten ihren Protest zurückziehen.
Am 10. September 1946 gingen deutsche weibliche Angestellte des Roten Kreuzes morgens um 9 Uhr zu einem Zug mit 20 Waggons voll von zurückkehrenden Zwangsarbeitern. Als die versiegelten Waggons von bewaffneten Wachmannschaften, die oben auf den Waggons mitgefahren waren, geöffnet wurden, standen die Angestellten des Roten Kreuzes abgemagerten Männern mit schorfigen Gesichtern in Lumpen gegenüber, die um Wasser baten oder hysterisch um Hilfe bei der Entfernung der Toten riefen.
Eine Berufsschwester erzählte die Geschichte:
Sie waren für die ca. 60 Meilen von Frankfurt an der Oder fast eine Woche lang in dem Zug unterwegs. Es hatte Tote durch Verhungern gegeben und fast alle der 800 oder 900 Personen im Zug waren krank oder verkrüppelt. Man könnte sagen, daß sie alle Invaliden waren. Zu 40 bis 50 in jeden dieser kleinen Viehwagen gestopft, mußten während der Heimreise die Kranken neben den Toten schlafen. Ich habe sie nicht gezählt, bin aber sicher, daß wir mehr als 25 Leichen hinaustrugen. Andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ich fragte einige der Männer, ob die russischen Wachen oder Doktoren sich während der Fahrt in irgendeiner Weise um die Kranken gekümmert hätten. Sie sagten "Nein."
Ich sah nur einen wachen, gesunden Mann in dem ganzen Haufen, und habe ihn seither wiedergesehen. Er war nur ein Kind von 17 Jahren. Der Junge erzählte mir, daß Gefangene, die russische Lager verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren, durchsucht werden, um zu verhindern, daß Post für ihre Kameraden hinausgeschmuggelt wird.
Wenn darum einer von ihnen als hoffnungsloser Invalide diagnostiziert wird, lernt dieser - in Erwartung einer Entlassung - die Namen und Adressen von Verwandten auswendig, denen er von seinen Mitgefangenen berichten kann. Er sagte, daß nur Gefangene, die in besonderer Gunst stehen, Postkarten an ihre nächsten Verwandten schicken können. Dieses Kind von 17 Jahren hatte 80 Namen und Adressen von Verwandten seiner gefangenen Freunde in Berlin

auswendig gelernt. Er fand die meisten der Gebäude dieser Adressen in Trümmern und die Aufenthaltsorte der früheren Bewohner unbekannt, aber er besuchte alle 80 Adressen in den ersten sechs Tagen in Berlin.
Die tägliche Nahrung in russischen Sklavenlagern besteht aus Suppe und Lektionen über die Herrlichkeit des Kommunismus sowie die Übel westlicher Demokratie. Das geringste ungehorsame Verhalten wird mit solch harter Arbeit bestraft, daß ein Drittel der Schuldigen innerhalb von drei Wochen an Erschöpfung sterben. Ein Zehntel der Sklaven starb während des ersten Jahres, wie die Zurückgekehrten berichten.
Wenn Gefangene, die von den Russen für weitere Zwangsarbeit als ungeeignet entlassen wurden sich später erholen, werden sie wieder eingezogen und für weitere Arbeit zurückgeschickt. Darüber hinaus werden arbeitsfähige Deutsche, die wir entlassen und die in ihre früheren Wohnorte in die russische Zone zurückkehrten, von den Russen festgenommen und zur Versklavung in die Sowjetunion gesandt, unter dem Vorwand, daß sie durch britischen oder amerikanischen Einfluß als "politisch unzuverlässig" angesehen werden.
Die Weigerung entlassener Gefangener in die russische Zone zurückzukehren, hat ein großes Problem aufgeworfen, dem Frankreich zu begegnen versucht, indem es den Männern erlaubt, als besondere Klasse von Bürgern in Frankreich zu bleiben.
Als der Krieg zu Ende war, erfreuten wir uns in der deutschen Wertschätzung gegenüber den Russen eines entschiedenen Vorteils. Da den deutschen Soldaten die Brutalität des NKWD bei der Behandlung von Sklaven bewußt war, taten sie ihr bestes zu vermeiden, in die Hände der Roten Armeen zu fallen und zogen statt dessen vor, sich den Briten oder Amerikanern zu ergeben. Deutsche Gefangene, die den Russen übergeben werden sollten, begingen oft Selbstmord oder versuchten, sich selbst zu verstümmeln, indem sie ihren Körper mit Messern, Rasiermessern oder Stücken von Glas aufschlitzten. ...
Louis Clair, der seine Fakten aus zahlreichen zuverlässigen Quellen zusammentrug, schreibt in *The Progressive* von "den schrecklichen Zuständen in den französischen Lagern für deutsche PoW (Kriegsgefangene)". Er sagt:
In einem Lager im Sarthe-Distrikt für 20.000 Gefangene, erhalten die Insassen 900 Kalorien pro Tag; dadurch sterben täglich 12 im Krankenhaus. Vier bis Fünftausend sind überhaupt nicht arbeitsfähig. Kürzlich kamen Züge mit neuen Gefangenen an: Einige Gefangene waren während der Fahrt gestorben, andere hatten versucht sich am Leben zu erhalten, indem sie Kohle aßen, die in dem Güterzug lagen, mit dem sie kamen. ...
Dem Roten Kreuz zufolge, hatte Großbritannien im August 1946 460.000 deutsche Gefangene, die als Sklaven dort arbeiteten ...
Es wurde berichtet, daß ein britischer Bauunternehmer, der deutsche Sklaven für fachmännische Arbeit beschäftigte, gesagt haben soll:
Wenn man sieht, wie gut die ihre Sache machen und bedenkt, welch schrecklichen Kuddelmuddel es bei unserem eigenen Arbeitsministerium gibt, fängt man an sich zu fragen, wie wir überhaupt den Krieg gewonnen haben. ...
... Am 5. Dezember 1946 wurde bekanntgegeben, daß die amerikanische Regierung verlangt hatte, daß die 674.000 deutschen PoW, die nach Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg weitergegeben worden waren, bis Oktober 1947 in die Heimat repatriiert werden sollten. ...
Im Sommer flüchtete eine wachsende Anzahl Gefangener mit Hilfe britischer Zivilisten aus den britischen Sklavenlagern. Berichte über die Verfolgung durch die Militärpolizei erinnern an die Verfolgungen fliehender Sklaven in der Zeit vor dem Bürgerkrieg (USA). Mitte September hatte die Entrüstung der Öffentlichkeit einen solchen Grad erreicht, daß das britische Kriegsministerium ankündigte, daß Pläne ausgearbeitet würden, monatlich 15.000 zu entlassen ...

Der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes vom August 1946 zeigte, daß unsere eigene Regierung, durch ihre militärischen Einrichtungen in der deutschen Zone, 284.000 Gefangenen als Zwangsarbeiter beschäftigte, 140.000 davon in der Besatzungszone, 100.000 in Frankreich, 30.000 in Italien und 14.000 in Belgien.
Wie das Rote Kreuz berichtet, sind Länder, die ebenfalls Sklaven halten: Jugoslawien 80.000, Belgien 48.000, Tschechoslowakei 45.000, Luxemburg 4.000, Holland 1.300.
Diese Millionen von Deutschen ihren Familien fernzuhalten, ist ein direkter Angriff gegen deutsches Heim und Familie und dient in dieser Hinsicht nur dem Kommunismus. Doch das Band, daß die Männer an ihre Lieben bindet, ist stark geblieben.
Ein Bericht aus Genf erzählt eine bewegende Geschichte. Hunderte von Tonnen von Paketen, die von deutschen Gefangenen in den Vereinigten Staaten während der letzten drei Jahre über das Internationale Rote Kreuz an ihre Verwandten im Reich abgeschickt wurden, verstopfen hier die Lagerhäuser. Die Genfer Organisation ist nicht in der Lage, diese weiterzuleiten, weil kein zentrales Rotes Kreuz in Deutschland erlaubt ist. Andere Hunderte von Tonnen werden in New York festgehalten und warten auf eine Entscheidung.
"Der Inhalt der Pakete erzählt eine traurige Geschichte," sagte Oberst T. F. Wessels, Kommandeur der Militärpolizei im Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt, Deutschland. Sie enthalten hauptsächlich Spielzeug aus Holz, das von den Gefangenen mühsam handgearbeitet und an ihre Kinder geschickt wurde, und sogar handgemachte Schuhe für ihre Frauen und Mütter. ...
Seitens britischer Beamter wird ein Versuch gemacht, die Versklavung aus dem Grunde zu rechtfertigen, daß die Männer Kriegsgefangene sind und als solche nach der Genfer Konvention zur Arbeit gezwungen werden können. Es wird gesagt, daß der Krieg rechtlich noch nicht zu Ende sei. ...
Das Internationale Rote Kreuz, die höchste Autorität über dieses Thema, verdammt das Sklavensystem rundweg. Wie es aus Genf heißt:
Fast ein Jahr nach dem Frieden, verletzen die Vereinigten Staaten, Britannien und Frankreich die Abmachungen des Internationalen Roten Kreuzes, die sie im Jahre 1929 feierlich unterschrieben.
Eine heutige Untersuchung im Genfer Hauptquartier, zeigte, daß die Weitergabe von durch die amerikanische Armee gefangengenommenen deutschen Kriegsgefangenen in französische und britische Befehlsgewalt zur Zwangsarbeit nirgendwo in den Statuten des Internationalen Roten Kreuzes erlaubt wird, die bezüglich dieses Themas die höchste Autorität in der Welt sind.
Rußland lehnte es 1929 ab, an der Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes teilzunehmen, und Japan unterzeichnete diese Konvention nie, daher waren weder Moskau noch Japan an die Regelungen bezüglich Kriegsgefangener gebunden.
"Die amerikanische Lieferung deutscher Gefangener an die Franzosen und Briten für Sklavenarbeit, wurde von Rußland bereits als Rechtfertigung dafür angeführt, deutsche Armeegefangene so lange zu behalten, wie sie in der Lage waren zu arbeiten," gab ein Beamter des Internationalen Roten Kreuzes an. Der Austausch gefangener feindlicher Soldaten unter den Siegern, wirft die Welt ins finstere Mittelalter zurück ...
Ein Beobachter des Roten Kreuzes verdammt die Versklavung mit diesen Worten:
Es ist ein ungeheuerliches System und ein böser Präzedenzfall, weil es weit offen für Mißbrauch und mit Schwierigkeiten verbunden ist, Verantwortung zu schaffen. Deutsche Soldaten waren nach dem üblichen Recht keine Sträflinge und konnten den Militärdienst ebensowenig verweigern wie die Amerikaner.
Es ist eindeutig Unrecht, sie aus politischen Gründen zu kaufen und zu verkaufen, wie die afrikanischen Neger vor einem Jahrhundert.

Mehr noch, es muß hervorgehoben werden, daß viele der Sklaven nie deutsche Soldaten waren. Viele waren deutsche Zivilisten, die während des Krieges in Amerika festgehalten wurden, eingeschlossene Seeleute, die vor unserem Eintritt in den Krieg festgenommen worden waren, frühere rechtmäßige Bewohner der Vereinigten Staaten und Personen, die aus Lateinamerika nach hier gebracht wurden, weil sie deutsche Ansichten hatten.
Sogar antinazistische Deutsche, die freiwillig aus Amerika nach Deutschland zurückkehrten, um der Militärregierung beim Wiederaufbau der zerstörten Länder und Familie und Freunden in höchster Not zu helfen, wurden zur Versklavung geschnappt.
In scharfem Gegensatz zu unserer Behandlung von Kriegsgefangenen, stand die Behandlung amerikanischer Kriegsgefangener seitens der Deutschen. Allan Wood, Kriegskorrespondent des *Londoner Express*, sagte in einer Zusammenfassung der Behandlung der Kriegsgefangenen von deutscher Seite:
Die erstaunlichste Sache über Greueltaten in diesem Krieg ist, daß es so wenige gab. Ich bin nur wenigen Situationen begegnet, in denen die Deutschen die Gefangenen nicht nach den Regeln behandelt und das Rote Kreuz nicht respektiert hätten.
Leutnant Newton L. Marguiles, Stellvertretender Beisitzer in den Jefferson Kasernen, sagte am Montag, dem 27. April 1945 in St. Louis:
Selbst in Augenblicken größter Verzweiflung, gehorchten die Deutschen im allgemeinen der Konvention. Es stimmt, daß es an der Front Greueltaten gab - Leidenschaften entbrennen dort sehr leicht - aber es waren einzelne Vorfälle, keine Praktiken, und schlechte Leitung der Lager für gefangene Amerikaner war sehr ungewöhnlich.
Der Chef des Stabes, General George C. Marshall, schrieb am 5. Januar 1945 an den Nationalen Befehlshaber der Amerikanischen Legion:
Unsere Behandlung der Kriegsgefangenen wird durch die Genfer Konvention geregelt, die unter anderem vorsieht, daß sie mit den gleichen Rationen in Qualität und Quantität versorgt werden, wie die amerikanischen Truppen in den Basislagern in diesem Land. Dies geschieht unter der vertraglichen Verpflichtung, und unsere in deutscher Hand befindlichen Soldaten erhalten im großen und ganzen entsprechende Behandlung.
Das Amerikanische Rote Kreuz berichtete 1945 offiziell, daß "99 Prozent der amerikanischen Kriegsgefangenen in Deutschland überlebt haben und auf dem Weg nach Hause sind."
Die deutsche Behandlung russischer Kriegsgefangener glich der russischen Behandlung deutscher Kriegsgefangener. Da Rußland die Genfer Konvention nicht unterzeichnet hatte, waren weder Rußland noch Deutschland an diese Bedingungen gebunden.
Und es muß daran erinnert werden, daß Greueltaten in deutschen Konzentrationslagern keine Kriegsgefangenen betraf, sondern Menschen, die mutmaßlich Deutsche waren, Menschen, die überlebt haben und nun stolz sagen, daß sie Mitglieder des deutschen Untergrundes gewesen seien, Saboteure, die ihr bestes taten, den deutschen Kriegserfolg zu sabotieren und zu bekämpfen. Die Behandlung, die sie erhielten, wenn auch bedauerlich und unmenschlich, gleicht der Behandlung der politischen Gefangenen in Rußland.
Wenn der eine verdammt wird, muß auch der andere verdammt werden, wenn es Gerechtigkeit geben soll. Wenn nicht, machen wir uns der Rangdiskriminierung schuldig, indem wir ein Verbrechen, das von einem begangen wurde, verdammen, und es gutheißen oder übersehen, wenn es von einem anderen begangen wurde. Wenn wir diesen Krieg wirklich geführt haben, um solchen Dingen ein Ende zu bereiten, so ist der Krieg nicht zu Ende, bis die Insassen der russischen Sklavenlager auch befreit worden sind. ...
Dr. James K. Pollock, der während 14 Monaten bei der Amerikanischen Militärregierung tätig war, sagte von Deutschlands "Zwangsarbeitern": "Ich glaube, daß es einigen dieser Leute besser ging, als zu jeder anderen Zeit in ihrem Leben." Eine große Menge von Beweisen zeigen, daß das wahr ist und daß gegenteilige alliierte Kriegspropaganda weitgehend übertrieben war.

Abgesehen davon, gibt es keine Rechtfertigung für die Bestrafung des normalen Bürgers eines jeden Landes, für die Sünden seiner politischen Führer.
Der Chef der Kohle- und Bergbau Abteilung der Amerikanischen Militärregierung, Max. H. Forrester, antwortete im Juli 1946 auf die Frage: "Was haben die Deutschen getan, um so gute Produktionsleistungen von den Zwangsarbeitern zu erreichen, die wir mit Deutschen, die beim Bergbau arbeiten, nicht erreichen können?" "Sie ernährten ihre Helfer, und sie ernährten sie gut."
Im Sommer 1946 trat die amerikanische Arbeitergewerkschaft streng gegen das Sklavensystem als einer fundamentalen Bedrohung der freien Arbeit in der ganzen Welt an. Indem sie die Aufmerksamkeit auf die Tarifgesetze richtete, die ausdrücklich die Einfuhr von Gütern, die ganz oder teilweise von Sträflingen, Zwangsarbeitern, Lehrlingen oder jeglicher anderen Form unfreiwilliger Arbeit hergestellt waren, aus dem Ausland untersagten, warnte der Sprecher der Gewerkschaft, Herbert Thatcher, in einer Rede im Radio davor, daß das System der Sklavenarbeit Handel und Produktion auf eine Stufe hinunterdrücken könne, die zu einem anderen Krieg führen könne.
Er sagte, daß die Zustände von Sklavenarbeit in Britannien, Frankreich und Rußland "den Weltfrieden gefährden und den Welthandel zerstören." "Darum," schloß er, "ruft die amerikanische Arbeitergewerkschaft die Vereinigten Staaten auf, den Vereinten Nationen vorzuschlagen, daß alle Mitgliedsstaaten auf die Nutzung von Zwangsarbeit verzichten und sich einig darin sind, Erzeugnisse von Zwangsarbeit vom Welthandel zu verbannen."
Wir verhandelten und schlossen ein Abkommen mit den vier dominierenden Mächten der Welt, das zum ersten Mal klar und unzweideutig ausdrückte, was bis dahin, wie das Tribunal erklärte, stillschweigend im internationalen Recht verankert war, nämlich ... Zivilbevölkerungen zu versklaven oder zu deportieren, ist ein internationales Verbrechen, und daß für die Durchführung solcher Verbrechen Einzelne verantwortlich sind.
Indem er die Nürnberger Urteile verteidigte, sagte Willis Smith of Raleigh, N.C. Präsident des Amerikanischen Anwaltsverbandes:
Die Zeit ist gekommen, wo Männer, die verbrecherische Dinge anordnen, selbst zu Verbrechern erklärt werden sollten. Seit wann sind Mord und Deportationen und Sklavenarbeit keine Verbrechen?

Entnazifizierung

Deutschland wurde unter Hitler durch die alleinige Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei regiert, die alle anderen Parteien als ungesetzlich erklärte. Das System war in dieser Hinsicht dem der Kommunisten in Rußland ähnlich, die nach dem Gewaltstreich im Jahre 1917 dem russischen Volk ein Einparteiensystem aufgezwungen haben und alle abweichenden politischen Meinungen als Verrat bezeichneten.
Indem sie den Parlamentarismus ablehnten, folgten die Nazis dem, was sie das Führerprinzip bezeichneten. Der "Führer" übte höchste Autorität aus. ...
Indem sie die ganze Schuld für den Krieg Deutschland anlasteten und damit der Nazi Partei, den Krieg als einen Angriffskrieg erklärten und Angriff als ein Verbrechen gegen die Menschheit als ungesetzlich erklärten, haben Deutschlands Eroberer die Nazipartei, ihre Gliederungen und die ganzen Millionen von Mitgliedern zu Verbrechern gestempelt. Die Bestrafung, wenn sie, wie in Potsdam festgelegt, auf den Buchstaben genau ausgeführt wird, würde praktisch die Auflösung von Deutschlands Mittel- und Oberschicht bedeuten. ...
Potsdam ordnet an, daß "Naziführer, einflußreiche Naziunterstützer und hohe Beamte von Naziorganisationen und -institutionen … festgenommen und interniert werden" und daß alle Nazis von geringerer Bedeutung "aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie früheren verantwortungsvollen Positionen in privaten Unternehmen entfernt werden sollen." ...
Mit anderen Worten, wir machten uns daran, das Leben und den Ruf von drei Millionen Män-

nern allein in unserer Zone zu ruinieren, weil diese, wie sie es sehen, einen "politischen Fehler" machten. ... Aber am wichtigsten war, daß der Zone und ihren Menschen die wirtschaftliche Nutzung vorenthalten wurde, die daraus erwachsen wäre, wenn diesen Männern erlaubt worden wäre, die Arbeit zu tun, die allein sie durch Talent, Training und Erfahrung in der Lage waren auszuführen. Die produktivsten Männer der Zone in Kolonnen zu stecken, wo sie mit Hacke und Schaufel arbeiten mußten und ihre Posten mit Unfähigen zu besetzen, war eine der Hauptursachen, die zu der wirtschaftlichen Lähmung in der Zone beitrugen. ...

Das Nürnberger Tribunal stellte auch verschiedene Naziorganisationen vor Gericht, um festzustellen, ob sie und die Mitglieder kriminell waren oder nicht. Die SS, Gestapo, SD-Elitewache, Geheimpolizei und Sicherheitspolizei - und die höheren Ränge der Naziführung wurden als verbrecherische Organisationen erklärt.

Das bedeutet, daß 400.000 Mitglieder, um freigesprochen zu werden, nachweisen müssen, daß ihr Beitritt erzwungen wurde und sie nichts von der Kriminalität wußten. Die Bestrafung reicht bis zur Todesstrafe. Andererseits wurde die SA - Original Sturmtruppen - von der Verschwörung zu einem Angriffskrieg freigesprochen, und der Generalstab, das Höchste Kommando und die Braunhemden wurden für nicht schuldig befunden. Daher konnte die breite Masse des deutschen Volkes nicht schuldig sein und sollte auch nicht bestraft werden.

Das Entnazifizierungsprogramm im allgemeinen und der Nürnberger Prozeß im besonderen verletzen unsere traditionellen Vorstellungen von Recht; in Wirklichkeit verkörpern sie das kommunistische und nazistische Konzept der Rechtsprechung - die Beseitigung ideologischer Gegner. Wie die wöchentliche *Barron's* sagt:

... bestraft wird einseitig nur der Besiegte. Abgesehen davon, daß sie nicht die gleichen spektakulären Greuel begingen, haben die Russen doch schließlich in Polen das gleiche getan wie die Nazis. Damit hat eine Kombination von verzeihlichen Nazihassern und entschlossenen Sympathisanten, unter Ausnutzung unseres berechtigten Wunsches nach einem neuen internationalen Gesetz, uns einen ... römischen Feiertag beschert. In den Augen der Welt haben wir die kommunistische Ansicht von Justiz übernommen.

Schlimmer noch, wir haben den Kommunisten, deren schlimmste Lehren mit denen der Nazis übereinstimmen, erlaubt, weiter zu predigen und zu agitieren und sogar Eingang in Schlüsselpositionen unserer eigenen Militärregierung zu finden. Als wir ankamen, waren die Deutschen streng antikommunistisch; seither sind sie aus unserer Zone in die russische geflohen, wo sie in der kommunistischen Partei und sogar in der Roten Armee willkommen geheißen werden, in deren Rängen sie eines Tages die Möglichkeit haben mögen, sich an uns zu rächen.

... Das Potsdamer Abkommen, das die "Vernichtung des Hitlerismus" vorsah, war jedoch für den Kreml sehr nützlich, weil es die Basis für die Beseitigung der deutschen "Bourgeoisie" bot und damit die Bühne freimachte, Deutschland endgültig kommunistisch zu machen. Die notwendige Enteignung von Besitz wurde durch die Konfiszierung der Holdings der Nazis, abwesender Flüchtlinge, "Kriegsgewinnler" und anderer Klassen künstlicher Krimineller erreicht.

Wenn jedoch ein nomineller Nazi in der russischen Zone enteignet worden ist, wird ihm die Möglichkeit geboten, sich reinzuwaschen. Wenn er sechs Monate bei Räumungsarbeiten zufriedenstellend gearbeitet hat, wird ihm sein Arbeitsplatz zurückgegeben. Entnazifizierung wird dadurch mit "Aufbau" verbunden. Kleinere Täter wurden vor deutsche Gerichte gebracht, und reuige Nazis werden aufgefordert, in die kommunistische Partei einzutreten.

... Rußland nimmt in seiner Zone die vielen gemeinsamen Punkte zwischen dem eigenen und dem Nazisystem unter Hitler wahr. Manche Deutschen bemerken, daß der "Kommunismus nichts anderes sei, als Nationalsozialismus unter anderem Namen."

Während wir weiterhin auf den Übeln des Nazismus herumhämmern, den wir scheinbar als etwas Einmaliges betrachten, stimmt Rußland, das unser Militärpersonal nicht kritisieren darf,

diese Übel mit dem eigenen System ab und ermöglicht so die gewünschte Umwandlung vom einen in das andere.
Mit der Beseitigung der "Bourgeoisie" in unserer Zone, haben wir in die Hände des Kremls gearbeitet, weil diese Aktion das Haupthindernis zu einer Errichtung der "Diktatur des Proletariats" und einer endgültigen Integration der Zone in die Sowjetunion - den eigenen Vereinten Nationen des Kremls - beseitigt ist. …

Kapitel IV

Der Angriff auf deutsches Kapital

Plünderung

Die Plünderung Deutschlands nach der bedingungslosen Kapitulation, wird in die Geschichte als einer der schändlichsten Akte in moderner Zeit eingehen. Der Umfang spottet jeder Beschreibung und das Ausmaß ist unvorstellbar.
Die alliierten Armeen strömten mit blutunterlaufenen Augen nach Deutschland hinein und mit der aus der Propaganda erwachsenen Überzeugung, daß die Deutschen der menschlichen Rasse nicht mehr angehörten und des gesetzlichen Schutzes und zivilisierter Einrichtungen, wie des Eigentumsrechts und der Sicherheit der Person nicht mehr wert waren. Es wurde nicht als Plünderung angesehen, sondern ganz einfach, als sich etwas vom Eigentum der Deutschen zu nehmen, das diese verwirkt hatten, weil sie Deutsche waren.
Russische Soldaten waren besonders heißhungrig, und ihr Appetit auf Plünderung wurde nur durch die Beschränkung ihres eigenen Rechts, Eigentum zu besitzen, gezügelt. Sachen, die russische Soldaten behalten konnten, wie Armbanduhren, stahlen sie, sobald sie sie sahen, sogar von den Armen der Yankees.
Die schwere Plünderung durch die Russen wurde offiziell, systematisch und gründlich durchgeführt. In jedes Haus und jede Wohnung wurde eingedrungen, durchsucht und alles, was zugleich wertvoll und beweglich war - Juwelen, Silber, Kunstwerke, Kleidung, Haushaltsgegenstände, Geld, wurde mitgenommen.
Sie durchwühlten Warenhäuser, Geschäfte und Lagerhäuser. Von den Farmen wurden Tiere, Maschinen, Vorräte an Samen, Futter, Wein und Vorräte an Nahrungsmitteln mitgenommen. Telefone wurden aus den Wohnungen entfernt, Telefon- und Telegrafenleitungen sowie Einrichtungen wurden abmontiert. Autos, Motortrucks, sogar Feuerwehrwagen wurden beschlagnahmt. Alles, was nicht festgenagelt war, wurde mitgenommen. Weil der Lebensstandard der Deutschen auf den europäischen Durchschnitt heruntergebracht werden mußte.
Die russischen Besatzungsarmeen, in der Größe gleich der der gesamten Besatzungskräfte der Westmächte, leben auf Kosten des Landes und bezahlen für Requisitionen mit Papier-Besatzungsmark. Maßlos übertriebene Besatzungskosten dienen dem Kreml als wirkungsvolles Mittel, das Territorium auszubeuten. Die Belastungen in der sowjetischen Zone Österreichs sind relativ größer als diejenigen, die die Deutschen in Frankreich, Belgien. Holland, Griechenland und anderswo auferlegten. Und das, trotz des Versprechens, Österreich den "Befreiten Status" zuzuerkennen.
Alle Alliierten haben ungeheure Mengen an Militärgeld herausgegeben, das die Deutschen gezwungen sind, als "Zahlungsmittel" anzunehmen. Vorsichtig geschätzt, haben sie insgesamt zwischen 15 und 20 Milliarden Besatzungsgeld in das Land gepumpt gegenüber einer normalen Währungszirkulation zwischen 7 und 9 Milliarden. Das bedeutet, daß sich die vier Mächte zwischen 2 und 4 Milliarden Dollar an deutschem Besitz angeeignet haben als Gegenwert für das Drucken von Geld, das als Zahlungsmittel ausgegeben wurde.
So übergewichtig, wie die amerikanischen Kräfte in den Armeen waren, die gegen den Westen und Süden Deutschlands kämpften, so war die Übergewichtigkeit der plündernden Amerikaner. Der Auslandskorrespondent der *Chicago Daily News,* der der 3. US Armee zugeteilt war, schrieb im Mai 1945, als Deutschland sich ergab:

"Ich war überrascht über die nachlässige Art und Weise, in der das geplünderte Gut behandelt wurde und große Bestände an Nahrungsmitteln den rücksichtslos einfallenden Plünderern überlassen wurden."
Einige Tage später telegrafierte er:
"Von komplizierten Zeiss-Objektiven über Butter und Käse bis zu teuren Autos im Wert von Millionen von Dollar wird alles vernichtet, weil die Armee kein System für die Bergung wertvollen Feindmaterials ausgearbeitet hat.
Was Besitztum des Feindes angeht, sind die Fronttruppen rauh und zu allem bereit. Natürlich nehmen sie alles, was sie finden können, wenn es interessant aussieht, und, weil sie in den Frontlinien sind, sagt niemand etwas. Es gibt keine MPs in den Frontlinien."
Aber was die Truppen an der Front nehmen, ist nichts im Vergleich zu dem Schaden, der durch den mutwilligen Vandalismus einiger der folgenden Truppen angerichtet wird.
Weiter: "Sie scheinen alles zu ruinieren, eingeschlossen die einfachsten persönlichen Gegenstände der Leute, in deren Häuser sie eingewiesen sind.
Heute hatten wir zwei weitere Beispiele dieser Art, die Tränen in die Augen eines jeden bringen würden, der materielle Werte zu schätzen weiß.
Zunächst fand ich zwei Güterwagen mit wunderbaren Zeiss-Entfernungsmessern und Tausende von seltenen Linsen im Wert von grob gerechnet vielleicht $ 1.000.000.
Die meisten Sachen, die wir hier sahen - viele über die Gleise verstreut - waren nicht zu schätzen, und Werte in Tausenden von Dollar wurden verstreut, als die GIs die Güterwagen nach Ferngläsern und anderen Gegenständen durchkämmten, von denen man annahm, daß sie leicht zu verkaufen sein würden. Jeder mit auch nur einer Ahnung von Präzisionsinstrumenten, würde sich die Augen ausgeweint haben, Instrumente im Wert von $ 500 bis $ 1.000 einfach als Plunder herumgestreut liegen zu sehen.
Später besuchte ich ein Lagerhaus, das voll war von Textilien, und es sah aus wie ein Schweinestall."
In einem Fall führte die Plünderung zu Festnahmen und Prozessen. Ein WAC Hauptmann und ein Oberst waren in Amerika festgenommen und in Frankfurt, Deutschland, vor ein Gericht gestellt worden, weil sie Juwelen, zumeist vom Hause Hessen, aus einem Schloß mitgenommen hatten, das Prinzessin Margarete von Hessen, einer Enkelin Königin Victorias, gehörte. Die Verteidiger bei den Prozessen machten das Ausmaß der Plünderung, die durchgeführt worden war klar sowie die Philosophie, die dahinterstand. Ein Bericht über die Szene liest sich wie folgt:
"Die Prinzessin schnitt gut ab gegen die Behauptung der Verteidiger, daß die Eigentümer der Juwelen nur ein Haufen von Nazis seien und der Verlust ein Unglück des Krieges sei und nicht unter Hunderten von Diebstählen an Deutschen seitens amerikanischer Armeeangehöriger für eine strafrechtliche Verfolgung ausgenommen werden sollte."
Es ist in der Tat nicht wahrscheinlich, das dieser Fall vor Gericht gekommen wäre, wenn die Eigentümer nicht solch beeindruckende Verbindungen gehabt hätten. Es ist bestens bekannt, daß wir aus deutschen Museen ca. 200 Meisterstücke mitgenommen haben in der Absicht, sie zu behalten. Die Empörung der Öffentlichkeit war so stark, daß Präsident Truman sich veranlaßt sah, schnellste Rückgabe zu versprechen; aber niemand wurde angeklagt oder festgenommen.
Der amerikanische Kommandant der Militärpolizei, Oberstleutnant Gerald F. Beane, dessen Aufgabe es ist, sich um Verbrechen zu kümmern, die durch unsere Soldaten begangen wurden, sagt in einem offiziellen Bericht, der Ende 1945 in Berlin veröffentlicht wurde, über die Natur und das Ausmaß von Kriminalität in unserer Besatzungsarmee, daß die am meisten von unseren Soldaten begangenen Verbrechen Diebstahl und Raub seien.
Eine führende Tageszeitung kommentiert:

Was die Verbrechen bezüglich Eigentum betrifft, ist die Erklärung ziemlich eindeutig. Während des Krieges wurden keine wirksamen Schritte unternommen, Plünderungen durch die eindringenden Armeen zu verhindern. Dieses Verbrechen wurde sowohl von Offizieren, als auch von einfachen Soldaten begangen, die zum großen Teil unbestraft blieben. Es wurde unter solchen Euphemismen wie Erinnerungen sammeln toleriert. Die Gewohnheit zu stehlen, einmal angenommen, ist schwer abzulegen. Der Fehler liegt natürlich beim Oberkommando, das den Mißstand erlaubte. ...

Der größte Teil dieser Art Plünderung hörte während des ersten Besatzungsjahres auf, danach wurden die Methoden raffinierter und indirekter. Ende 1946 wurden die GIs aufgefordert, deutschem Besitz zu kaufen, der zu der Zeit für fast nichts zu haben war, aber später großen Wert haben konnte. ...

Aber die Art der eben geschilderten Plünderung, obwohl sie einen Wert von Hunderten von Millionen hat und durch die den deutschen Menschen Erleichterungen und Notwendigkeiten gestohlen wurden, die sie während der schrecklichen Zeit, durch die sie hindurch müssen, so dringend brauchten, ist jedoch nur geringfügiger Diebstahl im Vergleich zu dem gigantischen Programm industrieller Plünderung, das in Potsdam beschlossen wurde.

Wirtschaftlicher Kannibalismus

Potsdam verfügt, daß eine zukünftige deutsche Produktion durch den Alliierten Kontrollrat so begrenzt werden soll, daß der durchschnittliche deutsche Lebensstandard den durchschnittlichen Lebensstandard anderer europäischer Länder nicht übersteigt, ausgenommen Britannien und Rußland, und daß die "Produktionskapazität, die nicht für die erlaubte Produktion benötigt wird" von den Eroberern als Beute genommen oder zerstört werden soll. Die am Boden liegende deutsche Wirtschaft muß ausgeblutet werden, ein Projekt, das passend "wirtschaftlicher Kannibalismus" genannt wird. ...

Tatsächlich sind deutsche Wissenschaftler eine hochgeschätzte Form von Kriegsbeute geworden. Rußland, das als erstes ihren Wert erkannte, konnte das Verlangen nicht unterdrücken, so viele wie möglich zu ergattern. Britannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten folgten schnell seinem Beispiel und nahmen mit bemerkenswertem Erfolg an dem Wettkampf teil. Als wir uns bei der Übergabe an die Russen aus dem Teil der jetzt westlichen russischen Zone zurückzogen, war es uns sogar möglich, eine große Anzahl zu entführen.

Zunächst galt unser Interesse nur Experten, die an Kriegsentwicklungen gearbeitet hatten, insbesondere Atomspaltung und Geheimwaffen. Andere in unserer Zone, eingeschlossen eine Anzahl solcher, die vor den Roten Armeen geflohen waren, waren ins Gefängnis gesperrt worden. ...

Mr. Morgenthau verlangte die industrielle Plünderung Deutschlands und schlug vor, daß, anstatt den Fehler nach dem letzten Krieg zu wiederholen, als "Reparationen in Form von zukünftigen Zahlungen und Lieferungen verlangt wurde, die Produktion und Ausfuhr erforderten, diesmal:

... Reparationen durch die Auslieferung vorhandener Ressourcen und Gebiete, z.B. durch Übertragung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte an industriellem Besitz in solchen Gebieten an Länder, in die eingedrungen wurde durch Abtransport und Aufteilung von industriellen Werken und Ausstattung unter verwüstete Länder ... und durch deutsche Zwangsarbeit außerhalb Deutschlands und Konfiszierung aller deutschen Vermögenswerte jeglicher Art außerhalb Deutschlands verlangt werden sollen. ...

In Jalta übernahm Rußland die Führung bei den Forderungen, daß deutsche Reparationen auf 20 Milliarden Dollar festgesetzt werden sollten, von denen es die Hälfte bekommen sollte. ...

In Jalta erhielt Rußland den Löwenanteil der Reparationen. Es sollte alles aus seiner eigenen Zone plus 25 Prozent aus den anderen Zonen erhalten. ...

In der Zwischenzeit wurden seit April Reparationstransporte aus den Westzonen durchgeführt.

Der erste Transport waren sechs Schiffsladungen mit Vermögenswerten der Deschimag Werft, Deutschlands größter, bald gefolgt von 20 Wagenladungen von Maschinen und Werkzeugen im Werte von $ 5.000.000, die die Hälfte der Vermögenswerte des Landes an Kugellagerfabriken darstellten. Andere frühere Transporte schlossen die Gendorf-Einheit der Anorganischen Chemischen Werke im Wert von $ 10.000.000 und die ungeheure Daimler-Benz Flugzeugmotoren Fabrik in der Nähe von Oberingheim ein.

Dem Reparationsausschußmitglied Edwin W. Pauley zufolge, hatte die U.S.-Zone bis Mai 140 Fabriken zum Abtransport nach Rußland vorgesehen, von denen 35 oder 40 tatsächlich abtransportiert wurden, bevor wir plötzlich weitere Transporte aus dem Grunde stoppten, daß wir die wirtschaftlichen Interessen in unserer Zone schützen müßten, bis eine Einheit der interzonalen Wirtschaft erreicht sei, die im Einklang mit Potsdam stand. ...

Was auch immer die Gründe waren, wir stoppten weitere Reparationstransporte aus unserer Zone. Und dann brach der Sturm los.

Rußland kehrte anscheinend seine ganze Haltung Deutschland gegenüber um. Im Juni erklärte Molotow, daß es lächerlich sei, Deutschland zu zerstören und verlangte ein starkes, zentralisiertes und wirtschaftlich ausgeglichenes Reich mit Ruhr und Saar angegliedert und wünschte eine höhere Stahl- und Kohleproduktion als die, der Rußland bis dahin zugestimmt hatte, indem er sagte, "Dem Reich muß mehr Stahl, größere Industrie und Außenhandel erlaubt werden," und fügte hinzu, "Die sowjetische Regierung besteht darauf, daß die Reparationen von Deutschland im Wert von 10 Milliarden Dollar auf jeden Fall verlangt werden müssen."

Seine Absicht war klar: Rußland wünschte jetzt ein starkes Deutschland, von dem große Reparationszahlungen verlangt wurden, die so schwer waren, daß eine Sozialisierung unumgänglich war, mit nachfolgendem Anschluß an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Inzwischen räumte Rußland seine Zone bis auf die Knochen aus und wies darauf hin, daß dies notwendig sei, um eine ständige Flut von Reparationen in die Sowjetunion zu gewährleisten. Viele von Deutschlands größten Herstellern von Gütern für die Zivilbevölkerung wurden abgebaut und nach Osten transportiert.

Darunter waren die beiden größten Schuhhersteller (Lingel und Tack), die größten Zuckerraffinerien in der großen Zuckerrüben-Region, die größten Kornverarbeitungsfirmen in Europa in Barby bei Magdeburg, die große Bemberg Seidenfabrik, die vor dem Krieg berühmt war für ihre Strümpfe und Unterwäsche, und die Zeiss Optikwerke in Jena. Alle zweitrangigen Zuglinien wurden abgerissen und alle elektrischen Lokomotiven aus der Zone entfernt.

Aber viele der konfiszierten Fabriken wurden in Deutschland belassen, wo sie von Deutschen für die Russen betrieben wurden. Es stellte russische oder kommunistische Vormänner ein und setzte Russen oder Kommunisten in die Direktionsvorstände. Auf diese Weise erhielten sie vollständiges Eigentum und Kontrolle über 200 deutsche Schlüsselindustrien, die den wirklichen wirtschaftlichen Reichtum darstellten und beschäftigten 1.300.000 Arbeiter - ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung der Zone.

Beispiele für die beschlagnahmten Firmen schließen die ganze I.G. Farben Industrie in Sachsen ein mit den berühmten Leuna Chemische Werke in Merseburg, Bitterfeld und Wollin, die wichtigen einzigen Kupferwerke, die Mansfield Co. in Sachsen, die Maschinenwerke von Krupp-Gruson in Magdeburg, die Brabag Brown und Gasolin Co., nahe Gera in Thüringen, die Polysius Maschinenwerke in Dessau und viele der wichtigsten Eisenerzwerke, Werkzeugmaschinen Fabriken, Kohlebergwerke, Pottasche Werke und Elektrofirmen.

Amerika protestierte nicht gegen Rußland, bis es erfuhr, daß zwei Einrichtungen, die den amerikanischen Konzernen United Shoe Maschinery Co. und die Corn Products Refining Co. gehörten, ebenfalls beschlagnahmt worden waren. ... Es ist jedoch bekannt, daß Rußland zahlreiche Entschuldigungen erfunden hat, seine Beschlagnahmungen rechtlich zu begründen, darunter die Behauptung, daß Fabriken mit internationalem Hintergrund aufgegebenes Eigen-

tum darstellen und die Eigentümer, von denen die meisten geflohen seien, Kriegsgewinnler gewesen seien. ...
Bekannt als "Replacement Program" ("Austauschprogramm"), ist die Kampagne eng mit dem "Safe Haven" Programm verbunden, das eine erzwungene Ausschaltung des gesamten deutschen ausländischen Kapitals vorsieht.
Die folgenden Auszüge aus der Aussage des Stellvertretenden Außenministers William L. Clayton vor dem "Kilgore Komitee" des U.S. Senats am 25. Juni 1945, erzählt die Geschichte:
Die Regierung beschloß bald, daß es deutschen Unternehmen nicht erlaubt werden könne, ... in dieser Hemisphäre zu überleben. Das Ersatzprogramm wurde als Mittel für die Ausschaltung deutscher Unternehmen und deutscher Interessen entwickelt.
Die Geschäfte von Personen, die gegen die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit oder Sicherheit der amerikanischen Republiken handeln, "sollen Gegenstand von Übertragung oder völliger Liquidation" werden. Deutschem wirtschaftlichen oder politischen Einfluß in dieser Hemisphäre ist zum größten Teil ein Schlag versetzt worden, von dem es sich wahrscheinlich nicht wieder erholen wird. ...

Kapitel VI

Das Volk hungert

Angesichts all dessen, was sich in Deutschland ereignet hat, ist es kaum ein Wunder, daß die Menschen überwältigt sind von dem extremen Mangel an grundsätzlichen Notwendigkeiten, insbesondere von Nahrungsmitteln.
Monate, nachdem der Krieg zu Ende war und die Eroberer vollständige Kontrolle über die deutsche Regierung übernommen hatten und darum für das deutsche Volk und seine Zukunft verantwortlich waren, sagte der Bischof von Chichester, indem er einen bekannten deutschen Pastor zitierte:
Tausende von Leichen hängen in den Bäumen in den Wäldern rund um Berlin und niemand kümmert sich darum, sie abzuschneiden ... Tausende von Leichen werden von der Oder und Elbe in die See geschwemmt - man nimmt es nicht mehr länger wahr. Tausende um Tausende verhungern auf den Straßen. ... Kinder wandern allein auf den Autobahnen herum, ihre Eltern erschossen, tot, verschwunden.
Trotz der Bedingungen, kämpfen die Deutschen tapfer um ihre Existenz. Nach einer fünfwöchigen Tour durch Europa, einschließlich Deutschland, erzählte Malcolm Muir, Verleger der *Business Week* dem Union Leage Club von Chikago:
Die Deutschen versuchen auf jede Weise, sich selbst zu helfen. Es ist nichts besonderes, eine Milchkuh vor einen Pflug gespannt, eine Frau die Kuh führen und einen kleinen Jungen den Pflug lenken zu sehen.
Was an Erntemaschinen übrig geblieben ist, ist meist klein, alt und abgenutzt, oft unbrauchbar, weil Teile fehlen. Die Zugarbeit wird von Tieren oder Männern geleistet. Wo immer möglich, werden Ochsen benutzt, und es ist üblich, ein Pferd und eine Kuh zusammenzuspannen. Es ist nichts besonderes, einen mit Stroh beladenen Wagen sich auf der Straße vorwärts bewegen zu sehen mit einem oder zwei alten Männern, die ziehen und einer Schar Frauen und Kinder, die schieben.
Ein Beobachter schreibt:
Das Elend der Deutschen wird durch Szenen auf den Stoppelfeldern verkörpert, die von den Besitzern vollständig nachgelesen werden. Man kann alte und junge Dorfbewohner, Frauen und Kinder sehen, die ein Korn nach dem anderen auflesen, um es in einem Sack von der Größe einer Einkaufstasche einer Hausfrau nach Hause zu tragen. ...
Diese Fakten zeigen, was hinter den abscheulichen Rationen stand, die der deutschen Bevölkerung von den Eroberern aufgezwungen werden. In der amerikanischen Zone, in der das Niveau dauernd höher als in anderen Zonen war, bewegte sich die Grundration seit dem V-E

Day zwischen 1.550 und 1.180 Kalorien pro Person pro Tag. ...
Die größte Hungerkatastrophe der letzten Jahrhunderte steht uns in Zentraleuropa bevor. Unsere Regierung läßt unsere Militärregierung mit den versprochenen Lebensmittellieferungen im Stich, dabei war das, um was die Generäle Clay, Draper und Hester ersuchten, nur das absolute Minimum für das Überleben der Menschen. Wir werden gezwungen sein, die Rationen von 1.550 weiter auf 1.000 oder weniger Kalorien zu reduzieren ...
Die Briten und wir werden in den Aufzeichnungen als diejenigen aufgeführt sein, die die Deutschen verhungern ließen. ... Abgesehen von der Unmenschlichkeit, die hierbei im Spiel ist, ist es sagenhaft dumm, eine solche Vorstellung von unglaublichem Schlammassel vor den Augen der Welt zu geben. ...
Nach seiner Rückkehr aus Deutschland, sagte Dr. Lawrence Meyer, Erster Sekretär der Lutherischen Kirche der Missouri Synode, am 13. Januar 1946:
Deutschland ist buchstäblich voll von Kindern. Millionen dieser Kinder werden sterben, bevor es genug zu essen gibt. In einem Kinderkrankenhaus in Frankfurt, wurden 25 von 100 Kindern ausgesucht, die ernährt und am Leben gehalten werden. Es ist besser, 25 genug zu essen zu geben und sie am Leben zu erhalten und 75 sterben zu lassen, als 100 für kurze Zeit zu ernähren und sie dann alle verhungern zu lassen.
Dorothy Thompson berichtete:
Im August 1945 waren von 2.866 in Berlin geborenen Kindern, 1.148 tot, und es war Sommer und die Ernährung besser als jetzt. ... Aus Wien berichtet eine zuverlässige Quelle, daß ... die Kindersterblichkeit sich 100 Prozent nähert.
Edd Johnson von *P. M.* schrieb am 3. Oktober 1945 aus Berlin:
Die Kindersterblichkeitsrate ist heute 16 mal größer als im Jahre 1943 … Es wird eine eindeutige Eliminierung einer ganzen Altersgruppe stattfinden. Die meisten Kinder unter 10 und Menschen über 60 können den kommenden Winter nicht überleben.
... Armeegeneral Dwight D. Eisenhower machte im November 1945 ernstlich darauf aufmerksam, daß, wenn unser militärischer Sieg von weitreichender Bedeutung sein soll, die Vereinigten Staaten und andere Nationen, "den vom Krieg verwüsteten Ländern wieder auf die Füße helfen müssen," und fügte hinzu:
Wenn diese bittere Situation nicht so schrecklich werden soll, daß ich mich fragen muß, ob es wirklich wert war, gegen die Nazis zu den Waffen zu greifen, müssen wir in den Vereinigten Staaten bereit sein, eine schwere Verantwortung auf uns zu nehmen.
Nachdem die Generäle Joseph T. McNarney und Lucius Clay am 13. April 1946 Herbert Hoover, der den Vorsitz in Präsident Trumans Kommission zur Erforschung der Hungersnot hatte, einen schlimmen Bericht über die Ernährungssituation in Deutschland gegeben hatten, sagten sie in einer förmlichen Darstellung:
Politische Stabilität kann sich nicht unter Bedingungen entwickeln, die politische Teilnahmslosigkeit verursachen. Politische Teilnahmslosigkeit kann nicht in einer Bevölkerung überwunden werden, die ihre ganzen Anstrengungen auf der Suche nach Nahrungsmitteln erschöpft. Politische Stabilität in Deutschland ist eng verbunden mit der politischen Stabilität im übrigen Europa.
Deutsche Transporteinrichtungen werden benötigt, um Hilfsgüter und Exporte durch ganz Europa zu transportieren. Deutsche Arbeiter sind nötig, zur Verfügung stehende Transporteinrichtungen zu bedienen. Deutsche Kohle ist lebenswichtig für Europa. Deutsche Pottasche, Salz, Holz, Ersatzteile und andere Produkte werden in ganz Europa gebraucht.

Beweise dafür, daß die deutsche Hungersnot beabsichtigt ist

Senator Homer E. Capehart von Indiana, sagte am 5. Februar 1946 in einer Rede vor dem Senat der Vereinigten Staaten folgendes (Auszug):
Die Tatsache kann nicht länger unterdrückt werden, nämlich, die Tatsache, daß es die beab-

sichtigte Politik einer geheimen und verschwörerischen Clique innerhalb der die Politik bestimmenden Kreise dieser Regierung ist, eine Nation zu hängen und zu vierteilen, die jetzt einem fürchterlichen Elend ausgesetzt ist.
In diesem Prozeß verhält sich diese Clique wie ein Rudel Hyänen, das sich um die blutigen Eingeweide einer Leiche streitet und, erfüllt von einem sadistischen und fanatischen Haß, entschlossen ist, die deutsche Nation und das deutsche Volk, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen, zu vernichten. ..."
... Die erste Frage war und ist immer der Humanitätsgedanke. Diese boshafte Clique innerhalb dieser Regierung, die für die Politik und Praxis, die aus Zentraleuropa ein Irrenhaus gemacht haben, verantwortlich ist, hat nicht nur unsere amerikanischen Prinzipien verraten, sondern auch die GIs, die gelitten haben und gestorben sind und sie fährt fort, die amerikanischen GIs zu verraten, die ihre schmutzige Arbeit weiter fortführen müssen.
Die zweite Frage, um die es geht, ist die Wirkung, die diese Tragödie in Deutschland bereits auf die anderen europäischen Länder gehabt hat. Diejenigen, die für diese beabsichtigte Zerstörung des deutschen Staates und das verbrecherische Massenverhungern des deutschen Volkes verantwortlich sind, waren in ihrem blinden Haß so fanatisch, daß alle anderen Interessen und Bedenken dieser einen Besessenheit von Rache untergeordnet wurden.
Um ihr Ziel zu erreichen, war es gleichgültig, ob die befreiten Länder in Europa litten und verhungerten. Diese Clique von Verschwörern hat sich einer Aufgabe gewidmet: "Deutschland muß zerstört werden. Was in dem Prozeß mit den anderen Ländern Europas geschieht, ist zweitrangig." ...

Kapitel IX

Das Programm des Kremls

Imperialistische Ausweitung und Weltrevolution

Um Rußlands Absicht, Deutschland zu kontrollieren, zu begreifen, ist es zunächst notwendig, die allgemeinen Ziele und Ideen der Sowjetunion zu verstehen. Das Fehlen einer solchen Kenntnis ist hauptsächlich daran schuld, das unsere Führung unsere Beziehung zu Moskau so verpfuscht hat.
Das in Bewegung befindliche, aggressive Sowjet-Rußland, stellt eine Mischung des territorialen Ehrgeizes des alten russischen Imperialismus und des kommunistischen Programms einer Weltrevolution dar. Ersteres fährt, wie zuvor, mit militärischer Macht und der Anziehungskraft des Pan-Slawismus fort, zu dem nun die Kraft des Weltkommunismus hinzugekommen ist. Letzterer, wie immer, motiviert durch den kreuzzugähnlichen Drang ideologischen Fanatismus, wird durch den expansionistischen Imperialismus an seiner Basis, Sowjet-Rußland, vorangetrieben. Indem sie sich gegenseitig unterstützen, stehen sie der Welt als bedrohliche Macht gegenüber.
Russische imperialistische Ausweitung, jetzt wie in vergangenen Jahren, bedroht britische Handelsrouten, strategische Ölreserven und wirtschaftliche Möglichkeiten.
Russische Versuche, durch den Iran bis zum Persischen Golf vorzustoßen und durch die Dardanellen und Triest zum Mittelmeer, sind nicht tolerierbare Bedrohungen ihrer Verbindung nach Indien.
Ebenso schädlich wirkt sich die wirkliche und mögliche Erweiterung der Sowjetunion selbst aus, weil, wo auch immer sie sich ausdehnt, sich die Tür zu internationalem Handel und finanziellen Operationen schließt, durch die Britannien gedeiht und ohne die es verhungert. Durch die Kraft des Weltkommunismus, bedroht die UdSSR - die bereits die östliche Hälfte von Europa und wichtige Teile Asiens in ihre Einflußsphäre gebracht hat - andere Sektoren auf dem ganzen Erdball - in Asien, Afrika und Westeuropa, und sogar Amerika.
Und weil wir an unsere eigenen lebenswichtigen Interessen ebenso glauben wie die Briten an ihre, ist unsere Reaktion ähnlich der der Briten, und wir arbeiten eng zusammen.

Der Weltkommunismus malt den Kapitalismus als ein diabolisches Ausbeutungssystem, in welchem die besitzenden Klassen die Arbeiter durch das Lohnsystem ausbeuten.
In Übereinstimmung mit dem Marxschen dialektischen Materialismus und den Wirtschaftslehren, glauben viele Kommunisten und Sozialisten, daß Kapitalismus an vorgezeichneten, konvulsiven Schüben von Wirtschaftskrisen, Kriegen und Katastrophen stirbt, daß das Ende der kapitalistischen Welt kurz bevorsteht und von einer Neuen Weltordnung des Sozialismus abgelöst wird.
Die Kommunisten sehen es als ihre Mission an, den Prozeß des kapitalistischen Zerfalls und den Beginn des sozialistischen Jahrtausends mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu beschleunigen. Indem sie der Philosophie folgt, daß, wo die Macht ist, auch das Recht ist und daß das Ende die Mittel rechtfertigt, ist alles was sie tun, sogar in der Verkleidung von "Reform," dazu kalkuliert, den revolutionären Untergang des Privatbesitzes und des Lohnsystems zu beschleunigen! Kommunisten haben das Ziel, die Revolution anzuführen, die neue sozialistische Weltordnung zu kommandieren und die Führung der "Diktatur des Proletariats" zu übernehmen, durch das sie regiert werden soll.
Das Hauptinstrument zur Durchführung dieser Mission ist die kommunistische Partei mit Zweigstellen in allen Ländern, und ihr Hauptquartier ist jetzt in Moskau. Es ist jedoch keine politische Partei im üblichen Sinn.
Sie ist nicht gedacht, Stimmen zu sammeln, um durch legale Mittel an die Macht zu kommen, sondern sie ist ein durchtrainierter hochdisziplinierter Militärstab und die Führungsspitze der revolutionären Massen, Macht durch Gewalt an sich zu reißen und sie durch eine Schreckensherrschaft zu halten, "unbegrenzte Macht, die auf Gewalt beruht und nicht auf dem Gesetz." Mit den Worten Lenins, wie von Stalin zitiert:
Der erfolgreiche Sieg über den Kapitalismus erfordert eine genaue Beziehung zwischen der kommunistischen Partei und der revolutionären Klasse, dem Proletariat einerseits, und den Massen, d.h. denjenigen, die sich plagen und ausgenutzt werden, andererseits. Nur die kommunistische Partei ist eine solche Partei, fähig, das Proletariat in dem letzten Kampf gegen die Kräfte des Kapitalismus‘ zu führen.
Die bekehrende Kraft der Partei besteht hauptsächlich durch die Unzufriedenheit der Massen mit der existierenden Ordnung, der der Kommunismus den ganzen Verdruß und die Mühe des Lebens zuschreibt. Die Partei zieht jeden Vorteil aus den vielen zugegebenen Fehlern des gegenwärtigen Systems, die zum großen Teil in der menschlichen Natur selbst begründet sind und in jeder Einrichtung enthalten sein würden. Sie gedeiht aus dem Versagen klassischer Wirtschaftspolitik, um Geschäftskrisen zu erklären oder zu verteidigen; der Unzulänglichkeit und Verzerrung orthodoxer Geschichte; dem Versagen der Kirche und ihrer Führung, die großen Themen unserer Zeit zu erkennen und ihnen gegenüberzutreten. ...
Das erste Land, das vom Kommunismus erobert wurde, war Rußland, das seit der bolschewistischen Oktober-Revolution im Jahre 1917, eine mächtige nationale Basis für internationale kommunistische Operationen bildete. Es werden nun starke Bemühungen gemacht den Eindruck zu erwecken, als sei der Internationale Kommunismus aufgelöst, daß nicht mehr länger eine Verbindung zwischen Rußland und kommunistischen Parteien in anderen Ländern besteht. ...
Rußlands Heuchelei während des Krieges, es hätte die Revolution sowohl zu Hause als auch außerhalb aufgegeben, geschah nur, um die unschlüssigen Alliierten zu der Zeit zu täuschen, ... das endgültige Ziel der Zerstörung von Privatbesitz in der ganzen Welt zu erreichen. In einer Rede an das russische Volk am 9. Februar 1946 machte Stalin klar, daß der Kreml die Sowjetunion als seine eigenen Vereinten Nationen betrachte, die sie in der ganzen Welt verbreiten wolle, angeblich um Kriege und andere Schwierigkeiten unter den Nationen zu beenden. ...

Das deutsche Programm

Kommunisten glauben, daß der Faschismus das Endstadium des Kapitalismus ist, daß, wenn dieser fällt, er nur vom Kommunismus gefolgt sein kann. ... Sie glauben, daß Deutschland eine natürliche Metamorphose vom Nazismus zum Kommunismus durchlaufen muß und daß, wenn sie bei diesem Prozeß helfen, sie im Einklang mit dem unausweichlichen Verlauf der Geschichte handeln.

Walter Ulbricht, dessen Frau Sekretärin Marshall Schukows war und sich zwischen 1933 und dem V-E Day in Rußland befand, sagte vor einem Geheimtreffen eines 45 Mann starken Vorstandes der "Freien deutschen Handelsgewerkschaften" für die Sowjetzone:

"Wenn die Arbeit der Kommunisierung der Sowjetzone beendet ist, werden wir uns den anderen Zonen widmen. ..."

Kommunismus ist im Grunde ein Angriff auf Privatbesitz und die besitzende Klasse. In der russischen Zone wurde der Prozeß, die Deutschen ihres Besitzes zu berauben, durch Zerstörung bei Kriegsereignissen, Plünderung, Reparationen, Inflation, Konfiszierung und erzwungene Verkäufe erreicht. Inzwischen wurde die Liquidation der besitzenden Klassen durch Entnazifizierung, Zwangsarbeit, Hinrichtungen und Terror vervollständigt, was Tausende zum Selbstmord brachte und weitere Tausende zu Flüchtlingen machte, wodurch sie ihrer Besitztümer verlustig gingen. ...

Der Weg für die endliche Kommunisierung der westlichen Gebiete wird gewissenhaft von Kommunisten in den westlichen Besatzungszonen vorbereitet, von denen viele ihren Weg in wichtige Posten sowohl in den Besatzungsbürokratien als auch in den örtlichen Regierungs-Establishments gemacht haben, die eingerichtet wurden, um unter den wachsamen Augen der Militärkräfte von Deutschen geführt zu werden. Eine solche kommunistische Unterwanderung wurde in den Potsdamer Erklärungen durch Entindustrialisierung, Entnazifizierung, Versklavung, Unterdrückung, durch die ganze schreckliche Katastrophe automatisch gefördert. ...

Der Westen wacht auf

Der Westen brauchte lange, um festzustellen, daß der russische Alliierte überhaupt kein Alliierter ist, sondern ein entschlossener Gegner, daß hinter jeder Bewegung des Kremls ein finsteres, gefährliches Motiv steckt. Unsere eigenen Führer standen schon längst unter dem Einfluß von Mr. Roosevelts "Großem Entwurf," der Strategie, die sowjetischen Führer von ihrem Argwohn, der Feindseligkeit und dem Haß gegenüber dem Westen zu heilen, indem er sie mit Gefälligkeiten und Freundlichkeiten überschüttete. ...

Wir unterzeichneten die Potsdamer Erklärung, ohne diese zu verdächtigen, eine versteckte russische Bombe zu sein, daß ihre ungenauen, widersprüchlichen, nicht definierten Bestimmungen und Formulierungen sich nur auf die durch menschliches Elend gedeihende Sowjetunion beziehen und nur ihr Vorteile bringen könnte. ...

Wir hatten unsere Zusammenstöße mit Rußland sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands, erhielten Ohrfeigen und Demütigungen, wie Amerikaner sie sich nie zuvor haben gefallen lassen. Wir ließen es geschehen, daß unsere Telefonleitungen, die durch die russische Zone in unsere Zone in Berlin laufen, angezapft wurden.

Wir haben uns sogar damit abgefunden, daß die Russen es ablehnten, unsere Zone in Berlin mit frischen Nahrungsmitteln zu versorgen. Wir haben uns gefügt, als die Russen es ablehnten, daß wir unsere einspurige Eisenbahn nach Berlin in eine Doppelspur ausbauten. Wir hatten ernstliche Konflikte bezüglich Zeitungszensur, Kontrolle über Radioanschlüsse und Programme, Schulen und Lehrpläne und einer Vielzahl von sowohl wichtigen als auch trivialen Dingen und ertrugen alles mit einem freundlichen Lächeln, als wir uns den sowjetischen Forderungen fügen mußten.

Schließlich stellten wir jedoch fest, daß ein solches Verhalten den Russen nur als Schwäche erschien und wurden dem bedrohlichen Charakter der sowjetischen Absichten gegenüber

wach. Wir fingen sanft an, aber mit zunehmender Entschlossenheit nahmen wir eine festere Haltung ein und verlangten, daß unseren eigenen Interessen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Unsere Desillusion war vollkommen, als Mr. Molotow in Paris schließlich sein wahres Gesicht zeigte. Seitdem versuchen wir immer noch, wieder zu Verstand zu kommen. Wir können nur hoffen, daß wir noch gerade zur rechten Zeit aufgewacht sind, um den Kreml davon abzuhalten, das Deutsche Reich zu schlucken. ...

Kapitel X

Wir hätten es besser wissen müssen

Zusätzlich zu all dem, wie Dorothy Thompson es gut ausgedrückt hat: "Mr. Morgenthaus phantastisches Konzept war die Grundlage der 'Prinzipien' für das Potsdamer Programm, das direkt in die Hände der Sowjets spielte."

Mit anderen Worten, der Morgenthau-Plan war maßgerecht für den Kreml gemacht.

Als wir nach Jalta, Rußland, mit einem sogenannten Friedensplan kamen, der Rache und Zerstörung eines Handelskonkurrenten verlangte, sah es die Gelegenheit, ergriff sie und verwandelte das ganze Programm zu seinem Vorteil und auf unsere Kosten.

... Mr. Baruch gibt offen zu, daß es sein Ziel ist, Deutschland als Handelskonkurrenten auszuschalten; Mr. Morgenthaus Programm enthält stillschweigend die gleiche Zielsetzung. Die Menschen waren entsetzt, wenn erzählt wurde, daß der ältere Rockefeller die Raffinerien von Konkurrenten niederbrannte, wenn er sie nicht auf andere Weise zerstören konnte. Um wieviel abscheulicher sind diese Absichten, die Wirtschaft einer ganzen Nation aus ähnlichen Gründen zu zerstören!

Da der Eine-Welt-These zufolge Wohlstand "von allen geteilt werden muß, wenn sich überhaupt jemand daran erfreuen soll", würde der Morgenthau-Baruch-Plan nicht nur Deutschland verarmen, sondern Europa und die ganze Welt, die Vereinigten Staaten nicht ausgenommen, und darum vermutlich ebenso die Herren Baruch und Morgenthau. ...

Die Morgenthau-Baruch-Vorschläge waren die offizielle Politik unserer Regierung, die sich gleichzeitig zu den Eine-Welt-Prinzipien verpflichtet hatte. Als Ergebnis dessen, waren unsere führenden Beamten, in dem Bemühen, diese sich gegenseitig ausschließenden Theorien aufrechtzuerhalten, gezwungen, wie Mr. Morgenthau, sich auf absurde Art selbst zu widersprechen. Zum Beispiel sagte Mr. Truman, während er für die Verarmung Deutschlands entsprechend der Morgenthau-Baruch-Linie eintrat, in Soldiers Field in Chikago:

Wir werden daran arbeiten, gleiche Möglichkeiten im Welthandel zu schaffen, weil geschlossene Wirtschaftsblöcke in Europa oder irgendeinem anderen Platz in der Welt nur zu Verarmung oder Isolierung der Menschen führen können, die ihn bewohnen. Wir werden Druck ausüben zur Entfernung künstlicher Schranken für die internationale Schiffahrt, damit keiner Nation wegen ihrer zufälligen geographischen Lage uneingeschränkter Zugang zu Seehäfen und internationalen Wasserwegen verwehrt werden kann. ...

Die Frage der Kriegsschuld

Mr. Morgenthau, dessen Ideen über das Thema sich mit den offiziellen Ansichten der Vereinten Nationen decken, basiert seinen ganzen Fall, Deutschland in ein Armenhaus zu verwandeln, auf der These, daß Deutschlands Kriegsbegierde der alleinige Grund für beide Weltkriege war.

"Der Wunsch nach Krieg," schreibt er in seinem Buch, "war im Deutschen so fest programmiert, wie im Amerikaner der Wunsch nach Frieden." Der bloße Wille für Krieg, verbunden mit einer Verschwörung, die Welt zu erobern, sagt er, wurde seit fast zweihundert Jahren im deutschen Volk intensiv genährt und würde wahrscheinlich weitere zweihundert Jahre brauchen, um es auszurotten.

Darum, argumentiert er, ist der einzige Weg, Deutschland daran zu hindern, bei nächster Gelegenheit wiederum den Frieden der Welt zu stören, diese Gelegenheit zu verhindern, und das

kann am besten dadurch geschehen, es bis zu einem Punkt zu schwächen, an dem es, sogar wenn es wollte, keinen Krieg anfangen kann.
Die Rechtmäßigkeit dieses ganzen Programms, und darum von Potsdam, steht oder fällt mit dieser Voraussetzung. Wenn es irgendeinen Zweifel an seiner Stichhaltigkeit oder Vollständigkeit gibt, muß der gleiche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Plans erhoben werden.
Ohne zu versuchen, das Thema erschöpfend zu behandeln, unterbreiten wir folgenden Beweis, der dazu angetan ist, Zweifel an der Genauigkeit der Voraussetzung zu wecken und damit an der Gerechtigkeit unserer Behandlung des deutschen Volkes. ...
Wann immer das Gleichgewicht der Kräfte in Europa gestört ist, so daß der Kontinent beginnt, von einer seiner Mächte beherrscht zu werden, betrachtet Britannien das als eine Bedrohung seiner Existenz und beginnt einen Krieg, um sich zu schützen. Eine der besten Analysen des Themas erschien 1943 in der September-Ausgabe der halboffiziellen Veröffentlichung *Das Neunzehnte Jahrhundert und Danach,* von dem Herausgeber Mr. F.A. Voigt. ...
Die gewöhnlich akzeptierte Ansicht, daß Deutschland Krieg begann, um die Welt zu beherrschen, ist unserer Ansicht nach falsch.
Es wollte eine Weltmacht sein, aber Weltmacht und Weltbeherrschung sind nicht dasselbe (England ist eine Weltmacht, beherrscht aber nicht die Welt). Hitler wäre froh gewesen, wenn er die Welt mit den Engländern hätte teilen können. ...
In seiner Kolumne schrieb Karl von Wiegand am 23. April 1944:
Im April 1939, vier Monate bevor Hitler in Polen einmarschierte, bat mich Botschafter William C. Bullitt, den ich seit 20 Jahren kannte, in die amerikanische Botschaft in Paris zu kommen. Als wir beide vor dem Kamin in seinem Büro standen erzählte mir der amerikanische Botschafter, daß man sich für Krieg entschieden habe. Er sagte nicht, und ich fragte nicht, von wem. Er ließ mich selbst darauf schließen. Als ich sagte, daß Deutschland am Ende in die Arme Sowjet-Rußlands und den Bolschewismus getrieben werde, erwiderte der Botschafter: "Was solls. Wenn der Krieg vorüber ist, werden nicht genügend Deutsche übriggeblieben sein, die es wert wären, bolschewisiert zu werden."
Einen Monat vorher, der *Associated Press* zufolge:
In einer seiner unverblümtesten Erklärungen erzählte Stalin der Welt, daß Sowjet-Rußland nicht in einen Konflikt hineingezogen werden wolle, mit Deutschland als "Katzenpfote", um britische und französische Kastanien aus dem Feuer zu holen ... Er sagte, der Nichteinmischungspolitik (gegen Faschismus) liege der Wunsch zugrunde, Italien, Japan und Deutschland so tief wie möglich in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu verwickeln und dann, wenn sie alle durch den Konflikt geschwächt seien, "mit frischen Kräften auf der Bildfläche zu erscheinen" und den Frieden zu diktieren.
Einen Monat, nachdem der Konflikt begann, sagte die *Pravda:*
Frieden und Freundschaft zwischen den UdSSR und Deutschland sind auch im Interesse aller europäischen Nationen. Zustände von Besorgnis, Feindschaft und gegenseitigem Mißtrauen in Osteuropa haben nur Vorteile für Kriegsschürer, die daran gewöhnt sind, daß andere für sie die Kastanien aus dem Feuer holen. Solche Zustände wurden viele Jahre lang durch eine Politik des Aufhetzens eines Landes gegen das andere aufrechterhalten.
Professor Harry Elmer Barnes sagt in einer Erwiderung auf die Behauptung von Kriegslust beim deutschen Volk:
England lag bezüglich relativer Kriegslust unter den Nationen weit in Front, während Deutschland und die Niederlande, vor Dänemark, am Ende der Liste aufgeführt waren.
Diese Schlußfolgerung wurde untermauert von Untersuchungen, wie die in der Studie von Professor Quincy Wrights *A Study of War (Eine Kriegsstudie),* in der gezeigt wird, daß es in der Zeitspanne von 1480 bis 1940 278 Kriege gab, in die europäische Länder verwickelt waren, deren prozentuale Beteiligung wie folgt war:

"England 28; Frankreich 26; Spanien 23; Rußland 22; Österreich 19; Türkei 15; Polen 11; Schweden 9; Italien 9; die Niederlande 8; Deutschland 8; und Dänemark 7." (Band I, S. 221)
Pitirim Sorokin zeigt in Band III, Teil II seiner *Social and Cultural Dynamics* ebenfalls, daß vom Zwölften Jahrhundert bis 1925 der Prozentsatz von Jahren, in denen führende europäische Mächte im Krieg waren, wie folgt ist:

Land - Prozentsatz an Kriegsjahren

Spanien	67
Polen	58
England	56
Frankreich	50
Rußland	46
Holland	44
Italien	36
Deutschland	28

Sorokin zieht daher den Schluß, "daß Deutschland den kleinsten Prozentsatz und Spanien den größten Prozentsatz an Kriegsjahren hatte." Von den führenden modernen europäischen Staaten zeigen England, Frankreich und Rußland daher fast zweimal soviel Kriegslust wie die "kriegsliebenden" Deutschen.
Prof. Barnes fährt fort:
Präsident Truman drückte es gut aus, als er sagte, daß konstruktive Regierungspolitik auf Wahrheit beruhen müssen. Es ist zu schade, daß ihm niemand, bevor er nach Potsdam ging, ein wenig Wahrheit ins Ohr flüstern konnte. Es gibt kaum Aussicht, daß es einer Struktur, die 1945 vollkommen auf Lügen aufgebaut wurde, sich länger halten sollte, als die andere, die 1919 vollständig auf Lügen aufgebaut war.
Und die Wahrscheinlichkeit ist, daß die Desillusionierung nach Potsdam sich viel schneller einstellen wird, als nach Versailles. In der Zeitspanne nach 1919 mußten wir einige Jahre warten, um zuvor geheime Dokumente zu erhalten, die die Lügen während der Kriegszeit und des Friedenmachens an den Tag brachten. Jetzt sind die Tatsachen, die die Lügen aufzeigen, bereits erhältlich und müßten jedem ehrlichen und gebildeten Mensch klar sein.
Das einzige, auf das wir warten müssen, ist, genug Mut zu haben, das, was heute wohlbekannt und über allem Zweifel erhaben ist, auszusprechen - kurz, zu wissen, daß ein ehrlicher Historiker in einem Massenaufwiegelungsprozeß nicht sofort als Angeklagter auf der Liste steht. ...

Über "Kollektivschuld" und Propaganda

Die Sieger in jedem Krieg denken, daß sie recht haben und der Besiegte unrecht. Der letzte Krieg war keine Ausnahme. Dadurch, daß wir die Besiegten in diesem Krieg weiterhin als eine Rasse von Verbrechern behandelten und sie entsprechend bestraften, wie wir das zunächst taten, setzten wir einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall, einen, den unsere Kinder guten Grund haben zu bedauern. Weil, wenn wir jemals einen Krieg verlieren sollten, wir nur ähnliche Behandlung erwarten könnten.
Es ist eindeutig ungerecht, die Menschen eines Landes für das, was ihre Führer taten, zu beschuldigen und zu bestrafen, insbesondere, wenn die Menschen gezwungen waren, unter einer Diktatur zu leben, die bei schwerer Bestrafung erzwingt, sich den Erlassen und Befehlen der Führung zu fügen.
Die Wahrheit ist, daß die Menschen keiner Nation in der modernen Geschichte, uns selbst eingeschlossen, jemals eine wichtige Stimme bei großen Entscheidungen hatten, sei es in einen Krieg zu ziehen oder den Rahmen für … Friedensvereinbarungen festzulegen. Dies ist eine der größten Tatsachen, der wir ins Gesicht sehen müssen. Amerika kann keinesfalls zu einer Verbesserung im Spiel der Machtpolitik beitragen, das die Nationen der Welt in einen schrecklichen Krieg nach dem anderen gestürzt hat, bis die Menschen sich durchsetzen und

darauf bestehen, daß in Friedensvereinbarungen auch Gerechtigkeit eingebracht wird.
Bevor dies jedoch erreicht werden kann, müssen sie die Fesseln von falscher Propaganda abstreifen. ...
Der britische Außenminister Ernest Bevin sprach die Wahrheit über die Propaganda, als er bei der Konferenz der Außenminister in London am 10. Februar 1946 sagte:
Eine Zeitung muß drei Dinge tun. Eines ist zu belustigen, ein anderes zu unterhalten, und der Rest ist, irrezuführen.
Daß eine solche Propaganda in den meisten Fällen ungeheuren Anteil am Kriegschüren hatte, kann nicht bezweifelt werden. Sie täuscht und verwirrt die Öffentlichkeit, stachelt sie auf und stärkt ihre angeborene Voreingenommenheit, die durch zivilisierende Einflüsse im allgemeinen in erträglichen Grenzen gehalten wird. Menschen können nur solche Dinge richtig beurteilen, die sie aus eigener Erfahrung kennen oder bei denen sie die Möglichkeit hatten, sie durch Lernprozesse aus allen Blickwinkeln zu betrachten.
Wenn die Medien, auf die die Menschen für Nachrichten aus dem Ausland angewiesen sind, die Tatsachen färben und entkräften oder diese sogar verdrehen, was sie manchmal tun, gibt es für die Öffentlichkeit keine Möglichkeit, die Wahrheit zu erfahren. Ihr allgemeines Urteil, die Genauigkeit, die die Grundlage für einen demokratischen Prozeß bildet, kann konsequenterweise nicht verläßlich sein; im Gegenteil, wenn die Beurteilung irregeführt ist und die Leidenschaften für den Zweck genügend entfacht sind, werden sie unweigerlich verrückte Abenteuer, ungerechte Eingriffe und andere tragische falsche Schritte in internationalen Angelegenheiten unterstützen.
Und das ist, was Prime Minister Neville Chamberlain einen Monat vor Ausbruch des Krieges feststellte:
Unglücklicherweise werden täglich durch vergiftete Propaganda in der Presse und auf andere Weise böse Gefühle zwischen Nationen erzeugt. Ich habe das Gefühl, daß, wenn wir nur diesen Krieg mit Worten stoppen könnten und der Versuch gemacht würde, den Menschen das Vertrauen in die friedlichen Absichten aller Staatsmänner Europas zurückzugeben - wenn das nur möglich wäre, fühle ich immer noch, daß es keine Frage gibt, die nicht durch friedliche Diskussionen geregelt werden könnte und sollte.
Der Gewinn wäre ungeheuer. Wenn, andererseits, ein Krieg kommen sollte, und welche Seite auch immer den endgültigen Sieg davontragen würde, ist nichts sicherer, als daß Sieger und Besiegte gleichermaßen, eine schreckliche Ernte an menschlichem Elend und Leid erleben würden.
Sowohl Amerikaner als auch Briten wurden vor Ausbruch des Krieges mit irreführender, aufrührerischer Propaganda überhäuft. Nur einige ruhige, informierte Beobachter waren scheinbar in der Lage, sie zu durchschauen. Sechs Monate bevor wir in den Krieg gestürzt wurden, schrieb ein leitender Angestellter von Roosevelt & Son von Pine Street an Hugh W. Long & Co. in einem Brief:
Ich kann nicht anders, als meine Mißachtung für diejenigen zum Ausdruck zu bringen, die zur Zeit politisch mit dem Angstmotiv spielen und ein Bild der Vereinigten Staaten malen, die von Hitler überrannt werden. Es hat niemals ein Land gegeben, das strategisch so gut zur Verteidigung ausgerüstet war, als dieses, und wenn, zusätzlich, dieses Land mehr Öl hat als jedes andere in der Welt und dem mehr Ergebnisse praktischer Erfindungen zur Verfügung stehen (eingeschlossen die Originalerfindung von und die meisten der bedeutenden Verbesserungen an Flugzeugen) und eine erwiesene und anerkannte Fähigkeit zur Massenproduktion hat, ist mir klar, daß es eine spezielle Begabung für mechanisierte Kriegführung hat und daß all das Gerede über das, was Hitlers bewaffnete Streitkräfte mit uns machen könnten, nur dummes Zeug ist.
Nein, wenn der Totalitarismus zu den Vereinigten Staaten kommt, wird er nur kommen, weil

das amerikanische Volk von unaufrichtigen, oberflächlichen, geschickten Politikern beschworen werden kann und es versäumt, die Führung von Männern mit Charakter, Mut und Redlichkeit zu verlangen.
Vielleicht war das giftigste aller Propagandathemen, das in diesem Land ganzseitig in Zeitungen und anderswo verbreitet wurde, die angebliche Äußerung Hitlers, daß er eines Tages herüberkommen und das "dekadente Yankeetum" fertigmachen würde. Die Passage war aufgemacht, daß sie aussah wie ein direktes Zitat und war über dem Namen Adolf Hitler angebracht. Es wurde jede Anstrengung unternommen, den Eindruck zu vermitteln, als käme es aus *Mein Kampf*, obwohl es etwas war, von dem Hermann Rauschning sagte, daß Hitler es gesagt habe - die durch nichts gestützte Aussage eines Mannes, eines Flüchtlings.
Eine solche Aussage steht in starkem Gegensatz zu dem, was Hitler wirklich in *Mein Kampf* schrieb, wo er Deutschlands Verwundbarkeit durch seine ungeschützten Grenzen und die Ausdehnung seines kleinen nationalen Gebietes beschreibt und die Vereinigten Staaten wegen "ihres ungeheuren Raumes, der der Größe eines ganzen Kontinents entspreche" bewundert sowie ihrer "unvergleichlichen inneren Stärke." "Der gewaltige nordamerikanische Staat", sagt er, "mit seinen ungeheuren Ressourcen an Öl, ist viel unverwundbarer als das umzingelte Deutsche Reich."
Und er sagt weiter:
Demgegenüber werden militärische Entscheidungen schneller, leichter, vollständiger und wirkungsvoller erreicht bei Staaten, die weite Gebiete haben. Darüber hinaus ist die Weite nationalen Gebietes selbst eine gewisse Sicherheit dafür, daß eine andere Macht nicht hastig das Abenteuer einer Invasion riskiert, weil in dem Falle der Kampf um die Macht lange und erschöpfend sein würde, bevor Hoffnung auf einen Sieg besteht. Da das Risiko so groß ist, müßten außergewöhnliche Gründe für solch ein aggressives Abenteuer vorliegen. Daher gibt die territoriale Größe eines Staates eine Basis, auf der nationale Freiheit und Unabhängigkeit mit relativer Leichtigkeit erhalten werden können ...
Doch wie fest die Propaganda den Eindruck in der Öffentlichkeit verankert hatte, daß *Mein Kampf* ein Programm für die Eroberung der Welt enthielt, zeigt sich in folgendem Auszug, der aus einer Niederschrift der Frageperiode stammt, die der Rede von Botschafter John Cudahy vor dem Council of Foreign Relations (Rat für Öffentliche Angelegenheiten) von Chikago folgte, die er anderthalb Monate vor Pearl Harbor hielt.
Der Vorsitzende Bentley: Ich habe hier eine niedergeschriebene Frage: "Wie vereinbaren Sie Hitlers angekündigten Plan die Welt zu erobern, mit der ihnen gegenüber gemachten Äußerung?"
Mr. Cudahy: Ich weiß nichts von einem Welteroberungsplan. (Rufe von "Wie ist es mit Mein Kampf?" vom Publikum). Ich habe *Mein Kampf* sehr gründlich gelesen und habe keinen Welteroberungsplan darin gefunden. (Rufe von Oh-h-h-h aus dem Publikum). Ich schlief gewöhnlich darüber ein; nachdem ich jedoch in Deutschland gewesen war, habe ich ihn gründlich durchgelesen. Hitler hat eine Reihe von Äußerungen gemacht, die darauf hindeuten, daß er von einem Weltreich träumte, aber ich denke, Hitler kann ein wenig der Kampf-Redekunst beschuldigt werden. ... Ich weiß, daß dieser Krieg durch den letzten Krieg entstanden ist.
Es hat niemals wirkliche Beweise dafür gegeben, daß eine Welteroberung in Erwägung gezogen worden wäre. General Marshall, Chef des Generalstabes, sagte in seinem zweijährlichen Bericht, der im Oktober 1945 veröffentlicht wurde, daß es nach einer Beurteilung der Verhöre von Rangmitgliedern des deutschen Oberkommandos durch den Generalstab des Kriegsministeriums, keinen allgemeinen deutschen strategischen Plan zur Eroberung der Welt gegeben habe.

Schlußfolgerung

Das Programm der Alliierten, die Deutschen umzuerziehen, ist der Fall einer irregeleiteten

Gruppe, die versucht, eine andere zu desillusionieren. Unsere Überzeugung, daß die Deutschen mit vergifteter Propaganda angefüllt waren, ist ganz richtig, und unser Wunsch, die Auswirkungen dieser Propaganda zu beseitigen, ist gut. Wir können jedoch unseren Zweck nicht erreichen, wenn so viele unserer eigenen Ideen falsch sind. ...
Unser Umerziehungsprogramm sollte zu Hause anfangen. Wenn wir nur die Auswirkung der Propaganda auf unsere eigene Illusion überwinden könnten und die Ignoranz, die aus dem Fehlen einer gründlichen Kenntnis europäischer Angelegenheiten herrührt, wenn wir uns nur mit den Tatsachen vertraut machen und ihnen dann mutig gegenübertreten würden, könnten wir die Deutschen nicht nur umerziehen, sondern könnten viele irrige Punkte aus unserem deutschen Programm entfernen.
Wenn wir unsere eigenen Ideen und das Programm, das aus diesen Ideen entstand, nicht revidieren, laufen wir Gefahr, Deutschland, Europa und alles, wofür wir in diesem kostspieligen Krieg gekämpft haben, zu verlieren. Es ist zu hoffen, daß dieses Buch dabei hilft, den Weg zur Wahrheit zu weisen, und dadurch zu unserem zukünftigen Erfolg. ...<<

1948

> Aus einem freien Menschen wird kein Sklave, denn ein freier Mensch ist auch im Gefängnis frei.
> *Plato (427-347 vor Christus, griechischer Philosoph)*

01.01.1948

WBZ: In Dachau wird am 1. Januar 1948 der letzte Kriegsverbrecherprozeß des US-Militärgerichtes beendet. Der Dachauer US-Militärgerichtshof verurteilt insgesamt 1.648 Angeklagte, davon 417 Angeklagte zum Tode. 196 Angeklagte erhalten eine lebenslängliche Freiheitsstrafe (x112/429).
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 1. Januar 1948 über die Absicht der westlichen Siegermächte, einen westdeutschen Staat zu gründen (x112/429): >>... Nur auf ein solches Kerndeutschland, das seiner Idee nach von Beginn an das ganze Deutschland wäre, ließe sich ein politischer Wille richten, der das Recht nicht preis gibt.
Und wo könnte es gelegen sein?
Dort und nur dort, wo die größten Möglichkeiten deutsch zu sein, gegeben wären.<<
Der "Rheinische Merkur" berichtet am 1. Januar 1948 über das geteilte Deutschland (x112/-429): >>So wie Deutschland in seiner Gesamtheit eine Funktion des europäischen Schicksals geworden ist, so auch in seinen Teilen.
Es gibt für das westelbische Deutschland keinen anderen Trost, als daß es im Machtbereich von Staaten belassen ist, mit denen es seine geistige Tradition, seine Ansichten von Freiheit und Recht, von Demokratie und Selbstverwaltung gemeinsam hat. Ihm ist trotz aller räumlichen Begrenzung die Aussicht geblieben, seine geschichtliche Linie fortsetzen zu können. ...<<

02.01.1948

WBZ: Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof beginnt am 2. Januar 1948 der sog. "OKW-Prozeß".
Angeklagt sind folgende ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht: Wilhelm von Leeb, Hugo Sperrle, Georg Karl Friedrich von Küchler, Johannes Blaskowitz, Hermann Hoth, Hans Reinhardt, Hans von Salmuth, Generaloberst Karl Hollidt, Otto Schniewind, Karl von Roques, Hermann Reinecke, Walter Warlimont, Otto Wöhler und Rudolf Lehmann (x112/430).
Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...
Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.

Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<

04.01.1948

WBZ: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erklärt am 3. Januar 1948 während einer Tagung der CDU in Erlangen (x112/431): >>Die Lage des deutschen Volkes gleicht der eines Ertrinkenden, dem die Umstände keine Wahl mehr lassen und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.

Wenn die Besatzungsmacht nicht einsieht, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen ist, werden entweder die Kommunisten oder Nationalisten gestärkt werden. Das eine ist so schlimm wie das andere. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschlissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.

"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...

Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur 250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<

05.01.1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 5. Januar bis zum 1. Februar 1948 täglich nur 1.400 Kalorien zugeteilt (x117/31).

09.01.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 9. Januar 1948 vor der Presse (x112/434): >>Der Länderrat bedarf in mehrfacher Hinsicht eine Änderung.

Es ist nicht richtig, daß so kleine Staaten wie Bremen ebenso zwei Vertreter wie beispielsweise Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit 13 Millionen Einwohnern haben. ...<<

10.01.1948

USA: Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren kann.

15.01.1948

Berlin: In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignen sich am 15. Januar 1948 heftige Tumulte, weil der SPD-Fraktionsführer Swolinski die politischen Ziele der SED ablehnt (x112/437): >>Wir wollen eine deutsche Demokratie von Königsberg und Memel bis zum Süden Deutschlands. ...<<

16.01.1948

WBZ: General Pierre König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärt am 16. Januar 1948 im Radio Saarbrücken (x112/438): >>... Da eine Währungsreform in der französischen Zone allein sehr schwierig sein würde, muß Frankreich sich wahrscheinlich der Reform der Bizone anschließen.

Diese gemeinsame Währungsreform bedeutet jedoch keineswegs eine Fusion mit der Bizone, da auch bisher alle vier Zonen trotz gemeinsamer Währung unabhängig sind.<<

19.01.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 19. Januar 1948 über das Grenzdurchgangsla-

ger Friedland (x123/71-72): >>19. Januar 1948. Unmittelbar in der Nähe des Lagers gehen Mörder um.
Die Zonengrenze ist gefährlich geworden. Banditen überfallen Frauen, stehlen ihnen die Koffer, reißen den wehrlosen die Kleider vom Leibe, nehmen alles, was genommen werden kann.
Ein 72 Jahre alter Mann, der über die Zonengrenze wollte, wurde von 2 jungen Männern ... so lange mit Knüppeln geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann raubten sie ihn aus ...<<

20.01.1948

Großbritannien: In England werden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).

22.01.1948

WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 22. Januar 1948 über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse: >>**Nürnberger Recht**
Wir haben zu vielem, was In Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen.
Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, daß man, sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wußten, daß unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind - es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozeß festgestellt hat. Wir haben auch geschwiegen, als der Ankläger zur Verteidigung dieses Verfahrens vor dem, Gericht eine ausweichende Aussage machte.
Wir haben zu den Methoden jenes Herrn Kempner geschwiegen, den der angesehenste Journalist. Europas, Herr Öeri, in den "Basel" Nachrichten" einen Menschenjäger nannte, ohne daß dem - soweit wir wissen - öffentlich widersprochen worden sei.
Aber jetzt, nachdem sechs deutsche Anwälte des Krupp-Prozesses im Gerichtssaal verhaftet worden sind, jetzt, da die gleiche Verhaftung dem Rechtsanwalt Achenbach droht, wenige Tage bevor der Fall seines Mandanten zur Verhandlung kommt, jetzt können wir nicht mehr schweigen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Anklagebehörde, sondern um das Gericht. Wir wollen nicht, noch einmal uns den Vorwurf machen lassen, daß wir feige zusehen, wenn, unserer Meinung nach das Recht verletzt wird …
Wir, die wir Hitler, und sein Drittes Reich immer gehaßt, wir, die wir gefordert haben, daß die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, daß in Nürnberg Recht geschieht.
Sechs deutsche Anwälte sind verhaftet worden. Nach dem amerikanischen Gerichtsverfahren ist dies zulässig - in Deutschland geschah das gleiche nur von den Sondergerichten des Dritten Reiches. Aber handelt es sich in Nürnberg eigentlich um ein Gericht der Vereinigten Staaten? Das Tribunal des Milch-Prozesses hat dies bejaht.
Andere Nürnberger Militärgerichte stehen auf dem Standpunkt, sie seien internationale Gerichte, die vom Alliierten Kontrollrat eingesetzt sind. Dennoch spricht, bei jedem in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten eröffneten Verfahren der Gerichtsmarschall jedes der nur von amerikanischen Richtern besetzten Gerichte vor Beginn jeder Sitzung, neben der Fahne der Vereinigten Staaten stehend, die Worte: "Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika." Wenn aber diese Gerichte trotzdem international sein sollen, könnte dann nicht auch deutsches Recht in dem Verfahren berücksichtigt werden?
… Sollte nicht die Rechtsfindung höher stehen als eine Verfahrensordnung, und sollte man nicht darüber - hinwegsehen, wenn untadelige, deutsche Anwälte in begreiflicher Erregung zugunsten ihrer Mandanten die amerikanische Gerichtsordnung dem Buchstaben nach verletzen?

Der amerikanische Anwalt *Carroll* hat dem Frankfurter Vertreter der *New York Herald Tribune* gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine "tragische Verhöhnung der amerikanischen Justiz". Wir hoffen, daß der Antrag, den er beim *Supreme Court* der Vereinigten Staaten stellen will, diese Prozesse für ungültig zu erklären, wenigstens dazu führen wird, daß von hoher unparteiischer Stelle die Methoden der Anklagebehörde überprüft werden, damit das deutsche Volk Vertrauen zu den Nürnberger Verfahren gewinnen kann …<<

24.01.1948

Polen: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Arthur Liebehenschel wird am 24. Januar 1948 in Krakau hingerichtet.

25.01.1948

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 25. Januar 1948 in Düsseldorf (x112/442): >>... Die Partei wird weiterhin Berlin als die natürliche Hauptstadt Deutschlands verlangen, und dies bedeutet das Verlangen nach Ostdeutschland.<<

29.01.1948

Luxemburg: Während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten erklärt der CDU-Politiker Adenauer am 29. Januar 1948 (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

02.02.1948

USA: Das "Time-Magazine" kommentiert am 2. Februar 1948 Stalins Beziehungen zu Hitler (x043/341): >>... Letzte Woche veröffentlichte das US-Außenministerium (State Department) erstmals ... 357 Seiten erbeuteter deutscher Dokumente über Stalins Beziehung zu Hitler. ...

Im August 1939, nach der Unterschrift des Nichtangriffspakts, der Hitler für den Angriff im Westen freimachte, brachte Stalin auf Hitler folgenden Toast aus: "Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; deshalb möchte ich auf seine Gesundheit trinken."

Am 18. Juni 1940, nach dem Fall Hollands, Belgiens und Frankreichs, berichtet der deutsche Botschafter in Moskau: "Molotow ... brachte die herzlichsten Glückwünsche zu dem großartigen Erfolg der deutschen Streitkräfte zum Ausdruck."

Im November 1940 kam es zu den schicksalhaften Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsbeute.

Das State Department verbreitet zur Zeit über alle Sender der "Stimme Amerikas" die Dokumente über den Pakt. Natürlich ist das Propaganda, aber eine Propaganda, die auf lauterer Wahrheit basiert.<<

09.02.1948

WBZ: Landesbischof Theophil Wurm (Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands) kritisiert am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 9. Februar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/72-73): >>9. Februar 1948. Zwischen die Menschen, die aus wirklicher Not ... über die Zonengrenze in Richtung West und Ost getrieben werden, haben sich solche eingeschlichen, die mit der Not Geschäfte machen. Schwarzhändler, Schieber, Nachkriegsgewinnler. ...

Schwarzhändler haben hier in der Nähe von Friedland ihre großen Umschlagstationen. Hierher fließen Strümpfe und Textilwaren aus Sachsen und Thüringen und gehen umgekehrt Lebensmittel und Eisenwaren in die sowjetische Besatzungszone. Hier werden die gewinnbringenden Geschäfte abgeschlossen, die Grenzgänger entlohnt, neue Ware bestellt, ein alter Posten abgeschoben und Geld – Geld wird gezählt. Bündelweise. ...

Es wird von der Polizei berichtet, daß die Schieber unter sich einen richtigen Nachrichtenapparat aufgezogen haben. Man will sicher gehen, kundschaftet vorher die Streifen der Polizei aus, läßt sog. "blinde Trupps" irgendwo mit viel Lärm die Grenze passieren, um dafür geruhsam an einer anderen Stelle unbeobachtet die Waren hin- oder herüberbringen zu können
Es sind entsetzliche Zustände. Nur wer schiebt oder irgendwas "zu bieten" hat, kann noch einigermaßen leben. Alle anderen - und das ist die überwiegende Mehrzahl - darben und hungern. ...<<

11.02.1948

USA: Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.
Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand. Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...
Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.
Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 über den US-Raubzug im Deutschen Reich (x373/25-27): >>**Der größte Raub aller Zeiten**

_ von *Stephanie Eckhardt*

Die USA stahlen nach Kriegsende hunderttausende deutsche Patente, ohne die ihr Aufstieg zur Weltmacht kaum möglich gewesen wäre - und entführten unsere besten Erfinder. Besonders einer von ihnen schrieb amerikanische Geschichte.
Wissenschaftliche Höchstleistungen und technische Erfindungen, die die Welt veränderten: Um das Genie der Deutschen wußten auch die Amerikaner und landeten 1945 einen der größten Coups ihrer Geschichte, indem sie geistiges Eigentum aus dem Land der Dichter und Denker raubten.
Das Deutsche Reich war in Wissenschaft und Technik allen anderen Nationen haushoch überlegen, mit 47 Nobelpreisen zwischen 1900 und 1945, die meisten in Physik, Chemie und Medizin (darunter Max Planck, Werner Heisenberg, Robert Koch und Wilhelm Conrad Röntgen) sowie einer unglaublichen Fülle an neuartigen Forschungen und industriellen Verfahrensweisen.

Bei Nacht und Nebel

Dezember 1943: In der Dunkelheit und bei Schneeregen halfen Wehrmachtssoldaten dem Reichspatentamt, geheime Akten im hessischen Heringen zu verstecken. Sie lagerten die Dokumente in dem über 500 Meter tiefen Schacht eines Salzbergwerks ein und türmten zahlreiche Kanister mit Chemikalien darüber. Mindestens 250.000, wenn nicht 320.000 Erfindungen umfaßte dieser Schatz, weitere 180.000 Dokumente verbrachten die Männer nach Niederschlesien, ins Kloster von Striegau und in die Stadt Jauer.
April 1945: Tausende amerikanische Soldaten und US-Spezialisten durchforsteten deutsche

Betriebe nach Maschinen und technischen Erfindungen und beschlagnahmten in Heringen die Schätze. Eine US-Mannschaft nahm die Patente sicherheitshalber auf Mikrofilm auf: Das Papier hätte sich auflösen können, und es waren hunderttausende Seiten, die nicht so schnell transportiert werden konnten.
Danach verluden sie die Akten in Güterwaggons und verschifften diese weiter nach Amerika, dazu kamen über 145.000 noch nicht vollständig bearbeitete Patentakten aus der Berliner Zentralbehörde. Menschenraub inklusive: Die Amerikaner nahmen tausende deutsche Techniker und Wissenschaftler mit über den Großen Teich: zur Bedienung der drüben meist unbekannten Maschinen und zur Umsetzung ihrer Forschungsarbeit.
Dieser Raubzug umfaßte auch militärische Entwicklungen der Deutschen wie Nuklearwaffen, Raketen, Düsenjets oder U-Boote. Gipfel der Dreistigkeit: US-Präsident Truman schmückte sich mit fremden Federn: "Wir haben die Atombombe erfunden", log er in einer Fernsehansage nach dem Nukleareinsatz von Hiroshima und Nagasaki - und verschwieg die Grundlagenarbeiten von Otto Hahn. Der Nobelpreisträger des Jahres 1944 wurde "Vater der Kernchemie" genannt und ist einer der bedeutendsten Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts.

Fette Beute

Die US-Räuber durchstöberten hunderttausende wertvolle Geheimdokumente, hier einige Beispiele:
Vakuum-Röhren aus sogenanntem schwerem Porzellan, anders als die Ami-Funzeln unzerstörbar und tausend Watt stark.
Bänder aus Kunststoff und mit Eisenoxyd metallisiert, die in Deutschland Magnetofon bereits die Schallplatten verdrängt hatten.
Infrarotsichtgeräte, mit denen Autos in der Dunkelheit mit jeder Geschwindigkeit fahren konnten. Sie erkannten auf zweihundert Meter jedes Hindernis, Panzer konnten weit entfernte Ziele ausmachen, Scharfschützen in absoluter Dunkelheit zielen.
Modernste elektrische Kondensatoren, millionenfach benötigt von der Radar- und Radio-Industrie: Die Deutschen hatten sie aus Papier mit vaporisiertem Zink überzogen hergestellt, damit waren sie 40 Prozent kleiner und 20 Prozent billiger als die der Konkurrenz sowie nahezu unverwüstlich. Ging einer kaputt, vaporisierte der Überzug und das Papier isolierte - so brachte sich der Kondensator von selbst wieder in Ordnung und arbeitete auch bei Störungen mit 50 Prozent höherer Voltzahl als alle anderen Geräte auf dem Weltmarkt. Den amerikanischen Fachleuten kam allein diese deutsche Erfindung vor wie Magie.
Eine lange Reihe chemischer Verfahren zur Herstellung von synthetischem Treibstoff, Gummi, Textilien und Kunstleder oder auch ein revolutionäres Verfahren zur Metallverarbeitung, der sogenannte Kalt-Ausstoß-Prozeß, verwendet beispielsweise für Radiorahmen. Die Amerikaner mußten diese bislang in mehreren Arbeitsgängen mit einer Schneidemaschine herstellen, Löcher stanzen und anpassen, während die Deutschen auf einer einzigen Presse die Herstellungszeit tausendfach verkürzten. Allein dieses kleine Verfahrensgeheimnis revolutionierte die metallverarbeitenden Industrien der USA.
Eine Vielzahl von Präzisionsgeräten und Patenten in den Segmenten Chemie, Physik und Elektronik trieben den Amis Dollarzeichen in die Augen wie bei Dagobert Duck - nie zuvor und danach sahen sie eine solche Sammlung geheimer Herstellungsanleitungen für flüssige und feste Brennstoffe, Metallurgie, Chemikalien, Kunststoffe und Farben.
Nicht weniger revolutionär waren die Funde im Bereich Medizin und Nahrungsmittel. So hatten die Deutschen bereits eine fortgeschrittene Konservierungs- und Gefriertechnik für die Versorgung ihrer Mannschaften in den U-Booten entwickelt, die der Lebensmittelindustrie Billionen Umsatz bringen sollte. Auch die Geheimnisse deutscher Pharmakologen und Mediziner zur Herstellung von synthetischem Blut-Plasma und neuer Medikamente nahmen die US-Räuber mit.

Amerikanische Geschäftsleute stürzten sich auf die Patente wie die Geier, nachdem sie von Präsident Truman der Öffentlichkeit preisgegeben wurden. So bekam die Bendix Corporation in Indiana den automatischen Schallplattenwechsler, Pillsbury riß alles über deutsche Mehl- und Brotherstellung an sich, die Kendall Manufacturing Company war scharf auf unsere Insektizide, und eine Pioneer Hi-Bred Corn Company aus Iowa wollte alles, was Forscher der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim herausgefunden hatten.
Die Pacific Mills verlangten das Produkt der IG-Farben, mit dem Kunstseide wasserdicht und knitterfest gemacht werden kann, und die Polaroid Company übernahm die Erfindungen von Zeiss. Fazit: Die deutschen Erfindungen brachten US-Fabrikanten unermeßliche Profite. Dagegen läßt sich der riesige Schaden für Deutschland bis heute nicht mehr beziffern.

Der Mond ist ein Deutscher

Am brennendsten interessierten sich Trumans Diebe jedoch für die deutsche Luftfahrt- und Raketentechnik, vor allem deren Leiter Wernher von Braun. "Die V2-Rakete, mit der London bombardiert wurde", so eine Veröffentlichung der Army Air Force, "war nur ein Spielzeug verglichen mit dem, was die Deutschen noch in der Hinterhand hatten".
Bei Kriegsende hatten Deutschland 138 Raketen-Typen im Entwicklungs- und Herstellungsstadium. Wernher von Brauns A-4-Geschoß, das zur Massenproduktion kommen sollte, war 14 Meter lang, wog über zwölf Tonnen, stieg auf 100 Kilometer Höhe und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von über 5.000 Kilometern pro Stunde. Sein Geheimnis war ein Triebwerk auf Basis von flüssigem Sauerstoff. Ein Fernbomber also, der binnen 40 Minuten von Deutschland nach New York geflogen wäre - und künftig der Air Force Angriffe auf Moskau ermöglichen sollte.
Mai 1945: Die deutschen Experten wurden in Garmisch-Partenkirchen von den Amerikanern verhört - dabei interessierten diese sich ausschließlich für Raketentechnik, nicht für deren NS-Vergangenheit. Wernher von Braun selbst kam jedoch nicht nach Oberbayern und wurde statt dessen im Juni 1945 ins nordhessische Witzenhausen gebracht, wohin die Amerikaner auch die Raketeningenieure aus Thüringen holten, bevor dieser Gau, wie in der Konferenz von Jalta vereinbart, der sowjetischen Besatzungszone zufiel.
Von Braun blieb mit Walter Dornberger und weiteren Ingenieuren unter strenger Bewachung, bis alle zusammen von den Yankees im September 1945 in die USA geflogen wurden (bekannt als Operation Overcast).
In Texas standen sie unter Aufsicht der US Army. Bis Anfang 1946 wurden über hundert weitere Raketentechniker eingeflogen, um den Amis ihr Wissen zu vermitteln. Als Wernher von Braun 1947 seine Familie in Deutschland besuchen und dort seine Verlobte heiraten wollte, stand er die ganze Zeit unter militärischer Bewachung. Im März 1947 heiratete er in seiner Heimat, doch anschließend mußten er und seine Ehefrau zurück über den Großen Teich.
Von Braun blieb in Amerika, es gab kein Zurück mehr. Er brachte die amerikanische Raumfahrt und Raketentechnik mächtig nach vorn, war 1953 für mehr als 1.000 Mitarbeiter verantwortlich und erhielt 1955 die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er entwickelte weitere Raketen wie die Mittelstreckenrakete Jupiter mit präzisionsgelenkter Munition und einer auf 2.410 km vergrößerten Reichweite.
Im Juli 1958 wurde die Luft- und Raumfahrtbehörde NASA gegründet, die von Braun und seine Mannschaft leiteten - sie ermöglichten den USA erstmals den Flug eines Astronauten in den Weltraum. Wernher von Braun überzeugte US-Präsident John F. Kennedy, auf eine Mondlandung hinzuarbeiten, und baute ihm mit der Saturn V die Trägerrakete dafür. Im Juli 1969 flogen mit der Mission Apollo 11 die ersten Menschen zum Mond. "Der Mond ist ein Ami", titelte *Bild* damals. Es ist jedoch ein Deutscher!

Unsere Genies

Aus der gigantischen Fülle deutscher Erfindungen im Folgenden einige Glanzpunkte: der

Buchdruck von Johannes Gutenberg, das Gleitflugzeug von Otto Lilienthal und das Düsentriebwerk für Flugzeuge von Hans von Ohain, der Hubschrauber von Henrich Focke, Auto und Motorrad von Carl Friedrich Benz und Gottlieb Daimler, der Dieselmotor von Rudolf Diesel und der Ottomotor von Nicolaus August Otto mit Zündkerzen von Robert Bosch, die Elektronik von Werner von Siemens, der Computer von Konrad Zuse, die Kamera von Oskar Barnack, die Kernspaltung von Otto Hahn, Raumfahrttechnik und Raketen von Wernher von Braun, der Fernseher von Manfred von Ardenne, Röntgenstrahlen von Wilhelm Conrad Röntgen, Justus Liebigs Erfindungen gegen den Welthunger wie Backpulver, Lebensmittelextrakte und Mineraldünger, das Telefon von Johann Philipp Reis, die Glühbirne von Heinrich Göbel, das Tonband von Fritz Pfleumer, der Elektromotor von Hermann Jacobi - um die Wichtigsten zu nennen.<<

19.02.1948

WBZ: Der Nürnberger Militärgerichtshof verurteilt am 19. Februar 1948 folgende Wehrmachtsoffiziere (x112/457): >>... Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze (erhalten eine) ... lebenslängliche Zuchthausstrafe (Fall VII).

Die Generale Lothar Rendulic und Wilhelm Speidel erhalten 20 Jahre, Helmuth Felmy 15 Jahre, Hubert Lanz 12 Jahre, Ernst von Leyser 10 Jahre und Ernst Dehner 7 Jahre Zuchthaus.

Die Generale Curt von Geitner und Hermann Foertsch werden freigesprochen.

Feldmarschall Maximilian von Weichs wird wegen lebensgefährlicher Erkrankung von der Verhandlung freigestellt.<<

Strafen nur für die Verlierer

Im Verlauf der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer geahndet. Die Kriegsverbrechen der Siegermächte ahndete man fast nie. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfaßbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfaßbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.

Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Die ungesühnten Massenverbrechen der sowjetischen "Befreier"

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.

Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Auszeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.

Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.

Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).
Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).
Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäkkig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben.
Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrecken versetzt hätte. Während der sowjetischen Befreiungsmission hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen.
General Katukow stellt später fest (x025/110): >>Bevor wir in deutsches Gebiet einmarschierten, rief der Kriegsrat die Truppen auf, sich auf gegnerischem Territorium würdig zu verhalten.
Der Haß, den unsere Menschen gegen die Faschisten hegten, machte diesen Appell notwendig. ... Doch dieser Haß durfte sich nicht gegen die deutsche Zivilbevölkerung richten. ...
Unsere Erziehungsarbeit war erfolgreich: Der Kriegsrat brauchte sich nicht mit unwürdigem Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen. ...<<
Nach Kriegsende berichtet Marschall Sokolowskij (ab 1944 Stabschef der 1. Ukrainischen Front) vor westeuropäischen Pressekorrespondenten (x025/110-111): >>Gewiß, es sind eine Menge häßliche Dinge passiert. Aber haben Sie etwas anderes erwartet?
Sie wissen, was die Deutschen mit unseren Kriegsgefangenen anstellten. Wie sie unser Land verwüsteten, wie sie mordeten, raubten und plünderten. Haben sie Majdanek oder Auschwitz gesehen?
Jeder unserer Soldaten hat Dutzende seiner Kameraden verloren. Jeder von ihnen hat seine persönliche Rechnung mit den Deutschen zu begleichen und im ersten Rausch des Sieges empfanden unsere Soldaten eine gewisse Genugtuung, wenn sie es den Frauen dieses Herrenvolkes zeigen konnten.
Aber das ist jetzt vorbei. Wir haben diese Dinge weitgehend abgestellt. Im übrigen ist es auch nicht gerade so, daß die meisten deutschen Frauen keusche Jungfrauen wären. Unsere Hauptsorge ist das erschreckende Ansteigen der Syphilis bei unseren Soldaten. ...<<
In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd., heißt es (x010/24-25): >>Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit in der Armee war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Verbrechen der faschistischen Eroberer auf sowjetischem und polnischem Boden beschrieben. Die Familien vieler Militärangehöriger hatten unter den faschistischen Okkupanten gelitten.
... Zorn und Haß glühten in den Herzen der Soldaten, als sie auf die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen trafen oder Berichte von Sowjetmenschen hörten, die der faschistischen Sklaverei entronnen waren. ...

Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. ... Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfeinheiten ...
Bei der 2. und 3. Belorussischen Front machten die Kommunisten und Komsomolzen fast die Hälfte des gesamten Personalbestandes aus. ... Die Leiter der Politabteilungen der Divisionen und Brigaden händigten die Parteimitgliedsbücher teilweise in den vordersten Stellungen aus. ...<<
In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die Streitkräfte der UdSSR (x047/107,277): >>... Der Organisator und Inspirator des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg war die Kommunistische Partei mit ihrem Kampfstab - dem Zentralkomitee. Während des Krieges nahm die Autorität der Partei unermeßlich zu. ...
Außerordentlich große Aufmerksamkeit widmete die Partei den sowjetischen Streitkräften. Ihr Sieg war der Sieg der Militärpolitik der Partei. Die Politorgane von Armee und Flotte leisteten eine enorme parteipolitische Arbeit zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des bewaffneten Kampfes und zur Erziehung der Armeeangehörigen. ...
Zur Festigung der Führung der Parteikräfte durch die Partei entsandte die KPdSU 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Front. Sie zementierten die Truppenteile und waren im Gefecht eine zuverlässige Stütze der Kommandeure. Die Reihen der Partei wurden ununterbrochen aufgefüllt. Während des Krieges traten 5.319.000 Werktätige in die Partei ein. Mehr als 3,0 Millionen Kommunisten fielen an den Fronten des Krieges. ...<<
>>... Der größte Teil der Streitkräfte war an der sowjetisch-deutschen Front konzentriert. Hier hatte die handelnde Armee (Kampftruppen) 1945 eine Stärke von 6,7 Millionen Mann (ohne Reserve- und Nachschubeinheiten). ...
Die Streitkräfte der UdSSR haben sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unsterblichen Ruhm erworben. Für Heldentaten im Kampf wurden mehr als 7,0 Millionen Armeeangehörige mit Orden und Medaillen geehrt, mehr als 11.600 Angehörigen der Streitkräfte wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen. Ungefähr die Hälfte aller Ausgezeichneten waren Kommunisten oder Komsomolzen. ...<<
In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die "Befreiungsmission" der sowjetischen Streitkräfte im "Großen Vaterländischen Krieg" (x047/5,39): >>... Sie befreiten auch einen großen Teil Deutschlands und setzten der Aggression dort das Ende, von wo diese ausgegangen war – in der faschistischen Befehlszentrale Berlin. Sie bewahrten die Welt vor faschistischer Sklaverei und erfüllten zuverlässig alle militärischen Pflichten, die der Sowjetstaat als Verbündeter der Antihitlerkoalition übernommen hatte. ...
Die Schlachten des Krieges tobten noch, da halfen sie bereits den befreiten Völkern, das Leben im Lande wieder in Gang zu bringen und ihre demokratischen Errungenschaften vor Anschlägen der Konterrevolution zu verteidigen. Der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft eröffneten ihm den Weg zum antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginn, eröffneten den Weg zur Gründung der DDR ...
Die Völker der Welt feierten dankbar die historische Befreiertat der Sowjetstreitkräfte ...<<
>>... Die Ziele der Befreiungsmission wurden vom ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gleich zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges festgelegt.
Es war vorgesehen, den Völkern Europas bei ihrer Befreiung von den faschistischen Eroberern Hilfe zu leisten und sie bei der Wiedererrichtung ihrer unabhängigen Nationalstaaten zu unterstützen sowie ihnen völlige Freiheit bei der Lösung der Frage des Staatsaufbaus und der sozialen Ordnung zu gewähren. 1944/45 wurden von den sowjetischen Truppen 13 Länder Europas und Asiens vollständig oder teilweise befreit. ... Mehr als 1,0 Millionen sowjetische Soldaten fielen im Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker. ...

Die Befreiungsmission der sowjetischen Streitkräfte hatte große historische Bedeutung und wurde von den Völkern der Welt mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.
Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwa wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<
Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über Stalins Verbrechen (x075/88-89): >>... Das sowjetische Verbrechen ist in der Innenpolitik der westlichen Länder immer wieder angeführt worden, um vorhandene soziale Privilegien zu verteidigen und um strukturelle Gewalt aufrechtzuerhalten. Mit derselben Beständigkeit wurde das Verbrechen aber auch geleugnet; man glorifizierte sogar den oder die Schuldigen, um nicht der Partei oder dem Bündnis mit ihr zu schaden. Ein Leugnen, das bald der wissentlichen Lüge, bald der Blindheit durch Glauben oder Leichtsinnigkeit oder dem Wunsch, die Augen zu verschließen, entsprang; ein Leugnen auch, weil es Verbrechen gab, die in der damaligen Zeit noch nicht erkennbar waren. ...
Auf der anderen Seite wurde das Verbrechen als eine Verirrung, als ein Unfall oder auch als das Produkt einer bestimmten Gesellschaft verstanden; als ein Verbrechen, das keinesfalls für eine in einem Regime konkrete Wirklichkeit gewordene Doktrin kennzeichnend sei, während zugleich Auschwitz als die zwangsläufige Vollendung eines übersteigerten Faschismus verstanden wurde.
... Die makabren Zahlenvergleiche zeigen, daß Stalin außerhalb des Krieges mehr Leichen "produziert" hat als Hitler. Zwar hat Hitler den Polizeistaat begründet und organisiert, was die Durchführung der Massaker ermöglichte, aber dafür hat Stalin als Nachfolger Lenins sowohl die Tscheka (sowjetische Geheimpolizei) als auch die Lager vorgefunden. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrechen (x046/314-315): >>... Durch die auf deutschem Boden begangenen Völkerrechtsverletzungen hatten große Teile der Roten Armee sich außerhalb der Traditionen herkömmlichen Soldatentums gestellt. Straftaten gegen Wehrlose ... als Massenerscheinung und nach Anstiftung und unter Beteiligung der militärischen Führer waren in den Armeen anderer europäischer Staaten selbst im Zweiten Weltkrieg unbekannt und wären von den Kommandostellen auch niemals geduldet worden.
Und die deutsche Wehrmacht machte hiervon keine Ausnahme. Raub und Plünderung, ganz zu schweigen von Mord und Notzuchtverbrechen, waren nach zwingenden Vorschriften des Militärgesetzbuches mit schweren Strafen bedroht. Die Kriegsgerichte haben auch in den sowjetischen Gebieten zur Wahrung der militärischen Disziplin Vergehen und Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen an der Zivilbevölkerung in der Regel mit harten Strafen geahndet

und oft nicht gezögert, selbst die Todesstrafe zu verhängen.
Fragt man daher nach den Verantwortlichen für die in den deutschen Ostprovinzen begangenen Kriegsverbrechen, so würde es sich, folgte man dem alten militärischen Grundsatz, daß die Vorgesetzten in jedem Fall für die Handlungen ihrer Untergebenen verantwortlich sind, bei der Mehrzahl der dort eingesetzten Befehlshaber und Truppenführer und bei vielen Angehörigen des mittleren und unteren Führerbestandes auch im Sinne des Nürnberger Statutes um "Kriegsverbrecher" gehandelt haben. ...<<

25.02.1948

CSR: Staatspräsident Benesch wird nach einem Staatsstreich der Kommunistischen Partei (Gleichschaltung von Polizei, Presse, Rundfunk und Verwaltung) am 25. Februar 1948 zum Rücktritt gezwungen. KP-Chef Klement Gottwald gründet nach der gewaltsamen Machtübernahme die "Volksrepublik Tschechoslowakei" und bildet in der CSR eine kommunistische Regierung (x004/68).

26.02.1948

WBZ: In Hameln werden am 26. Februar 1948 vierzehn ehemalige Gestapo-Beamte gehängt, die man wegen der Ermordung von 50 gefangenen britischen Fliegeroffizieren zum Tod verurteilt hatte (x130/253).
Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwert sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).
Frankreich: Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

01.03.1948

Vatikan: Papst Pius XII. schreibt am 1. März 1948 an die deutschen Bischöfe (x150/44): >>...
Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.
Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.
Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat.
War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben?
Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...
Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt? ... <<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1998 über den Papst-Brief vom 1. März 1948 (x853/...): >>... **Ein "vergessener" Papst-Brief** ...
Während sich die deutschen Heimatvertriebenen damals in ihrer seelischen und geistigen Not durch das väterliche Wort des Papstes innerlich gestärkt und ermuntert fühlten, verübelten polnische Kreise dem Pontifex den Brief und hielten ihm in einer Erklärung vom Juni 1948 vorwurfsvoll entgegen:

"Der Papst hat es nicht als beispiellos befunden, als die Deutschen Millionen von Polen töteten und die Professoren und Gelehrten einer der ältesten europäischen Universitäten in Dachau und Oranienburg sterben ließen."
Gleichsam eine später wieder aufgegriffene Anklage vorwegnehmend, fuhren die polnischen Papst-Kritiker in ihrem Protest fort:
"Der Papst hat weder gegen die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, Majdanek und Treblinka protestiert noch diese ein in Europa ohne Beispiel dastehendes Verbrechen genannt".
- Kardinalprimas Hlond fühlte sich veranlaßt, diese scharfe Attacke der Krakauer Hochschullehrerschaft und 50 weiterer Kollegen aus ganz Polen in einem eigenen Hirtenbrief etwas abzuschwächen und seine polnischen Landsleute zu beruhigen. Sie sollten "in den neu gewonnenen Gebieten alle Beunruhigung fallen lassen und sich in dem Glauben bestärken, daß sie nicht vergeblich im Schweiße ihrer Arbeit Brachland fruchtbar gemacht und Industrien in Gang gesetzt" hätten.
Formulierungen, die mit Ausdrücken wie "Brachland" und "Industrien in Gang gesetzt" dem Unkundigen oder Nachgeborenen eine irreführende Vorstellung nahe bringen und ihn die vorausgegangene Vertreibung der bisherigen Landbearbeiter und Industriebetreiber aus den Augen verlieren lassen.
Bei Primas Augustyn Hlond fast eine "Neuauflage" seiner täuschungsverdächtigen Ausdeutung päpstlicher "Vollmachten" im Jahre 1945, welcher deutsche Ordinarien und Kapitular-Vikare zum Opfer gefallen sind.
Vermied Kardinal Hlond immerhin noch augenscheinliche Unrichtigkeiten und operierte in national-polnischen Angelegenheiten mit Vieldeutigkeiten, die er dann stets in seinem Sinne auszulegen verstand, hantierten die akademischen Papst-Kritiker von Krakau und anderen polnischen Hochschulen sogleich mit offenen Zahlen und beschwerten sich in ihrem Protest gegen den Papst-Brief vom 1. März 1948 auch über die von Pius XII. gemachte Angabe von "zwölf Millionen Deutschen", die aus Polen vertrieben worden seien. Sie hielten dagegen: "Die in der päpstlichen Botschaft an die deutschen Kirchenführer enthaltene Behauptung, es seien zwölf Millionen aus Polen ausgesiedelt worden, ist unrichtig. Es sind nur 2.155.000 Deutsche nach Deutschland umgesiedelt worden."
- Mit dieser "Gegendarstellung" übernahmen die polnischen Beschwerdeführer unbesehen die falschen Zahlenangaben der kommunistischen Regierung in Warschau und machten sich damit im wahrsten Sinne des Wortes zum Sprachrohr der kommunistischen Menschenvertreiber.
Der angesehene Zeithistoriker und renommierte Bevölkerungsstatistiker Heinz Nawratil, hat in einer vielbeachteten Studie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) schlüssig nachgewiesen, daß sogar mehr als "nur" 12 Millionen Menschen 1945 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohen und vertrieben worden sind. Unzutreffend wie die von Warschau angegebene Zahl ist auch die von ihr verwendete Bezeichnung "ausgesiedelt". Die ihr innewohnende Verharmlosung beleidigt die Millionen Vertreibungsopfer, welche die Ost- und die Sudetendeutschen zu beklagen hatten.
Pius XII. gedachte in seinem Brief dieses Opfergangs, wenn er von dem "furchtbaren Verhängnis" sprach, das über "die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist". Und daß ihm diese Mitleidensbekundungen nicht wohlfeile Worte waren, erhellt die Erwähnung seiner persönlichen Erinnerungen:
"Wir haben in den Tagen, da wir in Eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kir-

che und Papst."
"Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen." ...<<

06.03.1948

Großbritannien: Während einer Konferenz in London beraten die Westmächte am 6. März 1948 u.a. auch über eine bessere Zusammenarbeit in der nordamerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone sowie über Deutschlands Teilnahme am Marshall-Plan.

10.03.1948

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 10. März 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 14 angeklagte ehemalige SS-Abteilungsleiter ("RuSHA-Prozeß").
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "RuSHA-Prozeß" (x051/507): >>RuSHA-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof I der USA in Nürnberg gegen den Chef des Stabshauptamts/Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Ulrich Greifelt und 13 andere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 8).
Die Angeklagten waren 14 hohe Angehörige verschiedener SS-Organisationen – z.B. des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) und der Volksdeutschen Mittelstelle –, deren Ziel es nach der Anklageschrift war, die angebliche Überlegenheit der nordischen Rasse zu fördern und zu schützen sowie alle diejenigen Kräfte zu unterdrücken und auszurotten, die dem entgegenstanden.
Durch Urteil vom 10.3.48 wurden Greifelt zu lebenslänglich und zwölf Mitangeklagte bei teilweiser Freisprechung von Anklagepunkten zu zeitigen Freiheitsstrafen von zwei Jahren acht Monaten bis 25 Jahren verurteilt.
Die einzige weibliche Angeklagte, Inge Viermetz vom Lebensborn, wurde freigesprochen. Fünf Verurteilte wurden auf Anordnung des Gerichts sofort freigelassen, weil die Untersuchungshaft eine "hinreichende Bestrafung darstelle".
Ein ehemaliger Leiter des RuSHA, Richard Hildebrandt (25 Jahre Haft), wurde an Polen ausgeliefert, dort zum Tod verurteilt und am 10.3.51 hingerichtet.
Greifelt starb während der Strafhaft.
Die Strafen der weiteren Verurteilten wurden durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy vom 31.1.51 herabgesetzt.<<
Der Rat der EKD und andere evangelische Kirchengemeinschaften veröffentlichen am 10. März 1948 ein "Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen rechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes" (x112/470): >>... Echter Friede kann nur werden, wenn im Mittelpunkt Europas die natürlichen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.
Der Osten kann den Westen und der Westen den Osten auch wirtschaftlich nicht entbehren.<<

18.03.1948

SBZ: Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (1894-1964, ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).
WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 18. März 1948 unter der Überschrift "1848-1948" (x112/474): >>... Aus unserer ganzen Geschichte seit 1848 können wir das eine lernen, daß die Freiheit noch höher steht als die Einheit. Das hat schon für die alte Freiheit gegolten, und es gilt erst recht für eine neue Freiheit, die sich mit der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden hätte.
Wir besitzen sie bisher nirgends, ... aber sie läßt sich nur im Westen Deutschlands gewinnen.<<

19.03.1948

Belgien: Die interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

20.03.1948

Berlin: Da sich die Sowjetunion erwartungsgemäß nicht an die Abmachungen des Alliierten Kontrollrats hält, und die westlichen Alliierten nicht bereit sind, weitere Zugeständnisse zu machen, verschärfen sich allmählich die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Ost und West.

Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.

Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung. Er zwingt die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wird. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wird nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.

Während des "Kalten Krieges" erlahmen die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigt jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) berichtet später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146, x059/109): >>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Anwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."

Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<

>>... Wir hatten viele Monate versucht, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, während die Sowjetunion rücksichtslos ihre eigene Politik betrieb; wir wollten nun nicht mehr länger warten, sondern versuchten, allein oder mit jenen zusammen, die sich uns anschließen würden, die Ziele zu erreichen, die wir alle uns in Deutschland gesteckt hatten.<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) schreibt später über die Fehler der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik (x128/194): >>... Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz von Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. ...

Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden in der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland.

Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen - es lag ja schon am Boden -, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten - physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor Verzweiflung und vor dem Kommunismus.
Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte im Sinne der Westmächte zu machen. Nun endlich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen Ihren Lauf ließen.<<
Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über die sowjetische Deutschlandpolitik (x128/195): >>Das Nebeneinander gegensätzlicher und einander sich ausschließender Äußerungen und Haltungen sowjetischer Funktionäre, vornehmlich Stalins, zur Frage der Behandlung Deutschlands nach dessen Besiegung und Besetzung, erschwert nicht nur die Charakterisierung und Festlegung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es macht zweifelsfreie Feststellungen über die tatsächlichen Absichten der Sowjetunion in Deutschland unmöglich. Möglich sind nur begründete Mutmaßungen. Erkennbar sind heute drei Richtungen:
1. Stalin verstand die Besetzung eines Teiles Deutschlands als Möglichkeit der Westverlagerung Polens und als Mittel zur Stärkung der Sowjetunion.
2. Die Gruppe um den 1948 verstorbenen sowjetischen Spitzenfunktionär Andrej A, Shdanow, der im Zweiten Weltkrieg die Verteidigung der eingeschlossenen Stadt Leningrad leitete und als Nachfolger Stalins galt, betrachtete die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als ein "Sprungbrett, von dem aus sich die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach ganz Westeuropas organisieren lasse.".
3. Stalins langjähriger Innenminister Berija soll, wie N. S. Chruschtschow im März 1953 mitteilte, vor allem nach dem Tode Stalins im Sommer 1953 willens gewesen sein, das Regime von Pankow zu liquidieren. Er soll einem Arrangement mit Deutschland den Vorzug vor der Behauptung eines Teiles von Deutschland gegeben haben. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...
Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.
Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.
Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:
1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.
Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

24.03.1948

Jugoslawien: Am 24. März 1948 werden die letzten Internierungslager für Volksdeutsche aufgelöst (x025/26).
Die noch arbeitsfähigen Volksdeutschen weist man Staatsgütern und staatlichen Industriebe-

trieben zu, wo sie meistens für zunächst 3 Jahre in ein sog. vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen werden. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehören weiterhin zum Alltag der entlassenen Volksdeutschen (x006/114E).

26.03.1948

USA: Die US-Regierung sendet am 26. März 1948 eine Protestnote an die Sowjetunion (x112/479): >>... Nicht die Westmächte und die Schaffung der Frankfurter Verwaltung sind Anlaß für die politische Teilung Europas, sondern das systematische einseitige Vorgehen der Sowjetregierung in ihrer Besatzungszone und das Verhalten der osteuropäischen Staaten.<<

März 1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.

01.04.1948

SBZ: Die Bestimmungen für den Verkehr durch die sowjetische Besatzungszone (Interzonenverkehr) werden am 1. April 1948 nochmals verschärft.

UdSSR: Die "Prawda" kommentiert am 1. April 1948 die letzte AKR-Sitzung (x112/485): >>Die Zerstückelung Deutschlands ist vollendete Tatsache geworden. ...<<

03.04.1948

WBZ: Die "Rheinische Post" berichtet am 3. April 1948 über die Möglichkeit einer getrennten Staatenbildung in Deutschland (x112/488): >>Es gibt, wenn denn eines Tages der Westen tatsächlich ohne den Rest unseres Landes als souveräner Staat vor die Rampe der Weltbühne tritt, keine wirkliche Trennung, sondern nur eine vorläufige Hinderung.

Sowenig Europa kulturell an der Elbe endet, sowenig kann dieser Strom auf längere Zeit, geschweige denn auf Dauer, die deutsche Ostgrenze sein.

Wir werden den deutschen Osten in unseren Gedanken und Herzen bewahren bei jedem Schritt, den wir in den nächsten Wochen nach Westen tun. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtsangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...

Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...

Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...

Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<

USA: Das europäische Wiederaufbauprogramm wird am 3. April 1948 verabschiedet.

Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Der Marshall-Plan erfolgt vor allem aus politischen Gesichtspunkten (kontrollierte Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem). Mit dem Marshall-Plan beginnt im Jahre 1948 die europäische Integration. Der Marshall-Plan ist damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wird vielerorts

von US-Unternehmen durchgeführt.
John F. Dulles (1888-1959; 1953-59 US-Außenminister, der den Kommunismus energisch bekämpft) schreibt später über den Marshall-Plan (x073/225-226): >>Das westliche Deutschland soll so schnell wie möglich dem westlichen Wirtschaftssystem eingegliedert werden.
Wenn ich dies sage, so denke ich nicht an eine permanente Teilung Deutschlands, aber der einzig mögliche Weg, auf dem man Deutschland einen kann, ist der, im Westen Europas einen Zustand zu schaffen, der so attraktiv ist und der für den Osten eine solche Anziehungskraft hat, daß die Sowjets nicht in der Lage sind, den Osten Deutschlands einzubehalten. Dann kann man Deutschland wieder zusammenbekommen.
Mit anderen Worten: Ich finde mich nicht notwendigerweise mit einer permanenten Teilung Deutschlands ab, sondern sage, daß der einzige Weg, Deutschland unter Bedingungen zusammenzubringen, die für uns akzeptabel sind, der ist, mit der Eingliederung des westlichen Deutschlands in die so gesunde und kraftvolle Wirtschaft Westeuropas zu beginnen. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

05.04.1948

USA: Das US-State Departement berichtet dem nordamerikanischen Senat am 5. April 1948, daß man die sowjetische Behauptung zurückgewiesen hat, wonach die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsch-polnische Grenze sei (x028/244).

07.04.1948

CSR: Nach dem Staatsstreich verschärft sich der antijüdische Kurs der Kommunisten. Die am 7. April 1948 vorgenommene Revision des Restitutionsgesetzes schließt sämtliche Wiedergutmachungsverpflichtungen aus, wenn sie gegen das öffentliche Interesse verstoßen (x004/-103).

10.04.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) warnt am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.
Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

WBZ: In Nürnberg werden am 10. April 1948 im sog. "Einsatzgruppen-Prozeß" (Fall IX) 22 ehemalige SS-Führer verurteilt. 14 Angeklagte werden zum Tod durch den Strang verurteilt (x112/492).
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Ohlendorf-Prozeß" (x051/427): >>Ohlendorf-Prozeß (Einsatzgruppen-Prozeß), Verfahren des Militärgerichtshofs II der USA in Nürnberg gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf, und 23 andere frühere Angehörige der Einsatzgruppen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 9).
Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Hunderttausende von Menschen aufgrund eines Führerbefehls allein wegen ihres Glaubens und ebenso viele Menschen, die man als "politisch verseucht und als rassisch sowie geistig minderwertige Elemente" bezeichnete, ermordet zu haben.

Das Verfahren wurde seinerzeit von der Presse als der größte Mordprozeß der Geschichte bezeichnet. Nach Anklageerhebung verübte ein Angeklagter Selbstmord und während der Hauptverhandlung wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe C, Otto Rasch, wegen Verhandlungsunfähigkeit abgetrennt. Rasch starb am 1.11.48.
Durch Urteil vom 10.4.48 wurden Ohlendorf und 13 weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwei Angeklagte erhielten lebenslänglich und fünf zeitige Freiheitsstrafen von drei bis 20 Jahren.
Der zum Tod verurteilte frühere Chef der Einsatzgruppe A, Eduard Strauch, wurde an Belgien ausgeliefert und dort noch einmal zum Tod verurteilt. Er starb in der Haft.
Vier Todesurteile wurden bestätigt, u.a. das gegen Ohlendorf; die Restlichen wandelte der US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg in lebenslängliche Freiheitsstrafen um. Zugleich setzte er alle weiteren Strafen herab.<<

11.04.1948

Frankreich: Der französische Philosoph Raymond Aron (1905-1983) schreibt am 11. April 1948 in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" über die Verdrängung der kommunistischen Verbrechen (x087/128): >>Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie. ...<<

12.04.1948

SBZ: Der SMAD-Befehl Nr. 60 vom 12. April 1948 regelt die "Transporte und die Sicherung der Reparations- und Export-Importgüter" in der sowjetischen Zone (x112/492-493): >>Die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortung für die Unversehrtheit der Güter ... wird auferlegt:
a) bis zur Übernahme des Gutes durch die Eisenbahn von der Firma und den Unternehmen der Aktiengesellschaften – diesen Firmen und Unternehmen,
b) während des Transportes der Güter auf der Eisenbahn und den Wasserverkehrswegen ... der deutschen Verkehrsverwaltung,
c) für Güter, die durch die Aktiengesellschaft "Derutra" ... angenommen wurden – der Aktiengesellschaft "Derutra". ...
Der Personalbestand der Eisenbahnpolizei ist ... auf 7.400 Mann zu erhöhen<<

15.04.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 15. April 1948 einen Text des deutschen Schriftstellers Wolfgang Borchert (1921-1947), der auf die Orientierungslosigkeit der Kriegsheimkehrer hinweist (x115/101-102): >>... Wir sind die Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unsere Tiefe ist der Abgrund.
Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, unsere Liebe grausam, unsere Jugend ist ohne Jugend.
Und wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung - ausgestoßen aus dem Laufgitter des Kindseins in eine Welt, welche die uns bereiten, die uns darum verachten.
Aber sie gaben uns keinen Gott mit, der unser Herz hätte halten können, wenn die Winde dieser Welt es umwirbelten. So sind wir die Generation ohne Gott, denn wir sind die Generation ohne Bindung, ohne Vergangenheit, ohne Anerkennung.
Und die Winde der Welt, die unsere Füße und unsere Herzen zu Zigeunern auf ihren heißbrennenden und mannshoch verschneiten Straßen gemacht haben, machten uns zu einer Generation ohne Abschied.
Wir sind die Generation ohne Abschied. Wir können keinen Abschied leben, wir dürfen es nicht, denn unserm zigeunernden Herzen geschehen auf den Irrfahrten unserer Füße unendliche Abschiede.

Oder soll sich unser Herz binden für eine Nacht, die doch einen Morgen zum Morgen hat? Ertrügen wir den Abschied?
Und wollten wir die Abschiede leben wir ihr, die anders sind als wir und den Abschied auskosteten mit allen Sekunden, dann könnte es geschehen, daß unsere Tränen zu einer Flut ansteigen, der keine Dämme und wenn sie von Urvätern gebaut wären, widerstehen.
... Wir sind eine Generation ohne Heimkehr, denn wir haben nichts, zu dem wir heimkehren könnten und wir haben keinen, bei dem unser Herz aufgehoben wäre – so sind wir eine Generation ohne Abschied geworden und ohne Heimkehr. ... <<

16.04.1948

SBZ: Walter Ulbricht hält am 16. April 1948 vor den Studenten der "Parteihochschule Karl Marx" in Ost-Berlin ein Instruktionsreferat.
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals an dieser Veranstaltung in Ost-Berlin teilnimmt, berichtet später (x156/64): >>... Am 16. April 1948 hielt Walter Ulbricht ein 5stündiges Referat über die allgemeine Situation in der Sowjetzone, um uns auf bevorstehende Veränderungen hinzuweisen. Ulbricht sprach offen über Dinge, die teilweise erst ein halbes Jahr später "offiziell" wurden. Die wichtigsten Feststellungen seines Instruktionsreferates waren folgende:
In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen, sowohl aufgrund der ideologisch-politischen Rückständigkeit in der Partei als auch aus außenpolitischen Gründen.
1947 waren die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage geschaffen. Jetzt, im Frühjahr 1948, da 40 % der Produktion in den Händen volkseigener Betriebe liegt und der Kapitalismus entscheidend geschwächt ist, kann man diese Periode als beendet betrachten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Bodenreform ist abgeschlossen, der Großgrundbesitz endgültig und unwiderruflich aufgeteilt. Jetzt kommt es darauf an, sich auf die Klein- und Mittelbauern zu stützen und eine Organisation zur Zurückdrängung der Großbauern zu schaffen.
Durch die weitgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, erklärte Ulbricht, habe sich der Klassenkampf zugespitzt, aber die Formen und Methoden des Klassenkampfes seien anders geworden. "Wir haben jetzt die Möglichkeit unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern."
Unsere Partei ist zu einer Staatspartei geworden, die die Hauptverantwortung für die Lösung aller Fragen der Volkspolizei, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft und der Kulturpolitik trägt.
Die "Blockpolitik" hat in der ersten Phase eine große Rolle gespielt. Jetzt werden jedoch die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien wieder lebendig, um unter dem Vorwand der "Überprüfung" unsere Maßnahmen rückgängig zu machen.
Wir werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist. Wir müssen aber auch in dieser neuen Periode mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. "Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen", meinte Olbricht sarkastisch lächelnd.
Wir wußten, daß dies nicht so hingesagt war – tatsächlich wurde 2 Monate später die Gründung der "National-Demokratischen Partei" und der "Demokratischen Bauernpartei" bekanntgegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien (Sowjetzonen-CDU und LDP) zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplittern.
Durch dieses Instruktionsreferat von Ulbricht wurden wir auf der Parteihochschule bereits Mitte April auf jenen politischen Kurswechsel vorbereitet, der im Sommer und Herbst 1948

das gesamte Leben in der Sowjetzone weitgehend verändern sollte.<<

April 1948

Polen: Albert Forster (1902 in Fürth geboren, ehemaliger NS-Reichsstatthalter des Reichsgaues Danzig-Westpreußen) wird im April 1948 in Warschau wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt.

Das Todesurteil wird später nach Gnadengesuchen mehrfach aufgeschoben. Forster wird schließlich im Jahre 1952 in Warschau hingerichtet.

01.05.1948

WBZ: Der Berliner "Tagesspiegel" berichtet am 1. Mai 1948 über die Ansiedlung von vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern (x115/149-151): >>... Über jene ersten Siedler, die aus den engen Dörfern und Städten Europas auswanderten, über den Atlantik fuhren, um drüben in Amerika den Wald zu roden, Neuland zu bebauen, seßhaft zu werden, haben ganze Generationen von Schriftstellern schon die Gloriole von Courage und Zähigkeit gebreitet.

Ich glaube es ist noch kein Buch geschrieben und kein Film gedreht worden, der geschildert hätte, wie die deutschen Glas- und Bijouterie-Arbeiter aus der Stadt Gablonz im Sudetenland auswanderten.

Nicht freiwillig, sondern gezwungen, Haus, Heim, Werkstatt, Besitz zurücklassend, Neusiedler der Jahre 1945, 1946 und 1947, kamen sie in das zerschlagene Deutschland und schufen sich dort zwischen Trümmern und Verwüstung in rund 2 Jahren aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Die modernen Neusiedler wanderten, nachdem sie wochenlang in Lagern, tagelang in berstend vollen Zügen zusammengepfercht waren, gebeugt unter hastig verpackten Säcken und Koffern, müden Schrittes zunächst wieder in ein Flüchtlingslager. Nicht Männer, sondern Frauen, Kinder, Greise und Kranke bildeten die Überzahl. Die Männer hatten zum Teil zurückbleiben müssen. Zum Teil kamen sie später, auf Umwegen und aus Kriegsgefangenenlagern, nachgewandert.

Die Neusiedler von 1946 hatten nicht die Gewißheit, daß jeder Tag härtester Arbeit, jeder Meter Land, auf dem sie Kartoffeln anbauten, jeder Nagel, den sie in eine Barackenwand schlugen, und jedes Stück Arbeitsgerät, das sie sich primitiv zusammensetzten, ihnen zugute kommen oder ihnen gehören würde. Sie waren Fremde, das neue Land war nicht neue Heimat, sondern neue Unsicherheit.

Der Grund und Boden, auf dem sie sich niederließen, wurde ihnen nur leihweise überlassen. Die Furcht, die hinter ihrem Auszug aus der Stadt am Isergebirge stand, verließ sie nie mehr ganz.

Sie kamen nicht in einen weiten, neuen, an Möglichkeiten unbeschränkten und unentdeckten Kontinent. Sie kamen in ein übervölkertes und zerstörtes Land, wo ihnen Mißtrauen, Ablehnung, Brotneid begegneten, wo die Tür vor ihnen öfter zugeworfen als aufgetan wurde.

In 2 Jahren haben diese Männer und Frauen aus Gablonz nun bei Kaufbeuren, einem kleinen, mittelalterlich weltfernen Städtchen am Rande der Allgäuer Berge, buchstäblich aus dem Nichts Notwohnungen, Werkstätten und eine Industrie aufgebaut, die bisher einen Umsatz von 50 Millionen Mark erzielte und mehr als 6.000 Flüchtlinge beschäftigt.

Die als Heimatlose und Bittende kamen, sind heute selbständig, die besten Steuerzahler und teilweise sogar Arbeitgeber der Einheimischen in ihrer neuen Heimat geworden. Sie haben rund 500 Glas- und Schmuckwarenbetriebe aufgebaut, die im Monat mindestens viereinhalb Millionen Mark umsetzen. Sie haben das, was sie erreichten, einzig und allein sich selbst, der Privatinitiative jedes einzelnen zu verdanken.

Unweit von Kaufbeuren, umgeben von Wald, liegt das Gelände der einstigen Dynamit AG, die zu den IG Farbenwerken gehörte. Während des Krieges wurde hier in mächtigen Betonbunkern Sprengstoff hergestellt. In dem Barackenlager neben der Fabrik hatte man die Fremd-

arbeiter untergebracht. Das Fabrikgelände war nach Kriegsende von Trümmern, leeren getarnten Betonklötzen, einer Fahrstraße und zahlreichen Industriegeleisen durchzogen. Es verfügte über Bahnanschluß, Wasser, Elektrizität. Die meisten Gebäude der Pulverfabrik waren gesprengt, der Rest ausgeplündert. Anna S. wohnte mit ihrem Mann im einstigen Fremdarbeiter-Barackenlager, das sich rasch mit Flüchtlingen füllte.
Als sie zum erstenmal über das einstige Gelände der Pulverfabrik ging, sah Anna ein paar Dutzend Menschen, entlassene Kriegsgefangene, hart und schmal gewordene Frauen und alte Männer, arbeiten; sie räumten Schutt, reihten Steine aneinander, sammelten sorgfältig jedes Stück Draht, jedes Stück Eisen. Sie wohnten zwischen der Verwüstung, in den klaffenden, aufgerissenen Betonklötzen, auf deren Dächer die Tarnsträucher wuchsen. Sie hatten weder Bett noch Tisch.
Doch da und dort standen zwischen dem Schutt Maschinen – viele verrostet, zerstört, aber immerhin Maschinen -, Stanzen, Drehbänke, Elektromotoren, Pressen, ein Pumpwerk, eine Transformatorenanlage. Auf jede Maschine waren mit weißer Farbe ein R und eine Nummer gezeichnet. "Gehören die euch?" fragte damals Anna atemlos.
"Gepachtet sind sie", 25 Jahre gepachtet, wie das ganze Gelände, aber gepachtet mit täglicher Kündigung. Jede Maschine steht auf der Reparationsliste."
Anna hörte diese Einschränkungen kaum. Wo Maschinen waren, Stanzen, Pressen, Drehbänke, da konnte man schon wieder weitersehen und so war sie unter denen, die in Kaufbeuren-Hart das Kaufbeuren-Gablonz aufzubauen begannen. Das einzige größere Gebäude, das noch ganze Mauern hatte, wurde von Männern, deren Namen in Gablonz einmal guten Klang gehabt hatten, zum Büro und Verwaltungshaus der neuen "Allgäuer Glas- und Schmuckwarengenossenschaft" gemacht.
Das, was man hier plante, waren nicht ein paar Baracken, die heute oder morgen wieder leerstehen würden, sondern es sollte der Grund gelegt werden für eine neue Industriestadt. Männer und Frauen arbeiteten manchmal mit Werkzeugen wie aus der Steinzeit. Sie hobelten zuerst die Werkstische und dann erst den primitivsten Hausrat. Sie befreiten die Maschinen ... vom Rost. Als die erste wirkliche Zange herumgereicht wurde, hielten sie alle mit der Arbeit inne: es war wie ein Festtag! ...
Dann entstanden beinahe wie von selbst die ersten Nadeln, Kettchen und Knöpfe. In den Städten und Dörfern rundum riß man sie ihnen aus den Händen. Die erste Lieferung des benötigten Stangenglases traf ein. Es kam aus der Regenhütte im Bayerischen Wald bei Zwiesel, die ebenfalls ein Ausgesiedelter leitet. Rohglas! Grundelement ihrer Arbeit. Von da an arbeiteten sie systematisch: die ersten Drucköfen, die erste selbstgebaute Glashütte begann zu produzieren.
Aus dem überfüllten Flüchtlingslager Riederloh, aus dem Städtchen Kaufbeuren, aus Dörfern und Marktflecken ringsum, von überallher, wo Gablonzer in Schulsälen, Scheunen, Bauernhäusern Notquartiere bewohnten, kamen sie nach Kaufbeuren-Hart, die Werkzeugschlosser und Graveure, Estampeure, Gürtler, Glasschleifer und Heimarbeiter, Männer und Frauen, gewohnt, Glas und Metall kunstvoll zu verbinden und zu hundertfachem Wert zu veredeln. Doch ihrem Willen, mit der Arbeit voranzukommen, stellten sich Hindernisse entgegen. Ganz unüberwindlich erschien zuerst die Wohnungsnot. Ein Bezirk, in dem unter 100 Einwohnern 68 Flüchtlinge waren, konnte einfach keine neuen mehr aufnehmen. ...
... Von ihren Werktischen weg gingen die Hart-Leute in die Ziegeleien, in die Trümmerstätten Münchens und Ulms, um Baustoffe heranzubringen. Aber da von staatlicher Seite weder finanziell, noch steuerlich, noch in der Materialbelieferung nennenswerte Unterstützung kam, ging es nur langsam voran. Die anderen Hindernisse, Rohstoffmangel, Facharbeitermangel, zu wenig Kohle, zu wenig Baumaterial, zu wenig Werkzeuge, Schwerfälligkeit.
Dann kam die gefährliche Klippe: eines Tages erschien eine Kommission jugoslawischer, pol-

nischer, belgischer Offiziere.
Was sie befürchteten, traf ein: die Demontageorder. Sie mußten und sie müssen nun ohne die R-Maschinen fertig werden. Eine harte Belastung. Aber auch daran scheitern sie nicht. Mit einigen primitiven, oft selbstgebauten Maschinen, da und dort mit neu kompensierten Maschinen wird produziert. ... Die alten Kunden aus England, aus Nord- und Südamerika, Frankreich, Indien und Ägypten haben sich schon gemeldet. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die enorme Leistungsbereitschaft der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/471-472): >>... Die Vertriebenen brachten nicht nur ihre Mägen mit, wie Churchill es ausgedrückt hatte, sondern auch ihre Arbeitskraft.
Die Polen und Tschechen hatten ihnen ihre Höfe, ihre Häuser, ihre Wohnungen rauben und sie bis aufs Hemd ausplündern können, aber sie hatten ihnen nicht ihre geistigen Fähigkeiten, ihr handwerkliches und bäuerliches Geschick nehmen können.
Sie waren entwurzelt worden, aber ihre Kraft war ihnen geblieben. Sie waren auf eine der untersten Stufen menschlichen Daseins herabgedrückt worden, doch um so stärker wuchs ihre Entschlossenheit, wieder nach oben zu kommen.
In den Baracken und Trümmern der westlichen Besatzungszonen sammelte sich in jenen Tagen der Armut, des Hungers, der Abgerissenheit wie in einem Staubecken jene Schwungkraft, die Jahre später den Wiederaufbau Westdeutschlands zum sogenannten deutschen Wunder werden ließ. Die außerordentliche Lage trieb die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, zu außerordentlichen Leistungen. ...<<

04.05.1948

Niederlande: In Den Haag wird am 4. Mai 1948 der ehemalige österreichische SS-Obergruppenführer Hanns Rauter (1895-1949, Chef der deutschen Polizei in den Niederlanden) zum Tod verurteilt.

06.05.1948

Frankreich: Der französische Jurist und sozialistische Politiker Leon Blum (1872-1950) schreibt am 6. Mai 1948 im "Populaire" (x112/508): >>... Auch Frankreich sollte sich einer kleinen Gewissensprüfung unterziehen; ist es nicht gerade Frankreich, das, um Gebietsabtrennung vom Westen zu erzwingen, monatelang jedes Vorgehen des Kontrollrates in Berlin gelähmt hat?
Hat nicht gerade Frankreich die Schaffung einer Zentralverwaltung, die sich über alle vier Zonen erstreckt hätte ... Widerstand entgegengesetzt?
Angesichts der gegenwärtigen Lage scheint es mir schwer, die Trennung als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinzunehmen, sie aufrechtzuerhalten und daraus ein für allemal die Konsequenzen zu ziehen.<<

11.05.1948

WBZ: Die Herausgeber des "Ulenspiegels" müssen am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.

14.05.1948

Israel: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.
In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".

Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.
Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Geschlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...
Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...
Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...
Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit, seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.
Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<
Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.
Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schreibt später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...
Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunklen Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeutete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.
Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur

auf sich selbst zu verlassen. Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenschaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erscheinen. ...
Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land besaßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert. Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<
Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schreiben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.
(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<
>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.
Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge entstanden. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.
Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.
Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.
Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973. Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 26.07.2008) über die israelische Staatsgründung: >>**Churchill - ein Zionist?**
Von Benny Morris

Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht.

Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong Friendship", Holt Paperbacks, ab Sept. im Handel) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.

Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.

In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten solle, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.

Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.

Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.

Doch es reichte noch tiefer. 1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ...(denen) man ins Auge sehen muß ...

Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."

Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel).

In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten. Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren.

(General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)
Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die Todeslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.
Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa.
Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern.
In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt.
Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."
Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.
Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinett durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.
In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.
Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollver-

sammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.
Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.
Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden behandeln."
Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental."<<

16.05.1948

SBZ: Der evangelische Bischof Dibelius fordert am 16. Mai 1948 zum "zivilen Ungehorsam" auf (x112/513): >>Es geht in den heutigen Tagen vor allem um das eine, die Freiheit zu behalten, wahrhaftig zu bleiben, was auch immer geschieht. ...
Man muß den Kampf aufnehmen gegen jeglichen Druck auf Überzeugung und Gewissen. Wo es darum geht, eine Überzeugung zu bekunden, bei Wahlen, Kundgebungen, Entscheidungen für eine Partei, Volksabstimmungen und ähnlichen Gelegenheiten, da gilt kein Gehorsam, sondern die eigene gewissenhafte Überzeugung. ...<<

19.05.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 19. Mai 1948 während einer Sitzung des CDU-Zonenausschusses in Bad Meinberg/Lippe (x112/515): >>Die weltanschauliche Grundlage der Partei muß unbedingt erhalten bleiben. Nirgendwo ist eine Verteidigung der christlichen Weltanschauung nach wie vor so notwendig wie bei uns in Deutschland. ...
Die Forderung auf Rückgabe der Ostgebiete müssen wir nach wie vor nachdrücklich stellen und aufrechterhalten, weil ohne die Ostgebiete das übrige Deutschland, abgesehen von der Flüchtlingsfrage, wirtschaftlich derart gelagert ist, daß es sowohl für die Deutschen selbst, aber auch für das übrige Westeuropa kaum tragbar ist. ...
So sehr wir den Marshallplan und die Hilfe begrüßen, so glaube ich doch, daß der Marshallplan nur eine Ankurbelung ist, die nicht ewig weiterlaufen wird. Wir Deutschen werden selbst die Hauptarbeit tragen müssen, um unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. ...
Den Gedanken einer europäischen Föderation kann man nicht ernst genug nehmen und die Bedeutung schlechterdings nicht unterschätzen. Eine solche europäische Föderation würde ein Gefühl der Sicherheit geben, auch den westlichen Nachbarn Deutschlands, den Franzosen, Holländern, Belgiern und Luxemburgern, in denen immer noch eine große Angst vor den Deutschen herrscht. Man befürchtet mit Recht, wenn Westdeutschland der Kopf Rußlands werden würde, dann wäre es um Westeuropa geschehen. ...
Wenn man sich dieses Zukunftsbild einer westeuropäischen Föderation vor Augen hält, beste-

hend aus England, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten und Westdeutschland, mit den kolonialen Hilfsquellen Afrikas, Indonesiens, Niederländisch-Indiens usw., dann wird man zugeben, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, daß eine dritte Macht auf der Erde entsteht, die zwar den ganz großen Mächten wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Sowjetrußland nicht gleichwertig ist, aber doch immerhin so stark und so groß ist, daß jeder von den beiden, wenn sie in einen Kampf miteinander geraten sollten, daran denken müßte, wie wird sich diese dritte Macht verhalten. ...<<

28.05.1948

WBZ: Im "Telegraf" vom 28. Mai 1948 kritisiert Arno Scholz die SED (x116/24): >>Die SED bringt das deutsche Volk in die gleiche Situation, in die es nach dem ersten Weltkrieg kam.

Auch damals mußten sich alle Kräfte gegen den Kommunismus wehren. ... Sie waren es, die den demokratischen und sozialistischen Kräften in den Rücken fielen, die sich an der Wahl zur Nationalversammlung nicht beteiligten und den Regierungen durch Aufstände und andere politische Aktionen ständig Schwierigkeiten machten. ...<<

02.06.1948

WBZ: Viktor Brack (1904 in Haaren geboren) wird am 2. Juni 1948 in Landsberg/Lech gehängt.

Brack leitete zunächst von 1939-41 die "Vernichtungsaktion T4" ("Euthanasie-Programm"). In den polnischen Vernichtungslagern organisierte und überwachte Brack anschließend den Bau und Betrieb der Tötungseinrichtungen (Gaskammern und Vergasungswagen).

Großbritannien: Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.

Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...

Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.

Auf Grund dieser Sachlage sind die Delegationen zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten soll, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen werden, eine regierungsmäßige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie es mit den Mindesterfordernissen der Besetzung und Kontrolle vereinbar ist, und die es ihm schließlich auch ermöglichen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher über-

eingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.
Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.
Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.
Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen.
Bei der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren sind die Ministerpräsidenten ermächtigt, die Grenzen der verschiedenen Staaten zu überprüfen, um zu entscheiden, welche Veränderungen den Militärgouverneuren vorgeschlagen werden könnten, damit ein endgültiges System geschaffen wird, das für die Bevölkerung zufriedenstellend ist. ...<<
Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt später über die Hintergründe dieser "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.
Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich. Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.
Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<

10.06.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.
Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1961) berichtet später über Adenauer und den Föderalismus: >>**Mein Gott - was soll aus Deutschland werden?**
Adenauer war in den zwanziger Jahren Föderalist gewesen. Das entsprach dem Programm seiner Partei, des katholischen Zentrums. Das entsprach seinen persönlichen Interessen als eines katholischen Politikers im vorwiegend protestantischen Reich. Das entsprach aber auch

seinen Auffassungen von der europäischen Politik. Er meinte, daß Deutschland "friedensfreundlicher" gemacht werden könne, indem der preußische Zentralismus in Deutschland gebrochen und durch eine föderalistische Struktur des Reiches ersetzt werde.
Höchster Orientierungspunkt des Adenauerschen Föderalismus war also ein freundlicheres Verhältnis zu den westlichen Nachbarn gewesen. Diesen Gedanken hatte Adenauer 1919 ausgesprochen, als er in den rheinischen Separatismus-Wirren, die dem Ersten Weltkrieg folgten, den Plan eines westdeutschen Bundesstaates innerhalb des Reiches propagierte.
Ein gutes Vierteljahrhundert später - als Adenauer ein zweites Mal Gelegenheit erhielt, an der inneren Gestaltung eines neuen deutschen Staates mitzuwirken - war der höchste Orientierungspunkt seines Vorgehens immer noch der des Jahres 1919: die Gestaltung eines friedlichen Europa.
Die Frage blieb jedoch offen, ob - gemessen an jenem Orientierungspunkt - immer noch die Föderalisierung Deutschlands ein unbedingtes Erfordernis sei.
Das Hauptziel, das Adenauer 1919 verfolgt hatte, wurde 1945 durch die Siegermächte erzwungen: Preußen wurde von ihnen zerschlagen. Die Gründung der westdeutschen Länder in den Jahren 1945 und 1946 - vor allem die Gründung Nordrhein-Westfalens - bedeutete das Ende Preußens.
Der "Berliner Zentralismus", der für Bismarck-Staat und Weimarer Republik kennzeichnend gewesen war, hatte damit sein Ende genommen. Zu entscheiden war nun nur noch, durch welche Art von Staatskonstruktion der Berliner Zentralismus" ersetzt werden sollte - ob
- durch einen wiederum zentralistischen Staat, nun freilich nicht mit Berlin, sondern mit einer westdeutschen Stadt als Metropole, oder
- durch ein föderalistisches Deutschland, dessen Mittelpunkt eine neue Hauptstadt - zum Beispiel Frankfurt - bilden sollte. ...<<

11.06.1948

Rumänien: Die Große Nationalversammlung genehmigt am 11. Juni 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen (x007/165E-175E): >>**Das Industrie-Verstaatlichungsgesetz.**
Dekret-Gesetz Nr. 119/1948 über die Verstaatlichung von Industrie-, Bank-, Versicherungs-, Hütten- und Transportunternehmen.
Kapitel I.
Gegenstand der Verstaatlichung.
Art. 1. Es werden verstaatlicht alle Bodenschätze, die bei Inkrafttreten der Verfassung der Rumänischen Volksrepublik nicht Eigentum des Staates waren, wie auch die Privatbetriebe, Gesellschaften jeder Art und Einzelverbände der Industrie, des Bank-, Hütten-, Transport- und Telekommunikations-Wesen, die im folgenden nach den für die jeweilige Kategorie angegebenen Grundsätzen zusammengestellt worden sind:
1. Alle Betriebe für Stahlverarbeitung, der nichteisenverarbeitenden Metallurgie und des Gießereiwesens, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. I.
2. Alle Betriebe im Bereich der verarbeitenden Metallurgie mit über 100 Beschäftigten.
3. Betriebe für Metallverarbeitung, Werften, Produktionsbetriebe für Präzisionsinstrumente und elektrotechnisches Material, Garagen und Autoreparaturwerkstätten, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. II.
4. Alle Betriebe, die Elektrizität erzeugen, leiten oder verteilen, mit Ausnahme der Werke, die der örtlichen Verwaltung unterstehen und derjenigen, die Eigentum unverstaatlichter Betriebe sind und zum größten Teil dem Eigenbedarf dieser Werke dienen.
5. Alle Scheideanstalten und Verarbeitungsbetriebe für Eisen, Gold, Silber und sonstige nicht eisenhaltige Erze.
6. Betriebe der Kohlenindustrie sowie Steinbrüche, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. III.

7. Betriebe der Öl- und Erdgasindustrie, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. IV.
8. Alle Produktionsbetriebe für Zement.
9. Produktionsbetriebe für Baumaterial, und zwar: Kalk, keramisches Grob- und Feinmaterial, Bausteine, Steinprodukte, Zementprodukte, thermisches Isoliermaterial, Dachpappe, gemäß der beigefügten Liste Nr. V.
10. Alle Produktionsbetriebe für optisches Material.
11. Alle Produktionsbetriebe für Glasscheiben.
12. Produktionsbetriebe für Glas und Kristallglas für Spiegel, gemäß der beigefügten Liste Nr. VI.
13. Baubetriebe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. VII.
14. Alle Sägewerke mit mindestens einem mechanischen Gatter und einer Kraftanlage von mindestens 50 PS.
15. Alle Produktionsbetriebe für Kunsttischlerei und Fachwerk, für Tischlereierzeugnisse, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 50 PS, die mindestens 5 Werkzeugmaschinen, wie z.B. Bandsäge, Abrichtmaschine, Kreissäge, Fräsmaschine, Dicktenmaschine, Kettenfräsmaschine, Bohrmaschine, Drehbank, Nut- und Federmaschine oder Maschinen entsprechender Bedeutung antreibt.
16. Alle Produktionsbetriebe für Plakatierung, Täfelung, Furniere, Parkett und Holzfräserei, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
17. Alle Produktionsbetriebe für Zubehör für die Textilindustrie, für Schuhleisten und Holznägel, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 100 PS.
18. Alle Produktionsbetriebe für Bleistifte, Schulartikel aus Holz, Metermaße aus Holz, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 30 PS.
19. Alle Produktionsbetriebe für Rohre und Fässer, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
20. Alle Produktionsbetriebe für Sägereierzeugnisse, Karren, Spielzeuge, Bürsten und Pinsel, Rouleaus und Jalousien, Kühler und andere Holzartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. VIII.
21. Alle Produktionsbetriebe für Papier, Karton und Pappe.
22. Alle Betriebe der graphischen Kunst, der Papier- und Kartonagenverarbeitung wie auch die zu anderen Betrieben gehörenden Unterabteilungen für graphische Kunst und Kartonagen, die mindestens eine Rotationsmaschine oder eine Motorkraftanlage von mindestens 30 PS besitzen.
23. Alle Produktionsbetriebe für Papprohre, die von der Textilindustrie benötigt werden, wie auch Produktionsbetriebe für Glaspapier und andere Papierartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. IX.
24. Alle Baumwollkämmereien.
25. Alle Baumwollwebereien mit mindestens 30 Webstühlen.
26. Alle baumwollverarbeitenden Betriebe, und zwar: Webereien, Trikotagefabriken, Produktionsbetriebe für Zwirn, Produktionsbetriebe für Watte wie auch Betriebe zur Baumwollveredelung, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. X.
27. Alle Seidenkämmereien.
28. Alle Seidenwebereien mit mindestens 20 Webstühlen.
29. Alle seideverarbeitenden Betriebe, und zwar: Webereien, Trikotage-, Flecht-, Band- und Strumpffabriken, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XI.
30. Färbereien, Appretur- und Konfektionsbetriebe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XII.
31. Alle Wollkämmereien und -Webereien mit mindestens 150 Spindeln oder mindestens 4 Cordwebstühlen.

32. Produktionsbetriebe für Wolle, und zwar: für Trikotagen, Schneiderwatte, Filze, Hüte und sonstige technische Artikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIII.
33. Verarbeitungsbetriebe für Flachs, Hanf und Jute, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIV.
34. Alle Textilbetriebe mit gemischter Produktion, jedoch mit mindestens 30 Webstühlen.
35. Alle ganz oder teilweise zum Verband der Lederindustrie gehörenden Betriebe mit einer Motorkraftanlage von mindestens 30 PS.
36. Alle Gerbereien mit einer Motorkraftanlage von mindestens 20 PS.
37. Alle Schuhfabriken mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
38. Verarbeitungsbetriebe für Pelze, Produktionsbetriebe für Handschuhe und sonstige Lederartikel, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XV.
39. Betriebe der chemischen Grundindustrie, gemäß der beigefügten Liste Nr. XVI.
40. Produktionsbetriebe für Gummiartikel, mit einer Motorkraft von mindestens 80 PS.
41. Produktions- und Verarbeitungsbetriebe für plastisches Material, mit einer Motorkraft von mindestens 20 PS.
42. Alle Verarbeitungsbetriebe für Fette: Seife, Stearin, Olein (Ölsäure) und Kerzen, mit einer Motorkraft von mindestens 50 PS, sowie alle Fabriken, die Glyzerin produzieren.
43. Alle Produktionsbetriebe für Farben, Lacke, Anstreichfarben, Metalloxyde, Farbstoffe, Ultramarin, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 40 PS.
44. Produktionsbetriebe für Schreibmaschinenfarbbänder, Kohlepapier, Indigo, Pasten und Tinten für Vervielfältigungsmaschinen und Tinten allgemein, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
45. Produktionsbetriebe für Ruße, Tier- und Pflanzenkohle, gemäß der beigefügten Liste Nr. XVII.
46. Produktionsbetriebe für Chemikalien für die Textilindustrie und Gerbereien, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 10 PS.
47. Produktionsbetriebe für Sauerstoff, mit einer Motorkraftanlage von mindestens 50 PS.
48. Produktionsbetriebe für diverse Chemieerzeugnisse, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XVIII.
49. Produktionsbetriebe für Parfüm und kosmetische Artikel, Lösungsmaterial, Essenzen und ätherische Öle wie auch pharmazeutische Laboratorien, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XIX.
50. Alle Mühlenbetriebe mit mindestens einer Doppelwalze für Weizen oder Mais mit einer theoretischen Mahlkapazität von mindestens l Waggon Getreide oder Mais pro 24 Stunden.
51. Alle Bierfabriken mit einer Produktionskapazität von mindestens l00.000 Liter pro Jahr.
52. Alle Spritbrennereien mit einer Jahresproduktion von mindestens 100 Tonnen pro Jahr.
53. Produktionsbetriebe für alkoholische Getränke, aufgeführt in der beigefügten Liste Nr. XX.
54. Produktionsbetriebe für Glukose, Dextrin, Amidon und komprimierte Hefe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXI.
55. Produktionsbetriebe für Öle, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXII.
56. Alle mechanischen Ölpressen, die Besitzern von Mühlen gehören, die durch dieses Gesetz verstaatlicht werden, ebenso diejenigen, die - gleich wer ihr Eigentümer ist - mit einer verstaatlichten Mühle zusammenarbeiten, wie auch diejenigen, deren Produktionskapazität mindestens 500 kg Öl in 24 Stunden beträgt.
57. Alle Produktionsbetriebe für Kunsteis sowie alle Kühlhäuser.
58. Alle Produktionsbetriebe für Zucker.
59. Alle Produktionsbetriebe für Zuckererzeugnisse (Bonbons, Schokolade, Alwa, Marmelade usw.) mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden.

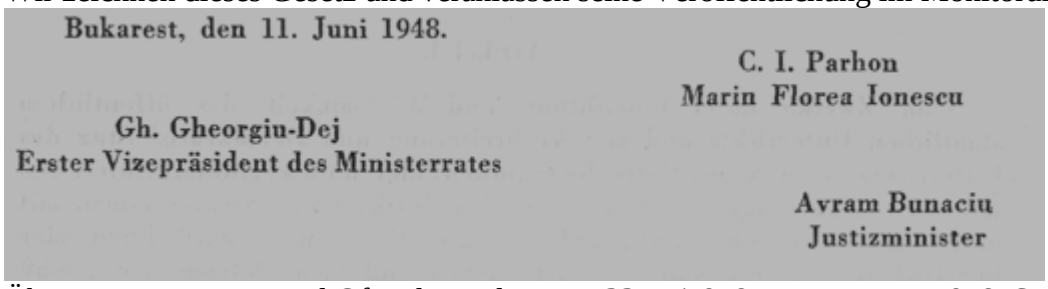
60. Alle Produktionsbetriebe für Konserven aller Art, die über Anlagen zur Herstellung von Konserven in Blechbehältern oder hermetisch abgeschlossenen Gläsern verfügen; alle Produktionsbetriebe für Fleischextrakt oder Marmelade, mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden, wie auch alle Produktionsbetriebe für Räucherwaren und Fleischerzeugnisse, mit einer Produktionskapazität von mindestens 500 Tonnen Produkten pro Jahr.
61. Betriebe für Trockenfrüchte, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXIII.
62. Betriebe für geschältes Getreide (Reis, Graupen, Haferflocken) mit einer Produktionskapazität von mindestens 1,5 Tonnen pro 8 Stunden.
63. Alle Produktionsbetriebe für Mehlpasten.
64. Alle Bäckereien, die über mechanische Einrichtungen für Teigverarbeitung verfügen.
65. Produktionsbetriebe für Butter, Käse, pasteurisierte Milch, mit einer Verarbeitungskapazität von mindestens 2.000 Liter Milch täglich.
66. Alle Produktionsbetriebe für Fleischextrakt oder Marmelade, mit einer Produktionskapazität von mindestens l Tonne pro 8 Stunden.
67. Alle in Privatbesitz befindlichen Schlachthäuser mit einer täglichen Schlachtkapazität von mindestens 100 Rindern und 150 Schweinen.
68. Eisenbahnen, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXIV.
69. Alle privaten Betriebsgesellschaften für Straßenbahnen, wenn sie nicht schon zusammen mit Industriebetrieben verstaatlicht werden.
70. Unternehmen zum Betrieb von Tankwagen, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXV.
71. Alle Leitungen zum Transport von flüssigen oder gasförmigen Produkten, soweit sie nicht mit Wirkung dieses Gesetzes zusammen mit entsprechenden Industriegesellschaften verstaatlicht werden.
72. Schiffahrtsgesellschaften, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVI.
73. Alle Fluß- und Seeschiffe, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVII, wie auch alle unter rumänischer Flagge fahrenden Schiffe, die in rumänischen oder fremden Territorialgewässern versenkt wurden.
74. Versicherungsgesellschaften, aufgezählt in der beigefügten Liste Nr. XXVIII.
75. Die Allgemeine Rumänische Telefongesellschaft.
76. Die Rumänische Rundfunkgesellschaft.
77. Die Nationale Industrie-Kredit-Gesellschaft.
Soweit Betriebe durch Sonderabkommen zwischen einem fremden Staat und dem rumänischen Staat begründet wurden, wird alles, was nicht diesen beiden Staaten gehört, verstaatlicht.
Die in der Anlage beigefügten Listen sind Bestandteil dieses Gesetzes.
Ein Betrieb fällt unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes dann, wenn die für die jeweilige Kategorie in Frage kommenden Voraussetzungen zu irgendeinem Zeitpunkt des Zeitraumes zwischen dem 1. Januar 1938 und dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes gegeben waren.
Die in den beigefügten Listen aufgezählten Betriebe sind auch dann als verstaatlicht anzusehen, wenn die Bezeichnung oder ihre Anschrift in diesen Listen nur zum Teil oder ungenau angegeben sind; ebenso wenn ihre Bezeichnung oder ihre Anschrift geändert wurden.
Die Betriebe sind ebenfalls als verstaatlicht anzusehen, wenn sie unter dem Namen einer physischen oder juristischen Person, die sie unter irgendeinem Titel (Pacht usw.) im Besitz hatte, geführt wurden.
Mit dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes gehen die Aktien und Sonderanteile der unter die Voraussetzungen dieses Artikels fallenden Gesellschaften und Verbände frei von allen Lasten als volkseigene Güter in das Eigentum des Staates über, verwaltet vom Ministeri-

um der Finanzen.
Die mit Wirkung dieses Gesetzes verstaatlichen Güter werden von den Ministerien verwaltet, in deren Zuständigkeitsbereich der verstaatlichte Betrieb fällt.
Die in den Bereich des Art. l dieses Gesetzes fallenden Bäckereien, Schlachthäuser, Mühlen, mechanischen Ölpressen sind durch die Organe der örtlichen Bürgermeistereien zu übernehmen und zu verwalten, mit Ausnahmen derjenigen, für die vom zuständigen Ministerium Direktoren ernannt worden sind oder ernannt werden.
Die Bürgermeistereien haben binnen 10 Tagen nach Veröffentlichung dieses Gesetzes über die entsprechende Kreis-Verstaatlichungskommission sowohl dem Ministerrat wie auch dem Ministerium des Innern die Listen derartiger industrieller Einheiten vorzulegen, damit diese durch einen Entscheid in die Verwaltung der Bürgermeistereien überschrieben werden können.
Die Verwaltungsräte der verstaatlichten Betriebe werden mit dem Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes aufgelöst.
Art. 2. Zugleich mit den Hauptbetrieben werden sämtliche Nebenbetriebe verstaatlicht.
Verstaatlicht werden zugleich die Anlagen, die zur ständigen Inbetriebhaltung eines verstaatlichten Betriebes gehören, auch wenn diese Anlagen einen anderen Eigentümer als den des verstaatlichten Betriebes haben.
Art. 3. Gesellschaften jeglicher Art, die aus mehreren Einheiten bestehen, werden im ganzen verstaatlicht, auch wenn nur eine dieser Einheiten unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes fällt.
Art. 4. Vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes darf kein Betrieb ohne vorherige Genehmigung des Fachministeriums ganz oder teilweise veräußert, noch seine Produktion verändert oder seine Einrichtung verkauft werden, auch wenn er nicht unter die Voraussetzungen des vorliegenden Gesetzes fällt.
Ohne Beachtung der angeführten Bestimmungen durchgeführte Veräußerungen sind nichtig; diese Nichtigkeitserklärung geschieht auf öffentliche Anordnung und kann von jedem beantragt werden.
Die Eigentümer oder ihre gesetzlichen Vertreter bzw. Beauftragten der noch im Bau befindlichen Betriebe oder derjenigen Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht in Betrieb genommen wurden, wie auch derjenigen Betriebe, die ihre Tätigkeit beendet oder unterbrochen haben, sind verpflichtet, binnen 15 Tagen nach Gesetzesveröffentlichung der Generaldirektion für Wirtschaftskontrolle und in der Provinz den Kreisdienststellen für Wirtschaftskontrolle eine gemäß dem unter Nr. XXIX diesem Gesetz beigefügten Formblatt abgefaßte Erklärung abzugeben.
Art. 5. Unter die Voraussetzungen dieses Gesetzes fallen nicht und werden nicht verstaatlicht diejenigen Betriebe oder diejenigen Kapitalanteile dieser Betriebe, die Eigentum eines den Vereinten Nationen angehörenden Staates sind, welcher diese Güter infolge des Friedensvertrages oder als Ausgleich für im Kriege entstandene Entschädigungsverpflichtungen erhalten hat.
Kapitel II.
Auswirkungen der Verstaatlichung.
Art. 6. Durch die erfolgte Verstaatlichung gehen die Betriebe mit dem Handelsfonds und sämtlichen zum Zwecke der Ausbeutung eingegangenen Verpflichtungen in das Eigentum des Staates über; Betriebe in Form von Gesellschaften oder Verbänden behalten ihr Gut in der Form, wie aus der zum Zwecke der Übergabe an die neue vom Staat bestimmte Leitung abgeschlossenen Bilanz nach der Verstaatlichung zu ersehen ist; in die Aktiva und Passiva sämtlicher verstaatlichten Betriebe werden aufgenommen:
a) Zu den Aktiva sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, körperlicher und unkör-

perlicher Natur, wie Grundstücke, Bauten, Einrichtungen, Patentrechte, Lizenzen, Verträge, Vollmachten, eingetragene Warenzeichen, Wertpapiere, Wechsel, Hinterlegungsbelege, Bargeld, dem Betrieb geschuldete Beträge, Zubehöre, Rohmaterialien, Halb- oder Fertigfabrikate und anderes dergleichen;
b) zu den Passiva die gesamten Verpflichtungen des Betriebes.
Das vorliegende Gesetz bewirkt, daß die verstaatlichten Betriebe in alle Rechte und Pflichten der alten Betriebe eintreten.
Art. 7. Die neue Leitung des verstaatlichten Betriebes kann binnen 6 Monaten nach Veröffentlichung dieses Gesetzes verlangen, daß die vor der Verstaatlichung durch den alten Betrieb eingegangenen Verpflichtungen und Transaktionen, soweit sie sichtlich zum Zwecke der Schädigung des Betriebes, zum persönlichen Vorteil des Vertragschließenden, zum persönlichen Vorteil einer fremden physischen oder juristischen Person abgeschlossen wurden, für null und nichtig erklärt werden.
Zur Beurteilung derartiger Gesuche wird bei den Gerichten vom Justizministerium je eine aus drei Richtern bestehende Kommission ernannt. Diese Kommission fällt die Entscheidung zum ersten Termin auf Grund der ihr durch die interessierten Parteien vorgelegten Denkschriften, und zwar 15 Tage vor dem endgültigen Gerichtstermin.
Die Entscheidung dieser Kommission unterliegt weder einem ordentlichen noch außerordentlichen Gegenverfahren.
Kapitel III.
Verstaatlichungsprozedur.
Art. 8. Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes ernennen die zuständigen Ministerien Direktoren, deren Aufgabe es ist, von den Eigentümern, deren Vertretern oder Beauftragten die Leitung der verstaatlichten Betriebe auf 'Grund der summarischen vorhandenen Sachlage zu übernehmen.
Die neuen Direktoren üben die Befugnisse der alten Leitungsorgane aus.
In Abwesenheit der Eigentümer, ihrer Vertreter oder Bevollmächtigten wird der Betrieb, in Stadtgemeinden in Anwesenheit der Polizeiorgane oder, in Landgemeinden, der Gemeindeorgane übernommen.
Art. 9. Bis zur Übernahme der Betriebe durch die neue Leitung steht die alte Leitung der neuen für jegliche Erläuterungen, die das Inventar und die dafür abgeschlossene Bilanz betreffen, zur Verfügung und ist für festgestellte Mängel, mit Ausnahme der Mängel und Schäden, die aus Handlungen der neuen Leitung stammen, verantwortlich.
Art. 10. Bei Übergabe der Betriebe ist ein in dreifacher Ausfertigung abzuschließendes Protokoll, dem die Kopien des Inventars und der Bilanz beizufügen sind, aufzustellen. Ein Exemplar des Protokolls wird dem bisherigen Eigentümer ausgehändigt, ein anderes vom Betrieb aufbewahrt, das letzte an das zuständige Ministerium abgegeben.
Kapitel IV.
Entschädigungen.
Art. 11. Seitens des Staates können an die Eigentümer und Aktionäre der verstaatlichten Betriebe Entschädigungen gewährt werden.
Zu diesem Zweck wird der "Fonds der verstaatlichten Industrie" als autonome juristische Person des öffentlichen Rechts mit Hauptsitz in Bukarest gegründet.
Für die geschuldeten Beträge stellt der Fonds der verstaatlichten Industrie Schuldscheine aus, die aus dem Nettoeinkommen der verstaatlichten Betriebe erlöst werden.
Art. 12. Die Organisation und Funktionsweise des Fonds der verstaatlichten Industrie werden durch Beschluß des Ministerrats festgelegt.
Die Tätigkeit des Fonds der verstaatlichten Industrie ist der Kontrolle des Ministeriums für Finanzen unterstellt.

Art. 13. Die den Eigentümern zustehenden Entschädigungen werden durch die den Gerichten angeschlossenen Kommissionen, die aus drei vom Justizministerium ernannten Richtern bestehen, festgestellt.
Die Entscheidungen dieser Kommission sind nicht anfechtbar.
Art. 14. Von den berechtigten Entschädigungsbeträgen werden die unter den Passiva nicht angeführten Schulden der Betriebe wie auch diejenigen, die durch Hintergehung des Fiskus oder andere gesetzwidrige Operationen und durch schlechte Verwaltung der Betriebe vor der Verstaatlichung hervorgerufen wurden, in Abzug gebracht.
Art. 15. Entschädigungen werden nicht gewährt:
a) denjenigen, die sich - im Dienste des Staates, der Kreise oder Gemeinden stehend - durch unerlaubte, gerichtlich festgestellte Taten während ihrer Dienstzeit bereichert haben;
b) denjenigen, die das Land auf geheime oder betrügerische Art verlassen haben, wie auch denjenigen, die nach Ablauf des Gültigkeitsvermerks der durch rumänische Behörden ausgestellten Reisepässe nicht fristgemäß ins Land zurückgekehrt sind.
Kapitel V.
Konzessionen. Gründung neuer Betriebe.
Art. 16. In den Betriebszweigen, die der Verstaatlichung verfallen sind, fällt das Recht, neue Betriebe zu gründen, dem Staat zu.
Art. 17. Auf dem Ausnahmewege kann der Staat physischen oder juristischen Personen auf Vorschlag des zuständigen Ministeriums und durch Beschluß des Ministerrates Konzessionen zur Gründung neuer Betriebe erteilen.
Kapitel VI.
Sanktionen.
Art. 18. Mit 5-10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug werden diejenigen bestraft, die, ohne Rücksicht auf die angewandten Mittel, mit Absicht die durch das vorliegende Gesetz vorgesehene Verstaatlichung zunichte machen oder zu vereiteln versuchen; die einen Teil des Betriebsgutes verheimlichen oder beschädigen, es vernichten, veräußern, verlagern, exportieren oder durch irgendwelche anderen Mittel die der Verstaatlichung unterworfenen Güter oder Anlagen vermindern.
Die gleiche Strafe erhalten auch diejenigen, die versuchen, den staatlichen Organen ungenaue oder unvollständige Angaben über die in Frage kommenden Güter zu geben.
Art. 19. Mit Gefängnis von 4-10 Jahren und Geldstrafen von 50.000 bis 500.000 Lei werden Staatsbeamte oder im Rahmen dieses Gesetzes beauftragte Personen bestraft, die die ihnen gemäß Gesetzesbestimmung auferlegten Obliegenheiten nicht durchführen bzw. ihre Durchführung zu vereiteln suchen.
Art. 20. Die Vergehen gegen das vorliegende Gesetz werden festgestellt, verfolgt und gerichtet gemäß Gesetz Nr. 351 zur Unterdrückung der ungesetzlichen Spekulationen und der wirtschaftlichen Sabotage vom 3. Mai 1945 und Gesetz Nr. 252 über die Einrichtung der wirtschaftlichen Kontrollen vom 15. Juli 1947.
Kapitel VII.
Schlußbestimmungen.
Art. 21. Mit der Durchführung der Verstaatlichung und mit der Lösung der Probleme und Konflikte, die sich aus ihrer Anwendung ergeben, wird der Ministerrat beauftragt. Der Ministerrat ist berechtigt, zur operativen Leitung des Vorgehens eine aus seinen Reihen ernannte Kommission einzusetzen, die als Außenorgan in jedem Kreis je eine Kreis-Verstaatlichungskommission bildet.
Art. 22. Die verstaatlichten Betriebe können auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates den örtlichen Verwaltungen in Eigentum oder zur Nutzung gegeben werden.
Art. 23. Bei Auflösung eines verstaatlichten Betriebes geht das nach der Liquidation verblei-

bende Netto der Aktiva in Staatseigentum über.
Art. 24. Die bei diesen Betrieben vorhandenen Kreditkonten der Inhaber der verstaatlichten Betriebe werden, gleich ob diese Konten auf ihren Namen oder auf den Namen von Zwischenpersonen eröffnet wurden, als Kapitalzuwachs des entsprechenden Betriebes gemäß einer gerichtlichen Feststellung angesehen und stellen keine Schuldforderung gegen diesen Betrieb dar.
Art. 25. Mitglieder der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden industriellen kooperativen Gesellschaften können bei Austritt aus der Gesellschaft von ihrer Beteiligung höchstens 50.000 Lei in bar zurückziehen, wobei der Rest der Gesellschaft verfällt.
Die Bestimmungen des obigen Absatzes sind nicht anzuwenden auf die kooperativen Gesellschaften, welche nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gegründet werden.
Art. 26. Ohne Genehmigung des zuständigen Ministeriums kann binnen 3 Monaten nach der Verstaatlichung das Verwaltungspersonal vom Abteilungschef aufwärts, wie auch das technische Personal (Ingenieure, Subingenieure, Zeichner, Konstrukteure, Meister usw.) weder aus dem Betrieb ausscheiden noch von diesem beurlaubt werden.
Art. 27. Die im Laufe eines Monats nach der Verstaatlichung fälligen Wechsel der verstaatlichten Betriebe können nicht zu Protest gegeben werden und erhalten eine dem Fälligkeitstermin entsprechende Verlängerung von 30 Tagen.
Art. 28. Die den neuen Direktoren mit der Ernennung erteilten Vollmachten berechtigen sie zur gültigen Unterschrift, sogar vor Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des Veröffentlichungsverfahrens im Monitorul Oficial.
Art. 29. Die nichtverstaatlichten Betriebe setzen ihre Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze fort.
Art. 30. Dieses Gesetz tritt mit dem Datum seiner Veröffentlichung im Monitorul Oficial in Kraft.
Art. 31. Sämtliche Bestimmungen, die diesem Gesetz widersprechen, werden aufgehoben.
Dieses Gesetz ist durch die Große Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 11. Juni 1948 abgestimmt und mit Stimmeneinheit von 400 Stimmen genehmigt worden.
Präsident G. Agiu Sekretär Stelian Moraru
Wir zeichnen dieses Gesetz und veranlassen seine Veröffentlichung im Monitorul Oficial.


Bukarest, den 11. Juni 1948.

C. I. Parhon
Marin Florea Ionescu

Gh. Gheorgiu-Dej
Erster Vizepräsident des Ministerrates

Avram Bunaciu
Justizminister

Übersetzt aus "Monitorul Oficial", Teil I, Nr. 133 11/1948 vom 11. Juni 1948, S. 5.047 ff.<<

16.06.1948

WBZ: Das Kabarett "Die Mausefalle" (Leitung: Werner Finck) beginnt am 16. Juni 1948 mit dem neuen Programm "Wir sind wieder soweit!"

17.06.1948

WBZ: Die deutsche Fischereiflotte (68 Schiffe) darf am 17. Juni 1948 erstmals seit dem Kriegsende wieder zum Fischfang starten.

18.06.1948

WBZ: Die westlichen Militärregierungen verkünden am 18. Juni 1948 im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.

Jack Bennett (oberster Finanzberater der US-Regierung) informiert über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 18. Juni 1948 über die schon am Vortag angekündigte Rundfunkmeldung zur Währungsreform (x112/529): >>Wir kleben am Radio. Auf der Straße rennen Menschen. Fast kein Geschäft ist mehr geöffnet. Fünfzehn Minuten, zehn Minuten ... Stille! Nach dem Sturm – oder vor dem Sturm. – Wer weiß! Jetzt kommt es!
Der Ansager räuspert sich. Wir hören ihn atmen und ein Konzeptpapier knistern.
Das erste Gesetz zur Reform der deutschen Währung, das von den Militärregierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erlassen wurde, tritt am 20. Juni in Kraft.
Abwertung 10:1.
Die neue Währung heißt Deutsche Mark.
Das alte Geld wird am 21. Juni aus dem Verkehr gezogen. Münzen und Noten mit einem Nennwert von höchstens einer Mark sowie Briefmarken bleiben zum Zehntel ihres Nennwertes vorläufig gültig.<<

19.06.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay lehnt am 19. Juni 1948 den Antrag von evangelischen Bischöfen ab, eine Berufungsinstanz für die Nürnberger Verfahren zu errichten (x112/531).
Die westlichen Alliierten verkünden am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.
Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.
Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.
Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<
Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) verbietet am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnet die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

20.06.1948

WBZ: In den Westzonen wird am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt.
Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wird.
Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).
Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".
Der deutsche Journalist Kurt Pritzkoleit (1904-1965) berichtet später über die Folgen der westdeutschen Währungsreform (x156/42): >>... Natürlich war die Behandlung der kleinen Leute, die die Masse der Geldsparer stellten – ob sie nun ihre Reichsmark im Strickstrumpf verborgen oder sie bei Banken, Sparkassen oder Genossenschaften angelegt hatten -, so ungerecht wie nur möglich.
Sie hatten eine harte Währungsreform gemacht, um die alte Ordnung der Dinge, die freie Marktwirtschaft, die der Vorstellungswelt der westlichen Welt entsprechende kapitalistische Wirtschaft wiederherzustellen. Deshalb waren die Sachwertbesitzer, die Produzenten industrieller und landwirtschaftlicher Güter im Besitz ihres Sachkapitals geblieben – der Lasten-

ausgleich sollte Sache der Deutschen bleiben -, der ganzen Fülle der produktiven Besitztümer, die durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden viel weniger gelitten hatten, als man damals noch ahnte; sie würden es bald erleben, daß der Wert ihrer Fabriken und Horte wesentlich anstieg; sie waren von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit wurden – und das alles, weil sie als die Garanten der Zukunft galten.
Erst später würde man übersehen können, mit welchen Gewinnen die Herren und Hüter der Sachwertwelt aus der Währungsreform hervorgegangen waren, und gleichzeitig feststellen, daß die Sparer, die es einfach nicht lassen können, aufs neue begonnen hatten, Groschen für Groschen auf die hohe Kante zu legen.
Das war genau der gewollte Effekt der alliierten Maßnahmen: harte Reform für die Sparer, Erleichterung jeder Art für die Produzenten.<<

23.06.1948

SBZ: Gemäß SMAD-Befehl Nr. 111 wird am 23. Juni 1948 die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" in Ost-Berlin und in der SBZ eingeführt (das Umtauschverhältnis entspricht z.T. dem Tausch in den Westzonen).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Währungsreform" in der SBZ (x009/474-475): >>Durch die vom 23. bis 28.6.1948 in der SBZ und Ost-Berlin auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 111 durchgeführte Währungsreform wurde die - bis dahin für ganz Deutschland geltende - Reichsmark für die SBZ durch Reichsmarkzeichen mit aufgeklebten Spezialkupons, neue "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (DM Ost), abgelöst.
Es galten sehr differenzierte Umtauschrelationen, die das "staatliche" Vermögen stark bevorzugten.
Im einzelnen wurden umgetauscht: bei Privatpersonen Barbeträge bis zu RM 70,-- im Verhältnis 1:1, bis RM 1.000,-- im Verhältnis 5:1, vor dem 9.5.1945 entstandene Einlagen 10:1, wobei jedoch geprüft werden mußte, ob Beträge über RM 3.000,-- "rechtmäßig" erworben waren.
Bei Beträgen über RM 5.000,-- wurden von vornherein Kriegs- oder Schwarzmarktgewinne angenommen. Diese Beträge sind - falls nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte - eingezogen worden, ebenso das Geldvermögen von "faschistischen Verbrechern und Kriegsverbrechern". Über diese umgetauschten Altguthaben konnte zudem nicht verfügt werden. Sie wurden in eine Altguthaben-Ablösungsanleihe umgewandelt, die seit 1959 in 25 gleichen Jahresraten getilgt wird.
Beträge nicht volkseigener Betriebe wurden nur bis zur Höhe des wöchentlichen Umsatzes und der Lohnrückstände bei Handels- und anderen Wirtschaftsorganisationen in Höhe der wöchentlichen Lohnsumme im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Dagegen wurden alle Einlagen von ... volkseigenen Betrieben voll im Verhältnis 1:1, Versicherungspolicen im Verhältnis 1:3 umgetauscht. ...<<

24.06.1948

Berlin: Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.
General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über "Berlin" (x009/60-62): >>Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands, kann jedoch z.Z. diese Funktion nicht ausüben. Mit 883,8 qkm Bodenfläche und 3,39 Millionen Einwohnern ist Berlin die größte deutsche

Stadt. Von ihren 20 Verwaltungsbezirken gehören 12 mit 481 qkm und 2,2 Millionen Einwohnern zu den 3 westlichen Sektoren, 8 mit 403 qkm und 1,07 Millionen Einwohnern gehört zum Sowjetsektor. ...
Als Sitz des Kontrollrates auch nach der Kapitulation noch Regierungssitz für ganz Deutschland, wurde Berlin durch eine dem Kontrollrat nachgebildete Viermächteverwaltung regiert. ...
Um die Position der Westmächte in Berlin unmöglich zu machen, sollten diese und die West-Berliner Bevölkerung durch die Blockade vom 24.6.1948 (Unterbrechung der Verbindungswege von Berlin West nach der Bundesrepublik, dem Sowjetsektor und der SBZ) ... von allen Nachrichten-, Verkehrs- und Handelsverbindungen abgeschnitten werden. Die SMAD und SED vertraten plötzlich die Auffassung, Berlin sei ein Teil der SBZ.
Die Blockade wurde durch die Luftbrücke, über die zuletzt ca. 8.000 t Güter pro Tag eingeflogen wurden, praktisch unwirksam und politisch zu einer kommunistischen Niederlage.
Berlin hatte durch die Währungsreform vom 23.6.1948 (Ostsektor 24.6.) zwei verschiedene Währungen erhalten (DM West und DM Ost). Die Westmächte hätten der DM Ost für ganz Berlin zugestimmt, falls ihre Forderung nach Mitkontrolle der Berliner Währung von den Sowjets angenommen worden wäre. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über die Blockade Berlins (x283/-235): >>Mit der Blockade Berlins 1948/49 versuchte Stalin einerseits (erfolglos), die vom Bürgermeister Ernst Reuter geforderte und erreichte Anbindung der Stadt an das Währungsgebiet der Deutschen Mark zu verhindern, und andererseits (erfolgreich) abzulenken von seinen Atombombenversuchen, die dann den Dualismus mit den USA begründeten.
Die Entscheidung Trumans für die Versorgung der Stadt über eine Luftbrücke wollte das Risiko des von General Clay vorgesehenen gewaltsamen Durchbruchs auf dem Landweg vermeiden, stand aber unter dem Wagnis, daß der erste Rosinenbomber abgeschossen würde. Das hätte dann einen Gegenschlag des Pentagons zur Folge haben können, der den kalten Krieg in einen heißen verwandelt hätte. ...<<

26.06.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").
Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" fliegen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).
Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtet später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Lucius D. Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.
Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.
Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<
Großbritannien: Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) erklärt am 26. Juni 1948 vor der Presse, daß nur eine feste und entschiedene Haltung gegenüber der Sowjetunion einen dritten Weltkrieg vermeiden könnte (x112/536).

27.06.1948

WBZ: Die Präambel des dritten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) kündigt am 27. Juni 1948 einen drakonischen Geldschnitt an (x112/537): >>Im allgemeinen wird das Altgeld im Verhältnis von 10:1 gegen neue Deutsche Mark eingetauscht. Das heißt, je 10 Mark Altgeld werden auf eine Deutsche Mark zusammengelegt.

Die eine Hälfte dieses Neugeldes kommt auf ein sogenanntes Freikonto, die andere wird einem sogenannten Festkonto gutgeschrieben, das heißt, sie wird blockiert. Über diese blockierten fünf Prozent des Altgeldes wird innerhalb von 90 Tagen entschieden.

Die Entscheidung hierüber hängt von der Entwicklung der deutschen Wirtschaft ab, das heißt, von der Entwicklung der Güterdeckung, die groß genug sein muß, um die Freigabe weiterer Gelder zu erlauben. ...<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt am 27. Juni 1948 in seinem Tagebuch über die ersten Wirkungen der Währungsreform (x112/537): >>Die Eisenbahnen sind leer, die Schwarzhändler sind zum Teil verschwunden, die Bauern bringen Obst und Gemüse auf den Markt, die Kaufleute beginnen, wieder höflich zu werden. Es ist ein Wunder geschehen, alles ist in Erwartung dessen, was noch kommen mag.<<

28.06.1948

Berlin: Die britische Royal Air Force beteiligt sich am 28. Juni 1948 an der Berliner Luftbrücke.

UdSSR: Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) kritisiert am 28. Juni 1948 Jugoslawiens (Titos) "falsche Politik" (x148/190): >>1. Das Kominformbüro verweist darauf, daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in letzter Zeit in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik und der Innenpolitik eine falsche Linie verfolgt, welche vom Marxismus-Leninismus abweicht. ...

2. Das Informationsbüro stellt fest, daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gegenüber der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der UdSSR eine unfreundliche Politik verfolgt.

Es wurde in Jugoslawien eine unwürdige Politik der Verleumdung sowjetischer Militärspezialisten und der Diskreditierung der Sowjetarmee zugelassen. Für die zivilen sowjetischen Spezialisten in Jugoslawien wurde ein besonderes Regime geschaffen, kraft dessen sie der Überwachung durch die Organe der Sicherheitspolizei des jugoslawischen Staates unterstellt und von Agenten verfolgt wurden. ...

Alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen davon, daß die Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens eine für Kommunisten unwürdige Haltung bezogen haben ...<<

Juni 1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im Juni 1948 täglich nur 1.542 Kalorien zugeteilt.

01.07.1948

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x101/197-198): >>WORTLAUT DER VON DEN MILITÄRGOUVERNEUREN DEN ELF MINISTERPRÄSIDENTEN IN FRANKFURT AM MAIN ÜBERGEBENEN DOKUMENTE

a) Dokument Nr. I

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouver-

neure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach dem Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden.
Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750.000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.
Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.
Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren.
Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

b) Dokument Nr. II

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit anderen Ländern zu groß oder zu klein sind.
Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Aufnahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden.
Bevor die Verfassunggebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder, deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

c) Dokument Nr. III

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig.
Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:
A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in

die Lage zu setzen:
a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.
b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilige beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und daß die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden.
c) Vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie zum Beispiel in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben.
d) Das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten.
e) Die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassungen zu sichern.
B. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand für die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.
C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:
a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
b) Auf den in Absätzen a) und e) zu Paragraph A oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.
c) Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorhergehenden Paragraphen b), treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.
Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.
Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassunggebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen.
Wenn die Militärgouverneure Ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.
Beilage zu Dokument Nr. III
Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-280): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können. Finanzminister Henry Morgenthau und sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White hatten deshalb einen vorzüglichen Plan ausgearbeitet, der nicht von ihnen, sondern von zwei rassereinen Deutschen stammte, aber dann der "Morgenthau-Plan" hieß. Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden - die Russen gaben wenigstens einen Arbeiter- und Bauernstaat vor -, und die Deutschen sollten, so Präsident Roosevelt, immerhin aus "Suppenküchen" ernährt werden. Menschenfreundlicher ging's kaum noch.
Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. So milderte man, stets zum eigenen Vorteil, versteht sich, den Morgenthau-Plan so lange, bis von allerlei Plänen, einer Art "Roosevelt-Plan", einem "Churchill-Plan" und anderen Eingriffen schließlich die Direktive JCS 1067 übrig blieb, die Richtlinie für Eisenhowers Besatzungspolitik: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Aufteilung in vier Zonen.
Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.
Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache.
Ein Befürworter der Demontage Deutschlands war zunächst der erste Militärgouverneur und frühere Stellvertreter General Eisenhowers, General Lucius D. Clay. Aber die amerikanische Geschäftswelt war anderer Auffassung und hatte ihre Leute natürlich auch in der Militärverwaltung. Ihre Wirtschaftsabteilung leitete damals General William H. Draper, vordem Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium.
Der General, jetzt eine Art Wirtschaftsminister für Deutschland, vertrat die Interessen der Bank Dillon, Read & Comp., deren Vizepräsident er einst gewesen, wobei er 1944 sogar in eine Anklage des Generalstaatsanwalts verstrickt war, die man jedoch für alle Zeiten niederschlug. Anders als Clay wünschte er selbstverständlich, wie die amerikanische Industrie überhaupt, die Aufrüstung Deutschlands. Clay aber wollte eher seinen Abschied nehmen, "als dem Ansinnen der Manufacturers zu entsprechen".
Doch als sich Amerika fürs Aufrüsten entschied, nahm Clay seinen Abschied nicht, sondern beugte sich dem Mammon und vollzog die Wünsche der Manufacturers. Clay war dem Druck mancher Seite ausgesetzt, auch dem eines guten Bekannten General Drapers, dem von McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Berater mehrerer Präsidenten, schließlich selber Hochkommissar in Deutschland und ohne Zweifel der kompetente Mann, der besonders die Interessen Rockefellers wahrnahm, darüber hinaus aber enge Kontakte zu fast allen großen US-Banken hatte, wie er denn selbst, ehe er Hochkommissar wurde, Präsident der Weltbank gewesen ist.
Noch bevor Marshall seine Hilfe gestartet, waren schon die Türkei und Griechenland in einen gewissen Dollargenuß gekommen: die Türkei zu 150 Millionen, Griechenland zu 250 Millionen Dollar - und beide Staaten banden schließlich als Stützpfeiler der NATO, 26 Divisionen des Warschauer Pakts.
Auf der Türkei ruhte Stalins Auge wegen der großen strategischen Bedeutung der Dardanellen

für Rußland. Und in Griechenland, wo Churchill in einer dreißigtägigen Straßenschlacht in der Athener Innenstadt alle antimonarchisch eingestellten Gegner hatte niedermetzeln lassen, tobte seit 1944 der offene Bürgerkrieg, bekämpften sich rechte und linke Gruppen. Da England offensichtlich überfordert war, griff Harry Truman ein. ...<<

04.07.1948

SBZ: Der stellvertretende DWK-Vorsitzende Selbmann berichtet am 4. Juli 1948, daß man bereits 9.281 gewerbliche Unternehmen, darunter zahlreiche kleine und mittlere Handwerks-, Transport- und Handelsunternehmen, enteignet hat (x009/464).

05.07.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77-78): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...

Ich habe mich zuerst an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewandt, um eine solche gemeinsame Stellung herbeizuführen; falls ein Übereinkommen mit der SPD erzielt worden wäre, sollten Verhandlungen mit den anderen Parteien folgen.

Leider waren die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand, Ollenhauer, Heine, Henßler, nicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen. Sie waren zwar in der Beurteilung der "Londoner Empfehlungen" mit mir völlig einig, erklärten aber, es handele sich um eine provisorische Regelung, und weiter, eine gesonderte Erklärung der einzelnen Parteien wäre nach ihrer Auffassung noch wirkungsvoller.

Ich habe sehr bedauert, daß dieser Anfang der Zusammenarbeit der beiden großen deutschen Parteien fehlgeschlagen ist. Es wäre ein Anfang gewesen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Juli 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/74-75): >>5. Juli 1948. Und wieder kehrten 1.400 Kriegsgefangene heim. Sie kamen aus dem Ural und vom Don zurück. Es sind Leute mit harten Gesichtern, denen man die Jahre hinter Stacheldraht ansieht. ...

Es ist falsch, anzunehmen, daß sich im Lager, in diesem Friedland, wo nun ihre Leiden ein Ende haben werden, überwältigende Freudenszenen abspielen. Nichts von alledem.

Die Menschen, die aus dem Osten zurückkommen, sind schweigsam, ruhig, gelassen. Große Gefühle halten sie nicht für angebracht.

Gewiß, manchmal erscheint fast verstohlen ein kleines Lächeln auf den Gesichtern, klopft einer dem anderen auf die Schulter. Aber das ist auch alles. Sie sind keine Freunde der überschwenglichen Worte. ...<<

08.07.1948

SBZ/Ostpreußen: Die sowjetisch-polnische Grenze durch Ostpreußen wird am 8. Juli 1948 ohne Zustimmung der westlichen Siegermächte "endgültig festgesetzt" (x028/241).

10.07.1948

WBZ: Während der Zonenkonferenz in Minden kritisiert Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

12.07.1948

Frankreich: Die französische Regierung erklärt am 12. Juli 1948, daß sich in Frankreich noch 117.000 Kriegsgefangene aufhalten würden und 129.000 ehemalige kriegsgefangene Soldaten freie Arbeitsverhältnisse angenommen hätten (x112/549).

Großbritannien: Großbritannien entläßt zwar am 12. Juli 1948 die letzten 546 deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat, aber im Nahen Osten befinden sich noch 37.000 deutsche Soldaten in britischer Gefangenschaft (x112/549).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien (x130/126): >>Addieren wir die Quartalsergebnisse zusammen, so ergibt sich für den Zeitraum Anfang 1944 bis Mitte 1948 die beachtliche Zahl von mindestens 153.744.750 Arbeitstagen. Setzen wir schließlich die genannte Summe von 153 Millionen Arbeitstagen in Arbeitsstunden um, wobei nur ein durchschnittlicher Achtstundentag in Anrechnung kommt, obwohl dieser in der Landwirtschaft oft nicht eingehalten werden konnte, so entfallen auf Kriegsgefangenenarbeit in Großbritannien insgesamt mindestens 1.229.958.000 Arbeitstunden in Großbritannien. ...<<

22.07.1948

WBZ: Während einer Konferenz in Rüdesheim einigen sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.

Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<

25.07.1948

WBZ: Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtet am 25. Juli 1948 während eines Rundfunkkommentars über die Wirkungen der Währungsreform auf das kulturelle Leben (x112/558): >>... Lange genug sind die Auflagenziffern gestiegen, weil die Kalorienzahlen gesunken sind. Der ursächliche Zusammenhang zwischen beiden Tatsachen ist unleugbar. ... Es ist für ein Volk bedeutend angenehmer, in einer Flut von Salat, Karotten und Tomaten zu ertrinken als in einer Flut von Zeitschriften. ...

Während der hungernde Normalverbraucher noch vor vier Wochen sich statt mit Nahrung und Konsumgütern mit Theaterkarten und Zeitschriften abspeisen lassen mußte, hat er heute die Möglichkeit, für sein gutes Geld zu wählen, welche Artikel ihm wertvoller erscheinen: die, die sein Kaufmann, oder die, die seine Zeitung ihm anbieten.

Der unnatürliche Zustand, daß ein Mann in die Oper geht, weil es keine Hosenträger zu kaufen gibt, ... ist vorüber.<<

26.07.1948

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure einigen sich am 26. Juli 1948 in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente.

Die Militärgouverneure erlauben danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.

30.07.1948

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 30. Juli 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 23 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie ("I. G. Farben-Prozeß").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "I. G. Farben-Prozeß" (x051/275): >>I. G. Farben-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof IV der USA in Nürnberg gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Carl Krauch, und 22 Vorstandsmitglie-

der, Direktoren sowie leitende Angestellte der I. G. Farbenindustrie wegen Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 6).
Den Angeklagten wurde im Wesentlichen vorgeworfen, mit Hitler und der militärischen Führung an der Planung und dem Aufbau der Wehrmacht zur Führung eines Angriffskrieges teilgenommen und sich hierzu verschworen, Pläne für die "Aufsaugung" der ehemaligen Industrien in den von Deutschland zu überfallenden Ländern entwickelt, sie nach der Eroberung der Gebiete verwirklicht und Kriegsgefangene, Fremdarbeiter sowie KZ-Häftlinge für ihre Zwekke ausgebeutet zu haben. Drei Angeklagte wurden ferner beschuldigt, Angehörige der SS gewesen zu sein.
Der Prozeß begann im August 47. Am 30.7.48 verurteilte das Gericht 13 Angeklagte zu Freiheitsstrafen von 18 Monaten bis zu sechs Jahren. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen. Da die Untersuchungshaft angerechnet wurde, sind zwei Verurteilte sofort entlassen worden. Fünf Verurteilte hatten weniger als ein Jahr zu verbüßen. Die Restlichen wurden wegen guter Führung vorzeitig entlassen.<<

31.07.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-76): >>31. Juli 1948. Über 1.000 Kriegsgefangene und 400 Frauen kamen heute zurück.
Frauen in den besten Jahren, die irgendwo gefangengenommen wurden. Es ist rührend zu sehen, wie sie im Lager versuchen, sich wieder herzurichten, sich Kamm und Spiegel erbitten, die Haare waschen, sich wieder wie Frauen zurechtmachen. ...
Welche Schicksale offenbaren sich hier. Welche Wege mußten diese Mädchen und Frauen gehen. "Ach", sagte eine, "wenn es doch nur keinen Krieg wieder geben würde." Und doch ist noch immer kein Frieden auf der Welt. Trotz aller Beteuerungen. Und überall gibt es bereits wieder Frauen in Uniform. ...
... Ich fürchte, daß auch die nächsten Kriegsanstifter nicht auf die Hilfe der Frauen verzichten werden. Man wird sie wieder genauso zu Mägden des Todes pressen, wie ihre Geschlechtsgenossinnen, die heute ihren Entlassungsschein erhielten.
Entlassen in die Heimat oder auch in die Fremde. Denn für viele von ihnen ist Westdeutschland nicht die Heimat. Sondern hierher sind nur ihre Eltern oder ihre Männer oder ihre Verwandten transportiert worden. Um vielleicht eine neue Heimat zu finden.<<

Großbritannien: Die "United-Press" berichtet am 31. Juli 1948 über die Urteile im Nürnberger "Krupp-Prozeß" (x043/429): >>Das amerikanische Kriegsverbrecher-Tribunal hat heute die Firma ... Krupp, vertreten durch Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, und 11 ihrer leitenden Direktoren, der Mißhandlung von Sklavenarbeitern in ihren Rüstungsbetrieben sowie der Plünderung und Ausraubung der Industrien in den besetzten Ländern für schuldig befunden. ...<<

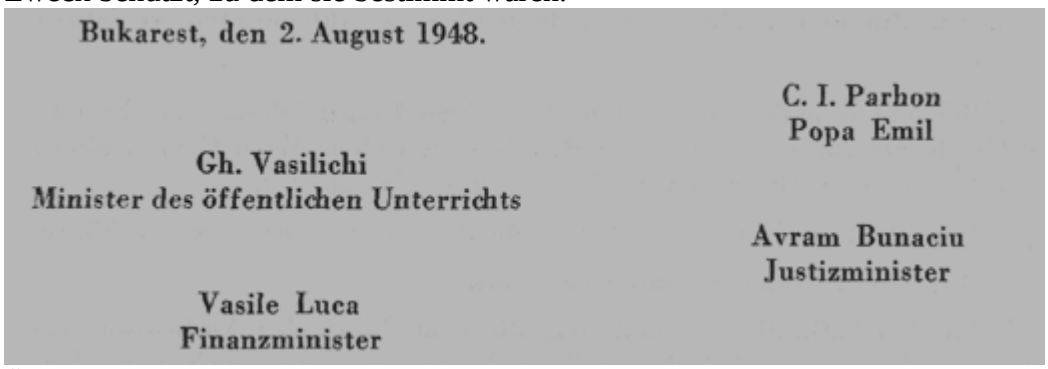
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Krupp-Prozeß" (x051/336): >>Krupp-Prozeß, Verfahren des Militärgerichtshofs III der USA 1947/48 in Nürnberg gegen A. Krupp von Bohlen und Halbach und 19 leitende Mitarbeiter der Krupp-Werke wegen Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Fall 10).
Den Angeklagten wurde v.a. vorgeworfen, Angriffskriege geplant und durchgeführt, Eigentum und Hilfsquellen in den besetzten Ländern geplündert sowie Staatsangehörige dieser Gebiete versklavt zu haben.
Im Gegensatz zu den anderen Nürnberger Prozessen war der Krupp-Prozeß mit Spannung geladen: So verließen z.B. alle Verteidiger aus Protest zeitweilig den Verhandlungssaal und wurden wegen Mißachtung des Gerichts zu einer Haftstrafe verurteilt; ein Verteidiger wurde von der weiteren Teilnahme am Prozeß sogar ausgeschlossen. Im Übrigen lehnten es die Ange-

klagten ab, vor Gericht als Zeugen in eigener Sache auszusagen.
Unter Freisprechung vom Vorwurf, Angriffskriege geplant oder durchgeführt zu haben, und zum Teil auch von anderen Anklagepunkten wurden die Angeklagten am 31.7.48 zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren zehn Monaten und zwölf Jahren (Krupp) verurteilt. Bei Krupp wurde zusätzlich die Einziehung des Vermögens angeordnet. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.
Durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy am 31.1.51 wurden alle Verurteilten, die ihre Strafe noch nicht verbüßt hatten, begnadigt und die Vermögenseinziehung Krupps aufgehoben.<<

02.08.1948

Rumänien: Die Regierung beschließt am 2. August 1948 ein Gesetz über die Verstaatlichung der Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatgüter, die zum Betrieb und zum Unterhalt von allgemeinen, technischen und gewerblichen Erziehungsanstalten dienen (x007/-176E-177E): >>**Das Dekret über die Verstaatlichung der Schulvermögen.**
Dekret Nr. 176/1948 über die Verstaatlichung der Kirchen-, Kongregations-, Gemeinschafts- oder Privatgüter, die zum Betrieb und zum Unterhalt von allgemeinen, technischen und gewerblichen Erziehungsanstalten dienten.
Artikel I.
Zum Zwecke guter Einrichtung und Wirksamkeit des öffentlichen staatlichen Unterrichts und zur Verbreiterung und Demokratisierung des Unterrichts werden sämtliche beweglichen und unbeweglichen Güter, die Kirchen, Kongregationen, religiösen Gemeinschaften, Privatvereinen, mit und ohne lukrativen Zweck, und - ganz allgemein - natürlichen oder juristischen Privatpersonen gehört haben und dem Betrieb der gemäß Artikel 35 des Gesetzes über den öffentlichen Staatsunterricht abgelösten Unterrichtsschulen dienten, in das Staatseigentum übergeführt und dem Ministerium für Öffentlichen Unterricht unterstellt, das sie für die Bedürfnisse des Unterrichts verwenden wird.
Die unbeweglichen Güter, die unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Absatzes fallen, sind in der beigefügten Liste aufgeführt, die Bestandteil dieses Gesetzes ist.
Die beweglichen Güter jeder Art werden durch vom Ministerium für Öffentlichen Unterricht ernannte Beauftragte im Inventarverfahren übernommen.
Als bewegliche und unbewegliche Güter, die unter die Voraussetzungen dieses Artikels fallen, sind alle diejenigen Güter anzusehen, die dem Betrieb, dem Unterhalt oder der Unterstützung von Schulen, Internaten, Heimen und Kantinen zum Zeitpunkt des 1. Januar 1948 dienten, wie auch diejenigen, die zu diesem Zweck später erworben wurden.
Artikel II.
Unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels fallen, auch wenn sie in der beigefügten Liste nicht enthalten sind, alle Gebäude mit ihrem gesamten Inventar, die dem Betrieb von Unterrichtsschulen gedient haben, einschließlich derjenigen, die für Wohnungen des Lehrkörpers oder des Verwaltungspersonals benutzt wurden und für Internate, Heime und Kantinen für Schüler oder Studenten aller Schularten bestimmt waren.
Unter die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels fallen ebenfalls die Beteiligungsanteile der für Unterhalt oder Unterstützung von Unterrichtsschulen bestimmten Fonds und von Farmen oder sonstigen Unternehmen, die dem Unterhalt und dem Betrieb von Schulen, Internaten, Heimen, Kantinen oder dem Lehr- bzw. Verwaltungspersonal gedient haben.
Artikel III.
Die ausschließlich für kultischen Dienst bestimmten Güter werden dem entsprechenden Kultus zurückerstattet.
Artikel IV.
Mit der Veröffentlichung dieses Gesetzes werden sämtliche Vereine aufgelöst, die, mit oder

ohne lukrativen Zweck, Einrichtung und Betrieb von privaten Unterrichtsschulen zum Ziel hatten.
Die Güter dieser Vereine gehen in das Eigentum des Staates über, sie werden aber zu dem Zweck benutzt, zu dem sie bestimmt waren.


Bukarest, den 2. August 1948.

C. I. Parhon
Popa Emil

Gh. Vasilichi
Minister des öffentlichen Unterrichts

Avram Bunaciu
Justizminister

Vasile Luca
Finanzminister

Übersetzt aus "Monitorul Oficial", Teil I A, Nr. 177/1948 vom 3. August 1948, S. 6.324 f.<<

24.08.1948

WBZ: Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreicht am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>(Nach Auffassung der meisten Sachverständigen) ... ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.
Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...
(Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits:) Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<

28.08.1948

WBZ: Auf dem 2. CDU-Parteitag in Recklinghausen hält Konrad Adenauer am 28. August 1948 eine Grundsatzrede zum Thema "Eine Hoffnung für Europa" (x112/577): >>Wir wollen von den geistigen Grundlagen aus, die das abendländische Christentum im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffen hat, in Deutschland das politische Leben neu gestalten – und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt. Deswegen nennen wir uns Christlich-Demokratische Union, nicht etwa, um damit zu sagen, daß in anderen Parteien keine Christen seien; das liegt uns völlig fern. ...
Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen! Wenn wir uns wenden gegen die Diktatur als dem Feind der Freiheit, wenn wir dagegen sind, daß das Kapital der Freiheit des einzelnen in der Wirtschaft und damit auch in der Politik erdrückt wird, wenn wir uns dagegen wenden, daß der Staat eine zu große Macht bekommt und damit ein Feind des einzelnen wird, so wenden wir uns und werden uns auch in Zukunft wenden gegen den Kollektivismus in irgendwelcher Form, weil er genauso ein Feind der persönlichen Freiheit ist wie jene.
Dieser wesentliche Satz des abendländischen Christentums vom Wert und der Würde eines jeden einzelnen Menschen, von der Freiheit der Person ist eine der Hauptthesen unserer politischen Arbeit. ...

Nur, wenn alle Kräfte, die auf dem gleichen Boden stehen wie wir, wenn alle politischen Kräfte in ganz Europa sich zusammentun, wird es möglich sein, nicht nur Deutschland, sondern Europa überhaupt zu retten. ...
Eine Hoffnung ist uns neu gekommen für Europa, und das ist der Gedanke an die europäische Union, an das vereinigte Europa. ... Ich ... erblicke in der Herstellung eines dauernden, guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, den Benelux-Staaten und Frankreich, die erste und vornehmste Aufgabe einer kommenden deutschen Außenpolitik. ...
Ich bin der festen Überzeugung, daß wir nur dann den Osten wieder mit dem Westen zu einer Einheit verbinden können und werden, wenn wir wenigstens zunächst den Westen politisch und wirtschaftlich wieder erstarken lassen.
Daß wir den Anspruch auf den Osten Deutschlands niemals aufgeben werden, das können und müssen wir immer und immer wieder mit allem Ernst und allem Nachdruck erklären. So bitte ich namentlich auch die aus dem Osten Vertriebenen, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir den Anspruch auf die Rückgabe ihrer Heimat als ein göttliches Recht niemals preisgeben werden. ...<<

30.08.1948

WBZ: Der Flüchtlingsausschuß des Wirtschaftsrates gibt am 30. August 1948 folgende Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen bekannt (x112/579): >>2,3 Millionen Ostpreußen, 0,6 Millionen Danziger, 3,1 Millionen Niederschlesier, 3,4 Millionen Oberschlesier, 0,9 Millionen Brandenburger, 1,0 Millionen Pommern, 0,3 Millionen Westpreußen, 1,0 Millionen Posener, 1,0 Millionen aus dem Warthegau, 3 Millionen Sudetendeutsche, 1,5 Millionen Deutsche aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.
Insgesamt werden 18,1 Millionen (Flüchtlinge und) Vertriebene verzeichnet, es sind nach Angaben des Flüchtlingsausschusses 11 Millionen in die drei Westzonen gelangt.<<

31.08.1948

Berlin: In einem Memorandum der französischen Militärmission schlägt man den angloamerikanischen Siegermächten am 31. August 1948 vor, die Massenauswanderung von 8 Millionen Deutschen (weitgehend eigentumslose Vertriebene) nach Übersee zu ermöglichen (x153/-53).

08.09.1948

WBZ: Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmidt (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärt am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x156/61-63,71): >>Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?
Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.
Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! ...
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.
Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!

Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...
Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. ...
Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!
Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.
Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt. Nichts ist für diesen Zustand

kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. ...
Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.
Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...<<
>>... Das Zweite, was verwirklicht sein muß, wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will, ist das Prinzip der Teilung der Gewalten.
Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe.
Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die 3 Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird.
Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat, und, wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.
Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann. ...<<
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärt am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x919/…): >>… Meine Damen und Herren!
Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: Grundgesetz? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.
Was heißt aber Verfassung? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.
Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrika-

den gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: worum handelt es sich denn eigentlich? nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar.
Freilich weiß jeder von uns, daß man Ordnungsgesetze anderer Art auch schon Verfassung genannt hat, zum Beispiel die oktroyierten Verfassungen der Restaurationszeiten, etwa die Charte von 1814. Diese oktroyierten Verfassungen waren zweifellos gelegentlich technisch nicht schlecht, und die Fürsten, die sie gegeben haben, mochten dann und wann durchaus gute Absichten gehabt haben; aber das Volk hat diese Dinge nie als Verfassungen betrachtet, und die Revolutionen von 1830 sind nichts anderes gewesen als der Aufstand der Völker Europas gegen die oktroyierten Verfassungen, die nicht im Wege der Selbstbestimmung der Völker entstanden, sondern auferlegt worden sind.
Es kam in diesen Revolutionen die Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine Verfassung in einer demokratischen Welt etwas mehr sein muß als ein bloßes Reglement, als ein bloßes Organisationsstatut. Die Ordnung des Behördenaufbaus, die Ordnung der Staatsfunktionen, die Abgrenzung der Rechte der Individuen und der Obrigkeit sind durchaus vorstellbar und das hat es gegeben - im Bereich der organischen Artikel des absolutistischen Obrigkeitsstaates, ja auch im Bereich der Fremdherrschaft.
Man wird aber da nicht von Verfassungen sprechen, wenn Worte ihren Sinn behalten sollen; denn es fehlt diesen Gebilden der Charakter des keinem fremden Willen unterworfenen Selbstbestimmtseins. Es handelt sich dabei um Organisation und nicht um Konstitution.
Ob eine Organisation von den zu Organisierenden selber vorgenommen wird oder ob sie der Ausfluß eines fremden Willens ist, macht keinen prinzipiellen Unterschied; denn bei Organisationen kommt es wesentlich und ausschließlich darauf an, ob sie gut oder schlecht funktionieren. Bei einer Konstitution aber ist das anders. Dort macht es einen Wesensunterschied, ob sie eigenständig geschehen ist oder ob sie der Ausfluß fremden Willens ist; denn eine Konstitution ist nichts anderes als das Ins-Leben-Treten eines Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen.
Dies alles gilt auch von der Schaffung eines Staates. Sicher, Staaten können auf die verschiedenste Weise entstehen. Sie können sogar durch äußeren Zwang geschaffen werden. Staat ist aber dann nichts anderes als ein Ausdruck für Herrschaftsapparat, so wie etwa die Staatstheoretiker der Frührenaissance von il stato sprachen. Il stato, das ist einfach der Herrschaftsapparat gewesen, der in organisierter Weise Gewalt über ein Gebiet ausgeübt hat.
Aber es ist ja gerade der große Fortschritt auf den Menschen hin gewesen, den die Demokratie getan hat, daß sie im Staat etwas mehr zu sehen begann als einen bloßen Herrschaftsapparat. Staat ist für sie immer gewesen das In-die-eigene-Hand-nehmen des Schicksals eines Volkes, Ausdruck der Entscheidung eines Volkes zu sich selbst.
Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt.
Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. Es ist, wenn Sie mir ein Bild aus dem römischen Recht gestatten wollen, so: wie man dort den Freien und den Sklaven und den Freigelassenen kannte, wäre ein in dieser Weise organisiertes Gemeinwesen nicht ein Staat, sondern stünde dem Staat im sel-

ben Verhältnis gegenüber wie der Freigelassene dem Freien.
Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus.
Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.
Wo das nicht der Fall ist, **wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert,** sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, **entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.**
Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, inneren Staatsfunktionen haben; **wenn ihm die Möglichkeit genommen ist,** sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, **fehlt ihm, was den Staat ausmacht,** nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt **die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung.** Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.
Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet.
Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.
Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der debellatio, der kriegerischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch.
Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die debellatio vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte.
Der Sieger muß also von dem Zustand der debellatio Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die Annexion. **Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten annektieren,** seinem Gebiet einstücken. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet.
Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten, der Verknechtung des besiegten Volkes. Aber die Sieger haben nichts von dem getan. Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.
Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Ver-

hältnisse eingegriffen hat. Es ist etwas geschehen, aber eben nicht die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit.
Aber was ist denn nun geschehen? Erstens: Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach.
Wir dürfen nicht vergessen, daß in den ersten Monaten nach der Kapitulation im Sommer 1945, als keinerlei Zentralgewalt zu sehen war, sondern als die Bürgermeister der Gemeinden als kleine Könige regierten - die Landräte auch und die ersten gebildeten Landesverwaltungen erst recht - , alle diese Leute und alle diese Stellen ihre Befugnisse nicht für sich ausübten, nicht für die Gemeinden und für das Land, sondern fast überall für das Deutsche Reich.
Es war eine Art von Treuhänderschaft von unten, die sich dort geltend machte. Ich erinnere mich noch genau, wie es in diesen Monaten war, wie die Landräte die Steuern einzogen, nicht etwa, weil sie geglaubt hätten, sie stünden ihnen zu, sondern sie zogen sie ein, weil jemand dieses Geschäft stellvertretend für das Ganze besorgen mußte. Ähnlich machten es die Bürgermeister und machten es auch die Landesverwaltungen.
Als man z.B. in der französischen Zone die Länder veranlassen wollte, einen Vertrag zu schließen, in dem ihnen zugestanden war, das deutsche Eisenbahnvermögen auf sich selber zu übertragen, da haben diese Länder sich geweigert, dies zu tun, und haben gesagt: Aus technischen Gründen mag der Vertrag nötig sein, wir übernehmen aber das Reichsbahnvermögen nur treuhändlerisch für Deutschland!
Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten.
Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben.
Gestatten Sie mir hier ein Wort zum "Staatsvolk". Es hat sich in dieser Hälfte Deutschlands ungemein vermehrt durch die Flüchtlinge, durch Millionen Menschen, die ausgetrieben wurden aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren schon seit Jahrhunderten ansässig gewesen sind. Man sollte in der Welt nicht so rasch vergessen, was damit geschehen ist! Denn wenn wir hier es zu schnell vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen aus unserem Bewußtsein verdrängen sollten, könnte es geschehen, daß einige Generationen später das Verdrängte in böser Gestalt wieder aus dem Dunkel des Vergessens emporsteigen könnte!
Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse von diesen Dingen sprechen! Freilich wissen wir genau, daß die Austreibung von Bevölkerungen nicht von den Siegern dieses Krieges, sondern von den Nationalsozialisten erfunden worden ist und das, was bei uns geschah, lediglich das Zurückkommen des Bumerangs ist, der einst von hier ausgeworfen wurde. Trotzdem aber bleibt bestehen, daß, was nach dem Kriege geschehen ist, auch Unrecht ist! Es gibt ein französisches Sprichwort: "Man rechtfertigt das Böse nicht durch den Hinweis auf ein noch Böseres".
Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu wer-

den. Es muß aber neu organisiert werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich Es ist aber an dieser Stelle noch kurz darauf einzugehen, ob nicht vielleicht durch politische Akte, die nach dem Mai 1945 in Deutschland selbst sich ereignet haben könnten, doch eine Auflösung Deutschlands als eines staatlichen Gebildes erfolgt ist.

Ich glaube aber, daß nichts von dem, was seit drei Jahren geschehen ist, uns berechtigt, anzunehmen, daß das deutsche Volk oder erhebliche Teile des deutschen Volkes sich entschlossen hätten, Deutschland aufzulösen. Wenn wir uns ein Ereignis als Beispiel vorhalten, wo so etwas in der Tat geschehen ist, dann sehen wir am besten, daß es falsch ist, in bezug auf Deutschland von so etwas zu sprechen: Österreich-Ungarn!

Dieses ist nach 1918 nicht "juristisch" zerfallen, sondern durch den Entschluß der Völkerschaften, die es einmal ausmachten, als staatliches Gebilde aufgelöst worden. An seine Stelle sind neue Staaten getreten, die sich nicht als Rechtsnachfolger der alten Doppelmonarchie zu betrachten brauchten. So etwas ist in Deutschland nicht geschehen.

Nun ist die Frage, ob vielleicht da und dort in Deutschland einzelne Teile Deutschlands vom Ganzen abgefallen sind und sich separieren wollten. Kann man ein solches Vorhaben aus gewissen Ereignissen schließen, die sich seit dem Sommer 45 bei uns begeben haben?

Manche mögen dabei auf diese oder jene Bestimmung dieser oder jener Länderverfassung hinweisen, in denen es etwa heißt, daß das Land X/Y bereit ist, "einem neuen deutschen Bundesstaat" oder "einem neuen Deutschland" beizutreten. Ich glaube, man sollte aus solchen Sätzen keine allzu weitgehenden Folgerungen ziehen. Ich jedenfalls glaube nicht, daß die Landtage und die Bevölkerungen der Länder, in deren Verfassung dieser Satz steht, damit erklären wollten, daß sich das Land von Deutschland separieren wollte.

Es handelt sich bei diesen Verfassungsartikeln um die Kodifikation eines Rechtsirrtums, der damals, als die Verfassung beraten wurde, entschuldbar und verständlich gewesen sein mag, aber nicht um mehr. Nun könnte man weiter die Frage aufwerfen, ob hier vielleicht nicht noch eine andere Betrachtung angefügt werden müsste.

Erik Reger, dessen gallige Artikel zu lesen sich auch dann lohnt, wenn man sie nicht für der jeweiligen Situation voll angepaßt hält, hat jüngst geschrieben, daß es sich hier nicht um eine Rechtsfrage handle, sondern um die Bekundung des politischen Willens, die Zäsur in der politischen Kontinuität deutlich zu markieren.

Nun, ich bin völlig damit einverstanden, daß man eine Zäsur zwischen gestern und heute und noch mehr zwischen gestern und morgen markiert. Aber bedingt denn der Wechsel in einem politischen System notwendig die Vernichtung des Staatswesens?

Haben denn zum Beispiel die Franzosen, als sie 1870 vom zweiten Kaiserreich zur Dritten Republik übergingen, vorher den französischen Staat als staatliches Gebilde aufgelöst? Ein Systemwechsel ist doch gerade dadurch charakterisiert, daß das staatliche Gebilde, in dem der Systemwechsel erfolgt, erhalten bleibt.

Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen.

Es hat keinen Sinn, darüber zu jammern, daß es so ist. daß es dazu kommen konnte, hat seine guten Gründe: man kann verstehen, daß unsere Nachbarn sich nach dem, was im deutschen Namen in der Welt angerichtet worden ist, ihre Sicherheit selber verschaffen wollen! Ob sie sich dabei immer klug angestellt haben oder nicht, soll hier nicht diskutiert werden; das ist eine andere Geschichte.

Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen. Völkerrechtlich muß eine interventionistische Maßnahme entweder durch einen vorher geschlossenen Vertrag oder durch eine nachträgliche Vereinbarung legitimiert sein, um dauernde Rechtswirkungen herbeizuführen. Ein vorher geschlossener Vertrag liegt nun nicht vor: die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen.
So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als Recht anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben. Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß diese interventionistischen Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen Grunde, daß das deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet.
Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor - drücken wir es doch aus, wie es ist -, eine Art von negativem Plebiszit, durch das das deutsche Volk zum Ausdruck bringt, daß es für Zeit auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist.
Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird!
Solange das nicht geschieht - und es hat sehr gute Gründe, daß es nicht geschieht -, werden wir die Legalität der interventionistischen Maßnahmen zum mindesten für Zeit anerkennen müssen. Das ist ja gerade die juristische Bedeutung der Résistance in Frankreich gewesen, daß infolge des Sicht-Nicht-Unterwerfens die Maßnahmen der "Zwischenregierung" nicht als legal zu gelten brauchten.
Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar.
Ich glaube, sagen zu können, daß dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen. Sie wurde ursprünglich völlig gesperrt. Dann wurde diese Sperrung stückweise von den Besatzungsmächten zurückgezogen, immer weitere Schichten der deutschen Volkssouveränität wurden zur Betätigung freigegeben.
Zuerst die Schicht, aus der heraus die Selbstkonstituierung und Selbstverwaltung der Gemeinden erfolgte, dann die Schicht, aus der heraus die politische und administrative Organisation von Gebietsteilen etwa in der Gestalt unserer Länder erfolgte. Die "regionale" Schicht der deutschen Volkssouveränität wurde hier unter Vorbehalt des Ganzen freigelegt.
Aber geben wir uns keinem Irrtum hin: auch bei diesen konstitutiven Akten handelte es sich nicht um freie Ausübungen der Volkssouveränität. Denn auch da war immer die Entscheidung weithin vorgegeben, am weitestehenden dadurch, daß ja die Besatzungsmächte selber es gewesen sind, die den größten Teil dieser Länder abgezirkelt und damit bestimmt haben.
In der britischen Zone hatten die Länder bis heute noch keine Möglichkeit, sich auch nur formell selbst zu konstituieren. Dort wird am besten deutlich, in welchem Umfang Existenz und Konfiguration unserer Länder im wesentlichen Ausfluß des Willens der Besatzungsmächte sind.
Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?
Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!
Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible - die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist.
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.
Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!
Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...
Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite.
Mag sein, daß mancher Mann mit diesem Gedanken spielt; es lohnt sich aber vielleicht, diesen Gedanken einmal zu meditieren. Was bedeutet denn Gewalt in diesem Zusammenhang? Entweder die Vertreibung einer Besatzungsmacht, die einer gesamtdeutschen demokratischen Einigung widerstrebt. Könnte daraus etwas anderes werden als eine Katastrophe für die ganze Welt?
Oder aber es bedeutet endgültige Abtrennung einer Zone durch Gewaltanwendung einer Besatzungsmacht mit gleichzeitiger politischer Entmannung des deutschen Volkes in dieser Zone und damit die endgültige Verminderung Deutschlands auf den Teil, der über sich noch in Freiheit bestimmen könnte. Auch das wäre eine Katastrophe; auch eine Weltkatastrophe, nicht nur eine deutsche. Man sollte daher nichts tun, was dazu beitragen könnte, eine solche Katastrophe wahrscheinlicher zu machen, als sie aus sich selber heraus vielleicht heute schon ist.
Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!
Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: **Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!**
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.
Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle

von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. **Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden.** Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern **was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.**
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.
Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.
Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.
Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit.
Wenn man nun fragt, wo dann die Grenze gegenüber dem Vollstaat, gegenüber der Vollverfassung liege: Nun, das ist eine Frage der praktischen Beurteilung im Einzelfall. Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:
Erstens: **Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung**

Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können.
Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.
Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen.
Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren.
Schließlich bleibt die Frage, ob nicht die Teile Deutschlands, die außerhalb des Anwendungsgebietes des Grundgesetzes verbleiben müssen, die Möglichkeit sollen erhalten können, an den gesetzgebenden Organen sich zu beteiligen, die das Grundgesetz schaffen wird. Über das Wie und die Frage, ob sie es allgemein sollen tun können, wird hier noch zu sprechen sein. Aber eine Voraussetzung scheint mir dafür vorliegen zu müssen: Es müssen in diesem Gebiet freie Wahlen möglich sein; es muß die Möglichkeit bestehen, Vertreter hierher zu entsenden. Dies trifft heute schon auf Berlin zu, und deshalb sollte das Grundgesetz die Bestimmung vorsehen, daß Vertreter Berlins in die gesetzgebenden Körperschaften zu berufen sind.
Ich weiß, man kann sagen, das sei nicht logisch, denn es sei nicht logisch, Vertreter von Gebieten an der Gesetzgebung zu beteiligen, auf die von ihnen mitbeschlossene Gesetze keine Anwendung fänden. Ich gebe zu, daß es in der Tat nicht sehr logisch ist. Aber hier handelt es sich nicht so sehr darum, Logik zu treiben, als politisch zu sein. Ich meine, man könnte das nicht auf wirksamere Weise tun, als durch das Sichtbarmachen der Tatsache, daß nur äußere Gewalt verhindert, daß hier alle Deutschen vertreten sind!
Das Dritte, in dem das Fragmentarische zum Ausdruck kommen muß, ist die innere Begrenzung der Organe auf die durch äußeren Zwang heute noch eingeschränkten Möglichkeiten. Da stellt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, das Problem des Aufbaus der Organe, z.B. die Frage: Soll ein Staatsoberhaupt, ein Bundespräsident vorgesehen werden? Braucht man in einem Staatsfragment - in Anbetracht der erforderlichen Dignität einer solchen Funktion - diese Funktion heute schon ins Leben zu rufen?
Ist es nicht besser, statt des Präsidenten ein bescheideneres Organ mit den Aufgaben zu betrauen, die vernünftigerweise sonst ein Präsident zu erledigen hat? Soll das Amt nur ruhen? All das sind Fragen, die sich von dieser grundsätzlichen Betrachtung aus stellen müssen. Aber wenn auch die Ordnung, die wir gestalten sollen, nur die Ordnung eines Staatsfragmentes ist, so kann und sollte sie unserer Meinung nach doch so ausgestaltet werden, daß bei Ausweitung der heute gewährten Freiheitssphäre die geschaffene Organisation fähig ist, sie voll auszufüllen.
Und darüber hinaus möchte ich noch sagen: Man sollte diese Organisation so stark und vollständig machen, daß sie fähig werden kann, durch ihr Wirken eine solche Ausweitung in Fluß zu bringen und durchzusetzen.
Nun ergeben sich aus dem Wesen des Provisoriums eine Reihe praktischer Fragen für das Grundgesetz. Da ist zunächst das Problem, ob darin der Weimarer Verfassung Erwähnung getan werden soll oder nicht.
Sicher besteht die Weimarer Verfassung - das ist meine persönliche Meinung - als Ganzes

nicht mehr. Die Desorganisation Deutschlands durch die Nazi-Herrschaft und durch die Besetzung hat ihr zum mindesten auf weiten Strecken den Garaus gemacht. Auf der anderen Seite ist durch die bisherige Rechtsprechung herausgestellt worden, daß sie, wenigstens zum Teil, noch weiter gilt.
Es besteht also auf diesem Gebiet zum mindesten eine Rechtsunsicherheit. Es ist die Frage, ob man dieser Rechtsunsicherheit nicht dadurch abhelfen sollte, daß das Grundgesetz der Weimarer Verfassung Erwähnung tut, etwa so, daß es ausspricht, daß sie, soweit ihre Bestimmungen in Widerspruch zu diesem Grundgesetz stehen, ruht.
Weiter werden Bestimmungen in das Grundgesetz aufgenommen werden müssen, die die Frage der Weitergeltung von Gesetzen und Verordnungen betreffen, welche vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassen wurden, sei es von den Ländern aus Sachgebieten, die künftig nicht mehr den Ländern zustehen sollen, sei es von Zonenorganen, sei es vom Wirtschaftsrat. Schließlich werden wir noch Bestimmungen für die Überleitung gewisser Kompetenzen auf etwa neu zu schaffende Organe vorsehen müssen.
Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren grundsätzlichen Kapitel: Wo liegen die Hoheitsbefugnisse, auf Grund derer wir dieses Grundgesetz beraten und beschließen? Wer wird dabei durch uns tätig? Wird durch uns tätig das deutsche Volk? Oder werden durch uns tätig die Länder als in sich geschlossene Gebietskörperschaften?
Diese Frage zu beantworten ist nicht müßig. Ich glaube vielmehr, daß der Umstand, wie wir sie beantworten, entscheidend für das ganze Werk ist. **Deutschland ist, das glaube ich bewiesen zu haben, als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiter besteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk.** Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden.
Das deutsche Volk ist aber keine amorphe Masse; es ist in Länder gegliedert, und es ist in seiner Geschichte bisher noch immer in dieser Gliederung in Länder politisch aufgetreten. Das deutsche Volk handelt auch, wenn es als das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Hessen usw. auftritt, als deutsches Gesamtvolk. Darum ist es sicher, daß das Grundgesetz unseres Staatsfragments nicht auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Länder zu entstehen braucht, weil die Quelle der Hoheitsgewalt nicht bei den Ländern liegt, sondern beim deutschen Volk.
Von dieser Auffassung scheinen auch die Besatzungsmächte auszugehen. Die Dokumente Nr. I und II sind in diesem Punkt ganz deutlich. Nach Dokument Nr. II sollen die deutschen Ministerpräsidenten Vorschläge über die Änderung von Ländergrenzen machen; wohlgemerkt: alle Ministerpräsidenten für jeden beliebigen Teil des deutschen Staatsgebiets. Das ist nur möglich, wenn man als Auffassung der Besatzungsmächte annimmt, daß die Ministerpräsidenten treuhänderisch in Wahrung gesamtdeutscher Interessen handeln sollen.
Denn wie käme sonst etwa der Ministerpräsident von Württemberg-Baden dazu, zu erklären, er sei nicht damit einverstanden, daß die Grenzen zum Beispiel Schleswig-Holsteins so und nicht anders verlaufen. Dazu ermächtigt ihn doch seine Landesverfassung nicht; dazu ist er doch nur ermächtigt, wenn man davon ausgeht, daß eine Möglichkeit besteht, gesamtdeutsche Interessen heute schon unmittelbar zu repräsentieren.
Weiter: Der Parlamentarische Rat ist fraglos ein gesamtdeutsches Organ. Wir hier, meine Damen und Herren, vertreten nicht bestimmte Länder, sondern wir vertreten die Gesamtheit des deutschen Volkes, soweit es sich vertreten lassen kann. Der Umstand, daß das deutsche Volk in der Gliederung in Länder auftritt, kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Wahl der Abgeordneten für dieses Hohe Haus durch die Landtage erfolgte, und darin, daß der Beschluß, zu dem wir kommen werden, in den Ländern zu ratifizieren ist. Notabene: Nur zu ratifizieren,

und nicht etwa als Gesetz zu beschließen.
Schließlich - und das scheint mir jeden Zweifel auszuschließen - weise ich auf die Bestimmung hin, daß das Grundgesetz für das ganze Gebiet der elf Länder auch dann gelten wird, wenn nur zwei Drittel der Länder zustimmen. …
Noch eine weitere Frage: Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben, einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. … Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll.
Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße Bezeichnung das Bessere wäre. Es wird hier von diesem Hohen Hause eine sehr politische Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, von irgendeiner Seite her den Beweis zu führen, daß diese oder daß jene Antwort auf die gestellte Frage die richtige ist.
Man muß sich da eben entscheiden. Aber welcher Name auch immer gegeben werden mag und ob ein Name gegeben wird oder nicht: in dem Gebiet, für das das Grundgesetz gilt, wird nicht eine separate westdeutsche Gebietshoheit ausgeübt, sondern gesamtdeutsche Hoheitsgewalt in Westdeutschland. Das sollte bei der Bezeichnung der Organe zum Ausdruck kommen. Denn was hier geschieht, ist zwar räumlich auf einen Teil Deutschlands beschränkt, aber wir sollten nie vergessen, daß es sich ableitet aus dem Rechte des gesamten deutschen Volkes!
Wir werden uns überlegen müssen, ob wir dieses Grundgesetz mit einer Präambel einleiten sollen.
Ich für meinen Teil halte es für notwendig; denn die Präambel charakterisiert das Wesen des Grundgesetzes. Sie sagt aus, was sein soll, und sie wird insbesondere aussagen müssen, was das Grundgesetz nicht sein soll. Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.
Weitere Frage: Soll dieses Staatsfragment Symbole erhalten, Farben und Flaggen; sollen es allgemeine Symbole sein, die dem ganzen Volke eigen sind, oder soll man sich mit Zwecksymbolen begnügen, etwa für die Schifffahrt, für Auslandsvertretungen usw.; oder soll man in das Grundgesetz überhaupt nichts über Symbole schreiben? Soll man sich auf ein künftiges Flaggengesetz verlassen, oder wie soll man sich sonst verhalten?
Auch das wird eine politische Entscheidung erfordern. Aber eines scheint mir sicher zu sein: wenn sich dieses Hohe Haus für ein Symbol entscheiden sollte, dann kann es nur ein gemeindeutsches Symbol sein, und ich glaube, daß hierfür nichts anderes in Betracht kommen kann als die schönen Farben der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die Farben Schwarz-Rot-Gold!
Meine Damen und Herren!
Es ist uns aufgegeben worden, ein Grundgesetz zu machen, das demokratisch ist und ein Gemeinwesen des föderalistischen Typs errichtet. Was bedeutet das? Welche allgemeinen Inhalte muß danach das Grundgesetz haben, wenn diesen Auflagen Gerechtigkeit erwiesen werden soll? Was heißt denn eigentlich "demokratisch" wenn man von Verfassungen spricht? Gerade heute gefällt man sich darin, die Demokratie weiter zu entwickeln, indem man progressistische Demokratien erfindet. …
Mir persönlich liegt es, wenn von Demokratie gesprochen wird, eher dabei an die klassische Demokratie zu denken, für die bisher die Völker Europas gekämpft haben. Wenn wir das so Erkämpfte betrachten, dann finden wir, daß offenbar einige Merkmale erfüllt sein müssen, wenn von einer demokratischen Verfassung soll gesprochen werden können.
Das Erste ist, daß das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muß, was in zwei Dingen zum Ausdruck kommt. Einmal im rechtsstaatlichen Postulat, daß jedes Gebot und jedes Verbot eines Gesetzes bedarf und daß

dieses Gesetz für alle gleich sein muß; und zweitens durch das volksstaatliche Postulat, das verlangt, daß jeder Bürger in gleicher Weise an dem Zustandekommen des Gesetzes teilhaben muß.
Ob das in der Form der plebiszitären unmittelbaren Demokratie erfolgt oder in der Form der repräsentativen Demokratie, wird im allgemeinen eine Zweckmäßigkeitsfrage sein, bei der das quantitative Element den Ausschlag wird geben müssen. Das Entscheidende ist, daß jeder Hoheitsträger mittelbar oder unmittelbar auf einen Wahlakt muß zurückgeführt werden können. Der Beamte zum Beispiel muß durch einen Minister ernannt sein, der selber durch ein allgemein gewähltes Parlament bestätigt und eingesetzt worden ist.
Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? Auch diese Frage wird in diesem Hohen Hause beraten und entschieden werden müssen.
Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie mißbrauchen wollen, um sie aufzuheben.
Das Zweite, was verwirklicht sein muß, wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will, ist das Prinzip der Teilung der Gewalten.
Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe.
Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die 3 Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird.
Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat, und, wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.
Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann.
Heute ist es wieder nötig, von diesen alten Dingen zu sprechen, denn gerade die Demokratie, die sich als besonders progressistisch bezeichnet, will die Teilung der Gewalten aufgeben.
In dem Entwurf für eine deutsche Verfassung, den der Deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, finden sich zum Beispiel eine Reihe von Bestimmungen, die nichts anderes sind als der Ausdruck dafür, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten zugunsten der Allmacht des Parlaments nicht mehr gelten soll. Dort ist letzten Endes die gesamte Gewalt im Parlament konzentriert. Das Parlament soll letzten Endes nicht nur Gesetze erlassen und die Regierung politisch kontrollieren können, sondern es soll letzten Endes auch über die Rechtmäßigkeit eines Geschehens entscheiden können.
Wenn man so vorgeht, dann hat man alle Voraussetzungen für die Installierung einer Diktatur verwirklicht, und darum sollte man in dem Grundgesetz, das wir zu beschließen haben, klar

zum Ausdruck bringen, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten realisiert werden muß. Als drittes Erfordernis für das Bestehen einer demokratischen Verfassung gilt im allgemeinen die Garantie der Grundrechte.

In den modernen Verfassungen finden wir überall Kataloge von Grundrechten, in denen das Recht der Personen, der Individuen, gegen die Ansprüche der Staatsraison geschützt wird. Der Staat soll nicht alles tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfährigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können.

Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren; sie dürfen nicht nur ein Anhängsel des Grundgesetzes sein, wie der Grundrechtskatalog von Weimar ein Anhängsel der Verfassung gewesen ist. Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Länder-Grundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, auf Grund dessen jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes vor den Gerichten soll Klage erheben können.

Nun wird die Frage sein, wieweit man den Umfang dieses Grundrechtskatalogs ziehen will. Sollen lediglich die sogenannten "echten" Grundrechte aufgenommen werden, also die Rechte der Individualperson, oder auch die Rechtsbestimmungen über die sogenannten Lebensordnungen, die so zahlreich über unsere neuen Länderverfassungen hin verstreut sind: Wirtschaft, Kultur, Familie usw.?

Vielleicht wird es sich bei einem Provisorium empfehlen, keine endgültige Gestaltung der Lebensordnungen zu versuchen und sich statt dessen zu begnügen, einen recht klaren und wirksamen Katalog von Individual-Grundrechten aufzustellen, so wie in den klassischen Bills of Rights der angelsächsischen Länder verfahren worden ist. Aber auf der anderen Seite sollte das Grundgesetz die Länder nicht daran hindern, von ihren weitergehenden Grundrechten und Ordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen.

Die Frage wird auch sein, ob diese Grundrechte betrachtet werden als Rechte, die der Staat verliehen hat, oder als vorstaatliche Rechte, als Rechte, die der Staat schon antrifft, wenn er entsteht, und die er lediglich zu gewährleisten und zu beachten hat. Auch das ist nicht nur von theoretischer, sondern von eminent praktischer Bedeutung, insbesondere für die Entscheidung der Frage, ob diese Grundrechte auch sollen auf Schranken stoßen können: Sollen sie schlechthin absolut unberührbar sein?

Ich glaube, daß man bei den Grundrechten eine immanente Schranke wird anerkennen müssen: es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung. Wir wollen nicht mehr, daß man sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit berufen kann nur zu dem einen Zweck, eine Republik zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Diktatur zu setzen, die keine Pressefreiheit mehr kennen wird!

Wir wollen auch nicht haben, daß man diese Grundrechte mit einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt versieht, wie das etwa in den Verfassungsrichtlinien des Volksrats und in einigen Verfassungen der Länder der Ostzone der Fall ist. Wenn ich jedes Grundrecht durch Gesetz einschränken kann, dann ist es sinnlos, es durch die Verfassung zu garantieren, dann ist es eine bloße Deklamation und keine effektive Wirklichkeit. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt entwertet das Grundrecht, reduziert es auf Null.

Man wird aber bei einigen Grundrechten ohne einen beschränkten Gesetzesvorbehalt nicht auskommen können. Ich erinnere nur an alles, was sich aus der Notwendigkeit zum Beispiel der Wohnungsbewirtschaftung ergibt, der Einquartierungen und anderem mehr. Aber man sollte von diesen beschränkten Vorbehalten nur einen äußerst sparsamen Gebrauch machen, und keinesfalls sollen die Möglichkeiten des Gesetzgebers so weit gehen, daß er das Grund-

recht in seiner Substanz kränken kann.
Und nun das Entscheidende: soll der Staat den Grundrechten gegenüber vom Staatsnotstandsrecht Gebrauch machen können, so daß er, wenn er mit den ordentlichen Mitteln nicht fertig werden kann, die Grundrechte aufhebt, um Ruhe und Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen?
Man wird sich diese Frage sehr genau überlegen müssen. Man wird sich fragen müssen, ob die Tatsache der Unberührbarkeit der Grundrechte in sich selber nicht ein so hohes Gut ist, daß der Staat auch in Zeiten des Notstands vor ihnen soll zurücktreten müssen. Vielleicht kann eine Untersuchung der möglichen Tatbestände zeigen, daß bei Notständen, wie sie bei uns denkbar sind, der Staat im allgemeinen mit den gewöhnlichen polizeilichen Mitteln wird fertig werden können.
Vielleicht aber wird man auch zur Erkenntnis kommen, daß diese Mittel nicht genügen könnten und daß dann das Individuum vor dem Notstand des Staates zurückstehen muß. Sollte man zu dieser Überzeugung kommen, wird man aber darauf bedacht sein müssen, daß auch im Fall des Notstands nur bestimmte Grundrechte sollen suspendiert werden dürfen und auch dann nur für Zeit und nur unter der Kontrolle demokratischer Institutionen.
Meine Damen und Herren!
Jede Verfassungswirklichkeit hängt letzten Endes von dem Wahlrecht ab, das in einem bestimmten Bereiche gilt. Ich glaube, daß man sich auch in diesem Hause mit dieser Frage des Wahlrechts wird beschäftigen müssen, und sei es nur, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Bestimmungen über die Modalitäten eines Wahlgesetzes in dieses Grundgesetz aufgenommen werden sollen oder nicht.
Notabene: bis heute scheint mir noch keine Klarheit darüber zu bestehen, wer das Wahlgesetz zur Wahl der ersten parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes erlassen soll, ob es von den Militärbefehlshabern erlassen werden soll oder von den Ministerpräsidenten. Bisher scheint mir nur das eine festzustehen, daß es nicht der Parlamentarische Rat sein soll, der dieses Wahlgesetz erläßt.
Die Frage ist nun, ob nicht durch uns allgemeine Bestimmungen für ein solches Wahlgesetz in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Ich für meinen Teil würde darin einen Nachteil sehen. Man soll Wahlgesetze nicht allzu sehr unter Verfassungsschutz stellen. Man sollte Wahlgesetze beweglich lassen, damit sich hier bestimmte Erfahrungen auswirken können und damit sich auch etwas wie ein Stilwandel im politischen Leben auswirken kann.
Aber ich glaube, daß etwas anderes in den Kreis unserer Erwägungen mit einbezogen werden sollte, nämlich das Phänomen der politischen Partei. Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen von der Existenz politischer Parteien keine Notiz nehmen.
Freilich ist es sicher: die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens, und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen Sinn. Nun scheint es mir richtig zu sein, daß man sehr bald ein Parteiengesetz erläßt, und mir scheint weiter richtig zu sein, daß man in dieses Grundgesetz Mindestbestimmungen für ein solches Parteiengesetz aufnimmt, Bestimmungen, die für die politischen Parteien einen gewissen demokratischen Mindeststandard vorsehen.
Ich denke dabei nicht an Lizenzzwang. Ich halte es für eine schlechte Sache, politische Parteien unter Lizenzzwang zu stellen. Aber ich denke, man könnte vielleicht vorsehen, daß die politischen Parteien über die Mittel, die ihnen zufließen, periodisch Rechnung legen müssen oder daß sie ihre Kandidaten in Urwahlen aufstellen müssen oder daß sie einmal im Jahr in Mitgliederversammlungen über ihr Tun Rechnung legen müssen, und Ähnliches.
Ich könnte mir vorstellen, daß sich auf diese Weise bei uns einiges zum Nutzen einer echten

Demokratie ändern könnte! Vielleicht könnte man sogar daran denken, ob nicht in diesem Grundgesetz eine Bestimmung vorgesehen werden soll, die, wie ich glaube, voreilig in die Länderverfassungen aufgenommene Bestimmungen über das jeweilige Wahlsystem gegenstandslos macht. Aber das ist nur ein Gedanke, den ich hier zur Erwägung geben möchte.
Meine Damen und Herren!
Zur Demokratie gehört weiter die Anerkennung des Satzes, daß Recht vor Macht geht, und ich glaube und möchte behaupten, daß ein Staat sich heute nur dann als volldemokratisch bezeichnen kann, wenn er diesem Prinzip im Verhältnis zu den anderen Staaten Ausdruck gibt.
Ich brauche hier nicht an die großartigen Gedanken Immanuel Kants zu erinnern, dort in seiner Schrift Vom Ewigen Frieden, wo er sagt, daß der Staat selber den Menschen nur dann ins Recht einzubetten vermöge, wenn er selber im Verhältnis zu den anderen Staaten in das Recht eingebettet sei.
Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes unmittelbar geltendes Recht in diesem Lande sind, daß also das Völkerrecht von uns nicht ausschließlich als eine Rechtsordnung, die sich an die Staaten wendet, betrachtet wird, sondern auch als eine Rechtsordnung, die unmittelbar für das Individuum Rechte und Pflichten begründet.
Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten.
Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen, dann wird in jedem einzelnen Falle ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen. Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Wir wollen uns doch nichts vormachen: in dieser Zeit gibt es kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte. So wie die Ursache aller unserer Nöte eine übernationale Grundlage hat, so können wir auch die Mittel, dieser Nöte Herr zu werden, nur auf übernationaler Grundlage finden.
Freilich sollen die Internationalisierungen, die geschehen, echte Internationalisierungen werden und nicht Hypotheken einseitig zu Lasten des deutschen Volkes.
Und dann stellt sich ein weiteres Problem, das Problem der Sicherheit dieses Gebietes. Wir werden keine Wehrmacht mehr haben. Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschießen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird, sondern wo die Sicherheit des Einzelnen garantiert wird durch alle Anderen.
Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten.
Manche meinen, es genüge, daß sich ein Staat durch seine Verfassung neutralisiert. Dieser Wunsch ist verständlich. Jeder blickt gern nach der Schweiz hinüber. Aber so einfach geht es nicht. Es gibt kein Institut der Neutralisierung, die man einseitig erklärt, es gibt nur Gebiete, die durch eine Reihe internationale Verträge neutralisiert sind.
Und wenn ich einer Reihe von Nachbarstaaten die Pflicht auferlege, die Neutralität dieses Gebietes zu garantieren, dann muß ich ihnen auch das Recht geben, sich um die Politik dieses Gebietes zu kümmern; denn wenn hier falsche Politik gemacht wird, engagiert das ja ihre Verpflichtungen. Man kann niemandem zumuten, Verpflichtungen zu übernehmen, ohne kor-

respondierende Rechte zu übertragen.
Aus diesem Grunde sollte man nicht so leichtfertig nach Neutralisierung rufen! Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, die jeden unter Strafe stellt, der das friedliche Zusammenleben der Völker stört und Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem in Wirklichkeit Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten.
Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen. Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, das als Recht anzuerkennen! Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht!
Wir lesen gegenwärtig wieder in den Zeitungen viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, daß es überall an den Grenzen Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, daß man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muß, die 1814 vielleicht modern gewesen sind.
Diese Probleme können nur auf internationaler Grundlage richtig gelöst werden. Man kann sich von Staat zu Staat über die Lösung der Schwierigkeiten einigen, die da und dort durch den Lauf der Grenzen begründet sein mögen, und braucht da nicht gleich Gebietsforderungen zu erheben. Wenn man entschlossen ist, sich in seinem eigenen Lande nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man auch verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht.
Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der Sicherheitspolitik auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren (trennen)!
Also genau den umgekehrten Prozeß, den man im eigenen Lande gewählt hat. Ich glaube, es lohnt sich, darüber einige Worte zu verlieren. Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß die Sicherheit unserer Nachbarn durch verfassungstechnische Kunststücke garantiert werden kann? Ich glaube nicht, daß die Föderalisierung Deutschlands als solche eine Sicherheitsgarantie für unsere Nachbarn ist.
Ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte. Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Friede gesicherter gewesen, als er es in dem damaligen sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland von damals gewesen ist. Der föderalistische Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein mächtiges Zentralparlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert.
Was zur Frage des Föderalismus zu sagen ist, darüber nur einige Worte. Was heißt denn föderalistische Ordnung? Ich glaube, daß sich darauf so viele Antworten geben lassen wie auf die Frage: Was heißt Demokratie?
Es gibt eine Reihe von historischen Verfassungsmodellen, die man übereingekommen ist, föderalistisch zu nennen. Sie differieren außerordentlich untereinander. Ich glaube aber doch, daß einige Charakteristika festzustellen sind, die realisiert sein müssen, wenn irgendwo einer Verfassung das Prädikat föderalistisch gegeben werden soll.
Das erste scheint mir zu sein, daß das Staatsgebiet in einer Reihe differenzierter Gebietskör-

perschaften eigener Ordnung gegliedert sein muß: zweitens, daß eine Bundesgewalt bestehen muß, die innerhalb ihrer Zuständigkeit der Gewalt der Glieder vorgeht; drittens, daß auf bestimmten Sachgebieten eine eigenständige ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Glieder bestehen muß; viertens, daß die Glieder an den Organen zu beteiligen sind, die den gesetzgeberischen Willen des Bundes bilden; und schließlich fünftens, daß ein qualifizierter Schutz gegen Änderungen der föderalistischen Struktur der Verfassung vorhanden ist.
Es ist für uns kein Zweifel, daß die deutschen Länder die Grundlage des Gebietes sein müssen, das wir jetzt organisieren, und daß sie eigene Verfassungshoheit und Organisationshoheit haben müssen, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und eine vom Bunde getrennte Finanzwirtschaft - alles dies im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes. Weiter ist es für uns kein Zweifel, daß eine Bundesgewalt geschaffen werden muß, die nicht die Summe der Ländergewalten ist, sondern eine eigenständige Gewalt, die im Rahmen des Grundgesetzes den Vorrang vor den Ländergewalten haben muß. Bundesrecht soll Landesrecht brechen.
Schwieriger wird es sein, das Verhältnis zu bestimmen, in dem auf beiden Stufen die ausführenden Gewalten zueinander stehen sollen. Ich will hier aber nichts vorwegnehmen, was morgen aus berufenerem Munde dazu ausgeführt werden soll. Lassen Sie mich hier nur noch einiges Grundsätzliche andeuten. Es wird nötig sein, daß wir die Gesetzgebungskompetenz nach Sachgebieten abgrenzen.
Die Frage ist, wie wir dabei verfahren sollen. Ich würde es bedauern, wenn man dabei auf Grund irgendwelcher formalistischer Standpunkte - auf Grund eines formalistischen Föderalismus oder eines formalistischen Unitarismus - verfahren würde. Wir sollten überhaupt bei diesen Dingen nicht deduktiv, sondern induktiv verfahren, d.h. nach dem Prinzip der sachlichen Zweckmäßigkeit.
Ich glaube, daß es dafür zwei Grundsätze gibt, über die wir uns sollten einigen können.
Der erste ist: Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikulare Egoismen gefährdet werden.
Der zweite Satz lautet: Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, das soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe. Aufbau von unten, aber Planung von oben! Nur wenn dieser zweite Satz auch mit ausgesprochen wird, ist der erste richtig. Zu der Frage, wie die Länder an der Bildung des Bundes zu beteiligen sind, wird wohl morgen referiert werden, wenn über den Aufbau der Organe gesprochen werden wird.
Ich will hier nur noch über einen Sonderfall sprechen: die Frage der territorialen Gliederung des Bundesgebietes. Soll die Gliederung des Bundesgebietes unverrückbar so bleiben. wie sie heute ist? Soll das geschichtlich Gewordene als letztes Kriterium gelten, oder sollen rationelle Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage walten? Ich bin der Meinung - und mit mir meine Freunde -, daß ein gesunder Föderalismus nur möglich ist, wenn gegeneinander vernünftig ausgewogene Länder vorhanden sind und nicht pure Zufallsgebilde, die großenteils nicht älter sind als drei Jahre und ihre Entstehung dem Zufall der Demarkationslinie zwischen zwei Infanteriedivisionen verdanken.
Jetzt sollen die Herren Ministerpräsidenten dieses Problem regeln. Sie sollen, bevor unsere Arbeiten abgeschlossen sind, die Neugliederung Deutschlands im Wege einer Änderung der Ländergrenzen vorgenommen haben. Werden sie Erfolg haben oder nicht? Wir können es nur ahnen, aber nicht wissen. Nehmen wir an, es würde ihnen nicht gelingen, sollen wir uns dann endgültig mit dem Zustand begnügen, mit dem die Ministerpräsidenten nicht fertig werden konnten?
Wir werden uns schlüssig werden müssen: Soll das Grundgesetz die Möglichkeit vorsehen, eine Neugliederung des Bundesgebietes vom Bunde her zu schaffen? Soll diese Neugliederung durch die Länder selbst vorgenommen werden, etwa im Wege gegenseitiger Verträge

und Vereinbarungen? Bei den bisher mit diesem System gemachten Erfahrungen werden, glaube ich, alle am bisherigen Zustand Interessierten ihren Schlaf weiter in Ruhe genießen können. Soll, wenn die Neugliederung durch Bundesgesetz vorgenommen werden soll, der Wille der beteiligten Bevölkerungen mit in Betracht gezogen werden? So oder anders?
Alles das werden Fragen sein, um die man. sich hier wird bemühen müssen. Ich glaube jedenfalls nicht, daß wir um diese Fragen herumkommen werden. Aber eines möchte ich sagen: Sollte es je einmal gelingen, die Gliederung Deutschlands nach vernünftigen Gesichtspunkten durchzuführen, dann sollte man es bei dem geschaffenen Zustand sein Bewenden haben lassen. Dann sollte man ruhig konservativ verfahren.
Meine Damen und Herren!
Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Sie sind Ihnen vielleicht gelegentlich ein wenig theoretisch vorgekommen. Aber glauben Sie mir, es ist mir nicht um Spekulationen gegangen! Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient.
Mit Illusionen und mit Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen. Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen.
Mein Anliegen ist gewesen, klare Einsicht zu vermitteln und dabei nüchtern zu verfahren. Klare Einsicht und Nüchternheit und leidenschaftliche Liebe zum deutschen Volke und brennende Sorge um den Frieden werden die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Arbeit im Parlamentarischen Rate leiten. Einsicht und Nüchternheit gebieten, die Begrenzungen zu erkennen, denen unsere Möglichkeiten unterworfen sind. Je mehr wir bei voller Ausschöpfung dieser Möglichkeit dieser Realität Rechnung tragen, desto wirksamer wird das Instrument sein, das wir zu schmieden haben.
Wofür schmieden wir dieses Instrument? Schmieden wir es, um Deutschland zu spalten? Wir schmieden es, weil wir es brauchen, um die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen zurückzulegen! Noch liegen die weiteren Etappen außerhalb unseres Vermögens. Möchten die Besatzungsmächte sich der Verantwortung bewußt sein, die sie übernommen haben, als sie sich zu Herren unseres Schicksals aufwarfen.
Diese Verantwortung schließt die Pflicht ein, um des Friedens Europas willen Deutschland endlich den Frieden zurückzugeben und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, von seinem unvernichtbaren Recht auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz Gebrauch zu machen. Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rate der Völker hat, **wird ein besserer Garant des Friedens und der Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund!** (Beifall)<<
11.09.1948
WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (37/1948) berichtet am 11. September 1948 über die Kollektivschuld der Deutschen: >>**Sportliche Kollektiv-Schuld**
Wir haben Verständnis
In Frankfurt wurden die Plakate, die Indiens Hockeymannschaft ankündigten, wieder abgerissen. In Düsseldorf überklebte man sie mit einem schmalen "Verschoben".
Den Indern war es ernst gewesen. Schon vor ihrer Abreise zum olympischen Turnier nach London hatten sie sich vorgenommen, in Deutschland zu spielen. In ihren Augen sei Deutschland immer ein fairer Gegner gewesen, sagten sie; er rangiere bei ihnen an erster Stelle.
Die Einreiseerlaubnis von der amerikanischen Militärregierung hatte Unannehmlichkeiten gemacht. Mit dem englischen Militärgouverneur waren vorher Verhandlungen ohne Ergebnis

abgebrochen worden. Es hatte angeblich ein Spiel Indien - Rhine Army zur Bedingung gemacht. Daran hatten die Inder wenig Interesse.
Die India Hockey Federation gehört dem Internationalen Hockeyverband (FIH) an. FIH hatte in der ersten Generalversammlung nach dem Kriege den Ausschluß Deutschlands beschlossen. Ihr holländischer Vorsitzender van Ufford setzte überdies ein ausdrückliches Verbot für alle der FIH angeschlossenen nationalen Verbände durch, mit deutschen Mannschaften zu spielen. Deutschlands Sportler hätten durch ihre verbrecherische Kriegsführung und durch die Einführung der KZ das Recht verwirkt, friedlichen Sport mit den Hockeyspielern des Auslands zu treiben.
"Wir haben Verständnis", schreibt Detmar Wette, Nationalmannschafts-Betreuer früherer Tage, "daß sich die Inder diesem Beschluß untergeordnet haben."
Die Inder hatten nach ihrem Olympiasieg die Europa-Tournee mit Erfolgen über Holland, Belgien, die Schweiz und die Tschechoslowakei mit Siegen in Deutschland beenden wollen wie nach den Olympischen Spielen 32 und 36.
Als 1928 zum ersten Male turbantragende Inder, überwiegendenteils barfuß, auf das olympische Hockeyfeld vor Amsterdam liefen, war es mit der europäischen Vormachtstellung im Landhockey vorbei.
Zum vierten Male holten sie sich in London die goldene Medaille. Wieder ungeschlagen, mit einem Torverhältnis von 25:2. Allerdings habe die Spielstärke etwas nachgelassen, meint der Sekretär des britischen Hockeyverbandes, der in Indien lebt und von den zwei Millionen indischen Hockeyspielern eine Menge weiß. Einmal liege das daran, daß Pakistan nach der Teilung Indiens ein eigenes Hockey-Team gebildet habe, zum anderen seien die Inder wieder einwandfreie Amateure.
Alle Spieler bezahlten nämlich ihre Spesen aus eigener Tasche. Die Fahrtkosten wurden nur zur Hälfte von der indischen Regierung getragen. Daher habe auch Dyan Chand (für Deutschland Symbol der Hockeykunst) an der Expedition nicht teilnehmen können.
Das Durchschnittsalter der olympischen Hockeyelf ist 22 Jahre. Der überragende Halbrechte Singh aus Lakhnau (Nordindien), von seinen Mitspielern Babu genannt, soll nach ihrer aller Meinung noch besser sein als Dyan Chand. Er sei nicht nur ein virtuoser Techniker, sondern auch ein fairer Sportsmann, der auf eine todsichere Torchance verzichte, ehe er einen Mitspieler gefährde.<<

13.09.1948

Berlin: Wegen Schändung der Sowjetflagge verurteilt ein sowjetisches Militärgericht am 13. September 1948 fünf deutsche Angeklagte (unter ihnen sind vier Jugendliche im Alter von 16-20 Jahren) zu 25 Jahren Zwangsarbeit (x112/590).

16.09.1948

SBZ: Der SED-Parteivorstand gründet am 16. September 1948 zentrale und dezentrale Parteikontrollkommissionen.
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteikontrollkommissionen" in der SBZ (x009/320-321): >>... Aufgaben: Kampf gegen "Parteifeinde", Korruptionserscheinungen, Mißbrauch von Funktionen, gegen Karrieristen, "Verleumdung führender Genossen", Untersuchung aller Vergehen von Parteimitgliedern.
Die Parteikontrollkommissionen werden durch das ZK, die Bezirks- oder Kreisleitungen gewählt. Sie können folgende Strafen beschließen: Verwarnung, Rüge, strenge Rüge, Ausschluß aus der Partei.
Die Parteikontrollkommissionen sind auch für die Aufhebung oder Revision von Parteistrafen zuständig. Enge Zusammenarbeit mit dem SSD (Staatssicherheitsdienst). ...<<

22.09.1948

SBZ: Die DWK bildet am 22. September 1948 die "Zentrale Kommission für Staatliche Kon-

trolle" (ZKK).
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontrollkommissionen" in der SBZ (x009/227): >>"Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle" (ZKK) nach dem Statut vom 16.10.1958 "Kontrollorgan des Ministerrates zur Kontrolle der Verwaltungsorgane sowie der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Einrichtungen der DDR".
Sie ist 1952 aus der "Zentralen Kontrollkommission" hervorgegangen, hat jedoch nur einen Teil der Befugnisse der alten ZKK übernommen. Diese war von der DWK insbesondere zur Aufdeckung von Wirtschaftsverbrechen gebildet worden. Sie hatte das Recht, bei begründetem Verdacht strafbarer Handlungen die Polizei bzw. die Justiz verpflichtend zu beauftragen, Personen festzunehmen und Sachen sicherzustellen (Rundverfügung des Chefs der Justizverwaltung der SBZ vom 22.9.1948).
Die alte ZKK unterhielt Landeskontrollkommissionen (LKK) in jedem Land, Kreiskontrollbeauftragte und Volkskontrollausschüsse, die befugt waren, alle Einrichtungen der Verwaltung und der Wirtschaft, auch die Privatbetriebe, zu kontrollieren. 1952 wurde dieser Unterbau aufgelöst. ...
In "volkswirtschaftlich und staatspolitisch wichtigen Einrichtungen können zeitweilig Beauftragte für staatliche Kontrollen eingesetzt werden. Die Kontrollkommission hat die Aufgabe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen "mit dem Ziele der konsequenten Einhaltung und Durchführung der darin festgelegten im Interesse des siegreichen Aufbaus des Sozialismus" zu kontrollieren, und zwar in den zentralen und örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sozialwesens. Nicht kontrolliert werden die Ministerien für nationale Verteidigung und Staatssicherheit und deren nachgeordnete Organe sowie die bewaffneten Kräfte des Ministeriums des Innern. ...
Die Bevollmächtigten der Kontrollkommission haben das Recht, verbindliche Weisungen zu erteilen sowie von den Leitern der zuständigen Organe die Durchführung von Disziplinarverfahren oder die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren verpflichtend zu verlangen. Die Kontrollkommission kann ferner die Leiter der kontrollierten Einrichtungen zur Beseitigung festgestellter Mängel unter Fristsetzung auffordern.<<

29.09.1948

USA: Die westlichen Siegermächte wenden sich am 29. September 1948 wegen der Berliner Blockade an den Sicherheitsrat der UNO.
In dieser Note an den Sicherheitsrat der UNO heißt es (x112/597-598): >>... Die Sowjetregierung hat durch ihre Handlungen klar gezeigt, daß sie illegale und Zwangsmaßnahmen, in Mißachtung ihrer Verpflichtungen versucht, politische Ziele zu erreichen, zu deren Erleichterung sie nicht berechtigt ist und die sie durch friedliche Mittel nicht erreichen könnte.
Sie ist zu Blockademaßnahmen geschritten; sie hat die Berliner Bevölkerung mit Aushungerung, Krankheit und wirtschaftlichem Ruin bedroht; sie hat Unruhen geduldet und versucht, die rechtmäßig gewählte Stadtverwaltung zu stürzen.
Die Haltung und das Vorgehen der Sowjetregierung lassen klar erkennen, daß sie beabsichtigt, ihre illegale und zwangsweise Blockade und ihre ungesetzlichen Maßnahmen fortzusetzen, um die absolute Autorität über das wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Berliner Volkes zu erhalten und der Sowjetzone einzuverleiben ...
Die Lage stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar.<<

06.10.1948

Berlin: Die Westberliner Militärregierungen ordnen am 6. Oktober 1948 an, rd. 350.000 Raummeter Holz zu fällen, um Brennstoffe für den Winter zu erhalten.
Der Waldbestand im Westen Berlins wird der dadurch bis Januar 1949 um zwei Drittel reduziert (x112/603).

09.10.1948

Großbritannien: Winston Churchill spricht am 9. Oktober 1948 auf dem Parteitag der britischen Konservativen über strategische Fehler der westlichen Alliierten (x112/604): >>... Die Staaten der westlichen Welt hätten mit ihren großen Rückzügen in Deutschland warten sollen, bis die Armeen von West und Ost auf einer Linie quer durch Deutschland zusammengetroffen wären. Es wäre auch klüger und vorsichtiger gewesen, wenn man es den britischen Truppen gestattet hätte, in Berlin einzuziehen, was durchaus möglich gewesen wäre, und wenn die amerikanischen Panzerdivisionen Prag besetzt hätten, zumal dies nur Sache einiger weniger Stunden gewesen wäre.
Ich und meine Kollegen aller Parteien sahen zu jener Zeit voraus, daß die Armeen der Demokratie im Sonnenglanz des Sieges dahinschmelzen würden, während die Streitkräfte des totalitären Despotismus in gewaltigem Ausmaß und für unbestimmte Zeit unter den Waffen gehalten werden konnten.<<

10.10.1948

WBZ: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnet es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

13.10.1948

SBZ: Der deutsche Bergmann Adolf Hennecke (1905-1975) stellt am 13. Oktober 1948 in der Kohlengrube "Karl Liebknecht" einen neuen Förderrekord auf.

14.10.1948

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 14. Oktober 1948 bekannt, daß weitere 110 Todesurteile aus den Dachauer Prozessen vollstreckt werden sollen (x112/607).

16.10.1948

SBZ: Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 16. Oktober 1948 (x156/49-50): >>Kumpel Hennecke weit voraus!
In der Grube "Karl Liebknecht" vom Steinkohlenwerk "Gottes Segen" in Zwickau hat der Kumpel Adolf Hennecke in einer Sonderschicht am 13. Oktober eine beispielgebende Leistung vollbracht, die die Aktivistenbewegung auf eine höhere Stufe stellt. Er förderte während seiner Achtstundenschicht mit dem Preßlufthammer 24,4 cbm Steinkohle, was bei einer Arbeitsnorm von 6,3 cbm je Schicht 380 % des Tagessolls bedeutet. Damit hat Hennecke die Leistungen der besten Häuer um 200 Prozent übertroffen.
Bei seiner Ausfahrt wurde Hennecke von den Kumpels, die sich vor der Anlage des Schachtes versammelt hatten, zu seiner außerordentlichen Leistung beglückwünscht. In einer Betriebsversammlung unter freiem Himmel wurde Hennecke von der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Revierdirektion ausgezeichnet. Der Häuer Hennecke ist bereits seit 26 Jahren in derselben Grube tätig und seit August als Instrukteur für die Arbeitsaktivisten eingesetzt, die durch sein Vorbild auf über hundert angewachsen sind.
... Er arbeitete vor Ort unter normalen Arbeitsverhältnissen in Einmannschicht, d.h. Förderung und Beladung wurden von ihm allein verrichtet. Hennecke übertraf sein Sondersoll und erreichte 380 %. Er erklärte zu seiner Leistung, daß bei richtiger Organisation des Arbeitsprozesses seine Leistung noch von manchem Kameraden nicht nur erreicht, sondern auch überschritten werden kann. Voraussetzung dazu ist die richtige Organisation des Arbeitsprozesses. Wie die Betriebsleitung des Steinkohlenwerkes mitteilt, haben bereits 3 weitere Kumpels eine Sonderschicht angemeldet.
Die Leistung des Häuers Adolf Hennecke ist der lebendige Beweis, daß es zur Erfüllung des Zweijahresplanes, zur Erfüllung der großen lebensnotwendigen Aufgabe der Produktionssteigerung vor allem der wirklichen Aktivisten der Arbeit bedarf. ... Und vor allem – muß man wissen wofür. Der Aktivist Adolf Hennecke weiß es! – Mit dem hier im Zwickauer Bergrevier erzielten Abbaurekord von 380 % der Norm ist der Anfang zu einer Aktivistenbewegung der

höheren Stufe, die man eine "Hennecke-Bewegung" nennen könnte, gemacht worden.<<

17.10.1948

SBZ: Das Zentralkomitee der SED beglückwünscht am 17. Oktober 1948 den erfolgreichen Aktivisten Hennecke per Brief zu seiner herausragenden Leistung (x156/50-51):

>>Lieber Genosse Hennecke!

Mit großer Freude haben wir von Deiner wegeisenden Tat erfahren. 380 % des Tagessolls – 24,4 Kubikmeter Steinkohle in einer Schicht – ist eine revolutionierende Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und eine schlagende Antwort auf die Marshallplanpolitik im Westen!

Du sagst, Deine Leistung sei nichts Besonderes – sie ist aber das krönende Ergebnis eines wohlüberlegten, mit eisernen Willen verfolgten Planzieles. ...

Du bist damit zum Vorbild unserer jungen Aktivistenbewegung geworden, um Dich stehen ebensolche Helden wie Du, denen wir gleich Dir die Hand drücken. ...

Wenn die Bewegung dazu führt, daß alle Kumpels ihre Leistungen um einen hohen Prozentsatz steigern, wird Deine Tat ihre wahre Bedeutung erreichen. Darum geht es jetzt, neben den Spitzenleistungen die Durchschnittsproduktion pro Kopf zu steigern, damit eine weitgehende Übererfüllung des Plansolls im deutschen Bergbau erreicht wird. Wir wissen, daß Kumpels und Genossen wir Ihr diese Aufgabe vollbringen werden. Ihr werdet damit das führende Beispiel für andere Wirtschaftszweige geben.

Dir lieber Genosse Hennecke, gebührt unser Dank und die besten Wünsche für die Erfüllung Deiner weiteren Pläne. Dir und Deinen Kumpels sowie der ganzen Grube "Karl Liebknecht" unsere besten sozialistischen Grüße!

Mit herzlichem Glückauf! ...<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014) berichtet später über die "Hennecke-Bewegung" (x156/51-52): >>Die Sowjetisierung ging mit riesigen Schritten voran. Nachdem die Theorie des besonderen Weges zum Sozialismus verurteilt, die "Geschichte der KPdSU" zur Grundlage alle Lehrpläne gemacht, die Kritik- und Selbstkritikabende nach sowjetischem Muster eingeführt worden waren, wurde Mitte Oktober 1948 getreu nach sowjetischem Muster der deutsche Stachanow "entdeckt".

Am 13. Oktober hatte Adolf Hennecke in einem Stollen der Grube Karl Liebknecht im Zwickauer Kohlenrevier das bisher übliche Tagessoll um 380 Prozent überboten. Dies wurde – ähnlich wie 1935 bei Stachanow – sofort zum Ausgangspunkt einer mächtigen "Bewegung" gemacht. Ich erinnerte mich noch gut, wie wir in der Sowjetschule den Rekord Stachanows vom 31. August 1935 im Irmino-Schacht bei Stalino – Stachanow hatte die Norm mit 1.400 % erfüllt – bis zum Überdruß durchgenommen hatten.

Bei Hennecke war man bescheidener. Er hatte die Norm nicht mit 1.400 %, sondern nur mit 380 % erfüllt. Sonst war alles ebenso.

In der Sowjetunion hatte ich allmählich ein wenig über die Hintergründe der Stachanow-Bewegung erfahren: Wie lange man ein bestimmtes Arbeitsgebiet vorbereitet, besonders günstige Arbeitsbedingungen schafft, eine ganze Brigade damit beschäftigt, Zubringerdienste zu leisten, um dann den "Rekord" zu brechen. Ich hatte keine Illusion mehr darüber, und doch war ich erstaunt, mit welch nüchterner Offenheit wir auf einer internen Lehrerbesprechung von Rudolf Lindau über die beginnende Hennecke-Bewegung informiert wurden:

"Wir wollen hier ganz offen sprechen. Wir befinden uns jetzt in der Zeit, da es sich als notwendig erweist, durch eine besondere Bewegung eine neue Einstellung zur Arbeit, einen neuen mächtigen Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu erzielen. Solche Dinge gehen natürlich nicht spontan, sondern müssen sorgfältig geplant und organisiert werden. Bereits vor mehr als 2 Monaten haben die Besprechungen darüber begonnen. Es mußte zunächst die Frage geklärt werden, in welchem Teil der Zone der Ausgangspunkt einer solchen Bewegung zu liegen ha-

be.
Nach längeren Diskussionen entschied man sich, diese Bewegung in Sachsen ins Leben zu rufen. Danach wurde die Entscheidung über den Industriezweig getroffen. Ähnlich wie in der Sowjetunion wurde der Bergbau als günstigster Ausgangspunkt erkannt. Sollte man nun einen jüngeren oder einen älteren Arbeiter zu dieser Funktion auswählen?
In der Sowjetunion hat man sich für einen Komsomolzen entschieden. Bei uns in der Zone liegen die Dinge anders. Die jüngere Generation der Arbeiter wird leichter für eine Aktivistenbewegung zu gewinnen sein. Bei uns ist die Hauptfrage, einen Umschwung bei den älteren Industrie- und Facharbeitern zu erreichen. Daher wurde festgelegt, einen älteren Arbeiter auszuwählen.
... Nach eingehenden Beratungen entschied man sich für ein SED-Mitglied, um damit die Rolle der Partei in dieser wichtigen Frage deutlich zu unterstreichen. ...
Bei dieser Sicht stieß man auf Adolf Hennecke, der den gewünschten Anforderungen entsprach. Er ist jetzt 43 Jahre alt, seit über 20 Jahren im Bergbau, Mitglied unserer Partei und hat auch eine SED-Parteischule besucht.
Unerwartet gab es jedoch eine Schwierigkeit: Adolf Hennecke wollte zunächst nicht. Er fürchtete, seine Arbeitskollegen würden ihm diese Rolle übelnehmen. Erst als ihm die politische Bedeutung und auch seine eigenen Aufstiegsmöglichkeiten klargemacht wurden, erklärte er sich bereit, die Aufgabe zu übernehmen.
Am 13. Oktober erfolgte dann sein Rekord, und damit stehen wir nun am Ausgangspunkt einer Aktivistenbewegung."
Einige Tage später erschien ein Brief des Zentralsekretariats über Adolf Hennecke in allen Zeitungen der Sowjetzone. Es wurde von seiner "wegweisenden Tat" gesprochen, von seiner "revolutionären Leistung zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes", "die eine schlagende Antwort auf die Marshallplan-Politik im Westen" sei. Da ich wußte, wie die Sache wirklich vor sich gegangen war, wurde ich schamrot, als ich den Brief las:
"Hieraus geht klar hervor, daß Deine Tat als Ergebnis der in Dir lebendig gewordenen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich unter anderem in Karl Liebknecht, dessen Namen Deine Grube mit Stolz trägt, verkörpert. Sie ist das Ergebnis des sozialen Verantwortungs- und höchsten Pflichtbewußtseins gegenüber Deiner Partei, Deiner Klasse und unserem Volk".<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über Adolf "Hennecke" (x009/178-179): >>... 1946 Mitglied der SED, 1947 nach dem Besuch der SED-Parteischule in Meerane von Oberst Tulpanow (SMAD) auserlesen, der deutsche Stachanow (sowjetischer Bergarbeiter, der im Jahre 1935 die Leistungsnorm um das 14,5fache übertraf) zu werden. Nach sorgfältiger technischer Vorbereitung förderte Hennecke am 13.10.1948 in einem für den Abbau besonders günstigen Stollen der Grube "Karl Liebknecht" im Zwickauer Kohlenrevier ... 387 % des bis dahin üblichen Tagessolls ...
Dieser unechte Förderrekord wurde zum Anlaß genommen, die sowjetischen Stachanow-Methoden auf deutsche Arbeitsverhältnisse zu übertragen und in allen Betrieben die Arbeitsnormen zu erhöhen. Hennecke wurde Nationalpreisträger, verdienter Bergmann. 1949 Abteilungsleiter im Ministerium für Schwerindustrie. ... Seit April 1954 ist Hennecke Mitglied des ZK der SED.<<

18.10.1948

WBZ: US-Präsident Truman erklärt am 18. Oktober 1948 in Miami (x112/608): >>Wir werden immer für den Frieden wirken; dagegen wird unser Land niemals zu einem Kompromiß über die Grundsätze der Freiheit und der Menschenrechte bereit sein. ...<<

20.10.1948

WBZ: Der Parlamentarische Rat legt am 20. Oktober 1948 in Bonn den ersten Entwurf von

insgesamt 127 Artikeln des künftigen Grundgesetzes für Westdeutschland vor.

22.10.1948

SBZ: Der "Deutsche Volksrat" veröffentlicht am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages.

Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.

Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...

1. Entstehungsgeschichte

Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...

2. Inhalt

Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Art. 3 Abs. 1). Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt (Art. 51 Abs. 2).

Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein

völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen.
So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ... Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.
... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

24.10.1948

Berlin: Die Zeitschrift "Ost und West" erinnert am 24. Oktober 1948 an den 300. Jahrestag des Westfälischen Friedens und den Abschluß des 30jährigen Krieges (x112/612): >>Nach 30 jähriger Dauer starb der Krieg an der allgemeinen Erschöpfung.
Eine ähnliche Zerstörung hat ein großes Kulturvolk niemals zu erdulden gehabt. Um 200 Jahre wurde Deutschland in seiner Entwicklung zurückgeworfen; 200 Jahre hat es gebraucht, bis es wieder auf die ökonomische Höhe gelangte, die es zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges behauptete. ...<<

28.10.1948

WBZ: Nach einer Verhandlungsdauer von 8 Monaten wird in Nürnberg der OKW-Prozeß (sog. "Geisel-Prozeß") gegen ehemalige Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland) beendet.
2 Angeklagte werden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 Generäle erhalten 3 bis 20jährige Haftstrafen und 2 Generäle spricht der US-Militärgerichtshof frei.
Das US-Kriegsgericht stellt damals im Nürnberger "Geisel-Prozeß" gegen die angeklagten Wehrmachtsoffiziere fest (x130/205-206): >>Es ist klar bewiesen, daß während der Besatzungszeit in Jugoslawien gegen die Besatzungsmacht ein Guerilla-Krieg geführt wurde.
Ein Guerilla-Krieg besteht, wo nach der Kapitulation des Hauptteils der Streitkräfte, nach der Übergabe der Regierung und der Besetzung ihres Gebietes der Rest der geschlagenen Armee oder die Einwohner selbst die Feindlichkeiten fortsetzen, indem sie den Feind mit umorganisierten Kräften, die gewöhnlich nicht stark genug sind, um ihr in offener Feldschlacht gegenüberzutreten, belästigen. Sie sind mehr oder minder in der Lage eines Spions.
Nach Kriegsrecht ist es zulässig, Spione zu verwenden. Wenn ein Spion gefangen wird, darf er nichtsdestoweniger erschossen werden, weil der Kriegsführende das Recht hat, sich durch wirksame, abschreckende Strafen gegen die ernsten Gefahren der feindlichen Spionage zu schützen ...
Wir sind der Ansicht, daß die Regel gilt, daß ein Zivilist, der einen Kampf unterstützt, ihn begünstigt und daran teilnimmt, nach den Kriegsgesetzen als Kriegsverbrecher bestraft werden kann ...
Eine Prüfung des uns über diese Materie zur Verfügung stehenden Beweismaterials überzeugt uns, das Geiseln genommen werden können, um das friedliche Verhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete sicherzustellen, und daß diese unter gewissen Umständen, und wenn die

notwendigen vorbereitenden Schritte getan wurden, als letzter Ausweg erschossen werden können ...
Übermäßige Repressalien können selbst zum Verbrechen werden und beladen die Personen, die für ihre Begehung verantwortlich sind, mit Schuld ...
Das Beweismaterial in diesem Falle führt ein Maß an Tod und Zerstörung auf, wie es in der neueren Geschichte selten übertroffen wird. Tausende unschuldige Einwohner verloren ihr Leben durch ein Erschießungskommando oder durch den Strang des Henkers ...<<
Der Nürnberger OKW-Prozeß wird in Osteuropa heftig kritisiert, weil das US-Kriegsgericht z.B. bestätigt (x051/206): >>... daß einer Besatzungsmacht das Recht zustehe, unter gewissen Umständen Geiseln zu erschießen, und daß Partisanen die Stellung von Kriegsführenden nicht zustehe.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Oberkommando der Wehrmacht" (x051/425): >>Oberkommando der Wehrmacht (OKW), im Gefolge der Fritsch-Krise am 4.2.38 gebildete oberste Verwaltungs- und Kommandobehörde der deutschen Streitkräfte unter Keitel, der wiederum Hitler als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht direkt unterstellt war.
Keitel erhielt den Rang eines Reichsministers und wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskriegsministeriums beauftragt. Vier Ämter bildeten die Organisation des Oberkommandos der Wehrmacht: Das Wehrmachtführungsamt (ab 1940 Wehrmachtführungsstab) unter Jodl war die militärische Stabsabteilung Hitlers, das Amt Ausland/Abwehr führte bis Februar 44 Canaris, hinzu kamen die verwaltenden Abteilungen Allgemeines Wehrmachtsamt sowie Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt.
Das OKW arbeitete Hitlers "Weisungen für die Kriegsführung" aus und gab seine Befehle an die Teilstreitkräfte weiter, ohne allerdings direkte Kommandoberechtigung über sie zu haben. Es kontrollierte nur die militärischen Planungen der Wehrmachtteile auf die Befolgung der allgemeinen Anweisungen Hitlers hin.
Im Nürnberger Prozeß 1945 u.a. wegen der Weitergabe des Kommissarbefehls und des Kugelerlasses angeklagt, wurde das OKW dennoch nicht unter die verbrecherischen Organisationen eingereiht, da das Gericht wie beim Generalstab den Organisationscharakter verneinte und zur Ahndung der Verbrechen des OKW die Aburteilung der einzelnen Beteiligten empfahl.<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "OKW-Prozeß" (x051/428): >>OKW-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen Generalfeldmarschall Leeb und 13 andere Generäle oder im Generalsrang stehende Offiziere der Wehrmacht (Fall 12).
Die Angeklagten wurden beschuldigt, Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Die Vorwürfe bezogen sich im Wesentlichen auf Planung und Führung von Angriffskriegen, Entwurf, Verteilung und Durchführung völkerrechtswidriger Befehle (z.B. des Kommissarbefehls), Verbrechen zum Nachteil von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, Plünderung und mutwillige Zerstörung von Städten und Dörfern. Vor Beginn der Hauptverhandlung verübte der Angeklagte Blaskowitz am 5.2.48 Selbstmord.
Unter Freisprechung von dem Vorwurf, Angriffskriege geplant zu haben, und z.T. von anderen Anklagepunkten verurteilte das Gericht am 28.10.48 nach acht Monaten Verhandlung zwei Angeklagte zu lebenslänglich und neun zu zeitiger Freiheitsstrafe von drei bis 20 Jahren. Bei zwei Angeklagten erkannte das Gericht auf Freispruch. Leeb, der nur in einem Punkt schuldig gesprochen worden war (Weitergabe und Anwendung des "Barbarossa-Gerichtsbarkeits-Befehls") und drei Jahre Freiheitsentzug erhalten hatte, wurde unter Anrechnung der Untersuchungshaft entlassen.

Am 31.1.51 setzte der US-Hochkommissar McCloy im Gnadenweg die Strafen einiger Verurteilter herab. Bis Mitte der 50er Jahre waren alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.<<

Hinrichtung von deutschen Wehrmachtsgeneralen (Alliierte Gerichte)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 41 deutsche Wehrmachtsgenerale des Heeres (36), der Luftwaffe (4) und der Marine (1) durch Gerichte der alliierten Siegermächte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x078/83,96-98,111,116).

Wegen angeblicher Kriegsverbrechen und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" exekutierten die Alliierten in der UdSSR, in Jugoslawien, Griechenland, Italien und im Deutschen Reich folgende Wehrmachtgenerale (x078/96-98,111,116):

>>**a) in der Sowjetunion hingerichtet**

Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard,
Generalleutnant Karl Burckhardt,
Generalleutnant Wolfgang von Dithfurth,
Generalmajor Gottfried von Erdmannsdorff,
Generalmajor Wolf Ewert,
Generalmajor Adolf Hamann,
Generalmajor Emil Just,
Generalmajor Hans Küpper,
Generalleutnant Albrecht Baron von Monteton Digeon,
Generalleutnant Helmuth von Pannwitz,
Generalmajor Bonislaw Pawel,
Generalleutnant Rudolf Peschel,
Generalleutnant Fritz-Georg von Rappard,
Generalmajor Heinrich Remlinger,
Generalleutnant Johann-Georg Richert,
Generalmajor Ruoff,
Generalmajor Eckardt von Tschammer und Osten,
Generalmajor Hermann Werther,
Generalleutnant Hermann Winkler

b) in Jugoslawien hingerichtet

General Heinrich Danckelmann,
Generalleutnant Adolf Fischer,
Generalmajor Ludwig Fischer
General Martin Fiebig,
Generalmajor Johann Fortner,
Generalmajor Hans Gravenstein,
Generalleutnant Hans von Hösslin,
Generalleutnant Joseph Kübler,
General Ludwig Kübler,
Generaloberst Alexander Löhr,
Generalmajor Adalbert Lontschar,
General Hartwig von Ludwiger,
Generalleutnant Fritz Neidholdt,
Generalleutnant Neuhaus,
Generalmajor Harald Turner,
Konteradmiral Waue,
Generalmajor Eugen Wurster

c) in Griechenland hingerichtet

General Bruno Bräuer,

General Friedrich Wilhelm Müller
d) in Italien hingerichtet
General Anton Dostler
e) in Nürnberg hingerichtet
Generaloberst Alfred Jodl,
Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die ungesühnten Kriegsverbrechen der Sieger (x075/102-103): >>... Aber hatten nicht auch die Sieger Kriegsverbrechen begangen? Eine Frage der Rechtsanwälte, die die Hinrichtung von Gefangenen durch die Sowjetunion betraf, wurde vom Gerichtshof zurückgewiesen.
Der U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe wurde als kriminell erachtet, nicht hinhegen die Phosphorbomben auf Dresden und auch nicht die Atombombe auf Hiroshima oder auf Nagasaki, die abgeworfen wurde, nachdem Japan seinen Wunsch zu kapitulieren bereits kundgetan hatte.
Und als vor dem Tribunal der Name Katyn ausgesprochen wurde, untersagte der Gerichtshof auf Verlangen des sowjetischen Richters eine Debatte über die Art des Verbrechens und die Identität der Verbrecher.
Die Kriegsverbrechen umfaßten gemäß der in Nürnberg angenommenen Definition "Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck, von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten, Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung".
Hinzu kamen die Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Nämlich: Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht." ...<<
Konrad Adenauer erklärt am 28. Oktober 1948 während der CDU-Zonenausschußsitzung in Königswinter (x112/614): >>Die Wahlen zum ersten Bundestag sind von der entscheidenden Bedeutung für die drei Westzonen, für Deutschland und für den christlichen Gedanken. Die erste Bundesregierung hat die große Aufgabe, die Fundamente für einen Aufbau zu legen, der auf lange Zeit hinaus Geltung haben wird. Wenn es nicht gelingt, eine auf christlichem Boden stehende Mehrheit zu schaffen, dann ist die Rettung des christlichen Gedankens in Europa sehr in Frage gestellt. ...
Das deutsch-französische Verhältnis ist die entscheidende aller Fragen und verdient größte Aufmerksamkeit. ... In der Frage der europäischen Föderation müssen wir antreibend wirken, da hier die einzige Möglichkeit für eine bessere Zukunft Deutschlands liegt.<<